

2025

KLIMAWENDE AUSBLICK



**Plausibilität der Transformation in
Zeiten von anti-ökologischem Backlash
und abnehmender Resonanz**

[transcript]

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld,
Eduardo Gonçalves Gresse,
Lukas Hüppauff, Lea Frerichs, (Hg.)

2025

KLIMAWENDE AUSBLICK

Band 2: Plausibilität der Transformation in Zeiten von
anti-ökologischem Backlash und abnehmender Resonanz

[transcript]



Zum Klimawende Ausblick

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Der Weg dorthin erfordert neben technischen Innovationen und wirtschaftlichem Wandel auch eine tiefe gesellschaftliche Transformation, die existierende gesellschaftliche Konfliktlinien aktiviert und auch neue Spannungen schafft. Die Klimawende bedarf daher neben umsichtiger politischer Steuerung auch einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung und Trägerschaft. Ausgehend von diesem Befund entwickelt die Mercator-Stiftungsprofessur für Soziologie an der Universität Hamburg Methoden zur Analyse und Synthese relevanter gesellschaftlicher Prozesse, um abschätzen zu können, inwieweit die tiefe und schnelle Dekarbonisierung der deutschen Gesellschaft nicht nur technisch und ökonomisch machbar, sondern auch sozial und politisch plausibel ist. Dazu wird eine jährliche Studie erstellt, die den Fokus auf jeweils neue gesellschaftliche Treiber der Klimawende legt.

Förderung durch die Stiftung Mercator

Die Professur und der Klimawende Ausblick werden durch die Stiftung Mercator gefördert. Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige und gemeinnützige Stiftung, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung handelt. Seit 1996 tritt sie für eine solidarische und partizipative Gesellschaft ein. Dazu fördert und entwickelt sie Projekte, die Chancen auf Teilhabe und den Zusammenhalt in einem diverser werdenden Gemeinwesen verbessern. Die Stiftung Mercator setzt sich für ein weltoffenes, demokratisches Europa ein, eine an den Grundrechten orientierte digitale Transformation von Staat und Gesellschaft sowie einen sozial gerechten Klimaschutz. Die Stiftung Mercator engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit. Dem Ruhrgebiet, Heimat der Stifterfamilie und Stiftungssitz, fühlt sie sich besonders verbunden.

Das Exzellenzcluster Klima, Klimawandel und Gesellschaft (CLICCS)

Im Exzellenzcluster CLICCS (Climate, Climatic Change and Society) haben sich Forscher*innen verschiedener Disziplinen zusammengeschlossen, um zu untersuchen, wie sich Klima und Gesellschaft gemeinsam entwickeln. Das CLICCS-Programm wird durch das Zentrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) der Universität Hamburg in enger Zusammenarbeit mit mehreren Partnerinstitutionen koordiniert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert (EXC 2037 „CLICCS – Climate, Climatic Change, and Society“ - Projektnummer: 390683824).

Zitierweise

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs (Hg.) (2026): Klimawende Ausblick 2025. Plausibilität der Transformation in Zeiten von anti-ökologischem Backlash und abnehmender Resonanz. transcript Verlag
<https://doi.org/10.14361/9783839468609>
Erhältlich unter <https://uhh.de/wiso-klimawende>

Grußwort des Präsidenten der Universität Hamburg

Die Klimawende zählt zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verlangt nicht nur technischen Fortschritt, sondern ebenso entschlossenen politischen Gestaltungswillen und breite gesellschaftliche Akzeptanz. In diesem komplexen Spannungsfeld ist eine wissenschaftlich fundierte Orientierung unverzichtbar und genau hier leistet der *Klimawende Ausblick* einen wertvollen Beitrag.

Mit dem im Jahr 2024 veröffentlichten ersten Bericht wurde das Fundament für diese Studienreihe gelegt. Der entwickelte Analyserahmen und methodische Baukasten bieten eine Grundlage, um Transformationsprozesse in Deutschland systematisch zu untersuchen.

Die Studie beleuchtet gesellschaftliche Einflussfaktoren, zeigt Veränderungen der Rahmenbedingungen auf, analysiert politische und wirtschaftliche Entwicklungen und veranschaulicht die jeweiligen Konsequenzen für die Klimawende. Es ist entscheidend, Dynamiken, Spannungen und Chancen herauszuarbeiten, um fundierte Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und uns gemeinsam, konstruktiv und entschlossen für den Klimaschutz einzusetzen.

Ich freue mich, dass die Universität Hamburg – mit ihrer ausgeprägten Forschungscompetenz im Bereich Klimawandel und ihrem strategischen Ziel der Nachhaltigkeit – mit Studien wie dieser einen aktiven Beitrag zu einer reflektierten und wissenschaftlich basierten Auseinandersetzung mit der Klimawende leisten kann. Die Stiftung Mercator ist dabei ein verlässlicher und engagierter Partner und gemeinsam senden wir damit ein starkes Signal.

Der *Klimawende Ausblick* vereint wissenschaftliche Exzellenz und gesellschaftliche Verantwortung. Er steht beispielhaft für die Rolle, die Universitäten heute übernehmen müssen – als Orte der Forschung, der Reflexion und des offenen Austauschs über Wege in eine nachhaltige Zukunft.

Prof. Dr. Hauke Heekeren
Präsident der Universität Hamburg

Klimaschutz in der Defensive

Der Klimawende Ausblick 2025 führt uns einmal mehr vor Augen: Unter den gegenwärtigen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen erscheint die Erreichbarkeit des Klimaneutralitätsziels bis 2045 in Deutschland weiterhin wenig realistisch. Klimaschutz gerät zunehmend in die Defensive und eine Kehrtwende zeichnet sich nicht ab. Internationale Krisen schränken Handlungsspielräume ein und gesellschaftliche Ermüdung und Konflikte nehmen zu. Zugleich ist die organisierte Zivilgesellschaft, eine zentrale Triebkraft der Klimawende, unter Druck, sowohl durch gezielte Versuche ihrer Diskreditierung als auch durch reduzierte Finanzierungsmöglichkeiten. Bisherige politische Fortschritte beim Klimaschutz sind fragil, solange sie nicht durch belastbare Strukturen, Finanzierung und breite gesellschaftliche Unterstützung abgesichert sind.

Diese Analyse sollte jedoch nicht entmutigen, sondern Anlass für eine zukunftsgerichtete Debatte sein: Wie lassen sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen so gestalten, dass wirksamer Klimaschutz möglich ist? Wo sehen wir trotz allem positive Dynamiken, die es zu verstärken gilt? Der jährlich erscheinende Klimawende Ausblick macht Entwicklungen sichtbar und lädt dazu ein, Strategien zu überprüfen und konkrete Ansatzpunkte zu identifizieren, um gemeinsam Fortschritt bei der Klimawende zu gestalten.

Eine zentrale Aufgabe bleibt es, staatliche Handlungskapazitäten auf allen Ebenen – insbesondere in den Kommunen – auszubauen und zugleich die gesellschaftliche Unterstützung für Klimapolitik neu zu beleben. Eine sozial gerechte Ausgestaltung von Klimapolitik ist dabei unverzichtbar. Die Klimawende kann gleichwohl nur dann gelingen, wenn sie auch von einer engagierten Zivilgesellschaft und Unternehmen getragen und aktiv mitgestaltet wird.

Fortschritt entsteht stets im Zusammenspiel vielfältiger gesellschaftlicher Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Blockaden in einem Bereich wirken hemmend auf andere, während Räume für Kooperation und Engagement selbstverstärkende Dynamiken freisetzen können. Der Klimawende-Ausblick macht diese Wechselwirkungen sichtbar und schärft den Blick für die Klimawende als Gemeinschaftswerk.

Wir danken Professor Dr. Stefan Aykut und seinem Team für die intensive Arbeit an dieser zweiten Analyse und laden alle interessierten Akteure ein, sich an der Diskussion der Ergebnisse zu beteiligen.

Dr. Lars Grotewold

Bereichsleiter Klimaschutz, Stiftung Mercator

Tritt Deutschland auf die Bremse?

Neue Gaskraftwerke werden geplant, die Klimaziele aufgeweicht und politisch einflussreiche Gruppen stellen den menschengemachten Klimawandel in Frage. Sind das nur einzelne Abweichungen vom gemeinsamen Ziel oder wird die Klimawende in Deutschland gerade abgebremst?

Tatsächlich, die vorliegende Studie zeigt: Es wird weniger realistisch, dass wir unsere Klimaziele einhalten können. Ein Team um Stefan Aykut, Anna Fünfgeld und Eduardo Gonçalves Gresse vom Exzellenzcluster CLICCS der Universität Hamburg hat dafür Prozesse in der Gesellschaft untersucht, ohne deren Unterstützung die Klimawende nicht gelingen wird.

Die Analyse deckt gezielt die Stellschrauben auf: Sie zeigt, warum die Luft für Klimabewegungen dünner wird oder welche Klagen für mehr Klimaschutz erfolgreich waren. Sie bietet auch Optionen an: den kommunalen Klimaschutz stärken, lokale Initiativen unterstützen und steigende Energiekosten sozial abfedern.

Solche wissenschaftlich fundierten wie differenzierten Informationen sind unverzichtbar für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Denn so verlockend es sein mag, schnelle Lösungen sind für so ein grundlegendes Problem wie dem Klimawandel nicht erfolgversprechend.

Stattdessen müssen wir genau hinschauen. Nur wenn wir verstehen, wie gesellschaftliche Entwicklungen zu Klimaveränderungen beitragen und sich gegenseitig verstärken oder abschwächen, können wir informierte Entscheidungen treffen. Dies schafft die Grundlage für verantwortungsvolles Handeln – und dafür, dass Klimaschutz im demokratischen Rahmen wirksam werden kann.

Johanna Baehr

Prof. Dr. Johanna Baehr ist Ozeanographin und Sprecherin des Exzellenzclusters „Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS)“, Universität Hamburg

Achim Oberg

Prof. Dr. Achim Oberg ist Soziologe und Co-Sprecher des Exzellenzclusters „Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS)“, Universität Hamburg

Zentrale Aussagen

- ▶ Der vorliegende *Klimawende Ausblick 2025* ist der zweite Band unserer Studienreihe zu den gesellschaftlichen Dynamiken der Transformation zur Klimaneutralität in Deutschland. Ziel der Reihe ist es, die Plausibilität eines Erreichens der deutschen Klimaziele sozialwissenschaftlich fundiert einzuschätzen. Die dafür nötigen Beobachtungs- und Analysekapazitäten bauen wir über die Jahre schrittweise auf.
- ▶ Der Übergang zur Klimaneutralität ist nicht nur ein technisches Unterfangen, sondern erfordert einen tiefgreifenden, umfassenden und langfristigen sozialen Wandel. Neben neuen Technologien und Märkten braucht es auch eine **Gesellschaft der Klimawende** – eine Gesellschaft, in der staatliche Handlungskapazitäten zur Planung und Umsetzung der Klimawende auf allen Ebenen gestärkt werden, klimapolitische Maßnahmen gesellschaftliche Resonanz finden und breite zivilgesellschaftliche Kräfte die Transformation aktiv unterstützen und auch eigenständig vorantreiben.
- ▶ Allerdings zeigt unsere Analyse, dass angesichts aktuell beobachtbarer und zukünftig erwartbarer Entwicklungen ein **Erreichen der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 momentan wenig plausibel erscheint**. Zu diesem Ergebnis kommen wir auf Grundlage einer eingehenden Untersuchung von Schlüsselprozessen bzw. gesellschaftlichen Treibern in den Handlungsfeldern der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Entwicklungen in diesen Schlüsselprozessen sowie in ihren Rahmenbedingungen beobachten und analysieren wir kontinuierlich und schätzen anhand dessen ab, wie diese Treiber die Plausibilität eines Erreichens der Klimaziele beeinflussen.
- ▶ Im Vergleich zum letzten Bericht stellen wir im Beobachtungszeitraum insgesamt eine **nachlassende Dynamik** für den Klimaschutz fest. Kein untersuchter gesellschaftlicher Treiber unterstützt die Klimawende umfassend. Zwei – der kommunale Klimaschutz und die Klimaklagen – wirken überwiegend unterstützend, reichen jedoch nicht aus, um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Drei Treiber – deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen, globale Klimagovernance sowie Klimabewegung und -proteste – tragen teilweise zur Klimawende bei, bleiben aber deutlich unzureichend. Unternehmenshandeln zeigt sich ambivalent im Hinblick auf die Transformation zur Klimaneutralität, während aktuelle Konsummuster die Klimawende sogar ausbremsen.
- ▶ Im Handlungsfeld der Politik bestehen zwar zentrale Regelwerke wie das Bundes-Klimaschutzgesetz, der EU Green Deal oder das Pariser Klimaabkommen fort und sorgen für eine gewisse politische und wirtschaftliche Stabilität bei der Zielorientierung, doch dürften sich bestehende **Umsetzungslücken** in absehbarer Zukunft weiter vergrößern. Zudem lässt sich in Teilen der Bevölkerung und Politik eine abnehmende Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen und ein zunehmender **anti-ökologischer Backlash** feststellen, der sich in den vergangenen Jahren etwa in den Konflikten rund um das „Heizungsgesetz“ oder bei den „Bauernprotesten“ zeigte. Indem schon beschlossene Ziele und Maßnahmen durch zentrale politische Akteure infrage gestellt werden, wächst die Unsicherheit für Kommunen, Verbraucher*innen und Marktakteure.
- ▶ Im Handlungsfeld der Wirtschaft stellen insbesondere die demokratisch legitimierende Funktion von **Wirtschaftswachstum** sowie wachsende **soziale Ungleichheiten** hemmende Faktoren für eine umfassende Transformation dar. Infolgedessen bremsen aktuelle Konsummuster den Übergang zur Klimaneutralität aus, während sich beim Unternehmenshandeln gegenläufige Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren und je nach Unternehmensgrößen zeigen. Veränderungen aus nur einem gesellschaftlichen Bereich heraus erscheinen wenig erfolgversprechend: Weder individuelle Verhaltensänderungen noch freiwillige Selbstverpflichtungen entwickeln eine ausreichende Dynamik für die Transformation, solange die zugrundeliegenden strukturellen Bedingungen nicht mitverändert werden. Unterliegende Triebkräfte der Emissionsentwicklung werden in politischen Lösungsansätzen aber oft ausgeblendet.
- ▶ Im Handlungsfeld der Zivilgesellschaft zeigen sich widersprüchliche Tendenzen. Die Klimabewegung befindet sich in einer Phase der **strategischen Neuorientierung**. Auch wenn die strukturellen und kulturellen Wirkungen vergangener Mobilisierungswellen präsent bleiben, hat der öffentliche Druck, den sie entfalten kann, zuletzt abgenommen. Die Bedeutung von Klimaklagen nimmt hingegen zu. Diese erscheinen zunehmend als **antizyklischer Treiber**, der der politischen Stagnation entgegenwirkt, Ambitionsniveaus aufrechterhält und gesellschaftlichen Druck in rechtliche Prozesse übersetzt. Allerdings ist auch die Wirkung von Klimaklagen letztlich begrenzt und Erfolge beschränken sich bisher auf bestimmte Kategorien von Klagen. Hinzu kommt die zunehmende Einschränkung von Grundfreiheiten, die die Mobilisierungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft insgesamt verringert.

► Wir erwarten **zunehmende Spannungen** aus dem Zusammenspiel von gesetzlich verankerten Klimazielen, wachsenden Umsetzungslücken und sozialen Schieflagen in der Transformation. Dadurch steigt mittelbar der rechtliche und politische Handlungsdruck, während zugleich die ungleichen Verteilungswirkungen der Klimawende sichtbar werden und Mobilisierungspotenziale gegen Klimaschutz eröffnen, etwa, wenn Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele die Preise für Energie, Konsumgüter oder Dienstleistungen erhöhen. Werden solche Spannungen nicht entschärft, können sie sich zu selbstverstärkenden **Blockade- und Eskalationskaskaden** aus Verzögerung, Verteuerung, Konflikt und Resonanzverlust verdichten, die das Risiko ernsthafter klimapolitischer und gesellschaftlicher Rückschritte bergen.

► **Chancen** sehen wir in der nach wie vor vergleichsweise starken grundsätzlichen Unterstützung für Klimaschutz in der Bevölkerung, in der anhaltenden Dynamik bei Klimaklagen und im kommunalen Klimaschutz, sowie in einer stärkeren Verbindung von Klimapolitik mit anderen politischen Anliegen. In den letzten Jahren wurden rechtliche Hebel, administrative Kapazitäten und zivilgesellschaftliche Netzwerke – etwa im kommunalen Klimamanagement und lokalen Klimaschutzbündnissen – aufgebaut, die jetzt genutzt werden können, um die Klimawende zu stärken. Zudem wird Klimaschutz zunehmend mit Themen wie Energiesicherheit, Industriepolitik, sozialer Gerechtigkeit oder lokaler Wertschöpfung verknüpft – und damit widerstandsfähiger gegenüber politischen Versuchen, Klimaschutz zurückzufahren.

► Wir beobachten außerdem eine zunehmende **Verdichtung von Wechselwirkungen** zwischen den untersuchten Schlüsselprozessen: Gesetzliche Berichtspflichten schaffen Transparenz über Unternehmens- und Investitionsemissionen, die wiederum gerichtliche Verfahren, Nachhaltigkeitsprüfungen und politische Entscheidungen befördern. Globale Klimakonferenzen erzeugen Resonanzräume für unternehmerische Initiativen und zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Solche Rückkopplungen könnten künftig gezielter genutzt werden, um gesellschaftliche Trägerschaften für die Klimawende zu stärken.

► Die kommenden Jahre werden voraussichtlich von einer Phase politischer Verteidigung und Konsolidierung geprägt sein: Vorrangig wird es darum gehen, bestehende Ziele, Gesetze und Institutionen gegen Rückbauversuche zu schützen. Gleichzeitig sollten bereits jetzt gesellschaftliche **Allianzen** aufgebaut werden, die mittelfristig in der Lage sind, neue Impulse zu setzen – etwa rund um

kommunale Infrastruktur- und Wärmewenden, um neue strategische Klageformen vorzubereiten, oder um Bündnisse zwischen Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und sozialen Bewegungen zu knüpfen.

► Außerdem gilt es, **Möglichkeitsfenster** frühzeitig zu erkennen und strategisch vorzubereiten – etwa im Zuge künftiger Auseinandersetzungen um klimabedingte Extremereignisse oder um ein Verfehlen nationaler Klimaziele. Solche Momente können genutzt werden, um die klimapolitische Handlungsfähigkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und langfristig auf eine Verschiebung der Plausibilität der Klimawende hinzuwirken.

Inhalt

Teil I: Plausibilität des Erreichens der Klimaziele	11
1. Einleitung	12
1.1 Unsere Methode	13
1.2 Klimapolitik im gesellschaftlichen Kontext	16
1.3 Ergebnisse der Vorabanalyse und Fokus des zweiten Bandes	18
<i>Box 1: Unsere Theorie des Wandels</i>	20
2. Wo wir hinmüssten: Die „Gesellschaft der Klimawende“	23
2.1 Der lange Weg zur klimaneutralen Gesellschaft	23
2.2 Tiefe der Transformation: Staatliche LenkungsKapazitäten ausbauen	25
2.3 Breite der Transformation: Praktiken und Lebensstile	26
2.4 Dauer der Transformation: Verankerung des Wandels über Zeit	27
<i>Box 2: Internationale Dimension der deutschen Klimawende</i>	29
3. Was wir erwarten: Gesellschaftliche Dynamiken der Transformation	31
3.1 Entwicklung der Resonanzfähigkeit der Klimawende	31
3.2 Rechte Mobilisierung und anti-ökologischer Backlash	41
3.3 Kurzfassung der Treiberanalysen	46
3.4 Wechselwirkungen	60
3.5 Plausibilitätsbewertung	66
<i>Box 3: Extremwetterereignisse als diskursive Wendepunkte?</i>	68
4. Was wir tun können: Interventionspunkte und Handlungsempfehlungen	71
Literaturverzeichnis Teil I	74
Teil II: Detaillierte Treiberanalysen	81
5. Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen	82
<i>Box 4: Die Debatte um das „Heizungsgesetz“</i>	96
6. Globale Klimagovernance	100
7. Kommunaler Klimaschutz	109
8. Unternehmenshandeln	120
9. Veränderung von Konsummustern	141
10. Klimabewegung und -proteste	160
<i>Box 5: Wer stört, wird gehört?</i>	172
<i>Box 6: Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland</i>	176
11. Klimaklagen	178
Teil III: Anhang	193
Methoden der Datenerhebung und -analyse	194
Glossar	202
Autor*innen	207
Impressum	208



Plausibilität des Erreichens der Klimaziele

1

Einleitung

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 Klimaneutralität¹ zu erreichen. Nach wie vor ist die Klimawende² in Deutschland aber von Umsetzungsdefiziten gekennzeichnet. Angesichts von Kriegen und geopolitischen Spannungen, Angriffen auf Demokratie und Rechtsstaat und dem Aufstieg rechtsautoritärer Bewegungen ist das Klimathema ins Hintertreffen geraten und spielte in der vergangenen Bundestagswahl nur noch am Rande eine Rolle. Umfragen zeigen Anzeichen von Transformationsmüdigkeit, und öffentliche Debatten zeugen von einer Zuspitzung von Konflikten. Gerade in den letzten Jahren kam es zudem zu klimapolitischen Gegenbewegungen, die erhebliche Zweifel an der plangemäßen Umsetzung der gesetzlich festgelegten Klimaziele aufkommen lassen. Dazu gehören sowohl der Stimmenzuwachs rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer und klimaskeptischer Parteien in Deutschland und Europa, als auch die Wahl einer neuen Bundesregierung, die Klimaschutz in ihrem Koalitionsvertrag einen zumindest vordergründig geringeren Stellenwert einräumt, als die vorherige, unter dem Banner der „ökologischen Modernisierung“ angetretene Ampelkoalition. Nicht zuletzt muss eine Krise der Klimabewegung als bedeutende gesellschaftliche Triebkraft verzeichnet werden. Trotz fallender Preise für erneuerbare Energieerzeugung und klimafreundliche Technologien etwa in der Elektromobilität steht daher aktuell die ernstzunehmende Gefahr eines signifikanten Rückschritts der Transformation im Raum.

Angesichts dessen mag es nicht verwundern, dass auch in der deutschen sozialwissenschaftlichen Debatte zuletzt vor allem die systemischen Ursachen der Klimakrise und die strukturellen Hindernisse ihrer Lösung im Vordergrund standen. Soziologische Analysen attestieren marktwirtschaftlich verfassten Demokratien ein grundlegendes Steuerungsproblem angesichts dessen der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern drohe (Beckert 2024). Sie identifizieren „Verlust“ als Grundproblem der Moderne (Reckwitz 2024), erheben „Anpassung“ zum neuen Leitmotiv kommender Generationen (Staab 2022) und verweisen auf die

strukturelle „Unhaltbarkeit“ des Emanzipationsversprechens der Moderne und die Formierung eines neuen Verteidigungskonsens *gegen Klimapolitik* (Blühdorn 2024).

Wie steht es aber jenseits dieser Großanalysen um den gesellschaftlichen Rückhalt für die Transformation und den Schwung, den die Klimawende in verschiedenen Gesellschaftsbereichen und Wirtschaftssektoren über die letzten Jahre verzeichnen konnte? Was ist los mit der Klimabewegung, wie steht es um Klimaklagen, wie um den kommunalen Klimaschutz? Können uns die in den letzten Jahren aufgebaute Dynamik und die vielen teils unter dem Radar weiterlaufenden Initiativen vielleicht sogar über eine vorübergehende Phase klimapolitischen Konjunkturverlustes hinwegtragen? Oder ist alles noch viel schlimmer, wenn man genau hinschaut? Ist der derzeitige Stillstand vielleicht sogar als der Auftakt eines nachhaltigen Bedeutungsverlustes und klimapolitischen Rückschritts zu verstehen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, sind gerade jetzt sozialwissenschaftliche Forschungslinien wichtig, die gezielt die gesellschaftlichen Dynamiken und Möglichkeitsbedingungen der Transformation in den Blick nehmen. Im Sinne des Appells des Expertenrats für Klimafragen, „Klimapolitik breiter [zu] denken“³, nehmen wir soziale Prozesse in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen in den Blick, und untersuchen, inwiefern diese die Transformation vorantreiben oder ihr entgegenwirken.

1 Mit „Klimaneutralität“ bezeichnen wir das Erreichen einer ausgeglichenen Bilanz aus Treibhausgasemissionen und Treibhausgasenken in Deutschland (*Treibhausgasneutralität*). Der globale Fußabdruck deutscher Produktion sowie die im Rahmen von Konsum ‚importierten‘ Emissionen werden in den jeweiligen Kapiteln und in der Box zur internationalen Dimension der Klimawende angesprochen.

2 Unter „Klimawende“ verstehen wir all jene Prozesse des Wandels, politische Maßnahmen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die unter dem Vorzeichen des Übergangs zur Klimaneutralität in Deutschland stattfinden. Normative Leitplanken bilden dabei die Zielsetzungen des Pariser Übereinkommens von 2015, des European Green Deal und des Bundes-Klimaschutzgesetzes.

3 Siehe die Pressemitteilung zum Prüfbericht: https://expertenrat-klima.de/news/erk2025_pressemitteilung_zg/

1.1

Unsere Methode

Die Klimakrise ist einerseits historisch ein Produkt globaler gesellschaftlicher Entwicklungen (Wagner 2024). Andererseits stellen gesellschaftliche Faktoren auch zukünftig – so etwa der internationale Klimarat IPCC (de Coninck et al. 2018) – sowohl die Haupthindernisse als auch die zentralen Antriebskräfte eines Übergangs zur Klimaneutralität dar. Die im öffentlichen Diskurs zuweilen geäußerte Hoffnung auf die Überzeugungskraft wissenschaftlicher Fakten greift daher ebenso zu kurz wie Appelle an den politischen Mut oder die Einsicht von Entscheidungsträger*innen.

Obwohl gesellschaftliche Entwicklungen wesentlich für den Verlauf der Klimawende sind, werden sie in aktuellen Forschungslinien nicht hinreichend systematisch erfasst. Wirtschaftswissenschaftliche Forschung etwa beschäftigt sich vor allem mit der Berechnung ökonomisch optimaler Reduktionspfade und der Wahl kosteneffizienter Politikinstrumente. Sozialwissenschaftliche Forschung fokussiert Übergänge in einzelnen soziotechnischen Regimen wie dem Elektrizitäts- oder Mobilitätssystem, untersucht Probleme internationaler Kooperation oder nationale Politikprozesse, oder widmet sich klimapolitischen Mobilisierungen oder Gerichtsprozessen. Studien zu diesen Problemereichen verlaufen jedoch weitgehend getrennt voneinander und werden kaum aufeinander bezogen. Somit können sie auch nicht hinsichtlich ihrer gemeinsamen Wirkung auf die gesamtgesellschaftliche Transformation untersucht werden.

Offen bleibt damit, welche gesellschaftlichen Kräfte den angestrebten Wandel initiieren, vorantreiben und langfristig tragen könnten, und welche ihn im Gegenteil möglicherweise ausbremsen und verhindern. Somit bleibt auch unklar, wie plausibel ein solcher Wandel angesichts aktuell beobachtbarer und zukünftig erwartbarer gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Hier setzen wir an und schlagen einen sozialwissenschaftlich fundierten Analyserahmen für die Klimawende vor (Box 1 vergleicht unseren Analyserahmen mit anderen Ansätzen). Grundlage ist eine Perspektive, die soziale Dynamiken in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen in den Blick nimmt, und den Fokus

auf **multisektorale Mobilisierungen** (Dobry 2009) legt. Die Transformation verstehen wir dabei als nichtlinearen und grundsätzlich ergebnisoffenen Prozess.⁴ Obgleich das Ziel der Klimaneutralität einen normativen Bezugspunkt für die meisten Akteure darstellt, wird keine Entwicklungsrichtung der Transformation vorausgesetzt.

Eine angemessene Betrachtung der Klimawende muss also Dynamiken in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern sowie deren Interdependenzen in den Blick nehmen. Nur so können Prozesse des Wandels identifiziert werden, die über die Grenzen soziotechnischer Systeme, wirtschaftlicher Sektoren oder gesellschaftlicher Felder hinweg einen gesamtgesellschaftlichen Wandel zur Klimaneutralität antreiben – oder im Gegenteil ausbremsen. Ein solches Analysemodell bietet der Ansatz zur **Plausibilitätsanalyse von Klimazukünften**,⁵ der im Rahmen des Hamburger Exzellenzclusters Klima, Klimawandel, und Gesellschaft (CLICCS) entwickelt wurde. In bisher drei Ausgaben des *Hamburg Climate Futures Outlook* wurde untersucht, ob eine klimaneutrale Zukunft auf globaler Ebene vor dem Hintergrund einer Abschätzung aktueller und zukünftiger gesellschaftlicher Dynamiken plausibel ist.⁶ Auf der Grundlage einer auf die deutsche Situation angepassten Version des Analyseansatzes untersucht der *Klimawende Ausblick* die gesellschaftlichen Dynamiken und die Plausibilität eines Übergangs zur Klimaneutralität in Deutschland.

Analyseansatz

Der Analyseansatz geht in vier Schritten vor. Er beginnt mit der Definition einer Klimazukunft in der Form eines qualitativen **Zielszenarios**. Grundlage ist hier die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045. Weitere Eckpunkte des Szenarios arbeiten wir anhand einer vergleichenden Analyse existierender Klimaneutralitätsszenarien heraus, die dieses Ziel erreichen. Dabei identifizieren wir grundlegende, d. h. in allen

4 Mit Ergebnisoffenheit meinen wir keineswegs, dass „alles möglich“ ist. Vielmehr zeigen unsere Analysen, dass Handlungsmöglichkeiten durch strukturelle Bedingungen, Pfadabhängigkeiten und Lock-ins geprägt sind.

5 Unter *Plausibilität* verstehen wir, das eine Klimazukunft „realistisch erwartbar“ ist angesichts von aktuell beobachtbaren Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die wir hinsichtlich eines Modells des Wandels hin zu dieser Zukunft bewerten. Plausibilität ist eine qualitative Kategorie, und unterscheidet sich damit von der in den Klimawissenschaften häufiger anzutreffenden Berechnung von quantifizierbaren *Wahrscheinlichkeiten*. Vgl. dazu ausführlicher Aykut, S. C., Wiener, A., et al. (2021).

6 Siehe hierzu Stammer et al. (2021) und Engels et al. (2023, 2024).

Szenarien vorkommende, gesellschaftliche und politische Merkmale des Übergangs.

Zweitens identifizieren wir soziale Dynamiken in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, die wir als zentral zur Realisierung des Szenarios ansehen. Angesprochen sind damit übergreifende soziale Prozesse, die **gesellschaftliche Treiber** der Klimawende darstellen. Die Herangehensweise setzt keine vollständige Kenntnis oder Theorie der Gesellschaft als Ganzes voraus. Stattdessen stellen wir jene Aspekte der sozialen Welt in den Vordergrund, die Einfluss auf die Klimatransformation haben. Soziale Prozesse verstehen wir als Muster sozialer Interaktion, die über eine gewisse Zeit bestehen, und in denen die Handlungen und Erfahrungen sozialer Akteure ineinandergreifen (Elias 1978). Prozesse entwickeln eine Eigen-dynamik, sodass vergangene Verläufe zukünftige Entwicklungen bedingen. Sie kennzeichnen sich darüber hinaus durch je spezifische Kontextbedingungen, die auf die Prozessdynamik einwirken und ihre Entwicklungstrajektorie verändern.

Drittens betrachten wir vergangene, gegenwärtige und zukünftig erwartbare **Entwicklungen** dieser Treiber. Dazu untersuchen wir ihre vergangene und gegenwärtige Dynamik und die aktuelle Konstellation an ermöglichenden und hemmenden Kontextbedingungen, und schätzen auf dieser Grundlage die zukünftige Entwicklungstrajektorie der Treiber und ihre Wirkung auf die Plausibilität der Erreichung des Zielszenarios ab. Empirisch stützen sich die Treiberanalysen auf eine umfassende Auswertung der Sekundärliteratur und klimapolitischer Gutachten, ergänzt durch eigene Recherchen, Datenerhebungen und Medienanalysen.

Im letzten Schritt untersuchen wir **Wechselwirkungen** zwischen Treibern, etwa durch die wechselseitige Bereitstellung von Ressourcen finanzieller, materieller oder ideeller Art, die Akteuren neue Handlungsspielräume eröffnen, oder durch Wirkungsketten, in denen sich Entwicklungen in einem Treiber auf die Kontextbedingungen eines anderen auswirken.

Treibermodell

Die Auswahl der gesellschaftlichen Treiber basiert auf dem Modell des *Hamburg Climate Futures Outlooks* und wurde für den deutschen Kontext angepasst. Das ursprüngliche globale Modell identifizierte zehn Treiber, darunter globale Klimagovernance, transnationale Initiativen, nationale Regulierung, Klimaproteste, Klimaklagen, Medien, Wissenschaft, Unternehmenshandeln, Divestment und Konsummuster (Stammer et al. 2021). Für das deutsche Assessment wurden acht Treiber übernommen und kontextualisiert (Abb. 1). Zwei wurden stärker modifiziert: Nationale Regulierung wird als „Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen“ analysiert, transnationale Initiativen durch „subnationale Klimagovernance“ ersetzt – um der Bedeutung von Kommunen und Ländern Rechnung zu tragen.

Ergänzt wurden zwei neue Treiber: Alternative Wirtschaftsformen (z. B. Postwachstumsansätze, Gemeinwohlökonomie) und Transformation der Arbeit (z. B. betriebliche Wandelprozesse, gewerkschaftliche Strategien). Beide erscheinen angesichts der Struktur industrieller Arbeit und wachstumsorientierter Ökonomie in Deutschland als relevante Faktoren für den weiteren Verlauf der Klimawende. Ihre Aufnahme reflektiert auch die Erkenntnis aus Klimaneutralitätsszenarien, dass technologische Dekarbonisierung allein nicht genügt – es braucht gesellschaftlichen Wandel in Konsum, Wirtschaft und Governance. Das erweiterte Treibermodell erlaubt es uns, unterschiedliche Wandel narrative empirisch zu prüfen und die Interaktion zwischen Treibern langfristig systematisch zu analysieren.

Die Untersuchung der gesellschaftlichen Dynamiken der Klimawende ist ein analytisch anspruchsvoller und empirisch komplexer Prozess, der den schrittweisen Aufbau umfassender Analyse- und Beobachtungskapazitäten erfordert. Entsprechend werden die Treiberanalysen im Rahmen des Klimawende Ausblicks fortlaufend erweitert und vertieft. Während im ersten Band, dem Klimawende Ausblick 2024, vier Schlüsselprozesse im Fokus standen – globale Klimagovernance, deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen, Klimabewegung und Klimaklagen – wurde der Untersuchungsrahmen in diesem Jahr um drei weitere gesellschaftliche Treiber ergänzt: den kommunalen Klimaschutz, die Veränderung von Konsummustern sowie das klimarelevante Unternehmenshandeln. Abbildung 2 zeigt die bisherige und die geplante Erweiterung der Treiberanalysen im Zeitverlauf.

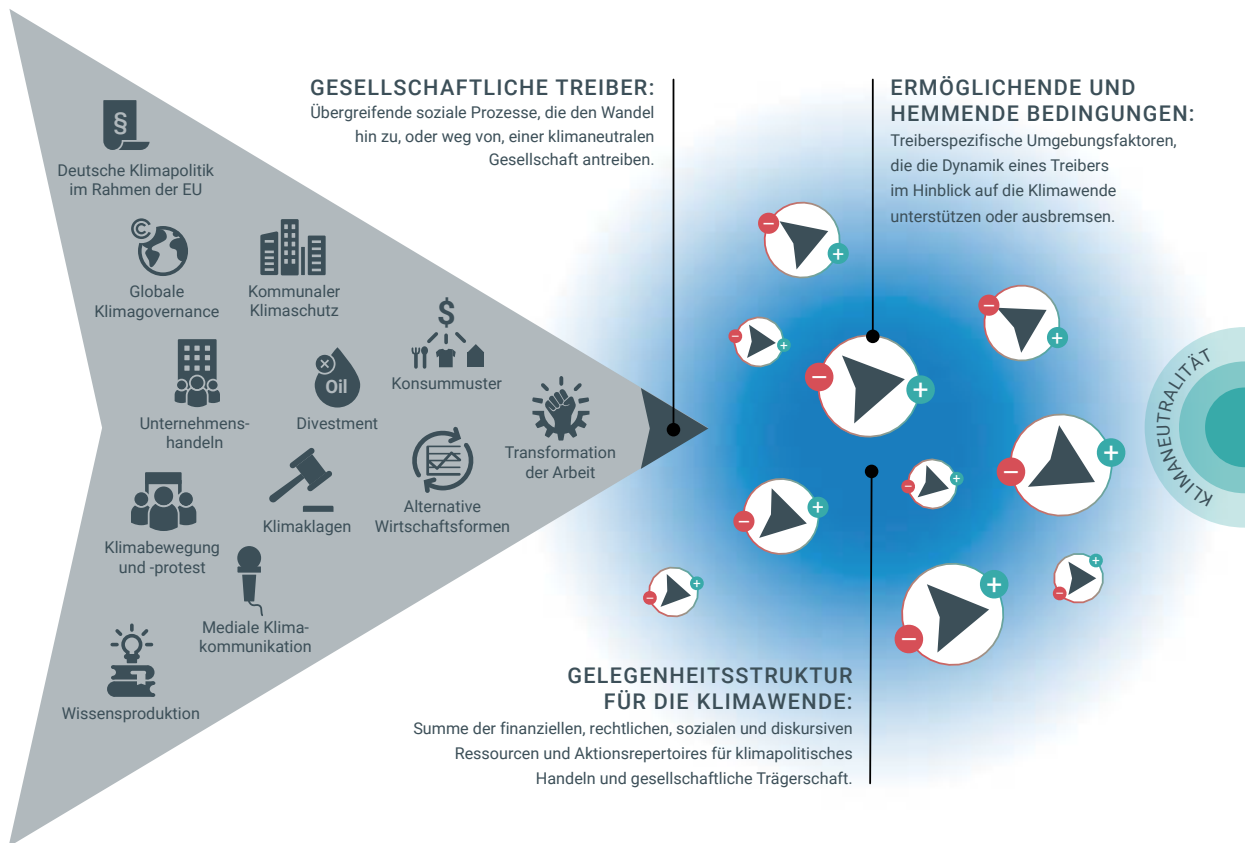


Abb. 1: Übersicht des Analyserahmens und der Treibersystematik des Klimawende Ausblicks. Darstellung des Analyserahmens zur Plausibilitätsanalyse, angepasst aus dem Hamburg Climate Futures Outlook 2021 (Aykut, Wiener et al. 2021). Die Abbildung zeigt das für die Analyse gewählte Zukunftsszenario Klimaneutralität bis 2045 (rechts) sowie die ausgewählten gesellschaftlichen Schlüsselprozesse, die zur Erreichung dieses Szenarios beitragen (links). Die Bewertung der Treiberdynamiken (Mitte) – einschließlich ihrer ermöglichenden und hemmenden Bedingungen sowie der globalen Gelegenheitsstrukturen (bzw. global opportunity structure) – führt zu einer Einschätzung der Plausibilität des zukünftigen Szenarios.

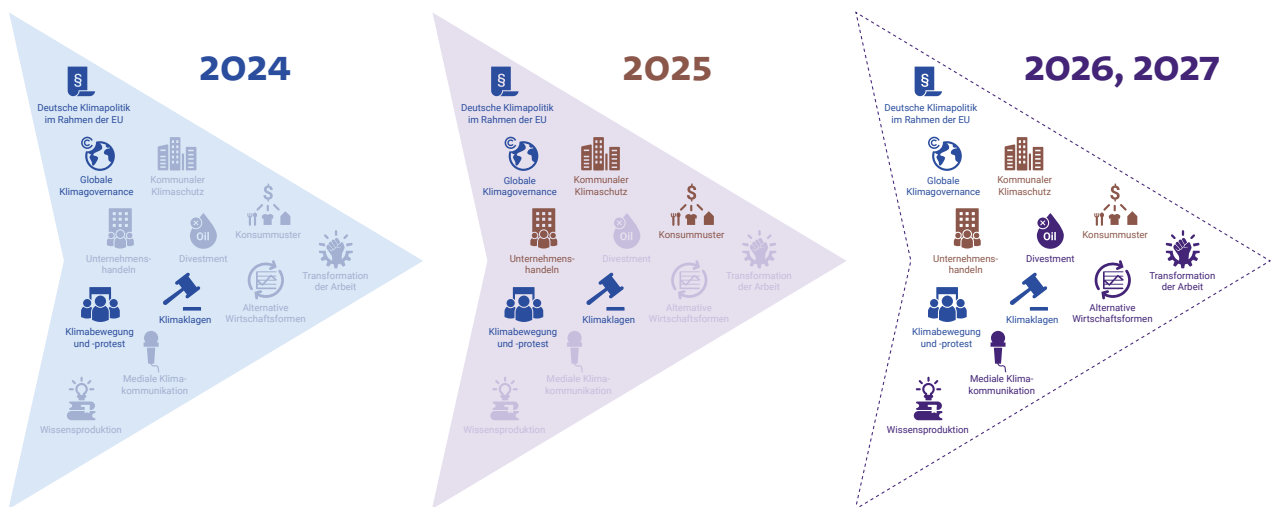


Abb. 2: Behandelte Treiber je Ausgabe des Klimawende Ausblicks. Abgebildet sind die behandelten Treiber im ersten Band 2024 (4 Treiber), im vorliegenden zweiten Band (7 Treiber) sowie in den zukünftigen Ausgaben, in denen wir die Beobachtungen auf Schlüsselprozesse in den Bereichen Divestment von Finanzströmen, Transformation der Arbeit, Alternative Wirtschaftsformen, Mediale Klimakommunikation und Wissensproduktion ausweiten werden.

1.2

Klimapolitik im gesellschaftlichen Kontext

Unser Ansatz geht davon aus, dass in pluralistischen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland das politische System selbst Teil breiterer sozialer Dynamiken ist. Selbst eine klimapolitisch ambitionierte Regierung kann innerhalb komplex gewachsener Strukturen nicht einfach „durchregieren“. Insofern kann auch der partizipative Charakter der Klimawende nicht auf die Akzeptanz von neuen Technologien und politischen Maßnahmen reduziert werden. Er beruht vielmehr zum einen auf dem komplexen Wechselspiel zwischen politischem Handeln und – medial ausgeleuchteter, demoskopisch vermessener, in Wahlen manifestierter – „gesellschaftlicher Resonanzfähigkeit“ von Klimaschutz (Reusswig und Schleer 2021) und zum anderen auf einer „aktiven gesellschaftlichen Trägerschaft“ der Klimawende (Aykut et al. 2019) durch soziale Bewegungen, Verbände, Unternehmen, Städte und Kommunen.

Resonanzfähigkeit

Klimapolitik betrifft nicht nur einzelne Politikfelder, sondern greift tief in gesellschaftliche Strukturen und alltägliche Lebensweisen ein. Deshalb ist ein Ansatz, der vor allem auf zentral gesteuerte, technokratische Steuerung setzt, nicht langfristig erfolgversprechend. Stattdessen braucht es eine Umsetzung der Klimawende, die sensibel ist für die Erhaltung ihrer gesellschaftlichen „Resonanz“. Dieses Konzept hat in der Soziologie, etwa bei Niklas Luhmann und vor allem bei Hartmut Rosa in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen und wurde dabei neu konturiert in einer Art und Weise, die es auch für Transformationsdebatten fruchtbar macht.

Wie Reusswig und Schleer (2021: 10) betonen, kann Klimapolitik nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf „entgegenkommende Lebensformen“ trifft – das heißt auf gesellschaftlich bereits angelegte Orientierungen und Praktiken, die mit klimapolitischen Zielen kompatibel sind. In diesem Kontext ist der Resonanzbegriff besonders hilfreich: Anders

als der deutlich häufiger gebrauchte, aber auch oft kritisierte Akzeptanzbegriff, der ein einseitiges, kausales Wirkmodell suggeriert, zielt Resonanz auf einen wechselseitigen Prozess der Affizierung und Antwort. Politik muss also bei den Adressat*innen „etwas treffen“, das sie zu eigenständigem Umdenken oder Handeln bewegt.⁷

Der Soziologe Hartmut Rosa hat den Resonanzbegriff als Kategorie systematisch ausgearbeitet. Zeitdiagnostisch begreift er Resonanz als Gegenbegriff zur Beschleunigung und der daraus resultierenden Entfremdung in spätmodernen Gesellschaften. Beschleunigung unterminiert die Möglichkeit von individueller Autonomie und ist auch mit der Logik demokratischer Aushandlung kaum vereinbar, da „Demokratie nur sehr beschränkt beschleunigungsfähig“ ist (Rosa 2005: 395). Resonanzbeziehungen beschreibt Rosa (2018) demgegenüber als gekennzeichnet durch Merkmale der *Affizierbarkeit* (ich werde von etwas berührt oder angesprochen), *Selbstwirksamkeit* (ich reagiere auf diese Berührung, ein wechselseitiger Prozess entsteht), *Transformation* (beide Seiten der Beziehung verändern sich im Prozess) und *Unverfügbarkeit* (Resonanz lässt sich nicht erzwingen oder instrumentell herstellen). Resonanz ist damit sowohl ein individueller als auch ein kollektiver Prozess. Individuen erleben resonante Weltbeziehungen, wenn sie sich als selbstwirksam erfahren und zugleich davon ausgehen können, dass die Welt auf ihre Handlungen reagiert – Rosa spricht hier von „Selbstwirksamkeitserwartungen“ und „Responsivitätsannahmen“ (Rosa 2012: 396).

Für die Demokratie gilt Entsprechendes: Auch sie ist auf Resonanz angewiesen – nicht nur als Adressatin gesellschaftlicher Impulse, sondern auch als Ermöglicherin resonanter Prozesse. Für die Klimapolitik heißt das: Ihre Resonanzfähigkeit entscheidet mit darüber, ob Menschen affiziert werden, ob sie Selbstwirksamkeit erfahren, sich als Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses begreifen – oder ob sie sich abwenden und verweigern. Umgekehrt setzt Resonanz voraus,

7 Einen anderen Schwerpunkt setzen hier Praxistheorien, die betonen, dass insbesondere Konventionen und Praktiken des alltäglichen Lebens und Handelns besondere Relevanz für Transformationen haben. Über Änderungen in praxisleitenden Infrastrukturen und kollektiven Konventionen könnten, so das Argument, Handlungspraktiken auch unabhängig von Überzeugungen und emotionaler Resonanz beeinflusst werden (Shove 2003, 2010). Diese infrastrukturellen und kollektiven Dimensionen der Transformation von Praktiken werden im Kapitel Veränderung von Konsummustern behandelt. Allerdings stellt sich auch hier zunehmend die Frage nach der gesellschaftlichen Resonanz für Eingriffe in Infrastrukturen (z.B. Verkehrsplanung, Schienenausbau) und kollektive Konventionen (man denke nur an die hoch kontroversen Debatten um einen „Veggie-Day“ in Kantinen).

dass Politik auf gesellschaftliche Verhältnisse trifft, die überhaupt resonanzfähig sind, und somit Affizierung, Antwortfähigkeit und Transformation ermöglichen.

Der Erhalt von Resonanzfähigkeit für die Klimawende ist somit eine zentrale Gelingensbedingung für den Wandel. Denn: „Alle sozialen Konflikte, die ein expertokratisch informiertes ‚Durchregieren‘ vordergründig aus dem Weg räumen zu können glaubt, kehren durch die Hintertüren von Expert*innenstreit, Legitimitätsverlust, Kooperationsverweigerung und offenem Protest wieder zurück“ (Reusswig und Schleer 2021: 11).

So ist beispielsweise zu erwarten, dass Politiker*innen eher geneigt sind, mit ambitionierten Vorschlägen zur Emissionsreduktion ins Risiko zu gehen, wenn sie davon ausgehen, dass sie damit auf Zustimmung bei ihrer Wählerschaft treffen. Ebenso steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen eigenständig Klimaschutz betreiben, wenn sie annehmen, dass dies ihrem Image zuträglich sein könnte.

Allerdings zeigt sich hier auch eine Grenze des Resonanzbegriffs, da dieser in der aktuellen Debatte vor allem pädagogisch-interaktiv im Sinne von einvernehmlichen Prozessen gegenseitiger Affizierung gedeutet wird. Resonanz wird aber immer auch in konflikthaften Auseinandersetzungen und Deutungskämpfen hergestellt – und auch wieder infrage gestellt oder untergraben.⁸

Aktive Trägerschaft

Darüber hinaus speist sich die Klimawende aus einer „aktiven gesellschaftlichen Trägerschaft“ (Aykut et al. 2019) durch kollektive Akteure. So eröffnete beispielsweise die breite Mobilisierung von insbesondere jungen Menschen im Rahmen von Fridays for Future ab dem Jahr 2018 ein Gelegenheitsfenster für klimapolitisches Handeln in Deutschland. Schon vorher begann eine Vielzahl von Städten, Kommunen und Unternehmen, Emissionen zu bilanzieren, Klimapläne zu entwickeln, und diese teils eigenständig und unabhängig von politischen Vorgaben auch umzusetzen. Einzelpersonen, Umweltschutzverbände und Gebietskörperschaften ziehen weltweit vor Gericht, um Regierungen und Unternehmen zu mehr Klimaschutz zu zwingen, fossile Infrastrukturprojekte zu stoppen oder Kompensationen für Klimaschäden zu erwirken. Und in Deutschland treiben tausende Bürger*innen als (Mit)Eigentümer*innen von Solarkraftanlagen, Teilhabende von Bürgerwindparks oder Energiegenossenschaften die Energiewende voran.

Abb. 3 zeigt das Zusammenspiel der verschiedenen Elemente in unserem Analysemodell. Politik bleibt in diesem Modell zentral als Arena der konflikthaften Aushandlung kollektiv verbindlicher Regeln und auch als Adressatin von Protesten, Kampagnen und Lobbying aus den beiden anderen Handlungsfeldern der Wirtschaft und der

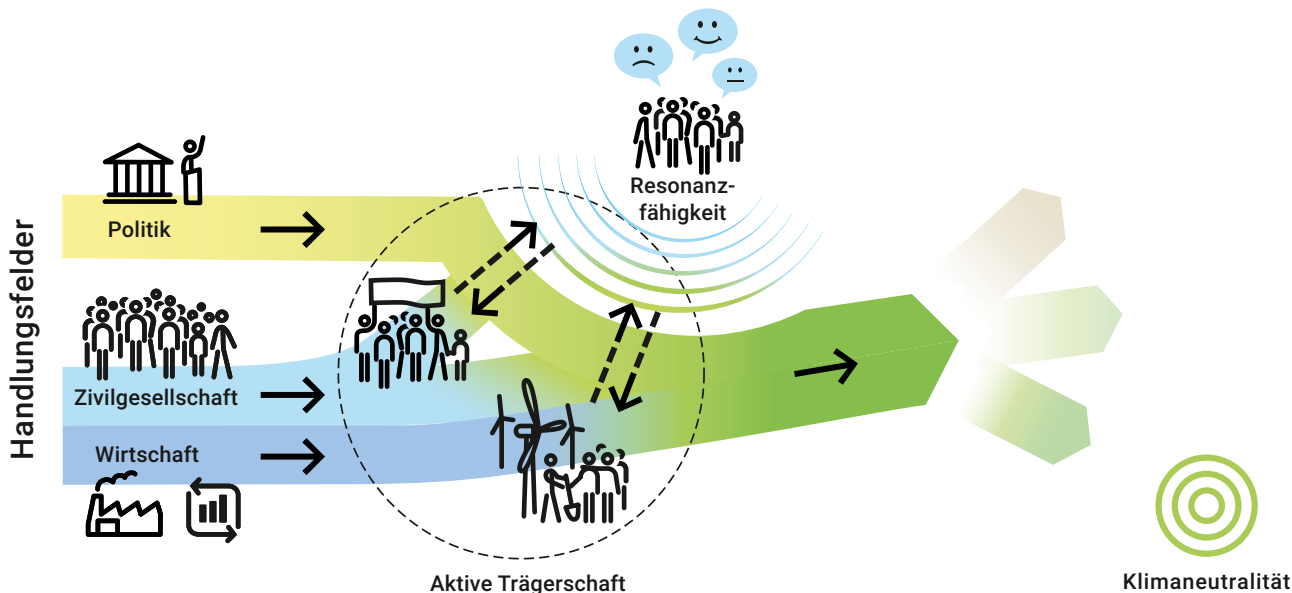


Abb. 3: Klimapolitik im gesellschaftlichen Kontext. Die Abbildung illustriert unser Analysemodell und stellt schematisch das Zusammenspiel von Dynamiken des Wandels in den Handlungsfeldern Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft dar. In diesen Feldern bilden sich *klimapolitische gesellschaftliche Trägerschaft* etwa in der Form von Gesetzesvorhaben (Politik), sozialen Mobilisierungen (Zivilgesellschaft) neuen Konsumpraktiken oder freiwilligen Selbstverpflichtungen (Wirtschaft). Entstehen, Entwicklung und Erfolg dieser Initiativen wird jeweils beeinflusst von der *gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit* der Klimawende. In der Zusammenschau dieser Dynamiken ergeben sich mögliche gesellschaftliche Entwicklungspfade – die drei Pfeile rechts. Grafik: Andreas Linke

8 Siehe hierzu das Kapitel 3.2 Rechte Mobilisierung und anti-ökologischer Backlash.

Zivilgesellschaft. Zusätzlich zu diesen an die Politik gerichteten Mobilisierungsformen umfasst *aktive gesellschaftliche Trägerschaft* aber auch unabhängig von der Politik verlaufende Initiativen in der Form von Bürgerenergieprojekten, Kampagnen für nachhaltigen Konsum oder freiwilligem Unternehmenshandeln, durch die die Transformation vorangetrieben wird. Trägerschaft kann allerdings nicht nur ermöglichend auf die Klimawende wirken. Vielmehr zeigen sich aktuell vermehrt auch Formen *obstruktiver Trägerschaft*, die in Protesten gegen Klimaschutzmaßnahmen und anti-ökologischen Kampagnen und Mobilisierungen ihren Ausdruck finden. Diese behandeln wir insbesondere im Kapitel 3.2. zum anti-ökologischen Backlash.

Die Abbildung beschreibt einen Ausschnitt aus einem *längerfristigen, rekursiven Prozess*⁹, in dem sich zunächst Problemdefinitionen und -wahrnehmungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Medien bilden und zu Versuchen der Problembearbeitung in den verschiedenen Handlungsbereichen führen. Daran schließen sich Konflikte und Aushandlungsprozesse um Maßnahmen und Entwicklungspfade an, deren Ergebnisse sich wiederum auf die Resonanzfähigkeit und Trägerschaft der Klimawende auswirken. Die Ergebnisse vorheriger Aushandlungen und Konflikte strukturieren damit die jeweils nächste Phase der Klimawende vor.

1.3

Ergebnisse der Vorabanalyse und Fokus des zweiten Bandes

Der erste *Klimawende Ausblick*, den wir im Mai 2024 veröffentlicht haben, bildete den Auftakt unserer Studienreihe zur gesellschaftlichen Transformation hin zur Klimaneutralität in Deutschland. Ziel der Reihe ist es, die gesellschaftliche Plausibilität eines tiefgreifenden Wandels bis 2045 systematisch einzuschätzen. Der erste Band entwickelte dafür den konzeptuellen und methodischen Rahmen und nahm eine exemplarische Vorabanalyse anhand von vier zentralen sozialen Treibern vor: der deutschen Klimapolitik im europäischen Kontext, der globalen Klimagovernance, der Klimabewegung und den Klimaklagen (siehe Abb. 2).

Die Ergebnisse dieser Analyse zeichneten ein differenziertes Bild. Zwar ließen sich in der Klimapolitik der letzten Jahre deutliche Fortschritte und eine positive Emissionsentwicklung feststellen, dennoch erschien uns ein Erreichen des Ziels der Klimaneutralität bis 2045 unter den gegebenen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als nicht plausibel erwartbar.¹⁰

Hintergrund unserer Bewertung war zum einen, dass die Abschätzung der Wirksamkeit von politischen Maßnahmen, sowie Szenarienrechnungen, die ein Einhalten der Klimaziele für 2030

vorhersagten, alle auf Annahmen einer langfristigen Stabilität klimapolitischer Orientierungen basierten, die uns angesichts dynamischer gesellschaftspolitischer Entwicklungen als wenig realistisch erschienen. Zusätzlich schränkten strikte fiskalische Regeln auf nationaler und europäischer Ebene die notwendigen Handlungsspielräume für öffentliche Investitionen erheblich ein.

Dennoch gab es durchaus Fortschritte: Mit der Verabschiedung grundlegender gesetzlicher Rahmenwerke und der Schaffung politischer und rechtlicher Instrumente trat die deutsche Klimapolitik in eine neue Phase ein. Diese, so unsere Prognose, würde jedoch zunehmend durch *Umsetzungskonflikte* geprägt sein. In vielen gesellschaftlichen Bereichen war mit Auseinandersetzungen um konkrete Maßnahmen zu rechnen. Die in Umfragen erkennbare breite, aber oft passive Unterstützung für den Klimaschutz könnte sich in solchen Konflikten als nicht ausreichend erweisen, um politische Entscheidungen zugunsten ambitionierter Klimapolitik durchzusetzen.¹¹

Zugleich blieb die *Zivilgesellschaft ein zentraler Resonanzraum für Klimapolitik*.¹² Protestbewegungen, strategische Klagen und solidarische

9 Wir danken Karl-Werner Brand für den Hinweis auf die rekursive Dimension von Transformationsprozessen.

10 Da es sich um eine Vorabanalyse anhand von einer begrenzten Anzahl von Treibern handelte, haben wir keine umfassende Plausibilitätsaussage getroffen.

11 Dabei kann es auch zu Episoden der „tiefen Anfechtung“ (deep contestation) kommen, die eine Ordnung selbst infrage stellen. Vgl. dazu Wiener (2025).

12 Diesen Aspekt greifen wir in zukünftigen Analysen zu den Treibern Alternative Wirtschaftsformen und Mediale Klimakommunikation noch vertiefter auf.

Netzwerke erzeugten Aufmerksamkeit, normativen Druck und rechtliche Durchsetzungskraft. Diese Resonanzfähigkeit bestand trotz zunehmender gesellschaftlicher Konflikte fort und stellte eine wichtige Ressource für das Gelingen der Transformation dar.

Die Analyse zeigte jedoch auch eine zunehmende *Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume*. Die Klimabewegung und ihr nahestehende Akteur*innen waren vermehrt rechtlichen, polizeilichen und finanziellen Restriktionen ausgesetzt. Darüber hinaus identifizierte der erste Band positive Wechselwirkungen zwischen verschiedenen sozialen Treibern: etwa zwischen Klimapolitik, Protesten und Klimaklagen. Diese sich wechselseitig verstärkenden Dynamiken boten ein bislang nur unzureichend genutztes Potenzial, das für die weitere Transformation von erheblicher Bedeutung sein könnte.

Der zweite Band unserer Analysereihe knüpft an diesen Befund an und erweitert den Fokus um neue gesellschaftliche Handlungsfelder. Im Zentrum stehen dabei ein zusätzlicher politischer Treiber – der kommunale Klimaschutz – sowie zwei soziale Prozesse aus dem wirtschaftlichen Kontext: unternehmerisches Handeln und die Veränderung von Konsummustern.

Ergänzt wird dies durch vertiefende Analysen zu Themen, die nicht direkt in die Plausibilitätsbewertung einfließen, aber den gesellschaftlichen Hintergrund unserer Untersuchung wesentlich mitprägen. In thematischen Boxen behandeln wir die theoretische Verortung unseres Ansatzes in unterschiedlichen Konzepten gesellschaftlichen Wandels, die internationale Dimension deutscher Klimapolitik im Spannungsfeld von neuem Extraktivismus und Externalisierung, die ambivalente Rolle von Extremereignissen als mögliche Katalysatoren von Wandel sowie zunehmend kontroverse Mediendebatten rund um die Letzte Generation und Fridays for Future und Kampagnen gegen gesetzliche Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz.

Eine weitere Neuerung unseres zweiten Bandes ist eine Zusammenschau der Plausibilitätsanalyse sowie der Wechselwirkungen zwischen Treibern in Übersichtstabellen (siehe Kapitel 3.3. und 3.4), sowie die Formulierung von Handlungsempfehlungen für verschiedene Akteursgruppen.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs, Yannick Walter, Franziska Hildebrandt

BOX 1 Unsere Theorie des Wandels

Die Gesellschaft der Klimawende ist eine Gesellschaft im Umbruch. Doch was treibt diesen Wandel an? Welche Akteure oder Kräfte stehen im Zentrum sozial-ökologischer Transformationen – und wodurch werden diese gebremst oder blockiert?

Ein Blick auf die aktuelle Forschung im deutschsprachigen Raum zeigt eine auffällige Arbeitsteilung: Während die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften Klimaneutralitätsszenarien entwerfen, die die technische Machbarkeit der Transformation betonen – Gesellschaft und Politik aber weitgehend ausklammern –, richten prominente soziologische Analysen den Fokus auf strukturelle Hindernisse und institutionelle Blockaden, die dem Wandel entgegenstehen. Diese disziplinäre Schiefelage erschwert einen differenzierten und ausgewogenen Blick auf die tatsächlich beobachtbaren gesellschaftlichen Dynamiken der Klimawende, ihre Entwicklung und ihre Implikationen für Klimazukünfte.

Der *Klimawende Ausblick* setzt hier an: Ziel ist es, eine integrierte, auf gesellschaftlichen Wandel fokussierte und sozialwissenschaftlich fundierte Perspektive auf die Klimawende zu entwickeln. Damit wollen wir auch die Berücksichtigung gesellschaftlicher Dimensionen in medialen und politischen Debatten um Klimaschutz stärken. Aufbauend auf dem *Social Plausibility Assessment Framework* des Hamburg Climate Futures Outlook (Aykut, Wiener et al. 2021) und dessen Weiterentwicklung im *Klimawende Ausblick 2024* (Aykut et al. 2024b) bewerten wir die Dynamik sogenannter „gesellschaftlicher Treiber der Dekarbonisierung“ sowie deren ermöglichende und hemmende Bedingungen im Hinblick auf die Plausibilität der Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045.

Die Klimawende als umfassender gesellschaftlicher Wandel

Die Transformation zur Klimaneutralität stellt einen umfassenden Veränderungsprozess dar, der mehrere gesellschaftliche Teilsysteme gleichzeitig betrifft – darunter Energie, Wirtschaft, Mobilität, Landwirtschaft, Konsum oder Stadtentwicklung. Diese Veränderungen verlaufen nicht isoliert, sondern sind interdependent: Veränderungen in einem Bereich stoßen Veränderungen in anderen Bereichen an, beeinflussen sich gegenseitig, verstärken oder blockieren sich wechselseitig.

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen hat bereits 2011 die Umriss einer solchen Transformation für Deutschland erstmals prominent skizziert (WBGU 2011). Seitdem hat sich die Forschung stark ausdifferenziert: Unterschiedliche theoretische Schulen entwickeln je eigene

Konzepte von Transformation, mit je eigenen Annahmen über Akteure, Dynamiken und Hindernisse des Wandels – und unterschiedlichen Erwartungen an mögliche und wahrscheinliche Verläufe.

Im Folgenden skizzieren wir einige dieser Perspektiven, die wir für zentral halten und kontrastieren sie mit unserem eigenen Ansatz. Dabei wird deutlich, dass verschiedene Ansätze je unterschiedliche Treiber des Wandels in den Vordergrund rücken und deren Zusammenspiel auf je eigene Weise denken. Diese theoretisch begründeten Annahmen über die gesellschaftliche Dynamik der Klimawende bilden für uns den Hintergrund, vor dem wir unsere empirischen Beobachtungen in den kommenden Jahren systematisch einordnen und unseren Ansatz prüfen und weiterentwickeln.

Fokus auf soziale Prozesse statt technologische Innovationen

In der politikberatenden Forschung zur Energie- und Klimawende dominieren gemeinhin techno-ökonomische Szenarien, die auf quantitativen Berechnungen anhand von Modellen des Wirtschafts- und Energiesystems beruhen.¹ Diese Modelle verbinden auf komplexe Weise ökonomische und technologische Prozesse, abstrahieren aber weitgehend von gesellschaftlichen und politischen Dynamiken (Beck und Mahony 2017). Klimapolitische Maßnahmen werden beispielsweise häufig sehr vereinfacht in der Form von Variationen eines CO₂-Preises simuliert. Damit bleiben soziale Auswirkungen solcher Maßnahmen außen vor, ebenso wie zugrunde liegende politische Aushandlungsprozesse, und institutionelle Blockaden der Umsetzung (Krawczyk und Braun 2025).

Studien zu Übergängen in *soziotechnischen Regimen* bilden einen weiteren wichtigen Ansatz. Hier wird der Blick auf soziale und politische Institutionen geweitet, es stehen jedoch weiterhin technische Innovationen als primäre Treiber des Wandels im Vordergrund (Geels et al. 2017). Die Aufgabe von Politik wurde dabei lange vor allem im „Management von Übergängen“ gesehen, damit nachhaltige Technologien vom Status von Nischeninnovationen bis zur Marktdiffusion begleitet werden (Schot und Geels 2008). In letzter Zeit rückten zwar Machtfragen und Konflikte stärker in den Fokus (Geels 2019). Dabei liegt das Augenmerk jedoch weiterhin vor allem auf der Machbarkeit („*feasibility*“) technischer Lösungen (Jewell und Cherp 2023). Zudem untersuchen Studien meist Übergänge in einzelnen Sektoren – etwa im Elektrizitäts- oder Mobilitätssektor –, ohne eine integrierte Perspektive auf gesamtgesellschaftlichen Wandel zu entwickeln.

1 für eine Übersicht: van de Ven et al. (2025)

Entgegen diesen letztlich technologiezentrierten Ansätzen verortet unser Ansatz die Triebkräfte für Wandel in erster Linie in sozialen Prozessen. So lässt sich beispielsweise der aktuelle Boom erneuerbarer Energien natürlich zunächst durch Innovationsdynamiken und dadurch ausgelöste Kostensenkungen erklären; ursächlich war historisch aber auch die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Deutschland im Jahr 2000, also eine politische Maßnahme, die wiederum das Ergebnis von Mobilisierungen im Kontext der Anti-Atomkraft-Bewegung war (Lauber und Mez 2004).

Handlungsmacht jenseits von Differenzierung und Pfadabhängigkeiten

Aktuelle sozialwissenschaftliche Forschung untersucht, wie eingangs angedeutet, bevorzugt strukturelle Hindernisse der Transformation. Darunter fallen einerseits *differenzierungstheoretische* Arbeiten. Schon sehr früh hat Niklas Luhmann auf Probleme umweltpolitischer Steuerung hingewiesen, die sich aus den Eigenlogiken gesellschaftlicher Subsysteme ergeben (Luhmann 1986). Ein Durchgriff aus der Politik in andere Systeme sei daher stets problembehaftet. Auch Jens Beckert (2024) verweist in seinem Buch *Verkaufte Zukunft* auf tiefliegende Blockaden in der Klimapolitik, die aus der Differenzierung moderner Gesellschaften resultieren. Eine Transformation erscheint hier als unwahrscheinlich, weil sie den Anreizsystemen gesellschaftlicher Teilbereiche widerspricht.

Andererseits sind *politökonomische* Arbeiten zu nennen. Diese verorten die Hindernisse der Transformation vor allem in fossilen „Lock-ins“, in denen sich ökonomische und politische Machtverhältnisse verdichten und wechselseitig stabilisieren (Seto et al. 2016). Diese sind das Produkt historischer Entwicklungen hin zu „Carbon Democracies“ (Mitchell 2011) und „Carbon Societies“ (Wagner 2024), in denen sich Formen der Energieproduktion mit sozialen Formationen verbinden – man denke etwa an die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung im Kontext des Kohlebergbaus, oder an den Aufstieg der Petro-Monarchien im Nahen Osten. Während am Beginn solcher Entwicklungen stets auch andere Pfade möglich erscheinen, stabilisieren sich fossile Trajektorien im weiteren Verlauf und verbinden sich dabei mit anderen Formen der Ungleichheit. So setzen sich koloniale Ausbeutungsverhältnisse im globalen Kapitalismus in der Form von Extraktivismus und Externalisierung fort (Lesenich 2016), und stützen die Verallgemeinerung extraktivistischer Mensch-Natur-Verhältnissen und somit „imperiale Lebensweisen“ weltweit (Brand und Wissen 2017). Versuche eines ökologischen Umbaus marktwirtschaftlich verfasster Demokratien scheitern wiederum regelmäßig daran, dass Regierungen für ihre Legitimation auf ökonomisches Wachstum angewiesen sind (Hausknot 2020). Daraus resultiere in letzter Konsequenz eine

fundamentale Nicht-Nachhaltigkeit dieser Gesellschaften (Blühdorn 2024).

Diese Arbeiten – deren Diversität wir hier nur andeuten konnten – liefern wichtige Hinweise zu institutionellen Kontexten und tiefliegenden Blockaden der Klimawende. Sie kennzeichnet jedoch auch eine Perspektive auf Gesellschaft, die eher „von oben“ auf Strukturen und Prozesse blickt, dabei aber mitunter die Rolle kollektiver Handlungsmacht „von unten“ für sozialen Wandel aus dem Blick verliert. Unser Ansatz beginnt daher umgekehrt, mit der Untersuchung des Aufbaus gesellschaftlicher Handlungsmacht – in der Form von sozialen Prozessen, sowie von Ressourcen für klimapolitisches Handeln. Dies kombinieren wir anschließend mit einem Fokus auf Strukturen – in der Form von Kontextbedingungen für die untersuchten Prozesse.

Wandel als Prozess, nicht als Kipppunkt

Ein weiterer prominenter Forschungsstrang untersucht *soziale Kipppunkte* als mögliche Auslöser oder Beschleuniger eines Wandels zur Nachhaltigkeit (Otto et al. 2020). Hierbei werden soziale Felder identifiziert, die bei Überschreiten kritischer Schwellen eigendynamischen Wandel auslösen könnten. Grundsätzlich lässt sich aber hinterfragen, ob die Metapher von Kipppunkten für sozialen Wandel passend ist. Historische Transformationen weisen zwar durchaus Wendepunkte auf, ab denen sich Entwicklungspfade verändern, zugleich aber immer auch Widerstände, Gegenbewegungen und häufig auch spätere, erneute Pfadveränderungen (Capoccia und Kelemen 2007). Eine Eigendynamik ab einer spezifischen Schwelle lässt sich kaum nachweisen und noch weniger im Voraus bestimmen (Abbott 2020). Der Ansatz sozialer Kipppunkte ist somit interessant im Sinne einer Identifizierung von Möglichkeitsräumen für Veränderung. Ihm fehlt aber ein sozialwissenschaftlich fundiertes Verständnis für die Mechanismen und Verlaufsformen sozialen Wandels.

Hier bieten weitere Forschungslinien wichtige Anknüpfungspunkte. Der *historische Institutionalismus* liefert ein analytisches Instrumentarium, das Pfadabhängigkeiten betont, aber auch positive Rückkopplungseffekte („feedbacks“) identifiziert, die gezielt für den Wandel aktiviert werden könnten (Jordan und Moore 2020, Millar et al. 2021). Die *kritische Transformationsforschung* wiederum verbindet einen Blick auf technologischen Wandel mit einem Fokus auf gesellschaftspolitische Konflikte (Scoones et al. 2015, Brand 2021). Damit ermöglicht sie eine multiperspektivische Analyse technologischer, ökonomischer und institutioneller Wandlungsprozesse (Brand 2018). Allerdings bleiben auch hier Fragen kollektiver Handlungsträgerschaft „von unten“ oft unterbelichtet, da die Analyse eher auf Makroprozesse und lange Zyklen fokussiert.

Unser Ansatz knüpft hier an, und entwickelt ein Instrumentarium zur Analyse der Mechanismen und plausiblen Verlaufsformen einer politisch intendierten und gesellschaftlich getragenen Transformation. Zentrale Begriffe sind dabei neben jenen der sozialen Prozesse und ihrer Kontextbedingungen auch die gesellschaftliche Resonanzfähigkeit von Klimaschutz, und die aktive gesellschaftliche Trägerschaft der Klimawende durch soziale Bewegungen, Kommunen und Firmen.

Von multisektoralen Mobilisierungen zu gesamtgesellschaftlichem Wandel

Schon heute lassen sich in Auseinandersetzungen um Klimapolitik Zukunftsimaginationen identifizieren, die unterschiedliche Fluchtpunkte für gesellschaftliche Entwicklungen bilden (Bäckstrand und Löfbrand 2016, Adloff und Neckel 2019). Die Realisierungschancen einer Zukunftsvision wie jener der klimaneutralen Gesellschaft steigen mit ihrer Kapazität zur Mobilisierung breiter gesellschaftspolitischer Koalitionen. Die Entstehung solcher Koalitionen untersucht unter anderem die *soziale Bewegungsforschung*. Im Fokus aktueller Arbeiten standen hier etwa die Aktionsformen der Fridays for Future-Bewegung (Wahlström et al. 2019), die Wissensbezüge von Klimaaktivist*innen (Rödter und Pavenstädt 2023), oder die Legitimität konfrontativer Protestmittel (Ostarek et al. 2024). Auch rechte Gegenbewegungen werden zunehmend untersucht (Daggett 2018, Finger et al. 2024). Parallel dazu verlaufen Forschungsstränge zu *Klimaklagen* – gerichtlichen Strategien für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit (Setzer und Higham 2024). Beachtung finden dabei neben rechtlichen zunehmend auch breitere gesellschaftliche Wirkungen solcher Klagen (Fisher und Nasrin 2021, Aykut et al. 2024a). Ein zentrales Problem bleibt jedoch die Fragmentierung dieser Forschungslinien: Sie bleiben zumeist auf einzelne Gruppen oder Aktionsformen (etwa auf Proteste oder Klagen) beschränkt, was die Untersuchung übergreifender Dynamiken erschwert.

Gerade angesichts der oben identifizierten Blockaden durch gesellschaftliche Differenzierung und fossile Lock-ins ist aber ein Blick auf Strategien und Dynamiken nötig, die gesellschaftliche Sektoren überwinden. So beschreibt etwa Dana Fisher in ihrer Arbeit „Anthro-Shifts“ als Momente, in denen Risikoereignisse eine Neukonfiguration von Staat, Markt und Zivilgesellschaft ermöglichen (Fisher 2024). Für die Analyse sektorenübergreifender Dynamiken bietet sich außerdem Michel Dobrys Soziologie politischer Krisen an. Dobry (2009) beschreibt darin, wie soziale Mobilisierungen zunächst innerhalb einzelner gesellschaftlicher Sektoren oder Subsysteme (z. B. Recht, Kultur, Bildung) stattfinden und dort Druck für Veränderungen aufbauen. Werden diese Mobilisierungen sektorübergreifend, können sie in „fluide Konjunkturen“ münden – Phasen, in denen die etablierte soziale Ordnung mit ihrer starren Trennung in gesellschaftliche Sektoren temporär destabilisiert ist, veränderbar erscheint, und somit alternative Pfade sicht- und denkbar werden.

Solche multisektoralen Mobilisierungen sind auch für die Klimatransformation charakteristisch – z. B. in Form strategischer Klimaklagen, gewerkschaftlich-klimabezogener Allianzen oder Kampagnen gegen fossile Investitionen. Auch aktuell beobachtbare rechte und anti-ökologische Gegenbewegungen mobilisieren zunehmend sektorenübergreifend. Unser Analyseansatz zur Klimawende kombiniert daher *Elemente des historischen Institutionalismus* mit der *Theorie multisektoraler Mobilisierung*. Daraus ergibt sich ein Modell, das gesellschaftlichen Wandel als Prozess versteht, in dem inkrementelle sektorale Dynamiken über ihre Verdichtung in multisektoralen Konflikten in fluide Konjunkturen übergehen können – mit dem Potenzial, in eine breite strukturelle Transformation zu münden.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Yannick Walter,
Eduardo Gonçalves Gresse

2

Wo wir hinmüssten: Die „Gesellschaft der Klimawende“

2.1

Der lange Weg zur klimaneutralen Gesellschaft

Wir leben in Karbongesellschaften – unsere politischen Institutionen, wirtschaftlichen Infrastrukturen und sozialen Routinen sind tief in fossile Energiesysteme eingebettet. Entsprechend kann auch der Übergang zur Klimaneutralität nicht allein als technisches Problem der Substitution einer Form der Energieerzeugung durch eine andere verstanden werden. Die politische und gesellschaftliche Dimension der Dekarbonisierung rückt daher zunehmend in den Fokus, etwa in Konzepten einer *Carbon Democracy* (Mitchell 2011) oder von *Carbon Societies* (Wagner 2024), die die tiefe Verzahnung von Formen fossiler Energieerzeugung und dem Aufbau politischer Institutionen und gesellschaftlicher Ordnungsentwürfe betonen.

Vor diesem Hintergrund nimmt dieses Kapitel die gängigen Klimaneutralitätsszenarien für Deutschland in den Blick – mit besonderem Fokus auf die ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen von gesellschaftlichem Wandel und politischer Steuerung. Grundlage der Analyse ist ein Vergleich zentraler Szenarien sowie ein Expert*innen-Workshop zum Thema, der im Januar 2025 an der Universität Hamburg stattfand.

Ausgehend von diesen Szenarien arbeiten wir die Konturen einer „**Gesellschaft der Klimawende**“ heraus. Damit ist die Einsicht gemeint, dass mit den klimapolitischen Zielsetzungen nicht nur technische, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen verbunden sind. Umstritten bleibt jedoch, welche Veränderungen dies konkret impliziert – und welche Zukunftsbilder damit verknüpft

werden (Adloff et al. 2024): etwa Projekte einer „ökologischen Modernisierung“ ohne grundlegenden Wandel der Wirtschafts- und Politikformen (Mol und Sonnenfeld 2000), der Übergang zu einer „Postwachstumsgesellschaft“ (Schmelzer und Vetter 2019) oder die Orientierung hin zu dekolonialen und „pluriversen“ Wirtschafts- und Lebensweisen (Escobar 2011).

Unser Untersuchungsobjekt, die „Gesellschaft der Klimawende“, verstehen wir somit als das Ensemble jener gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die sich im Zuge der konflikthaften Umsetzung der Klimaziele herausbilden. Im Zeitverlauf zeigt sich dabei, in welchem Maße diese Prozesse tatsächlich zur Erreichung der gesetzten Klimaziele beitragen – oder ob sie dafür unzureichend bleiben.

Wir nehmen dabei einerseits eine empirisch-analytische Beobachtungsperspektive auf eine Gesellschaft ein, die sich unter dem Druck der sich verschärfenden Klimaproblematik – und im Kontext weiterer gleichzeitiger Umbrüche – verändert.¹ Andererseits vergleichen wir diese beobachteten Veränderungen mit den normativen Erfordernissen der Transformation zur Klimaneutralität, wie sie sich aus der folgenden Zusammenschau und dem Vergleich zentraler Klimaneutralitätsszenarien ergibt.

1 Das ist auch die Forschungsperspektive, die von den Editoren des Handbuchs „Die sozial-ökologische Transformation der Welt“ (Campus 2026) Karl-Werner Brand und Basil Bornemann verfolgt wird – siehe hierzu auch Brand (2017). Wir ergänzen diese Perspektive durch eine stärkere Orientierung an, und einen Abgleich mit, den normativen Erfordernissen, die wir anhand der Analyse von Klimaneutralitätsszenarien gewinnen.

Technische Merkmale der Transformation

Ziel der deutschen Klimapolitik ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990, bis 2040 um 88 Prozent und bis 2045 auf netto null zu senken. Eine Reihe von Studien übersetzen diese Ziele in konkrete Reduktionspfade – unter anderem Klimaneutrales Deutschland 2045 der Stiftung Klimaneutralität (Prognos et al. 2021, Agora Think Tanks 2024), die Klimapfade 2.0 des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Boston Consulting Group 2021), der Aufbruch Klimaneutralität der Deutschen Energie-Agentur (dena 2021), die Langfristszenarien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (Fraunhofer ISI und Consentec GmbH 2021) und der Szenarienvergleich Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 des Kopernikus-Projekts Ariadne (2021).

Allen Szenarien gemein ist ein Verständnis von Dekarbonisierung als Prozess rationaler politischer Steuerung. Durch gezielte Maßnahmen – etwa CO₂-Bepreisung, Förderprogramme oder Infrastrukturinvestitionen – und eine geschickte Gestaltung der Märkte soll ein schrittweiser Ersatz fossiler durch klimaneutrale Systeme erreicht werden. Die Szenarien arbeiten mit komplexen Energiesystemmodellen und Modellen des Wirtschaftssystems, um technisch machbare, ökonomisch effiziente bzw. gesamtwirtschaftlich kostenoptimale Reduktionspfade zu entwerfen – bleiben jedoch zumeist auf die Systemlogik von Märkten und Technologien fokussiert.

Gemein ist diesen Studien, dass sie den Übergang zur Klimaneutralität primär als Problem politischer Steuerung verstehen, in der durch gezielte Maßnahmen und geschickte Marktgestaltung eine Substitution von fossilen Technologiesystemen und Infrastrukturen durch klimaneutrale Systeme vorangetrieben werden soll. Auf Grundlage dieses Verständnisses werden quantitative Reduktionspfade skizziert.

Trotz unterschiedlicher methodischer Herangehensweisen zeigen sich in den Ergebnissen der Studien eine Reihe von Übereinstimmungen. So beschreiben alle Studien Transformationspfade, die einen deutlichen Bruch mit aktuellen Trendentwicklungen darstellen. Alle sehen einen raschen Übergang zu erneuerbarem Strom, grünem Wasserstoff, nachhaltiger Biomasse und teilweise grünen E-Fuels vor. In allen spielt die Elektrifizierung des Energieverbrauchs eine zentrale Rolle, wobei in den Endnutzungssektoren Gebäude, Verkehr und Industrie zumeist bereits bis 2030 eine umfassende Elektrifizierung und Sektorkopplung stattfindet.

Erneuerbare Stromerzeugung steigt rasant: Photovoltaik wird bis 2030 verdoppelt bis vervierfacht, bis 2045 in einigen Szenarien verzehnfacht. Windenergieerzeugung an Land wird bis 2045 mindestens verdreifacht, in einigen Szenarien nahezu

versechsfacht. Auch die Energieeffizienz steigt deutlich, während der Endenergieverbrauch sinkt, wobei bis 2045 Gesamtreduktionen zwischen einem Drittel und der Hälfte (!) erreicht werden. Hinzu kommt ein massiver Umbau der Energie- und Transportinfrastruktur, die aktuelle Infrastrukturplanungen weit übertreffen. Schließlich erfordert das Erreichen der Klimaneutralität die Erschließung natürlicher und die Schaffung technischer Senken zur CO₂-Entnahme.

Gesellschaftliche und politische Dimensionen des Wandels

Die notwendige Anstrengung wird von den Autor*innen der Ariadne-Studie wie folgt zusammengefasst: „Die Klimaschutz-Ziele für 2030 und 2045 sind extrem herausfordernd und können nur mit massiven Investitionen, zusätzlichen politischen Maßnahmen und Infrastrukturaufbau in allen Sektoren erreicht werden“ (Kopernikus-Projekt Ariadne 2021: 4). Gutachten zeigen, dass die aktuellen Anstrengungen dazu nicht ausreichen werden (ERK 2023).

Es existiert also eine Umsetzungslücke (Perino et al. 2022) zwischen den Zielen des Klimaschutzgesetzes und den verabschiedeten Maßnahmen. Hinzu kommen bekannte Vollzugsdefizite im Umwelt- und Klimaschutzrecht, die eine reibungslose Umsetzung einmal verabschiedeter rechtlicher Instrumente in der Praxis als wenig wahrscheinlich erscheinen lassen (Ziehm 2010). Und schließlich ist langfristige Klimapolitik von einer „dynamischen Inkonsistenz“ geprägt (Kalk und Sorger 2023), die in den gleichförmigen Reduktionspfaden der Studien nicht abgebildet wird.

Die konsequente Umsetzung eines so ambitionierten Transformationsprogramms über zwei Dekaden setzt aber eine politische Konsequenz und Stabilität voraus, die dem Wesen pluralistischer Demokratien im Grunde genommen nicht entspricht, bzw. sogar in Teilen zuwiderläuft. In der Zeit bis zum avisierten Zieljahr 2045 wird es unweigerlich zu Regierungswechseln und damit zum Wandel politischer Programme und Prioritäten kommen, die zu Neuausrichtungen, Verzögerungen und möglicherweise auch Rückschritten in der Umsetzung der Klimawende führen können.² Damit einher geht das Risiko einer volkswirtschaftlich weniger effizienten und klimapolitisch weniger effektiven Umsetzung der Transformation, als es modellbasierte Berechnungen optimaler Reduktionspfade nahelegen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Transformationsszenarien nicht nur einen technischen und ökonomischen Umbau Deutschlands beschreiben, sondern auch einen Wandel zentraler gesellschaftlicher Strukturen und politischer Institutionen. Kernelemente dieses gesellschaftlichen

2 Diese zeitliche Dynamik des Politikprozesses wird gerade in Arbeiten des historischen Institutionalismus immer wieder betont. Vgl. hierzu etwa Pierson (2004).

und politischen Wandels wollen wir im Folgenden herausarbeiten. Grundlage sind dabei nach wie vor die gängigen, oben genannten Klimaneutralitätsszenarien. Um die oft implizit bleibenden Annahmen der Szenarien zu verdeutlichen, oder um

ihre Konsequenzen klarer auszuleuchten, gehen wir allerdings teilweise über die in den Szenarien genutzten Zahlen und Begriffe hinaus und interpretieren die Modellergebnisse im Lichte sozialwissenschaftlicher Konzepte.

2.2

Tiefe der Transformation: Staatliche Lenkungs-kapazitäten ausbauen

Die in den Szenarien beschriebenen Investitionen, Markteingriffe und langen Planungshorizonte setzen auch einen Umbau politischer Institutionen voraus, der in Szenarien angedeutet aber meist nicht explizit thematisiert wird.

So schätzt das von der Agora Energiewende (2024: 12–13) in Auftrag gegebene Investitions-gutachten, dass die für das Erreichen der Klimaziele notwendigen Gesamtinvestitionen in den nächsten Jahren bis zu 13 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts erreichen müssten, wovon etwa ein Viertel auf zusätzliche Klimaschutzinvestitionen und davon wiederum mindestens ein Viertel auf die öffentliche Hand entfalle. Interessant ist die Unterscheidung zwischen sogenannten „Ohnehin-Investitionen“ und zusätzlichen Klimaschutzinvestitionen. Erstere beschreiben eine „Umlenkung von Ausgaben für fossile Technologien hin zu klimaneutralen Investitionen“ (S. 6). Da diese Ausgaben im Rahmen laufender Investitionszyklen ohnehin anstehen würden, stellen sie keine Zusatzausgaben im engeren Sinne dar. Zentrale Instrumente für diese Umleitung sei ein sicherer CO₂-Preis-pfad, gezielte ordnungsrechtliche Vorgaben, Bereitstellung der Infrastruktur und eine Anpassung staatlicher Förderprogramme. Allerdings lässt sich an den Reaktionen auf die Rücknahme der Steuerbefreiung für Agrardiesel – deren Ankündigung Auslöser für die Bauernproteste war – sowie den strukturellen Investitionsrückständen bei der Schiene, um nur zwei Beispiele zu nennen, leicht ablesen, dass eine solche Umschichtung keineswegs problem- und konfliktfrei ablaufen dürfte. Auch die Kontroverse rund um das Gebäudeenergiegesetz, dessen Ziel ja die Umleitung privater Investitionen in klimafreundliche Technologien zur Wärmeerzeugung war, unterstreicht diesen Punkt.

Ein substanzieller Teil der Investitionen, der im Jahresdurchschnitt auf 38 Milliarden Euro beziehungsweise 0,8 Prozent des BIP geschätzt wird, liegt zudem im Bereich der öffentlichen Hand. Diese Ausgaben fallen insbesondere in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen, die aufgrund jahrzehntelanger negativer Nettoinvestitionen ohnehin

vor einem hohen Investitionsstau stehen (S. 15–16). Um diese Investitionen tätigen zu können, bedarf es umfassender politischer und rechtlicher Reformen. Nötig sei, so die Studienautor*innen, eine Reform der Schuldenbremse, eine deutliche Stärkung der Kommunen und die Überführung des Klimaschutzes in eine kommunale Pflichtaufgabe (Agora Energiewende 2024: 25–26).

Hinzu kommt der Ausbau von ressortübergreifenden Planungs- und Koordinationskapazitäten. Die durch die Klimawende notwendig werdenden Abstimmungsprozesse zwischen politischen Ebenen und Ressorts beschreibt die deutsche Energieagentur dena in ihrem Szenario als „politische Sektorkopplung“:

„Klimaneutralität braucht daher eine ganzheitliche politische Betrachtung, in der verschiedene Politikfelder – insb. Energie-, Umwelt-/Klima- und Wirtschaftspolitik – integriert und koordiniert werden. Darüber hinaus muss eine konsistente Betrachtung und Koordination der politischen Ebenen von der kommunalen Ebene bis zur Europapolitik und zu internationalen Institutionen erfolgen. Diese unbedingt erforderliche integrierte Betrachtung... kann als ‚politische Sektorenkopplung‘ beschrieben werden. Sie bedarf ... robuster Planung... koordinierter Governance.“ (dena 2021: 31)

Auch andere Klimaneutralitätsszenarien gehen davon aus, dass im Zuge der Klimatransformation staatliche Steuerungs-kapazitäten ausgebaut werden müssen. So betont etwa das Umweltbundesamt, dass Städte, Kommunen und Bundesländer finanziell, personell und rechtlich erst in die Lage versetzt werden müssen, einerseits europäische und bundesdeutsche Vorgaben umsetzen und andererseits darüber hinaus auch proaktiv ihre eigenen klimapolitischen Prioritäten vorantreiben zu können (UBA 2022).

Wir interpretieren die vorgeschlagenen Änderungen in der Zusammenschau als Übergang zu einem „grünen Staat“ (Eckersley 2004, 2021) mit deutlich ausgebauten administrativen, finanziellen und industriepolitischen Steuerungs-kapazitäten.

2.3

Breite der Transformation: Praktiken und Lebensstile

Klimaneutralitätsszenarien sind überwiegend strukturkonservativ. Sie gehen in ihren Modellierungen typischerweise nicht von grundlegenden Veränderungen von Lebensstilen oder Konsummustern aus. Gleichwohl erwarten alle zentralen Szenarien erhebliche Reduktionen des Endenergieverbrauchs: bis 2030 um rund 20 Prozent, bis 2045 um 45 Prozent (zwischen 33 Prozent und 55 Prozent).

Wie stark Veränderungen von Praktiken und Lebensstilen in die Modellrechnungen einbezogen werden, variiert allerdings erheblich zwischen den verschiedenen Sektoren und Szenarien. Im Wärmesektor wird szenarienübergreifend eine Reduktion des Endenergieverbrauchs zwischen einem Drittel und der Hälfte bis 2045 angenommen. Diese Einsparungen sollen vor allem durch einen deutlichen Anstieg des Einsatzes von Wärmepumpen sowie durch deutlich erhöhte Sanierungsraten erzielt werden, die im Vergleich zu heute mindestens um 50 Prozent steigen müssten.

Im Verkehrsbereich unterstellen die meisten Studien – mit Ausnahme der Ariadne-Szenarien – eine umfassende Elektrifizierung, aber auch einen je nach Szenario mehr oder weniger starken Rückgang des Anteils von Pkw am Personenverkehr. Dies soll durch einen verstärkten Wechsel auf andere Verkehrsträger, insbesondere auf die Bahn, sowie durch eine generelle Reduktion des Pkw-Bestands erreicht werden. Damit enthalten die Szenarien eine im Autoland Deutschland politisch durchaus brisante Annahme.

Im Konsumbereich schreiben viele Modelle vor allem bereits beobachtbare Trends in Richtung klimafreundlicherer Konsummuster fort. Dabei wird meist betont, dass keine weitergehenden Verhaltensänderungen in Form von Konsumeinschränkungen angenommen werden:

„Es werden in der Studie keine weitergehenden Verhaltensänderungen in Form von Konsumeinschränkungen unterstellt. Allerdings werden heute erkennbare Trends zu Konsumänderungen stärker berücksichtigt, zum Beispiel beim Markthochlauf von Fleisch- und Milch-Alternativen und synthetischem Fleisch.“ (Prognos et al. 2021: 7).

Einige Szenarien gehen über diese Fortschreibung hinaus und unterstellen explizit eine tiefgreifende „Trendumkehr“. So beschreibt etwa das Szenario KN100 der dena eine signifikante Reduktion der Zahl der Pkws bis 2045 und eine Abnahme der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche. Damit verbunden ist ein verändertes Verständnis von

Mobilität und Konsum, das sich auch auf die Ernährung erstreckt (dena 2021: 68).

Auch das Szenario Klimaneutrales Deutschland nimmt im Bereich Landwirtschaft eine Veränderung der Konsumgewohnheiten und eine entsprechend reduzierte Nachfrage an. Dennoch bleibt in der Mehrzahl der Szenarien der Fokus klar auf technischen Lösungen. Diese Schwerpunktsetzung ist sowohl historisch begründet als auch politisch bedingt: Zum einen wurden technologische Entwicklungen wie der rasche Ausbau erneuerbarer Energien in der Vergangenheit wiederholt unterschätzt, während sich tiefgreifende Lebensstilveränderungen empirisch kaum realisiert haben. Zum anderen gelten Forderungen nach gesellschaftlichem Wandel als schwer politisch anschlussfähig und damit auch als heikel im Kontext der medialen Kommunikation von Szenarienergebnissen.

Gleichwohl gewinnt das Thema Suffizienz in einzelnen Szenarien und sektoralen Teilstudien an Bedeutung – etwa im Ernährungsteil der Studie Klimaneutrales Deutschland (Agora Think Tanks 2024) oder im Rahmen des UBA-Projekts Rescue (Purr et al. 2019). Die öffentliche Resonanz solcher Szenarien hängt dabei eng mit der konkreten Ausgestaltung der Modellierung und der kommunikativen Vermittlung der Ergebnisse zusammen. Die verbreitete Praxis der technologischen Bottom-up-Modellierung trägt hier eine ambivalente Rolle: Zwar erlaubt sie detaillierte sektorale Betrachtungen, doch bleibt sie im Grundsatz strukturkonservativ und blendet mögliche tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen weitgehend aus. Auch die Rolle der Vermittlung ist zwiespältig: Kommunikation wird bei der Modellierung stets schon mitgedacht – insbesondere in Bezug auf individuelle Verhaltensweisen, bei denen vorwiegend bestehende Tendenzen fortgeschrieben und lediglich „kommunizierbare Veränderungen“ in die Modelle aufgenommen werden. Problematisch wird dies dort, wo bereits in den Annahmen vorweggenommen wird, was überhaupt als gesellschaftlich resonanzfähig gilt – und damit die Transformationsbreite konzeptionell und politisch von vornherein eingengt wird.

Klar bleibt aber auch: Die Werte für Energieverbrauchsreduktionen in verschiedenen Sektoren, die Klimaneutralitätsszenarien zugrunde liegen, lassen sich nicht allein durch Effizienzsteigerungen und inkrementelle Konsumveränderungen erklären – zumindest dann nicht, wenn auch die erwartbaren Rebound-Effekte durch neue Anwendungen (man

denke nur an Digitalisierung und künstliche Intelligenz) mit einberechnet werden. Die Veränderung von Praktiken und Lebensstilen bleibt also in vielen Szenarien implizit, muss jedoch bei genauer

Betrachtung der Annahmen dieser Szenarien als unverzichtbarer Teil einer tiefen Transformation zur Klimaneutralität verstanden werden.

2.4

Dauer der Transformation: Verankerung des Wandels über Zeit

Klimaneutralitätsszenarien richten sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger*innen. Das politische System selbst und sein gesellschaftliches Umfeld werden in den Modellierungen jedoch meist ausgeklammert. Dennoch erlauben die Szenarien Rückschlüsse auf notwendige politische Voraussetzungen und mögliche Herausforderungen – insbesondere hinsichtlich der Annahme einer langfristigen Stabilität demokratischer Politik. Denn ein zentraler Anspruch der Szenarienforschung ist die dynamische Konsistenz von Entscheidungen: Politische Maßnahmen sollen nicht nur kurzfristig wirksam, sondern auch langfristig tragfähig und anpassungsfähig sein. Die in den Szenarien berechneten Emissionspfade setzen voraus, dass getroffene Entscheidungen über Jahrzehnte hinweg Bestand haben und – wo nötig – im Laufe der Zeit angepasst werden.

Gerade für eine Transformation, die bis 2045 kontinuierlich vorangetrieben werden muss, ist dies entscheidend. So betont etwa die Deutsche Energie-Agentur die Notwendigkeit einer „robusten Planung“, die auf einem „gesamtgesellschaftlichen Konsens“ sowie auf „ökonomischer und emotionaler Teilhabe“ beruhen müsse (dena 2021). Auch die Investitionsstudie von Agora Energiewende verweist auf die zentrale Bedeutung von Planungssicherheit, etwa in der Umsetzung der Wärmeplanung:

„Das Gesetz für die WPG und die Novelle des GEG werden weitergeführt. Bis spätestens Mitte 2028 hat jede Kommune ihren Wärmeplan erstellt, Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen tun dies bereits bis Mitte 2026“ (Agora Energiewende 2024: 94)

Dabei kommt es nicht nur auf die Stabilität bestehender Maßnahmen an, sondern auch auf die rechtzeitige Korrektur möglicher Fehlentwicklungen. Diese reflexiven Korrekturschleifen sollen bereits bei der Planung der jeweiligen Steuerungsinstrumente berücksichtigt werden, um ein zügiges Nachsteuern zu ermöglichen. Angelegt ist eine solche Möglichkeit zum Nachsteuern in dem Instrument der Rahmengesetzgebungen, wie sie etwa dem European Green Deal und dem

Deutschen Bundes-Klimaschutzgesetz zugrunde liegen. Diese Rahmengesetze kombinieren rechtsverbindliche Ziele mit einer relativen Offenheit hinsichtlich der Instrumentenwahl und regelmäßigen Überprüfungen zur Zielerreichung. Das Klimaschutzgesetz schafft auch regelmäßige Momente des politischen Agenda-Settings, indem es Überprüfungen durch den Expertenrat für Klimafragen und die Vorlage von Klimaschutzprogrammen vorsieht. Allerdings sind solche Gesetze keine Selbstläufer. Vielmehr müssen die so geschaffenen Momente auch politisch im Sinne einer gestärkten Umsetzung genutzt werden, um eine langfristige Zielerreichung sicherzustellen. „All dies“, so die Autor*innen der Agora-Studie, „erfordert in einem demokratischen System Mehrheitsfähigkeit und eine breite gesellschaftliche Trägerschaft“ (Agora Energiewende 2024: 32).

Damit rückt ein Akteur ins Zentrum, der in den Szenarien häufig nur implizit auftaucht: die Zivilgesellschaft. Ihre Rolle besteht nicht nur darin, politische Maßnahmen mitzutragen, sondern auch darin, politischen Rückschritten entgegenzuwirken und Klimapolitik eigenständig voranzutreiben. Ein Beispiel ist das breite zivilgesellschaftliche Bündnis in den USA während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump, das sich aus Bundesstaaten, Städten, Unternehmen und NGOs zusammensetzte und trotz nationalstaatlicher Blockaden für eine gewisse klimapolitische Kontinuität „von unten“ sorgte (Aronczyk 2024: 28).

Mehrere der untersuchten Studien heben hervor, dass die Wahrscheinlichkeit politischer Fehlentwicklungen hoch ist – und dass langfristige Klimapolitik nur durch eine breite gesellschaftliche Verankerung resilienter gestaltet werden kann (z. B. Prognos et al. 2021: 32). Dazu gehört nicht nur die Fähigkeit, Umsetzungsdefizite zu erkennen und zu korrigieren, sondern auch, Klimapolitik gegen Widerstände aufrechtzuerhalten. Erforderlich ist somit eine aktive Trägerschaft aus Bündnissen, Bewegungen und Initiativen, die Klimaziele in verschiedenen Sektoren und Ebenen verankern – und zugleich demokratische Institutionen stärken (Aykut et al. 2019). Nur

durch eine solche gesellschaftliche Verankerung lässt sich das Risiko dynamischer Inkonsistenz wirksam verringern – gerade auch angesichts von gesellschaftlichen Gegenbewegungen, wie sie aktuell in Deutschland und weltweit beobachtbar sind. Und nur so lässt sich möglicherweise auch eine Annäherung der tatsächlichen Reduktionskurven an jene der Klimaneutralitätsszenarien erwarten.

Autor:
Stefan C. Aykut

BOX 2 Internationale Dimension der deutschen Klimawende: Grüner Extraktivismus und Externalisierung

Die sozial-ökologische Transformation Deutschlands ist in globale Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse eingebettet. Während auf nationaler Ebene der Ausstieg aus fossilen Energien generell vorangetrieben wird, bleibt oft unberücksichtigt, dass die deutsche Klimawende auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten in anderen Teilen der Welt, insbesondere im Globalen Süden, beruht. Insbesondere multilaterale Initiativen, welche zum Ausbau erneuerbarer Energien beitragen sollen, tragen oftmals eher zu einer weiteren Zerstörung des Planeten bei, vertiefen bestehende Ungleichheiten, verschärfen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und perpetuieren das Modell der Kommodifizierung der Natur (Lang et al. 2024). Der in diesem Zuge eingeführte Begriff des Energiekolonialismus verweist diesbezüglich auf die Kontinuitäten kolonialer Logiken im Rahmen ‚grüner‘ Modernisierungsprojekte, bei denen Länder des Globalen Südens als Lieferanten von erneuerbaren Energien und Rohstoffen fungieren – meist ohne dabei eine gleichwertige Mitsprache oder Teilhabe an den entstehenden Wertschöpfungsketten zu haben. Energiekolonialismus verweist daher auf (neo)koloniale Machtdynamiken, Imaginationen, Diskurse und Praktiken, die sich im Zuge der Energiewende(n) des Globalen Nordens fortschreiben (Müller 2024). Die Frage nach einer sozial-ökologisch gerechten Ausgestaltung der Energiewende muss daher immer auch über den konkreten nationalstaatlichen Kontext hinaus gestellt und dementsprechend hegemoniale Machtverhältnisse auf der globalen Ebene mitberücksichtigt werden (Tornel 2022).

Externalisierungsprozesse lassen sich auch im Zuge der deutschen Energiewende beobachten, die wesentlich auf der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen beruht, welche in anderen Teilen der Welt gewonnen werden. Ein konkretes Beispiel für diese Dynamik ist die deutsche Wasserstoffstrategie. Da Deutschland seinen Bedarf an grünem Wasserstoff aufgrund begrenzter inländischer Produktionskapazitäten nicht selbst decken kann, wurde eine nationale Wasserstoffstrategie entwickelt, die explizit auf internationale Partnerschaften mit Ländern wie Namibia und Brasilien setzt (GIZ 2022, BMWK und MME 2023, BMWK 2024). Hier sollen großflächige Infrastrukturprojekte zur Produktion von grünem Wasserstoff verwirklicht werden, wobei ökologische Risiken und soziale Implikationen für lokale Gemeinschaften oft ausgeblendet werden. Brasilien beispielsweise gilt dabei als strategischer Partner, insbesondere mit Blick auf die wind- und solarreichen Regionen im Nordosten des Landes.

In Bundesstaaten wie Rio Grande do Norte entstehen derzeit großflächige (Offshore-)Windparks und Pilotanlagen zur Wasserstoffproduktion für den Export (Ministério da Fazenda 2023, MME 2024, ANEEL 2025). Diese Infrastrukturen greifen tief in lokale Ökosysteme ein und führen zu Konflikten mit Küstengemeinschaften, die bereits historisch von sozialer Marginalisierung betroffen sind (Hofstaetter 2016, Pessoa et al. 2022, Maciel et al. 2024). Ein weiteres Beispiel für externalisierende Dynamiken ist die Rolle Indonesiens im Kontext der globalen Nickelversorgung. Als mit Abstand größter Nickelproduzent der Welt liefert das Land über die Hälfte des weltweit abgebauten Nickels. Der Rohstoff wird insbesondere für Batterien in Elektrofahrzeugen benötigt und ist damit von zentraler Bedeutung für die deutsche Mobilitätswende. Die Gewinnung von Nickel geht allerdings mit gravierenden sozialen und ökologischen Konsequenzen in den Abbaugebieten einher. In Regionen wie Sulawesi und den Molukken führt der industrielle Großbergbau zu massiver Entwaldung, Vertreibung indigener Gruppen und zur Zerstörung lokaler Ökosysteme. Der Nickelabbau erfolgt vorwiegend in chinesisch-indonesischen Joint Ventures unter Bedingungen, die nicht selten internationale Arbeitsstandards unterlaufen (Fünfgeld und Kammler 2025).

Trotz Versprechen ‚grüner‘ Lieferketten bleibt die deutsche Industrie (darunter Konzerne wie Volkswagen, die über Tochterunternehmen oder schwierig rückverfolgbare indirekte Zuliefererbeziehungen am Nickelabbau beteiligt sind) in diese extraktivistischen Praktiken eingebunden. Regulatorische Maßnahmen wie das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), die EU-Richtlinie zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht (CSDDD) sowie die andauernden Verhandlungen zu einem UN-Treaty zielen darauf ab, menschenrechtliche und ökologische Kosten entlang globaler Lieferketten zu minimieren. In der Praxis bleiben diese Regelwerke jedoch weitgehend zahnlos. Ihre Fokussierung auf direkte Zulieferer lässt komplexe Lieferketten wie im Fall des indonesischen Nickels weitgehend unbeachtet. Zudem mangelt es an Durchsetzungskapazitäten, Transparenz und gut funktionierenden Beschwerdemechanismen. Während eine weitere Schärfung und Präzisierung dieses rechtlichen Rahmens durchaus hilfreich wäre, besteht derzeit eher die Gefahr, dass bestehende Regelungen zurückgenommen werden. So hat Bundeskanzler Friedrich Merz bereits während des Wahlkampfes die Aufhebung des LkSG angekündigt, nachdem er im Frühjahr 2025 sein Amt angetreten hatte. Auch auf

europäischer Ebene drohen erhebliche Abschwächungen. Der im Februar 2025 vorgelegte Entwurf des sogenannten Omnibus-Pakets zur Überprüfung mehrerer Nachhaltigkeitsgesetze zielt zwar darauf ab, den administrativen Aufwand zu reduzieren und überlappende Berichtspflichten für Unternehmen zu vereinheitlichen. Gleichzeitig sieht er jedoch weitreichende Lockerungen vor: Indirekte Geschäftspartner*innen sollen von ihren Sorgfaltspflichten entbunden werden, die Pflicht zur Vertragsbeendigung bei schwerwiegenden negativen Auswirkungen entfallen und der Kreis der einzubeziehenden Akteur*innen auf direkt Betroffene und deren Vertreter*innen reduziert werden. Zudem ist eine Entbindung von der Verpflichtung zur Umsetzung von Klimaplänen vorgesehen.

Sowohl die deutsche Wasserstoffstrategie als auch die Abhängigkeit der deutschen Mobilitätswende von Rohstoffen wie Nickel zeigen beispielhaft auf, dass die deutsche Energiewende nicht als isoliertes nationalstaatliches Projekt verstanden werden kann. Vielmehr ist sie Teil einer globalen Ressourcen- und Energiepolitik, die bestehende Ungleichheiten reproduziert und den vermeintlichen ‚grünen‘ Fortschritt des Nordens auf Kosten des Südens realisiert. Die deutsche Energiewende basiert dabei auf global ungleichen Tauschverhältnissen, bei denen Umweltbelastungen insbesondere auf Kosten marginalisierter Gruppen in den Rohstoffabbaugebieten des Globalen Südens ausgelagert werden. Vor allem unilaterale

handelspolitische Instrumente wie der von der EU im Jahr 2023 verabschiedete Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), der vorsieht, das Prinzip der CO₂-Bepreisung auf Waren aus Ländern ohne gleichwertige Besteuerungsmechanismen auszuweiten, verstärken unfaire Tausch- und Handelsverhältnisse. Viele Länder des Globalen Südens kritisieren solche Instrumente als protektionistische Maßnahmen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, da sie das Prinzip der „common but differentiated responsibilities“ (CBDR) – ein völkerrechtliches Prinzip, das besagt, dass alle Staaten gemeinsam für den globalen Umweltschutz verantwortlich sind, jedoch nicht im gleichen Maße – nicht einhalten (Tandon und Le Merle 2024). Diese Dynamik fördert die Entstehung sogenannter green sacrifice zones (Zografos und Robbins 2020), in denen die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen von „grünen“ Energietransitionen – wie etwa der Abbau kritischer Mineralien – besonders stark lokalisiert sind. Derartige Externalisierungen werden nicht systematisch erfasst, müssten jedoch bei einer Betrachtung der deutschen Klimawende – insbesondere, wenn diese als sozial-ökologische Transformation gedacht werden soll – mitberücksichtigt werden.

Autor*innen:

Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse,
Lea Kammler

3

Was wir erwarten: Gesellschaftliche Dynamiken der Transformation

3.1

Entwicklung der Resonanzfähigkeit der Klimawende

Wer sich für die gesellschaftliche Unterstützung der Klimawende interessiert, steht vor einem scheinbar paradoxen Befund. Einerseits konstatieren Umfragen mit geradezu stoischer Regelmäßigkeit, dass eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Klimawandel als real und besorgniserregend erachtet und Klimaschutz grundsätzlich befürwortet. Beachtliche Anteile zeigen sich darüber hinaus bereit, für die Klimawende auch ökonomische Kosten und/oder persönliche Einbußen hinzunehmen. Gleichzeitig lösen konkrete Maßnahmen zur Emissionsreduktion aber Kontroversen aus und treffen in Teilen der Bevölkerung sogar auf offene Ablehnung. Populistische und rechtsextreme Kräfte mobilisieren erfolgreich gegen Klimaschutz, grüne Politiker*innen und die Klimabewegung. Wie passt das zusammen?

Die Transformation, so scheint es, aktiviert alte und neue gesellschaftliche Konfliktlinien. Vordergrundig stehen sich oft Sorgen vor dem Klimawandel einerseits, und Sorgen vor den Transformationskosten und -zumutungen andererseits gegenüber. Auf Einstellungsebene zeigen sich darüber hinaus Hinweise auf tieferliegende Spaltungen, die klassische Gegensätze zwischen konservativ-gemeinschaftsorientierten und liberal-kosmopolitischen Milieus, zwischen Stadt und Land oder Zentrum und Peripherie aufrufen. Diese überlagern sich mit neuen Brüchen wie jenen zwischen „alter“ und „neuer“ Mittelklasse (Reckwitz 2019). Polarisierungsunternehmer*innen in Politik und Medien nutzen diese latenten Spannungen, indem sie gezielt Reizthemen instrumentalisieren (Mau et al. 2023).

Die sozialwissenschaftliche Bewertung dieser Entwicklungen ist keineswegs einheitlich: Während die einen vor einer Verhärtung sozialer und mentaler Konfliktlagen im Sinne einer vertieften gesellschaftlichen Polarisierung warnen (Marg und Zilles

2023), blicken andere geradezu hoffnungsvoll auf die mögliche Herausbildung einer neuen „ökologischen Klasse“ mit transformativem Potential (Latour und Schultz 2022). Wieder andere diagnostizieren schon pessimistisch einen „neuen Verteidigungskonsens“ gegen die Transformation (Blühdorn 2024). Wie auch immer die Langfristperspektive für einen Wandel aber bewertet wird: Klar ist, dass die beobachteten starken gesellschaftlichen Spannungen rund um das Klimathema durchaus schon heute ein ernstzunehmendes Problem für die Klimawende darstellen – etwa, wenn sie die Umsetzung von Maßnahmen behindern, oder wenn die Verhärtung gesellschaftlicher Fronten notwendige Kompromissfindungen erschwert.

Eine zentrale Bedingung gelingender Klimapolitik sehen wir daher in ihrer gesellschaftlichen *Resonanzfähigkeit* (Reusswig und Schleer 2021). Gemeint ist damit einerseits, dass Klimaschutzmaßnahmen an den Vorstellungen, Überzeugungen und Interessen der Betroffenen anschließen, um die Wahrscheinlichkeit von Zustimmung und aktiver Teilnahme zu erhöhen. Dazu muss andererseits eine grundlegende gesellschaftliche Disposition vorhanden sein, an die angeschlossen werden kann. Wie in Kap. 1.2 ausführlicher dargelegt, verbinden wir damit dreierlei (Rosa 2012: 396): Erstens eine *Affizierbarkeit* der Menschen durch den Klimawandel – also der Glaube an die Realität des Problems und eine Sensibilität für Umweltthemen. Zweitens eine Erwartung der *Selbstwirksamkeit* – ich bzw. wir als Gesellschaft sind nicht machtlos, sondern können etwas gegen die Erwärmung tun. Drittens die Annahme einer *Responsivität* von Politik – also ein Vertrauen darin, dass das politische System den Anliegen der Bevölkerung gegenüber nicht verschlossen ist, sondern diese grundsätzlich aufnimmt und auch auf Kritik angemessen reagiert.

Resonanz unterscheidet sich somit von einem anderen im öffentlichen Diskurs gängigen Begriff: Dem der Akzeptanz. Wo Akzeptanz eine einseitige Beziehung beschreibt, in der gesellschaftliche Gruppen auf die ihnen von der Politik vorgeschetzten Maßnahmen oder von Unternehmen entwickelten Technologien reagieren, beschreibt Resonanz eine wechselseitige Beziehung, in der politisches Handeln immer schon bedingt wird von präexistierenden gesellschaftlichen Dispositionen, in der also gesellschaftliche Dynamiken, Stimmungen und Diskurse bestimmte Formen von Politik und bestimmte Lösungsansätze ermöglichen und andere hemmen. Damit rücken auch Formen negativer Resonanz in den Blick – etwa, wenn Menschen sich von den Zumutungen der Klimawende affizieren lassen und Selbstwirksamkeit in der Ablehnung von Maßnahmen erfahren.

In diesem Kapitel betrachten wir zunächst die Medienberichterstattung zum Klimathema, bevor wir existierende Studien zu den gesellschaftlichen Einstellungen zu Klimawandel und Transformation sichten und diskutieren, um jenseits der teilweise recht grobmaschigen Zeitdiagnosen, aber auch der Diskussion um die (fehlende) „Akzeptanz“ von Klimaschutzmaßnahmen, ein feinkörnigeres Bild von der Entwicklung der Resonanzfähigkeit der Klimawende und verschiedener Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu gewinnen.

Anhaltend hohe mediale Resonanz

Ein zentraler Einflussfaktor und zugleich ein Barometer für die gesellschaftliche Resonanzfähigkeit bildet die Medienberichterstattung zum

Klimawandel (Abb. 4). Diese zeigt insbesondere seit 2018 einen sehr deutlichen Anstieg, der eng mit dem Aufkommen der *Fridays-for-Future*-Bewegung zusammenfällt und im September 2019 einen ersten Höhepunkt erreicht, als im Zuge weltweiter Protest auch in Deutschland über 1,4 Millionen Menschen an den Demonstrationen teilnahmen. Ein zweiter Peak ist im Herbst 2021 rund um die Bundestagswahl zu beobachten. Zwar ist danach ein relativer Rückgang zu verzeichnen, das Berichterstattungsniveau bleibt jedoch hoch – weiterhin ist die Berichterstattung zu Klimathemen etwa dreis bis viermal so häufig wie vor 2018.

Zudem ist eine zunehmende *Diversifizierung der Klimadebatte* zu erkennen. Während in den 2010er Jahren vor allem Berichte über die globalen Klimakonferenzen und zu wissenschaftlichen Themen dominierten, hat sich das Spektrum seither deutlich erweitert. Heute wechseln sich Beiträge zu Klimabewegungen, Klimapolitik und den konkreten Auswirkungen des Klimawandels mit Berichten über wissenschaftliche Erkenntnisse und globaler Governance ab. Typisch sind saisonale Peaks zu Extremereignissen und Hitzewellen im Sommer, intensivere Berichterstattung zu globalen Klimakonferenzen im Winter, sowie – auf etwas niedrigerem, aber tendenziell steigendem Niveau – eine wachsende Zahl von Berichten über Klagen und Gerichtsverfahren.

Insgesamt lässt sich festhalten: Klimawandel und Klimaschutz genießen seit mehreren Jahren eine anhaltend hohe mediale Aufmerksamkeit – und werden zunehmend in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Themen diskutiert.

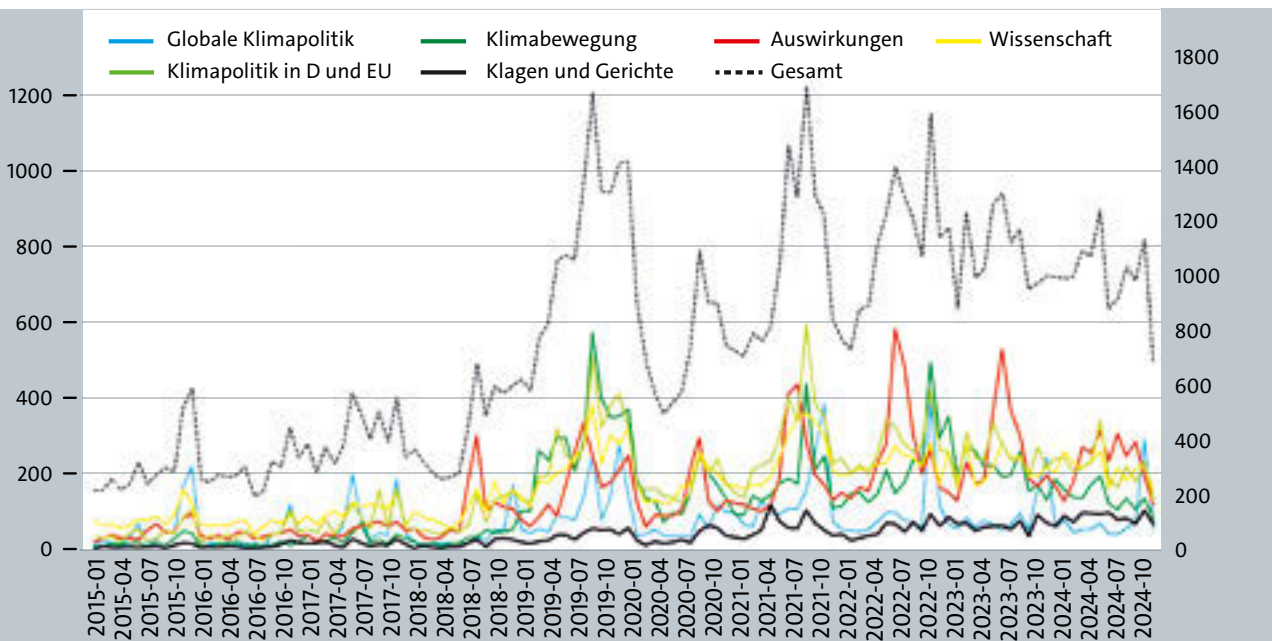


Abb. 4. Medienberichterstattung zum Klimawandel. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Medienberichterstattung zum Klimathema in ausgewählten deutschen Medien, zum einen insgesamt (rechte Achse) und zum anderen nach Themen (linke Achse). Eigene Erhebung (zur Methode vgl. Annex). Der Korpus wurde bereitgestellt durch Brüggemann et al. (2024) siehe <https://osf.io/fdn96/>

Eine vordergründig breite gesellschaftliche Unterstützung...

Auch Umfragen deuten insgesamt auf eine weiterhin breite – wenn auch teilweise oberflächliche – Unterstützung für den Klimaschutz in Deutschland hin (Mau et al. 2023). Die umfassendste Studienreihe zu diesem Thema wird vom Umweltbundesamt herausgegeben. In der Erhebung von 2022 gaben 88 Prozent der Befragten an, den Klimawandel als bedrohlich wahrzunehmen; 91 Prozent befürworteten einen klimafreundlichen Umbau der Gesellschaft (UBA 2023).¹ 62 Prozent hielten es für *sehr wichtig* und weitere 22 Prozent für *eher wichtig*, dass das 2-Grad-Ziel erreicht wird (ebd.: 34). Auch die Vorabergebnisse für 2024 weisen auf eine anhaltend starke Unterstützung hin: Für 88 Prozent der Befragten ist Umwelt- und Klimaschutz wichtig; 65 bzw. 55 Prozent sind der Ansicht, dass Umwelt- und Klimaschutz bei energie- und agrarpolitischen Entscheidungen eine übergeordnete Rolle spielen sollte (UBA 2025: 22).

Andere Untersuchungen bestätigen diesen Befund mit verschiedenen Methoden und aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen. Der Sozialbericht 2024 zeigt auf Grundlage von Daten des *European Social Survey* und des *GESIS-Panels*², dass die Bevölkerung in Deutschland im europäischen Vergleich ein überdurchschnittlich ausgeprägtes Umweltbewusstsein aufweist und grundsätzlich bereit zu sein scheint, auch einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (Lübke 2024).

Eine große Mehrheit der Befragten gab in der Befragung 2020/2021 an, sehr oder extrem besorgt (58 Prozent) bzw. etwas besorgt (33 Prozent) über den Klimawandel zu sein – womit Deutschland im europäischen Vergleich den Spitzenplatz belegt (Lübke 2024: 415). Rund 70 Prozent der Befragten hielten es 2022 außerdem für *eher* oder *sehr akzeptabel*, für den Schutz der Umwelt Abstriche am persönlichen Lebensstandard zu machen (S. 417).

Das KfW-Energiewendebareometer, das sowohl die Nutzung von Energiewendetechnologien als auch die Einstellungen von rund 4 000 Haushalten erfasst, kommt zu dem Ergebnis, dass vier von fünf Haushalten die Energiewende unterstützen (Römer und Salzgeber 2024: 20). Im Jahr 2024 nutzten 31 Prozent der deutschen Haushalte mindestens eine der folgenden Technologien: Wärmepumpe, Photovoltaik- oder Solarthermieanlage, Batteriespeicher, Kraft-Wärme-Kopplung, Holzpellettheizung oder Elektroauto. Gegenüber 2023 entspricht dies einem Anstieg um 2,9 Prozentpunkte (S. 13). Als wichtigste Motive für Investitionen nennen Haushalte finanzielle Vorteile; die größten Hemmnisse sind fehlender

finanzieller Spielraum und Zweifel an der Rentabilität (S. 21). Über die individuelle Technologieentscheidung hinaus bleibt die allgemeine Zustimmung zur Energiewende hoch: Rund 82 Prozent der Befragten halten sie für wichtig oder sehr wichtig (S. 5).

Die grundlegende Unterstützung zeigt sich auch im Zeitverlauf als bemerkenswert stabil (Sonnberger et al. 2025). Laut einer Studie der Universität Münster, die mithilfe von Längsschnittdaten aus dem *GESIS-Panel* und einer Kombination aus Strukturgleichungsmodellierung und maschinellen Lernverfahren durchgeführt wurde, weisen die Einstellungen zur Energiewende über die Zeit hinweg nur minimale Veränderungen auf (Sonnberger et al. 2025: 17). Unterschiede bestehen jedoch in den Vorstellungen zur konkreten Umsetzung: Während Befragte mit geringem Einkommen Kosten- und Gerechtigkeitsfragen einen höheren Stellenwert einräumen, unterstützen Befragte mit höherer Bildung und einem höheren Einkommen eher eine möglichst schnelle Dekarbonisierung.

...die aber sozialstrukturell und regional ungleich verteilt ist...

Hinter dem ersten Eindruck einer breiten Zustimmung zeigen sich also deutliche sozialstrukturelle, aber auch demografische und regionale Unterschiede. Besonders ausgeprägt sind Umweltbewusstsein und umweltbewusstes Verhalten laut der UBA-Erhebung 2022 bei Frauen, bei jungen und älteren Menschen sowie bei Personen mit höherem Bildungsniveau (Abb. 5). Beim Einkommen ergibt sich ein gemischtes Bild: Hohe Zustimmungswerte finden sich sowohl in den oberen, als auch in geringerem Maße in den unteren Einkommensgruppen, während vor allem die mittleren Einkommenschichten zurückhaltender erscheinen. Neben der sozialen Lage und soziodemographischen Faktoren beeinflusst auch die Zugehörigkeit zu soziokulturellen Milieus die Einstellung zum Klimaschutz. Regelmäßig zeigt sich in Befragungen, dass ein ökologisches Weltbild, ein hohes Bildungsniveau, eine linksgerichtete politische Orientierung sowie ein hohes Maß an politischem Interesse tendenziell mit einer starken Zustimmung zur Energiewende einhergehen (Sonnberger et al. 2025: 16). Auch regionale Unterschiede sind gut dokumentiert – etwa zwischen Stadt und Land, zwischen Kleinstädten und Metropolen³ sowie zwischen den ostdeutschen Bundesländern als eher energiewendedeskeptisch und den windreichen norddeutschen

1 2073 Personen, repräsentative Online-Befragung. Die Datenerhebung fand vom 7. bis zum 30. Juni 2022 statt.

2 Das GESIS-Panel ist ein Mixed-Mode-Panel, das auf einer Zufallsstichprobe der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland basiert und vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführt wird <https://www.gesis.org/en/gesis-panel>

3 So etwa die regelmäßige PACE Erhebung der Universität Erfurt, die mehrmals im Jahr die Einstellungen und die Handlungsbereitschaft von 1.130 Befragten im Bereich des Klimaschutzes untersucht. Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

Bundesländern als besonders energiewendefreundlich (Römer und Salzgeber 2024).

Zudem sind nicht alle Menschen gleichermaßen bereit, persönliche Einbußen für den Klimaschutz hinzunehmen (Lübke 2024: 417). Die größten Unterschiede in dieser Bereitschaft zeigen sich in Abhängigkeit von politischer Orientierung und Bildungsniveau, wobei sich insbesondere die Kluft entlang politischer Einstellungen in den

vergangenen Jahren weiter vergrößert hat. Auch bei Personen mit mittlerem oder niedrigerem Bildungsabschluss nahm die Bereitschaft, persönliche Kosten für Klimaschutz in Kauf zu nehmen, zwischen den Befragungen 2021 und 2022 spürbar ab. Hinzu kommen geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen sind häufiger bereit, für den Klimaschutz Abstriche zu machen als Männer.

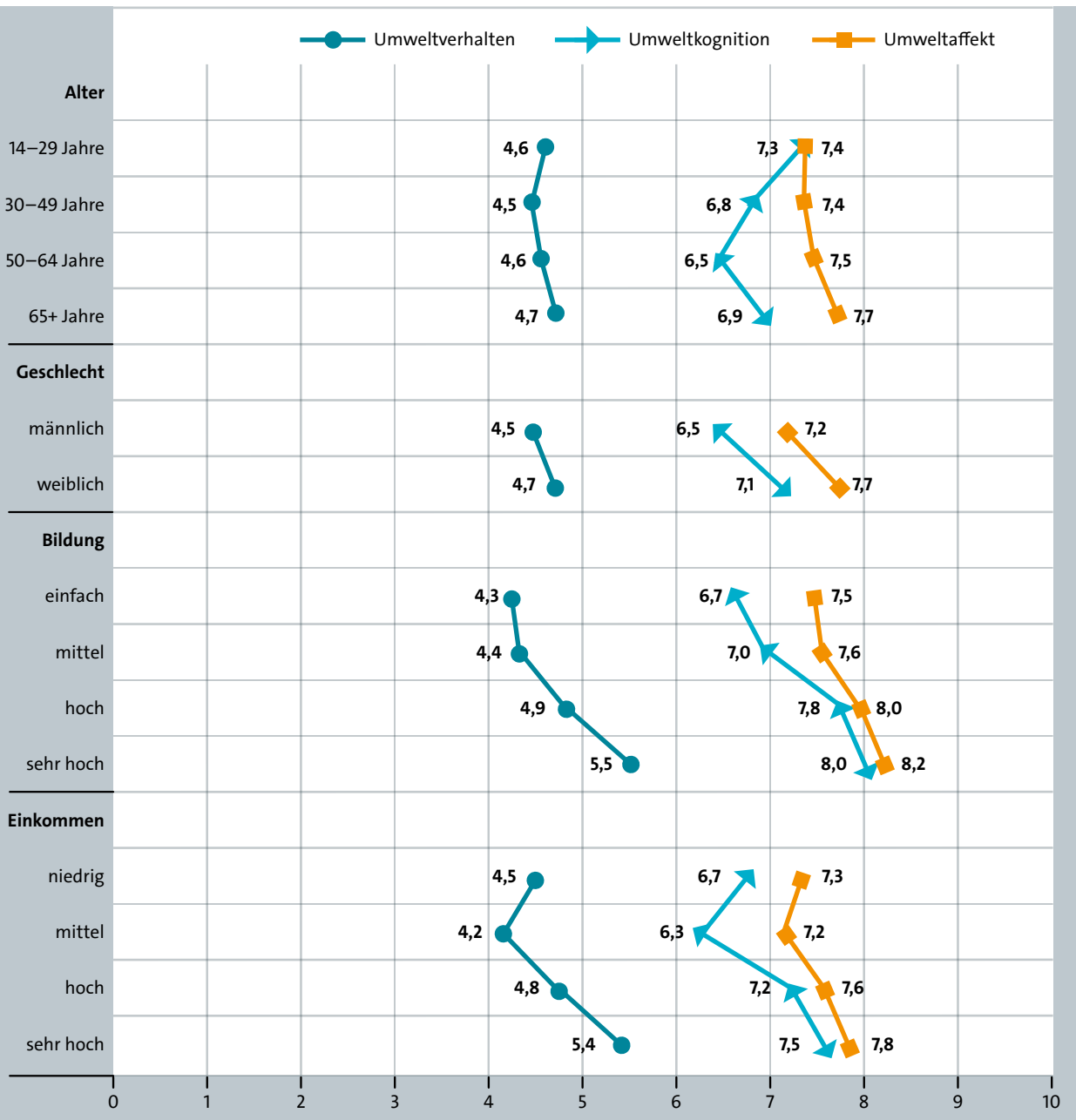


Abb. 5: Umweltbewusstsein im soziodemographischen Vergleich. Die dargestellten Kenngrößen zeigen die Stichproben-Mittelwerte der drei Teilbereiche Umweltaffekt (emotionale Dimension), Umweltkognition (Wissensdimension) und Umweltverhalten (Praxisdimension) auf einer Skala von 0 – gar nicht umweltbewusst – bis 10 – sehr umweltbewusst. Es zeigen sich teils deutliche Unterschiede in den verschiedenen Kategorien, wobei insbesondere mittlere Einkommen, Männer (die Kategorie „divers“ wurde herausgenommen, da das Ergebnis nicht repräsentativ war), sowie Menschen mit einfachem und mittleren Bildungsniveau sich verhaltener in allen ermittelten Kategorien des Umweltbewusstseins zeigen. Quelle ist die Umweltbewusstseinsstudie 2022 des Umweltbundesamtes (2023: 55), die auf einer Repräsentativerhebung von 2073 Befragten ab 14 Jahren beruht.

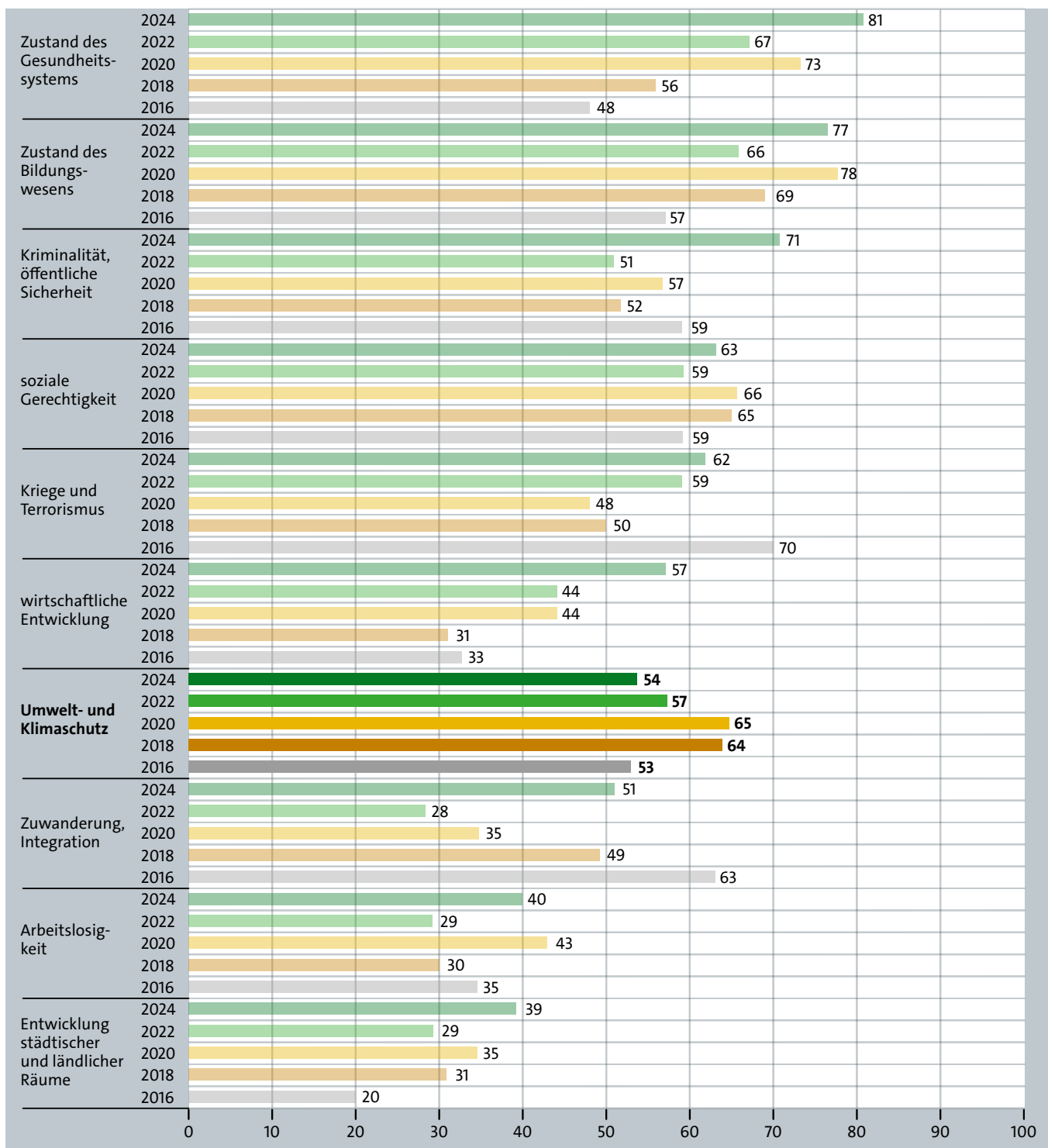


Abb. 6: Wichtigkeit politischer Themen im Zeitvergleich. Die Abbildung zeigt den prozentualen Anteil der Antworten „sehr wichtig“ auf die Frage: „Auf der folgenden Liste finden Sie Themen, die unser Land heute beschäftigen. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig oder unwichtig die folgenden Themen aus ihrer Sicht sind.“ Quelle ist die Umweltbewusstseinsstudie 2024 des Umweltbundesamt (2025: 5).

... und in Teilen der Bevölkerung abnimmt

Im Vergleich der letzten beiden UBA-Studien (Abb. 6) zeigt sich eine Abnahme der relativen Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz im öffentlichen Bewusstsein. Im Ranking politischer Themen rutschte das Item von der fünften auf die siebte Stelle der wichtigsten Herausforderungen. Im Rückblick erscheinen die Jahre 2018 bis 2020 als Hochphase des Klimathemas. Danach lässt sich ein Rückgang

beobachten, in dessen Zuge die Wichtigkeit zuletzt wieder in etwa auf das Niveau von 2016 sank.

Allerdings schätzen auch im Jahr 2024 noch immer 54 Prozent der Antwortenden Umwelt- und Klimaschutz als „sehr wichtig“ ein. Damit rangiert das Thema nahezu gleichauf mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, und vor Problemen wie der Zuwanderung oder der Arbeitslosigkeit, die dem Klima im medialen Diskurs, gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahl, regelmäßig den Rang

ablaufen. Eine ähnliche Tendenz zeigt das Eurobarometer für ganz Europa: auch hier ist die relative Wichtigkeit von Klima- und Umweltschutz nach einem Zwischenhoch rund um das Jahr 2019 wieder auf das Niveau von 2017 gefallen – bleibt damit aber immerhin an vierter Stelle der wichtigsten politischen Probleme.

Besonders ausgeprägt sind die Veränderungen allerdings in der jungen Generation: Während in der Umweltbewusstseinsstudie von 2023 die 14–29-Jährigen noch in den meisten Kenngrößen das stärkste Umweltbewusstsein zeigten (UBA 2023: 55), wiesen sie zwei Jahre später das niedrigste Umweltbewusstsein und -verhalten auf (UBA 2025: 8). Das ist eine dramatische Veränderung in sehr kurzer Zeit. Auch in anderen demographischen Kategorien zeigen sich stärkere Rückgänge als im Mittel: So ging beispielsweise bei Personen ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss bereits in den Jahren 2021 und 2022 die Bereitschaft, Abstriche beim Lebensstandard zu machen, wieder zurück.

Gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Resonanzpotenziale

Bereits früh wurde angesichts der zunehmend hitzigen Debatten um Klimaschutz und der erwarteten Transformationszukunft auf das Risiko einer gesellschaftlichen Spaltung hingewiesen (Gagné und Krause 2021, Reusswig und Schleer 2021). Gestützt wurde diese Befürchtung durch internationale vergleichende Untersuchungen, die zeigen, dass insbesondere in den USA und teilweise in anderen anglophonen Ländern eine zunehmende klimapolitische Polarisierung zu beobachten ist. Diese strukturiert sich in einem Kontext übergreifender gesellschaftlicher Spaltungstendenzen anhand der Linien der Parteizugehörigkeit (Caldwell et al. 2024). Auch wenn eine solche Spaltung für Deutschland bisher nicht nachgewiesen wurde, erscheint auch hier der Umbau zur Klimaneutralität angesichts der massiven ökonomischen Umwälzungen, sozialen Folgewirkungen und damit verbundenen Politisierungspotentialen als „Klassenkonflikt im Werden“ (Mau et al. 2023: 26).

Ausgehend von dieser Gemengelage versucht eine Reihe von Studien, eine differenzierte Sicht auf gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Resonanzpotenziale zu gewinnen. Eine Untersuchung der Organisation More in Common von 2021⁴ unterscheidet etwa auf der Grundlage von Fokusgruppen und einem Onlinepanel sechs „gesellschaftliche Typen“ mit unterschiedlichen Werten und Einstellungen. Während progressive Gruppen – in der Nomenklatur der Studie die „Offenen“ und

„Involvierten“, die respektive 16 Prozent und 17 Prozent der Befragten ausmachen – sich bereit zeigen, für den Klimaschutz Gewohnheiten zu ändern und Kosten in Kauf zu nehmen, reagieren die „Enttäuschten“ und „Wütenden“, immerhin 14 Prozent und 19 Prozent, hier deutlich ablehnender (Gagné und Krause 2021: 35). Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Forderung nach einem höheren Preis für CO₂-Emissionen: Im Vergleich zu den Involvierten (65 Prozent) ist die Zustimmung der Enttäuschten mit 32 Prozent auffallend gering. Die Studie zeigt aber auch Verbindendes: 80 Prozent der Befragten und damit eine große Mehrheit hält den Klimawandel für ein ernstzunehmendes Problem, und immerhin 71 Prozent unterstützen ein verbindliches, gemeinschaftliches Vorgehen mit klaren Zielen und fairer Lastenverteilung (Gagné und Krause 2021).

Dennis Eversberg und Kolleg*innen (2024) argumentieren anhand einer umfassenden repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Winter 2021/2022, dass die Sicht auf den anstehenden Wandel in Deutschland stark durch „sozial-ökologische Mentalitäten“ geprägt sei.⁵ In diesen spiegeln sich verinnerlichte Wahrnehmungs-, Denk- und Empfindungsgewohnheiten wieder, es handelt sich also im bourdieuschen Sinne um eine „inkorporierte soziale Struktur“, in der die soziale Lage – Herkunft, Wohlstand, Bildung, Beruf – zur Geltung kommt, ohne dass sie die Einstellungen Einzelner vollständig determiniert. Die Autor*innen gruppieren diese Mentalitäten und identifizieren drei übergreifende Pole: ein ökosoziales Spektrum (26 Prozent), das für eine rasche und umfassende Transformation eintritt; ein konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum (36 Prozent), das Klimaschutz zwar verbal befürwortet, dabei aber den Erhalt der eigenen Lebensweise priorisiert; und ein defensiv-reaktives Spektrum (26 Prozent), das zwischen Resignation und wütender Abwehr der Transformation oszilliert. Unterschiede in den Einstellungen ergeben sich laut der Untersuchung „aus dem Umstand, dass Menschen auf unterschiedliche Art und Weise in die [aktuellen] Veränderungs- und Krisenprozesse eingebunden sind, davon profitieren oder darunter leiden, sich davon er- oder entmächtigen und ihre Möglichkeiten erweitert oder beschnitten sehen, mit ihrer Arbeit auf- oder abgewertet werden“ (Eversberg et al., 2024: 66). Obgleich die deutsche Gesellschaft weit davon entfernt sei, in vollständig polarisierte Lager gespalten zu sein, machen die Autor*innen Tendenzen gesellschaftlicher Spaltungen im Sinne einer lebensweltlichen Entkopplung bestimmter sozialer Gruppen aus. Die Klimawende erscheint hier als Teil eines mehrdimensionalen sozial-ökologischen Klassenkonflikts. Die bisherigen Konfliktlagen deuten eher auf eine Neuausrichtung

4 2013 Erwachsene, Online-Panel-Erhebung, Februar 2021

5 4000 Personen, Herbst/Winter 2021/2022. Im Unterschied zu Meinungen und Einstellungen, die sich relativ schnell ändern können, werden Mentalitäten als inkorporiert und damit träge beschrieben, und lassen sich somit nicht einfach ‚ablegen‘.

des politischen Koordinatensystems nach rechts hin, als dass es Mehrheiten für eine sozial-ökologische Transformation gäbe.

Zu einem ähnlichen Schluss kommen Reusswig und Schleer (2021), allerdings auf Grundlage der in der Marktforschung etablierten und auch in der Umweltverhaltensforschung genutzten Sinus-Milieus.⁶ In ihrer detaillierten Untersuchung zur Resonanzfähigkeit der Klimawende in Deutschland machen die sie auf der einen Seite „Treiber-Milieus“ aus, die etwa 30 Prozent der Bevölkerung umfassen, und eine weltoffene, urbane und linksliberale Prägung teilen, und „Blockade-Milieus“, die etwa 28 Prozent der Menschen umfassen. Darunter finden sich sogenannte „Prekäre“, die die Klimawende als teures Elitenprojekt wahrnehmen, „Konsum-Hedonisten“, die Klimaschutz als Spaßbremse empfinden und Verzicht ablehnen, und „Nostalgisch-Bürgerliche“, die ihren Lebensstil bedroht sehen (Reusswig und Schleer 2021: 57–58). Interessant sind die Entwicklungen von Einstellungen innerhalb dieser Gruppen: So sank die Resonanz für Klimaschutz unabhängig von der sozialen Lage besonders stark in traditionell-konservativ geprägten Milieus, bis weit hinein ins grün-bürgerliche Spektrum (S. 47–54). Diagnostiziert wird außerdem eine weit verbreitete Wandel-Müdigkeit, bzw. Wandel-Angst, die sich aus vergangenen Transformationserfahrungen (etwa in Ostdeutschland) und sich gegenwärtig überlagernden Wandeldynamiken (Globalisierung, Digitalisierung, Pandemie) speist.

In einer Folgestudie greifen die Autor*innen die zuvor eingeführten Unterscheidungen auf und differenzieren europaweit zwischen Treiber-Milieus, Unterstützer-Milieus, kritisch-zurückhaltenden sowie distanziert-ablehnenden Milieus (Schleer et al. 2024). Auf dieser Basis identifizieren sie typische Barrieren und Hindernisse für die Transformation – ebenso wie Resonanzpotentiale und Ansatzpunkte für klimapolitische Kommunikation. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass insbesondere eine sozial gerechte Ausgestaltung der Klimapolitik entscheidend sei, um Barrieren abzubauen und Konflikte zu minimieren. Dafür gibt es auch breite Unterstützung in der Bevölkerung. In allen betrachteten Ländern wären mindestens 81 Prozent der Befragten (eher) bereit, mehr für Umwelt- und Klimaschutz zu tun – vorausgesetzt, die entstehenden Kosten werden sozial gerecht verteilt. Die Milieubetrachtung zeigt dabei nur geringe Unterschiede. Doch so wichtig die Kostenfrage ist – sie greift allein zu kurz. Nicht-monetäre Verluste, etwa empfundene

Zumutungen in den Bereichen Mobilität, Wohnen oder Ernährung, sind für viele ebenso bedeutsam. Besonders kritisch wird es, wenn Maßnahmen als einseitige Vorschriften „von oben“ wahrgenommen werden: 73 Prozent der Befragten geben an, es abzulehnen, wenn andere ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben (Schleer et al. 2024: 30).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass in der Grundsatzfrage der Notwendigkeit des Klimaschutzes zwar ein breiter Konsens besteht, dieser jedoch vordergründig bleibt und zunehmend brüchig wird, da die Meinungen bei Tempo der Transformation und konkreten Maßnahmen auseinandergehen. Der Erfolg der Transformation hängt maßgeblich davon ab, erstens Treiber- und Unterstützer-Milieus für konkrete politische Maßnahmen zu mobilisieren. Klar ist jedoch auch, dass die Klimawende als „Elitenprojekt“ kaum gelingen kann. Deshalb müssen auch, zweitens, Resonanzräume in eher ablehnenden Milieus identifiziert und, drittens, intermediäre, vermittelnde Milieus gezielt angesprochen werden (Schleer et al. 2024: 32–33).

Konfliktlinien: Handlungsbereitschaft und Maßnahmenwahl

„Gesellschaftliche Konflikte um Umwelt- und Klimapolitik drehen sich weniger um die Grundsatzfrage ‚Mehr Klimaschutz: ja oder nein?‘, sondern vielmehr um die angemessene Ausgestaltung eines sozialökologischen Wandels“ (Schleer et al. 2024: 5). Diese Diagnose teilen viele Studien zu öffentlichen Einstellungen zur Klimapolitik: Der Wandel werde breit befürwortet – strittig sei vor allem das Wie. Allerdings birgt gerade dieser Fokus auf die Umsetzungsebene ein weites Feld potenzieller Konflikte. Diese verlaufen nicht nur zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, sondern zeigen sich auch innerhalb einzelner Milieus oder als innere Widersprüche individueller Einstellungen. Es ist deshalb hilfreich, zwei Ebenen zu unterscheiden: jene der *individuellen Handlungsbereitschaft* und jene der *Zustimmung zu politischen Maßnahmen*.

Zwar sind umfragenbasierte Aussagen zur individuellen Handlungsebene prinzipiell mit Vorsicht zu interpretieren – aus bekundeten Haltungen lässt sich nicht direkt auf tatsächliches Verhalten schließen.⁷ Dennoch geben sie Hinweise auf mobilisierbare Potenziale für klimabewusstes Handeln. Deutlich wird dabei zunächst bei Haushaltsbefragungen, dass die Unterstützung technischer Lösungen der

6 Diese bilden auf der vertikalen Dimension Angaben zur sozialen Ungleichheit und auf der horizontalen Dimension Unterschiede hinsichtlich von Wertorientierungen ab.

7 In diesem Sinne argumentiert etwa Ingolfur Blühdorn: „Nicht nur werden die klima- und nachhaltigkeitspolitischen Forderungen der Wissenschaft und vieler Aktivist*innen von wesentlichen Teilen der Gesellschaft als elitär und statusbedrohend wahrgenommen ... auch in den Teilen der Gesellschaft, in denen solche Narrative entwickelt und in besonderem Maße gepflegt werden, sind sie oft vor allem Selbstdarstellungen und Sollvorstellungen, die weit entfernt sind von den real praktizierten Handlungsformen, Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern“ (Blühdorn 2020: 99).

Energiewende stark von Kostenüberlegungen abhängt.⁸ Auch Fairnessüberlegungen spielen eine Rolle: Werden Klimaschutzmaßnahmen insgesamt als gerecht wahrgenommen, steigt auch die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren (Römer und Salzgeber 2024: Grafik 2.4).

Darüber hinaus wird die klimapolitische Handlungsbereitschaft der Bundesbürger in regelmäßigen Erhebungen im Rahmen des PACE-Projekts der Universität Erfurt vermessen. Diese zeigen, dass eine hohe Handlungsbereitschaft eng verknüpft ist mit wahrgenommenen Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel, mit Wissen über den Klimawandel, Vertrauen in Institutionen und dem Gefühl von Selbstwirksamkeit. Insgesamt zeigt sich das Verhalten über die Zeit relativ stabil (vgl. Abb. 7).

Auch auf der Ebene konkreter Maßnahmen liefern die PACE-Daten differenzierte Einblicke. Auffällig ist zunächst, dass die Parteiführungen oft die

Klimaschutzbereitschaft ihrer eigenen Wähler*innenschaft unterschätzen. In der Erhebung 2025 wünschten sich Anhänger*innen fast aller Parteien – mit Ausnahme von AfD und FDP – mehr Engagement im Klimaschutz von „ihrer“ Partei.

Einzelne Maßnahmen wiederum erfahren sehr unterschiedliche Zustimmung- bzw. Ablehnungswerte (Abb. 8): Hohe Unterstützung (53–75 Prozent) gibt es für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Abschaffung von Kurzstreckenflügen bei vorhandenen Alternativen, die Förderung erneuerbarer Energien und finanzielle Anreize für nachhaltiges Verhalten. Etwa die Hälfte befürworten einen Kohleausstieg bis 2030.

Deutlich geringere Zustimmung (rund ein Drittel) erhalten eingriffsintensive Maßnahmen, etwa ein Verbot neuer Öl- und Gasheizungen, ein Zulassungsverbot für Verbrennerautos ab 2030 oder höhere Steuern auf tierische Lebensmittel.

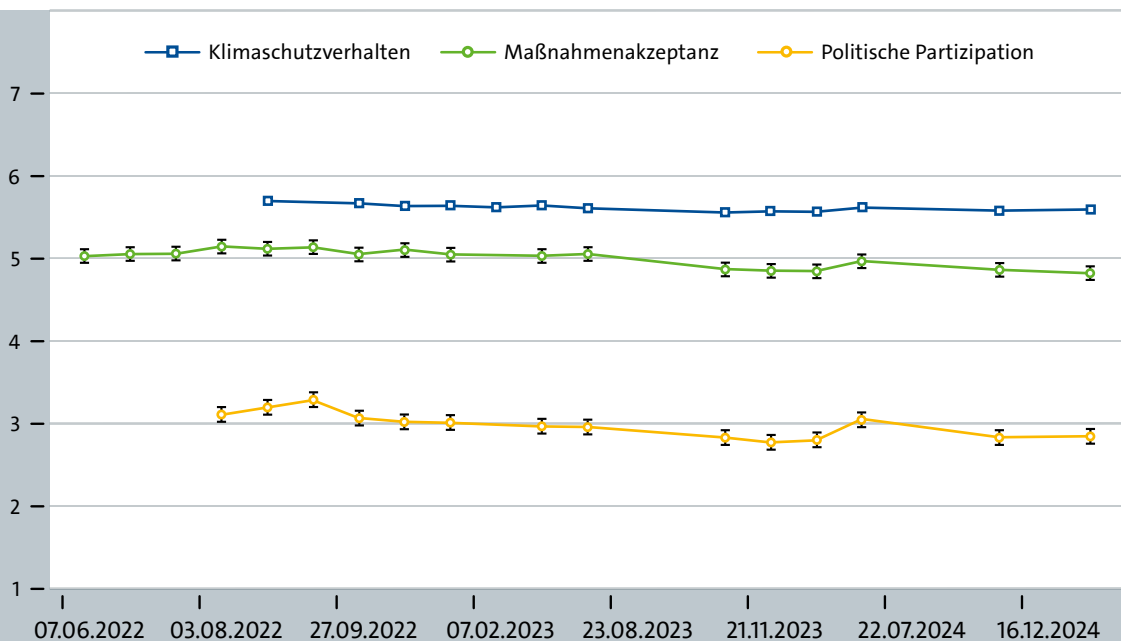


Abb. 7: Indikatoren der Handlungsbereitschaft nach dem *Planetary Health Action Survey*,⁹ einer regelmäßigen Datenerhebung, bei der mehrmals im Jahr die Bereitschaft zum Klimaschutz sowie die Akzeptanz von politischen Maßnahmen abgefragt wird. Dabei wird unterschieden zwischen individuellem Klimaschutzverhalten, der Akzeptanz von Maßnahmen und politischer Partizipationsbereitschaft. Mittelwerte im Zeitverlauf, gemessen von 1 (geringe Ausprägung) bis 7 (hohe Ausprägung). Interessanterweise zeigen sich im Zeitverlauf nur geringe Schwankungen – Ende 2023, nach der sehr kontroversen Debatte um das Gebäudeenergiegesetz und mit Beginn der Bauernproteste, sank die Handlungsbereitschaft (insbes. Maßnahmenakzeptanz und Partizipation) etwas.

8 Das Energiewendebarmometer kommt zu dem Ergebnis, „dass Haushalte klimafreundliche Technologien vor allem dann nutzen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, unabhängig von der Einstellung zur Energiewende. So ist die Zustimmung zur Energiewende bei den Haushalten besonders hoch, die einen hohen Kostendruck bei Strom oder Heizung verspüren“ (Römer und Salzgeber 2024: 5). Umgekehrt können sich 41 Prozent aller Haushalte eine Energiewendemaßnahme vorstellen, setzten sie aber nicht um, weil sie es sich nicht leisten können.

9 Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

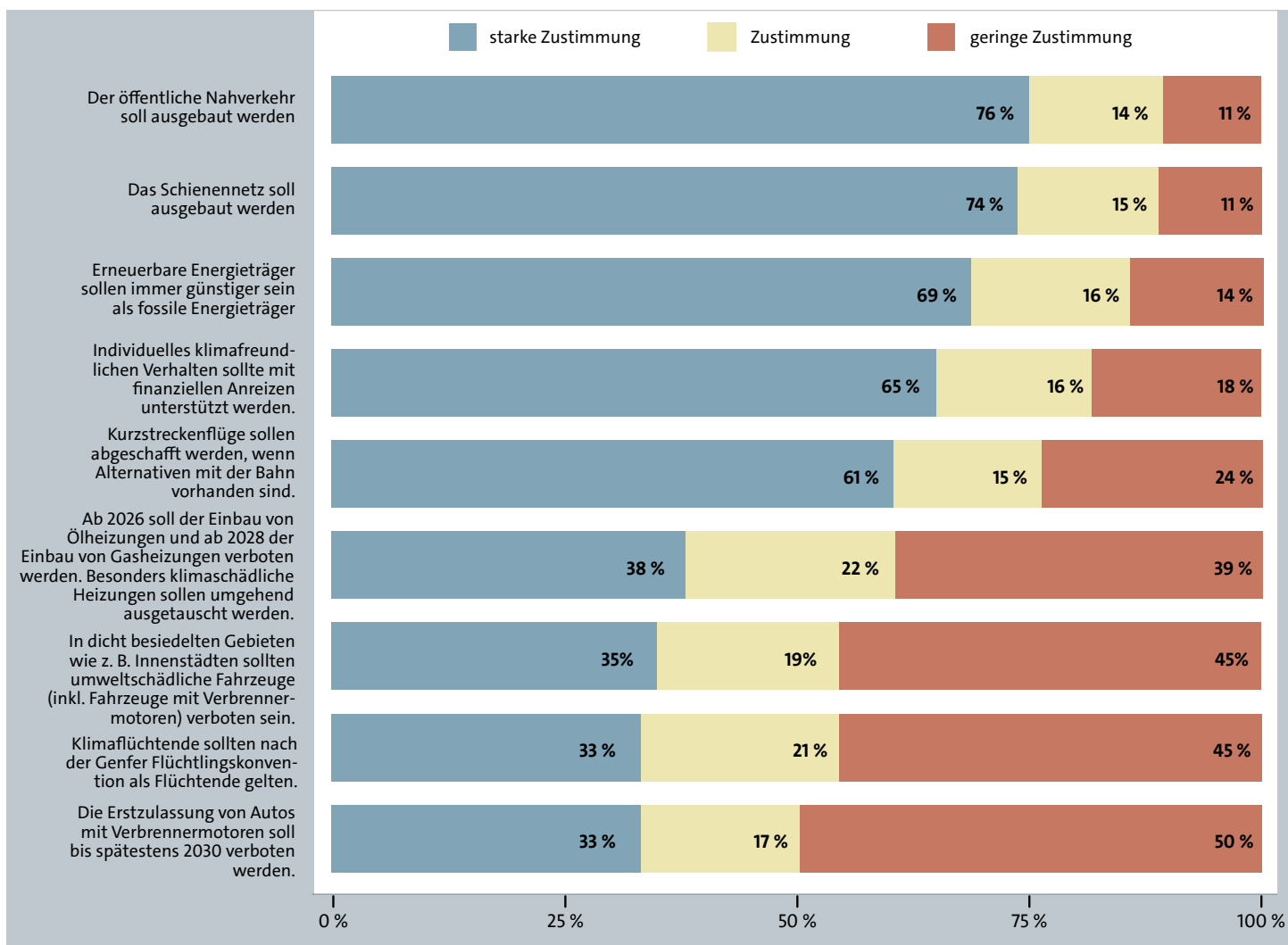


Abb. 8: Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen nach dem *Planetary Health Action Survey*.¹⁰ Grundlage bildet die Erhebung vom Mai 2025 mit 1092 Befragten. Gezeigt werden hier die jeweils populärsten und unpopulärsten Maßnahmen.

Besonders anschlussfähig erscheinen Maßnahmen, die *kollektive Gewinne* versprechen – wie etwa der Ausbau öffentlicher Infrastruktur oder ein kostenloser ÖPNV. Auch Umverteilungsinstrumente wie eine Reichensteuer oder progressive CO₂-Bepreisung erhalten noch relativ hohe Zustimmungswerte – insbesondere bei Milieus, die Klimaschutz mit Gemeinwohlorientierung verknüpfen. Konflikte entstehen vor allem dort, wo Maßnahmen als Einschränkung persönlicher Freiheit erscheinen und keine positive Vision kollektiver Verbesserung erkennbar ist. Umgekehrt wird Klimapolitik dann attraktiv, wenn sie nicht nur als Regulierung, sondern als Erweiterung kollektiver Handlungsspielräume erlebt wird.

Diese Befunde sprechen für die Notwendigkeit einer strategischen Wahl *klimapolitischer Instrumente*: Dort, wo Maßnahmen auf breite

Zustimmung stoßen, können sie als Hebel dienen – nicht nur zur Emissionsreduktion, sondern auch zur Stärkung gesellschaftlicher Resonanzpotenziale. Gleichzeitig verweisen sie auf die zentrale Rolle *politischer Kommunikation*, insbesondere für notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen, die tief in Alltagsroutinen eingreifen.

Ein Negativbeispiel für fehlgeschlagene politische Kommunikation bietet hier die kontroverse Debatte um das Gebäudeenergiegesetz Ende 2023 (siehe Box 4). Die Episode führte nicht nur zu einer Schädigung der politischen Reputation des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck, sondern auch zu einem Anstieg von Gasheizungskäufen zulasten von Wärmepumpen und einer signifikanten und anhaltenden Abnahme der Unterstützung für Maßnahmen zur Wärmewende.

10 Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

Zahlreiche Befunde zeigen außerdem, wie stark die Zustimmung zur Energiewende mit dem Vertrauen in politische Akteure verknüpft ist. So liegt die grundsätzliche Zustimmung zur Energiewende bei Haushalten mit geringem Vertrauen in die Politik bei lediglich 77 Prozent. Bei Haushalten mit mittlerem oder hohem Vertrauen steigt dieser Wert auf 91 Prozent (Römer und Salzgeber 2024: 7). Umgekehrt zeigt sich: Wo das Vertrauen schwindet, wachsen auch die Widerstände gegen staatliche Eingriffe. Besonders stark ist dies bei AfD-Wähler*innen ausgeprägt: 85 Prozent stimmen in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft der Aussage zu, der Staat „wolle ihnen vorschreiben, wie sie zu leben haben“ (Neligan und Diermeier 2025). Statt staatlicher Maßnahmen setzen sie – ebenso wie viele FDP- und CDU-Anhänger*innen – auf marktformige Lösungen und Innovation.

Gelingende Klimapolitik erfordert deshalb neben technischen Lösungen auch eine überzeugende Kommunikation über Maßnahmen und Visionen einer lebenswerten Zukunft. Reusswig und Schleer (2021: 60) fassen dies zusammen wie folgt: „Die sozialökologischen Nachteile der fossilen Lebensweise brauchen eine komplementäre Erzählung von den Vorteilen der klimaneutralen Gesellschaft.“ Dabei solle politische Kommunikation die Herausforderung der Klimaneutralität nicht verharmlosen, sondern offen benennen. Verstärkt werden Ängste und Widerstände dagegen durch intransparente Prozesse, unklare Konzepte und den Eindruck eines überhasteten Wandels, der „von oben“ verordnet wird.

Ein mögliches Element erfolgreicher Kommunikation sind Formate zur Beteiligung von Bürger*innen. Partizipative Verfahren, das zeigen Studien immer wieder, erhöhen nicht nur die Unterstützung für ambitionierte Klimapolitik, sondern auch darüber hinaus das Vertrauen in politische Institutionen (Schleer et al. 2024: 30). Dabei ist nicht nur der „Ergebnisnutzen“ relevant, sondern oft noch stärker der „Prozessnutzen“: Menschen akzeptieren Entscheidungen eher, wenn sie die Möglichkeit hatten, sich einzubringen – selbst dann, wenn sie nicht vollständig ihren eigenen Positionen entsprechen.

Resonanzfähigkeit als zentrale Ressource für die Klimawende

Die gesellschaftliche Unterstützung für die Klimawende ist von einem Spannungsverhältnis geprägt: Einer vordergründig hohen allgemeinen Zustimmung zum Klimaschutz steht in der Detailbetrachtung ein erheblicher Dissens über die Umsetzungsgeschwindigkeit und konkrete Maßnahmen gegenüber. Die im Kapitel ausgewerteten Studien zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Umwelt- und Klimaschutz nach wie vor befürwortet – diese Zustimmung ist jedoch demografisch, sozialstrukturell und regional ungleich verteilt und in jüngerer Zeit in Teilen der Bevölkerung rückläufig. Besonders besorgniserregend ist der Vertrauensverlust in politische Akteure und Institutionen sowie die sinkende Umweltorientierung der jungen Generation.

Zugleich verdichten sich Hinweise auf gesellschaftliche Spaltungstendenzen entlang sozialer Lagen, Werthaltungen und Mentalitäten. Die Klimawende wird von Teilen der Bevölkerung als Elitenprojekt oder Zumutung wahrgenommen – vor allem dort, wo Maßnahmen als einseitige Eingriffe „von oben“ erscheinen und keine kollektive Zukunftsperspektive eröffnen. Zugleich zeigen verschiedene Milieu- und Mentalitätsstudien, dass es in weiten Teilen der Gesellschaft weiterhin Resonanzpotenziale gibt – auch jenseits der progressiven Kernklientel.

In dieser Gemengelage erweist sich Resonanzfähigkeit als zentrale Bedingung für das Gelingen der Transformation. Politische Maßnahmen müssen an gesellschaftliche Vorstellungen anschlussfähig sein, Selbstwirksamkeitserwartungen stärken und Vertrauen in politische Responsivität fördern. Resonanz beschreibt damit eine wechselseitige Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft, die über bloße Akzeptanz hinausgeht. Sie entsteht nicht automatisch – sondern erfordert eine differenzierte, sozial sensible Klimapolitik, die Beteiligung ermöglicht und in eine Kommunikation eingebettet ist, die Resonanzräume öffnet, statt sie zu verschließen. Gleichwohl werden Spannungen bestehen bleiben – zumal die Resonanzfähigkeit der Klimawende zunehmend von Gegenbewegungen herausgefordert wird und Tiefe wie Umfang der notwendigen Transformation auch künftig erhebliches gesellschaftliches Sprengpotenzial bergen.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut und Aitana Mollyk

3.2

Rechte Mobilisierung und anti-ökologischer Backlash

Wie in vielen anderen Ländern steht auch die Klimawende in Deutschland durch das Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Narrative in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen zunehmend unter Druck. Dieser Backlash äußert sich in der Delegitimierung klimapolitischer Maßnahmen, der Schwächung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Re-Politisierung von Klimathemen entlang nationalistischer und anti-ökologischer Narrative. Während global insbesondere die US-Regierung unter Donald Trump als zentraler Akteur den klimapolitischen Rollback vorantreibt, stellen in Deutschland vor allem die Partei Alternative für Deutschland (AfD) sowie rechte Gruppierungen und Thinktanks klimapolitische Maßnahmen als Bedrohung nationaler Interessen dar und leugnen oder bagatellisieren die Folgen des Klimawandels.¹¹ Aber auch rechtskonservative und Parteien der sogenannten ‚Mitte‘ stellen klimapolitische Maßnahmen zunehmend infrage oder priorisieren sie wesentlich geringer als in früheren Jahren, sodass in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation in einigen Bereichen sogar ein Rollback, d. h. die Zurücknahme klimapolitischer Maßnahmen droht.

Rechte Anti-Klimapolitik zeichnet sich generell durch eine Kombination aus Klimaskepsis, wirtschaftlichem Protektionismus und der Konstruktion von Klimapolitik als Projekt einer kosmopolitischen Elite, das im Widerspruch zu den Interessen des ‚Volkes‘, nationaler Souveränität und wirtschaftlichen Interessen steht aus (Lockwood 2018). Diese ideologische Rahmung schürt Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Expertise, Institutionen und multilateralen Abkommen. Klimaschutz erscheint dabei nicht als legitimes Gemeinwohlziel und notwendige Lebensgrundlage im Sinne des Grundgesetzes (Art. 20a GG), sondern als Symbol politischer Fremdbestimmung und wird zum Zwecke machtpolitischer geostrategischer Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Diese Dynamik der Verhinderung von effektiver Klimapolitik lässt sich

analytisch mit dem Konzept der „climate obstruction“ fassen, was gezielte Strategien zur Verzögerung, Abschwächung oder Verhinderung effektiver Klimapolitik bezeichnet (Brulle und Roberts 2024). Diese reichen von expliziter Leugnung bis zu subtilen Formen der Verzögerung, etwa durch Diskurse, die Verantwortung verschieben, falsche Lösungen präsentieren oder negative Folgen des Handelns betonen (Lamb et al. 2020). Ekberg et al. (2023) fassen unter dem Begriff der Klimaobstruktion sowohl die Leugnung des menschengemachten Klimawandels, jegliche Versuche, Klimapolitik abzuschwächen (unabhängig von Leugnung oder Anerkennung des Klimawandels), als auch kulturelle Prägungen, Identitäten und Infrastrukturen, die notwendige Maßnahmen einschränken oder verhindern, zusammen. Der rechte und anti-ökologische Backlash, der sich in den vergangenen Monaten in verschiedenen Bereichen nochmal erheblich zugespitzt hat, zeigt Auswirkungen in nahezu allen Gesellschaftsbereichen und klimarelevanten Schlüsselprozessen.¹²

Auf internationaler Ebene hat das Erstarken rechter und autoritärer Kräfte, wie beispielsweise die erneute Präsidentschaft von Donald Trump in den USA seit Januar 2025, bereits zu einer erheblichen Schwächung multilateraler Institutionen und einem umfassenden Rückbau nationaler wissenschaftlicher und politischer Anstrengungen für den Klimaschutz geführt. Insbesondere der erneut angekündigte Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sowie die Streichung von Geldern für den Klimaschutz und der Abbau zentraler Institutionen und Forschungseinrichtungen in den USA wirken sich weltweit auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsvorhaben aus.¹³ Vor dem Hintergrund der Energy Dominance Agenda der US-Regierung, der europäischen Fokussierung auf Energiesicherheit sowie des steigenden Energiebedarfs durch künstliche Intelligenz haben klimapolitische Narrative zunehmend an Wirkkraft verloren. Zusätzlich schlagen sich der zunehmende globale Einfluss autokratischer Regime sowie das strategische

11 Zuletzt hat die Vorsitzende der AfD Alice Weidel im Sommerinterview mit der ARD am 20. Juli 2025 den menschengemachten Klimawandel geleugnet und behauptet, dass dies nicht wissenschaftlich bewiesen sei (entgegen der Befunde des IPCC).

12 Die Konzipierung des rechten Backlashes als treiberübergreifenden Prozess geht auf eine Idee von Fritz Reusswig zurück, dem wir hiermit danken möchten.

13 Deutschland hat eigene Ambitionen angesichts dessen bislang noch nicht reduziert, sondern teils auch Aufgaben und Rollen übernommen, die durch den Rückzug der USA vakant wurden (bspw. im Rahmen des JETP mit Indonesien). Wie sich das deutsche Engagement im internationalen Klimaschutz unter der neuen Bundesregierung weiterentwickelt, bleibt abzuwarten.

Agieren fossiler Unternehmen und Exportländer wie der Golfstaaten mit dem Ziel, den Übergang zur Klimaneutralität zu verzögern, zunehmend nieder. Zu beobachten sind auch die gezielte Verbreitung von Desinformation und die Schwächung demokratischer Institutionen in westlichen Schlüsselstaaten sowie Verzögerungstaktiken und die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung bei globalen Klimaverhandlungen, wie sie sich in der Austragung dreier aufeinanderfolgender COPs in den autoritär regierten Staaten Ägypten (2022), den Vereinigten Arabischen Emiraten (2023) und Aserbaidschan (2024) zeigten. Angesichts dieser Entwicklungen droht ein Bedeutungsverlust des globalen Klimaregimes und es bleibt abzuwarten, ob die anstehende COP in Brasilien hier positive Akzente setzen und eine Wiederbelebung anzustoßen vermag.

In Deutschland manifestieren sich Obstruktionsstrategien besonders deutlich in der politischen und diskursiven Praxis der AfD, die im Mai 2025 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft wurde (momentan ist die öffentliche Einstufung aufgrund eines anhängigen Gerichtsverfahrens ausgesetzt).¹⁴ Die AfD diffamiert Klimaschutzmaßnahmen als Ausdruck ‚grüner Ideologie‘ warnt vor einer ‚Ökodiktatur‘ und dem vermeintlichen wirtschaftlichen Schaden von Klimapolitik (Küppers 2022). Sie fordert zudem die Rücknahme zentraler klimapolitischer Gesetze wie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) oder des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) (siehe Box 4). Diese Politiken gründen auf ökonomischen Interessen sowie einer Weltanschauung, die wirtschaftliches Wachstum über ökologische Nachhaltigkeit stellt und Klimapolitik populistisch als elitär und volksfern diskreditiert. Indem sie Klimaschutz als Elitenprojekt und als vermeintliche Bedrohung wirtschaftlicher Selbstbestimmung und nationaler Souveränität konstruiert, mobilisiert die AfD gezielt sozioökonomische Unsicherheiten und Ängste. Sogenannte ‚Polarisierungsunternehmer*innen‘ docken dabei an Befürchtungen von Teilen der Gesellschaft an, die sich darum sorgen, von klimapolitischen Maßnahmen negativ betroffen zu sein (Mau et al. 2023). So treffen Anti-Klimapolitiken zunehmend auf gesellschaftliche Resonanz, was wiederum zu einer stärkeren Konflikthaftigkeit klimapolitischer Themen beiträgt. Klimaschutz erscheint zunehmend als ein „Klassenkonflikt im Werden“ (Mau et al. 2023), der bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien reaktiviert und neue hervorbringt. Auf politischer Ebene haben die Europa- und Landtagswahlen 2024 sowie die

Bundestagswahl 2025 zu einem Erstarren rechts-extremer Kräfte und damit einem größeren Einfluss anti-ökologischer Positionen in Gesetzgebungsverfahren geführt.

Die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeigen zudem exemplarisch, wie auch konservative Parteien wie die CDU/CSU ähnliche Narrative aufgreifen. Unter dem Schlagwort ‚Heizhammer‘ wurde das Gesetz parteiübergreifend als Symbol übermäßiger Regulierung und sozialer Zumutung geframt, was zu einer breiten politischen Ablehnung beitrug (Jost et al. 2024, Haas et al. 2025). Diese Form der diskursiven Obstruktion verstärkte die gesellschaftliche Konflikthaftigkeit der Maßnahme und senkte die öffentliche Akzeptanz für Klimaschutzpolitik insgesamt. Sie hat damit auch direkte Auswirkungen auf die Entwicklung von Konsummuster (siehe Kap. Konsum). Diskursive und politische Verschiebungen nach rechts erschweren die Umsetzung notwendiger regulatorischer Reformen, wie beispielsweise für die Sektorenkopplung. Dies zeigte sich in den vergangenen Jahren neben dem Bereich Energie auch im Bereich Mobilität, in welchem beispielsweise jüngst das sogenannte ‚Verbrenner-Aus‘ infrage gestellt sowie immer wieder gegen ein Tempolimit argumentiert wird. Die Reaktivierung fossiler Subventionen – etwa durch die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale oder die Wiedereinführung der Agrardieselvegünstigung – verdeutlicht darüber hinaus die Rolle nationaler Politik als potenziell hemmende Kraft für klimafreundliche Konsumententscheidungen. Auch im Ernährungsbereich können sich politische Diskurse auf Konsummuster niederschlagen. Die jüngst von einer rechten Abgeordneten ins EU-Parlament eingebrachte Debatte um die Bezeichnung von veganen und vegetarischen Produkten, in welcher Kanzler Merz mit dem Spruch „eine Wurst ist eine Wurst“ auf sich aufmerksam machte, zeigt hier zum einen, wie derartige Themen zur gesellschaftlichen Stimmungsmache genutzt werden. Darüber hinaus offenbart sie aber auch bei genauerer Betrachtung dahinterstehende ökonomische Interessen der Fleischindustrie.¹⁵ Neben dem Einfluss bestimmter Lobbygruppen, die gezielt versuchen, klimapolitische Maßnahmen zu verzögern, wirken rechte Diskurse wie beispielsweise De-Industrialisierungsnarrative, die nahelegen, dass Klimaschutz mit Standortverlusten und Arbeitsplatzabbau einhergeht (Hilmar 2025: 11) potenziell auf unternehmerische Entscheidungen.

Unter der neuen Bundesregierung zeichnet sich prospektiv nicht nur die Verzögerung, sondern gar

14 Bundesamt für Verfassungsschutz. 2025. Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die „Alternative für Deutschland“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. 02.05.2025. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>

Die Einstufung der Partei als ‚rechtsextremistischer Verdachtsfall‘ ist seit Juli 2025 rechtskräftig. Die Einstufung als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ wird von der AfD gerichtlich weiterhin angefochten.

15 Taz. 2025. Es geht nicht um die Wurst – sondern um Profite. 8.10.2025. <https://taz.de/Veggiefleisch-muss-umbenannt-werden/16115479/>

der Rückbau klimapolitischer Ambitionen und Maßnahmen ab. Bereits im Wahlkampf im Frühjahr 2025 wurden Klimathemen kaum erwähnt und auch die demokratischen Parteien zeigen zunehmende Zurückhaltung im Hinblick auf klimapolitische Maßnahmen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz (CDU) legt den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit, die auch über einen Ausbau der Gasinfrastruktur erfolgen soll, während Klimaschutz deutlich weniger Gewicht erhält, indem Klimaziele an das Gebot der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gebunden und damit teils abgeschwächt wurden (CDU et al. 2025). Darüber hinaus hat Kanzler Merz trotz eines allgemeinen Bekenntnisses zu den Klimazielen bereits in den ersten Monaten seiner Kanzlerschaft den deutschen Beitrag zum Klimawandel relativiert.¹⁶ Zudem wurde mit Katharina Reiche, eine ehemalige Lobbyistin und Leiterin des größten Tochterunternehmens des Energiekonzerns E.ON, zur neuen Bundesministerin für Wirtschaft und Energie berufen. Obwohl die Zuständigkeit für Klimaschutz nun wieder dem Umweltministerium unterstellt ist, bleibt diese Personalie für die klimaneutrale Umgestaltung der Wirtschaft und des Energiesektors relevant.¹⁷

Das Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Narrative im Zusammenwirken mit medialer Berichterstattung hat auch in erheblichem Maße zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume beigetragen. Im Falle der Klimabewegung war insbesondere 2024 eine starke Zunahme von sowohl diskursiven als auch physischen Angriffen zu verzeichnen. In diesem Kontext ist vor allem die mediale Diffamierung, die sich insbesondere gegen die Gruppe Letzte Generation richtete, welche teils als kriminell und terroristisch dargestellt wurde, von besonderer Bedeutung, da sie die Legitimität der Bewegung insgesamt teilweise untergraben hat (siehe Kap. 10 und Box 5). Aktivist*innen sahen sich zudem mit einem zunehmend repressiven Vorgehen durch staatliche Sicherheitskräfte und Strafverfolgungsbehörden konfrontiert. In diesem Zuge kam es auch zu mehreren Verurteilungen. Auch die Infragestellung der Gemeinnützigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, die auch Umweltorganisationen betrifft, führte zu einer Einengung von Handlungsspielräumen. Diese Entwicklungen führen zu einer Erosion des zivilgesellschaftlichen Engagements und erschweren die Mobilisierung für klimapolitische Ziele sowie die Möglichkeit, der Bewegung auf öffentliche Diskurse und politische Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Klimaklagen sind bislang weniger direkt vom rechten Backlash betroffen, da sie auf bestehender Rechtslage und Gerichtsurteilen beruhen und damit generell weniger unmittelbar durch politische Stimmungen beeinflusst werden. Doch auch hier zeichnen sich potenzielle Risiken ab: Forderungen nach Einschränkungen des Verbandsklagerechts oder die strategische Politisierung von Gerichtsverfahren durch rechte Akteure könnten künftig die Wirkmächtigkeit klimapolitischer Rechtsprechung untergraben. Risiken bestehen zudem potenziell durch eine Abänderung von klimaschützenden Normen auf rechtlicher Ebene. Durch die Instrumentalisierung und Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse über Klimathemen kann darüber hinaus die gesellschaftliche und politische Unterstützung für Klimaklagen verringert werden. Dies könnte prospektiv zu verringerten Ressourcen für klageführende Umweltverbände führen sowie die Umsetzung von klimaschützenden Urteilen erschweren. Hinzu kommt ein Anstieg sogenannter SLAPP-Klagen gegen Klimaaktivist*innen, die vorrangig das Ziel verfolgen, Beteiligte durch juristische Verfahren einzuschüchtern und zu demobilisieren (Deppner 2022).

Auf lokaler Ebene zeigen sich die Auswirkungen des anti-ökologischen Backlashs und der zunehmenden Konflikthaftigkeit von Klimathemen besonders deutlich. So berichten Klimaschutzmanager*innen, dass Klimaschutz in einigen Bundesländern zu einem Reizthema geworden ist, klimabezogene Stellen in der lokalen Verwaltung aufgrund von fehlender politischer Unterstützung wegfallen und klimapolitische Anliegen aktuell eher unter dem Schirm anderer Themen wie etwa Energieeffizienz vorangetrieben werden. Die in Teilen Deutschlands starke rechte Mobilisierung übt in vielen Verwaltungen einen ‚chilling effect‘ auf klimapolitische Initiativen aus, da aus Angst vor öffentlichen Kontroversen lieber auf sichtbare Initiativen zu dem Thema verzichtet wird. Projekte zur Förderung von erneuerbaren Energien, die ohne Teilhabe der lokalen Bevölkerung vorangetrieben werden, werden von rechten Kräften instrumentalisiert und tragen so zu dem anti-ökologischen Backlash bei. Umgekehrt wird berichtet, dass Projekte mit starker lokaler Verankerung und Wertschöpfung den Aufstieg klimaskeptischer Positionen verhindern und die Unterstützung der Klimawende befördern können.

Insgesamt zeigt sich, dass Klimapolitik immer mehr zu einem zentralen Austragungsfeld übergreifender gesellschaftlicher Konflikte wird. Insbesondere im Verlauf der letzten Jahre lässt sich ein zunehmendes Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Positionen beobachten, die Klimapolitik gezielt für ihre Polarisierungsstrategie

16 Die Zeit. 2025. Friedrich Merz: Ist Deutschland egal? Oder ist die Welt Deutschland egal? 13.07.2025. <https://www.zeit.de/kultur/2025-07/friedrich-merz-klimapolitik-generaldebatte-bundestag-kritik>

17 Zauner, David. 2025. Die neuen Klima-Minister von Friedrich Merz. 30.04.2025. <https://www.klimareporter.de/deutschland/die-neuen-klima-minister-von-friedrich-merz>

instrumentalisieren.¹⁸ Dies gelingt teilweise auch, da die Klimatransformation selbst eng mit sozialen, politischen und kulturellen Spannungen verwoben ist, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen manifestieren. Anzeichen für eine derartige Entwicklung sind die Zunahme kontrovers aufgeladener Debatten um bestimmte Maßnahmen, wachsende Mobilisierungen gegen Klimaschutzmaßnahmen und eine insgesamt zunehmende Konflikthaftigkeit von Klimathemen. Beispiele wie die mediale Diffamierung und zunehmende staatliche Repressionen gegenüber der Klimabewegung, die Kontroversen rund um das Gebäudeenergiegesetz oder die Bauernproteste zeigen, dass der anti-ökologische Backlash nicht nur als Reaktion auf Klimapolitik zu verstehen ist, sondern dass die Klimawende selbst Konflikte hervorbringt, verschärft und politischen Akteuren aus dem rechten und rechtskonservativen Spektrum als Projektionsfläche und Mobilisierungsthema dient.

Es wird deutlich, dass Klimapolitik nicht nur zum Austragungsfeld, sondern auch zunehmend zum (strategisch genutzten) Katalysator gesellschaftlicher Konflikte geworden ist, was wiederum Rückwirkungen auf die Möglichkeiten und Dynamiken der Transformation hat. Diese Dynamiken äußern sich im Kontext aller gesellschaftlichen Treiber der Transformation. Die Effekte des anti-ökologischen Backlashs sind hier nicht nur auf parteipolitische Interventionen beschränkt, sondern entfalten sich in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Zudem zeigt sich aber auch ergänzend zu anti-ökologischen Narrativen und der Mobilisierung dieser entlang bestimmter Konfliktlinien angesichts gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen ein Aufmerksamkeitsverlust, was Klimathemen betrifft. Auf diskursiver Ebene lässt sich also generell feststellen, dass rechte Anti-Klimanarrative sowie der Bedeutungsverlust von Klimathemen durch andere politische Ereignisse und Diskursverschiebungen hin zu rechten Kernthemen wie Migration zu einer Schwächung klimapolitischer Dynamiken in den verschiedenen Treibern geführt haben. Diskurse um Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz oder ein Tempolimit wurden von rechten und konservativen politischen Kräften gezielt aufgeladen und in Narrative staatlicher Übergriffigkeit überführt, was die gesellschaftliche Akzeptanz klimapolitischer Interventionen nachhaltig schwächte. Dies betrifft beispielsweise eine verringerte Aufmerksamkeit und Zustimmung zu progressiver Klimapolitik und Klimaprotesten und wachsende gesellschaftliche Skepsis gegenüber konkreten Maßnahmen. Im Bereich der Zivilgesellschaft sind zunehmende Repressionen gegenüber der Klimabewegung zu beobachten,

die ihre Handlungsspielräume einengen und ihre gesellschaftliche Resonanzfähigkeit unterminieren. Die Zunahme anti-ökologischer Positionen infolge des Wahlerfolgs rechter Parteien in den letzten EU-, Bundestags- und Landtagswahlen kann diese Problematik perspektivisch verstärken und sich weiter negativ auf die deutsche Klimawende auswirken und zu einem Rollback führen. Zusammenfassend wirkt der rechte und anti-ökologische Backlash als diffuser, aber wirkmächtiger Treiber von ‚climate obstruction,‘ der die zivilgesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Trägerschaft klimapolitischer Transformationen untergräbt – nicht nur durch offene Ablehnung, sondern durch die Verschiebung diskursiver Koordinaten, strategische Verzögerung und ideologische Reframing-Prozesse. Dies hatte bereits in jüngerer Vergangenheit einen erheblichen Einfluss auf die Legitimität und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen, die in Zukunft noch massiver ausfallen könnte.

**Autorin:
Anna Fünfgeld**

18 Auf allgemeiner Ebene hat nicht zuletzt das im Juli 2025 bekannt gewordene ‚Strategiepapier‘ der AfD aufgezeigt, dass Polarisierung entlang bestimmter Schlüsselthemen aktiv von der Partei genutzt wird um die demokratischen Parteien zu schwächen und Wähler*innenstimmen zu gewinnen. https://assets.ctfassets.net/mj324dyk-hxwi/1VR9r0oN9wXMYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf

3.3.

Kurzfassung der Treiberanalysen

Wie haben sich die gesellschaftlichen Schlüsselprozesse im Hinblick auf die Klimawende in Deutschland verändert – und in welchem Maße tragen sie zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität bei? Nach den Analysen zur Resonanzfähigkeit der Klimawende und dem aktuell beobachtbaren anti-ökologischen Backlash fassen wir im Folgenden die wesentlichen Ergebnisse der Treiberanalysen zusammen. Ziel ist es, die anschließende Plausibilitätsbewertung nachvollziehbar zu machen.

Die folgenden Zusammenfassungen entsprechen einem *Executive Summary*: Sie bündeln die zentralen Punkte zu jedem untersuchten Schlüsselprozess, zur jeweiligen Dynamik und zu den sich wandelnden Kontextbedingungen, die diese Dynamiken ermöglichen oder hemmen. Darauf aufbauend nehmen wir eine treiberspezifische Bewertung vor, in der wir prüfen, inwiefern der jeweilige Prozess die Klimawende in Deutschland derzeit unterstützt. Tabelle 1 bietet einen synthetisierten Überblick über die zentralen Ergebnisse; Grundlage der Bewertung bleiben jedoch die detaillierten Treiberanalysen im zweiten Teil dieses Berichts. Leser*innen, die die Argumentation im Detail nachvollziehen möchten, laden wir ein, diese Analysen heranzuziehen.

Bewertungslogik

Die Bewertung der Treiber orientiert sich an den Kategorien des *Hamburg Climate Futures Outlook* und wurde um eine Kategorie erweitert. Für jeden Treiber wird beurteilt, ob er die Klimawende

- ▶ *vollumfänglich unterstützt* (d. h. eine Klimaneutralität bis 2045 plausibel macht),
- ▶ *überwiegend unterstützt* (d. h. eine Dekarbonisierung befördert, aber nicht tief oder schnell genug für das Erreichen der Ziele),
- ▶ *teilweise unterstützt* (d. h. in Richtung einer Dekarbonisierung wirkt, aber auch gegenläufige Dynamiken zeigt, sodass Tempo und Tiefe der Transformation deutlich unzureichend bleiben),
- ▶ *ambivalent beeinflusst* (d. h. widersprüchliche Dynamiken zeigt, die sich weitgehend ausgleichen)
- ▶ *verhindert* (d. h. überwiegend gegen die Transformation wirkt).

Diese Einschätzung bezieht sich auf die absehbare Wirkung der Treiber auf Grundlage unserer Analyse von Dynamik und Kontextbedingungen. Sie erfolgt im Rahmen eines Modells des Wandels, das berücksichtigt, dass die Treiber in unterschiedlicher Weise

auf die Klimawende einwirken und deren Trajektorie mehr oder weniger direkt beeinflussen können (vgl. Box 1).

So kann etwa von der Klimabewegung nicht erwartet werden, dass sie die Transformation eigenständig umsetzt. Ihr Beitrag liegt vielmehr darin, Druck auf politische Prozesse auszuüben und kulturelle wie gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, die eine umfassende Klimawende ermöglichen. Demgegenüber hat das Unternehmenshandeln naturgemäß einen direkteren Einfluss auf die Emissionsentwicklung. Allerdings lässt sich auch hier nicht erwarten, dass Unternehmen die politischen oder marktlichen Rahmenbedingungen eigenständig verändern, in denen sie agieren. Bewertet wird daher, in welchem Umfang Unternehmen im Rahmen ihrer realistisch anzunehmenden Möglichkeiten – in ihren internen Prozessen, ihren Investitionsentscheidungen, ihrer Kommunikation und ihren Versuchen der politischen Einflussnahme – zur Klimawende beitragen, oder eben nicht.

Integration und Ausblick

Die Einzelbetrachtung der Treiber wird im Anschluss um eine Analyse ihrer Wechselwirkungen ergänzt, die in den kommenden Jahren systematisch weiter ausgebaut wird. Die Zusammenschau der Treiberbewertungen und ihrer Wechselwirkungen bildet schließlich die Grundlage für die Plausibilitätsbewertung der gesellschaftlichen Dynamiken der Klimawende.

Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen

Die nationale Politik gilt gemeinhin als zentrale Schaltstelle der Transformation – auch wenn sie zunehmend im Rahmen europäischer und internationaler Politikprozesse agiert und in vielfältige gesellschaftliche Dynamiken eingebettet ist. Der Treiber umfasst das Regierungshandeln, die Gesetzgebung und die politische Kommunikation im Bereich der Emissionsminderung ebenso wie klimarelevante Entscheidungen und Regulierungen in angrenzenden Politikfeldern.

Im Mittelpunkt steht dabei die deutsche Klimapolitik in enger Wechselwirkung mit der europäischen Ebene. Ihren institutionellen Handlungsrahmen bilden das Pariser Klimaabkommen (2015), der Europäische Green Deal (2019) und das

Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG, 2019, novelliert 2024). Gemeinsam verankern sie verbindliche Langfristziele und etablieren ein Verfahren iterativer Politikplanung zur Umsetzung dieser Ziele. Damit bilden sie den institutionellen Kern der deutschen Klimapolitik.

Dynamik: Nach Jahren erheblicher Fortschritte insbesondere in der Energiepolitik und teilweise in der Transformation der Industrie hat sich die Dynamik der deutschen Klimapolitik zuletzt abgeschwächt. Die Bilanz der Ampelregierung zeigt zwar deutliche Erfolge beim Ausbau erneuerbarer Energien – 2024 lag ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung bei 54 Prozent – und beim Rückgang der Emissionen – insgesamt –48 Prozent gegenüber 1990. Doch die Sektoren Verkehr und Gebäude verfehlten ihre Ziele zum wiederholten Mal, und es fehlt an einem Gesamtansatz, der den Rückbau fossiler Infrastrukturen und soziale Gerechtigkeit zusammendenkt.

Zudem brachte der Wahlkampf 2025 eine deutliche Prioritätenverschiebung: Sicherheits-, Wirtschafts- und Migrationsthemen verdrängten Klimaschutz von der politischen Agenda. Die neue Koalition aus SPD und CDU/CSU bestätigt zwar das Ziel der Klimaneutralität 2045, setzt jedoch kaum neue Impulse. Vielmehr enthält der Koalitionsvertrag Maßnahmen, die den Klimazielen zuwiderlaufen – etwa die Wiedereinführung der Agrardieselförderung, die Abschaffung und Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes, die Erhöhung der Pendlerpauschale und den Ausbau von Gasförderung. Mit der Verlagerung der Zuständigkeiten auf unterschiedliche Ministerien verliert der Klimaschutz institutionell an Gewicht.

Auf europäischer Ebene war der EU Green Deal zunächst ein Stabilitätsanker. Unter der zweiten Kommission von der Leyen verschiebt sich jedoch auch hier der Fokus. Die Omnibus-Pakete (2025) setzen auf Bürokratieabbau und Unternehmensentlastung: Berichtspflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sollen deutlich reduziert, Schwellenwerte für Offenlegungspflichten erhöht und verbindliche Klimatransitionspläne abgeschwächt werden. Damit droht eine Erosion des europäischen Nachhaltigkeitsrahmens, die auch den deutschen Regulierungsdruck mindert.

Zwar prognostizieren Berechnungen eine ungefähre „Punktlandung“ Deutschlands beim Emissionsbudget bis 2030. Die Treibhausgasreduktion bis dahin dürfte hingegen mit rund 63 Prozent knapp am 65-Prozent-Ziel vorbeischrappen. Neben den Sektoren Verkehr und Gebäude drohen auch Zielverfehlungen in der Landnutzung. Deutschland droht zudem, seine Verpflichtungen unter der Effort Sharing Regulation (ESR) zu verfehlen, was den Erwerb von Emissionsrechten notwendig machen könnte. Auch das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 würde mit aktuellen Maßnahmen verfehlt.

Kontext: Die deutsche Klimapolitik steht zunehmend unter dem Druck geopolitischer,

wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gegenbewegungen. Die Rückkehr Donald Trumps und der US-Ausstieg aus dem Pariser Abkommen markieren einen massiven Rückschlag für die globale und europäische Klimadiplomatie. Gleichzeitig erhöhen Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten das Gewicht sicherheitspolitischer Prioritätssetzungen.

Wirtschaftlich bleibt der Fortschritt bei erneuerbaren Energien ein Lichtblick: Dank fallender Kosten und eines europäischen CO₂-Preises von 60 bis 70 Euro pro Tonne erreichte der Anteil fossiler Energien im EU-Strommix 2024 mit 29 Prozent ein Rekordtief. Doch droht die erhöhte Nachfrage durch Digitalisierung, Aufrüstung und künstliche Intelligenz diese Fortschritte wieder zu konterkarieren.

Institutionell eröffnet das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen mit 100 Milliarden für den Klima- und Transformationsfonds neue Spielräume. Ob diese Mittel tatsächlich für Dekarbonisierung genutzt werden, bleibt angesichts wachsender Konkurrenz mit Verteidigungs- und Industrieausgaben offen. Zugleich wurde durch die Novelle des Klimaschutzgesetzes 2024 die sektorspezifische Nachsteuerungspflicht abgeschafft, was den rechtlichen Druck zur Zielerreichung weiter mindert.

Gesellschaftlich verschiebt sich der Diskurs: Klimaschutz verliert an Resonanz und wird zunehmend zum Gegenstand konflikthafter Auseinandersetzungen. Proteste gegen das Gebäudeenergiegesetz oder die Streichung von Agrardieselsubventionen zeugen von einem wachsenden Widerstand. Rechtspopulistische und -extreme Kräfte gewannen bei den deutschen und europäischen Wahlen 2024/25 stark hinzu, während die Mobilisierungskraft der Klimabewegung nachließ. Insgesamt schrumpft die gesellschaftliche Trägerschaft der Klimawende.

Bewertung: Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen wirkt **teilweise unterstützend** für die Klimawende, aber aktuell nicht stark genug für ein Einhalten der Klimaziele. Aufgrund einer sich abschwächenden Dynamik und ungünstigen Kontextbedingungen erwarten wir, dass bestehende Umsetzungslücken sich in Zukunft noch vergrößern.

Bestehende Regulierungen, Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien und der Ausbau des Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) wirken weiterhin unterstützend, werden jedoch von einer Vielzahl hemmender Faktoren überlagert. Strukturelle Defizite in Verkehr und Gebäuden, eine schwächer werdende politische Unterstützung und die Aushöhlung europäischer Nachhaltigkeitsvorgaben begrenzen die Transformationskraft des Treibers. Besonders problematisch ist der fehlende soziale Ausgleich: Ohne wirksame Maßnahmen zur Kompensation der ab 2027 wirksam werdenden CO₂-Bepreisung in Verkehr und Gebäuden droht die gesellschaftliche Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen weiter zu erodieren. Politische Unsicherheit und kommunikative Widersprüche – etwa um Heizungsgesetz oder Verbrenner-Aus – haben

bereits zu einem Einbruch der Investitionsbereitschaft geführt.

Insgesamt steigt damit das Risiko klimapolitischer Rückschritte. Zwar besteht durch anstehende politische Ereignisse – etwa die COP30 in Belém oder Diskussionen um das kommende Klimaschutzprogramm – die Chance auf eine Re-Thematisierung des Klimaschutzes. Doch ohne klare Priorisierung, sozialen Ausgleich und kohärente europäische Rahmensetzung drohen *Blockade- und Eskalationskaskaden* aus Zielverfehlung, sozial unausgewogener Nachsteuerung, Backlash und Resonanzverlust – der wiederum zur weiteren Verzögerung der Klimawende instrumentalisiert werden kann.

Globale Klimagovernance

Globale Verhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und ihrer Vertragsstaatenkonferenzen (COPs) haben immer wieder entscheidende Impulse für Klimadebatten und Klimapolitik geliefert. Der Treiber Globale Klimagovernance umfasst internationale Kooperation und transnationale Koordination sowie darüber hinaus internationale sektorale Abkommen, private Governanceinitiativen, und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen. Zentrale Referenzpunkte sind das Pariser Abkommen von 2015, das Langfristziele für die Begrenzung der Erderwärmung festlegt (1,5 °C bzw. 2 °C) und darauf aufbauend eine Angleichung globaler Finanzströme und einen Prozess regelmäßiger Überprüfungen nationaler Beiträge zum Klimaschutz (NDCs) vorsieht. Globale Klimagovernance wirkt auf die deutsche Klimawende sowohl über völkerrechtliche Normsetzungen, die in nationales Recht einfließen, als auch über die Synchronisierung nationaler Politikzyklen durch die jährlichen Klimakonferenzen, die eine globale Bühne für öffentliche Aufmerksamkeit, Berichterstattung und Vergleichbarkeit schaffen.

Dynamik: Seit dem Pariser Abkommen hat sich ein neuer institutioneller Rhythmus etabliert, geprägt von jährlichen COPs und fünfjährigen Überprüfungszyklen. Die letzte Phase dieses Zyklus mündete 2024 in der COP29 in Baku, deren Ergebnisse jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben. Eine Einigung zur Umsetzung des Global Stocktake wurde nicht erzielt, das Arbeitsprogramm zur Emissionsminderung und zentrale Formulierungen zum 1,5 °C Ziel und zum Ausstieg aus fossilen Energien blockiert. Zwar wurde die Marktmechanismus-Komponente des Pariser Abkommens operationalisiert, der gefundene Kompromiss erhöht jedoch das Risiko, das Schlupflöcher wie Doppelzählungen und Überschätzungen von Emissionsminderungen die globale Reduktionsanstrengung aushöhlen. Ein neues globales Finanzierungsziel wurde verabschiedet, allerdings einigten sich die Staaten statt der von Expert*innen empfohlenen 1,3 Billion USD jährlich auf eine Summe von 300

Milliarden USD Finanzierungen ab 2035. Einige Länder des Globalen Südens verweigerten daraufhin ihre Zustimmung. Auch die Fortschritte bei den nationalen Klimaplänen sind ungenügend: Bis Mitte 2025 hatten lediglich 24 Staaten aktualisierte NDCs eingereicht – darunter keiner der großen Emittenten. Freiwillige Initiativen wie die UN Action Agenda oder sektorale Allianzen zu Energie, Wäldern und Methan entfalten nur begrenzte Wirkung. Dagegen wurde außerhalb der UNFCCC mit dem neuen Abkommen der International Maritime Organization (IMO) zur Emissionsregulierung der Schifffahrt erstmals ein institutionell bindender Fortschritt erzielt.

Nach einer Phase des globalen Aufwinds, angetrieben durch die Umsetzung des Paris Abkommens, soziale Mobilisierungen und nationale politische Fortschritte, steht die globale Klimagovernance also aktuell vor großen Schwierigkeiten. Einen Impuls geben könnte die COP30 in Belém in Brasilien, durch die sich Möglichkeiten für Nord-Süd Initiativen und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen eröffnen. Ein zentraler Ansatzpunkt wäre die Reform der globalen Entwicklungsfinanzierung. Der Rückzug der USA bietet in diesem Sinne auch Chancen für neue klimapolitische Ansätze – im Rahmen der UNFCCC sowie in anderen internationalen Foren.

Kontext: Auch die äußeren Bedingungen für globale Klimapolitik haben sich im vergangenen Jahr noch einmal deutlich verschlechtert. Mit der Wiederwahl Donald Trumps, dem erneuten Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen und anderen internationalen Organisationen sowie einem umfassenden Klima-Rollback fällt ein zentraler Akteur der Klimagovernance weitgehend aus. Kriege in der Ukraine und Gaza sowie geopolitische Spannungen im Indopazifik verschärfen die Fragmentierung des multilateralen Systems, untergraben das Vertrauen in internationale Institutionen und die Perspektiven globaler Kooperation. Die Schwäche und nachlassende Stärke von Klimabewegungen und der Aufstieg ökologiekritischer Kräfte schwächen den politischen Handlungsdruck.

Zugleich bestehen aber auch einige gegenläufige Entwicklungen: Mit Brasilien als Gastgeber der COP30 rückten wieder Themen der globalen Gerechtigkeit und des Ausstiegs aus fossilen Energien in den Vordergrund der Klimakommunikation. Brasilien positioniert sich zudem als Fürsprecherin einer Reform der Klimagovernance sowie der Entwicklungsfinanzierung. Der die COP begleitende Peoples' Summit signalisiert eine mögliche Revitalisierung globaler Bewegungsallianzen. Technologisch setzt sich der Ausbau erneuerbarer Energien mit Rekordwerten fort – 510 GW bzw. +50 Prozent Zubau im Jahr 2023 –, während allerdings der wachsende Energieverbrauch durch Digitalisierung und KI neue Herausforderungen schafft. Parallel dazu verstärkt die fossile Lobby ihren Einfluss auf internationale Verhandlungen: Der Diskurs verschiebt sich teilweise von „Energiewende“ zu „Energiedominanz“, sichtbar etwa auf der CERAWEEK 2025 in

Houston, wo fossile Akteure wieder Selbstbewusstsein und Deutungshoheit zurückgewannen.

Bewertung: Globale Klimagovernance wirkt **teilweise unterstützend** für die deutsche Klimawende, kann aber aktuell keine hinreichende Koordinationswirkung für eine Beschleunigung der Transformation in Deutschland und Europa entfalten. Die Wirkung des Treibers geht seit der Paris Konferenz 2015 zurück. Ohne entschiedene Initiativen von Schlüsselstaaten dürfte sich dieser Negativtrend in absehbarer Zukunft fortsetzen.

Während der institutionelle Rahmen des Pariser Abkommens formal fortbesteht, verliert er an Steuerungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Globale Emissionen steigen weiter, die Zahl der Länder mit aktualisierten und ausreichend ambitionierten Klimaplänen ist gering, und zentrale Akteure wie die USA schwächen den multilateralen Konsens. Damit sinkt die katalytische Wirkung internationaler Prozesse auf nationale Klimapolitik auch in Deutschland.

Zwar entstehen punktuell neue Impulse – etwa durch sektorale Kooperationen, den Ausbau nicht-staatlicher Allianzen oder das neue IMO-Abkommen –, doch überwiegen derzeit die hemmenden Faktoren. Deutschland profitiert zwar weiterhin von den globalen Normbildungsprozessen, der symbolischen Orientierung an Pariser Zielen und der europäischen Koordinierung im Rahmen der EU-Delegation, doch der internationale Kontext trägt derzeit kaum zur Beschleunigung der nationalen Transformation bei.

Kommunaler Klimaschutz

Auf der lokalen Ebene wird die Klimawende konkret umgesetzt – hier werden sowohl die Folgen des Klimawandels als auch die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen unmittelbar erfahrbar. Der Treiber umfasst Maßnahmen, Prozesse und Initiativen auf lokaler Ebene, die auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet sind oder für dessen Erreichung eine zentrale Rolle spielen. Dazu zählen die Planung und Umsetzung von Projekten in Energieversorgung, Stadt- und Verkehrsplanung, Gebäude- und Infrastrukturpolitik, ebenso wie Informationsangebote, Reallabore und partizipative Verfahren. Kommunen tragen als Akteure der Daseinsvorsorge wesentliche Verantwortung für die praktische Umsetzung der Klimawende. Ihre Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus landesrechtlichen Vorgaben, werden aber stark durch lokale Prioritäten, Verwaltungskapazitäten und politische Mehrheiten bestimmt. Neben Verwaltung und Politik spielen lokale Akteure wie Bürgerinitiativen, Stadtwerke und Genossenschaften eine Schlüsselrolle für die gesellschaftliche Einbettung kommunaler Klimapolitik.

Dynamik: Die Dynamik des kommunalen Klimaschutzes ist hochgradig heterogen. Unterschiede zwischen Bundesländern, Großstädten und

ländlichen Räumen prägen Ausgangslagen und Prioritätensetzung. Übergreifend zeigt sich jedoch ein schrittweiser *Aufbau von Handlungskapazitäten*, getragen durch rechtliche Vorgaben, Förderprogramme und gesellschaftliche Impulse. Ein zentrales Instrument ist die 2008 eingeführte Kommunalrichtlinie, über die bislang mehr als 29.000 Klimaschutzprojekte in über 5.300 Kommunen gefördert wurden. Bewegungen wie *Fridays for Future* haben dazu beigetragen, dass Klimaschutz lokal höher priorisiert wird. Rund die Hälfte aller Kommunen verfügt über eigenes Klimaschutzpersonal, etwa 10 Prozent besitzen Klimaschutzkonzepte mit Schwerpunkten auf Emissionsminderung, Klimaneutralität und erneuerbare Energien, zunehmend auch auf natürliche Senken. Positiv entwickelten sich zuletzt vor allem die Bereiche, in denen Kommunen direkt Einfluss ausüben können, wie die Flächenausweisung für erneuerbare Energien, der Ausbau von Fahrradinfrastruktur oder der klimafreundliche Umbau kommunaler Liegenschaften (Gebäude, Fahrzeuge, Grünflächen). Neue Dynamik kam in die Bereiche Wärmeplanung und Klimaanpassung, die mit den 2024 in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz (WPG) und Klimaanpassungsgesetz (KAnG) de facto zu kommunalen Pflichtaufgaben wurden. Dennoch verläuft der Umbau im Bereich Wärme bisher schleppend. Trotz neuer Kompetenzen sind die Kommunen hier stark von externen Akteuren wie Energieversorgern abhängig und verfügen häufig nicht über ausreichende finanzielle Mittel für notwendige Infrastrukturentscheidungen. Besonders schwierig sind Blockaden im Verkehrsbereich, wo fehlende Zuständigkeiten, eine stark autozentrierte Planung, sowie Konflikte rund um Straßenraum und Parkflächen die Klimawende ausbremsen. Hier zeigen sich strukturelle Grenzen, die nur durch übergeordnete rechtliche und fiskalische Reformen überwunden werden können.

Kontext: Die Entwicklung des kommunalen Klimaschutzes findet in einem Spannungsfeld aus neuen rechtlichen Impulsen und wachsender politischer Unsicherheit statt. Auf der positiven Seite stehen neue bundesgesetzliche Rahmensetzungen, die verbindliche Planungsstrukturen und Fördermöglichkeiten schaffen. Auch das im März 2025 beschlossene Schuldenpaket mit spezifischen Klimaförderlinien für Länder und Kommunen weckt Hoffnung auf finanzielle Entlastung. Demgegenüber wirken Planungsunsicherheiten aufgrund wechselnder politischer Mehrheiten, unklarer politischer Kommunikation durch Bundes- und Landesregierungen und befristeter Projektlogiken hemmend. In vielen Kommunen fehlt dauerhaftes Fachpersonal, Fördermittel werden verspätet ausbezahlt oder sind mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Besonders kleinere und finanzschwache Kommunen stoßen hier an ihre Grenzen.

Zugleich verändert sich die gesellschaftliche Resonanz. Während Klimaschutz um 2020 durch *Fridays for Future* kommunalpolitisch

Aufwind erfuhrt, ist heute vielerorts eine abnehmende Zustimmung spürbar. In einigen Regionen ist das Thema zunehmend umstritten. Insbesondere in ostdeutschen Bundesländern ist der Begriff „Klimaschutz“ selbst zum Reizwort geworden. Darüber hinaus verstärken sich Spaltungen entlang sozioökonomischer Linien: In strukturschwachen Regionen wird Klimaschutz häufig als Belastung erlebt, wenn erneuerbare Energien keinen sichtbaren Nutzen vor Ort erzeugen. Die Resonanzfähigkeit der Klimawende ist also zentral an Fragen lokaler Wertschöpfung und Teilhabe gekoppelt.

Als stabilisierende Faktoren erweisen sich horizontale Kooperationsnetzwerke, in denen sich Kommunen, Landkreise und Klimaschutzmanager*innen gegenseitig unterstützen und Wissen austauschen. Zudem begünstigt der Preisverfall bei erneuerbaren Energien – insbesondere bei Solar-PV – den Ausbau einer klimafreundlichen lokalen Energieerzeugung. Extreme Wetterereignisse können zwar kurzfristige Aufmerksamkeit schaffen, führen aber selten zu einer nachhaltigen politischen Dynamik.

Bewertung: Kommunaler Klimaschutz wirkt **überwiegend unterstützend** für die Klimawende in Deutschland, allerdings aktuell nicht in dem Maße und in der Geschwindigkeit, wie es für ein Erreichen der deutschen Klimaziele erforderlich wäre.

Durch den Aufbau kommunaler Handlungskapazitäten – Stellen, Programme, Initiativen – in den letzten Jahren ist der kommunale Klimaschutz derzeit (noch) einer der resilientesten gesellschaftlichen Treiber der Klimawende. Fortschritte beruhen zumeist auf einer Kombination aus rechtlichen Impulsen, Förderinstrumenten und lokalem Gestaltungswillen. Besonders dort, wo kommunale Wertschöpfung, gesellschaftliche Einbindung und politische Rückendeckung zusammenkommen, entstehen robuste Umsetzungspfade. Gleichzeitig bleiben strukturelle Schwächen eklatant: Klimaschutz ist auf kommunaler Ebene nach wie vor überwiegend freiwillig und projektbasiert. Finanzielle Engpässe, fehlende Verstetigung von Personal und komplizierte Förderlogiken verhindern eine institutionelle Konsolidierung. Die Folge sind *Unsicherheitsspiralen*, in denen Know-how-Verlust und Stellenabbau sich gegenseitig verstärken. Hinzu kommen wachsende gesellschaftliche Spannungen, die die politische Rückendeckung schwächen. Damit steht die bislang tragfähige „Dynamik von unten“ zunehmend unter Druck. Langfristig kann kommunaler Klimaschutz nur dann ein zentraler Motor der Transformation bleiben, wenn er rechtlich als Pflichtaufgabe verankert und dauerhaft finanziell abgesichert wird. Eine solche Verbindlichkeit würde nicht nur Planungssicherheit schaffen, sondern auch den politischen Rückhalt stärken. Ein weiterer wichtiger Hebel wäre die Umsetzung von *energy sharing* zur Ermöglichung lokaler Wertschöpfung. Würden diese Schritte vollzogen, könnte die kommunale Ebene zur entscheidenden Scharnierstelle einer demokratisch legitimierten, sozial eingebetteten und lokal sichtbaren Klimawende werden.

Klimarelevantes Unternehmenshandeln

Unternehmen sind zentrale Akteure der Klimawende: In ihnen materialisiert sich ein Großteil des Ressourcenverbrauchs einer Gesellschaft und damit auch ihr Einfluss auf Emissionen und Umweltfolgen. Der Treiber klimarelevanten Unternehmenshandelns umfasst alle Handlungen von Firmen, die darauf abzielen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und zur Klimawende beizutragen, oder aber im Gegenteil die Transformation zu verzögern oder bewusst zu blockieren. Dies umfasst administrative Maßnahmen (z. B. Nachhaltigkeitsmanagement), anwendungsbezogene Investitionen (z. B. Prozessumstellungen), Kommunikations- und Lobbyaktivitäten, sowie Kooperationen entlang von Lieferketten. Die Analyse konzentriert sich auf die Energiewirtschaft, die Industrie (insbes. Automobil) und Landwirtschaft – Sektoren mit hoher Emissionsrelevanz und großem politischem Einfluss.

Dynamik: Die Entwicklung des unternehmerischen Klimahandelns war in den letzten Jahren ausgesprochen heterogen. In der Energiewirtschaft vollzieht sich der deutlichste Wandel: Die Emissionen sanken 2024 um 8,7 Prozent, der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion stieg auf 57 Prozent, während die Kohleverstromung auf 23 Prozent sank. Der Rückbau fossiler und der Ausbau nicht-fossiler Kapitalstöcke zeigt, dass hier ein struktureller Umbau begonnen hat. Demgegenüber stagniert die Landwirtschaft: 2024 gingen die Emissionen um lediglich 1,4 Prozent zurück. Zwar sinken Rinderbestände und Düngerbedarf leicht, doch fossiler Kraftstoffverbrauch und Stickstoffeinsatz nehmen wieder zu. Im Industriesektor ist der Fortschritt begrenzt, da der Sektor stark an Konjunkturzyklen gekoppelt und strukturell untransformiert bleibt.

Sektorübergreifend hat sich Klimaschutz im Unternehmenshandeln zwar etabliert, bleibt aber oft oberflächlich. Viele Firmen richten Nachhaltigkeitsabteilungen ein, erfassen Emissionen und veröffentlichen Berichte – aber ohne konsistente Transitionspläne oder überprüfbare Ziele. Während Großunternehmen ihre Emissionen umfassend bilanzieren, sinkt das Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Zugleich erreicht das Volumen der Klimainvestitionen 2023 einen Höchstwert von 85 Mrd. Euro, getragen fast ausschließlich von Großunternehmen. Der Mittelstand verzeichnet dagegen einen Rückgang um 10 Prozent aufgrund von steigenden Kosten und Unsicherheiten. Auch kommunikativ zeigt sich Ambivalenz. Zwar bekennen sich Verbände wie BDI, VDA oder VCI regelmäßig zum Ziel der Klimaneutralität, zugleich lobbyieren sie gegen konkrete Maßnahmen wie das Verbrenner-Aus. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Bekenntnissen und Blockaden bildet eine „Konsensfiktion“, die letztlich den Status quo absichert. Der Strukturwandel in Schlüsselindustrien wie der Automobilbranche bleibt aus, während neue

fossile Abhängigkeiten entstehen – etwa durch den Bau von LNG-Terminals und Gaskraftwerken.

Kontext: Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für den Treiber haben sich zuletzt deutlich verschoben. Die Aufweichung der europäischen Nachhaltigkeitsregulierung im Zuge des EU-Omnibus-Pakets – mit der geplanten Reduktion der Berichtspflichten für bis zu 80 Prozent der Unternehmen und der Entschärfung der Sorgfaltspflichten in der CSDDD – droht die Unternehmensberichterstattung zu schwächen. Pläne zur Wiedereinführung fossiler Subventionen oder der geplanten Anrechnung externer Emissionsreduktionen auf die deutschen Klimaziele mindern die Glaubwürdigkeit der Klimawende und erhöhen die regulatorische Unsicherheit. Positiv wirkt dagegen der Europäische Emissionshandel, dessen verschärfter Minderungspfad und Erweiterung auf Wärme und Verkehr (EU-ETS 2) strukturelle Anreize für Dekarbonisierung schaffen. Die jährliche Zertifikatsmenge sinkt nun doppelt so schnell wie zuvor, und bis 2039 sollen keine neuen Zertifikate mehr versteigert werden. Das Instrument wirkt zunehmend als langfristiger Signalgeber, dessen Effektivität allerdings von dem Erhalt sozialer und politischer Unterstützung für die Preisentwicklung abhängt. Auch neue Förderprogramme wie die „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ oder Carbon Contracts for Difference (CCfDs) können, sofern stabil finanziert, wichtige Impulse geben. Kulturell bleibt das deutsche Wirtschaftsmodell stark auf Exportindustrien und Wachstum ausgerichtet. Die Automobilindustrie fungiert weiterhin als Leitbranche und struktureller Machtpol, während alternative Leitbilder – etwa Suffizienz, Kreislaufwirtschaft oder regionale Versorgung – gesellschaftlich und politisch marginal bleiben. Im Agrarbereich dominieren produktivistische Leitbilder, und auch in der Industriepolitik steht Standortsicherung über Dekarbonisierung. Diese kulturelle Trägheit verstärkt institutionelle Pfadabhängigkeiten. Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus der Energiewirtschaft im Rahmen der Kohlekommission, dass korporatistische Strukturen, wenn sie inklusiver gestaltet werden, transformationsfähig sein können.

Bewertung: Klimarelevantes Unternehmenshandeln wirkt unter den aktuellen Bedingungen **ambivalent** auf die Klimawende, da unterschiedliche, sich entgegenreisende Entwicklungen zwischen verschiedenen Sektoren und Unternehmertypen beobachtbar sind, und aktuelle regulatorische und gesellschaftliche Entwicklungen sowohl einen erhöhten Transformationsdruck durch die Ausweitung des Emissionshandels, als auch eine Rücknahme zentraler Regelwerke und eine Phase politischer Unsicherheit ankündigen.

Das klimarelevante Unternehmenshandeln trägt daher punktuell, aber nicht systematisch zur Klimawende bei. Fortschritte in der Energiewirtschaft werden durch Stillstand in Industrie und Landwirtschaft überlagert. Großunternehmen

professionalisieren ihr Nachhaltigkeitsmanagement, doch fehlende Ziele, Greenwashing-Risiken und anhaltendes Lobbying untergraben die Wirkung. Kleine und mittlere Unternehmen bleiben zurück, Investitionslücken und regulatorische Unsicherheit bremsen den Wandel. Neue fossile Infrastrukturen gefährden erreichte Fortschritte und könnten zu jahrzehntelangen Lock-ins führen.

Die Transformation der Energiewirtschaft erscheint plausibel, jene der Industrie bedingt, die der Landwirtschaft aktuell kaum. Eine sektorenübergreifende Beschleunigung der Transformation erfordert verlässliche Regulierung, den Abbau fossiler Subventionen, gezielte Unterstützungsformate für kleine und mittlere Unternehmen und die Sicherung gesellschaftlicher Resonanz durch eine gerechte Gestaltung des Emissionshandels. Erst eine solche Kombination aus politischer Kontinuität, ökonomischer Planungssicherheit und sozialer Flankierung könnte das Potenzial des Unternehmenssektors als Motor der Transformation freisetzen.

Veränderung von Konsummustern

Konsumpraktiken bilden einen entscheidenden Faktor der Emissionsentwicklung und gelten als wichtiger Hebel für die Klimawende. Konsum verstehen wir als die soziale Praxis der Nutzung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen, die in routinierte Handlungsweisen, kulturelle Bedeutungen und materielle Infrastrukturen eingebettet ist. Auch die Veränderung von Konsummustern vollzieht sich nicht einfach als Ergebnis individueller Entscheidungen, sondern im Wechselspiel mit tief verankerten Strukturen und Normen. Dynamiken der Konsumententwicklung wiederum sind entscheidend für das Gelingen oder Scheitern von Klimaschutzstrategien. Unsere Analyse konzentriert sich im Folgenden auf Konsummuster in vier emissionsstarken Sektoren: Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung.

Dynamik: In allen untersuchten Sektoren zeigen sich bislang nur begrenzte Fortschritte auf dem Weg zur Dekarbonisierung, die zudem oftmals durch gegenläufige Dynamiken weitgehend aufgewogen oder sogar konterkariert werden. Im Bereich Wohnen sind die CO₂-Emissionen der Haushalte seit 2005 zwar leicht gesunken, vor allem durch effizientere Heizsysteme und Anwendungen und den Ausbau erneuerbarer Energien, doch die durchschnittliche Nutzung von Wohnfläche pro Person steigt weiter an. Im Stromsektor führen Effizienzsteigerungen und der wachsende Anteil erneuerbarer Energien zwar zu sinkenden Emissionen pro kWh, doch wird der Stromverbrauch zugleich durch steigende Nachfrage und neue Anwendungen etwa im Rahmen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz angetrieben. Ökostromangebote bleiben ein Privileg einkommensstarker Milieus, während Energiearmut und fehlende Sektorenkopplung eine

klimafreundliche und sozial flankierte Elektrifizierung verhindern. Im Verkehrssektor nehmen die Nutzung von Elektromobilität und öffentliche Verkehrsalternativen zu, doch der Pkw-Bestand wächst, SUVs dominieren Neuzulassungen und der Flugverkehr, einschließlich Privatjets, steigt weiterhin an. Im Ernährungssektor sinkt zwar der Fleischkonsum und pflanzliche Alternativen gewinnen Marktanteile, doch drei Viertel der ernährungsbedingten Emissionen entfallen weiterhin auf tierische Produkte. Zudem bleibt nachhaltige Ernährung sozial stark selektiv. Armut, Ernährungsunsicherheit und Lebensmittelverschwendung bestehen parallel und zeigen die soziale Schieflage der Ernährungswende.

Kontext: Diese Dynamik ist eingebettet in ein Geflecht struktureller Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen, die auf fossile Energien und Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind. Historisch ist der Massenkonsum in Deutschland eng verbunden mit der Industrialisierung, kolonialen Verflechtungen und dem „Wirtschaftswunder“, das (massenhafter) Konsum als Symbol von Freiheit und Wohlstand institutionalisierte. Diese Entwicklung mündete in einer Lebensweise, die auf der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten in Zeit (zukünftige Generationen) und Raum (insbes. Globaler Süden) beruht. Demgegenüber treiben zwar technologische Effizienzgewinne, Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien und ein wachsendes Umweltbewusstsein einige durchaus signifikante Veränderungen. Diese treffen jedoch auf ein stetig steigendes Konsumvolumen, wachsende sozialen Ungleichheiten und politische Präferenzen für technische und marktzentrierte Lösungen gegenüber sozialen und kulturellen Veränderungen.

Auch die internationale Politik wirkt ambivalent. Globale Verpflichtungen wie das Pariser Abkommen und die europäischen Klimaziele schaffen zwar Orientierungsrahmen, doch geopolitische Krisen und Energiepreissteigerungen haben die Prioritäten vieler Regierungen und Bürger*innen verschoben. Energie- und Inflationskrisen erhöhen soziale Spannungen und lenken politische Aufmerksamkeit auf kurzfristige Krisenbewältigung. Die nationale Klimapolitik bleibt widersprüchlich: Zwar sind ambitionierte Ziele gesetzlich verankert, doch unklare Kommunikation, wechselnde Mehrheiten und der Bedeutungsverlust des Klimathemas im öffentlichen Diskurs verringern Planungssicherheit und Vertrauen. Der aktuelle Koalitionsvertrag unterstreicht diese Tendenz: Er hält an bestehenden Zielen fest, stellt aber wichtige Regelwerke infrage, verzichtet auf sozial ausgleichende Instrumente wie das Klimageld und reaktiviert fossile Subventionen wie Pendlerpauschale und Agrardieselförderung.

Gesellschaftlich verliert der Wandel teilweise an Resonanz. Zwar bekennt sich eine Mehrheit weiter zum Klimaschutz, doch bleibt die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen gering. Steigende Ungleichheiten und Abstiegsängste, mediale Polarisierung und ein wachsender Anti-Ökologie-Diskurs

schwächen die gesellschaftliche Basis für einen tiefgreifenden Wandel. Klimafreundlicher Konsum wird meistens nicht mit Wohlstand verbunden – vielmehr erscheint er vielen als moralische Zumutung oder als elitäres Projekt.

Bewertung: Vor diesem Hintergrund wirkt der Treiber aktuell **verhindernd** auf die Klimawende und verringert somit die Plausibilität des Erreichens der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045.

Die Analyse der Dynamiken des gesellschaftlichen Treibers zeigt, dass sich derzeit in Deutschland keine grundlegenden Veränderungen der Konsummuster in Richtung Klimaneutralität abzeichnen. Zwar sind punktuelle Fortschritte im Bereich Energie und Ernährung erkennbar, doch sie bleiben inkrementell und sozial selektiv. Eine tiefgreifende Trendumkehr hin zu klimafreundlichen Konsummustern ist bislang nicht erkennbar. Hinter der Stagnation stehen Pfadabhängigkeiten, wachstumsorientierte Politiklogiken und fehlende soziale Ausgleichsmechanismen. Politische Maßnahmen, die eine Reduktion des Konsumvolumens und eine Umverteilung von Ressourcen erfordern, gelten weithin als unzumutbar. Stattdessen konzentrieren sich Strategien auf technische Effizienzsteigerungen, deren Wirkung durch steigenden Gesamtverbrauch wieder aufgehoben wird.

Damit die Klimawende plausibel wird sind Maßnahmen notwendig, die klimafreundliche Konsummuster und zugleich soziale Gerechtigkeit fördern. Zu den Handlungsoptionen gehören strukturelle und verhaltensändernde Maßnahmen, die durch klimabezogene Regulierungen, politische Instrumente und klimafreundliche Infrastrukturen umgesetzt werden können (z.B. Sektorenkopplung oder Tempolimit). Außerdem sind integrierte und intersektionale Lösungsansätze erforderlich, beispielsweise finanzielle Anreize und steuerliche Instrumente wie das Klimageld, eine progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung oder eine angepasste Preisgestaltung zur Förderung klimafreundlicher Ernährung. Eine verbesserte Datengrundlage und vertiefte Forschung, insbesondere in den Bereichen Gebäudebestand, Mobilitätsplanung sowie Ernährungssicherheit, sind besonders wichtig für die Formulierung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Zudem ist die Entwicklung und Umsetzung von Ansätzen und Strategien notwendig, die strukturelle und kontextspezifische Rahmenbedingungen für klimafreundlichen Konsum angehen – im Gegensatz zu Strategien, die auf individualisierten Lösungen basieren und die Hauptverantwortung für die Transformation auf Haushalte verschieben.

Klimabewegung und -proteste

Unter Klimabewegung verstehen wir ein breites Netzwerk zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen

– von etablierten Umweltverbänden bis zu aktivistischen Zusammenschlüssen wie *Fridays for Future*, *Ende Gelände* oder der *Letzten Generation*. Die Bewegung agiert als kollektive Akteurin gesellschaftlicher Transformation: Sie kann öffentliche Aufmerksamkeit mobilisieren, Diskurse prägen und politischen Druck erzeugen, bleibt dabei aber auf günstige institutionelle und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Dynamik: Nach einer Aufbauphase in den 2000er-Jahren und ersten Mobilisierungswellen mit den Anti-Kohle-Protesten von *Ende Gelände* gewann die Bewegung ab 2018 mit *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion* an Schwung. Im Herbst 2019 erreichten die Klimaproteste ihren Höhepunkt mit der bis dahin größten Mobilisierung der Bundesrepublik. Nach einer pandemiebedingten Dämpfung fanden ab 2021 wieder mehr öffentliche Aktionen statt – zunehmend konfrontativ, etwa in Form von Hungerstreiks, Straßenblockaden oder Farbaktionen der *Letzten Generation*. Mit den Räumungsprotesten in *Lützerath* Anfang 2023 erreichte die Bewegung noch einmal ein breites Medienecho. Trotzdem wurde der Konflikt um das Dorf in der nordrhein-westfälischen Braunkohleabbaugebietes angesichts von Polizeigewalt und dem politischen Scheitern der Forderungen für viele Aktivist*innen zum emotionalen Wendepunkt und Auslöser für Strategiedebatten.

Seit unserem Bericht 2024 lässt sich eine Phase der Demobilisierung beobachten. Proteste und Teilnehmendenzahlen sind rückläufig, die mediale Präsenz hat stark abgenommen. Viele Aktivist*innen berichten von Erschöpfung, Repressionserfahrungen und Schwierigkeiten, neue Unterstützer*innen zu gewinnen. Zugleich haben Kriege, geopolitische Krisen und das Erstarken rechter Parteien die öffentliche Aufmerksamkeit von der Klimakrise abgelenkt. Unterdessen pluralisiert sich das Feld: Während *Fridays for Future* weiterhin auf Massenmobilisierung und politische Reformen setzt, verschieben andere Gruppen ihren Fokus – etwa hin zu kleineren direkten Aktionen oder der Idee von Bürger*innenräten wie bei den aus der *Letzten Generation* hervorgegangenen Gruppen Widerstandskollektiv und Neue Generation. Andere Gruppierungen lösen sich bewusst vom Appell an die Politik und beschäftigen sich verstärkt mit Fragen der Resilienz, sozialer Vorsorge angesichts gegenwärtiger und zukünftiger Krisen. Exemplarisch hierfür steht das erste *Kollaps-camp* im Sommer 2025: weniger Blockadepraxis, mehr politischer und emotionaler Lern-, Austausch- und Erprobungsraum, in dem ‚Kollaps-Akzeptanz‘, d.h. die Annahme, dass multiple Krisen nicht vollständig abwendbar sind, als Ausgangspunkt für neue Gerechtigkeitskämpfe diskutiert wurden. Diese Diversifizierung von Strategien, Zielgruppen

und Ausdrucksformen kann als Zeichen von Anpassungsfähigkeit verstanden werden, spiegelt aber auch eine Suche nach Orientierung und Legitimation in einem zunehmend schwierigen Umfeld wider.

Kontext: Die Dynamik der Klimabewegung ist eingebettet in eine zunehmend schwierige politische Gelegenheitsstruktur, die sich kennzeichnet durch verengte Handlungsspielräume, zunehmende staatliche Repressionen, sowie eine fragmentierte Aufmerksamkeit und gestärkte (rechte) Gegenkräfte. In der medialen Öffentlichkeit hat sich die Darstellung der Klimabewegung zunehmend von inhaltlichen Forderungen hin zu Kritik und Diffamierung verschoben. Die Aufmerksamkeit wird verstärkt von Kriegen, migrations-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Themen gebunden, was die Sichtbarkeit klimapolitischer Anliegen weiter geschmälert und auch innerhalb der Bewegung Ressourcen gebunden hat. Insbesondere die disruptiven Protestformen der *Letzten Generation* wurden in der medialen Berichterstattung sehr negativ dargestellt, was sich teils auch auf die Wahrnehmung der Bewegung insgesamt ausgewirkt hat.¹⁹ Was die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Klimabewegung betrifft, zeigen aktuelle Analysen zwar, dass die Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen insgesamt relativ stabil ist, es zeigen sich aber milieuspezifische und regionale Unterschiede und insgesamt ein Bedeutungsrückgang.

Bewertung: Insgesamt wirkt die Klimabewegung weiterhin **teilweise unterstützend** auf die Klimawende, allerdings aufgrund einer zurzeit abnehmenden Dynamik und eines schwierigen gesellschaftspolitischen Umfelds deutlich weniger als noch vor einigen Jahren.

Aktuell befindet sich die Klimabewegung in einer Phase der Kontraktion und strategischen Neuorientierung. Der öffentliche Druck, den sie entfalten kann, hat abgenommen, doch ihre strukturellen und kulturellen Wirkungen bleiben präsent: Sie hat weite Teile ihrer Generation politisiert, neue Ausdrucksformen des Engagements etabliert, normative Leitbilder wie Klimagerechtigkeit im öffentlichen Diskurs verankert, institutionelle Unterstützungsnetzwerke ausgebildet und sich in der Lancierung von Klimaklagen engagiert. Ihre Mobilisierung trug zur Entstehung neuer klimapolitischer Institutionen wie der Kohlekommission und dem Klimaschutzgesetz bei. Auch journalistisch und wissenschaftlich hat die Bewegung in der Form von neuen Klima-Ressorts, investigativen Recherchen und einem breiteren öffentlichen Diskurs über (globale) Verantwortung und Gerechtigkeit Spuren hinterlassen. Darüber hinaus vernetzen sich Aktivist*innen mit Gewerkschaften, Demokratie- und Antirassismusbewegungen (bspw. in der Kampagne #wirfahrenzusammen mit ver.di). Diese Allianzen

19 Hier ist also entgegen theoretischen Annahmen aus der Bewegungsforschung kein radikaler Flankeneffekt erkennbar, der davon ausgeht, dass disruptivere Aktionsformen einer Gruppierung innerhalb einer sozialen Bewegung die Unterstützung für als gemäßiger wahrgenommene Gruppen derselben Bewegung erhöhen können.

deuten darauf hin, dass sich Elemente der Bewegung in andere gesellschaftliche Felder hinein verlagern, auch wenn die Protestdichte abnimmt. Für die künftige Wirkmächtigkeit der Bewegung sind vermutlich weniger spektakuläre Großmobilisierungen als neue, kollektiv identitätsstiftende Visionen, das Aufzeigen gesellschaftlicher Alternativen, belastbare Allianzen über Milieus hinweg, die rechtlich-politische Abwehr von Repression, eine gesicherte Ressourcenbasis sowie die Verknüpfung neuer Beteiligungsformen mit klassischen Protestformen entscheidend. Ob die Bewegung künftig wieder an Einfluss gewinnt, hängt einerseits wesentlich von dem Schutz zivilgesellschaftlicher Freiheitsrechte ab, andererseits von ihrer Fähigkeit, neue gesellschaftliche Gruppen zu erreichen. Eine demokratische Klimawende braucht Räume für Protest und Partizipation. Werden diese gesichert und gelingt es der Bewegung, ihre Vielfalt als Stärke zu nutzen, kann sie erneut zu einer wichtigen Impulsgeberin werden.

Klimaklagen

Klimaklagen sind in den letzten Jahren durch mehrere Erfolge verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt. Darunter verstehen wir Rechtsverfahren, die sich primär mit Fragen des Klimawandels und des Klimaschutzes befassen.²⁰

Darunter fallen einerseits Verfahren, die unmittelbar oder mittelbar auf die Durchsetzung von Klimaschutz, die Anerkennung von Klimagerechtigkeit oder den Stopp klimaschädlicher Aktivitäten zielen. Dies umfasst sowohl Klagen gegen den Staat wegen unzureichender Maßnahmen oder klimaschädlicher Infrastrukturen als auch Verfahren gegen Unternehmen, in denen Haftung für Emissionen oder die Unterlassung irreführender Werbung gefordert wird. Häufig von Umweltverbänden unterstützt, verbinden solche Klagen juristische mit gesellschaftspolitischen Zielen und nutzen Gerichtsverfahren auch als Mittel der Rechtsfortbildung und öffentlichen Sensibilisierung. Damit sind Klimaklagen zugleich juristische und kommunikative Akte, die auf rechtlicher, politischer und symbolischer Ebene auf die Transformation wirken. Neben diesen auf Klimaschutz gerichteten Verfahren fassen wir im Kontext des Treibers andererseits auch Klagen, die andere Umweltschutznormen gegen Klimaschutz in Stellung bringen (sog. „Grün-gegen-Grün“-Klagen) oder sich explizit gegen Klimaschutzmaßnahmen oder Klimaaktivist*innen wenden. Zur Untersuchung von Klimaklagen in Deutschland wurde erstmals eine umfassende, öffentliche Datenbank geschaffen.

Dynamik: Weltweit haben sich seit Mitte der 2010er Jahre Zahl, Vielfalt und geographische Ausbreitung von Klimaklagen stark erhöht. In Deutschland lässt sich ab 2021 eine deutliche Zunahme der Klageaktivität beobachten, die 2022 ihren Höhepunkt erreichte und seither auf hohem Niveau verharrt. Inzwischen bilden Klimaklagen einen festen Bestandteil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Klimapolitik und Unternehmensverantwortung. Die mit 34 Fällen seit 2023 zahlreichsten und auch erfolgreichsten Verfahren liegen im Bereich *Climate-Washing* gegen irreführende Werbung. Das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs gegen Katjes (2024) gilt hier als wegweisend. Die zweitgrößte Kategorie betrifft Klagen gegen staatliche Rahmenbedingungen (16 Fälle), darunter die „Zukunftsklage“ gegen die Abschwächung des Bundes-Klimaschutzgesetzes mit über 54 000 Unterzeichner*innen. Kaum Erfolge gibt es bislang bei Klagen auf höhere Ambition, da Gerichte dem Gesetzgeber einen weiten Ermessensspielraum zubilligen. In der Kategorie Integration von Klimaaspekten (10 Fälle) wurden drei Klagen gegen neue LNG-Terminals mit Verweis auf das öffentliche Interesse an Versorgungssicherheit abgewiesen. Ein wichtiges Signal setzte das Bundesverwaltungsgericht (2025), das den Planfeststellungsbeschluss zur Autobahn A26-Ost teilweise für rechtswidrig erklärte, weil Klimabelange unzureichend berücksichtigt wurden. Auch unternehmensspezifische Verfahren (5 Fälle) und Klagen im Bereich ESG-Aktivismus im Aktienrecht (keine Fälle seit 2023) blieben bislang ohne Erfolg. Ausnahme bildet der *Fall Saul Luciano Lliuya v. RWE*: Zwar wurde die Klage letztlich abgewiesen, doch das Urteil bestätigte grundsätzlich die Möglichkeit, große Emittenten nach deutschem Zivilrecht anteilig für Klimaschäden haftbar zu machen.

Darüber hinaus nehmen „Grün-gegen-Grün“-Klagen (14 Fälle) zu, die Konflikte zwischen Natur- und Klimaschutz sichtbar machen, ebenso wie Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen (8 Fälle), die auf eine zunehmende Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements hindeuten.

Kontext: Klimaklagen entfalten sich in einem komplexen rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Zentral ist der Zugang zu Gerichten: Während Verbandsklagen durch die Aarhus-Konvention und das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz gestärkt wurden, bestehen für Einzelpersonen weiterhin hohe Hürden. Forderungen nach Einschränkungen des Verbandsklagerechts durch die neue Bundesregierung könnten den Zugang zur Justiz und die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft erheblich beschneiden.

Positiv wirken neue europäische Regelungen: Die Anti-SLAPP-Richtlinie (2024) schützt Aktivist*innen vor missbräuchlichen Klagen, und die

20 Durch diese weite Definition grenzt sich diese Treiberanalyse von unserer letztjährigen Analyse sowie der globalen Treiberanalyse im Hamburg Climate Futures Outlook ab, in der nicht auf Klimaschutz ausgerichtete Verfahren unter anderem als hemmende Kontextbedingungen analysiert werden (Zengerling et al. 2024).

Empowering-Consumers-Richtlinie (2024) verbietet irreführende Umweltwerbung. Demgegenüber schwächen das EU-Omnibus-Paket und das Aufweichen der Sektorziele im Bundes-Klimaschutzgesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Besonderes Gewicht hat auch eine Reihe richtungsweisender internationaler und nationaler Gerichtsentscheidungen. Auf internationaler Ebene markieren das EGMR-Urteil im Fall KlimaSeniorinnen v. Schweiz (2024) sowie die Gutachten des ITLOS, IAGMR und IGH (2024–2025) Meilensteine: Sie verankern Klimaschutz als menschenrechtliche Pflicht der Staaten und stärken damit Verfahren vor nationalen Gerichten. In Deutschland bleibt der Klimabeschluss des BVerfG von 2021 der wichtigste Bezugspunkt. Das Gericht erkannte Klimaschutz als verfassungsrechtliche Staatsaufgabe, die im Interesse künftiger Generationen „freiheitsschonend“ umzusetzen ist, und die Beschwerdebefugnis auch für Kläger*innen außerhalb Deutschlands an. Darüber hinaus haben das Katjes-Urteil und das RWE-Verfahren den Handlungsspielraum für künftige Unternehmensklagen erweitert, indem sie sowohl rechtliche Maßstäbe für glaubwürdige Klimakommunikation von Unternehmen als auch für potenzielle zivilrechtliche Haftung etablierten.

Wissenschaftliche Fortschritte in der Attributionsforschung, die Berichte des internationalen Klimarats IPCC und die regelmäßigen Prüfberichte des Expertenrats für Klimafragen bilden wichtige Wissensgrundlagen für Gerichte. Juristische Netzwerke wie *Lawyers for Future* und *Green Legal Impact* erweitern die Expertise und erleichtern den Zugang zu strategischer Prozessführung – auch wenn die Kapazitäten dieser Unterstützungsnetzwerke in Deutschland bislang im internationalen Vergleich begrenzt bleiben.

Gesellschaftlich ist die Resonanz nach wie vor hoch: Die Berichterstattung über Klimaklagen ist überwiegend positiv, und Verfahren wie die „Zukunftsklage“ finden breite Unterstützung. Gleichzeitig beobachten wir die Verdrängung von Klimathemen durch andere Krisen, eine wachsende Konflikthaftigkeit von Klimadebatten, und Angriffe auf Umweltverbände, die mittelfristig auch die gesellschaftliche Legitimation von Klimaklagen untergraben könnten.

Bewertung: Klimaklagen wirken derzeit **überwiegend unterstützend** auf die Klimawende in Deutschland.

Klimaklagen schaffen rechtliche Klarheit, erzwingen Nachbesserungen von Politik und Verwaltung und setzen normative Standards – etwa zu Transparenzpflichten und Werbeaussagen. Ihre Wirkung entfaltet sich sowohl direkt, durch Urteile und deren Umsetzung, als auch indirekt über Diskurse, Medien und politisches Agenda-Setting. Seit 2023 wird in Bundestagsdebatten und Medien häufig auf den Klimabeschluss des BVerfG Bezug genommen – ein Indiz für seine anhaltende Deutungsmacht.

Begrenzt bleibt die Wirkung, weil Klimaklagen innerhalb bestehender Rechtsrahmen operieren und bisher vor allem in bestimmten Kategorien – insbesondere Climate-Washing und staatliche Rahmenbedingungen – erfolgreich sind. Die Umsetzung von Urteilen erfolgt oft schleppend, und politische Gegenreaktionen, etwa die Aufweichung rechtlicher Pflichten, nehmen zu. Parallel steigt die Zahl der Verfahren, die sich gegen Klimaschutz richten.

Insgesamt nimmt die Bedeutung von Klimaklagen als *antizyklischem Treiber* zu: Sie kompensieren politische Stagnation, halten Ambitionsniveaus aufrecht und übersetzen gesellschaftlichen Druck in rechtliche Prozesse. Ihre Zukunft hängt jedoch entscheidend von der Unabhängigkeit der Justiz, der Wahrung zivilgesellschaftlicher Rechte und der Beständigkeit internationaler Rechtsnormen ab. Sollten diese Voraussetzungen bestehen bleiben, wird der Treiber Klimaklagen auch künftig eine zentrale Rolle für die deutsche Klimawende spielen – als juristischer Katalysator in Zeiten politischer Abschwächung. Langfristig steigt jedoch das Risiko eines Backlash, wenn Gerichte der Politik „zu weit“ vorausgehen und als politische Akteure wahrgenommen werden.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs, Marie Volk

Tabelle 1. Synthese der Treiberanalysen

Treiber	Beschreibung	Dynamik	
Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen	Der Treiber umfasst politische und rechtliche Maßnahmen zur Emissionsminderung, Klimaschutzrelevante Regulierungen in anderen Politikbereichen und klimapolitische Kommunikation durch Regierung und Parlamente in Deutschland und der EU.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Existierende Rahmengesetzgebung ▶ Förderung erneuerbarer Energien ◀ Stillstand bei Verkehr und Gebäuden ◀ (Angekündigte) Rücknahme wichtiger Regelungen ◀ Fehlendes soziales Korrektiv beim Klimaschutz 	
Globale Klimagovernance	Der Treiber umfasst globale Koordinationsversuche, internationale Verhandlungen und transnationale Kooperationen im Rahmen der Klimarahmenkonvention und anderer sektoraler Abkommen, sowie private Initiativen und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen auf Klima-COPs.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Abkommen zur Emissionsminderung in der internationalen Schifffahrt ▶ Mediale und politische Aufmerksamkeit für COP30 ◀ Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ◀ fehlende oder ambitionslose Klimapläne (NDCs) ◀ unzureichendes globales Ziel zur Klimafinanzierung 	
Kommunaler Klimaschutz	Der Treiber umfasst Maßnahmen, Initiativen und Prozesse auf kommunaler Ebene, die auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet sind, oder für das Erreichen dieses Zieles direkte Relevanz besitzen. Die gesellschaftliche Einbettung stellt einen zentralen Aspekt der Treiberdynamik dar.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Aufbau kommunaler Kapazitäten (Klimaschutz-Konzepte, Personal) durch Bundes- & Landesförderung ▶ Zunahme kommunale Wärmeplanung ▶ Schub bei Klimaanpassung mit Synergien zu Klimaschutz ◀ Mobilitätswende stockt ◀ Bisher mangelnde Umsetzung der Wärmewende 	
Unternehmenshandeln	Der Treiber umfasst alle administrativen, kommunikativen und anwendungsbezogene Handlungen von Firmen, die darauf ausgerichtet sind, Treibhausgase zu reduzieren und die Klimawende voranzubringen, oder aber im Gegenteil die Dekarbonisierung zu verzögern oder bewusst zu blockieren. Es werden die Sektoren Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Industrie (insbes. Automobil) untersucht	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Abbau fossile Kapitalstock und Aufbau nicht-fossiler Kapitalstock in Energiewirtschaft ▶ Gesamtvolumen Klimaschutzinvestitionen steigt ◀ Kaum Fortschritte im Automobil- und Agrarsektor ◀ Emissionsreduktion in der Industrie stark konjunkturabhängig 	

Kontextbedingungen	Bewertung	Handlungsoptionen
<ul style="list-style-type: none"> ● Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien ● Schuldenpaket mit Klimaschutzkomponente ● Krise der Klimabewegung ● Regierungskoalition ohne klimapolitisches Profil ● Rollback in den USA ● Steigender Energiebedarf durch Aufrüstung, Digitalisierung, KI ● Abnahme medialer Resonanz 	<p><i>Der Treiber wirkt teilweise unterstützend für die Klimawende, aber aktuell nicht stark genug für ein Einhalten der Klimaziele.</i></p> <p>Existierende Ziele und Regelwerke wirken weiter unterstützend. Dennoch erwarten wir eine Vergrößerung bestehender Umsetzungslücken.</p> <p>Insgesamt steigt das Risiko für Blockade- und Eskalationskaskaden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Zivilgesellschaft</u>: COP30 in Belém und Klimaschutzprogramm als Fenster nutzen • Regeln zur Klimaschutzkomponente im Schuldenpaket thematisieren • <u>Politik</u>: Sozialen Ausgleich für Klimapolitik („Klimageld“), insb. ETS-2, planen Stärkung institutioneller Kapazität (Sektorenziele, frühe Nachsteuerungspflicht)
<ul style="list-style-type: none"> ● Stark fallende Kosten für Solar PV, Batterien und E-Autos ● Erstmals Emissionsrückgang trotz Wachstum in China ● COP-Präsidentschaft Brasiliens ● Kriege und Spannungen ● Aufstieg rechtsautoritärer und ökologiekritischer Bewegungen ● US-Rollback in Klimaschutz und -Wissenschaft ● Boom künstlicher Intelligenz 	<p><i>Der Treiber wirkt teilweise unterstützend für die deutsche Klimawende, trägt aber weniger als zuvor zur Koordination bei.</i></p> <p>Der institutionelle Rahmen des Pariser Abkommens besteht fort, verliert aber an Steuerungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Wirkung des Treibers nimmt daher in den letzten Jahren kontinuierlich ab.</p> <p>Dennoch profitiert die Klimawende weiterhin von der Orientierung an den Pariser Zielen, der Koordinierung im Rahmen der EU-Delegation, und der medialen Aufmerksamkeit durch jährliche Klima-COPs.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Zivilgesellschaft</u>: COP30 als Gelegenheit für zivilgesellschaftliche Vernetzung • <u>Politik</u>: COP30 als Gelegenheit für Nord-Süd Initiativen zur globalen Finanzarchitektur • US-Rückzug bietet Chancen für neue klimapolitische Ansätze (z. B. Fossil Fuel Non Proliferation Treaty) • Just Energy Transition Partnerships ausbauen zu Partnerschaften auf Augenhöhe
<ul style="list-style-type: none"> ● Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes bieten Orientierung ● Schuldenpaket mit 100Md für Länder und 100Md für Klima ● positive Preisentwicklung bei Erneuerbaren ● neue Handlungsspielräume durch Wärmeplanung ● Abnehmende gesellschaftliche Resonanz ● Politische Unsicherheit ● Unzureichende Finanzierung 	<p><i>Der Treiber kommunaler Klimaschutz wirkt überwiegend unterstützend für die Klimawende, allerdings noch nicht in dem Maße, wie es für ein Erreichen der deutschen Klimaziele erforderlich wäre.</i></p> <p>Kommunaler Klimaschutz wurde in den letzten Jahren ausgebaut, lokale Initiativen und Bündnisse gegründet. Diese positive lokale Dynamik erscheint (noch) als bemerkenswert resilient. Durch die lokale Ebene könnte die Klimawende eine gewisse Dynamik in der Umsetzung beibehalten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Lokal</u>: Erneuerbare nach ‚Raiffeisenprinzip‘ ausbauen • Kooperationen zwischen Verwaltung und lokalen Initiativen ausbauen • Länder & Bund: Langfristige und stabile Förderstrukturen • Klare politische Kommunikation zu Zielen & Maßnahmen • Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern • Umsetzung von EU Energy sharing directive für lokale Wertschöpfung
<ul style="list-style-type: none"> ● Verschärfung EU ETS 1 ● Einführung EU ETS 2 ● Erhöhte Unsicherheit in der politischen Regulierung (EU & national) ● Fossile Subventionen/ Rücknahme Agrardiesel ● Korporatistische Verflechtungen in Agrar- und Automobilssektor ● LNG-Infrastruktur und neue Gaskraftwerke 	<p><i>Der Treiber wirkt ambivalent auf die Klimawende, da widersprüchliche Dynamiken in verschiedenen Sektoren und Unternehmensgrößen beobachtbar sind.</i></p> <p>Der Treiber trägt durch die starke Dynamik im Energiesektor bisher teilweise zur Dekarbonisierung bei. Stillstand in anderen Sektoren und ein schwieriger werdender Kontext deuten nicht darauf hin, dass sich der Beitrag des Treibers erhöhen wird.</p> <p>Mittelfrist bestehen Risiken für die Dynamik bei einer Einführung des EU-ETS 2 ohne sozial flankierende Maßnahmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Unternehmen</u>: Einfluss über Verbände nutzen • Überprüfbare Ziele und konkrete Maßnahmen • <u>Politik & Zivilgesellschaft</u>: Abbau fossiler Subventionen • Regulatorische Pfade beibehalten bzw. verteidigen • Re-Privatisierung von Uniper als Chance für Klima-Umbau • <u>Politik</u>: Institutionalisierte Interessenvermittlung zur Konflikt-Aushandlung • Sozialverträgliche Umsetzung von EU ETS 2

Tabelle 1. (Fortsetzung von vorheriger Doppelseite)

Treiber	Beschreibung	Dynamik
Veränderung von Konsummustern	Der Treiber umfasst emissionsrelevante Veränderungen in Konsummustern in vier Sektoren: Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung. Konsum verstehen wir dabei als die soziale Praxis der Nutzung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen, die in routinierte Handlungsweisen, kulturelle Bedeutungen und materielle Infrastrukturen eingebettet ist.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Erneuerbare Energien ▶ Effizienz durch Innovationen ▶ Marktanteil von Ökostromtarifen steigt ▶ Rückgang bei Fleisch und Frischmilchprodukten ◀ Steigender Konsum ◀ Dominanz von technisch-ökonomischen Lösungen ◀ Kaum Sektorenkopplung ◀ Wohnraum als Kapitalanlage ◀ Steigerung Pkw-Bestand, Flugverkehr, Privatjets
Klimabewegung	Der Treiber umfasst die Klimabewegung und ihre Protestpraktiken. Als Klimabewegung bezeichnen wir ein loses Netzwerk an unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Professionalisierung und Vernetzung innerhalb der Bewegung und darüber hinaus ◀ Rückgang der Proteste seit Lützerath, u.a. wegen Kapazitätsgrenzen und Polizeigewalt ◀ Gegeneskalation durch rechte Kräfte
Klimaklagen	Der Treiber umfasst Gerichtsverfahren und rechtliche Strategien mit deutlichem Klimabezug. Darunter fallen in erster Linie Verfahren, die mit dem Ziel angestrengt werden, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Klimagerechtigkeit herzustellen. Darüber hinaus betrachten wir auch Klagen, die Umweltschutznormen gegen Klimaschutz in Stellung bringen oder sich gegen Klimaschutzmaßnahmen wenden.	<ul style="list-style-type: none"> ▶ starke Zunahme der Klagetätigkeit seit 2021 ▶ Zahlreiche erfolgreiche Klagen in den Bereichen Climate-Washing und staatliche Rahmenbedingungen ▶ Erfolge bei Klagen zur Integration von Klimaaspekten ◀ Verfahren gegen Unternehmen bislang nicht erfolgreich ◀ „Grün-gegen-Grün“-Klagen deuten auf Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz hin ◀ Zunahme von Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen

Tabelle 1. Synthese der Treiberanalysen.

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ●

Kontextbedingungen	Bewertung	Handlungsoptionen
<ul style="list-style-type: none"> ● Klimaziele, Rahmengesetze und Instrumente zur Umsetzung ● Grundsätzliche Unterstützung für Klima, nachhaltiger Konsum ● Machtstrukturen, konsumorientierte Normen und ‚imperiale Lebensweisen‘ verfestigen fossile Energien und Konsum ● Kein konsistentes politisches Gesamtkonzept für Konsum ● Mangel an stabilen Mehrheiten für Klimaschutz, Bedeutungsverlust durch Backlash ● steigende Armut, soziale Ungleichheit und Abstiegsängste ● Verhaltensänderungen als politisches Reizthema 	<p><i>Der Treiber wirkt verhindernd auf die Klimawende und verringert gegenwärtig die Plausibilität des Erreichens der Klimaziele.</i></p> <p>Die Dynamik dieses gesellschaftlichen Treibers deutet auf inkrementelle Veränderungen in Richtung Klimaneutralität hin, welche durch Gegenbewegungen und gegenläufige Dynamiken kompensiert werden.</p> <p>Es sind bislang keine tiefgreifenden Trendumkehrungen bzw. Umstellung auf klimafreundliche Konsummuster zu beobachten, was die Plausibilität der Klimawende verringert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Politik: Umsetzung strukturell orientierter klimabezogener Regulierungen, politischer Instrumente und Infrastrukturentscheidungen • Sozial ausgewogene finanzielle und steuerliche Anreize (z. B. Klimageld, ökologischer Mietspiegel) • Zivilgesellschaft, Wissenschaft & Politik: Integrierte und intersektionale Lösungsansätze, die Strukturen betonen statt die individuelle Ebene. • Wissenschaft & Politik: Verbesserte Datengrundlagen zu Gebäudebestand, Mobilitätsplanung, Ernährungssicherheit
<ul style="list-style-type: none"> ● Gut institutionalisierte Umweltbewegung ● Anhaltende gesellschaftliche Resonanz für Klima ● Einschränkung von Handlungsspielräumen (rechtlich, strafrechtlich, polizeilich, finanziell) ● Wachsende Konflikthaftigkeit, Kritik und rechte Mobilisierung ● Konjunktur anderer Themen 	<p><i>Insgesamt wirkt die Klimabewegung weiterhin teilweise unterstützend auf die Klimawende, allerdings deutlich weniger als noch vor einigen Jahren.</i></p> <p>Insbes. die Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume und die Konjunktur anderer Themen bewirken, dass die Klimabewegung aktuell deutlich weniger Einfluss geltend machen kann als zu ihren Hochzeiten. Auch im Vergleich zu unserem letzten Bericht ist der Einfluss weiter zurückgegangen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bewegung: Strategische Neuausrichtung bietet Möglichkeit für Verbindung von Klimaschutz mit anderen Themen (issue-linkage). • Politik: Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (u. a. Versammlungsrecht, Gemeinnützigkeit, Entkriminalisierung, Verhältnismäßigkeit bei polizeilichen Maßnahmen)
<ul style="list-style-type: none"> ● Intern. Gerichte betrachten Klimaschutz als Menschenrecht (KlimaSeniorinnen, Gutachten IAGMR) und Verpflichtung für Staaten (Gutachten ITLOS, IGH) ● ERK-Prüfberichte, Fortschritte Attributionsforschung ● Wegweisende Entscheidungen („Klimabeschluss“, „Katjes“-Urteil zu Climate-Washing) ● Haftung von Unternehmen grundsätzlich möglich (RWE-Fall) ● Aufweichen deutscher und europäischer Klimarechtsnormen ● Pläne zur Einschränkung des Verbandsklagerechts 	<p><i>Der Treiber wirkt überwiegend unterstützend für die Klimawende in Deutschland.</i></p> <p>Beschränkt bleibt die Wirkung dadurch, dass Klimaklagen grundsätzlich im existierenden Rechtsrahmen argumentieren, bisher nur bestimmte Klagetypen erfolgreich sind, und die Umsetzung von Urteilen komplex ist. Zu beobachten ist auch ein leichter Anstieg an Klagen gegen Klimaschutz und eine Aufweichung von Klimaschutznormen.</p> <p>Klimaklagen wirken antizyklisch und ihre zentrale Rolle für die Klimawende dürfte in Zukunft tendenziell zunehmen, insb. im Falle eines Verfehlens der Klimaziele.</p> <p>Langfristig steigt aber auch das Backlash-Risiko, wenn Gerichte der Politik ‚zu weit‘ voraus sind.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Politik: Verbandsklagerecht aufrechterhalten und ausbauen • Klimabewegung & Politik: Zentrale Klimaschutznormen beibehalten bzw. verteidigen • Zivilgesellschaft: Transnationale Unterstützungsnetzwerke ausbauen • Finanzierung von Klimaklagen stärken • Klageführende: Bei der Wahl von Klagestrategien und Fällen auch Fragen der gesellschaftlichen Resonanz miteinbeziehen

3.4

Wechselwirkungen

Unsere analytische Einteilung der gesellschaftlichen Dynamiken in unterschiedliche Schlüsselprozesse oder „Treiber“ bedeutet nicht, dass keine Interaktionen zwischen diesen Prozessen bestehen. Im Gegenteil: Unser Modell gesellschaftlichen Wandels geht davon aus, dass erst eine Verdichtung der Verflechtungen zwischen Treibern – im Sinne einer gegenseitigen Verstärkung positiver, also ermöglichender Wechselwirkungen – eine umfassende Transformation in Gang setzen kann. Umgekehrt können jedoch auch hemmende Rückwirkungen zwischen Treibern die Klimawende bremsen oder sogar zu Blockaden führen.

Um diese Verflechtungen sichtbar zu machen und ihre Entwicklung über die Zeit zu verfolgen, untersuchen wir in den Treiberanalysen systematisch auch die Wechselwirkungen zwischen den Schlüsselprozessen. Diese können stark institutionalisierte Formen annehmen – etwa wenn das Pariser Klimaabkommen die regelmäßige Vorlage nationaler Klimapläne vorsieht oder wenn größere Unternehmen im Rahmen der EU-Corporate-Sustainability-Reporting-Directive über ihre Klimaziele, Treibhausgasemissionen und ihren Energieverbrauch berichten müssen. Der Einfluss kann aber auch punktueller und weniger formell sein, etwa wenn die Klimabewegung durch Aktionen und Mobilisierungswellen Druck auf die deutsche und europäische Politik ausübt oder wenn globale Governance-Prozesse in Form von Formulierungen in Verträgen oder COP-Entscheidungen diskursive oder rechtliche „Ressourcen“ für Bewegungen und Klimaklagen bereitstellen.²¹

Die Ergebnisse unserer Analyse sind in Tabelle 2 dargestellt. Die Tabelle führt zunächst stichwortartig die zentralen Wechselwirkungen auf und bewertet anschließend – auf Grundlage der Treiberanalysen – die jeweiligen Einflüsse der Treiber aufeinander auf einer Skala von stark hemmend (rot) bis stark ermöglichend (grün). Die Einschätzungen beruhen auf einer qualitativen Abwägung unterschiedlicher, teils widersprüchlicher Einzeltrends für jede Wechselwirkung und jede Wirkungsrichtung.

Einen zentralen Knotenpunkt im Beziehungsgeflecht der Treiber bildet die deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen, die nahezu alle anderen Prozesse beeinflusst – von kommunalem Handeln über Unternehmensstrategien bis hin zu Protestbewegungen und Klagen. Sie schafft rechtliche,

finanzielle und kommunikative Bedingungen, die den Handlungsspielraum anderer Akteur*innen strukturieren. Umgekehrt üben soziale Bewegungen, strategische Klagen und öffentliche Diskurse – vermittelt über Medien und gesellschaftliche Resonanz – Druck auf politische Prozesse aus.

Die globale Klimagovernance bildet den normativen und symbolischen Rahmen für eine Reihe der untersuchten Schlüsselprozesse. Internationale Abkommen – vor allem das Pariser Klimaabkommen – strukturieren nationale Politiken, setzen Vergleichsmaßstäbe und erzeugen Erwartungsdruck. Ihre indirekten Wirkungen verlaufen über Prozesse wie NDCs, COP-Beschlüsse oder multilaterale Initiativen, die nationale Diskurse, Medienaufmerksamkeit und Investitionsentscheidungen synchronisieren.

Die kommunale Klimapolitik fungiert als Übersetzungsinstanz: Sie verbindet nationale Zielvorgaben mit lokaler Umsetzung und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Hier verdichten sich Verknüpfungen zwischen staatlicher Steuerung, zivilgesellschaftlicher Trägerschaft durch Bündnisse und Bewegungen sowie unternehmerischer Investitionstätigkeit, etwa im Bereich der Energieunternehmen.

Unternehmenshandeln und Konsummuster stehen in enger Wechselwirkung und bilden gemeinsam eine Schnittstelle zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Treibern. Politische Rahmenbedingungen, CO₂-Bepreisung, Rechtsnormen und öffentliche Erwartungshaltungen schaffen Anreize oder Hemmnisse für die Dekarbonisierung in Unternehmen. Gleichzeitig beeinflusst unternehmerisches Verhalten – etwa durch Innovationsstrategien, Lobbying oder korporatistische Marktstrukturen – die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für Klimapolitik. Informationen aus Nachhaltigkeitsberichten schaffen Wissensgrundlagen für Investor*innen, Politik und Zivilgesellschaft. Unternehmen werden zudem zunehmend selbst zu Adressaten von Klimaklagen, die Verantwortlichkeiten klären und Haftungsrisiken erhöhen sollen. Konsum steht in wechselseitiger Beziehung zu Produktionsstrukturen und Regulierung: Politische Maßnahmen und Unternehmensangebote strukturieren Konsummöglichkeiten und Konsumentscheidungen, während Nachfrageverschiebungen wiederum Märkte und Unternehmensstrategien verändern. Konsum fungiert zugleich als Resonanzfeld gesellschaftlicher Zustimmung zu

21 Dieses Verständnis der Wechselwirkung zwischen Treibern als Austausch von Ressourcen stammt aus der globalen Analyse des Hamburg Climate futures Outlook (Aykut, Wiener et al. 2021) und wurde in zwei kürzlich veröffentlichten Artikeln zu Klimaklagen angewandt und weiterentwickelt (Aykut et al. 2024, Zengerling et al. 2024).

Umwelt- und Klimaschutz – etwa in Form (un)nachhaltiger Konsumtrends – und als Konfliktfeld sozialer Ungleichheit.

Klimabewegung und Klimaklagen wirken als zentrale Triebfedern des Wandels in anderen Schlüsselprozessen, indem sie normative, rechtliche und diskursive Impulse in das System einspeisen. Die Klimabewegung mobilisiert gesellschaftlichen Druck, erzeugt Öffentlichkeit und beeinflusst Politik und Unternehmen indirekt über Protest, Medien und Allianzen. Klimaklagen übersetzen gesellschaftliche Konflikte in juristische Verfahren; sie können bestehende Rechtsnormen verschärfen, neue Maßstäbe setzen und langfristig institutionelle Pfade verändern – etwa durch die Neudefinition von Haftungsrisiken oder durch Anpassungen der Klimagesetzgebung.

Insgesamt ergibt sich ein komplexes Muster aus institutionellen Rückkopplungen und punktuellen Ressourcenaustausch zwischen Treibern, von dem gegenwärtig jedoch keine entscheidenden, übergreifenden Impulse für die Transformation ausgehen oder zu erwarten sind. Viele Wechselwirkungen zeigen sich derzeit ambivalent oder nur schwach positiv. Einige – insbesondere jene zwischen Unternehmenshandeln und Konsum sowie der Einfluss des Konsums auf die deutsche Klimapolitik – wirken klar hemmend. Hier bestehen Blockaden, die im Sinne einer erfolgreichen Klimawende gezielt entschärft und überwunden werden müssten.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalvez Gresse, Lukas Hüppauff

Tabelle 2. Beobachtete Wechselwirkungen zwischen Treibern

Einflussrichtung →	Deutsche Klimapolitik im EU Rahmen	Globale Klimagovernance	Kommunaler Klimaschutz	
Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen		Nationale Klimapläne (NDCs) EU und Deutschland in UNFCCC-Verhandlungen Bilaterale und plurilaterale Kooperationen (JETPs)	Rahmengesetzgebung verankert Ziele Finanzierung über Förderprogramme und Subventionen Politische Kommunikation Ermöglichung lokaler Wertschöpfung (bspw. energy sharing) und alternativer Wirtschaftsformen (bspw. Bürgerenergie)	
Globale Klimagovernance	Globale Klimaziele des Paris Abkommens Synchronisierung von Politikprozessen Reportingmechanismus COP Entscheidungen als „Signale“ für Politik		Umsetzung globaler Ziele und Emissions-Reporting über Städtenetzwerke COPs als Arena zur Vernetzung und Selbstdarstellung für subnationale Akteure	
Kommunaler Klimaschutz	Maßnahmenumsetzung Einflussnahme durch kommunale Netzwerke und Verbände	Einflussnahme durch Städtenetzwerke wie C40, ICLEI		
Unternehmenshandeln	Lobbyismus durch Verbände, in Parlamenten und Ministerien Fossile oder klimafreundliche Innovationen eröffnen oder schließen politische Möglichkeitsräume	Lobbyismus durch Repräsentation auf COPs Technologische Innovationen eröffnen neue Möglichkeitsräume (bspw. Allianzen zu Solarenergie)	Lobbyismus auf lokaler Ebene Kooperation / Kooperative Einbindung (PPP) Energieversorgungsunternehmen und Wohnungsgesellschaften ermöglichen oder blockieren die Transformation	

	Unternehmenshandeln	Konsum	Klimabewegung	Klimaklagen
	Rahmengesetze (KSG) Regulierung (bspw. Emissionswerte) Regeln für Transparenz und Reporting (EU-Taxonomie) Subventionen (bspw. Contracts for Difference) Impulse und Vorgaben zur Sektorenkopplung	Rechtliche und politische Instrumente Pol. Kommunikation und Kampagnen Labels und Kennzeichnungen Subventionen Bereitstellung von Infrastruktur (bspw. Fernstraßen, Schienen)	Rahmengesetze schaffen Momente für Agenda-Setting und Mobilisierung Pol. Entscheidungen als Anlass für Protest Pol. Kommunikation prägt Diskurse und Resonanz Gewährleistung von Grundrechten, bzw. polizeiliche Maßnahmen und Strafverfolgung	Grundlegende Rechtsnormen eröffnen Klagemöglichkeiten und Zugang zur Justiz (bspw. Verbandsklagerecht) Klimarechtliche Normen und Gesetze Regierungshandeln bzw. -nichthandeln als Anlass für Klagen
	Net Zero Norm und Standards COP Entscheidungen als „Signale“ für Investments COP als Arena zur Selbstdarstellung von Unternehmen	Globale Klimagovernance prägt globale Signale, Diskurse und Narrative	COPs als mediale Ereignisse, die Aufmerksamkeit bündeln (bspw. COP in Belém) COPs als Arenen für Vernetzung der Klimabewegung	Internat. Verträge und Entscheidungen als normative Grundlagen für Klagen vor nationalen Gerichten Internat. Gerichte als Normsetzungsinstanzen
	Vorgaben und Planung (bspw. Wärmeplanung) Einfluss auf kommunale Unternehmen, z.B. Stadtwerke Kooperationen (PPPs)	Bereitstellung von Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Radwege) Informationsangebote	Formale Partizipationsprozesse und informelle Räume für Beteiligung	Kommunen als Klagende (bspw. in den USA) Zukünftig: Kommunale Untätigkeit als Anlass für Verfahren?
		Kommunikation / Werbung Bereitstellung von klimaschädlichen/ -freundlichen Produkten	Unternehmerische Entscheidungen als Anlass für Protest Kooptation von Bewegungsakteuren SLAPPs und mediale Angriffe auf Aktivist*innen	Nicht-finanzielle Berichterstattung (ESG Reporting) erweitert Datengrundlage Unternehmensentscheidungen als Anlass für Klagen Vorgehen gegen Klimaregulierungen

Tabelle 2. (Fortsetzung von vorheriger Doppelseite)

Einflussrichtung →	Deutsche Klimapolitik im EU Rahmen	Globale Klimagovernance	Kommunaler Klimaschutz	
Konsum	Wohlstandsvorstellungen und Wachstumszwang	„Staging“ klima-freundlicher Produkte auf COPs (bspw. bei den Global Climate Action Awards)	Nachfrage nach Infrastrukturen (bspw. Straßen, Schiene, ...)	
Klimabewegung	Mobilisierungen pro/contra Klima üben Druck auf Politik aus Zivilgesellschaftliche Allianzen unterstützen und legitimieren politische Initiativen Kampagnen setzen neue Themen oder Frames	Protest auf COPs übt Druck auf Verhandler*innen aus NGOs legitimieren internationale Organisationen Themensetzung und -Integration (framing, issue linkage)	Druck auf lokale Entscheidungsträger*innen Partizipation und Legitimation von kommunalen Entscheidungsprozessen Themensetzung und -Integration Lokale Initiativen und Reallabore	
Klimaklagen	Themensetzung und Druck auf politische Prozesse durch (erfolgreiche) Klagen Klagen beeinflussen mediale Berichterstattung, und -Framing	Klagen prägen Narrative von Verantwortung und (globaler) Gerechtigkeit Klagen können Ansprüche auf Entschädigung begründen	Bisher wenig Auswirkungen	

Tabelle 2. Beobachtete Wechselwirkungen zwischen Treibern auf Grundlage der Treiberanalysen in Teil II. Dunkelgrün eingefärbt sind aktuell stark ermöglichende Wechselwirkungen, analog dazu: Hellgrün aktuell schwach ermöglichende Wechselwirkungen; Gelb aktuell keine oder widersprüchliche Wechselwirkungen; Hellrot aktuell schwach hemmende Wechselwirkungen; Dunkelrot aktuell stark hemmende Wechselwirkungen.

	Unternehmenshandeln	Konsum	Klimabewegung	Klimaklagen
	Nachfrage nach (nicht) nachhaltigen Produkten (bspw. SUVs, vegane Ernährung) Distinktion über klimafreundliche Produkte		Anlass/Gegenstand für Proteste	Labels und Informationen für Konsument*innen als Anlass für Climatewashing-Klagen
	Druck durch Kampagnen und Boykotts Offenlegung von Greenwashing, Umweltschäden oder Unternehmensverfehlungen	Einfluss auf Normen und Werte (Umweltbewusstsein und -verhalten)		Aktivist*innen als Klageführende Unterstützungsnetzwerke für Klimaklagen
	Klagen können Haftungsrisiken für Unternehmen erhöhen	Greenwashing-Klagen schaffen Transparenz für Konsument*innen	Klagen ermöglichen Zugang zu Daten und produzieren neues Wissen zu Unternehmensverantwortung (bspw. „Exxon Knew“)	

3.5

Plausibilitätsbewertung

Zur Bewertung der Plausibilität des Erreichens der Klimaziele orientieren wir uns an den Plausibilitätsbewertungen des *Hamburg Climate Futures Outlook* (Engels und Marotzke 2023), haben jedoch die Granularität der Einschätzung etwas verfeinert. Anstelle einer einfachen Unterscheidung zwischen *plausibel* und *nicht plausibel* verwenden wir eine *Plausibilitätsskala* mit folgenden Abstufungen:

- ▶ *Sehr plausibel*: andere Szenarien erscheinen wenig oder nicht plausibel.
- ▶ *Plausibel*: das untersuchte Szenario ist realistisch erwartbar.
- ▶ *Wenig plausibel*: das Szenario ist derzeit nicht erwartbar, es bestehen jedoch beobachtbare Dynamiken, deren Intensivierung oder qualitative Veränderung die Einschätzung verändern könnte.
- ▶ *Nicht plausibel*: das Szenario ist gegenwärtig nicht realistisch erwartbar; zu seiner Realisierung wären grundlegende Veränderungen der Dynamiken und Kontextbedingungen der Treiber notwendig.

Grundlage der Bewertung ist das Szenario „Gesellschaft der Klimawende“, das wir aus einer Zusammenschau existierender Klimaneutralitätsszenarien und deren gesellschaftlicher und politischer Annahmen herausgearbeitet haben. Dieses Szenario ist gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden, umfassenden und langfristigen Wandel – also durch Veränderungen, die soziale Praktiken und Lebensstile ebenso betreffen wie Staat, Verwaltung, Wirtschaftssektoren und gesellschaftliche Institutionen.

Damit ein solcher Wandel ausreichend Dynamik entfaltet und gegenüber politischen Veränderungen robust bleibt, müssten erstens die *staatlichen Handlungskapazitäten* im klimapolitischen Bereich auf allen Ebenen – insbesondere in den Kommunen – gestärkt werden; zweitens die *gesellschaftliche Resonanzfähigkeit* für die Klimawende wachsen; und drittens eine aktive *gesellschaftliche Trägerschaft* jenseits des politischen Systems entstehen und sich langfristig institutionalisieren.

Teilweise abnehmende Resonanz, bei bestehenden Unterstützungspotentialen

Zwischen ökologischer Dringlichkeit, politischem Gestaltungswillen und gesellschaftlicher Rückbindung besteht ein Spannungsverhältnis. Zwar bleibt die grundsätzliche Zustimmung zum Klimaschutz vergleichsweise hoch, sie ist jedoch seit dem Höhepunkt der Jahre 2018–2022 rückläufig und zunehmend ungleich verteilt. Demografische,

sozialstrukturelle und regionale Unterschiede treten deutlicher hervor, begleitet von Wandelmüdigkeit, Vertrauensverlust in Institutionen und abnehmender Umweltorientierung, insbesondere bei jüngeren Menschen. In der Folge wird die Klimawende teils als Elitenprojekt oder Zumutung wahrgenommen – vor allem, wenn Maßnahmen sozial ungerecht oder technokratisch umgesetzt werden. Gleichzeitig bestehen weiterhin breite Resonanzpotenziale, auch jenseits der progressiven „Kernklientel“ von Klimapolitik.

Demgegenüber steht ein anti-ökologischer Backlash, der durch rechte Mobilisierungen angetrieben wird und sich zunehmend als übergreifender gesellschaftlicher Trend gegen Klimaschutz verfestigt. Klimapolitik wird dabei nicht nur abgelehnt, sondern auch aktiv untergraben – durch diskursive Verschiebungen, strategische Verzögerung und ideologische Reframings. Beispiele wie die diskursiven Attacken und Diffamierungen gegen die Klimabewegung, die Kontroversen um das Gebäudeenergiegesetz oder die Bauernproteste zeigen, dass *Klimapolitik selbst zur Arena und zum Katalysator gesellschaftlicher Konflikte* geworden ist. Der Backlash entfaltet seine Wirkung dabei weit über parteipolitische Interventionen hinaus – in Medien, Institutionen und Diskursen –, indem er Maßnahmen delegitimiert und sie in Narrative staatlicher Übergriffigkeit überführt.

Bewertung der Treiber und ihrer Wechselwirkungen

Im Beobachtungszeitraum zeigt sich insgesamt – also in der Zusammenschau der Treiber und ihrer Wechselwirkungen – eine abnehmende Dynamik für Klimaschutz im Vergleich zum letzten Bericht. Zwar bestehen zentrale Regelwerke fort und sorgen für eine gewisse politische und wirtschaftliche Stabilität der Zielorientierung, doch dürften sich bestehende Umsetzungslücken in absehbarer Zukunft weiter vergrößern.

In der globalen Klimagovernance, in der deutschen und europäischen Klimapolitik sowie beim Protestgeschehen schwächt sich die Dynamik zuletzt ab. Auch für die nähere Zukunft erwarten wir aus dem politischen System und aus der globalen Governance – trotz des Möglichkeitsfensters, das die COP30 in Belém unter brasilianischer Präsidentschaft eröffnet – keine entscheidenden Impulse. Die Klimabewegung befindet sich in einer Phase der Neuorientierung und könnte künftig vor allem themenspezifische Impulse setzen, wenn es gelingt,

Klimaschutz erfolgreich mit anderen gesellschaftlichen Anliegen zu verknüpfen.

Aus dem Handlungsfeld der Wirtschaft ist derzeit keine Beschleunigung der Transformation zu erwarten. Der Treiber Unternehmenshandeln wirkt ambivalent: In verschiedenen Sektoren und Unternehmensgrößen verlaufen die Entwicklungen teils gegenläufig, und die Dynamik reagiert stark auf konjunkturelle Schwankungen und politische Signale. Der Treiber Konsum wirkt – trotz einzelner klimafreundlicher Trends etwa im Bereich Ernährung oder Energie – derzeit insgesamt hemmend. Dazu tragen unter anderem die Zunahme der gesamten Konsumvolumina, der Erfolg neuer, besonders ressourcenintensiver Produktlinien wie SUVs sowie die Vertiefung sozialer Ungleichheiten bei, die klimafreundliche Konsumententscheidungen erschweren. Die Analysen zeigen zudem, dass Veränderungen aus nur einem gesellschaftlichen Bereich heraus kaum realistisch sind: Weder individuelle Verhaltensänderungen noch freiwilliges Unternehmensreporting reichen aus, solange die zugrundeliegenden strukturellen Bedingungen nicht mitverändert werden.

Eine gegenüber anderen Treibern etwas robustere Dynamik weist derzeit der kommunale Klimaschutz auf. In den vergangenen Jahren wurden Stellen geschaffen, Klimaschutzkonzepte entwickelt, Initiativen lanciert und Förderprogramme aufgelegt, die die lokale Klimawende vorantreiben – trotz teilweise abnehmender Resonanz für Maßnahmen und regional unterschiedlich ausgeprägtem Druck durch rechte und anti-ökologische Gegenbewegungen. Gerichtliche Auseinandersetzungen rund um die Einhaltung von Klimazielen und unternehmerische Verantwortung für Klimagerechtigkeit nehmen sogar zu.

Der Schwung aus der Klimabewegung und den regulatorischen Initiativen der Jahre 2018–2020 wirkt in Teilen also nach – in der lokalen Praxis kommunalen Klimaschutzes und der Dynamik von Klimaklagen.

Übergreifende Trends

Übergreifend zeigen sich mehrere Trends, die die Dynamik der Transformation prägen. Dazu zählt erstens der globale Aufstieg rechter Bewegungen – etwa in den USA unter Trump, aber zunehmend auch in Europa und Deutschland – sowie die Zunahme geopolitischer Spannungen und militärischer Konflikte. Diese unterminieren in vielen Treibern das Momentum für Klimaschutz.

Zweitens wirken auf technologischer Ebene fallende Kostenkurven bei erneuerbaren Energien und Batterien in vielen Bereichen unterstützend, doch wird dieser Effekt zunehmend durch eine wachsende Energienachfrage infolge von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz konterkariert.

Drittens lässt sich in struktureller Hinsicht erkennen, dass die gesellschaftlich stabilisierende

Funktion von Wirtschaftswachstum und steigendem Konsum sowie die Verteidigung ressourcenintensiver, „imperialer Lebensweisen“ die Transformation zur Klimaneutralität erheblich erschweren. Diese tieferliegenden Treibkräfte der Emissionsentwicklung bleiben in aktuellen politischen Lösungsansätzen bislang weitgehend ausgeblendet.

Schlussbewertung

Das Erreichen des Ziels der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 erscheint angesichts der beobachtbaren und künftig zu erwartenden Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft derzeit wenig plausibel.

Wir beobachten eine in Teilen der Bevölkerung abnehmende Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen und einen zunehmenden anti-ökologischen Backlash, sichtbar etwa in den Konflikten um das Gebäudeenergiegesetz oder bei den Bauernprotesten. Während bestehende gesetzliche Regelwerke – wie das Bundes-Klimaschutzgesetz, der EU-Green-Deal oder das Pariser Abkommen – die Transformation durch ihre Zielsetzungen und Prozesse weiterhin vorantreiben, wirken gegenwärtige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Dynamiken zunehmend hemmend.

Indem zentrale Regelwerke infrage gestellt werden, wächst die Unsicherheit für Kommunen, Verbraucher*innen und Marktakteure. Zugleich schränken neue politische und rechtliche Entwicklungen zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ein.

Wir erwarten **zunehmende Spannungen** aus dem Zusammenspiel von gesetzlich verankerten Klimazielen, wachsenden Umsetzungslücken und sozialen Schief lagen in der Transformation. Dadurch steigt mittelbar der rechtliche und politische Handlungsdruck, während zugleich die ungleichen Verteilungswirkungen der Klimawende sichtbarer werden und Mobilisierungspotenziale *gegen* Klimaschutz eröffnen.

Eskalationspotenzial entsteht insbesondere dann, wenn Sofortmaßnahmen die Preise für Energie, Konsumgüter oder Dienstleistungen erhöhen und diese Effekte politisch gegen die Klimawende instrumentalisiert werden. Werden solche Spannungen nicht entschärft, können sie sich zu selbstverstärkenden Dynamiken aus Verzögerung, Verteuerung, Konflikt und Resonanzverlust verdichten.

Mittelfristig bergen solche **Blockade- und Eskalationskaskaden** das Risiko ernsthafter klimapolitischer und gesellschaftlicher Rückschritte.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs

BOX 3 Extremwetterereignisse als diskursive Wendepunkte?

Im Jahr 2024 waren Extremwetterereignisse weltweit stark in den Medien präsent. Die Bilder abgebrannter Villen in Los Angeles gingen um die Welt; allein in den USA wurden rund 240.000 Menschen durch Naturkatastrophen vertrieben. Der Taifun Yagi im September 2024 zählte zu den heftigsten tropischen Wirbelstürmen in Südostasien seit Jahrzehnten – mit 233 Todesopfern in Vietnam und über 1,5 Millionen Vertriebenen (Agora Energiewende 2024). In Deutschland gilt die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 mit 135 Todesopfern als das schwerwiegendste Extremwetterereignis der letzten Jahre (Seidel et al. 2024). Mit der globalen Erwärmung nimmt die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürren, Starkregen, Überschwemmungen und Stürme zu. Ihre Folgen reichen von Todesopfern bis zu massiven ökonomischen Schäden (Otto 2017). Diese Ereignisse prägen zunehmend auch die mediale Berichterstattung über den Klimawandel und sind für viele Menschen der unmittelbarste Zugang zum Thema. Dabei stellt sich die bislang vor allem theoretisch diskutierte Frage, ob Extremwetterereignisse gesellschaftlichen Wandel fördern können – etwa indem sie „Möglichkeitenfenster“ (windows of opportunity) für politische und soziale Transformation öffnen – oder ob eine allmähliche Normalisierung erfolgt und die Folgen in den gesellschaftlichen Alltag integriert werden.

Diese Box beleuchtet zunächst die theoretischen Überlegungen zu den sozialen Effekten von Extremwetterereignissen und stellt zentrale Ergebnisse der bisherigen Forschung vor. Anschließend wird am Beispiel des Ahrtal-Hochwassers in einer Medienanalyse untersucht, ob und wie sich die Klimadebatte in Deutschland durch das Ereignis verändert hat.

Die Theorie: „Risikoereignisse“ als Treiber sozialen Wandels

Extremwetterereignisse gelten in der sozialwissenschaftlichen Forschung als potenzielle Auslöser gesellschaftlicher Transformation. Ulrich Becks Konzept der *reflexiven Modernisierung* beschreibt, wie die Nebenfolgen der Moderne – die ökologischen und sozialen – die Gesellschaft anregen, „selbstkritisch“ zu werden (Beck 1993: 53). In der Konfrontation mit den eigenen Risiken sieht Beck die Chance auf eine ökologisch-demokratischen Transformation, da Extremwetterereignisse „eine Gesellschaftskritik jenseits der Gesellschaftskritik“ darstellen (Beck 1995: 93).

Daran anknüpfend betont Reiner Keller, dass Risikoereignisse wie Naturkatastrophen die Kraft haben, Alltagsroutinen und symbolische Ordnungen zu erschüttern – eine Voraussetzung für sozialen Wandel. Solche Ereignisse erzeugen eine spezifische *Agentialität*, indem sie die materielle und kulturelle Stabilität infrage stellen (Keller 2005). Dana R. Fisher erweitert diese Perspektive mit dem Konzept des *Anthro-Shifts*: Extremwetterereignisse wirken als Schocks, die die Beziehungen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu strukturieren. Diese Verschiebung kann zu progressiven Umweltpolitiken führen, birgt aber auch autoritär-populistisches Potenzial. Die Richtung des Wandels ist offen – entscheidend ist, wie gesellschaftliche Akteure auf das Risiko reagieren und die Ereignisse für sich framen (Fisher und Jorgenson 2019).

Zahlreiche Studien zeigen, dass Extremwetterereignisse kurzfristig die mediale Aufmerksamkeit für den Klimawandel erhöhen – vor allem in sozialen Medien. Nach Hurrikans steigen die Tweetzahlen deutlich an; zugleich nimmt sowohl die Zahl klimawandelbezogener Posts als auch von Leugnungsnarrativen zu (Roxburgh et al. 2019, Torricelli et al. 2023). Besonders hohe Klimaleugnung wird bei Schneestürmen beobachtet, während Sommerstürme eher mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden. Klassische Medien greifen Extremwetterereignisse oft selektiv auf. Themen wie Versicherungsschäden dominieren in wirtschafsnahen Blättern, wie eine Analyse zur Berichterstattung über das Ahrtal-Hochwasser zeigt (Kahle et al. 2022). Soziale Medien sind tendenziell konfrontativer (Chen et al. 2023) und Akteure der Klimabewegung versuchen verstärkt, Ereignisse wie Hochwasser oder Hitzewellen zu politisieren. Ob Extremwetterereignisse jedoch tatsächlich gesellschaftlichen oder politischen Wandel anstoßen, bleibt umstritten. Studien in Australien und den USA zeigen keine nachhaltigen Effekte auf die Klimapolitik oder öffentliche Meinung (Marquart-Pyatt et al. 2014, Howe 2021, Rowan 2023). Politische Orientierung scheint ein stärkerer Einflussfaktor als persönliche Betroffenheit zu sein. Zum Ahrtal-Hochwasser 2021 existieren erste sozialwissenschaftliche Studien. Es verursachte außergewöhnlich große Schäden und trat kurz vor der Bundestagswahl auf. Eine Panel-Studie zeigt: In betroffenen Regionen wählten 6,6 Prozent mehr Personen die amtierende Landesregierung und 3,2 Prozent mehr die Grünen (Pink und Schmidt 2023). Hinweise auf einen langfristigen politischen Kurswechsel durch das Ereignis gibt es bisher jedoch nicht.

Ahrtal-Hochwasser: Extremwetterereignis ohne nachhaltige Wirkung

Das Ahrtal-Hochwasser im Jahr 2021 war eines der folgenschwersten Extremwetterereignisse in Deutschland. Im Sinne der These eines „Anthro-Shifts“ wäre zu erwarten gewesen, dass Teile der

Klimabewegung, sowie Politiker*innen während des wenig später startenden Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 das Ahrtal-Hochwasser als Referenzpunkt nutzen, um für mehr Klimaschutz zu werben. Die Analyse bestätigt diese Erwartung nicht.

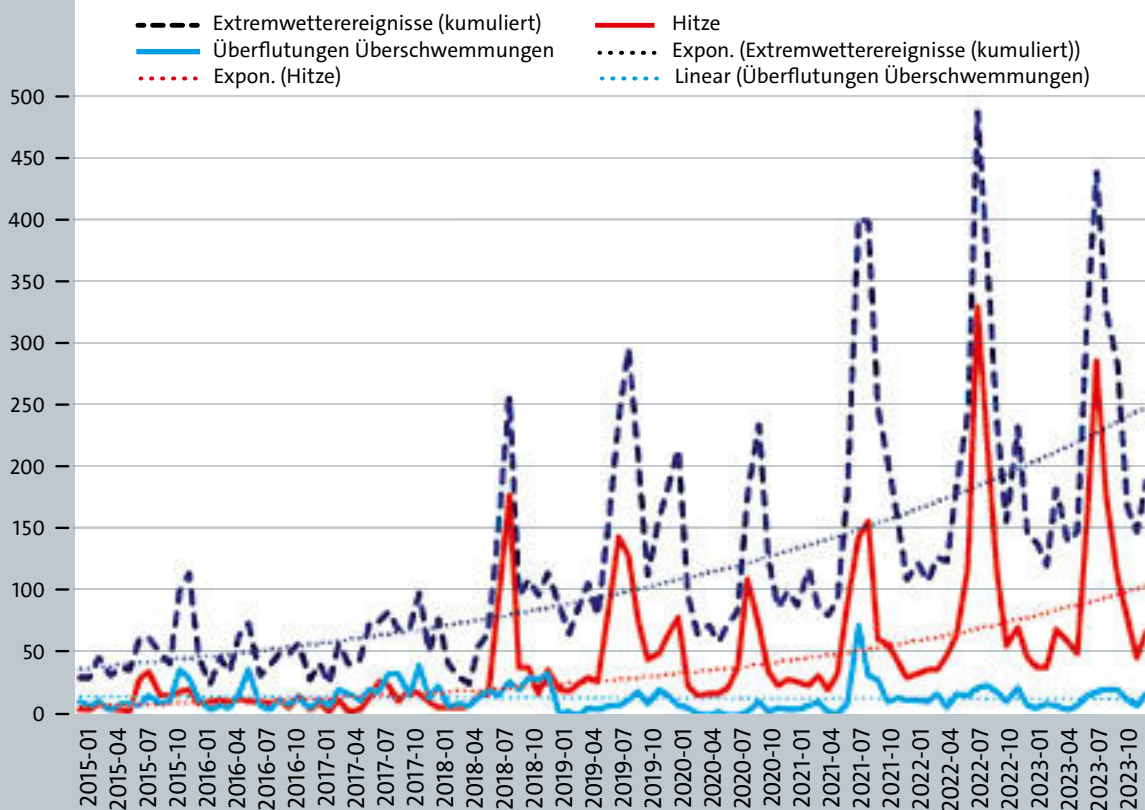


Abb. 9: Extremereignisse in den Medien. Die Abbildung zeigt die Anzahl der Artikel pro Monat aus dem Korpus. Der Korpus wurde bereitgestellt durch Brüggemann et al. (2024).¹ Die Kategorie Extremwetterereignisse beinhaltet alle Artikel, welche folgenden Wörter enthalten: Extremwetter, Naturkatastrophe, Wetter, Hitzewellen, Dürren, Überflutungen, Überschwemmungen, Hitze und Waldbrand. Das Ahrtal-Hochwasser beinhaltet alle Artikel, in denen das Ahrtal vorkommt. Die Abbildung zeigt die Artikel von Extremwetterereignissen inklusive Trendlinien und vergleicht die Trends von Hitze und Überflutungen/Überschwemmungen.

Zwar sind Versuche einer Politisierung des Hochwassers durch Fridays for Future erkennbar – in einzelnen Medienbeiträgen ebenso wie auf Plakaten –, doch bleiben diese begrenzt. In unserem Gesamtkorpus der Berichterstattung zum Klimawandel spielt das Ahrtal-Hochwasser lediglich eine Nebenrolle. Wenn darüber berichtet wurde, wurde zumeist der Zusammenhang von Klimawandel und Extremwetter thematisiert, wobei wissenschaftliche Rahmungen dominieren. Etwas seltener wurde über Anpassungsmaßnahmen diskutiert. Hier lag der Fokus zumeist auf technischen Lösungen und lokalen Maßnahmen. Am wenigsten

präsent waren erstaunlicherweise Rahmungen, die aus dem Hochwasser erhöhten Handlungsbedarf im Sinne eines stärkeren Klimaschutzes ableiten – ein Framing, das in einem Drittel der Fälle von Mitgliedern der Klimabewegung vorgebracht wird.

Die Berichterstattung zum Hochwasser ist zudem zeitlich stark konzentriert auf die Periode unmittelbar nach der Katastrophe sowie auf deren Jahrestage. Der Fokus von Medienberichten liegt dabei auf akuten Schilderungen der Katastrophe, politischen Debatten über Verantwortung und Prävention sowie ritualisierten Rückblicken. Mediennarrative identifizieren häufig bestimmte

1 OSF. o.J. Coverage Of Climate Change In German And US Print (And Online) Media — Dataset Documentation. <https://osf.io/fdn96/>

Akteure als „Helden“ oder „Schurken“ – so etwa Armin Laschet, der aufgrund eines aufgezeichneten Lachens vor dem Hintergrund der Katastrophe als unempathisch gebrandmarkt wurde. Allerdings wird das Hochwasserereignis überwiegend nicht als Risikoereignis im Sinne Becks gedeutet, also als letztlich vermeidbare Nebenfolge menschlichen Handelns, sondern als natürliches Ereignis oder Schicksalsschlag aus dem Nichts. Es kommt somit weder zu einer reflexiven Modernisierung im Sinne Becks noch zu einem „Anthro-Shift“ im Sinne Fischers.

Zyklische Berichterstattung zu Extremwetterereignissen

Die mediale Berichterstattung über Extremwetter folgt einem klaren Muster: Sie ist zyklisch und saisonal geprägt, mit einem Schwerpunkt auf Hitzewellen (Abb. 9). Eine Ausnahme bildet das Ahrtal-Hochwasser 2021, das kurzfristig eine ähnlich hohe mediale Präsenz wie Hitzeereignisse erreichte. Seit dem „Hitzesommer“ 2018 lässt sich

ein allgemeiner Anstieg der Berichterstattung zu Extremwetter beobachten, insbesondere zu Hitze – jedoch nicht für Überflutungen, deren mediale Aufmerksamkeit keinen langfristigen Aufwärtstrend zeigt. Auch nach dem Ahrtal-Ereignis bleibt die Anzahl der Artikel zu Überschwemmungen stabil.

Fazit: Das Ahrtal war zwar medial präsent, markiert jedoch keinen Wendepunkt im öffentlichen Diskurs. Es wird weder als Referenzpunkt für Wandel benutzt, noch hat es die langfristige Dynamik der Berichterstattung verändert. Gleichzeitig zeigt sich eine verstärkte Präsenz von Extremwetterereignissen in der Berichterstattung, besonders im Sommer. Die zukünftige Wirkung dieser Fokusereignisse bleibt somit offen. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass die Berichterstattung zu Extremwetterereignissen mit fortschreitendem Klimawandel auch weiter zunehmen wird.

Autor:
Yannick Walter

4

Was wir tun können: Interventionspunkte und Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse unserer Analyse sind zunächst ernüchternd: Trotz massiver zivilgesellschaftlicher Mobilisierung, neuer Rahmengesetze, Förderprogramme und globaler Klimakonferenzen, sowie trotz klimaneutraler Konsumprodukte und Netto-Null-Ziele vieler Unternehmen erscheint das Erreichen der Klimaneutralität in Deutschland gegenwärtig wenig plausibel. Auch die Tendenz ist nicht ermutigend: Der Aufstieg rechtsautoritärer und anti-ökologischer Kräfte, sowie die stärkere Mobilisierung fossiler Lobbygruppen deuten für die nähere Zukunft eher auf das Risiko weiterer Rückschritte hin.

Allerdings lässt sich dieses Bild auch wenden – oder zumindest aus einer anderen Perspektive betrachten. Denn bemerkenswert ist, dass breite Teile der Gesellschaft trotz massiver Gegenkampagnen weiterhin an der Klimawende festhalten. Tausende Menschen engagieren sich auf lokaler Ebene, in Verwaltungen, Unternehmen, Wissenschaft und Politik. Dieses anhaltende Engagement ist – angesichts der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Widerstände – ein Befund von erheblicher gesellschaftlicher Resilienz.

Aus dieser Perspektive ergeben sich auch Chancen und Hebel, um die aktuelle Entwicklung umzukehren. Diese sehen wir kurzfristig insbesondere in der anhaltenden Dynamik bei Klimaklagen und im kommunalen Klimaschutz, sowie in der stärkeren Verbindung von Klimapolitik mit anderen politischen Anliegen. In den letzten Jahren wurden rechtliche Hebel und administrative Kapazitäten – etwa im kommunalen Klimamanagement – aufgebaut, die jetzt genutzt werden können, um die Klimawende zu stärken. Zudem wird Klimaschutz zunehmend mit Themen wie Energiesicherheit, Industriepolitik, sozialer Gerechtigkeit oder lokaler Wertschöpfung verknüpft – und damit widerstandsfähiger gegenüber politischen Rückschritten.

Zudem beobachten wir eine zunehmende **Verdichtung von Wechselwirkungen** zwischen den von uns identifizierten Schlüsselprozessen: Gesetzliche Berichtspflichten schaffen Transparenz über Unternehmens- und Investitionsemissionen, die wiederum gerichtliche Verfahren, Nachhaltigkeitsprüfungen und politische Entscheidungen befördern. Globale Klimakonferenzen erzeugen Resonanzräume für unternehmerische Initiativen

und zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Solche Rückkopplungen könnten künftig gezielter genutzt werden, um gesellschaftliche Trägerschaften für die Klimawende zu stärken.

Im Folgenden leiten wir aus den Treiberanalysen Handlungsempfehlungen ab, die entlang der drei zentralen Handlungsfelder – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – strukturiert sind. Abschließend skizzieren wir einen strategischen Zeithorizont möglicher Interventionspfade.

(1) Handlungsfeld der Politik

Die Politik steht im Zentrum der Koordination der Klimawende – als normsetzende, finanzierende und kommunikative Instanz. Ihre wichtigste Aufgabe besteht derzeit darin, regulatorische und institutionelle Stabilität wiederherzustellen, die durch klimapolitischen Rückbau, wachsenden sozialen Widerstand und geopolitische Krisen unter Druck geraten ist.

Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen: Politische Kontinuität ist entscheidend für Investitionssicherheit und gesellschaftliche Planbarkeit. Ein Festhalten an einmal eingeschlagenen Transformationspfaden – etwa dem Verbrenner-Aus, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der kommunalen Wärmeplanung – ist unabdingbar, um Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.

Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verknüpfen: Der wachsende anti-ökologische Backlash zeigt, dass Klimapolitik nur dann gesellschaftlich tragfähig ist, wenn sie sozial flankiert wird. Notwendig sind einkommensabhängige Rückvergütungen im Rahmen des EU-ETS 2 („Klimageld“), gezielte Entlastungen für Haushalte mit geringem Einkommen sowie Programme für strukturschwache Regionen. Anstelle individualisierender Ansätze für Verhaltensänderungen sollte die Politik strukturelle Rahmenbedingungen für nachhaltigen Konsum schaffen, etwa durch den Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur und die Regulierung klimaschädlicher Luxus- und Statuskonsumgüter.

Kommunale Handlungskapazitäten stärken: Kommunen bleiben die operative Ebene der Klimawende. Sie benötigen dauerhafte

Finanzierungsstrukturen, rechtliche Klarheit und den Ausbau von Fachpersonal. Klimaschutz sollte – analog zur Klimaanpassung – als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden, um Planungssicherheit und institutionelle Verstärkung zu gewährleisten.

Europäische und internationale Verantwortung übernehmen: Angesichts des US-Rückzugs aus dem (Klima-)Multilateralismus sowie wachsender geopolitischer Spannungen und Kriege sollte Deutschland eine aktive Rolle bei der Verteidigung des EU-Green-Deal und der Stärkung internationaler Klimafinanzierung einnehmen. Die COP30 in Belém eröffnet ein Fenster für neue Allianzen zwischen Nord und Süd – etwa im Bereich der Reform der globalen Entwicklungs- und Finanzarchitektur.

Demokratische und zivilgesellschaftliche Räume sichern: Eine aktive Zivilgesellschaft ist Partnerin der Transformation. Die Wahrung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit, der rechtliche Schutz gemeinnütziger Organisationen und der Erhalt des Verbandsklagerechts sind Grundbedingungen demokratischer Transformationsfähigkeit.

(2) Handlungsfeld der Wirtschaft

Im Handlungsfeld Wirtschaft ist eine strukturelle Vertiefung und soziale Ausweitung der Dekarbonisierung erforderlich.

Verbände als Transformationsakteure neu ausrichten: Unternehmen sollten ihre kollektive Interessenvertretung konsequent an den Zielen der Transformation ausrichten. Wirtschaftsverbände spielen eine Schlüsselrolle für politische Rahmensetzung und Diskursbildung – können aber auch Blockaden erzeugen, wenn sie auf Kostenentlastung und Standortrhetorik fixiert bleiben. Entscheidend ist, dass sich fortschrittsorientierte Unternehmen aktiv in ihre Verbände einbringen, um klimapolitische Positionen zu modernisieren, Transparenz über Lobbyarbeit herzustellen und Allianzen mit Politik und Zivilgesellschaft zu fördern. Eine solche „Verbandswende“ würde die Diskrepanz zwischen öffentlicher Klimarhetorik und tatsächlicher Interessenpolitik verringern und das Vertrauen in die Wirtschaft als Partnerin der Klimawende stärken.

Nachhaltigkeitsberichterstattung sichern und vertiefen: Trotz der EU-Omnibus-Reformen sollten Unternehmen an umfassender Transparenz festhalten. Die Offenlegung von Scope-1- bis 3-Emissionen, die Entwicklung verbindlicher Transformationspläne und die Orientierung an Science-Based-Targets sind Voraussetzung für Glaubwürdigkeit gegenüber Politik, Finanzmärkten und Öffentlichkeit.

Sektorale Transformationspartnerschaften ausbauen: Branchenspezifische Kommissionen – analog zur Kohlekommission – können für besonders emissionsintensive Sektoren (z. B. Automobil, Chemie, Landwirtschaft) verbindliche Übergangsstrategien mit klaren Pfaden, sozialen Kompensationen und Überprüfungsmechanismen entwickeln.

Globale Lieferketten und Klimagerechtigkeit adressieren: Unternehmen sollten sich aktiv an internationalen Initiativen zur Rückverfolgbarkeit kritischer Rohstoffe, zu fairen Arbeits- und Umweltstandards und zu transformativer Handels- und Finanzpolitik beteiligen – etwa im Rahmen der brasilianischen COP30-Initiative.

Investitionslücken schließen: Besonders kleine und mittlere Unternehmen benötigen gezielte Förderinstrumente, Kreditgarantien und Beratungsprogramme, um Dekarbonisierungsinvestitionen zu realisieren. Die Politik sollte diese flankieren, damit die Transformation nicht zu einem Großunternehmensprivileg wird.

(3) Handlungsfeld der Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen bleiben eine zentrale Triebfeder und ein wichtiges Korrektiv der Klimawende. Angesichts wachsender Repressionen und Polarisierungen stehen sie jedoch unter Druck. Zudem scheinen die klassischen Strategien des „Awareness Raising“ und der Massenmobilisierung nicht mehr ausreichend, um konkrete Umsetzungskonflikte zu gewinnen.

Handlungsräume verteidigen und ausbauen: Die Bundesregierung sollte das Recht auf Protest und Gemeinnützigkeit schützen; zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Angriffe auf demokratische Freiheiten öffentlich sichtbar machen und sich strategisch vernetzen.

Allianzen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kommunen vertiefen: Eine soziale Klimabewegung, die ökologische und soziale Fragen gemeinsam adressiert – etwa in Bündnissen wie #wirfahrenzusammen –, kann Resonanzräume über die progressive Kernklientel hinaus öffnen und gesellschaftliche Mehrheiten für Klimapolitik stärken.

Kapazität für Klimaklagen ausbauen: NGOs und Bewegungsakteure sollten juristische Instrumente weiterhin gezielt nutzen, um Umsetzungsdefizite einzuklagen, Transparenz zu schaffen und politische Aufmerksamkeit zu erzeugen. Der Ausbau von Rechtshilfenetzen, Finanzierungsstrukturen und internationaler Kooperation ist dafür zentral.

Neue Narrative und Kommunikationsformen entwickeln: Die derzeitige strategische Neuausrichtung vieler Klimaakteur*innen bietet die Chance, Klimaschutz stärker mit Themen wie sozialer Sicherheit, Gesundheit, Arbeitsplätzen und Demokratie zu verknüpfen. Angesichts des anti-ökologischen Backlashs braucht es eine bewusste Neu-Rahmung der Klimafrage – weg von Moral und Verzicht, hin zu Lebensqualität, Gemeinwohl, Sicherheit und Demokratie.

Lokale Beteiligung und Bürgerenergie stärken: Bürger*innenbeteiligung an Energieprojekten, partizipative Wärmeplanung und regionale Klimaräte schaffen konkrete Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Trägerschaft und Resonanz.

Strategischer Ausblick

Die kommenden Jahre werden voraussichtlich von einer Phase *politischer Verteidigung und Konsolidierung* geprägt sein: Vorrangig wird es darum gehen, bestehende Ziele, Gesetze und Institutionen gegen Rückbauversuche zu schützen. Gleichzeitig sollten bereits jetzt *gesellschaftliche Allianzen* aufgebaut werden, die mittelfristig in der Lage sind, neue Impulse zu setzen – etwa rund um kommunale Infrastruktur- und Wärmewenden, um neue strategische Klageformen vorzubereiten, oder um Bündnisse zwischen Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und sozialen Bewegungen zu knüpfen.

Außerdem gilt es, *Möglichkeitsfenster* frühzeitig zu erkennen und strategisch vorzubereiten – etwa im Zuge künftiger Auseinandersetzungen um klimabedingte Extremereignisse oder um ein Verfehlen nationaler Klimaziele. Solche Momente können genutzt werden, um die klimapolitische Handlungsfähigkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und langfristig auf eine Verschiebung der Plausibilität der Klimawende hinzuarbeiten.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs

Literaturverzeichnis Teil I

Kapitel 1

- Aykut, S. C., M. Neukirch, C. Zengerling, A. Engels, M. Suhari, A. Pohlmann. 2019. Energiewende ohne gesellschaftlichen Wandel? Der blinde Fleck in der aktuellen Debatte zur „Sektor-kopplung“. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 69/3: 20–24.
- Aykut, S. C., A. Wiener, A. et al. 2021. The Social Plausibility Assessment Framework. In: *Hamburg Climate Futures Outlook: Assessing the plausibility of deep decarbonization by 2050*. Herausgegeben von D. Stammer, A. Engels, J. Marotzke, E. Gresse, C. Hedemann, J. Petzold. Hamburg, Germany: Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 29–38.
- Aykut, S. C. et al. 2024. *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1. Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen*. Universität Hamburg.
- Beckert, J. 2024. *Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Suhrkamp.
- Blühdorn, I. 2024. *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp Verlag.
- de Coninck, H. et al. 2018. Strengthening and Implementing the Global Response. In: Global Warming of 1.5 °C. IPCC Special Report. Herausgegeben von V. Masson-Delmotte et al. Geneva, Switzerland: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). 331–443.
- Dobry, M. 2009. *Sociologie des crises politiques. La dynamique des mobilisations multisectorielles*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Elias, N. 1978. *The civilizing process. Sociogenetic and psychogenetic investigations*. Oxford, UK: Blackwell Publishing.
- Engels, A., J. Marotzke, E. G. Gresse, A. López-Rivera, A. Pagnone, J. Wilkens. (Hrsg.) 2023. *Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5 °C limit to global warming – Social drivers and physical processes*. Hamburg, Germany: Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS).
- Engels, A. et al. 2024. *Hamburg Climate Futures Outlook 2024: Conditions for Sustainable Climate Change Adaptation*. transcript Verlag.
- Reckwitz, A. 2024. *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Suhrkamp.
- Reusswig, F. A., C. Schleer. 2021. *Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen. Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz*. Berlin/Potsdam: Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS).
- Rosa, H. 2005. *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, H. 2012. *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Suhrkamp.
- Rosa, H. 2018. *Unverfügbarkeit*. Residenz Verlag.
- Shove, E. 2003. Converging Conventions of Comfort, Cleanliness and Convenience. *Journal of Consumer Policy* 26/4: 395–418.
- Shove, E. 2010. Beyond the ABC: climate change policy and theories of social change. *Environment and Planning A* 42/6: 1273–1285.
- Staab, P. 2022. *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Stammer, D., A. Engels, J. Marotzke, E. Gresse, C. Hedemann, J. Petzold. (Hrsg.) 2021. *The Hamburg Climate Futures Outlook*. Hamburg: CLICCS.
- Wagner, P. 2024. *Carbon Societies: The Social Logic of Fossil Fuels*. John Wiley & Sons.
- Wiener, A. 2025. Dealing with Sources, Substance and Effects of Deep Contestation: Quod Omnes Tangit as a Heuristic. In: *Deep Contestations of the International Liberal Order*. Herausgegeben von A. Wiener, D. A. Lake, T. Risse. Oxford: Oxford University Press.

Box 1

- Abbott, A. 2020. Zum Begriff des Wendepunkts. In: *Andrew Abbott – Zeit zählt. Grundzüge einer prozessualen Soziologie*. Herausgegeben von A. Abbott. Hamburg: Hamburger Edition. 163–190.
- Adloff, F., S. Neckel. 2019. Futures of sustainability as modernization, transformation, and control: a conceptual framework. *Sustainability Science* 14: 1015–1025.

- Aykut, S. C., A. Wiener et al. 2021. The Social Plausibility Assessment Framework. In: *Hamburg Climate Futures Outlook: Assessing the plausibility of deep decarbonization by 2050*. Herausgegeben von D. Stammer, A. Engels, J. Marotzke, E. Gresse, C. Hedemann, J. Petzold. Hamburg, Germany: Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 29–38.
- Aykut, S. C., A. Wiener, C. Zengerling, J. Bähring. 2024a. Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization I: A Framework and a General Assessment. *Carbon & Climate Law Review* 17/3: 181–192.
- Aykut, S. C. et al. 2024b. *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1. Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen*. Universität Hamburg.
- Bäckstrand, K., E. Lövbrand. 2016. The road to Paris: Contending climate governance discourses in the post-Copenhagen era. *Journal of Environmental Policy & Planning*: 1–19.
- Beck, S., M. Mahony. 2017. The IPCC and the politics of anticipation. *Nature Climate Change* 7/5: 311–313.
- Beckert, J. 2024. *Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Suhrkamp.
- Blühdorn, I. 2024. *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp Verlag.
- Brand, K.-W. 2018. Disruptive Transformationen. Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften—ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz. *Berliner Journal für Soziologie* 28/3–4: 479–509.
- Brand, K.-W. 2021. „Große Transformation“ oder „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit“? Wider die Beliebbarkeit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeits- und Transformationstheorien. *Leviathan* 49/2: 189–214.
- Brand, U., M. Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Capoccia, G., R. D. Kelemen. 2007. The study of critical junctures: Theory, narrative, and counterfactuals in historical institutionalism. *World Politics* 59/3: 341–369.
- Daggett, C. 2018. Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. *Millennium* 47/1: 25–44.
- Dobry, M. 2009. *Sociologie des crises politiques. La dynamique des mobilisations multisectorielles*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Finger, R., A. Fabry, M. Kammer, J. Candel, T. Dalhaus, E. M. Meemken. 2024. Farmer Protests in Europe 2023–2024. *EuroChoices* 23/3: 59–63.
- Fisher, D. R. 2024. *Saving Ourselves: From Climate Shocks to Climate Action*. Columbia University Press.
- Fisher, D. R., S. Nasrin. 2021. Climate activism and its effects. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 12/1: e683.
- Geels, F. W. 2019. Socio-technical transitions to sustainability: a review of criticisms and elaborations of the Multi-Level Perspective. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 39: 187–201.
- Geels, F. W., B. K. Sovacool, T. Schwanen, S. Sorrell. 2017. The Socio-Technical Dynamics of Low-Carbon Transitions. *Joule* 1/3: 463–479.
- Hausknost, D. 2020. The environmental state and the glass ceiling of transformation. *Environmental Politics* 29/1: 17–37.
- Jewell, J., A. Cherp. 2023. The feasibility of climate action: Bridging the inside and the outside view through feasibility spaces. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*: e838.
- Jordan, A. J., B. Moore. 2020. *Durable by Design?: Policy Feedback in a Changing Climate*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Krawczyk, F., A. C. Braun. 2025. Models like heroes? Making Integrated Assessment Models (IAMs) ready for deep decarbonization and a socio-economic transformation. *Energy Research & Social Science* 121: 103959.
- Lauber, V., L. Mez. 2004. Three decades of renewable electricity policies in Germany. *Energy & Environment* 15/4: 599–623.
- Lessenich, S. 2016. *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser Berlin.
- Luhmann, N. 1986. *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen.
- Millar, H., E. Bourgeois, S. Bernstein, M. Hoffmann. 2021. Self-reinforcing and self-undermining feedbacks in subnational climate policy implementation. *Environmental Politics* 30/5: 791–810.
- Mitchell, T. 2011. *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*. New York: Verso Books.
- Ostarek, M., B. Simpson, C. Rogers, J. Ozden. 2024. Radical climate protests linked to increases in public support for moderate organizations. *Nature Sustainability*: 1–7.

- Otto, I. M. et al. 2020. Social tipping dynamics for stabilizing Earth's climate by 2050. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 117/5: 2354–2365.
- Rödger, S., C. N. Pavenstädt. 2023. 'Unite behind the Science!' Climate movements' use of scientific evidence in narratives on socio-ecological futures. *Science and public policy* 50/1: 30–41.
- Schot, J., F. W. Geels. 2008. Strategic niche management and sustainable innovation journeys: theory, findings, research agenda, and policy. *Technology Analysis & Strategic Management* 20/5: 537–554.
- Scoones, I., M. Leach, P. Newell. (Hrsg.) 2015. *The politics of green transformations*. Routledge.
- Seto, K. C., S. J. Davis, R. B. Mitchell, E. C. Stokes, G. Unruh, D. Ürge-Vorsatz. 2016. Carbon Lock-In: Types, Causes, and Policy Implications. *Annual Review of Environment and Resources* 41/1: 425–452.
- Setzer, J., C. Higham. 2024. *Global trends in climate change litigation: 2024 snapshot*. Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, LSE.
- van de Ven, D. J. et al. 2025. Energy and socioeconomic system transformation through a decade of IPCC-assessed scenarios. *Nature Climate Change*.
- Wagner, P. 2024. *Carbon Societies: The Social Logic of Fossil Fuels*. John Wiley & Sons.
- Wahlström, M. et al. 2019. Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).
- Kapitel 2**
- Adloff, F., S. C. Aykut, C. Hentschel. 2024. Zukünfte der Nachhaltigkeit: Zur Aktualisierung eines Forschungsprogramms. *Journal für Entwicklungspolitik* 40/1–2: 210–233.
- Agora Energiewende. 2024. *Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland. Finanzbedarfe und Politikoptionen*. <https://www.agora-energie-wende.de/publikationen/investitionen-fuer-ein-klimaneutrales-deutschland>.
- Agora Think Tanks. 2024. *Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung*.
- Aronczyk, M. 2024. Branding the nation in the era of climate crisis: Eco-nationalism and the promotion of green national sovereignty. *Nations and Nationalism* 30/1: 25–38.
- Aykut, S. C., M. Neukirch, C. Zengerling, A. Engels, M. Suhari, A. Pohlmann. 2019. Energiewende ohne gesellschaftlichen Wandel? Der blinde Fleck in der aktuellen Debatte zur „Sektorkopplung“. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 69/3: 20–24.
- Boston Consulting Group. 2021. *Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft. Gutachten für den BDI. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.*
- Brand, K.-W. (Hrsg.) 2017. *Die sozial-ökologische Transformation der Welt: ein Handbuch*. Campus Verlag.
- dena. 2021. *dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität* Berlin: Deutsche Energie-Agentur GmbH.
- Eckersley, R. 2004. *The green state: rethinking democracy and sovereignty*. MIT Press.
- Eckersley, R. 2021. Greening states and societies: from transitions to great transformations. *Environmental Politics* 30/1–2: 245–265.
- ERK. 2023. Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023. Gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 3 Bundes-Klimaschutzgesetz: Expertenrat für Klimafragen (ERK).
- Escobar, A. 2011. Sustainability: Design for the pluriverse. *Development* 54/2: 137–140.
- Fraunhofer ISI, Consentec GmbH. 2021. *Langfristszenarien für die Transformation des Energiesystems in Deutschland 3*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).
- Kalk, A., G. Sorger. 2023. Climate policy under political pressure. *Journal of Environmental Economics and Management* 122: 102900.
- Kopernikus-Projekt Ariadne. 2021. *Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 – Szenarien und Pfade im Modellvergleich*. Potsdam: Potsdam Institute for Climate Impact Research.
- Mitchell, T. 2011. *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*. New York: Verso Books.
- Mol, A. P. J., D. A. Sonnenfeld. 2000. Ecological Modernization Around the World: An Introduction. *Environmental Politics* 9/1: 3–16.
- Perino, G., J. Jarke-Neuert, F. Schenuit, M. Wickel, C. Zengerling. 2022. Closing the Implementation Gap: Obstacles in Reaching Net-Zero Pledges in the EU and Germany. *Politics and Governance* 10/3.
- Pierson, P. 2004. *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut. 2021. *Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende*. Berlin: Stiftung Klimaneutralität.
- Purr, K., J. Günther, H. Lehmann, P. Nuss. 2019. *Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität*. RESCUE-Studie. Umweltbundesamt.
- Schmelzer, M., A. Vetter. 2019. *degrowth/Postwachstum. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- UBA. 2022. *Klimaschutzmanagement und Treibhausgasneutralität in Kommunen: Große Potenziale wirksam erschließen*. Dessau: Umweltbundesamt.
- Wagner, P. 2024. *Carbon Societies: The Social Logic of Fossil Fuels*. John Wiley & Sons.
- Ziehm, C. 2010. Vollzugsdefizite im Bereich des Klimaschutzrechts. *Zeitschrift für Umweltrecht* 9/2010: 411–418.
- Box 2**
- ANEEL. 2025. *Sistema de Informacoes de Geracao da ANEEL SIGA. Capacidade Instalada por Estado. Agência Nacional de Energia Elétrica (ANEEL), Brasil*.
- BMWK. 2024. *Import Strategy for hydrogen and hydrogen derivatives. Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action (BMWK)*.
- BMWK, MME. 2023. *Parceria Energética Brasil-Alemanha: Comunicado Conjunto*. Ministro Federal de Economia e Proteção Climática da Alemanha (BMWK) e Ministério de Minas e Energia do Brasil (MME).
- Fünfgeld, A., L. Kammler. 2025. Nickel Mining in Indonesia. Neocolonial Extractive Practices in Indonesian Nickel Mining and Processing. In: *Green at Home, Harm Abroad: Germany's Role in Global Resource Exploitation*. Herausgegeben von R. L. Foundation. Rosa Luxemburg Foundation. 23–32.
- GIZ. 2022. *German-Brazilian Energy Partnership. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH*.
- Hofstaetter, M. 2016. *Energia eólica: entre ventos, impactos e vulnerabilidades socioambientais no Rio Grande do Norte*. Universidade Federal do Rio Grande do Norte.
- Lang, M., M. A. Manahan, B. Bringel. (Hrsg.) 2024. *The Geopolitics of Green Colonialism. Global Justice and Eco-social Transitions*. London: Pluto Press.
- Maciel, N. G. P., R. M. B. Leite, S. E. d. B. Santos, J. A. A. d. Nascimento Junior, A. M. Costa. 2024. *Processos de vulnerabilização de empreendimentos eólicos em comunidade camponesa no Agreste Meridional de Pernambuco. Saúde em Debate* 48/spe1.
- Ministério da Fazenda. 2023. *Programa de Integração de Energia Renovável (REI)*. <https://www.gov.br/fazenda/pt-br/assuntos/fundos-internacionais-de-desenvolvimento/fundos-de-investimento-climatico-climate-investment-funds-cif/projetos-e-programas/rei>.
- MME. 2024. *Governo Federal garante investimentos para impulsionar produção de hidrogênio verde no Brasil*. <https://www.gov.br/secom/pt-br/assuntos/noticias/2024/06/governo-federal-garante-investimentos-para-impulsionar-producao-de-hidrogenio-verde-no-brasil>.
- Müller, F. 2024. Energy Colonialism. Grassroots – *Journal of Political Ecology* 31: 702–717.
- Pessoa, Z. S. et al. 2022. Relações entre descarbonização, vulnerabilidades socioambientais e impactos regionais da energia eólica no contexto do Nordeste do Brasil: O caso do Rio Grande do Norte. In: *Descarbonização na América do Sul: conexões entre o Brasil e a Argentina*. Herausgegeben von C. Brannstrom, L. Seghezze, A. Gorayeb. Mossoró: Edições UERN. 329–353.
- Tandon, S., K. Le Merle. (Hrsg.) 2024. *Evaluating the impact of CBAM on developing countries: the EU's new approach to multilateralism and trade*. Herausgegeben von T. Fröhlich. Brussels: Foundation for European Progressive Studies.
- Tornel, C. 2022. Decolonizing energy justice from the ground up: Political ecology, ontology, and energy landscapes. *Progress in Human Geography* 47/1: 43–65.
- Zografos, C., P. Robbins. 2020. Green sacrifice zones, or why a green new deal cannot ignore the cost shifts of just transitions. *One Earth* 3/5: 543–546

Kapitel 3

- Aykut, S. C. et al. (2024): Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization I: A Framework and a General Assessment. *Carbon & Climate Law Review* 17(3): 181–192.
- Aykut, S. C. et al. (2021): “The Social Plausibility Assessment Framework”, In: D. Stammer et al. (Hg.) *Hamburg Climate Futures Outlook: Assessing the plausibility of deep decarbonization by 2050*. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 29–38.

- Blühdorn, I. (Hrsg.) 2020. *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. transcript Verlag.
- Blühdorn, I. 2024. *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp Verlag.
- Brüggemann, M., M. Farjam, H. Meyer, R. Tschötschel. 2024. Coverage of climate change in German and US print (and online) media — dataset documentation.
- Bulle, R., J. T. Roberts. 2024. The First Portrait of Climate Obstruction across Europe. In: *Climate Obstruction across Europe*. Herausgegeben von R. J. Bulle, J. T. Roberts, M. C. Spencer. New York: Oxford University Press. 1–25.
- Caldwell, D., C. Gidon, N. and Vivyan. 2024. Long-run trends in partisan polarization of climate policy-relevant attitudes across countries. *Environmental Politics*: 1–26.
- CDU, CSU, SPD. 2025. Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode.
- Deppner, T. 2022. Getting SLAPPed – Strategische Prozessführung gegen die Klimabewegung. Ein Schlaglicht aus der anwaltlichen Praxis. *Juridikum* April 2022/1: 124–127.
- Ekberg, K., B. Forchtner, M. Hultman, K. M. Jylhä. 2023. *Climate Obstruction: How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet*. First Edition. Auflage. London ; New York, NY: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Engels, A., J. Marotzke (2023): Assessing the plausibility of climate futures. *Environmental Research Letters* 18(1): 011006.
- Eversberg, D., M. Fritz, L. v. Faber, M. Schmelzer. 2024. *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Gagné, J., L. K. Krause. 2021. *Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland*. More in Common e.V.
- Haas, T., H. Sander, A. Fünfgeld, F. Mey. 2025. Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. *Energy Research & Social Science* 123.
- Hilmar, T. 2025. Cassandra from the far right: how the German and Austrian populist radical right links climate skepticism with economic issues. *Environmental Politics* ahead-of-print/ahead-of-print: 1–30.
- Jost, P., M. Mack, J. Hillje. 2024. *Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können*. Das Progressive Zentrum.
- Küppers, A. 2022. ‘Climate-Soviets,’ ‘Alarmism,’ and ‘Eco-Dictatorship’: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. *German Politics* 33/1: 1–21.
- Lamb, W. F. et al. 2020. Discourses of climate delay. *Global Sustainability* 3.
- Latour, B., N. Schultze. 2022. *On the emergence of an ecological class: A memo*. John Wiley & Sons.
- Lübke, C. 2024: Klimawandel und Klimaschutz im Bewusstsein der Menschen. In: *Sozialbericht 2024*. Herausgegeben von Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Berlin: bpb. 413–418.
- Lockwood, M. 2018. Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. *Environmental Politics* 27/4: 712–732.
- Marg, S., J. Zilles. 2023. Vom Verschmelzen alter und neuer Konfliktlinien. Gesellschaftliche Polarisierung in der Auseinandersetzung um Energie- und Klimapolitik. In: *Fridays for Future: Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung*. Herausgegeben von J. Pollex, A. Soßdorf. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 167–191.
- Mau, S., T. Lux, L. Westheuser. 2023. *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Neligan, A., M. Diermeier. 2025. *Klimaschutz: Zwischen Zeigefingermentalität und Zumutungsaversion*. Institut der deutschen Wirtschaft.
- Reckwitz, A. 2019. *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Suhrkamp Verlag.
- Reusswig, F. A., C. Schleer. 2021. *Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen. Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz*. Berlin/Potsdam: Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS).
- Römer, D., J. Salzgeber. 2024. *KfW-Energiewendebareometer 2024 Energiewende bei Privathaushalten schreitet auch in unsicherem Umfeld voran*.
- Rosa, H. 2012. *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Suhrkamp.
- Schleer, C., N. Wisniewski, F. A. Reusswig. 2024. *Sozialökologische Transformation gestalten: Wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzpotenziale genutzt werden können*. Friedrich Ebert Stiftung.

- Sonnberger, M., T. Krause, M. Ruddat. 2025. Who is ready to support the German energy transition? An explorative longitudinal analysis of determinants of attitudes towards renewables. *Soziologie und Nachhaltigkeit* 11/1: 1–29.
- UBA. 2023. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Berlin: Umweltbundesamt.
- UBA. 2025. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2024 Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage*. Umweltbundesamt.
- Zengerling, C. et al. (2024): Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization II: Zooming in on Two Cases. *Carbon & Climate Law Review* 18(1): 3–16.
- Box 3**
- Agora Energiewende. 2024. *Extremwetterereignisse 2024*.
- Beck, U. 1993. *Die Erfindung des Politischen*. Edition suhrkamp. Band 1780 = N.F., 780. 2. Aufl. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 1995. *Gegengifte*. Edition suhrkamp. Band 1468. 8. Aufl. – Erst.-Ausg Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brüggemann, M., M. Farjam, H. Meyer, R. Tschötschel. 2024. Coverage of climate change in German and US print (and online) media — dataset documentation.
- Chen, K. et al. 2023. How Climate Movement Actors and News Media Frame Climate Change and Strike: Evidence from Analyzing Twitter and News Media Discourse from 2018 to 2021. *The International Journal of Press/Politics* 28/2: 384–413.
- Fisher, D. R., A. K. Jorgenson. 2019. Ending the Stalemate: Toward a Theory of Anthro-Shift. *Sociological Theory* 37/4: 342–362.
- Howe, P. D. 2021. Extreme weather experience and climate change opinion. *Current Opinion in Behavioral Sciences* 42: 127–131.
- Kahle, M., M. Kempf, B. Martin, R. Glaser. 2022. Classifying the 2021 'Ahrtal' flood event using hermeneutic interpretation, natural language processing, and instrumental data analyses. *Environmental Research Communications* 4/5: 051002.
- Keller, R. 2005. *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 1. Aufl. Auflage. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Marquart-Pyatt, S. T., A. M. McCright, T. Dietz, R. E. Dunlap. 2014. Politics eclipses climate extremes for climate change perceptions. *Global Environmental Change* 29: 246–257.
- Otto, F. E. L. 2017. Attribution of Weather and Climate Events. *Annual Review of Environment and Resources* 42/1: 627–646.
- Pink, S., J. Schmidt. 2023. Das Wetter ist politisch – Starkregen, Hochwasser und Flut vor der Bundestagswahl 2021. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33/1: 1–27.
- Rowan, S. 2023. Extreme weather and climate policy. *Environmental Politics* 32/4: 684–707.
- Roxburgh, N. et al. 2019. Characterising climate change discourse on social media during extreme weather events. *Global Environmental Change* 54: 50–60.
- Seidel, J., H. Lay, M. Göddertz. 2024. *Ahrtal unter Wasser. Chronik einer Katastrophe*. W. Y. M. Citavi.
- Torricelli, M., M. Falkenberg, A. Galeazzi, F. Zollo, W. Quattrocioni, A. Baronchelli. 2023. How does extreme weather impact the climate change discourse? Insights from the Twitter discussion on hurricanes. *PLOS Climate* 2/11: e0000277.



Detaillierte Treiberanalysen

Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen

Im Unterschied zu früheren gesellschaftlichen Umbrüchen, die teils auf spezifische Bereiche begrenzt blieben, teils ungeplant und zumeist zu großen Teilen eigendynamisch verliefen,¹ markiert die Klimawende ein historisch neuartiges Projekt: die gezielte und langfristige Transformation zentraler gesellschaftlicher Strukturen mit der Absicht ihres klimaneutralen Umbaus (WGBU 2011). Dem Staat und Politikprozess kommen dabei zentrale Rollen zu – als Steuerungsinstanzen, Arenen der Aushandlung von Zielen und Maßnahmen, sowie als Foren und Sprachrohre für öffentliche Kommunikation.

Der Treiber ist daher breit angelegt und umfasst erstens klassische Klimapolitik in der Form von Regierungshandeln, Gesetzen und Verordnungen, die unter dem Vorzeichen der Emissionsminderung stehen. Zweitens betrachten wir klimarelevante Regulierungen in anderen Politikbereichen mit mittelbarer Auswirkung auf die Emissionsentwicklung. Drittens interessiert uns die politische Klimakommunikation der Bundesregierung, EU-Kommission und Parlamente. Obgleich der Fokus dieses Treibers primär auf bundesdeutscher Klimapolitik liegt, betrachten wir hier auch Entwicklungen im Rahmen der EU. Diese untersuchen wir als Teil der Treiberdynamik, insofern sie direkte Auswirkungen auf die deutsche Klimawende haben.

Die Grundlage für deutsche Klimapolitik bilden die Langfristziele des Pariser Klimaabkommens (2015), konkretisiert durch europäische Ziele im Rahmen des *EU Green Deal* (2019)² und durch das *Bundes-Klimaschutzgesetz* (KSG, 2019), das neben Klimaschutz- und Sektorenzielen auch einen Umsetzungsrahmen vorgibt.³ *EU Green Deal* und *KSG* bilden damit das Herzstück eines **iterativen Prozesses der Politikplanung**, der für die Politik

handlungsleitend sein soll, ohne konkrete Maßnahmen vorzugeben.⁴

Maßnahmen umfassen eine breite Palette an rechtlichen und politischen Instrumenten, wie Emissionsnormen, CO₂-Steuern, Zertifikatmärkte wie den EU-ETS, Subventionen, Infrastrukturplanung, Kennzeichnungspflichten oder Informationskampagnen. Indem klimapolitische Maßnahmen die gesellschaftliche Resonanzfähigkeit oder Trägerschaft beeinflussen, entstehen Rückkopplungseffekte, die positiv für die Transformation genutzt werden können (Rosenbloom et al. 2019) oder diese im Gegenteil zu unterminieren drohen (Millar et al. 2021).

Die deutsche Klimapolitik erscheint daher langfristig gekennzeichnet durch ein grundlegendes **Spannungsverhältnis** aus verbindlichen Langfristzielen und unsicheren Umsetzungsdynamiken, das nur teilweise durch Instrumente der Politikplanung überbrückt oder abgefedert werden kann (Franzius et al. 2025). Vielmehr sind in regelmäßigen Abständen konflikthafte politische Zuspitzungen erwartbar, wenn Zielerfordernisse und Maßnahmen zur Umsetzung auseinanderfallen.

Dynamik: Wachsender Gegenwind, drohendes Aufweichen der Klimaziele

In unserem ersten Bericht kamen wir zu dem Schluss, dass in den letzten Jahren einerseits wichtige Weichen für die Dekarbonisierung in den Bereichen Energie und Industrie gestellt wurden und die bisherige „Umsetzungslücke“ im Klimaschutz so reduziert werden konnte. Demgegenüber standen andererseits Blockaden in den Sektoren Verkehr und

1 So beschreibt etwa Karl Polanyi den Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform zwar einerseits als bewusst politisch angestoßenes Projekt, das dann aber durch soziale und politische Dynamiken, Gegenbewegungen und Krisen gekennzeichnet war, die, einmal in Gang gesetzt, sich Versuchen der bewussten politischen Steuerung entzogen (Polanyi 1944).

2 Der *EU Green Deal* zielt darauf, die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu machen. Er umfasst ein Bündel aus Gesetzesinitiativen und Strategien – insbesondere ein Klimazielen von –55 Prozent bis 2030 (Fit-for-55-Paket), die Ausweitung des Emissionshandels, neue Effizienzstandards, den Ausbau erneuerbarer Energien, einen CO₂-Grenzausgleich, und den Aufbau eines sozialen Klimafonds.

3 Das *KSG* legt jährliche Emissionsziele für Sektoren fest, regelt die Überprüfung durch den Expertenrat für Klimafragen und verpflichtet die Bundesregierung zur Nachsteuerung bei Zielverfehlungen.

4 Laut Simon Lammers (2023) trägt das deutsche Rahmenrecht bisher nicht in ausreichendem Maße dem Umstand Rechnung, „dass die nationale Energiewende in die europäische Energiewende eingebettet ist und dass die Energiewende mehr ist als die – wenn auch zweifelsohne grundlegende – Reduzierung der Treibhausgase.“ (Lammers 2023: 678) Trotz dieser Defizite sieht aber auch das *KSG* regelmäßige Überprüfungsrounds und Maßnahmen zur Politikplanung vor.

Gebäude, mangelnde Strukturinvestitionen und eine unzureichende Absicherung bisher erreichter konjunkturbedingter Reduktionen. Hinzu kamen ungünstige Kontextbedingungen, die eine Abnahme der Dynamik des Treibers befürchten ließen.

Bilanz der Ampel: Zwischen Beschleunigung und Stillstand

Bevor wir diese Prognose prüfen, lässt sich zunächst festhalten, dass die Klimaschutzbilanz der Ampelregierung im Rückblick durchaus einige wichtige Fortschritte vorweisen kann. Im Zuge der verschiedenen Maßnahmenprogramme wurde ein immer engermaschigeres Korsett aus politischen und rechtlichen Instrumenten geschaffen, das Klimaschutz in zahlreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen verankert (UBA 2025). Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung stieg deutlich und erreichte 2024 nach Abschaltung der letzten Atomkraftwerke 54 Prozent, nach zuvor 52,5 und 46,3 Prozent (Fraunhofer ISE 2025). Auch das Zubau-tempo bei erneuerbaren Energien konnte nach einer Phase schwacher Ausbauwerte unter den Vorgängerregierungen stark erhöht werden und erreichte bei der Photovoltaik einen neuen Rekordwert von 16,2 GW (2023: 14,4 GW), bei der Windkraft eine Verdopplung auf 15 GW (2023: 7,7 GW) (Bundesnetzagentur 2025). Die Treibhausgasemissionen sanken kontinuierlich und teils sehr deutlich: Im Jahr 2024 um 3 Prozent, in den Jahren zuvor um 10,1 Prozent und um 1,9 Prozent (Agora Energiewende 2025). Insgesamt erreicht der Rückgang seit dem Basisjahr 1990 damit 48 Prozent.

Allerdings entfiel ein Großteil der jüngsten Emissionsminderungen auf die Energiewirtschaft, während die Sektoren Gebäude und Verkehr ihre Klimaziele zum vierten beziehungsweise fünften Mal in Folge verfehlten (Agora Energiewende 2025). Der Expertenrat für Klimafragen kritisierte daher schon in seinem 2023er Gutachten, dass der bisherigen Klimapolitik ein Gesamtkonzept fehle, das neben der Förderung neuer Energiequellen auch den Rückbau des fossilen Kapitalstocks, eine Reduktion klimaschädlicher Aktivitäten und eine Strategie für soziale Gerechtigkeit vorsieht (ERK 2023). Die zentrale Bedeutung einer Behebung dieser Leerstellen zeigte sich zuletzt in den weiterhin schleppenden und teils gegenläufigen Entwicklungen in den

Sektoren Industrie, Verkehr und Gebäude (Agora Energiewende 2025: 11–18) – diese besprechen wir auch in den Kapiteln Unternehmenshandeln und Konsummuster. Zudem stieg durch den Ausbau der Gasinfrastruktur im Zuge des Ukraine-Kriegs das Risiko neuer fossiler Lock-ins. Für die Absicherung bisheriger Reduktionen und weitere Dekarbonisierungsschritte sind massive Investitionen nötig, die die Ampelregierung aber aufgrund ihrer Uneinigkeit in der zentralen Frage einer Reform der Schuldenbremse nicht angehen konnte oder wollte (Agora Energiewende 2024b).

Klimaschutz im Schatten von Zeitenwende und Wirtschaftskrise

Wie sind die politischen Entwicklungen seither zu bewerten? In der Zusammenschau zeigt sich, dass unsere Prognose einer abnehmenden Treiberdynamik sich weitgehend bewahrheitet hat. Im bundesdeutschen Rahmen lässt sich die Zeit seit unserer letzten Analyse dabei in drei Perioden einteilen: Das letzte Jahr der Ampel, die Bundestagswahl und die ersten Monate der neuen Regierung.

Die erste dieser Perioden war gekennzeichnet durch zunehmende Spannungen in der Ampelkoalition, in denen Fragen des Umgangs mit der Schuldenbremse und Maßnahmen zum Klimaschutz regelmäßig Gegenstand öffentlich ausgetragenen Dissenses wurden. Das Klimathema war auch im Zentrum einer Reihe weiterer medialer und gesellschaftlicher Kontroversen, etwa um die Aktionen der Letzten Generation, den Abschied vom Verbrennermotor, die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (siehe Abb. 10, sowie auch die Box 4) und die Bauernproteste gegen die Streichung von Agrardieselsubventionen. Insgesamt wurde der anfangs durchaus vorhandene klimapolitische Elan der Ampelregierung so deutlich ausgebremst. Das zeigt sich auch in der wichtigsten gesetzgeberischen Initiative zum Klimaschutz in dieser Phase: Die Verabschiedung der von Umweltverbänden stark kritisierten zweiten Novelle des Klimaschutzgesetzes, die die verbindlichen Sektorenhöchstziele aufweicht und so ein wichtiges Instrument aus der Hand gibt, um Zielverfehlungen im Transport- und Gebäudesektor zu korrigieren.

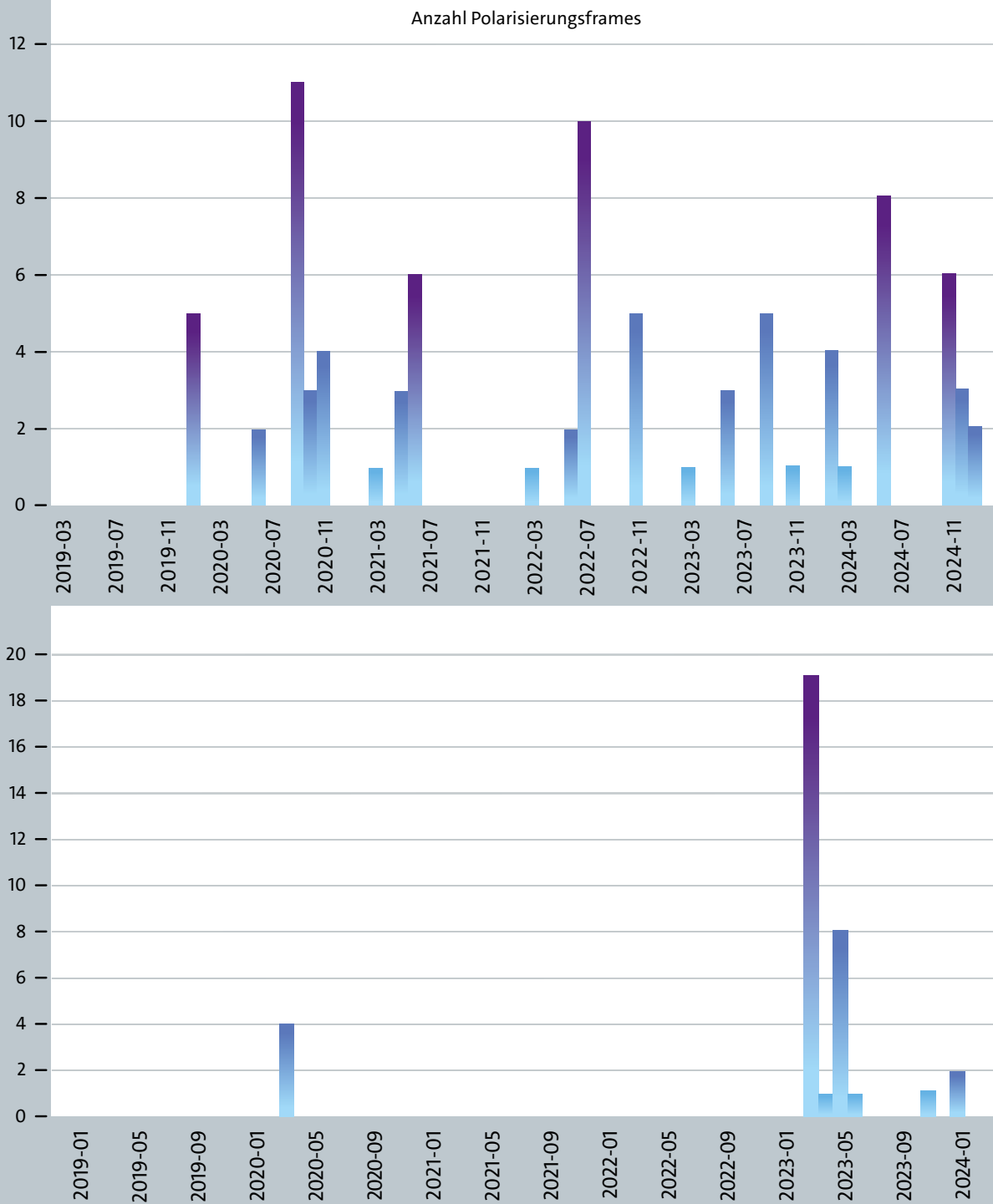


Abb. 10: Polarisierende Bundestagsdebatten zum Verbrenner-Aus (oben) und Gebäudeenergiegesetz (unten).
(eigene Untersuchung, zur Methode siehe Teil III).

Das obere Diagramm zeigt die Anzahl von „polarisierenden“, d. h. stark polemischen, konfrontativen oder kulturkämpferischen Wortmeldungen in Bundestagsdebatten zum Verbrennerverbot zwischen 20.03.2019 und 31.01.2025. Ein deutlicher Anstieg von Wortbeiträgen, die die Maßnahme scharf angreifen, erfolgte ab September 2020, als die AfD eine Sitzung zum „Verbrennerverbot“ beantragte und dieses als „absurd“ und „planwirtschaftliche Förderung von nicht wettbewerbsfähigen Elektroautos“ bezeichnete. Abgeordnete der CDU/CSU betonten in dieser Sitzung und später, Klimapolitik dürfe „kein Elitenprojekt“ sein und nicht über „Verbote“ gesteuert werden. Seither wird das Thema in Bundestagsdebatten regelmäßig in stark konfrontativer Weise verhandelt.

Das untere Diagramm zeigt die Anzahl von „polarisierenden“ Wortmeldungen in Bundestagsdebatten zum Gebäudeenergiegesetz zwischen 30.01.2019 und 17.01.2024. Die GEG-Debatte zeigt erst am 15.03.2023 einen ersten markanten Höhepunkt. In dieser Sitzung („Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken“) rückte erstmals eine stark polemisierende Verbotsrhetorik in den Vordergrund: CDU/CSU warfen der Ampel „Verbotspolitik“ vor, die AfD sprach von einer „totalitären Idee des Wirtschaftszerstörungsministers“ und einem „sozialistischen Experiment“.

In der zweiten Periode, dem kurzen Wahlkampf zu Beginn des Jahres 2025, zeigte sich der Bedeutungsverlust des Klimathemas besonders deutlich. Während der „Klimawahl“ im September 2021 war Klimaschutz nach großen Fridays for Future Protesten, dem Hungerstreik der Letzten Generation und der Ahrtaflut noch verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und wurde in Umfragen regelmäßig als zentrales Wahlmotiv genannt. Dies spiegelte sich in den Wahlprogrammen wider: Neben den Grünen und der Linken betonten auch die SPD, die CDU/CSU und die FDP ihre Pläne im Bereich des Klimaschutzes. Bei der aktuellen Wahl rückten hingegen andere Themen wie die „Zeitenwende“ als Antwort auf neue globale Bedrohungslagen, die Unterstützung der lahmenen Wirtschaft und die Eindämmung der Migration in den Vordergrund. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass sich die Prioritäten der Wählerinnen und Wähler verschoben haben (Neligan und Diermeier 2025): Immerhin noch jede*r Vierte erachtet Klimaschutz als eines der drei wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung. Während 2021 noch 76 Prozent angaben, dass sie bereit wären, für zukünftige Generationen ihren Konsum einzuschränken, sind es 2025 noch 68 Prozent. 62 Prozent sind der Meinung, dass Klimaschutz auch aus Gründen der Wohlstandserhaltung notwendig ist (2021: 77 Prozent). Und einen Wegfall von Industriearbeitsplätzen im Rahmen der Klimawende finden nur noch 31 Prozent akzeptabel – 2021 waren es beachtliche 44 Prozent.

Während des Bundestagswahlkampfes wurden bestehende Klimaregelungen und -ziele wiederholt infrage gestellt, insbesondere von Vertreter*innen der AfD, FDP sowie CDU/CSU. Die Union unter Friedrich Merz kündigte etwa an, den Heizungsgesetz-Kompromiss sowie das geplante europaweite Verbrenner-Aus im Jahr 2035 zurücknehmen zu wollen. Laut Wahlprogramm-Check des Deutschen Klimakonsortiums – das die Pläne der Parteien anhand wissenschaftsgestützter Kriterien hinsichtlich ihres Beitrags zum Erreichen der Klimaziele bewertet – spiegelt sich diese Verschiebung im politischen Diskurs auch in den Wahlprogrammen wider: Die Pläne der Grünen und der Linken zeigten laut dieser

Analyse im Vergleich die höchsten Klimaambitionen (siehe Abb. 11). Die Programme der Union und der SPD hingegen wurden in zahlreichen Punkten als weniger ambitioniert bewertet. Die FDP steht laut DKK für einen klaren Rückschritt in den meisten Bereichen, ebenso das BSW, während die AfD Klimapolitik grundsätzlich verweigere (Santarius und Weissenberger 2025).

Das Ergebnis der Wahl deutet auf eine Veränderung der Prioritäten von Wählerinnen und Wählern an, die sich auch in der Politik der neuen Bundesregierung niederschlagen dürfte: Die Grünen, deren Wahlprogramm mit am positivsten abschneidet, verloren rund drei Prozentpunkte – ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu ihrem Höhenflug 2021, als das Klimathema dominierte. Die AfD hingegen, die Klimapolitik rundweg ablehnt, verdoppelte ihr Ergebnis auf fast 21 Prozent.

Die dritte Phase ist geprägt durch die Koalitionsverhandlungen und die ersten Monate der neuen Bundesregierung. Insgesamt lässt sich festhalten, dass Klimaschutz – wie schon die Wahlprogramme erahnen ließen – nicht im Fokus der Koalition aus SPD und CDU/CSU steht. Dennoch gab es kurz nach der Wahl eine wichtige Maßnahme im Sinne der Klimawende: Noch mit den Stimmen des alten Bundestags wurde eine Reform der Schuldenbremse beschlossen, durch die Bund und Länder künftig zusätzliche Ausgaben tätigen dürfen, ohne sie an die Schuldenbremse anzurechnen. Dies betrifft Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit (ab einem Prozent des BIP) sowie ein schuldenfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und ... zur Erreichung der Klimaneutralität“ (Art. 143h GG), von denen 100 Milliarden direkt an die Länder und weitere 100 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds fließen. Zustand gekommen ist diese Verankerung einer Klimaschutzkomponente insbesondere auf Druck der Grünen Partei, deren Abgeordnete ihre Zustimmung zu der nötigen Verfassungsänderung von der Aufnahme eines Passus zum Klimaschutz abhängig machten.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Freie Demokraten, FDP	Bündnis Sarah Wagenknecht	AFD
Treibhausgasneutralität bis 2045	●	●	●	●	●	●	●
Zwischenziel – 90 Prozent bis 2040	●	●	●	●	●	●	●
Zwischenziel – 65 Prozent bis 2030	●	●	●	●	●	●	●
Wiedereinführung verbindlicher Sektorziele	●	●	●	●	●	●	●
Neue Maßnahmen für alle Sektoren	●	●	●	●	●	●	●
Investitionen in grüne Infrastrukturen	●	●	●	●	●	●	●
Maßnahmen für sozial gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
Festhalten am Kohleausstieg	●	●	●	●	●	●	●
Festhalten am Gebäudenergiegesetz	●	●	●	●	●	●	●
Festhalten am Verbrennerverbot	●	●	●	●	●	●	●
Festhalten am Emissionshandel 2	●	●	●	●	●	●	●
Ausstieg aus Erdgas beschließen	●	●	●	●	●	●	●

● = DKK-Forderungen weitgehend erfüllt, ● = teilweise erfüllt, ● = nicht erfüllt, ● = Thema nicht genannt

Abb. 11: Klima-Check von Wahlprogrammen des Deutschen Klima-Konsortiums. Die Abbildung zeigt die Ergebnisse einer Analyse der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2025 durch das deutsche Klimakonsortium, durchgeführt durch Santarius und Weissenberger (2025)

In der dreiseitigen Präambel des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung⁵ kommt Klimaschutz nicht vor. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 wird in einem eigenen Unterkapitel ab Seite 28 zwar bekräftigt, darüber hinaus werden jedoch kaum neue Impulse gesetzt. Existierende Maßnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien, zum Deutschlandticket und zur CO₂-Bepreisung sollen beibehalten werden, außerdem soll „in begrenztem Umfang“ auf Emissionszertifikate aus Maßnahmen in außereuropäischen Ländern gesetzt werden. Das Heizungsgesetz in seiner jetzigen Form solle

abgeschafft und durch ein neues Gesetz ersetzt werden (S. 24). Wichtige Sektoren wie Verkehr und Gebäude, in denen laut der Gutachten von UBA und Expertenrat dringender Handlungsbedarf besteht, werden nicht eingehender adressiert. Stattdessen enthält der Koalitionsvertrag eine Reihe von Ankündigungen – die Erhöhung der Pendlerpauschale, die Wiedereinführung der Subvention für Agrardiesel, die Ausweitung der Gasförderung im Inland – die dem Erreichen der Klimaneutralität eher entgegenstehen dürften. Auch von einem „Klimageld“ zum Ausgleich der sozialen Härten der künftigen

⁵ CDU, CSU und SPD. 2025. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. <https://www.koalitionsvertrag2025.de/>

Ausweitung des europäischen Emissionshandels EU-ETS 2 auf die Sektoren Verkehr und Gebäude (ab 2027) ist im Koalitionsvertrag nicht die Rede.

Institutionell wurde Klimapolitik zurück in das Bundesumweltministerium verlagert, das von Carsten Schneider von der SPD geführt wird. Die CDU Politikerin Katherina Reiche, vormals Vorstandin einer Tochterfirma des Energiekonzerns E.ON und Lobbyistin für den Verband kommunaler Unternehmen, wurde Ministerin für Wirtschaft und Energie. Damit fallen zentrale Fragen der Energiewende wieder in die Zuständigkeitsbereiche unterschiedlicher Ressorts. Da sich Ministerin Reiche schon in ihren ersten Reden gegen einen „Zwang zur Wärmepumpe“, für „Technologieoffenheit“ und den zügigen Bau von Gaskraftwerken starkgemacht und damit existierende Maßnahmen infrage gestellt hat, droht zumindest eine Phase politischer und regulatorischer Unsicherheit, schlimmstenfalls ein Rückbau bisheriger politischer und rechtlicher Instrumente zum Klimaschutz.⁶ Auch die Ankündigung, die Einspeisevergütung für neue Solaranlagen zu streichen, wurde kritisiert. So warnt etwa der Clean Energy Wire, dass eine solche Reform im aktuellen Marktumfeld neue Unsicherheiten schaffen und damit den Ausbau verlangsamen dürfte.⁷

Europa: EU Green Deal und Taxonomie im Visier

Im Unterschied etwa zu den USA kennzeichnete die Klimapolitik der Europäischen Union bisher eine vergleichsweise große Stabilität und geringe Politisierung, die einen kontinuierlichen Aufbau von Institutionen und Regelungen erlaubte (Wendler 2024). Diese Kontinuität setzte sich im letzten Jahr zunächst fort, sodass die umfangreichen Gesetzesvorhaben im Rahmen des „Fit for 55“ Pakets, das die Umsetzung des EU Green Deal sicherstellen soll, ungeachtet politischer Turbulenzen weitgehend abgeschlossen werden konnten. Darunter fällt auch die geplante Stärkung und Ausweitung des europäischen Emissionshandels und ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus für Importe aus Ländern ohne vergleichbare Klimapolitik (Agora Energiewende 2024a: 101).

Zudem besteht mit der Trias aus EU-Nachhaltigkeitstaxonomie, Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) und Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) ein integriertes Offenlegungssystem, das Nachhaltigkeitskriterien entlang der gesamten Wertschöpfungskette standardisiert – von der Unternehmensberichterstattung über die Kapitalmarktcommunication bis hin zur

Produktbewertung (Busch 2023, Viñes Fiestas 2023). Dieses Regulierungspaket bildet das zentrale Rückgrat der EU-Strategie zur Lenkung von Kapitalströmen in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Trotz Kritik – u. a. am Fehlen eines Ausstiegsplans für fossiles Gas und seiner Einstufung bzw. Förderung im Rahmen der EU-Taxonomie sowie des EU-Legislativpakets zu Wasserstoff und dekarbonisierten Gasen – wurden damit bedeutende Meilensteine erreicht.

Insbesondere seit den Europawahlen 2024 lässt sich aber auch in Europa ein Rückgang klimapolitischer Ambition feststellen. Die neue EU-Kommission von der Leyen II scheint willens, Regulierungen und Berichtspflichten deutlich abzuschwächen. Der im Januar 2025 veröffentlichte „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ priorisiert Innovation, industrielle Dekarbonisierung und Sicherheit, während Klimaschutz im politischen Fokus zurücktrat. Im Februar 2025 legte die EU dann zwei „Omnibus-Pakete“ vor, die Bürokratie abbauen und den regulatorischen Aufwand verringern sollen. Laut Kommission könnten dadurch jährlich 6,3 Milliarden Euro Verwaltungskosten eingespart und bis zu 50 Milliarden Euro für andere politische Prioritäten mobilisiert werden. Erklärtes Ziel ist der Abbau von Bürokratie und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Dazu sollen die Berichtspflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) erheblich eingeschränkt werden: Künftig wären nur noch Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten zur Offenlegung ihrer Umwelt- und Sozialauswirkungen verpflichtet. Damit entzieht sich ein Großteil der europäischen Wirtschaft, darunter viele Firmen mit erheblichem CO₂-Fußabdruck, einer öffentlichen Nachhaltigkeitskontrolle. Auch die EU-Taxonomie verliert massiv an Wirkung: Unternehmen mit weniger als 450 Mio. Euro Jahresumsatz, die bisher über 80 Prozent der erfassten Unternehmen ausmachen, sollen künftig nicht mehr berichten müssen. Auch Klimatransitionspläne müssten laut den Plänen nicht mehr verpflichtend umgesetzt werden. Europäische Jurist*innen kritisierten in einem offenen Brief, dass dies die Rechtsverbindlichkeit zentraler Nachhaltigkeitsverpflichtungen infrage stelle und das Erreichen des EU-Klimaziels für 2050 untergrabe.⁸ Insgesamt steht der Omnibus-Vorschlag für eine Abkehr von verbindlicher Klimapolitik im Namen der Wettbewerbsfähigkeit.

6 Siehe hierzu die Analyse der Pläne der Ministerin Reiche im Blog von Rico Grimm: <https://www.cleantech.ing/p/die-energiewende-prokrastination-droht-efe24dde96ce884a>;

7 Kyllmann, Carolina. 2025. *German econ min considers phasing out subsidies for new small-scale solar PV*. Clean Energy Wire, 12. August. Verfügbar unter: <https://www.cleanenergywire.org/news/german-econ-min-considers-phasing-out-subsidies-new-small-scale-solar-pv>

8 Ben Mariem, Salma. 2025. *Legal scholars claim EU Omnibus directive undermines sustainability rules and increases corporate liability risk*. *Jurist*, 10. Mai. Verfügbar unter: <https://www.jurist.org/news/2025/05/legal-scholars-claim-eu-omnibus-directive-undermines-sustainability-rules-and-increases-corporate-liability-risk/>

Vorläufige Wirkungsabschätzung

Eine zentrale Referenz für die Bewertung der Wirkung klimapolitischer Regulierungen in Deutschland bilden die Projektionsberichte des Umweltbundesamts (UBA) sowie die Prüfberichte des Expertenrats für Klimafragen. 2024 kam das UBA erstmals zu dem Ergebnis, dass das gesetzlich verankerte Ziel einer Treibhausgasreduzierung von 65 Prozent bis 2030 mit den derzeitigen Maßnahmen erreichbar sei (UBA 2024). Gleichwohl warnte die Behörde, dass das übergeordnete Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 aufgrund des anhaltenden Rückstands in den Sektoren Verkehr und Gebäude nicht in Reichweite sei. Auch der Expertenrat für Klimafragen stellt in seinem Prüfbericht zu den Projektionsdaten 2025 keine Überschreitung des Emissionsbudgets für 2021–2030 fest, sondern prognostiziert eine „ungefähre Punktlandung“ (ERK 2025: 156). Damit entfällt zunächst die Pflicht, zusätzliche Maßnahmen zur Nachsteuerung gemäß § 8 Bundes-Klimaschutzgesetz (der sogenannte „Auslösemechanismus“) zu ergreifen.

Allerdings offenbaren die Detailanalysen mehrere strukturelle Defizite und Zielverfehlungen, die den Gesamtausblick deutlich trüben:

- ▶ **Verfehlung des 2030-Ziels:** Die angestrebte 65-prozentige Emissionsminderung wird gemäß aktualisierter Projektionen knapp verfehlt; erreicht werden voraussichtlich nur 63 Prozent. Zudem wird der zwischen 2021 und 2024 aufgebaute Emissionspuffer durch höhere Emissionen in der zweiten Dekade (2025–2030) nahezu vollständig aufgebraucht.
- ▶ **Strukturelle Defizite in Verkehr und Gebäuden:** Diese beiden Sektoren verfehlen ihre Ziele wiederholt und signifikant. Dadurch droht auch eine deutliche Verfehlung der EU-Verpflichtungen im Rahmen der Effort Sharing Regulation (ESR) – konkret ab dem Jahr 2024 bis 2030.
- ▶ **Belastung der EU-Bilanz:** Die deutsche Zielverfehlung wirkt sich spürbar negativ auf die gesamteuropäische Bilanz aus. Das EU-weit vereinbarte Ziel des Lastenausgleichs ESR von –40 Prozent bis 2030 wird voraussichtlich um zwei Prozentpunkte verfehlt, maßgeblich verursacht durch ein deutsches Defizit von rund 224 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Besonders kritisch: Im Verkehrsbereich wurden bis heute kaum wirksame Maßnahmen verabschiedet, obwohl zentrale Handlungsoptionen längst identifiziert sind. Wird das nationale ESR-Ziel verfehlt, ist Deutschland verpflichtet, Emissionsrechte von anderen EU-Mitgliedstaaten zu erwerben.⁹
- ▶ **Zielverfehlungen nach 2030:** Auch über das Jahr 2030 hinaus sind Zielverfehlungen absehbar, insbesondere im Hinblick auf das Zwischenziel für 2040 und das Endziel der

THG-Neutralität bis 2045. Verschärft wird diese Entwicklung durch den Landnutzungssektor (LULUCF), der mittlerweile keine Netto-Senke mehr darstellt, sondern zum Emittenten geworden ist.

- ▶ **Sektorkopplung hinkt Zielen hinterher:** Während alle Transformationsszenarien einen starken Anstieg der Elektrizitätsnachfrage insbes. im Verkehr und Gebäuden vorsehen, bleibt dieser bisher aus. Eine Dekarbonisierung dieser Sektoren ohne Elektrifizierung (E-Autos, Wärmepumpen) ist aber kaum möglich.

Das Gutachten des Expertenrats (2025) verdeutlicht, dass durchaus vorhandene Fortschritte hinsichtlich der Emissionsminderung nicht über tiefgreifende strukturelle Versäumnisse hinwegtäuschen dürfen, die die Perspektiven zukünftiger Dekarbonisierungsschritte verengen. Auch die Geschwindigkeit der Emissionsminderungen müsse deutlich gesteigert werden: Diese sanken zwischen 2010 und 2019 jährlich um rund elf Millionen Tonnen, von 2019 bis 2023 dann im Schnitt schon 26 Millionen Tonnen. Um 2030 das 65-Prozent-Ziel zu schaffen, müssten die Emissionsminderungen aber um 39 Millionen Tonnen pro Jahr sinken, also etwa anderthalbmal so stark wie bisher.

Kontext: Wachsender Gegenwind und Zuspitzung von Konfliktlagen

Ob eine Schließung der identifizierten Umsetzungslücke in der deutschen Klimapolitik realistisch zu erwarten ist, lässt sich nur auf Grundlage einer Zusammenschau relevanter ermöglichender und hemmender äußerer Bedingungen und ihrer Entwicklung abschätzen. Die wichtigsten Kontextfaktoren für die deutsche und europäische Klimapolitik haben wir im ersten Klimawende Ausblick (2024) identifiziert. Darunter fallen insbesondere Entwicklungen in der globalen Politik, Trends in Energietechnologien und ihren Kosten, der Aus- oder Abbau staatlicher Steuerungskapazitäten, sowie gesellschaftspolitische Konfliktlagen, mediale Diskurse und Fokusereignisse. Viele dieser Kontextbedingungen standen am Anfang der 2020er Jahre zeitweise günstig, verschlechterten sich jedoch seitdem erheblich.

In der globalen Politik ist das Momentum der erfolgreichen Klimakonferenz COP21 in Paris seit 2015 inzwischen weitgehend abgeflaut. Zwar weckte der Beschluss eines „Übergangswegs von fossilen Brennstoffen“ auf der COP28 in Dubai 2023 (CarbonBrief 2023), sowie der 2022 in den USA verabschiedete Inflation Reduction Act Hoffnungen auf eine neue globale Ära grüner Industriepolitik (New Economics Foundation 2023). Allerdings blieb die globale Nachfrage nach fossilen Energien ungebrochen. Zudem wurde die positive Dynamik im Zeitverlauf zunehmend ausgebremst durch die Zunahme geopolitischer Spannungen, den Ausbruch von Kriegen

9 In begrenztem Umfang ist auch das Vorziehen von Minderungsanteilen für das Folgejahr möglich.

in der Ukraine und in Gaza, und die erneute Wahl von Donald Trump als US-Präsident. Dieser ordnete sogleich den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen an, leitete die Streichung der unter Biden eingeführten Programme zur Finanzierung der Transformation ein, und stürzte die globale Klimapolitik in eine tiefe Krise (siehe Treiber Globale Klimagovernance).

Positiv ins Gewicht fällt im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungen die starke Dynamik im Bereich

der erneuerbaren Energien. Fallende Kostenkurven (Abb. 12)¹⁰ bei erneuerbaren Energien und die Stabilisierung des europäischen CO₂-Preises auf einem vergleichsweise hohen Niveau von ca. 60–70 Euro pro Tonne veränderten die politische Ökonomie der Dekarbonisierung grundlegend (Agora Energiewende 2024a). Als Resultat war der Anteil fossiler Energien am Strommix der Europäischen Union im Jahr 2024 mit 29 Prozent so niedrig wie nie zuvor.¹¹

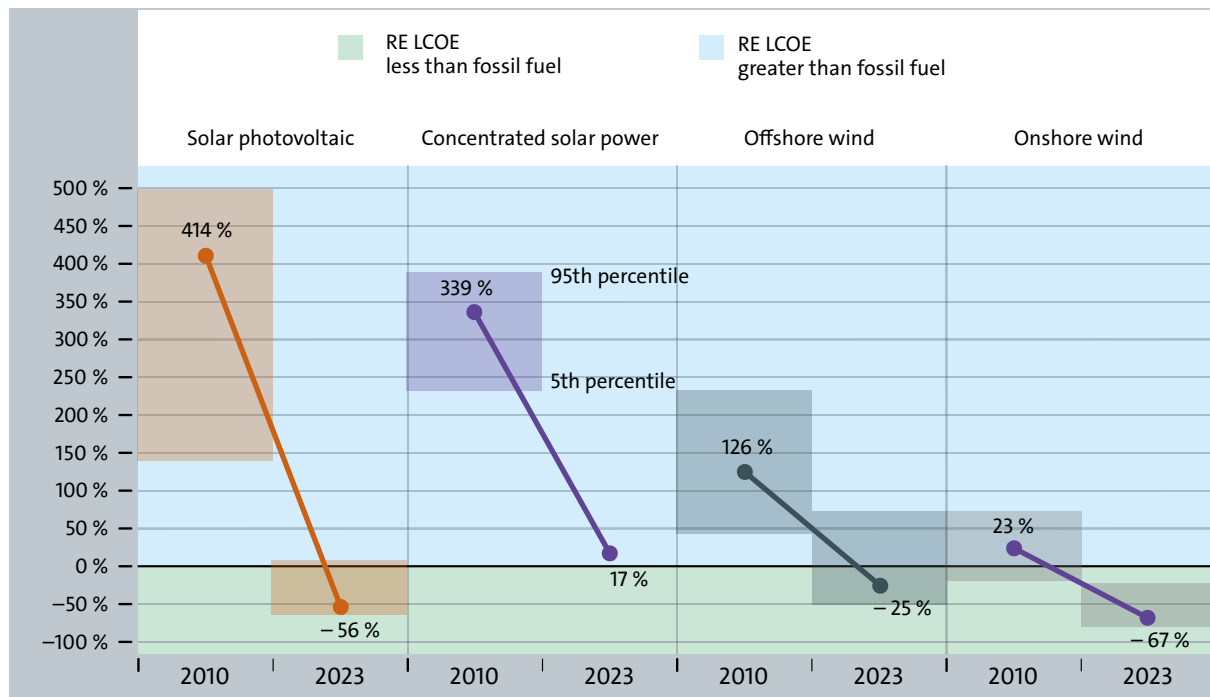


Abb. 12: Kostenentwicklung bei erneuerbaren Energien. Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Kosten (LCOE) verschiedener erneuerbarer Energien zwischen 2010 und 2023, laut IRENA (2024: 16)

Gleichzeitig erreichten die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 47,5 Prozent nahezu die Hälfte des Strommixes. Besonders stark war der Ausbau der Solarenergie, die 2024 rund 11 Prozent zur Stromversorgung beitrug – ein Zuwachs von über 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Windkraft machte etwa 17 Prozent aus, ergänzt durch Wasserkraft und Bioenergie. Demgegenüber steht allerdings ein vorhersehbarer Anstieg der Energienachfrage durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und den Ausbau militärischer Kapazitäten.¹²

In der letzten Analyseperiode wurden staatliche Steuerungskapazitäten für Industriepolitik durch das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse¹³ und die Aufweichung der Sektorenziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes beschnitten.¹⁴ In der Folge wurde die Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen wieder zu einem politischen Konfliktfeld, und lokale Umsetzungskapazitäten wurden teilweise zurückgebaut. Problematisch war auch die restriktive Auslegung der Defizit- und Schuldenregelungen im europäischen

10 Bei Solar PV sind die Modulkosten seit Anfang 2023 halbiert worden, was zwar kurzfristig gut für die Zubaugeschwindigkeit ist, mittelfristig aber zu einem Kahlschlag bei den Hersteller führen könnte (REN21 2025: 30)

11 Ember. 2025. European Electricity Review 2025. <https://ember-energy.org/latest-insights/european-electricity-review-2025/>

12 So rechnet etwa das Öko-Institut in seiner Studie *Umweltauswirkungen künstlicher Intelligenz (2025)* mit einer Verdoppelung des Energiebedarfs von Rechenzentren in Deutschland bis 2030: <https://www.oeko.de/news/presse-meldungen/ki-auf-kosten-des-klimaschutzes-energiebedarf-von-rechenzentren-verdoppelt-sich-bis-2030/>.

13 Urt. v. 15.11.2023, Az. 2 BvF 1/22.

14 Seit der Novelle 2024 ist keine sektorspezifische Pflicht zur Nachsteuerung mehr vorgesehen. Stattdessen wird die Gesamtbilanz aller Sektoren betrachtet. Weichen diese in zwei aufeinanderfolgenden Jahren vom Reduktionspfad ab, muss die Bundesregierung ein nachsteuerndes Klimaschutzprogramm vorlegen.

Kontext (New Economics Foundation 2023). Hier ist Bewegung in die Situation gekommen: Die neue Bundesregierung hat im März 2025 ein umfassendes Schuldenpaket beschlossen, das erhebliche Auswirkungen auf den Klimaschutz hat. Kernstück ist ein im Grundgesetz verankertes Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro, das Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglicht. Von diesem Betrag sind 100 Milliarden Euro fest für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) vorgesehen, der zusätzliche Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Förderung klimafreundlicher Technologien finanziert.

Hinsichtlich der Resonanzfähigkeit von Klimaschutz in der Bevölkerung, ergibt sich ein uneinheitliches Bild (siehe Kapitel 3.1). Einerseits erscheint die grundsätzliche Zustimmung für Klimaschutz nach wie vor als vergleichsweise hoch und mittelfristig auch als weitgehend stabil. In Meinungsumfragen nennt eine Mehrheit der Bundesbürger*innen den Klimawandel regelmäßig als eines der wichtigsten politischen Probleme, und befürwortet die meisten Klimaschutzmaßnahmen. Allerdings ist Klimaschutz in der relativen Wichtigkeit zuletzt deutlich hinter andere Themen zurückgefallen (UBA 2025, 2023, More in Common 2024). Auch die Medienberichterstattung zum Thema zeigt nach einem sehr starken Anstieg 2019 seit dem Sommer 2023 wieder eine Abnahme (Siehe Kapitel 3.1). Diese Entwicklungen sind eng verknüpft mit einer Zuspitzung gesellschaftspolitischer Konfliktlagen rund um das Klimathema (Mau et al. 2023, Eversberg et al. 2024).

Auf Ebene der Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse fällt ins Gewicht, dass soziale Bewegungen wie Fridays for Future und die Letzte Generation zuletzt zunehmend unter Druck geraten sind (siehe Treiber Klimabewegung). Seit Herbst 2023 zeugten kontroverse Debatten um das Gebäudeenergiegesetz, Bauernproteste gegen die Kürzung von Agrardieselsubventionen, und eine Häufung verbaler und physischer Attacken auf Klimaaktivist*innen von zunehmendem gesellschaftlichen Gegenwind gegen die Klimawende. Die Europa- und Landtagswahlen im Jahr 2024 führten zu einem Erstarken rechtsextremer Parteien mit anti-ökologischer Agenda. Auch Politiker*innen der CDU und der CSU profilierten sich vermehrt durch öffentliche Kritik an Klimaschutzmaßnahmen. Demgegenüber stehen zwar nach wie vor breite gesellschaftliche Unterstützernetzwerke wie das 2007 gegründete zivilgesellschaftliche Bündnis Klima-Allianz Deutschland. Dennoch verengen die abnehmende Resonanz und Zuspitzung von Konflikten den gesellschaftlichen Möglichkeitsraum für Klimapolitik erheblich.

Hinzu kommt ein deutlich zu beobachtende Diskursverschiebung: Während Klimaschutz und die Bewältigung der Klimakrise nach 2019 zentrale Themen politischer und medialer Debatten waren, dominieren inzwischen andere Schlagworte wie Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau die Agenda. Diese Verschiebung zeigt sich besonders deutlich auf europäischer Ebene: Die Kommission bewirbt ihre jüngsten Gesetzesinitiativen – etwa das sogenannte „EU-Omnibus“-Paket – als Vereinfachung und Bürokratieabbau. Kritiker*innen warnen vor einem „als Vereinfachung getarnten Nachhaltigkeitsabbau“¹⁵. Maßnahmen wie die Verwässerung von Berichtspflichten oder die Aufweichung von Klimazielen zugunsten unternehmerischer Entlastung markieren einen diskursiven und politischen Paradigmenwechsel. Befeuert wird diese Entwicklung auch aus den USA, wo die zweite Präsidentschaft von Donald Trump unter dem Thema der *Energy Dominance* steht und eine uneingeschränkte Förderung aller verfügbarer Energiequellen in einem globalen Wettrennen um die Vorherrschaft im Bereich der künstlichen Intelligenz propagiert.

Zuletzt bleibt anzumerken, dass zwei anstehende politische Ereignisse Gelegenheiten für klimapolitisches Agenda-Setting bieten: Dazu zählt erstens die COP30 in Belém in Brasilien, die im Gegensatz zur letzten Klimakonferenz im Erdölstaat Aserbaidschan wieder Anlass für positive Berichterstattung zu Klimathemen bieten könnte, sowie die Debatte rund um das neue Klimaschutzprogramm, das laut Bundes-Klimaschutzgesetz spätestens zwölf Monate nach Beginn einer Legislaturperiode vorgelegt werden muss.

15 CEPS, The EU's sustainability rollback is a retreat disguised as simplification, 27.2.2025, URL: <https://www.ceps.eu/the-eus-sustainability-rollback-is-a-retreat-disguised-as-simplification/>

Dynamik	Kontextbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Emissionen rückläufig, mögliche Punktlandung zu 2030, aber weiterhin Ziellücke zu 2045 ▶ Starke Dynamik bei Erneuerbaren ▶ Stillstand bei Verkehr und Gebäuden ▶ „EU-Omnibus“ zur Aufweichung von Berichtspflichten für Unternehmen ▶ Angekündigte Rücknahmen wichtiger Klimaregulierungen ▶ Klima nicht zentral in Koalitionsvertrag ▶ Fehlendes soziales Korrektiv beim Klimaschutz 	Globale Politik	<ul style="list-style-type: none"> ● Weltpolitische Konflikte und Stillstand in der globalen Klimapolitik ● Klimapolitischer Rückbau in den USA
	Politische Ökonomie	<ul style="list-style-type: none"> ● Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien ● Kommende Ausweitung des EU-ETS ● Steigender Energiebedarf durch Aufrüstung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz
	Staatskapazität	<ul style="list-style-type: none"> ● Schuldenpaket mit Klimaschutzkomponente ● Fehlende Verbindlichkeit der Sektorenziele im Bundes-Klimaschutzgesetz ● Klimaschutz wieder aufgeteilt zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium, verliert an Gewicht
	Resonanz	<ul style="list-style-type: none"> ● weiter breite grundsätzliche Unterstützung für Klimaschutz ● starke Abnahme der Zustimmung unter Jugendlichen, in einigen Regionen und sozialen Gruppen ● Abnahme der medialen Aufmerksamkeit für Klima ● Fehlender sozialer Ausgleich in der Umsetzung
	Kräfteverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> ● Krise der Klimabewegung ● Bundestagswahl schwächt Klimaschutz ● Neue Regierung ohne klimapolitisches Profil
	Fokusereignisse	<ul style="list-style-type: none"> ● COP30 in Belém bietet Potential für mediales und politisches Agenda-Setting ● Debatte über neues Klimaschutzprogramm

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●, gleichbleibende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ●.

Tabelle 3: Entwicklungen in Dynamik und Kontextbedingungen von deutscher Klimapolitik

Bewertung: Ein steigendes Risiko klimapolitischer Rückschritte

*Der Treiber deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen trägt aktuell **teilweise** zur Klimawende in Deutschland bei, allerdings bestehen erhebliche Umsetzungslücken, die behoben werden müssten, wenn Deutschland seine Klimaziele einhalten soll. Aktuelle Kontextbedingungen lassen aber keine rasche Behebung der strukturellen Versäumnisse und keine Beschleunigung der Minderungsraten erwarten. Sie weisen im Gegenteil auf das steigende Risiko klimapolitischer Rückschritte hin.*

Vordergründig zeigt sich zunächst ein ambivalentes Bild: Während klimapolitische Ambitionen auf deutscher und europäischer Ebene ins Stocken geraten, treiben existierende Regulierungen, sowie Kostensenkungen im Bereich der Erneuerbaren – den Umbau der Energieversorgung voran. Diese Dynamik birgt Chancen, sie provoziert aber auch neue soziale Konfliktlinien.

Das geplante Schuldenpaket der Bundesregierung eröffnet prinzipiell neue fiskalische Spielräume, auch für überfällige Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur. Doch angesichts wachsender sicherheits- und wirtschaftspolitischer Prioritäten, etwa infolge der Zeitenwende und des avisierten 5 Prozent-Ziels für Verteidigungsausgaben im Rahmen der NATO, ist zu erwarten, dass erheblicher Verteilungsdruck auf diese Mittel entstehen wird. Ohne gezielten gesellschaftlichen Druck ist es daher kaum wahrscheinlich, dass Klimainvestitionen politisch durchgesetzt werden.

Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang, dass die aktive Trägerschaft durch soziale Bewegungen zuletzt deutlich zurückgegangen ist – messbar etwa an der sinkenden Mobilisierungskraft von Demonstrationen oder an der geringeren Präsenz in öffentlichen Debatten. Diese Entwicklung schwächt das gesellschaftliche Rückgrat ambitionierter Klimapolitik. Hinzu kommt: Wo die Transformation nicht unter Berücksichtigung von Verteilungswirkungen und gesellschaftlicher Teilhabe gestaltet wird, formieren sich Gegenbewegungen. Ohne ein klares soziales Korrektiv droht die gesellschaftliche Akzeptanz zentraler Maßnahmen zu erodieren.

Zunehmende soziale Schief lagen

Ein zentrales Versäumnis ist in dieser Hinsicht, dass im Koalitionsvertrag der neuen Regierung jeder Hinweis auf ein Klimageld oder einen ähnlichen sozialen Ausgleichsmechanismus fehlt, der die erwarteten Mehrbelastungen durch die Ausweitung des EU-Emissionshandels (EU-ETS 2) auf die Sektoren Gebäude und Verkehr ab dem Jahr 2027 abfedern könnte. Damit fehlt ausgerechnet in einem besonders sensiblen Bereich eine zentrale Stellschraube für sozialen Ausgleich und Akzeptanzsicherung. Politisch könnte das bedeuten, dass Klimaschutz künftig noch schärfer als Verteilungskampf ausgefochten wird, und dass die Klimawende noch stärker

als ideologisch getriebenes Elitenprojekt auf Kosten der einfachen Bürger dargestellt werden könnte.

In diesem Sinne könnten auch die fälligen Zahlungen für die absehbare Verfehlung des nationalen Ziels im Rahmen des europäischen Lastenausgleichs der Klimawende in Deutschland mittelfristig schaden. Solche „Strafzahlungen“ könnten leicht politisch skandalisiert und instrumentalisiert werden.

In der Summe erwarten wir daher, dass bestehende Umsetzungslücken in der Klimapolitik sich mittelfristig noch weiter vergrößern. Da angesichts dieser Zielverfehlung der rechtliche und politische Handlungsdruck steigt, zugleich aber die ungleichen Verteilungswirkungen der Klimawende sichtbar werden, dürften Konflikte rund um das Klimathema in nächster Zeit zunehmen. Damit steigt die Gefahr von **Blockade- und Eskalationskaskaden** aus Zielverfehlung, sozial unausgewogener Nachsteuerung, Backlash und Resonanzverlust – der wiederum zur weiteren Verzögerung der Klimawende instrumentalisiert werden kann. Solche Kaskaden könnten im Ergebnis zu größeren gesellschaftlichen Verwerfungen und klimapolitischen Rückschritten führen.

Wechselwirkungen

Der Treiber deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen stellt einen zentralen Schlüsselprozess der Klimawende dar, der nahezu alle anderen Treiber beeinflusst. Umgekehrt steht der politische Prozess auch im Fokus von gesellschaftlichen Mobilisierungen durch Klimaaktivist*innen und Gegner*innen von Maßnahmen, von rechtlichen Strategien in der Form von Klimaklagen, und von Lobbying durch Umwelt- und Unternehmens- und Verbraucherverbände.

Nicht emissionsbezogene Wirkungen von Klimapolitik umfassen vor allem rechtliche, institutionelle, finanzielle und diskursive Effekte. Rahmengesetzgebungen wie der EU Green Deal und das Bundes-Klimaschutzgesetz haben sich in den letzten Jahren als zentrales Instrument der Transformation etabliert – weniger durch unmittelbare Verpflichtungen als durch die Etablierung von Verfahren, Fristen und politischen Rechenschaftsstrukturen. Damit verbunden sind zunächst neue Rechtsgrundlagen und rechtliche Möglichkeiten für Klimaklagen. Der Trend zu rahmensetzender Gesetzgebung erklärt sich außerdem durch ihre Zukunfts Offenheit: Sie bindet sich nicht an konkrete technische Lösungen, sondern schafft einen prozeduralen Rahmen, in dem Akteur*innen zukünftig agieren können. Die transformative Kraft solcher Regelwerke hängt daher wesentlich von der Fähigkeit der politischen und gesellschaftlichen Akteure ab, diese Verfahren auch zu nutzen. Klimarecht wird so zu einem dynamisierenden Faktor der Transformation: Es verankert langfristige Ziele über Wahlperioden hinweg und schafft neue rechtliche Ressourcen, auf die Bewegungen, Gerichte, Verwaltungen und Parlamente zurückgreifen können.

Darüber hinaus beeinflusst Klimapolitik die Klimawende durch Förderprogramme, so etwa die kommunale Klimapolitik durch die Mittel der Nationalen Klimaschutzinitiative, sowie Unternehmenshandeln durch Hilfen für Transformationspläne, Carbon Contracts for Difference (CCfDs), Subventionen und Finanzhilfen im Rahmen des Klima- und Transformationsfonds und der Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (EEW), und regionale Strukturhilfen aus dem Just Transition Fund (JTF) der EU.

Die Auseinandersetzungen um das Gebäudeenergiegesetz und die Agrardieselförderung im Jahr 2024 haben jedoch auch deutlich gemacht, dass selbst ambitionierte Regelwerke ihre Wirkung verlieren, wenn die politische Kommunikation scheitert. Unabhängig von der Angemessenheit der Maßnahmen im Einzelnen untergräbt ein Mangel an Klarheit und strategischer Kommunikation die gesellschaftliche Unterstützung für die Klimawende. So brach der Absatz von Wärmepumpen im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr dramatisch ein – von 356.000 auf 193.000 Geräte.¹⁶ Die politische Unsicherheit, befeuert durch widersprüchliche Aussagen aus Reihen der Regierungskoalition sowohl im Wahlkampf als auch nach Amtsantritt, etwa zum Gebäudeenergiegesetz oder zum Verbrenner-Aus, führte zu einem Vertrauensverlust, der sich in abnehmender Investitionsbereitschaft bei Bürger*innen und Unternehmen niederschlug.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich im Bereich der Bürgerenergie. Energiegenossenschaften haben eine zentrale Rolle in der ersten Phase der Energiewende gespielt, dabei waren allerdings insbesondere einkommensstärkere Haushalte involviert (Radtke 2016, Mono 2018). Die Ampel-Regierung kündigte an, diese Beteiligungsform stärker zu fördern und für breitere Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Tatsächlich führte dies im Wärmebereich zu Neugründungen. Im Stromsektor hingegen kam die Dynamik nahezu zum Erliegen – nicht zuletzt infolge von Maßnahmen aus dem sogenannten Wachstumspaket 2024, etwa der Absenkung der Direktvermarktungsgrenze und der Einspeisevergütung bei negativen Strompreisen. So wurden im EEG 2023 die Anforderungen an Bürgerenergiegesellschaften verschärft (z. B. Mindestmitgliederanzahl von 10 auf 50 natürliche Personen). Auch die neue Legaldefinition von Bürgerenergiegesellschaften wird als zu restriktiv und wenig praxistauglich kritisiert.¹⁷ Es bleibt

abzuwarten, ob und wie die neue Bundesregierung in diesem Bereich neue Impulse setzt.

Klimapolitik beeinflusst außerdem die gesellschaftliche Resonanz und Trägerschaft der Klimawende. So wurde es etwa versäumt, sozial flankierende Maßnahmen für die Klimawende wie das lange angekündigte Klimageld umzusetzen, womit letztlich eine Erosion der gesellschaftlichen Resonanz in Kauf genommen wird. Stattdessen wurden durch das massive sicherheitspolitische Vorgehen gegen die Klimabewegung etwa in Lützerath die Möglichkeit versäumt, auf eine breite gesellschaftliche Allianz für schnelle und tiefe Dekarbonisierung hinzuwirken, die neben Politik und Umweltverbänden auch Bewegungsakteure einschließt.¹⁸ Ohne breite Allianzen erscheint eine umfassende Klimawende aber kaum realisierbar.

Handlungsoptionen

Mit Blick auf mögliche Interventionspunkte rückt zunächst die internationale Bühne in den Fokus: Die UN-Klimakonferenz COP30 im brasilianischen Belém bietet im Jahr 2025 die Gelegenheit für mediale Sichtbarkeit und klimapolitisches Agenda-Setting auch in Deutschland.

Auf europäischer Ebene eröffnet die geplante Einführung des neuen Emissionshandelssystems für Gebäude und Verkehr (ETS 2) im Jahr 2027 ein kritisches Zeitfenster. Die sozial-ökonomischen Auswirkungen dieser Maßnahme auf Mobilität, Wohnen und Alltagskosten machen die Notwendigkeit flankierender sozialer Ausgleichsmechanismen besonders deutlich. Eine vorausschauende Gestaltung der Rückverteilungsmechanismen – etwa durch einkommensabhängige Rückvergütungen („Klimageld“) – könnte nicht nur sozialen Ausgleich schaffen, sondern auch das Vertrauen in die Klimapolitik stärken und ihre gesellschaftliche Tragfähigkeit erhöhen.

Auf nationaler Ebene ergibt sich mit der im Klimaschutzgesetz (§9) verankerten Pflicht, innerhalb von 12 Monaten einer neuen Legislatur ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, eine Gelegenheit zur politischen Thematisierung und Mobilisierung rund um Fragen des Klimaschutzes. Dieses Programm muss nicht nur die Ziele für 2040 adressieren, sondern auch die Sektoren Landnutzung (LULUCF) und technische Senken einbeziehen – zwei

16 Bundesverband Wärmepumpe (2025): „Wärmepumpen: Markt geht auf 193.000 Geräte zurück, aber Vertrauen in die Förderung steigt“. Bundesverband Wärmepumpe.

17 Vgl. die Stellungnahme des Bundesverbands WindEnergie von September 2024, „Novellierung EnWG/EEG“, https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/04-politische-arbeit/01-gesetzgebung/20240910_BWE-Stellungnahme_EEG_EnWG_Referentenentwurf.pdf, S.17–19.

18 Holger Von Prittwitz's (1990) These zum „Katastrophenparadox“ in der Umweltpolitik besagt, dass die Interessen in dem Bereich zumeist asymmetrisch sind: Gut organisierten Interessen auf der Verursacherseite von Umweltproblemen stehen i.d.R. diffuse, schlecht organisierte Interessen auf Seite der Betroffenen gegenüber. Umso wichtiger ist es für erfolgreiche Umweltpolitik, so von Prittwitz, sich auf der Betroffenen Seite zu organisieren und breite Allianzen aus Bewegungen, Zivilgesellschaft und Politik zu bilden.

bislang strukturell unterbelichtete Handlungsfelder der Klimapolitik.

Im Rahmen sektorspezifischer Maßnahmen sollte insbesondere die Verkehrswende angegangen werden. Dabei können bekannte Handlungsoptionen zur Anwendung kommen – etwa ein Abbau fossiler Subventionen, eine konsequente Förderung alternativer Antriebe und des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, sowie eine Reform der Dienstwagenbesteuerung. Für Verkehr wie auch Wärme sind zudem Maßnahmen zur Elektrifizierung zentral.

Ein zentraler Hebel zur Förderung von Bürgerenergie und lokaler Wertschöpfung für die kommunale Klimawende wäre eine konsequente Förderung von *Energy Sharing*. Dies wird im neuen Koalitionsvertrag zwar als Ziel genannt, die Umsetzung ist bisher aber unklar.

Schließlich sollte zur erfolgreichen Umsetzung der Klimawende der Prozess der Politikplanung und damit die institutionelle Kapazität der Bundesregierung gestärkt werden. Dazu empfiehlt etwa der Expertenrat für Klimafragen das Vorziehen der Sperrfristen bei absehbaren Zielverfehlungen sowie die Einführung eines neuen Auslösemechanismus mit Bezug zum Ziel der THG-Neutralität, beispielsweise ab dem Jahr 2030 (ERK 2025: 24). Dies hätte zur Folge, dass die Planbarkeit für wirtschaftliche Akteure und Konsument*innen erhöht würde und die Mobilisierungspotentiale der Zivilgesellschaft genutzt werden könnten, um frühzeitig Zielverfehlungen zu korrigieren, und damit drohende Blockade- und Eskalationskaskaden zu durchbrechen.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut und Aitana Mollyk

Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende. 2024a. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2024*. Berlin: Agora Energiewende.
- Agora Energiewende. 2024b. *Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland. Finanzbedarfe und Politikoptionen*. <https://www.agora-energie-wende.de/publikationen/investitionen-fuer-ein-klimaneutrales-deutschland>.
- Agora Energiewende. 2025. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025*. Berlin: Agora Energiewende.
- Aykut, S. C. et al. 2024. *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1. Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen*. Universität Hamburg.
- Bundesnetzagentur. 2025. *Ausbau Erneuerbarer Energien 2024*: Bundesnetzagentur.
- Busch, D. 2023. *EU sustainable finance disclosure regulation*. *Capital Markets Law Journal* 18/3: 303–328.
- CarbonBrief. 2023. *COP28: Key outcomes agreed at the UN climate talks in Dubai, 13 December*.
- ERK. 2023. *Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023. Gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 3 Bundes-Klimaschutzgesetz: Expertenrat für Klimafragen (ERK)*.
- ERK. 2025. *Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 und zu den Projektionsdaten 2025*.
- Eversberg, D., M. Fritz, L. v. Faber, M. Schmelzer. 2024. *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Franzius, C. et al. 2025. *Transformatives Klimarecht: Raum, Zeit, Gesellschaft*. *Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht* 2/2025: 149–157.
- Fraunhofer ISE. 2025. *Öffentliche Stromerzeugung 2024: Deutscher Strommix so sauber wie nie*: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE.
- IRENA. 2024. *Renewable Power Generation Costs in 2023*. International Renewable Energy Agency.
- Lammers, S. 2023. *Die europäische Governance-Verordnung und das EU-Klimagesetz: Politikplanung und -koordinierung als Aufgabe des Rechts*. Schriften zum Umweltenergierecht. Band 37. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

- Mau, S., T. Lux, L. Westheuser. 2023. *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Millar, H., E. Bourgeois, S. Bernstein, M. Hoffmann. 2021. Self-reinforcing and self-undermining feedbacks in subnational climate policy implementation. *Environmental Politics* 30/5: 791–810.
- Mono, R. 2018. Zukunft der Bürgerenergie. *Handbuch Energiewende und Partizipation*: 1135–1145.
- More in Common. 2024. *Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht*. Berlin: More in Common.
- Neligan, A., M. Diermeier. 2025. *Klimaschutz: Zwischen Zeigefingermentalität und Zumutungsaversion*. Institut der deutschen Wirtschaft.
- New Economics Foundation. 2023. Beyond the bottom line. How green industrial policy can drive economic change and speed up climate action: New Economics Foundation.
- Polanyi, K. 1944. *The great transformation: the political and economic origins of our time*. null. Band null.
- Radtke, J. 2016. *Bürgerenergie in Deutschland*. Springer.
- Rosenbloom, D., J. Meadowcroft, B. Cashore. 2019. Stability and climate policy? Harnessing insights on path dependence, policy feedback, and transition pathways. *Energy Research & Social Science* 50: 168–178.
- Santarius, T., L. Weissenberger. 2025. *Klima-Check von Wahlprogrammen*. DKK.
- UBA. 2023. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Berlin: Umweltbundesamt.
- UBA. 2024. *Treibhausgas-Projektionen 2024 – Ergebnisse kompakt*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- UBA. 2025. *Instrumente für die Treibhausgas-Projektionen 2025*. Umweltbundesamt (UBA).
- Viñes Fiestas, H. 2023. The EU Taxonomy: Financing the Transition through Sustainable Investing. *ICE, Revista de Economía* 932.
- von Prittwitz, V. 1990. *Das Katastrophenparadox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik*. Opladen: Leske+Budrich.
- Wendler, F. 2024. *Climate Agendas and Instability: Green Recovery Programs and Policy Change in the EU and US*. Taylor & Francis.
- WGBU. 2011. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU).

BOX 4 Die Debatte um das „Heizungsgesetz“

Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) kann als ein exemplarischer Fall von Klimapolitik-Verzögerungsstrategien eingeordnet werden.¹ Während in anderen Ländern wie beispielsweise den USA unter Donald Trump effektive Klimapolitik durch Maßnahmen wie dem Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen direkt zentral orchestriert und demontiert wird, sind Verhinderungs- und Verzögerungsstrategien in Ländern, in denen rechtsextreme Akteure noch keine Regierungsbeteiligung erlangt haben häufig etwas komplexer und daher zunächst schwieriger zu identifizieren. Nichtsdestotrotz können Kampagnen wie jene gegen das sogenannte Heizungsgesetz Klimapolitik erheblich beeinflussen und verzögern.

Die Änderung des GEG (von 2020) sollte 2023 als ein zentraler Baustein der deutschen Wärmewende angestoßen werden. Im Jahr 2022 machte Wärme fast die Hälfte des weltweiten Energiebedarfs in Gebäuden aus und zwei Drittel der Wärmeenergieversorgung basierten immer noch auf fossilen Brennstoffen (IEA 2023). In Deutschland waren 2023 mehr als 70 Prozent aller Heizungsanlagen in Wohngebäuden auf Gas und Öl angewiesen (BDEW 2023). Weitere wichtige Heizquellen sind Fernwärme, Flüssigerdgas, Pellets, Holz und Kohle, während Wärmepumpen (die idealerweise mit Solar-Photovoltaik kombiniert werden) nur in 5,7 Prozent der Haushalte zum Einsatz kamen (BDEW 2023). Dies führte im Jahr 2023 zu einem Ausstoß von 102 Millionen Tonnen CO₂ im Gebäudesektor, was etwa 15 Prozent der Treibhausgasemissionen Deutschlands entspricht (Statista 2024).

Generell bestand also bereits aufgrund der hohen Emissionen im Wärmesektor großer Handlungsbedarf, weswegen SPD, Grüne und FDP bereits im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, dass ab Januar 2025 neu eingebaute Heizungen mehrheitlich mit erneuerbarer Energie betrieben werden sollen. Da im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ab dem Frühjahr 2022 aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen eine mögliche Versorgungskrise sowie geopolitische Fragen im Raum standen, sollte die Maßnahme um ein Jahr vorgezogen werden.

Federführend an der Ausarbeitung des GEG beteiligt waren das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unter Leitung des Grünenpolitikers Robert Habeck und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) unter Leitung der Sozialdemokratin Klara Geywitz. Ein erster Gesetzesentwurf wurde am 7. März 2023 vorgelegt und nach einigen Änderungen schließlich am 8. September 2023 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Aufgrund massiver Kritik wurden jedoch mehrere Teile des Gesetzes im Laufe der Debatte erheblich abgeschwächt (siehe Tabelle 1). Die Konflikte manifestierten sich hauptsächlich in einer massiven Gegenkampagne der Medien, die von rechten, konservativen und marktliberalen Parteien und (Boulevard-)Medien wie der BILD angeführt wurde.²

Relevante Akteure der Kampagne gegen das GEG waren neben den Boulevardmedien insbesondere die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD), die konservative CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union) und die liberale FDP (Freie Demokratische Partei). Die FDP spielte während des GEG-Prozesses eine besondere Rolle, da sie von 2021 bis Ende 2024 Teil der Ampel-Regierung war, den Gesetzesentwurf jedoch nach aufkommender Kritik entschieden ablehnte und damit einen Konflikt mit den Koalitionspartnern SPD und Grünen auslöste.

Die Debatte um das GEG, welche ab dem „Durchsickern“ des Entwurfs an die BILD rasant Fahrt aufnahm, zeichnete sich generell durch eine klassische populistische Strategie aus, die eine Dichotomie zwischen Elite und Volk konstruiert (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). So wurde das GEG generell als ein grünes Elitenprojekt dargestellt, welches sich gegen den Willen und die Interessen des Volkes richtet. Mit dem im März 2023 veröffentlichten Artikel „Habeck will Öl und Gas verbieten“ und Begriffen wie dem „Heizhammer“ gab BILD den Ton für die folgende Debatte vor (Schäfer 2023). Es waren vor allem die Grünen, die enorm unter Beschuss gerieten, insbesondere Robert Habeck sowie sein damaliger Staatssekretär Patrick Graichen,³ die maßgeblich an der Entwicklung des GEG beteiligt waren.

1 Die Box ist eine gekürzte und aktualisierte Version von: Haas, Tobias, Hendrik Sander, Anna Fünfgeld, and Franziska Mey. 2025. „Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law.“ *Energy Research & Social Science* 123.

2 Ende 2024 untersuchte Lobby Control, inwieweit die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie zur Kampagne beigetragen haben könnten. Hintergrund der Untersuchung war, dass der Investmentriese KKR sowohl stark in fossile Brennstoffe investiert als auch Hauptaktionär des Springer-Medienkonzerns ist, der die Bild-Zeitung herausgibt. Es konnten keine konkreten Beweise für eine direkte Einflussnahme auf die Kampagne festgestellt werden. Jedoch stellt Lobby Control fest, dass KKR Lobbyarbeit im Energiesektor betreibt und die Bild-Zeitung zu diesem Zweck genutzt haben könnte (Deckwirth und Eschmann 2024).

3 Patrick Graichen wurde bereits im Mai 2023 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, da er am Vorauswahlprozess für die Besetzung des Chefpостens der staatlichen Deutschen Energie-Agentur beteiligt war, dabei aber nicht transparent gemacht hatte, dass der letztlich erfolgreiche Bewerber sein Trauzeuge war (taz 2023).

Klimapolitische Argumente spielten bezeichnenderweise in den Debatten um das GEG kaum eine Rolle. Vielmehr lassen sich fünf diskursive Stränge identifizieren, die in der Kampagne immer wieder ins Feld geführt wurden, um das Gesetz zu demontieren: (1) Enteignung, (2) Entrechtung, (3) Gesetz als Ideologieprojekt, (4) grüner Klientelismus und (5) die Forderung, alle mitzunehmen.

Zunächst äußerten verschiedene rechtsgerichtete politische und mediale Akteure die Kritik, das GEG sei eine Form der Enteignung von Hauseigentümer*innen. So argumentierte beispielsweise der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), dass sich viele Hauseigentümer*innen die hohen Investitionen in eine erforderliche Wärmepumpe nicht leisten könnten und das GEG daher einer Enteignung gleichkomme (Fiedler 2023a). Das konservative Magazin Focus sprach von einer „Enteignung durch die Hintertür“ (Romanski 2023). In eine ähnliche Kerbe schlug auch die rechtspopulistische AfD mit ihrer Kampagne „Heizhammer stoppen!“ (AfD 2023). Insgesamt wurde in diesem Diskursstrang suggeriert, das Gesetz würde das Recht der Menschen auf freie Verfügung über ihr (Immobilien-)Eigentum bedrohen.

Eng damit verbunden ist der zweite Diskursstrang, der eine Entrechtung und Entmündigung der Bürger*innen suggeriert. Hier erstreckten sich die Vorwürfe von Bevormundung bis hin zu Überwachungs dystopien. So unterstellte die CSU Habeck Kontrollwahn und postete eine Fotomontage, in der der Minister scheinbar in ein Wohnzimmer späht mit der Bildunterschrift „Nein zur staatlichen Heizungsspionage“. Der thüringische CDU-Landesvorsitzende, Moritz Voigt, ging noch weiter und behauptete, Habeck wolle eine „Energie-Stasi“ aufbauen (Fiedler 2023b). Auffällig ist, dass sich Ton und Narrative der CDU/CSU hier kaum von denen der rechtsgerichteten AfD unterscheiden.

Der dritte diskursive Strang suggeriert, dass das GEG ein rein ideologisches Projekt der Grünen darstellen würde und dabei den Wohlstand der Nation gefährde. So forderte der CDU-Umweltpolitiker Andreas Jung beispielsweise einen „grundlegenden Neustart für eine sozial und technologisch offene Wärmewende“ (Vetter und Wetzel 2023). Die Verunglimpfung des GEG als ein Ideologieprojekt wurde durch die AfD in ihrer „Heizungshammer“-Kampagne nochmal pointierter vorgebracht: „Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland zur Armutsfalle geworden. Während die meisten Bürger Monat für Monat bangen müssen, über die Runden zu kommen, brüten Habeck und seine Unterstützer in der Ampelregierung schon den nächsten ideologischen Angriff auf unseren Wohlstand aus“ (AfD 2023).

Der vierte Diskursstrang knüpft an das obige Zitat an und sieht grüne Vetternwirtschaft am Werk, die das GEG angeblich hervorgebracht hat. Implizit wird davon ausgegangen, dass die Grünen selbst finanziell vom GEG profitieren würden. Die familiären Verbindungen einzelner Akteure in

diesem Bereich förderten diese Erzählung (Pötter 2021). Die diesem Vorwurf zugrunde liegende Annahme ist, dass eine grüne Elite sich auf Kosten des ‚Volkes‘ bereichert. Beispielhaft schrieb die AfD: „Die Anhänger dieses grünen Netzwerks behaupten, sich um das Klima und die Zukunft des Planeten zu sorgen. In Wirklichkeit sorgen sie sich um sich selbst. Die Hauptschuldigen weisen sich gegenseitig die lukrativsten Positionen zu und bestärken sich gegenseitig in ihrem ideologischen Wahn“ (AfD 2023).

Im fünften Diskursstrang laufen die Elemente der vier Stränge in der Forderung zusammen, alle mitzunehmen. Es wird argumentiert, dass das GEG auf breiten gesellschaftlichen Widerstand stoße und eine grundlegende Delegitimierung von Klimapolitik befördere. Die Forderung, alle mitzunehmen, suggeriert somit, dass es in der Debatte um das GEG darum ginge, eine vernünftige und gerechte Lösung im Sinne eines ausgewogenen Gesetzes zu finden. Hierbei wird unter anderem auf ein angebliches Gerechtigkeitsdefizit rekurriert, das auf der Annahme einer finanziellen Benachteiligung von Hausbesitzer*innen beruht. So erklärte Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag: „Die Menschen haben Angst, dass sie sich das Gesetz der Ampel-Regierung nicht leisten können“ (Grzeschik und Münstermann 2023). Dementsprechend präsentiert sich die CDU als Partei, die „Klimaschutz mit den Menschen, nicht gegen sie“ betreiben will (CDU 2023).

Gemeinsam haben alle identifizierten Diskursstränge, dass sie einer klassisch populistischen Logik folgen: Sie konstruieren eine Dichotomie zwischen dem Willen des „einfachen Volkes“ und einer (grünen) Elite, die dessen Willen aus verschiedenen Motiven heraus missachtet und vermeintlich Wohlstand und Freiheit der Bürger*innen beschneidet. Auffällig ist, dass sich die gegen das Gesetz ins Feld geführten Narrative aus dem rechtsextremen und bürgerlich-konservativen Lager dabei kaum unterscheiden.

Resultat der Kampagne war, dass der Gesetzesvorschlag erheblich abgeschwächt wurde (siehe Tabelle 1). Zudem führte die Kampagne zu einer Verunsicherung der Bürger*innen und die damit einhergehenden Fehlinformationen verleiteten viele Eigenheimbesitzer*innen zu der Annahme, sie müssten schnell neue Gas- und Ölheizungen kaufen, da diese bald verboten seien (was nicht der Fall war). In der Folge stiegen die Verkaufszahlen von Gas- und Ölheizungen im Jahr 2023 stark an, während die Verkaufszahlen von Wärmepumpen weit hinter den Prognosen zurückblieben (Krapp 2023).

Insgesamt zeigt die Kampagne gegen das GEG exemplarisch, wie auch ohne direkte Regierungsbeihilfe klimapolitische Maßnahmen effektiv demontiert sowie ihre Implementierung beschnitten werden kann. Da Friedrich Merz bereits im Wahlkampf 2025 eine Rückabwicklung des GEG in Aussicht gestellt hat, ist zu erwarten, dass das Gesetz in der aktuellen Legislaturperiode erneut diskutiert wird.

	GEG-Gesetzesentwürfe 7. März 2023 und 3. April 2023	Finale Fassung GEG-Gesetz (8. September 2023)
Installation neuer Gasheizungen	Ab 2024 wirksam verboten (Mindestanteil von 65 Prozent erneuerbarer Energie für neue Heizungen)	Erlaubt bis zum Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung; Betrieb auch nach 2028 erlaubt, wenn der kommunale Versorger Wasserstoff (H ₂) vorsieht oder die Heizungen mit 65 Prozent Biogas betrieben werden
Kommunale Wärmeplanung	Nicht Teil der Diskussion	Einführung einer kommunalen Wärmeplanung (verpflichtend bis 2026 für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern und bis 2028 überall sonst)
Wasserstoff	Nur erlaubt, wenn 65 Prozent erneuerbare Energien garantiert sind (faktisch nicht möglich, da ein zweites Netz erforderlich wäre)	Nahwärmeplanung auch mit H ₂ möglich; auch nicht leitungsgebundenes H ₂ erlaubt
Kosten	Finanzielle Förderung von Wärmepumpen	Ausweitung der finanziellen Förderung von Wärmepumpen. Mieter*innen tragen die Kosten, wenn Vermieter teurere Optionen wählen (z. B. H ₂)
Alte Gasheizungen	Ersatzpflicht nach 30 Jahren oder im Schadensfall	Auch hier gelten die Regeln der kommunalen Wärmeplanung. Bei Ausfall einer alten Heizung darf für maximal 5 Jahre eine neue (fossile) Heizung eingebaut werden.
Energieberatung	Energieberatung für Wärmepumpen	Breiterer Geltungsbereich, einschließlich ‚qualifizierter Energieberater‘ sowie Schornsteinfeger und Installateure
Biogas/Holz	Hybrid mit einer Wärmepumpe, wenn die 65 Prozent-Regel eingehalten wird	Heizen mit Holz ist ohne Einschränkungen erlaubt

Tabelle 4: Vergleich Entwürfe und finale Fassung des GEG. Quelle: übersetzt und angepasst aus Haas et al. 2025.

Autor*innen:
Anna Fünfgeld, Tobias Haas, Hendrik Sander,
 Franziska Mey

Literaturnachweis

- AfD. 2023. *Ampel aufhalten – Heizhammer stoppen!* <https://www.afd.de/heizhammer-stoppen/> (abgerufen 26.2.2025).
- BDEW. 2023. *Heizungsmarkt 2023*. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
- CDU. 2023. *Fair Heizen statt Verheizen*. https://aktion.cdu.de/fair-heizen#module_417e4f5e-7c9d-493f-9198-819518cf684c (abgerufen 26.2.2025).
- Deckwirth, C., A. Eschmann. 2024. Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme?: Lobby Control.
- Fiedler, M. 2023a. Jens Spahn im Interview: „Die Ampel führt einen ideologischen Kampf gegen das Eigenheim“. *Tagesspiegel*, Date.
- Fiedler, M. 2023b. „Stasi“ und „Spionage“: Wie die Union beim Habeck-Bashing überdreht. *Tagesspiegel*, Date.
- Grzeschik, D., K. Münstermann. 2023. Ende eines monatelangen Streits: Aufatmen in der Koalition – Heizungsgesetz passiert Bundestag. *Rheinische Post*, Date.
- IEA. 2023. *Heating*. <https://www.iea.org/energy-system/buildings/heating> (abgerufen 26.02.2025).
- Krapp, C. 2023. Ölheizung und Gasheizung: Fossile Heizungen erobern Marktanteile zurück. *Handelsblatt*, Date.
- Mudde, C., C. b. Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A very short introduction*. Very short introductions. New York, NY: Oxford University Press.
- Pötter, B. 2021. Wirtschafts- und Klimaministerium: Energiewende als Familienprojekt. *tageszeitung*, Date.
- Romanski, K. 2023. 77-jähriger Ruheständler sauer, „Für Millionen Rentner ist Habecks Heiztauschpflicht eine Enteignung durch die Hintertür“. *Focus*, Date.
- Schäfer, J. W. 2023. Schon ab 2024! Habeck will Öl- und Gas-Heizungen verbieten. Date.
- Statista. 2024. *Treibhausgas-Emissionen von Gebäuden in Deutschland bis 2023*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1411542/umfrage/treibhausgas-emissionen-von-gebaeuden-in-deutschland/> (abgerufen
- taz. 2023. Graichen entlassen nach Trauzeugen-Affäre: Immer neue Ungereimtheiten. *tageszeitung*, Date.
- Vetter, P., D. Wetzel. 2023. Mit diesen 3 Vorschlägen will die CDU das Heizungs-Wirrwarr beenden. *Welt*, Date.

6

Globale Klimagovernance

Dieser Treiber umfasst internationale Kooperation und transnationale Koordination im Rahmen der Klimarahmenkonvention und ihren Vertragsstaatenkonferenzen sowie darüber hinaus im Kontext der Vereinten Nationen.¹ Er schließt internationale Verhandlungen, private und subnationale Initiativen, globale zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie soziale Mobilisierungen während Klimakonferenzen ein (Jordan et al. 2018). Im Zentrum stehen zwei Vertragswerke: die Klimarahmenkonvention von 1992 sowie das Pariser Abkommen von 2015. Letzteres schreibt eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C und möglichst 1,5 °C vor und schafft zur Erreichung dieses Ziels einen Prozess, der die regelmäßige Vorlage nationaler Klimapläne und Mechanismen zu ihrer Überprüfung vorsieht (Falkner 2016). Auch nichtstaatliche Akteure sind aufgerufen, sich zu beteiligen (van Asselt 2016). Klimakonferenzen dienen auch zur Darstellung von Fortschritten und der Aufrechterhaltung des klimapolitischen Momentums (Aykut et al. 2022). Zudem betrachten wir im Rahmen des Treibers Bestrebungen, Klimaschutz in anderen Politikfeldern globaler Governance zu verankern, etwa in der Regulierung der internationalen Schifffahrt, des Luftverkehrs oder der Entwicklungsfinanzierung.

Der Treiber wirkt auf verschiedene Weise auf die deutsche Klimawende, etwa durch die Setzung internationaler Rechtsnormen, die im Zuge der Übersetzung in nationales Recht oder im Rahmen der Rechtsprechung Wirkung entfalten, sowie durch die synchronisierende Wirkung der jährlichen Klimakonferenzen und Überprüfungszyklen des Pariser Abkommens auf nationale Mediendiskurse und Politikprozesse (Laux 2017). Die COPs bieten Plattformen für zivilgesellschaftliche Netzwerke und private Initiativen und liefern eine Fülle an Daten zu Emissionsentwicklungen für Forschung und NGOs (Obergassel et al. 2022). Sie tragen zudem zur Verbreitung und Standardisierung globaler Normen bei, wie etwa des „net-zero“ Ziels für die Erreichung der Klimaneutralität in Unternehmen, Städten und Kommunen (Van Coppenolle et al. 2023).

Abnehmende Dynamik und Rückgang klimapolitischer Ambition

Seit dem Pariser Abkommen folgt die globale Klimagovernance einem neuen Rhythmus, der neben den jährlichen Klimakonferenzen (COPs) auch fünfjährige Zyklen vorsieht, in denen jeweils die Vorlage nationaler Klimapläne (NDCs) der kollektiven Diskussion bisher erzielter Fortschritte im Rahmen einer globalen Bestandsaufnahme, bzw. *Global Stocktake* vorangeht (Hermwille et al. 2019, Jernnäs 2024). Der letzte Stocktake fand bei der COP28 in Dubai seinen Abschluss und sollte die Neuverläge von Klimaplänen im Jahr 2025 vorbereiten.

Seit der letzten Treiberanalyse im *Klimawende Ausblick 2024* stellte insbesondere die COP29 in Baku (2024) einen wichtigen Moment dar. Nach Rekordteilnahmezahlen und wachsender globaler Sichtbarkeit in den Jahren zuvor, fiel die globale Aufmerksamkeit für die COP29 im Vergleich deutlich ab – sowohl hinsichtlich der Beteiligung vor Ort, als auch der weltweiten medialen und politischen Strahlkraft. Die Verhandlungen auf der Konferenz fokussierten vor allem auf Fragen der Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung, während die Verringerung der Ambitionsücke bei Treibhausgas-minderungen und die Erhöhung klimapolitischer Ambitionen marginal blieben (Nevitt 2024). Der internationale Kontext von wachsenden geopolitischen Spannungen und der erneuten Ankündigung des US-Rückzugs aus dem Pariser Abkommen prägte die Konferenz.

Die Ergebnisse der COP29 fielen entsprechend enttäuschend aus: Es wurde keine Einigung über die Umsetzung der Empfehlungen des Global Stocktake erzielt, das Arbeitsprogramm zur Emissionsminderung wurde blockiert und zentrale Formulierungen zur 1,5 °C-Grenze und zum Ausstieg aus fossilen Energien wurden aus dem Abschlussdokument gestrichen (CarbonBrief 2024, Hare et al. 2024). Gleichzeitig wurde zwar die Marktkomponente des Pariser Abkommens operationalisiert, jedoch unter erheblicher Kritik: Expert*innen wiesen auf gravierende Lücken bei der Regulierung von Carbon Removals hin und befürchteten eine systematische Ausdühlung des Mechanismus durch Schlupflöcher im Reporting – etwa durch Doppelzählungen von Emissionsreduktionen oder durch ein „Overselling“ von Gutschriften infolge systematischer Überschätzungen der tatsächlichen Minderungswirkung (Hare et

1 Damit wurde der Zuschnitt im Vergleich zur globalen Analyse des Hamburg Climate Futures Outlook erweitert, indem transnationale Initiativen im polyzentrischen Klimaregime mit aufgenommen wurden (Vgl. Aykut et al. 2023).

al. 2024). In der Folge droht der neue Kohlenstoffmarkt eher zu einer Re-Legitimierung fossiler Aktivitäten beizutragen, als zu einer glaubwürdigen Minderung globaler Emissionen.

Das zentrale Thema der Konferenz war die Bestimmung eines neuen globalen Ziels für die Höhe der zukünftigen Finanzierungszusagen für Klimaschutz und Anpassung. Die von einem hochrangigen Expert*innengremium bezifferten Investitionsbedarfe für den globalen Süden (ohne China) lagen bei 1.000 Milliarden USD jährlich bis 2030 und 1.300 Milliarden USD bis 2035 (Bhattacharya et al. 2024). In einem Kontext globaler Haushaltskürzungen, steigender Ausgaben für Energie und Rüstung sowie US-Distanz zum multilateralen System, konnte aber nur eine Einigung auf ein Ziel von 300 Milliarden USD pro Jahr bis 2035 erzielt werden – ergänzt durch ein höheres aber unverbindliches Ziel von 1.300 Milliarden USD. Die Enttäuschung unter Ländern des Globalen Südens war groß; einige, darunter Indien und Nigeria, verweigerten öffentlich die Zustimmung zum Abschlusstext und kündigten an, dass die Ergebnisse ihre nationalen Emissionsminderungsvorhaben negativ beeinflussen würden (TWN 2024: 49). Beobachter*innen fürchten daher, dass die Finanzierungs- und Minderungspolitik in einer „Abwärtsspirale“ sinkender Ambitionen zu versinken droht (IISD 2024).

Auch die zentralen Steuerungsmechanismen des Pariser Klimaabkommens – der Transparenzrahmen, das Progressionsprinzip, die Reviewrunden zur Überprüfung und die Orchestringsstrategie für nichtstaatliche Akteure – werden zunehmend hinterfragt (so etwa Depledge 2024). Anstelle einer kritischen Prüfung von NDCs und ihrer Umsetzung bieten COPs eher Raum für selektive Erfolgserzählungen (Aykut et al. 2022: 191). Ohnehin zeigen Studien, dass öffentliche Kritik an mangelnder klimapolitischer Ambition nur in Ländern mit einer starken demokratischen Öffentlichkeit und zugleich hohen Sensibilität für Klimathemen politischen Druck entfalten kann (Dannenberg et al. 2023). Die jüngste Berichtslage am 24. Juni 2025 zeigt: Nur 24 von 197 Staaten haben bislang aktualisierte NDCs eingereicht, fast 95 Prozent haben die Frist im Februar 2025 verpasst – darunter Länder, die zusammen 83 Prozent der globalen Emissionen und 80 Prozent der Weltwirtschaft repräsentieren (Dunne 2025). Auch die Europäische Union – inklusive Deutschland – hat die offizielle Frist versäumt und damit entgegen ihrem Anspruch, eine Führungsrolle im internationalen Klimaschutz einzunehmen, agiert. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass der

bislang dominante „global target-setting approach“ an Wirksamkeit verliert (Dubash 2023).

Auch die erhoffte „katalytische“ Wirkung (Hale 2020, Chan et al. 2021) von Initiativen wie der UN Action Agenda oder den „Climate Champions“ auf nichtstaatliche Minderungsanstrengungen bleibt aus (Teunissen und Chan 2023). Sektorale Allianzen zu Energie, Wäldern, Methan oder Verkehr würden selbst bei vollständiger Umsetzung nur etwa ein Viertel der bestehenden Emissionslücke decken (Kuramochi et al. 2024). Selbst langjährige Beobachtende wie das International Institute for Sustainable Development zweifeln inzwischen offen an der Relevanz und Wirksamkeit des derzeitigen Governance-Modells (IISD 2024: 23).

Ein begrenzter aber durchaus bemerkenswerter Fortschritt wurde außerhalb der UNFCCC erzielt: Bei der International Maritime Organization (IMO) einigten sich die Mitgliedstaaten nach zehn Jahren Verhandlungen auf ein globales Abkommen zur Regulierung der Emissionen aus der Schifffahrt. Die internationale Schifffahrt verursacht etwa 3 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen und fällt bislang nicht unter die nationalen Reduktionsverpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens. Das neue Abkommen deckt den Großteil der kommerziellen Schifffahrt ab und sieht ab 2028 finanzielle Sanktionen für Schiffe vor, die ihre Emissionen nicht senken. Die Verabschiedung erfolgte gegen erheblichen Widerstand – unter anderem durch einen Ausstieg der USA aus den Verhandlungen und die Opposition einer Koalition von Petrostaaten – und wurde schließlich per Mehrheitsentscheid angenommen. Es handelt sich um das erste Abkommen dieser Art, das als bedeutender institutioneller Fortschritt gewertet werden kann.²

Mit Blick auf Regulierungen zur Eindämmung der durch den Flugverkehr verursachten Emissionen, dessen Klimawirkung seit der vorindustriellen Zeit bei ca. 4 Prozent liegt (Klöwer et al. 2021), wurde seit der Verabschiedung des „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“ (CORSIA) auf UN-Ebene keine weitere Regulierung des Luftverkehrs außerhalb dieses globalen marktbaasierten Systems beschlossen.³

Kontext: geopolitische Verwerfungen und fossile Einflussnahme

Die Kontextbedingungen haben sich im letzten Jahr und insbesondere in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Die Wiederwahl von Donald Trump, der Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen

2 Allerdings wurde die Umsetzung des Abkommens nach einer konzertierten diplomatischen Offensive der USA und Saudi Arabien im Oktober 2025 ausgesetzt und die Entscheidung dazu um ein Jahr verschoben.

3 Die 2018 verabschiedeten Standards und empfohlenen Praktiken (SARPs) zur Emissionsbegrenzung und Verbesserung der Kraftstoffeffizienz befanden sich seit 2021 in der „freiwilligen Phase“ – ab 2027 müssen Länder verpflichtend sicherstellen, dass Fluggesellschaften Emissionen oberhalb der 2024 beschlossenen Baseline von 85 Prozent des 2019-Niveaus kompensieren.

und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Auflösung der Entwicklungsagentur USAID sowie massive Deregulierungspläne markieren einen Bruch mit der zuvor eingeschlagenen Klimapolitik (CarbonBrief 2024). Neben dem umfassenden Rückbau der Klimapolitik in den USA (Berahab 2025) besteht auch das Risiko einer Aufweichung klimapolitischer Ziele in der Europäischen Union (siehe Treiber deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen). Ein Dominoeffekt durch diese negativen Einflüsse ist nicht auszuschließen: Argentinien zog seine Delegation von der COP29 zurück; Indonesiens Klimagesandter bezeichnete das Pariser Abkommen als für sein Land nicht länger relevant. Zudem verschärfen anhaltende Kriege in der Ukraine und Gaza sowie geopolitische Spannungen im Südchinesischen Meer die globale Fragmentierung (Hoffart et al. 2024, Hunjra et al. 2024). In vielen Ländern des globalen Südens wuchs zuletzt der Eindruck westlicher Doppelmoral durch die Zögerlichkeiten oder fehlenden Verurteilungen des Vorgehens Israels gegen die Zivilbevölkerung in Gaza⁴. Dadurch wurde so auch Vertrauen in den Multilateralismus beschädigt und die Legitimitätskrise internationalen Rechts vertieft. Insbesondere Deutschland steht hier durch die anhaltende militärische Unterstützung Israels, die Blockade europäischer Initiativen und das Schweigen zur Frage der Anerkennung des Staates Palästina in der Kritik.

Gleichzeitig bestehen gegenläufige Trends, die ermöglichend auf die Treiberdynamik wirken: Brasilien als Gastgeber der COP30 im Jahr 2025 verfolgt einen ambitionierten multilateralen Kurs und bringt sich aktiv in Debatten zur Klimafinanzierung und globaler Gerechtigkeit ein. Die brasilianische Regierung forderte jüngst international verbindliche Zeitpläne für den Ausstieg aus fossilen Energien.⁵ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Brasilien damit seine Bereitschaft bekundet hat, internationale Anstrengungen zur Festlegung solcher Zeitpläne zu unterstützen – auch wenn es bislang keine eigenen nationalen Zeitpläne festgelegt hat (CarbonBrief 2024). Zudem stellt die brasilianische Regierung als Teil der BRICS-Staaten die besondere Rolle der Allianz der Länder des Globalen Südens und deren Forderungen nach gerechter Klimafinanzierung in den Vordergrund.⁶ Hoffnungen auf internationale und solidarische Allianzen abseits der Staatenvertreter*innen weckt auch der die COP30 begleitende Peoples' Summit (bzw. *Cúpola dos Povos*). Dieser Zusammenschluss von mittlerweile

1.100 zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht seit März 2023 und hat im Zuge der vorherigen COPs eine Vielfalt an brasilianischen, sozialen und ökologischen Bewegungen sowie internationalen Netzwerken und Stimmen mobilisiert.

Auf technologischer Seite boomen einerseits die erneuerbaren Energien dank politisch induzierter Lernkurven weltweit – allein 2023 wurden 510 GW neu installiert, was einer Erhöhung um 50 Prozent zum Vorjahr entspricht. Prognosen sehen über 10.000 GW bis 2030 (IEA 2024). Hemmnisse gegen den Ausbau von Erneuerbaren bestehen allerdings nach wie vor durch hohe Finanzierungskosten in Ländern des Globalen Südens, „Transformationsmüdigkeit“ in einigen Ländern des Globalen Nordens, und politischen Widerstand durch fossile Interessen weltweit (Nijssse et al. 2023). Auch die Elektromobilität wächst rasant, wenngleich in unterschiedlichem Tempo in verschiedenen Regionen: inzwischen sind 18 Prozent der weltweiten Fahrzeugverkäufe elektrisch, die Zahlen erreichen 38 Prozent in China, 21 Prozent in Europa, aber nur 9,5 Prozent in den USA. Andererseits steigen auch die Nachfrage und Profite fossiler Energien. Die sogenannte „Carbon Coalition“ blockiert vielerorts ambitionierte Maßnahmen (Cory et al. 2021). Hinzu kommt der Boom künstlicher Intelligenz, der schon jetzt zu einem beträchtlichen Anstieg der Energienachfrage etwa in den USA geführt hat und in den nächsten Jahren zu einem energiepolitischen „Wettrüsten“ führen könnte, das Fortschritte bei erneuerbarer Energieerzeugung untergräbt.⁷

Die COP26 in Glasgow rückte zum ersten Mal explizit einen möglichen Ausstieg aus fossilen Energien ins Zentrum der Verhandlungen und stellte damit für fossile Interessen einen Weckruf dar. Schon lange in der Klimapolitik aktiv, haben Vertreter*innen von Öl-, Gas- und Kohleindustrien in den letzten Jahren systematisch ihren Einfluss auf globale Klimakonferenzen und Narrative der Energiewende ausgebaut (Gentile und Gupta 2025). Insbesondere die großen Ölkonzerne betreiben gezielt Desinformation und schwächen demokratische Institutionen (Nasiritousi et al. 2024). Von Sharm-el-Sheikh über Dubai bis Baku zeigt sich zudem geradezu eine „Übernahme“ der Klimaverhandlungen durch autokratisch regierte Erdölstaaten, die somit Einfluss auf die Agenda und das Tempo der Verhandlungen ausüben.

Konnte der erste Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen 2017 noch durch eine starke

4 In einer Resolution vom 31.08.2025 hat die International Association of Genocide Scholars (IGAS) erklärt, dass Israels Krieg gegen den Gazastreifen die rechtliche Definition eines Genozids erfüllt. Über die von Südafrika eingereichte Klage gegen den Verstoß der israelischen Regierung gegen die Genozidkonvention beim Internationalen Gerichtshof (IGH) wurde noch nicht entschieden.

5 Diese Forderung wurde u. a. vom Climate Action Network als „hidden jewel“ des brasilianischen NDCs bezeichnet: <https://climatenetwork.org/resource/eco-4-cop29/>

6 COP30. 2024. *Ahead of COP30, the BRICS issued their first climate finance recommendation*. Verfügbar unter: <https://cop30.br/en/news-about-cop30/ahead-of-cop30-the-brics-issued-their-first-climate-finance-recommendation>

7 Siehe hierzu die Prognosen der Internationalen Energieagentur IEA: <https://www.iea.org/reports/energy-and-ai/energy-demand-from-ai>

zivilgesellschaftliche Mobilisierung in den USA und Selbstverpflichtungen von Firmen, Städten und Staaten zumindest teilweise aufgefangen werden (Aronczyk 2024: 28), deutet zurzeit kaum etwas auf eine vergleichbare Dynamik hin. Die Klimabewegung hat vielerorts an Dynamik verloren, und wurde durch soziale Mobilisierungen zu Themen wie dem Kampf für Demokratie oder gegen den Gaza-Krieg verdrängt. Die Austragung dreier aufeinanderfolgender COPs in autoritär regierten Staaten hat den Handlungsspielraum und die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure eingeschränkt – beispielsweise auch durch strukturelle Zugangsbarrieren wie Budgetkürzungen und erhebliche Verzögerungen der Ausstellung von Visa. In diesem Kontext könnte die COP30 in Belém – mit einer aktiven brasilianischen Zivilgesellschaft und einer Präsidentschaft, die deren Beteiligung ausdrücklich fördern will – neue Impulse setzen. Signifikant ist auch, dass die gesellschaftliche Unterstützung für Klimaschutz global weiterhin hoch ist: In einer repräsentativen Umfrage in über 125 Ländern äußerten 69 Prozent der Befragten die Bereitschaft, 1 Prozent ihres Einkommens für Klimaschutzmaßnahmen zu spenden (Andre et al. 2024).

Der diskursive Kontext globaler Klimapolitik hat sich im letzten Jahr stark verschlechtert. Während in den vergangenen Jahren noch Begriffe wie die der Klimaneutralität oder der „Just Transition“ im Zentrum medialer und politischer Debatten standen, etabliert sich im aktuellen Klima geopolitischer Konfrontation, Aufrüstung und des Wettrennens um künstliche Intelligenz ein Gegen Diskurs unter dem Schlagwort der „Energiedominanz“. Auf dem weltweit einflussreichsten fossilen Energiegipfel, der CERAWEEK in Houston im März 2025, dominierte dieses Narrativ.⁸ Während noch im Vorjahr Nachhaltigkeit betont wurde, feierte sich die Branche nun offensiv und siegessicher. Der US-Energieminister Chris Wright eröffnete die Konferenz mit der Aussage, die Trump-Regierung verfolge „ohne Scheu eine Politik verstärkter US-Energieproduktion“. Der CEO von Saudi Aramco erklärte den Ausstieg aus fossilen Energien für „zum Scheitern verurteilt“, während Larry Fink (BlackRock) ein Armband mit der Aufschrift „make energy great again“ trug. Bundeskanzler Friedrich Merz stellt die Rolle Deutschlands im globalen Klimaschutz in Frage, indem er mit Aussagen wie „Wir stellen ungefähr 2 Prozent des Problems dar“⁹ Deutschland eine marginale Handlungsmacht im Kampf gegen die globale Erderwärmung zuweist. Solche symbolpolitischen Verschiebungen markieren nicht nur den diskursiven Backlash gegen den Klimadiskurs, sondern auch eine temporale Verschiebung des Diskurses hinsichtlich historischer Verantwortungen.

Auch im Bereich der Wissenschaft zeichnen sich bedrohliche Entwicklungen ab. Der beispiellose Abbau wissenschaftlicher Institutionen und Kapazitäten in den USA – einem absolut zentralen Akteur internationaler Forschungsprogramme und im internationalen Klimarat IPCC – dürfte die wissenschaftliche Grundlage für globale Klimagovernance nachhaltig schwächen. Die genauen Auswirkungen lassen sich schwer quantifizieren, sind jedoch mit Blick auf die Legitimität, Verlässlichkeit und Qualität zukünftiger Daten und Syntheseberichte des IPCC kaum zu unterschätzen.

Diese Ambivalenz kennzeichnet die aktuelle Phase globaler Klimagovernance: strukturelle Blockaden und der unter anderem aus den USA befeuerte Rollback umweltpolitischer Regulierung treffen auf eine weiterhin starke Marktdynamik erneuerbarer Technologien und eine anhaltend breite gesellschaftliche Unterstützung für Klimapolitik, die sich aber momentan nicht in größeren Protestbewegungen niederschlägt und somit wenig politischen Druck entfaltet.

8 Noor, Dharna. 2025. *Big oil gathers in Texas – but beneath the bravado, Trump-induced anxiety*. The Guardian, 15. März. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/us-news/2025/mar/15/cera-week-houston-texas>

9 Bundestag, 9.07.2025. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw28-de-regierungsbefragung-1094170>.

Dynamik	Kontextbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Große mediale und politische Aufmerksamkeit für die COP30 in Belém ▶ Abkommen im Rahmen der International Maritime Organization (IMO) ▶ Initiativen zur Reform der Entwicklungsfinanzierung ◀ nationale Klimapläne (NDCs) nicht aktualisiert u/o nicht ambitioniert ◀ Ausstieg der USA aus dem Paris Abkommen ◀ Einigung zur Klimafinanzierung in Baku bleibt hinter Erwartungen zurück ◀ Freiwillige Selbstverpflichtungen verlieren an Schwung 	Weltpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ● Brasilianische COP-Präsidentschaft könnte zwischen Globalem Süden und Norden vermitteln ● Kriege und geopolitische Spannungen nehmen zu und unterminieren Multilateralismus
	Nationale Politik	<ul style="list-style-type: none"> ● Erstmals Emissionsrückgang trotz Wachstum in China ● Rollback von Umwelt- und Klimapolitik in den USA ● EU Green Deal unter Druck
	Soziale Bewegungen	<ul style="list-style-type: none"> ● Aufstieg rechtsautoritärer und ökologiekritischer Bewegungen ● Krise der Klimabewegung
	Innovationen und Märkte	<ul style="list-style-type: none"> ● Stark fallende Kosten für Solar PV, Batterien und E-Autos ● Boom künstlicher Intelligenz treibt Energienachfrage
	Diskurse und Wissen	<ul style="list-style-type: none"> ● Rückbau von Klimawissenschaften in den USA ● Finanzierung internationaler Forschungsprogramme und IPCC unsicher ● Insgesamt Abnahme medialer Aufmerksamkeit für Klimaschutz ● Abschwächung nationaler Verantwortung für den globalen Klimaschutz

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ●

Tabelle 5: Entwicklungen in Dynamik und Kontextbedingungen von globaler Governance

Bewertung: Multilateralismus zwischen Krise und (etwas) Hoffnung

Der Treiber globale Klimagovernance wirkt teilweise unterstützend auf die Klimawende, allerdings nimmt die unterstützende Wirkung seit der Pariser Klimakonferenz 2015 kontinuierlich ab und ist auch in den letzten Jahren noch einmal gesunken.

In der Treiberanalyse des *Klimawende Ausblicks 2024* kamen wir zu dem Schluss, dass Fortschritte „in Form der Forderung nach einem Übergang weg von fossilen Brennstoffen in einem COP-Beschluss, Initiativen zu einer Reform der Entwicklungsfinanzierung und Abkommen zu Biodiversität in der breiteren UN-Governance ... eine unvermindert große Umsetzungslücke und eine wachsende Konflikthaftigkeit in globalen Klimaverhandlungen“ entgegenstehen. Diese Einschätzung hat sich im vergangenen Jahr als zutreffend erwiesen, wobei sich der Ausblick eher noch eingetrübt hat. Obwohl sich die Länder dem Pariser Abkommen angeschlossen und

sich verpflichtet haben, in den kommenden Jahrzehnten „Netto-Null“-Emissionen zu erreichen, gibt es gegenwärtig wenig Anzeichen dafür, dass dies auch geschehen wird. Die weltweiten Emissionen aus fossilen Brennstoffen sind seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens im Jahr 2015 um 8 Prozent gestiegen, allein im Jahr 2024 um 0,8 Prozent. Die globale Kohlerzeugungskapazität stieg um 0,9 Prozent¹⁰, während die globale Durchschnittserwärmung erstmalig die 1,5 °C-Grenze überschritt.¹¹ Die UNFCCC schätzt, dass die Emissionen in diesem Jahr ihren Höchststand erreichen und bis 2030 um 43 Prozent sinken müssten, damit die Welt noch eine Chance hat, das Ziel eines Temperaturanstiegs von 1,5 °C einzuhalten.¹²

Globale Klimagovernance sieht sich zudem zunehmend einem rechten Backlash durch die Trump-Administration und der Dominanz anderer autoritärer Staaten gegenüber, die systematisch den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und gerechte und demokratische Klimafinanzierungsmechanismen

10 <https://globalenergymonitor.org/report/boom-and-bust-coal-2025/>

11 <https://climate.copernicus.eu/copernicus-2024-first-year-exceed-15degc-above-pre-industrial-level>

12 <https://unfccc.int/maintaining-a-clear-intention-to-keep-15degc-within-reach>

blockieren. Neben der gut dokumentierten Ablehnung von Diskussionen über den Ausstieg aus fossilen Energien durch Saudi Arabien (Depledge 2008) haben fossile Exportstaaten gemeinsam mit Industriestaaten auch jahrelang die Schaffung eines Loss-and-Damage-Fonds blockiert (Ferreira 2021: 127). Aserbaidschans Präsident bezeichnete bei einer Rede auf der COP29 in Baku Öl und Gas sogar als „Geschenke Gottes“.

In der Summe leistet globale Klimagovernance daher derzeit nur einen begrenzten Beitrag zur Dekarbonisierung in Deutschland und dieser Beitrag dürfte zukünftig eher noch sinken. Zwar gab es in den frühen 2020er Jahren durch gestiegene nationale Ambitionen und sinkende Technologiekosten Aufwind. Doch nationale wie unternehmerische Zusagen reichen weiterhin nicht aus. Die nachlassende Stärke von Klimabewegungen und der Aufstieg ökologiekritischer Kräfte schwächen den politischen Handlungsdruck zusätzlich. Vor allem aber gefährden die geopolitische Fragmentierung und der US-Rückzug zentrale Grundlagen multilateraler Kooperation.

Etwas Hoffnung weckt die Rolle Brasiliens als Gastgeber der COP30, da sich dadurch die Möglichkeit zur Stärkung transformativer Allianzen zwischen Ländern des Globalen Südens und Nordens ergibt. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die längst überfällige Reform der globalen Architektur der Entwicklungsfinanzierung. Beim G20-Finanztreffen im Februar 2025 in Kapstadt wurde bereits intensiv über die Überschuldung vieler Staaten und die Neuordnung internationaler Finanzinstitutionen diskutiert. Das Fernbleiben der Finanzminister*innen aus den USA, Indien, China und Brasilien sowie das Treffen ohne eine Einigung auf gemeinsame Ziele weckte jedoch wenig Hoffnung für eine langfristige Finanzierung der durch die Erderwärmung verursachten Verluste und Schäden. Vielmehr verfestigt sich der Eindruck, dass die globale Klimagovernance die „Grammatik der grünen Finanzierung“ (Gabor 2021) privaten Finanziers überlässt und den Staat lediglich als Ermöglicher am Rande beteiligt. Im Rahmen der vierten Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (FfD4) im Juni in Sevilla steht daher vor allem die Forderung im Raum, überprüfbare Schritte zur Mobilisierung zusätzlicher öffentlicher Mittel und zur Einleitung struktureller Reformen zu beschließen.¹³

Hinzu kommt, dass die von Brasilien und Kolumbien vorangetriebene Initiative für ein global bindendes Abkommen zur Rückverfolgbarkeit kritischer Mineralien, welches die Forderungen des im September 2024 stattfindenden UN-Panels zu „Critical Energy Transition Minerals“ aufgreift, einen

Paradigmenwechsel markieren könnte. Der Vorstoß, der am Rande des UN-Biodiversitätsgipfels COP16 in Cali angekündigt wurde und bis zur COP30 in Belém konkretisiert werden soll, reagiert auf die massive Zunahme der weltweiten Nachfrage nach strategischen Rohstoffen sowie die Externalisierung sozialer und ökologischer Verluste und Schäden entlang der Lieferketten. Damit greift die Initiative nicht nur Empfehlungen des UN-Gremiums für kritische Mineralien auf, sondern könnte auch eine pragmatische Alternative zum stockenden Prozess des UN-Abkommens für Wirtschaft und Menschenrechte zur Regulierung globaler Lieferketten darstellen.

Wechselwirkungen

Auch wenn die isolierten Effekte globaler Klimagovernance aktuell wie mittelfristig begrenzt erscheinen, liegt in der Fähigkeit des COP-Prozesses, öffentliche Aufmerksamkeit zu bündeln und nationale wie transnationale Prozesse zu beeinflussen, erhebliches Potenzial für indirekte Klimaschutzwirkungen.

Vor dem Hintergrund des in diesem Jahr anstehenden fünfjährigen Zyklus der nationalen Klimapläne wird deutlich, wie stark Mechanismen der globalen Klimagovernance nationale Politiken beeinflussen. Sie erzeugen Erwartungsdruck, setzen politische Vergleichsmaßstäbe und machen das internationale Ambitionsniveau sichtbar. Die NDCs sind das zentrale Steuerungsinstrument der globalen Klimagovernance – nicht nur zur Fortschrittskontrolle, sondern auch zur politischen Aushandlung von Verantwortung und Handlungsspielräumen. Einerseits setzen sie auf Transparenz und Vergleichbarkeit, um Vertrauen und Wirksamkeit zu stärken, andererseits spiegeln sie zugleich tief verwurzelte Konfliktlinien der globalen Klimagovernance wider. So dienen sie insbesondere den Ländern des Globalen Südens dazu, Differenzierungsansprüche zu formulieren und hegemoniale Harmonisierungsversuche abzuwehren. In dieser Doppelrolle sind NDCs somit nicht nur technische Planungsinstrumente, sondern auch politische Ausdrucksformen globaler Macht- und Gerechtigkeitsfragen (Jernäs 2024). Vor diesem Hintergrund und angesichts der unzureichenden Einreichung nationaler Klimapläne veröffentlichte Brasilien im Zuge seiner Gastgeberrolle der COP30 die Idee von selbstbestimmten Beiträgen (SDCs) als Bottom-up-Maßnahme.¹⁴

Wechselwirkungen existieren auch mit dem Treiber Klimaklagen. Hier bilden einerseits internationale Verträge und Entscheidungen normative Grundlagen für Argumente in klimabezogenen Gerichtsverfahren, andererseits richten sich große Hoffnungen auf die Rolle internationaler Gerichte

13 Zudem fordern zivilgesellschaftliche Akteure eine Stärkung der normsetzenden und koordinierenden Funktionen der Global Economic Governance, beispielsweise in Bezug auf Steuerpolitik, das Management von Schuldenkrisen, die Entwicklungszusammenarbeit oder die Regulierung transnationaler Unternehmen.

14 SDCs werden hierbei als eine enthierarchisierte Form der Mobilisierung von zeitlichen und finanziellen Ressourcen angesehen, um die Herausforderungen des Klimawandels nachhaltig anzugehen.

als Normsetzungsinstanzen für globale Klimagovernance (Kotzé 2021, Aykut et al. 2024). So könnte das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beantragte Gutachten zu den Pflichten der Staaten in Bezug auf den Klimawandel – basierend auf einer Studierendeninitiative aus Vanuatu zu Loss and Damage – dazu beitragen, Länder des Globalen Nordens in die Verantwortung zu ziehen, um Finanzmittel für Klimaschäden zu erhöhen und Maßnahmen zur gerechten und demokratischen Finanzierung von Entwicklungs- und Klimazusammenarbeit zu verstärken.

Durch die Organisation der *Cúpola dos Povos* und dem Schwerpunkt auf zivilgesellschaftliche Mobilisierungen auf der COP30 wird globale Klimagovernance zudem zur Sichtbarkeit der Klimabewegung und zur Koordination sozialer Bewegungen beitragen. Auswirkungen sind zudem durch die Signalwirkung von COP-Entscheidungen und die Vorlage neuer freiwilliger Selbstverpflichtungen auf Unternehmenshandeln zu erwarten.

Handlungsoptionen

Deutschland nimmt im Rahmen der EU-Delegation an den globalen Klimaverhandlungen teil und verhandelt dort in der Regel gemeinsame Positionen mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten. Der Einfluss Deutschlands als größter EU-Staat und früherer – wenn auch inzwischen relativer – Vorreiter in Fragen der Klimapolitik ist dabei beachtlich. Er umfasst sowohl den direkten Einfluss auf europäische Verhandlungspositionen als auch eine Signal- und Vorbildwirkung durch die nationale Umsetzung der Klimawende.

In diesem Sinne sollte Deutschland seine Rolle als gestaltender Akteur innerhalb der EU und als Brückenbauer in den internationalen Klimaverhandlungen ausbauen. Dazu könnten vermehrt auch internationale Kooperationen inner- und außerhalb der UNFCCC, insbesondere sektorale Allianzen wie die *Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty* oder Initiativen zur *Dekarbonisierung von Industrie- und Energiesektoren*, aktiv unterstützt und mitgestaltet werden. Diese Initiativen können wichtige Impulse geben, um über die multilateralen Verhandlungsstrukturen hinaus konkrete Fortschritte in zentralen Emissionssektoren zu erzielen.

Während Deutschland und die Biden-Regierung gemeinsam klimabezogene Reformen in Weltbank und IWF vorangetrieben hatten, stellt die klimapolitische Kehrtwende der neuen US-Administration Europa und insbesondere Deutschland vor die Aufgabe, Verantwortung in der internationalen Finanzdiplomatie zu übernehmen. Gerade für den

dringend benötigten Ausbau erneuerbarer Energien zur Senkung der globalen Treibhausgasemissionen sehen sich insbesondere Länder des Globalen Südens mit der Frage der Finanzierungskapazitäten konfrontiert (Falduto et al. 2024). So zahlen 56 Staaten des Globalen Südens mehr als 10 Prozent, und 17 sogar mehr als 20 Prozent ihres BIP für den Schuldendienst,¹⁵ was klimafreundliche Infrastrukturinvestitionen erheblich erschwert. Fortschritte in der globalen Klimagovernance werden daher zunehmend daran gemessen werden müssen, inwiefern strukturelle Ungleichheiten im Zugang zu niedrigschwelliger, langfristiger und zuverlässiger Finanzierung adressiert werden. Die Bundesregierung steht damit vor der Herausforderung, im Zuge des FfD4 und anderer internationaler Foren konkrete Reformprozesse für eine demokratische und gerechte internationale Finanzarchitektur vorzubringen.

Allerdings lassen die klimapolitischen Pläne der neuen Bundesregierung eher eine Reduzierung der Klimafinanzierung befürchten. So beinhaltet der im April 2025 geschlossene Koalitionsvertrag zwar das Vorhaben einer stärkeren Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie ein Bekenntnis zu multilateralen Institutionen, doch stehen dieser die Senkung der ODA-Quote für internationale Entwicklungszusammenarbeit und Klimapolitik gegenüber und damit nach aller Voraussicht die Verfehlung des Zieles, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit abzugeben. Zusätzlich wird die Abschaffung der Stelle des Sonderbeauftragten für Internationalen Klimaschutz, das Fehlen der Klimaaußenpolitik im Koalitionsvertrag und die erhebliche personelle Schwächung als „Selbstverzwergung“ (Germanwatch 2025: 4) Deutschlands in der internationalen Klimapolitik kritisiert. Positive Bestrebungen lassen sich jedoch in der angekündigten Intensivierung bilateraler Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens und die geplante „Nord-Südkommission“¹⁶ verorten. Diese könnte eine wichtige Rolle bei Deutschlands Verantwortungsübernahme im internationalen Klimaschutz spielen, wie beispielsweise jüngst die Übernahme des Co-Leads im Zuge des Just Energy Transition Partnerships (JETP) in Indonesien zeigt, solange diese auf der Maxime von gerechten Partnerschaften auf Augenhöhe und nicht allein auf der Sicherung wirtschaftlicher Interessen basieren.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut und Lea Kammler

15 Neto, Marcos. 2025. *Debt-for-development swaps – aligning fiscal relief with environmental stewardship*. UNDP, 1. Juli. Verfügbar unter: <https://www.undp.org/speeches/debt-development-swaps-aligning-fiscal-relief-environmental-stewardship>

16 Siehe Koalitionsvertrag 2025, S. 127

Literaturverzeichnis

- Andre, P., T. Boneva, F. Chopra, A. Falk. 2024. Globally representative evidence on the actual and perceived support for climate action. *Nature Climate Change* 14/3: 253–259.
- Aronczyk, M. 2024. Branding the nation in the era of climate crisis: Eco-nationalism and the promotion of green national sovereignty. *Nations and Nationalism* 30/1: 25–38.
- Aykut, S. C., E. D'Amico, A. Fünfgeld. 2023. UN climate governance. In: *Hamburg Climate Futures Outlook. The plausibility of a 1.5 °C limit to global warming – Social drivers and physical processes*. Herausgegeben von A. Engels, J. Marotzke, E. Gonçalves Gresse, A. López-Rivera, A. Pagnone, J. Wilkens. Hamburg, Germany: Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 76–82.
- Aykut, S. C., F. Schenuit, J. Klenke, E. D'Amico. 2022. It's a Performance, Not an Orchestra! Rethinking soft coordination in global climate governance. *Global Environmental Politics* 22/4: 173–196.
- Aykut, S. C., A. Wiener, C. Zengerling, J. Bähring. 2024. Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization I: A Framework and a General Assessment. *Carbon & Climate Law Review* 17/3: 181–192.
- Berahab, R. 2025. *Turning Back the Clock. Industrial, Economic, and Diplomatic Fallout from the U.S. Climate Policy Reversal*. Policy Center for the New South.
- Bhattacharya, A., V. Songwe, E. Soubeyran, N. Stern. 2024. Raising ambition and accelerating delivery of climate finance. *London: Grantham Research Institute on Climate Change and Environment, London School of Economics and Political Science*.
- CarbonBrief. 2024. *COP29: Key outcomes agreed at the UN climate talks in Baku*. Carbon Brief.
- Chan, S., F. Eichhorn, F. Biermann, A. Teunissen. 2021. A Momentum for Change? Systemic effects and catalytic impacts of transnational climate action. *Earth System Governance* 9: 100119.
- Cory, J., M. Lerner, I. Osgood. 2021. Supply Chain Linkages and the Extended Carbon Coalition. *American Journal of Political Science* 65/1: 69–87.
- Dannenber, A., M. Lumkowsky, E. K. Carlton, D. G. Victor. 2023. Naming and shaming as a strategy for enforcing the Paris Agreement: The role of political institutions and public concern. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 120/40: e2305075120.
- Depledge, J. 2008. Striving for No: Saudi Arabia in the Climate Change Regime. *Global Environmental Politics* 8/4: 9–35.
- Depledge, J. 2024. The future of negotiations under the climate change COP (Conference of the Parties): Implementation is not enough. *Dialogues on Climate Change* 1/1: 12–17.
- Dubash, N. K. 2023. Rebalance attention from global target setting toward national climate politics and policy. *Science* 382/6666: eadk7428.
- Dunne, D. 2025. Analysis: 95% of countries miss UN deadline to submit 2035 climate pledges. CarbonBrief.
- Falduto, C., J. Noels, R. Jachnik. 2024. The New Collective Quantified Goal on climate finance: Options for reflecting the role of different sources, actors, and qualitative considerations. Paris: OECD & IEA.
- Falkner, R. 2016. The Paris Agreement and the new logic of international climate politics. *International Affairs* 92/5: 1107–1125.
- Ferreira, P. G. o. 2021. Arrested development: the late and inequitable integration of loss and damage finance into the UNFCCC. *Research Handbook on Climate Change Law and Loss & Damage*: 127–148.
- Gabor, D. 2021. The Wall Street Consensus. *Development and Change* 52/3: 429–459.
- Gentile, G., J. Gupta. 2025. Orchestrating the narrative: The role of fossil fuel companies in delaying the energy transition. *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 212: 115359.
- Germanwatch. 2025. *Klimapolitik sichert Internationale Handlungsfähigkeit. Empfehlungen für eine integrierte Klima- und Außenpolitik*. Germanwatch.
- Hale, T. 2020. Catalytic Cooperation. *Global Environmental Politics* 20/4: 73–98.
- Hare, B., R. Haynes, M. Dhakal, S. Jattansingh, U. Klönne. 2024. *What did we just agree to? The COP29 outcome*. Climate Analytics.
- Hermwille, L., A. Siemons, H. Förster, L. Jeffery. 2019. Catalyzing mitigation ambition under the Paris Agreement: elements for an effective Global Stocktake. *Climate Policy* 19/8: 988–1001.
- Hoffart, F. M., P. D'Orazio, F. Holz, C. Kemfert. 2024. Exploring the interdependence of climate, finance, energy, and geopolitics: A conceptual framework for systemic risks amidst multiple crises. *Applied Energy* 361: 122885.
- Hunjra, A. I., M. Azam, P. Verhoeven, D. Taskin, J. Dai. 2024. The impact of geopolitical risk, institutional governance and green finance on attaining net-zero carbon emission. *Journal of Environmental Management* 359: 120927.

- IEA. 2024. *World Energy Investment 2024*. Paris: International Energy Agency.
- IISD. 2024. *Summary report, UN Climate Change Conference Baku*. International Institute for Sustainable Development.
- Jernnäs, M. 2024. Governing through the nationally determined contribution (NDC): five functions to steer states' climate conduct. *Environmental Politics* 33/3: 530–551.
- Jordan, A., D. Huitema, H. Van Asselt, J. Forster. (Hrsg.) 2018. *Governing climate change: Polycentricity in action?* Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Klöwer, M., M. R. Allen, D. S. Lee, S. R. Proud, L. Gallagher, A. Skowron. 2021. Quantifying aviation's contribution to global warming. *Environmental Research Letters* 16/10: 104027.
- Kotzé, L. J. 2021. Neubauer et al. versus Germany: Planetary Climate Litigation for the Anthropocene? *German Law Journal* 22/8: 1423–1444.
- Kuramochi, T., A. Deneault, S. Chan, S. Smit, N. Pelekh. 2024. Supporting the Paris Agreement through international cooperation: potential contributions, institutional robustness, and progress of Glasgow climate initiatives. *npj Climate Action* 3/1: 31.
- Laux, H. 2017. Clockwork Society: Die Weltklimakonferenz von Paris als Arena gesellschaftlicher Synchronisation. *Anna Henkel/Henning Laux/Fabian Anicker (Hg.), Raum und Zeit. Soziologische Beobachtungen zur gesellschaftlichen Raumzeit, Weinheim: Beltz Juventa: 246–279.*
- Nasiritousi, N., A. Buylova, M. Fridahl, G. Reischl. 2024. Making the UNFCCC fit for purpose: A research agenda on vested interests and green spiralling. *Global Policy* 15/2: 487–494.
- Nevitt, M. 2024. On the United States, China, and COP29: Assessing the State of International Climate Progress After Baku. *Emory Legal Studies Research Paper*.
- Nijse, F. J. M. M. et al. 2023. The momentum of the solar energy transition. *Nature Communications* 14/1: 6542.
- Obergassel, W. et al. 2022. From regime-building to implementation: Harnessing the UN climate conferences to drive climate action. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 13/6: e797.
- Teunissen, A., S. Chan. 2023. Leveraging “Enabling Power” Through Awarding in Global Climate Governance: Catalytic Impacts of UNFCCC's Global Climate Action Award. *Global Environmental Politics*: 1–24.
- TWN. 2024. *Baku Climate News Updates*. Third World Network.
- van Asselt, H. 2016. The Role of Non-State Actors in Reviewing Ambition, Implementation, and Compliance under the Paris Agreement. *Climate Law* 6/1–2: 91–108.
- Van Coppenolle, H., M. Blondeel, T. Van de Graaf. 2023. Reframing the climate debate: The origins and diffusion of net zero pledges. *Global Policy* 14/1: 48–60.

7

Kommunaler Klimaschutz

Auswirkungen des Klimawandels werden lokal erfahrbar. Auch der Umbau zur Klimaneutralität manifestiert sich zunächst lokal. In der föderalen Struktur der Bundesrepublik sind Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge für eine Reihe klimarelevanter Entscheidungen zuständig (Zengerling 2022). Der Treiber umfasst daher solche Maßnahmen, Initiativen und Prozesse auf kommunaler Ebene, die auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet sind, oder für das Erreichen dieses Ziels direkte Relevanz besitzen.¹ Darunter fallen etwa Maßnahmen zum Ausbau Erneuerbarer Energien und zum Umbau der lokalen Energieversorgung, zur Effizienzsteigerung und Emissionsminderung in Infrastrukturentwicklung, Stadtplanung und Mobilität, aber auch Informationsangebote, partizipative Prozesse und Reallabore (Radtke et al. 2018).

Der Fokus der Treiberanalyse liegt auf den Kommunen. Diese handeln als Teil der Länderverwaltungen zunächst im Rahmen landesrechtlicher Vorgaben, nehmen aber mitunter auch eine aktivere, eigenständige Rolle ein und nutzen Handlungsspielräume im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, um klimapolitische Akzente in der Stadt- und Bauplanung, der Daseinsvorsorge oder Förderpolitik zu setzen (Zengerling 2021). Lokale Klimapolitik ist daher in hohem Maße von lokalpolitischen Prioritätensetzungen und Machtkonstellationen abhängig, und setzt den schrittweisen Aufbau klimapolitischer Expertise und organisationaler Kapazitäten voraus (Boghrat et al. 2014: 291). In den Fokus rücken dabei auch Kooperationen mit lokalen Akteuren wie Bürgerinitiativen, (kommunalen) Unternehmen und Verbänden, die sich über politisches Engagement, finanzielle Investitionen oder im Rahmen von Beteiligungsverfahren in lokale Transformationsprozesse einbringen. Diese gesellschaftliche Einbettung stellt einen zentralen Aspekt der Treiberdynamik dar. In den Blick kommen damit auch positive und negative Wechselwirkungen zwischen politischen Ebenen, und Feedbackschleifen

zwischen Verwaltung, Bürger*innen und Unternehmen, die kommunalen Klimaschutz befördern oder untergraben (Millar et al. 2021).

Die Dynamik des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland lässt sich nur schwer einheitlich erfassen. Einerseits ist die Ausgangslage sehr heterogen: zwischen den Bundesländern, städtischen und ländlichen Räumen, Kleinstädten und Metropolen, Industrie- und Universitätsstandorten bestehen erhebliche Unterschiede in institutionellen Voraussetzungen, Kapazitäten und Handlungsprioritäten. Andererseits ist auch die Datenlage bislang unausgewogen: Frühere Forschung fokussierte stark auf Großstädte (Betsill und Bulkeley 2004, Radtke 2020, Otto et al. 2021), zunehmend werden aber auch andere Aspekte in den Blick genommen – etwa die Rolle der kommunalen Verwaltung (Boghrat et al. 2014), erfolgreiche Praxisbeispiele (Nagorny-Koring 2018) und Klimaschutzinnovationen (Kemmerzell und Hofmeister 2019), die Einbettung der kommunalen Energiewende ins Mehrebenensystem (Graf et al. 2018) oder Fragen der kommunalen Planung (Zengerling 2022) und des kommunalen Handlungs- und Einflusspotentials (Kenkmann et al. 2022).

Vor diesem Hintergrund verfolgt unsere Analyse nicht das Ziel einer vollständigen Erfassung kommunaler Klimapolitiken in Deutschland. Stattdessen konzentrieren wir uns auf übergreifende Trends und exemplarische Schlaglichter, die zentrale Treiberdynamiken beleuchten. Neben der Auswertung vorhandener Daten stützen wir uns auf qualitative Interviews mit Klimaschutzmanager*innen² und die Ergebnisse eines Stakeholder-Workshops im Dezember 2024 in Hamburg.³

1 Der Fokus des Treibers wurde im Vergleich zum Klimawende Ausblick 2024 geschärft: Kommunen bilden die zentrale Beobachtungseinheit, während die klimapolitischen Vorgaben der Bundesländer im Bereich der Kontextbedingungen behandelt werden.

2 Im Rahmen einer über die nächsten Jahre regelmäßig durchzuführenden Befragungsreihe wurden dieses Jahr zunächst 15 leitfadengestützte Interviews mit Klimaschutzmanager*innen aus verschiedenen Bundesländern (Bayern, Saarland, Hamburg, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hessen, Niedersachsen) und Hintergründen (Stadt/Land, Ost/West, mit/ohne Klimaschutzkonzept) von jeweils ca. 1h durchgeführt. Die Interviews wurden zwischen 27. März und 2. Mai 2024 geführt und sind im Folgenden zum Zwecke der Anonymität durchnummeriert.

3 Zu dem Workshop mit dem Titel *Lokale Klimapolitik als Treiber der Klimawende in Deutschland: Dynamiken, Gestaltungsräume und Gelingensbedingungen* wurden Klimaschutzmanager*innen, Akteure der Lokalpolitik und zivilgesellschaftliche Initiativen aus verschiedenen Teilen Deutschlands eingeladen. Die Inputs und Diskussionen des Workshops wurden protokolliert und anschließend ausgewertet.

Dynamik: Ein allmählicher Aufbau von Handlungskapazitäten

Der institutionelle Rahmen kommunalen Handelns für Klimaschutz ist geprägt von einem **Spannungsfeld**: Wichtig ist zum einen das Leitbild der Treibhausgasneutralität, das sich über § 13 des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) in kommunale Planungen und Entscheidungen erstreckt. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Klimabeschluss von 2021 den Staatszielauftrag aus Art. 20a GG („Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“) verfassungsrechtlich konkretisiert und gestärkt. Damit besitzt der Klimaschutz Verfassungsrang und die Pflicht zu seiner Berücksichtigung richtet sich nicht nur an Bund und Länder, sondern auch an die Kommunen (Britz 2023). Zum anderen garantiert das verfassungsrechtliche Selbstverwaltungsrecht der Kommunen (Art. 28 Abs. 2 GG) ihnen weitgehende Autonomie in Aufgaben der Daseinsvorsorge. Neue verpflichtende Aufgaben darf ihnen allein das jeweilige Bundesland übertragen, nicht der Bund (Konnexitätsprinzip).

Kommunaler Klimaschutz zwischen Freiwilligkeit und Bundesförderung

Klimaschutz ist auch deswegen bislang überwiegend eine **freiwillige Aufgabe**, die allerdings ermöglicht und unterstützt wird durch **Förderprogramme** des Bundes und der Länder.

Ein zentrales Instrument hierbei ist die *Kommunalrichtlinie*, eingeführt 2008 im Rahmen der *Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)* des Bundesumweltministeriums. Sie wurde 2024 novelliert und gilt bis

2027. Gefördert werden strategische Maßnahmen – etwa Klimaschutzkonzepte oder Personalstellen – ebenso wie investive Projekte, etwa in energieeffiziente Infrastruktur oder nachhaltige Mobilität. Bis Ende 2024 wurden über die Klimaschutzinitiative rund 29.000 Projekte in mehr als 5.300 Kommunen mit insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Dadurch konnten laut Bundesregierung Investitionen in Höhe von etwa 3,6 Milliarden Euro angestoßen werden.⁴

Trotz dieser Unterstützungsstrukturen bestehen weiterhin strukturelle Hürden. Wie Kenkmann und Kolleg*innen (2022: 37) in ihrer Studie zu kommunalen Einflusspotentialen zeigen, fehlt es vielerorts an ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, um das bestehende Potenzial auch tatsächlich zu nutzen. Ob und in welchem Umfang Mittel bereitgestellt und Maßnahmen umgesetzt werden, hängt wesentlich vom politischen Stellenwert des Themas in der jeweiligen Kommune und damit auch von parteipolitischen Mehrheiten, ab. Einen wesentlichen Einfluss auf die Treiberdynamik hatten daher auch die Proteste im Rahmen von *Fridays for Future* ab 2018 (Kenkmann et al. 2022: 137). Diese haben dazu beigetragen, Klimaschutz kommunal höher zu priorisieren – sowohl politisch als auch administrativ.

Kommunale Handlungskapazitäten

Einen quantitativen Überblick über den Stand und die Dynamik des kommunalen Klimaschutzes liefert die Befragung des Umweltbundesamtes „Klimaschutz in Kommunen“ (UBA 2023) (Abb. 13).

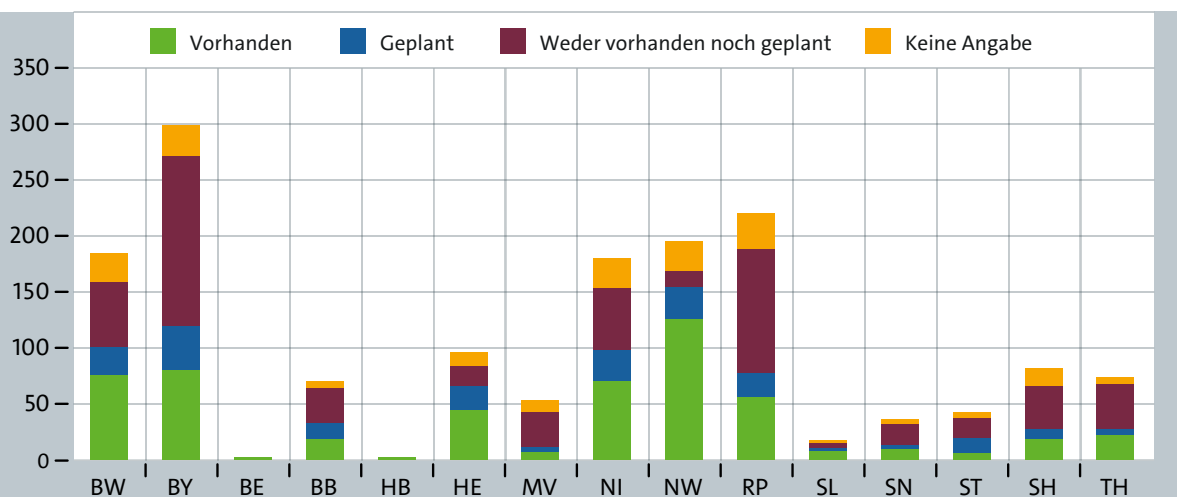


Abb. 13: Klimaschutzkonzepte in Kommunen nach Bundesländern. Dargestellt ist die Anzahl an Kommunen mit integrierten Klimaschutzkonzepten in der Befragung des Bundesumweltamtes nach Bundesländern. An der Befragung zwischen Nov. 2022 und März 2023 haben 1553 Kommunen teilgenommen (13Prozent). Daten und Darstellung: UBA (2023).⁵

4 Alle Informationen und Zahlen sind abrufbar unter der Webseite der nationalen Klimaschutzinitiative: www.klimaschutz.de.

5 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/kommunaler-klimaschutz/uba-kommunalbefragung-klimaschutz-in-kommunen#--2>

Von den 1.553 teilnehmenden Kommunen verfügten 54 Prozent über eigenes Klimaschutzpersonal; 1.113 Kommunen hatten bereits ein Klimaschutzkonzept verabschiedet oder planten dessen Erstellung. 106 Kommunen hatten zum Befragungszeitpunkt den Klimanotstand ausgerufen, und damit ein symbolisches Zeichen gesetzt, dass sie Klimapolitik priorisieren wollen. Inhaltlich dominierten in den Konzepten drei Zielbereiche: die Minderung von Treibhausgasemissionen (672 Kommunen), Klimaneutralität (618 Kommunen) sowie der Ausbau erneuerbarer Energien (rund 400 Kommunen). Bemerkenswert ist eine Zunahme von Planungen im Bereich natürlicher Kohlenstoffsenken – etwa durch Aufforstung oder Renaturierung. Diese Entwicklung deutet auf eine Erweiterung kommunaler Handlungsfelder hin.

Ein besonders dynamisches Feld ist die kommunale Wärmeplanung. Zum Zeitpunkt der UBA-Befragung hatten 544 Kommunen entsprechende Planungen angestoßen. Seit Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) im Januar 2024 dürfte sich diese Entwicklung noch einmal deutlich beschleunigt haben. Das Gesetz verpflichtet die Bundesländer zur flächendeckenden Einführung einer Wärmeplanung mit dem Ziel einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Wärmeversorgung. Damit wird die Wärmeplanung für Kommunen faktisch zur Pflichtaufgabe – auch wenn die legislative Zuständigkeit weiter bei den Ländern verbleibt. Einige dieser hatten die Wärmeplanung bereits vor dem Bundesgesetz bereits eigenständig vorangetrieben. Ein aktueller regionaler Einblick ergibt sich aus dem *Klimaschutz-Dashboard Rheinland-Pfalz*.⁶ Im Juni 2025 geben 112 der 170 Kommunen des Bundeslands – rund zwei Drittel – an, Wärmepläne mit Unterstützung durch Fördermittel über die Kommunalrichtlinie zu erstellen. Zwölf davon haben bereits fertige Pläne veröffentlicht. Bei der kommunalen Wärmeplanung zeigt sich also, wie Bundesförderung, gesetzliche Rahmenbedingungen in Bund und Ländern und lokaler Gestaltungswille zusammenspielen können.

Zunehmend gewinnt auch die Klimaanpassung an Bedeutung. Mit dem Klimaanpassungsgesetz (KANg) von 2024 werden Kommunen verpflichtet, Anpassungskonzepte zu erstellen und das Ziel der Klimaanpassung in ihre Planungen einzubeziehen. Derzeit geben laut der Umfrage „Kommunalbefragung Klimaanpassung 2023“ des UBA (Friedrich et al. 2024) 12 Prozent der befragten Kommunen an, bereits ein Klimaanpassungskonzept zu besitzen, während 41 Prozent konkrete Maßnahmen zur Anpassung umsetzen. Damit entstehen neue Synergien, aber auch mögliche Zielkonflikte mit

bestehenden Klimaschutzmaßnahmen, etwa bei der Nutzung von Flächen.

Die von uns befragten Klimaschutzmanager*innen bewerteten die aktuelle Dynamik im kommunalen Klimaschutz überwiegend verhalten positiv – allerdings mit regionalen Unterschieden.⁷ Häufig geäußert wurde der Vorbehalt eines schwieriger werdenden gesellschaftlichen und politischen Umfelds für Klimaschutz (siehe hierzu auch die Kontextbedingungen). Mehrere Befragte erwähnten, dass in den letzten Jahren neue Stellen geschaffen oder existierende verstetigt wurden, oder verwiesen auf neue gesetzliche Rahmenbedingungen, die zusätzliche Handlungsspielräume eröffneten, z. B. in der Wärmeplanung:

„das Wärmeplanungsgesetz ... hat auf jeden Fall dazu geführt, dass dieses Thema richtig angesprochen wurde bei uns. Also wir hätten sicherlich ... das Thema sowieso irgendwann wären es angegangen ... aber sicherlich nicht so schnell und nicht so intensiv, wie wir es jetzt tun. Und das ist eine sehr sehr gute Entwicklung, würde ich sagen.“ (Interview 5, Bayern)

Das Beispiel der Wärmeplanung zeigt also, wie wichtig die Schaffung eines geeigneten gesetzlichen Rahmens ist, um die kommunale Dynamik anzuschieben. Damit sind jedoch keinesfalls schon sämtliche Probleme der Umsetzung behoben, wie wir in der Folge zeigen.

Fortschritte bei Liegenschaften und Erneuerbaren, Stillstand bei der Mobilität

Augenfällig sind bei unserer Erhebung zunächst starke sektorspezifische Unterschiede in der Bewertung von Fortschritten und Handlungspotentialen: Der klimaneutrale Umbau im Bereich der eigenen Liegenschaften – Gebäude, Schulen, kommunale Freiflächen – und der Ausbau von Erneuerbaren wurden besonders oft als dynamischste Bereiche genannt.⁸ Hinzu kommt der Ausbau von Angeboten der Beratung und Information für Bürger*innen und Unternehmen sowie die Schaffung von Anreizen für klimafreundliches Verhalten. In allen diesen Feldern können Kommunen direkten Einfluss ausüben. Auch konkrete bürgernahe Infrastrukturprojekte wie der Ausbau von Grünflächen, Radwegen oder des öffentlichen Nahverkehrs wurden in vielen Kommunen erfolgreich vorangetrieben.

Als Problembereiche gelten hingegen die Sektoren *Wärme* und vor allem *Mobilität*. Der Bereich *Wärme* kann nunmehr immerhin im Rahmen der Wärmeplanung angegangen werden. Allerdings stehen Kommunen hier vor strukturellen Problemen: Sie haben nur begrenzten Einfluss auf zentrale Akteure der Wärmeversorgung wie Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreiber

6 <https://klimaschutz-dashboard.rlp.de/ksd/dashboard/start>

7 Auf einer Skala von +3 bis -3 wurde im Durchschnitt eine 1 gewählt. Insgesamt bewerteten einige unserer Gesprächspartner*innen aus Thüringen die Situation schlechter als in anderen Bundesländern.

8 Z. B. Interviews 2 (Niedersachsen) 3, 4, 13 (alle Saarland), 5 (Bayern), 7 (Hamburg), 8 (Thüringen), 12, 14 (beide Schleswig-Holstein).

und große Immobilieneigentümer. Ihnen fehlen oftmals die finanziellen Mittel für größere Infrastrukturprojekte sowie rechtliche und personelle Kapazitäten, um die Planung in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Selbst wenn Kommunen ein Wärmekonzept erstellen, können sie dessen Umsetzung daher nur bedingt durchsetzen – insbesondere wenn lokale Energieversorger und die Wohnungswirtschaft andere wirtschaftliche Interessen verfolgen. Damit eröffnen sich neue Konfliktpotenziale, etwa zwischen Klimazielen und kommunaler Planungshoheit einerseits und Eigentumsrechten und Energieversorgungsinteressen andererseits.

Noch schwieriger stellt sich die Situation im Bereich der Mobilität dar. Strukturell hemmend wirken hier fehlende kommunale Gestaltungsspielräume, etwa im Rahmen der Zuständigkeiten für Verkehrswege, infrastrukturelle Defizite insbesondere im ländlichen Raum sowie eine nach wie vor stark autozentrierte Verkehrsplanung.

„Was eher schleppend ist, ist so das Thema Mobilitätswende meiner Ansicht nach. Da hat man kommunal nicht so den Riesenspielraum ... Also es ist schon sehr Auto ausgelegt hier alles. Wir haben eine Fahrradstraße im ganzen Stadtgebiet ... aber es geht noch viel mehr.“ (Interview 5, Bayern)

Hinzu kommt eine Zunahme an Konflikten rund um die Verkehrswende. Diese entzündeten sich vor allem dort, wo die Priorität des Automobils im Zuge eines klimafreundlichen Umbaus der Infrastruktur infrage gestellt wird.

„Und gleichzeitig wird hier wirklich um jeden Zentimeter Parkplatz gekämpft. Also wenn man auch nur versucht irgendwo mal den Fahrradverkehr vielleicht ein bisschen stärker zu bevorzugen, dann kommt gleich die Frage danach: Wie viel Parkplätze fallen weg?“ (Interview 14, Schleswig-Holstein)

Dieses Zitat steht exemplarisch für die Probleme der kommunalen Klimawende im Bereich der Mobilität. Besonders schwer ins Gewicht fallen dabei individuelle Konsumententscheidungen, die Bürgerinnen und Bürger langfristig auf das Auto festlegen und die lokale Verkehrswende damit erschweren (siehe auch die Treiber Konsumententwicklung und Unternehmenshandeln). Diese wurden von der Bundespolitik immer wieder durch Förderungen (etwa im Rahmen von Abwrackprämien) und automobilfreundliche Infrastrukturentscheidungen (etwa im Rahmen der Autobahnplanung) unterstützt.

Kontext: Politische Unsicherheit, schwächere Resonanz, aber Aussicht auf finanzielle Entlastung

Die Dynamik kommunalen Klimaschutzes entfaltet sich im Spannungsfeld zwischen der Zuweisung von Zielen und Verantwortlichkeiten durch übergeordnete politische Ebenen und der proaktiven „Herstellung von Handlungsfähigkeit“ (Boghrat et al. 2014: 292) durch kommunale Akteure und Verwaltungen. Diese rahmen Klimapolitik als lokale Aufgabe und versuchen, begrenzte eigene Gestaltungskompetenzen durch die gezielte Entwicklung fachlicher und organisationaler Fähigkeiten zu erweitern.

Die Erfolgchancen bei dieser Entwicklung kommunaler Klimapolitik hängen dabei von Merkmalen ab wie der lokalen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur – Universitätsstädte bspw. tendieren stärker zu Klimaschutz als Industriestandorte (Haupt et al. 2022) – sowie von der Schaffung geeigneter institutioneller Strukturen (Boghrat et al. 2014) und der Verfügbarkeit von Ressourcen durch Bundes- und Landesförderung (Otto et al. 2021). Eng verknüpft mit Fragen der Finanzierung sind rechtliche Vorgaben in der Form von Zielen und/oder kommunalen Aufgaben und Kompetenzen (Zengerling 2021).

Klimapolitische Städte-Netzwerke wurden schon früh als weiterer unterstützender Faktor identifiziert (Betsill und Bulkeley 2004). Studien belegen außerdem, dass die lokale Resonanz für Klimathemen – etwa die Stärke Grüner Parteien in der Lokalpolitik (Schulze und Schoenefeld 2022), der Einfluss sozialer Bewegungen (Otto et al. 2021), oder der Druck durch zivilgesellschaftliche Gruppen in der Umsetzung von Maßnahmen (Haupt et al. 2022) – einen erheblichen Einfluss auf die kommunale Klimapolitik hat.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf Veränderungen von Kontextbedingungen, die in den letzten Jahren zu beobachten waren und einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Dynamik der kommunalen Klimawende ausüben. Dabei stützen wir uns auch hier auf veröffentlichte Studien und die von uns geführten Interviews mit Klimaschutzmanager*innen. Bei diesen forderten wir unsere Gesprächspartner*innen auch auf, die Kontextbedingungen in ihrer Wichtigkeit zu ‚ranken‘. Die Ergebnisse dieses Rankings reflektieren wir in der Reihenfolge, in der wir die Kontextbedingungen im Folgenden diskutieren.

Als besonders zentral für den kommunalen Klimaschutz wurden von nahezu allen Klimaschutzmanager*innen politische Vorgaben und rechtliche Regelungen erachtet. So schreiben manche Landesklimaschutzgesetze die Aufstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte vor, während andere auf Freiwilligkeit und finanzielle Anreize setzen (Zengerling 2021: 37). Die Länder besitzen zudem wichtige Gesetzgebungskompetenzen in klimarelevanten Bereichen wie der Raumplanung (Wick

2015). Ein häufig genanntes Beispiel für eine dynamisierende gesetzliche Vorgabe ist das bereits genannte Wärmeplanungsgesetz (WPG) des Bundes, das seit 2024 Kommunen zur Wärmeplanung verpflichtet. Diese rechtliche Neuerung wurde von vielen Klimaschutzmanager*innen begrüßt, da sie verbindliche Strukturen für die Wärmewende schafft und über Bundesmittel finanziell gestützt wird. In einigen Fällen hat dies bereits zu einer Verschiebung personeller Ressourcen geführt, etwa durch den Wechsel von Klimaschutzmanager*innen auf neu geschaffene Stellen im Bereich der Wärmeplanung.⁹ Diese Entwicklung zeigt auch eine gewisse Konkurrenzsituation innerhalb kommunaler Aufgaben mit Klimaschutzbezug auf.

In den Interviews wird außerdem wiederholt auf eine zunehmende **politische Unsicherheit** hingewiesen, die als hemmender Kontextfaktor für kommunalen Klimaschutz bewertet wird.¹⁰ Diese Unsicherheit bezieht sich sowohl auf den Wechsel politischer Mehrheiten auf Bundes- und Landesebene als auch auf das schwankende Verhalten der Bundesregierung gegenüber bestehenden Klimazielen. Häufig geäußert wurde die Sorge eines möglichen Rückbaus von Klimaschutzverpflichtungen durch die neue Bundesregierung. Diese führe schon jetzt zu Zurückhaltung, Planungsunsicherheit und teilweise auch Lähmung in der kommunalen Verwaltung:

„Mit der Neuwahl, mit der jetzt sich bildenden GroKo wieder, ja, also einfach eine große Unsicherheit, wie es weitergeht. Also, die Ampel hatten irgendwie gute Startlöcher gesetzt und das ging alles in die richtige Richtung ... und jetzt ist einfach spüre ich schon auch in meiner Bubble eine große Unsicherheit, wie geht's weiter?“ (Interview 5, Bayern).

Aus Sicht der Kommunen ist daher ein deutliches klimapolitisches Bekenntnis des Bundes in Form einer unterstützenden politischen Kommunikation und angepassten Gesetzgebung erforderlich. Denn derzeit behindern unklare rechtliche Grundlagen, fehlende Rechtssicherheit und begrenzte Kontroll- und Anwendungsmöglichkeiten die Integration von Klimaschutz in kommunale Pflichtaufgaben (Kenkmann et al. 2022: 40 f.).

Ein weiteres zentrales Merkmal kommunalen Klimaschutzes ist ihre Abhängigkeit von den Prioritätssetzungen und Amtszeiten lokaler Entscheidungsträger*innen. Die politische Führung, insbesondere auf der Ebene der Bürgermeister*innen, wird als entscheidend für die Umsetzungsdynamik beschrieben. In Kommunen, so die von uns interviewten Klimaschutzmanager*innen, hänge *„viel davon ab inwiefern die Hausspitze gewisse Themen pusht.“ (Interview 4, Saarland).*

Politische Übergänge im Bürgermeisteramt sind daher auch stets Möglichkeitsfenster für mehr oder

– aktuell besonders relevant – weniger Klimaschutz. Die in der Regel langen Amtszeiten deutscher Bürgermeister*innen wirken in diesem Sinne eher stabilisierend auf den kommunalen Klimaschutz. Anstehende Personalwechsel in der Verwaltung oder politische Veränderungen stellen allerdings stets ein Risiko für den langfristigen Rückhalt des Klimaschutzes dar. Da das Klimaschutzmanagement nicht dauerhaft rechtlich abgesichert ist (Kenkmann et al. 2022: 139) kann in solchen Fällen ein Bedeutungsverlust drohen.

Die kommunale **Verwaltungskapazität** – womit sowohl die personelle als auch finanzielle Ausstattung der Klimaschutzpolitik gemeint ist – erweist sich als zweite zentrale Stellschraube für die Wirksamkeit des kommunalen Klimaschutzes, gleichzeitig aber auch als eines seiner größten Hindernisse. Dabei dominieren die finanzielle Ausstattung und der Mangel an dauerhaft verfügbarem Personal. Besonders in der Bauleit- und Radverkehrsplanung fehlen Kapazitäten, was dazu führt, dass Projekte verzögert oder gar nicht umgesetzt werden. Hinzu kommt, dass Stellen für Klimaschutzmanager*innen häufig befristet und von politischen Prioritätensetzungen abhängig sind. Dies erschwert insbesondere in finanzschwachen Kommunen eine langfristige personelle Verstetigung (Kenkmann et al. 2022: 157).

Die finanzielle Lage vieler Kommunen ist durch hohe Verschuldung geprägt. Anders als Bund und Länder verfügen sie nicht über die Möglichkeit, in Krisenzeiten die Schuldenbremse zu lockern. Der erhebliche kommunale Investitionsbedarf, insbesondere im Bereich der Gebäudesanierung, Mobilität und Bildung, steht somit oft im Kontrast zu den real verfügbaren Mitteln. Um diese strukturelle Schwäche auszugleichen, sind Bund und Länder gefordert, finanzielle Unterstützung zu leisten oder die Spielräume der Kommunen gezielt zu erweitern. Es besteht daher Hoffnung in den Kommunen, dass etwa die angekündigten Förderlinien aus dem **Schuldenpaket** – die Klimaförderung sowie die Mittel für Bundesländer, Entlastung bringen.

Allerdings ist auch die Teilnahme an Förderprogrammen häufig schwierig. Die Antragsverfahren gelten als komplex, langwierig und mit erheblichem personellem Aufwand verbunden. Insbesondere in kleinen Kommunen übersteigt der Aufwand für die Antragstellung häufig die personellen Kapazitäten.

„Man braucht gerade auch für die Förderprogramme natürlich jemand, der auch da die Zeit hat, sich da einzuarbeiten und das Ganze auch dann dementsprechend zu begleiten. Und das ist natürlich dann auch so gerade für kleinere Kommunen immer ein bisschen schwierig, weil da ... teilweise personell so auf Kante genäht, ist, dass gerade viele Kolleginnen und Kollegen ... die sind für Wirtschaft,

9 Bspw. Interview 1, Thüringen.

10 Insbesondere in den Interviews 3, 13 (beide Saarland), 5 (Bayern), 8 (Thüringen), 10 (Hessen), 14 (Schleswig-Holstein).

Tourismus, Bau und so weiter (zuständig), also teilweise für fünf, sechs Felder, dass das gar nicht richtig funktionieren kann“ (Interview 3, Saarland)

Investitionen in Energieeinsparung und Gebäudesanierung scheitern oft daran, dass dafür kein eigenes Budget vorgesehen ist und andere Prioritäten wie die Instandhaltung, dominieren. Besonders stark betroffen sind hoch verschuldete Kommunen oder solche im Nothaushalt, die weder eigenständig Maßnahmen umsetzen noch die notwendigen Eigenmittel für Förderprogramme aufbringen können (Kenkmann et al. 2022: 156).

Hinzu kommt eine mangelnde Planbarkeit: Fördermittel treffen teils mit erheblicher Verzögerung ein und unterliegen rasch ändernden Richtlinien. Dies erschwert nicht nur den Abruf, sondern auch eine strategische, langfristige Planung. So müssen Kommunen oftmals erhebliche Zeiträume überbrücken, bis beantragtes Geld wirklich verfügbar ist, was viele Verwaltungen vor kaum lösbare Probleme stellt.”

Auch die gesellschaftliche Resonanz wurde in den Interviews als eine der wichtigsten Kontextbedingungen für den kommunalen Klimaschutz genannt. Auch in der Literatur wird dieser Punkt hervorgehoben: Otto et al. (2021) betonen bspw., dass die *Fridays for Future* Proteste um das Jahr 2020 vielerorts dazu beitrugen, dass Städte Klimanotstände ausriefen oder ihre Klimaschutzziele ambitionierter formulierten.

In jüngerer Zeit scheint die Resonanz für Klimaschutz jedoch deutlich nachzulassen. In vielen der von uns geführten Interviews wurde von einem Rückgang öffentlichen Interesses berichtet sowie von einer in manchen Regionen zunehmend ablehnenden Haltung gegenüber der Klimawende. Besonders in Teilen Ostdeutschlands ist das Thema offenbar inzwischen so stark politisiert, dass Klimaschutzmanager*innen es zum Teil bewusst vermeiden, den Begriff „Klimaschutz“ zu verwenden:

„Es beschäftigt mich natürlich sehr, weil es mein Arbeitsgebiet ist und ich daran verzweifle, dass dieses Wort „Klimaschutz“ für viele einfach ein Reizwort ist.“ (Interview 1, Thüringen)

„Vor fünf bis zehn Jahren war die Akzeptanz irgendwie gefühlt noch ein bisschen größer ... das ist irgendwie ein bisschen populistischer geworden und ... das merkt man ... natürlich in der Stimmung, die wir jetzt in der Kommune feststellen, dass man einfach so das Wort Klimaschutz eigentlich gar nicht mehr so nennen möchte, und das ist natürlich dann teilweise schwierig.“ (Interview 11, Thüringen)

Neben einem generell sinkenden Interesse für Klimaschutz zeigt sich auch eine verstärkte Spaltung entlang sozioökonomischer Linien. In strukturschwachen und ländlichen Regionen stößt Klimaschutz häufiger auf Ablehnung. Dies wird insbesondere dort deutlich, wo kommunale Beiträge,

wie etwa die Bereitstellung von Flächen für erneuerbare Energien, als Belastung empfunden werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Missverhältnis zwischen lokalem Eingriff und fehlendem Nutzen vor Ort wahrgenommen wird – etwa wenn Gewinne abfließen und nicht der Kommune zugutekommen. Wenn das Gefühl entsteht, dass ländliche Räume, die sowieso in besonderem Maße vom Strukturwandel betroffen sind, lediglich als „Flächenspende“ für erneuerbare Energien Anlagen erhalten sollen, führt dies häufig zu Unmut und Ablehnung:

„Das heißt, der Arzt ist nicht mehr da, die Gaststätte ist nicht mehr da, die Kinder müssen mit dem Schulbus in die Stadt fahren, das Land altert, die Häuser stehen leer. Das heißt, die Menschen, die also in den Gemeinden wohnen ... die sagen, wir haben nur Nachteile ... Die Wertschöpfung fließt an uns vorbei.“ (Interview 1, Thüringen)

Die Bereitschaft zur Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen ist eng verknüpft mit Faktoren wie Bildung, Einkommen, Alter, Wirtschaftsstruktur und Urbanität. So zeigen Reusswig und Schler (2021: 83), dass in jungen, wohlhabenden, urbanen und akademisch geprägten Wahlkreisen die Akzeptanz für Maßnahmen wie höhere CO₂-Preise oder ein Verbot von Verbrennungsmotoren deutlich ausgeprägter ist als in wirtschaftlich schwächeren oder industriell geprägten Regionen. Eine vertiefte Betrachtung der unterschiedlichen Entwicklungen des Klimaschutzes in großen und kleinen Städten im Kontext der Politisierung und der Stadt-Land-Debatte erscheint daher als sinnvolle Perspektive für zukünftige Analysen.

Ein weiterer Faktor, der unterstützend für Klimaschutz wirken kann, ist die horizontale Koordination durch Netzwerke – etwa Städtebündnisse oder Netzwerke von kommunalen Klimaschutzmanager*innen. Diese Netzwerke scheinen in der Tendenz zuzunehmen und einen Austausch von Know-how zu ermöglichen. Dies scheint oft auch auf Eigeninitiative zurückzugehen:

„Gerade wir versuchen uns gerade auf Klimaschutzebene, egal ob es jetzt im (Institution) oder Landkreis übergreifend, dass wir uns gegenseitig selbst, so gut es geht, unterstützen ... Dass wir uns selber mit Ideen, Workshops und so weiter selber irgendwie weiter auch noch selber aufschlauern ... und auch dann weiter durch Ideen und so weiter voranbringen.“ (Interview 3, Saarland)

Darüber hinaus finden sich in diesem Bereich aber keine entscheidenden Veränderungen, die für die zukünftige Treiberdynamik relevant sind.

Unterschiedliche Einschätzungen bestanden unter den Interviewpartner*innen hinsichtlich der Bedeutung der lokalen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur für die Treiberdynamik. Diese wird in der Forschung gemeinhin als zentraler Faktor für die Erklärung von Unterschieden um kommunalen

11 Interviews 1, 8 (beide Thüringen), 9 (Schleswig-Holstein)

Klimaschutz gesehen. So bestehen zwischen den Kommunen erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Potenzials für erneuerbare Energien, der Flächenverfügbarkeit oder der Emissionsintensität der ansässigen Industrie. Eine zentrale Rolle spielt auch die Ressourcenausstattung, die eng mit der Stadtgröße korreliert: Während Großstädte in der Regel über eigene personelle und finanzielle Mittel zur Umsetzung ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen verfügen, sind kleinere Städte und Gemeinden stärker auf externe Förderungen angewiesen. Mittelgroße Universitätsstädte profitieren zudem häufig von der Nähe zu Forschungseinrichtungen. Allerdings erscheinen diese Unterschiede weitgehend statisch und lokal determiniert, sodass sich daraus keine übergreifenden Impulse für die kommunale Klimawende ableiten lassen. Einschränkend lässt sich jedoch anmerken, dass in vielen Interviews angemerkt wurde, dass sich die Preisentwicklung bei erneuerbaren Energien, insbesondere die starke Senkung der Kosten bei Solar-PV, derzeit ermöglichend auf den Umbau der lokalen Energiewirtschaft und damit auch positiv auf lokale Transformationspfade auswirkt.

Der Zugang zu Wissen und Daten wird von vielen Akteur*innen als ausreichend gut bewertet, und stellt kein Hindernis für die kommunale Klimawende mehr dar. Folglich lassen sich in diesem Bereich auch keine Veränderungen beobachten, die sich merklich auf zukünftige Transformationspfade auswirken würden.

Externe Schocks wie extreme Wetterereignisse bilden eine Kategorie, die in der öffentlichen Debatte oft als ermöglichende Bedingung genannt wird, in unseren Interviews aber nur eine untergeordnete Rolle spielte. Aus Sicht der Klimaschutzmanager*innen können solche Ereignisse kurzfristig Gelegenheitsfenster für Wandel bieten:

„Ob Extremwetterereignisse sicher immer mal ... ein Umdenken oder eine Sensibilisierung für das Thema Klimaschutz und Energiewende geben ... das ist ein guter Mitnahmeeffekt, wenn da sowas passiert, dass man dann sagt, okay, wir müssen was für den Klimaschutz tun, weil ansonsten werden diese Extremwetterereignisse eben halt mehr.“
(Interview 6, Thüringen)

Erfahrungen vor Ort zeigen aber auch, dass extreme Wetterereignisse von großen Teilen der Bevölkerung oft nicht mit individuellem Verhalten oder lokalen Maßnahmen wie dem Ausbau erneuerbarer Energien verknüpft werden, sodass Schocks allein kaum nachhaltige Veränderungsimpulse setzen.

Dynamik	Kontextbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> ▼ Große Heterogenität der Kommunen hinsichtlich Wirtschaftsentwicklung, Sozialstruktur und Klimaschutz ▶ Zunahme von Klimaschutzkonzepten und –personal ▶ Zunahme von kommunalen Wärmeplänen ▶ Ausbau von Erneuerbaren auf eigenen Flächen ▶ Schub bei Klimaanpassung (Pflichtaufgabe) mit Synergien zu Klimaschutz ◀ Mobilitätswende stockt ▶ Bisher mangelnde Umsetzung der Wärmewende 	Politische Vorgaben und Rechtliche Regelungen <ul style="list-style-type: none"> ● Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes und der Bundesländer bieten Orientierung für Kommunen mit Gestaltungswillen ● Neue Handlungsspielräume durch gesetzliche Regelungen (e.g. Wärmeplanung) ● Politische Unsicherheit durch unklare politische Kommunikation (Länderregierungen, neue Bundesregierung) ● Klimaschutz bisher nur freiwillige Aufgabe 	
	Verwaltungskapazität <ul style="list-style-type: none"> ● Stark abhängig von Gemeindegröße und Finanzkraft ● Kommende Investitionen im Rahmen des Schuldenpakets (Klima & Länder) ● In den letzten Jahren teilweise Verstetigung von Projektstellen ● Hohe Verschuldung der Kommunen ● Komplizierte Förderstrukturen, langsame Auszahlung der Mittel 	
	Gesellschaftliche Resonanz <ul style="list-style-type: none"> ● Unterstützung für Klimawende nicht mehr so stark wie vor ein paar Jahren ● Zunehmende Politisierung von Klimaschutz durch rechtspopulistische / rechtsextreme Akteure, insb. in ländlichen Regionen und ostdeutschen Bundesländern 	
	Horizontale Koordination <ul style="list-style-type: none"> ● Wachsende Netzwerke, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kommunen 	
	Lokale Wirtschaftsstruktur <ul style="list-style-type: none"> ● Stark abhängig von regionaler Branchenstruktur ● Sinkende Preise für Erneuerbare Energien, insbes. Solar-PV 	
	Daten und Expertenwissen <ul style="list-style-type: none"> ● Datenlage insgesamt gut, kaum Veränderung 	
	Externe Schocks <ul style="list-style-type: none"> ● Kurzfristige Sensibilisierung, meist kein nachhaltiger Effekt 	

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ● sowie gleichbleibende ▶ ●

Tabelle 6: Entwicklungen in Dynamik und Kontextbedingungen von der kommunalen Klimawende

Bewertung: Eine (noch) vergleichsweise robuste Dynamik **von unten**

*Der Treiber kommunaler Klimaschutz wirkt **überwiegend unterstützend** für die Klimawende in Deutschland, allerdings noch nicht in dem Maße, wie es für ein Erreichen der deutschen Klimaschutzziele erforderlich wäre.*

Der kommunale Klimaschutz erweist sich im Vergleich zu anderen Treibern als zumindest aktuell noch **bemerkenswert resilient**. Trotz schwindender gesellschaftlicher Resonanz und wachsender politischer Unsicherheiten entfaltet sich in vielen Städten und Gemeinden eine kontinuierliche Transformationsdynamik. Der schrittweise Aufbau kommunaler Handlungskapazitäten – gestützt durch Förderprogramme, rechtliche Vorgaben wie die verpflichtende kommunale Wärmeplanung und punktuelle Impulse für Innovationen – eröffnen neue Spielräume.

Besonders dort, wo lokale Wertschöpfung, gesellschaftliche Einbindung und politische Rückenbedeckung zusammenwirken, entsteht eine tragfähige Umsetzungsstruktur.

Gleichzeitig bleibt Klimaschutz auf kommunaler Ebene strukturell unterfinanziert und in vielen Bereichen rechtlich nicht verpflichtend. Das erschwert die langfristige Planung, kontinuierliche Personalausstattung und die strukturelle Verankerung klimapolitischer Maßnahmen.

Projektbasierte Förderlogiken, politische Volatilität und ein Rückzug bei kontroversen Themen setzen diese lokale Dynamik zunehmend unter Druck. Die Resilienz des kommunalen Klimaschutzes ist daher keine Selbstverständlichkeit, sondern hängt maßgeblich von verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen, langfristiger finanzieller Absicherung und institutioneller Stabilisierung ab. Das gilt insbesondere für kleinere und strukturschwache Kommunen, die oft weder über ausreichendes Fachpersonal noch über strategische Planungskapazitäten verfügen. Immer wieder zeigt sich, dass Stellen nur befristet finanziert oder im Krisenfall kurzfristig umgewidmet werden – mit entsprechenden Konsequenzen für den Fortgang bestehender Prozesse.

Hinzu kommen erhebliche regionale Unterschiede: Zwischen wirtschaftlich starken Großstädten, dynamischen Mittelzentren und ländlichen Regionen mit begrenzten Ressourcen klaffen große Umsetzungslücken. Auch auf Ebene der Bundesländer bestehen deutliche Differenzen – so zeigt sich beispielsweise Niedersachsen in vielen Bereichen als Vorreiter, während andere Länder bei rechtlicher Klarstellung und Ressourcenausstattung hinterherhinken.

Zunehmend problematisch wirkt sich auch der gesellschaftliche Rechtsruck aus, der in vielen Kommunen spürbar geworden ist. Die zunehmende Konflikthaftigkeit erschwert den parteiübergreifenden Rückhalt für kommunale Klimapolitik. Klimaschutz wird vielerorts zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung, klimapolitische Vorhaben werden

infrage gestellt, verzögert oder ganz blockiert. Damit einher gehen sinkende Zustimmungswerte in der Bevölkerung – insbesondere bei Maßnahmen, die mit Verhaltensänderungen, Kosten oder Eingriffen in das gewohnte Landschaftsbild verbunden sind.

Gleichwohl bietet die kommunale Ebene weiterhin zentrale Ansatzpunkte für eine demokratisch legitimierte, sozial eingebettete und sichtbar wirksame Klimapolitik. Wird der kommunale Klimaschutz – wie vielfach gefordert – als Pflichtaufgabe rechtlich anerkannt und institutionell abgesichert, kann die kommunale Ebene eine tragende Rolle in der Dekarbonisierung Deutschlands übernehmen. Voraussetzung dafür bleibt jedoch ein politischer Wille zur strukturellen Stärkung – finanziell, rechtlich und gesellschaftlich.

Anstelle von Interventionspunkten und Handlungsempfehlungen entwickeln wir im Folgenden zentrale selbstverstärkende Mechanismen (positive wie negative), die die kommunale Dynamik im Klimaschutz prägen und Anknüpfungspunkte für politische Strategien bieten können.

Selbstverstärkende Mechanismen und Handlungsoptionen

Kommunale Klimapolitik verläuft keineswegs linear. Vielmehr lassen sich im Zeitverlauf lokal spezifische Muster aus Fort- und Rückschritten, Beschleunigungen und Verlangsamungen der lokalen Klimawende ausmachen. Darüber hinaus lässt sich über die Einzelfälle hinweg eine Reihe von typischen Mechanismen identifizieren, die entweder die Form positiver Rückkopplungsschleifen annehmen, die lokalen Klimaschutz befördern – oder aber Abwärtsspiralen in Gang setzen, die letzten Endes sogar schon gesichert geglaubte Fortschritte im Klimaschutz bedrohen können. Im Folgenden skizzieren wir exemplarisch sechs solcher Dynamiken.

(1) Lokale Wertschöpfung als Motor: Eine besonders wirksame selbstverstärkende Dynamik entsteht, wenn Kommunen und ihre Bevölkerung finanziell von der Energiewende profitieren. Lokale Wertschöpfung durch Wind- und Solarprojekte kann so nicht nur Haushaltsbudgets entlasten, sondern auch Akzeptanz und Eigeninitiative stärken. Dabei lassen sich zwei Modelle unterscheiden: Im ersten fließen Erträge in kommunale Haushalte und werden in öffentliche Güter investiert:

„dass eben gewisse Gelder von Windparks und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen dann auch an die Bevölkerung zurückgegeben werden sollen. ... pauschal Beispiel ist immer, Anwohnende müssen nichts mehr zahlen, um ins Schwimmbad zu gehen, weil ja die Energie für dieses Schwimmbad schon durch die Windparks, die vor Ort sind, generiert werden kann.“ (Interview 2, Niedersachsen)

Im zweiten Modell erfolgt eine direkte Gewinnbeteiligung der Bürger*innen. Wesentlich für eine solche Dynamik ist das Vorhandensein engagierter

lokaler Akteur*innen mit Ressourcen und Netzwerken, etwa Bürgermeister*innen, Unternehmen oder Landwirt*innen, die eine Anfangsgruppe bilden. Das Prinzip ist dabei häufig genossenschaftlich gedacht – ein „Raiffeisen-Gedanke“:

„Der hat gesagt, wie er das macht, dass er Player vor Ort hat, die ein bisschen Geld haben, die durchsetzungsstark sind, mit denen legt er los und identifiziert die Flächen. Das Geld wird eingesammelt nach dem Kirchturmprinzip, in der Gemeinde und wenn es da nicht ist in der Nachbargemeinde ... Raiffeisengedanke, wir nehmen das ganze Dorf mit.“ (Interview 1, Thüringen)

Die anstehende Umsetzung der europäischen Energy Sharing Directive könnte zusätzliche Impulse für bürgerschaftliche Beteiligung, Akzeptanz und neue Formen der lokalen Energiedemokratie liefern.

(2) Fehlende Beteiligung als Akzeptanzfalle. Umgekehrt kann der Ausschluss der lokalen Bevölkerung von den Gewinnen die Resonanz für die Energiewende untergraben. Wenn externe Investoren profitieren und lokale Gemeinschaften lediglich die Lasten tragen, entstehen häufig Konflikte. Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit und Stadt-Land-Asymmetrien können sich dabei wechselseitig verstärken.

„Die Grundstückseigentümer haben profitiert. Das hat Gräben in die Dorfgemeinschaft geschlagen. ... Die fühlen sich da ... vergewaltigt.“ (Interview 1, Thüringen)

In ländlichen Regionen mit schrumpfender Bevölkerung und geringer Finanzkraft verstärken sich diese Effekte. Die Aussicht, alte Häuser zu sanieren oder neue Technologien einzubauen, erscheint unter diesen Bedingungen vielfach unrealistisch:

„Es geht dann um so essentielle Fragen – überhaupt das Thema Wohnen im ländlichen Raum ... Da ist dann später der Klimagedanke, glaube ich, bei den wenigsten eine vorrangige Rolle.“ (Interview 8, Thüringen)

(3) Positive Resonanzschleifen. Wo Initiativen aus der Zivilgesellschaft Resonanz in Politik und Verwaltung erzeugen und von einzelnen Akteuren dort aufgegriffen werden, können intermediäre Räume entstehen, in denen zivilgesellschaftliche, administrative und politische Akteure kooperieren. So kann sich mit der Zeit eine positive Transformationsdynamik entfalten. Ein Beispiel hier ist hier die Initiative *Bonn4Future*¹²: Diese konnte durch eine enge Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und den Aufbau von Vertrauensbeziehungen ein Mitwirkungskonzept entwickeln, das zivilgesellschaftliche Anliegen in konkretes Verwaltungshandeln übersetzte. Wesentliche Erfolgsfaktoren waren eine gemeinsame Wertebasis, kontinuierliche Reflexion und die breite Einbindung verschiedener Akteure, wodurch ein Gefühl gemeinsamen Ownerships für die lokale Transformation entstand.

(4) Unsicherheitsspiralen. Politische Unsicherheit und kurzfristige Förderlogiken können negative Verstärkungseffekte auslösen. Ein Mangel an Planungssicherheit – etwa durch das Auslaufen von Programmen oder Regierungswechsel – führt zu Stellenabbau und Know-how-Verlust. Dies hemmt die Verstetigung kommunaler Klimakompetenz. So wurde etwa aus Thüringen berichtet, dass das Auslaufen zentraler Förderprogramme kurzfristig den Wegfall mehrerer Klimaschutzstellen nach sich zog – ein Muster, das auch aus anderen Bundesländern bekannt ist.

(5) „Chilling Effects“ durch Rechtsruck. Mehrere Klimaschutzmanager*innen berichten von einer zunehmend zögerlichen Haltung lokaler Politik gegenüber klimapolitisch sichtbaren Maßnahmen. Dahinter steht oft die Sorge, rechten Angriffen Raum zu bieten und so letztlich den Rechtsruck zu befördern. Diese präventive Zurückhaltung kann Initiativen bereits im Ansatz ausbremsen: So schildern Klimaschutzmanager*innen, dass konkrete Maßnahmen, wie öffentlich sichtbare Kampagnen, auf Anordnung von Bürgermeister*innen mit dem Hinweis auf mögliche Gegenreaktionen von rechts abgelehnt werden. Damit wird Klimaschutz aus Sorge vor weiterer Skandalisierung und Konflikten bewusst zurückgestellt.

(6) Klimaschutz als Pflichtaufgabe. Klimaschutz sollte nicht länger als freiwillige, projektgebundene Aufgabe behandelt werden, sondern ebenso wie die Klimaanpassung eine verbindliche rechtliche Verankerung als kommunale Pflichtaufgabe erhalten (Reusswig und Schleer 2021: 91). Dies würde bedeuten, dass Klimaschutz in allen relevanten Bereichen kommunalen Handelns mitzudenken wäre vom Städtebau über die Verkehrsplanung bis hin zur Daseinsvorsorge. So weist etwa auch die Difu-Studie *„Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe!“* (Scheller und Raffer 2022) darauf hin, dass Klimaschutz in den Bestand der kommunalen Pflichtaufgaben überführt werden sollte – auch wenn dies die Klärung verschiedener verfassungsrechtlicher Fragen erfordert.

Die Bundespolitik besitzt hier eine zentrale ermöglichende Funktion: Eine solche Verpflichtung würde nach dem Konnexitätsprinzip mehr finanzielle Mittel von Bund und Ländern erfordern. Damit könnten Kommunen dauerhafte Strukturen und Personal aufbauen und wären weniger abhängig von wechselnden politischen Konjunkturen oder aktuellen Ereignissen. Diese Abhängigkeit wurde in unseren Interviews immer wieder thematisiert:

„Dass man so raus aus der Ecke kommt, wo man Bittsteller ist, wo man darauf angewiesen ist – wie ist gerade so die Laune, gibt es gerade ein Starkregenereignis hier in der Gegend...?“ (Interview 10, Hessen)

12 Präsentation auf dem Workshop Lokale Klimapolitik als Treiber der Klimawende in Deutschland: Dynamiken, Gestaltungsräume und Gelingensbedingungen im Dezember 2024, Hamburg.

Letztlich würde die Verankerung einer Pflichtaufgabe Klimaschutz auch den politischen Rückhalt und die Resilienz des Themas stärken, da Klimaschutz so selbst bei einem weiteren Erstarken klimaskeptischer oder die Energiewende ablehnender Parteien institutionell abgesichert bliebe.

Autor*innen:

Marie Volk und Stefan C. Aykut

Literaturverzeichnis

- Betsill, M. M., H. Bulkeley. 2004. Transnational Networks and Global Environmental Governance: The Cities for Climate Protection Program. *International Studies Quarterly* 48/2: 471–493.
- Boghraat, J., M. Weber, K. Zimmermann, W. Lamping. 2014. Kommunalverwaltung und Klimawandel. Wissensgenerierung, Framing und die Erzeugung von Handlungsfähigkeit. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 7/2/2014: 289–309.
- Britz, G. 2023. Verfassungsrechtliches Klimaschutzgebot in den Kommunen. *NdsVBl–Niedersächsische Verwaltungsblätter* 30: 65–69.
- Friedrich, T. et al. 2024. *Kommunalbefragung Klimaanpassung 2023*.
- Graf, P., K. Kern, S. Scheiner. 2018. Mehrebenen-Dynamiken in der deutschen Energiewendepolitik. Die Rolle von Städten und Regionen am Beispiel von Baden-Württemberg. In: *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*. Herausgegeben von J. Radtke, N. Kersting. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. 205–242.
- Haupt, W., P. Eckersley, K. Kern. 2022. Klimapolitische Entwicklungspfade deutscher Groß- und Mittelstädte. In: *Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen. Gemeinsamer Verbundabschlussbericht des Forschungsprojektes ExTrass*. Herausgegeben von A. Thieken, A. Otto. Universität Potsdam. 18–30.
- Kemmerzell, J., A. Hofmeister. 2019. Innovationen in der Klimaschutzpolitik deutscher Großstädte. *Politische Vierteljahresschrift* 60/1: 95–126.
- Kenkmann, T. et al. 2022. *Kommunales Einflusspotenzial zur Treibhausgasminde rung. Beitrag kommunaler Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz. Auswirkungen flächendeckender strategischer Klimaschutzzelemente und deren Potenzial für die NKI*. Umweltbundesamt.
- Millar, H., E. Bourgeois, S. Bernstein, M. Hoffmann. 2021. Self-reinforcing and self-undermining feedbacks in subnational climate policy implementation. *Environmental Politics* 30/5: 791–810.
- Nagorny-Koring, N. 2018. *Kommunen im Klimawandel: best practices als Chance zur grünen Transformation?* transcript Verlag.
- Otto, A., K. Kern, W. Haupt, P. Eckersley, A. H. Thieken. 2021. Ranking local climate policy: assessing the mitigation and adaptation activities of 104 German cities. *Climatic Change* 167/1–2: 5.
- Radtke, J. 2020. Klimaschutz und Kommunen: Städte als Hoffnungsträger? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33/1: 386–391.
- Radtke, J., W. Canzler, M. Schreurs, S. Wurster. 2018. Die Energiewende in Deutschland – zwischen Partizipationschancen und Verflechtungsfälle. In: *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*. Herausgegeben von J. Radtke, N. Kersting. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. 17–43.
- Reusswig, F. A., C. Schleer. 2021. *Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen. Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz*. Berlin / Potsdam: Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS).
- Scheller, H., C. Raffer. 2022. Zur Diskussion gestellt: Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe?! Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe. *Jahrbuch für öffentliche Finanzen; Junkernheinrich, M., Koriath, S., Lenk, T., Scheller, H., Woisin, M., Eds*: 351–376.
- Schulze, K., J. J. Schoenefeld. 2022. Parteidifferenz in der lokalen Klimapolitik? Eine empirische Analyse der hessischen Klimakommunen. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 15/4: 525–550.
- UBA. 2023. *Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“*. Umweltbundesamt.
- Wick, M. 2015. Klimaschutz auf Länderebene. In: *Energiewende im Föderalismus*. Herausgegeben von T. Müller, H. Kahl. Nomos. 187–202.
- Zengerling, C. 2021. Städte im polyzentrischen Klimaschutzregime–Verantwortung ohne Rechtsverbindlichkeit. In: *Rechtliche Herausforderungen und Ansätze für eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung*. Herausgegeben von K. Faßbender, W. Köck. Nomos. 21–44.
- Zengerling, C. 2022. Kommunale Klimaschutzplanung. In: *Handbuch Klimaschutzrecht*. Herausgegeben von M. Rodi. Beck. 235–256.

Unternehmenshandeln

In einem, auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaftssystem, bilden Unternehmen eine zentrale soziale Form der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Durch sie materialisiert sich der Ressourcenverbrauch einer Gesellschaft und damit verbunden auch die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima (Engels und Frisch 2023). Entsprechend umfasst der Treiber klimarelevantes Unternehmenshandeln alle Handlungen von Firmen, die darauf ausgerichtet sind, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Transformation zur Klimaneutralität voranzubringen, oder aber im Gegenteil die Dekarbonisierung zu verzögern oder bewusst zu blockieren (Johnson et al. 2023a).

Unternehmerische Klimamaßnahmen lassen sich nach Sektoren gliedern und in verschiedene Arten von Maßnahmen kategorisieren, die je unterschiedliche Tiefen der Einbeziehung von Klimathemen im Unternehmen abbilden (Kolk und Pinkse 2004, Jeswani et al. 2008, Frisch et al. 2025). Die folgende Darstellung orientiert sich an der Typologisierung von Johnson und Busch (2021). Demnach sind *administrative Maßnahmen* nach innen gerichtete Managementinitiativen, die die Festlegung von Standards und die Einführung von Energie- und Emissionsmanagementsystemen umfassen. *Anwendungsspezifische Maßnahmen* sind interne operative Maßnahmen wie Energieeffizienzmaßnahmen, der Einsatz erneuerbarer Energiequellen sowie Prozess- und Produktinnovationen. *Kommunikationsmaßnahmen* hingegen sind nach außen gerichtete Managementaktivitäten, unter die etwa die CO₂-Berichterstattung und die Kommunikation von Emissionsminderungszielen, aber auch politische Aktivitäten wie die Einflussnahme auf politische Akteur*innen fällt. Parteienfinanzierung, Lobbying und öffentliche Statements dienen häufig dazu, klimarelevante Regulierung zu verhindern, abzuschwächen oder an bestehende Geschäftspraktiken anzupassen (Paul et al. 2017). Auch *Kollaborationsmaßnahmen* verweisen nach außen, umfassen aber operative Maßnahmen zur Dekarbonisierung in Zusammenarbeit mit externen Stakeholdern. Im Zentrum stehen hier Bemühungen, die darauf abzielen, Lieferketten zu dekarbonisieren (Johnson et al. 2023b).

„Die Wirtschaft“ verstehen wir nicht als homogenes Feld (Frisch et al. 2025). Vielmehr sind verschiedene Sektoren auch durch jeweils spezifische Dekarbonisierungsdynamiken und -typen charakterisiert und sind mal stärker, mal schwächer gesellschaftlichen Kontextbedingungen und Prozessen unterworfen (Kupzok und Nahm 2024). Darüber hinaus lassen sich sektorübergreifende Dynamiken und Kontextbedingungen ausmachen, die alle oder mehrere Wirtschaftssektoren gleichzeitig betreffen. Es werden folgende Sektoren untersucht, die aufgrund ihres Emissionsanteils und ihres politischen Einflusses für die deutsche Klimawende besonders relevant sind: Energiewirtschaft, Industrie und Landwirtschaft. Im Sektor Industrie blicken wir speziell auf die Automobilbranche.

Die Emissionsentwicklung der jeweiligen Sektoren untersuchen wir anhand der Daten des Umweltbundesamts.¹ Dabei legen wir hier den Fokus auf Entwicklungen in Deutschland. Darüber hinaus entstehen jedoch auch Umwelt- und Klimafolgen durch transnationale Dynamiken und die Integration der deutschen Wirtschaft in das globale Wirtschaftssystem. In der Forschung beschriebene Prozesse der Externalisierung, des ungleichen ökologischen Tauschs und des grünen Extraktivismus können wir in dieser Treiberanalyse nicht umfassend behandeln. Diese Aspekte, die für die Gestaltung einer auch global gerechten Klimawende zentral sind, werden in der Box 2 angesprochen.

Dynamik

Überall dort, wo fossile Energieträger wie Kohle, Erdgas oder Mineralöl in elektrische oder thermische Energie (Strom und Wärme) umgewandelt werden, entstehen energiebedingte Emissionen. Im Jahr 2022 machten diese rund 85 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland aus. Ein Großteil davon, etwa 39 Prozent, entfiel auf die Energiewirtschaft, also auf die Strom- und Wärmeerzeugung in Kraftwerken sowie Raffinerien. Weitere Anteile stammten aus den Nachfragesektoren: Der Verkehrssektor trug 23,3 Prozent bei,

1 Dabei ist zu beachten, dass die zugrundeliegende Methode der Datenerhebung, der Common Report Table der Vereinten Nationen, lediglich Emissionen im Inland erfasst und damit die Emissionen großer Industrieländer tendenziell unterschätzt. So werden die Emissionen deutscher Unternehmen im Ausland nicht in Deutschland, sondern im jeweiligen Produktionsland verbucht. Untersuchungen schätzen die Unterschätzung der Emissionen auf ca. 20 Prozent (Ortiz et al. 2020).

die Industrie 18 Prozent und der Gebäudesektor 17 Prozent.² Laut Agora Energiewende erfolgten etwa 80 Prozent der bisherigen Emissionsrückgänge in Deutschland in der Energiewirtschaft, während die Fortschritte in den Nachfragesektoren Verkehr und Gebäude deutlich hinterherhinken.³

Im Folgenden werden zunächst die aggregierten Emissionstrends in den jeweiligen Sektoren beschrieben, anschließend die Dynamik unterschiedlicher Unternehmensmaßnahmen erläutert. Eine direkte Verknüpfung von aggregierten Emissionen und Maßnahmen ist aktuell noch schwierig, wird aber in Folgeberichten angestrebt.⁴

Energiewirtschaft: Motor der Klimatransformation

Im Jahr 2024 wurden in der Energiewirtschaft 185 Mt CO₂-Äq. emittiert. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Emissionen um 17,6 Mt oder 8,7 Prozent zurück. Somit leistete der Energiewirtschaftssektor bisher einen Beitrag von etwa 77 Prozent zur Gesamtminderung der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Auch die direkten CO₂-Emissionen pro Kilowatt-Strom sind stark zurückgegangen. Diese halbierten sich von 764 g CO₂/kWh im Jahr 1990 auf rund 386 g im Jahr 2023.

Hauptursache für diese positiven Entwicklungen ist der steigende Anteil erneuerbarer Energien am Strommix. Im Jahr 2024 ist der Wert auf 57 Prozent gestiegen (2019: 40 Prozent). Die Kohleverstromung ging zurück auf 23 Prozent. Der Rückgang wurde rechnerisch etwa zur Hälfte durch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und durch Stromimporte ausgeglichen, während der Stromverbrauch im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant blieb.⁵

Damit einher ging der Rückbau des fossilen Kapitalstocks, d.h. eine Reduktion der installierten Leistung von Braun- und Steinkohlekraftwerken, und der Ausbau des nicht-fossilen Kapitalstocks, d.h. der installierten Leistung von Photovoltaik (PV) und Windenergie an Land und See. Während der

Ausbau der PV die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes übertraf, bleibt der Ausbau der Windenergie unter dem Zielwert. Neben diesen strukturellen Entwicklungen gab es einige Besonderheiten, die sich negativ auf die Emissionsbilanz auswirkten: weniger Sonnenstunden, niedrige EU-ETS-1-Preise sowie niedrige Großhandelsstrompreise.

Stagnation in der Landwirtschaft: Weniger Rinder, mehr Dünger

Im Jahr 2024 stieß der Agrarsektor 62,1 Mt CO₂-Äquivalente aus. Die Emissionen verringerten sich um 0,8 Mt oder 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit war der Agrarbereich für 3,7 Prozent der Treibhausgasreduktion in Deutschland verantwortlich. Gerade der Sektor Landwirtschaft ist jedoch in hohem Maße auf Futtermittelimporte, Vorleistungen in Form von Dünger und Ausrüstung sowie Transport, Verarbeitung und Lagerung angewiesen. Aus diesem Grund werden die Gesamtemissionen des Sektors als deutlich höher eingeschätzt, als es die Daten des Umweltbundesamts zeigen.⁶

Die Hauptproblemgase in der Landwirtschaft sind Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O), die beide deutlich klimaschädlicher als CO₂ sind. Etwa 76 Prozent der Methan-Emissionen in Deutschland stammen aus der Landwirtschaft.⁷ Methan entsteht vor allem bei der Verdauung von Wiederkäuern wie Rindern und Schafen – dies macht etwa die Hälfte der Emissionen aus. Etwas mehr als ein Drittel der Emissionen geht zurück auf Stickstoffeinträge in Böden für den Anbau von Tierfutter, Marktfrüchten und Energiepflanzen. Die restlichen 15 Prozent der Emissionen lassen sich auf die Vergärung von Energiepflanzen, sonstige Düngermanwendungen und den Energieeinsatz in der Landwirtschaft zurückführen.

Der Emissionsrückgang seit 1990 ist maßgeblich auf sinkende Rinderbestände zurückzuführen; seit den 2010er Jahren sinkt auch die Anzahl anderer Tiere und der Einsatz synthetischer Dünger geht zurück.⁸ Darüber hinaus zeigen sich auch

2 UBA. *Energiebedingte Emissionen von Klimagasen und Luftschadstoffen*. 20.12.2024. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#quotenergiebedingte-emissionenquot>.

3 Agora Energiewende. 2025. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025*.

4 Die Beschreibung der Trends bezieht sich dabei – sofern nicht anderweitig ausgewiesen – auf folgende Quellen:
1. UBA. 2025. *Entwicklung der spezifischen Treibhausgas-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990–2024*.
2. ERK. 2025. *Zweijahresgutachten 2024: Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz)*. Expertenrat für Klimafragen.
3. ERK. 2025. *Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 und zu den Projektionsdaten 2025: Prüfung und Bewertung der Emissionsdaten sowie der Projektionsdaten gemäß § 12 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz*. Expertenrat für Klimafragen. <https://www.expertenrat-klima.de>

5 Agora Energiewende. 2025. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025*.

6 Stiftung Klimaneutralität. 2021. *Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands*.

7 Bundesinformationszentrum Landwirtschaft. 2024. *Wie groß ist der Einfluss der Landwirtschaft auf den Klimawandel?* <https://www.landwirtschaft.de/umwelt/klimawandel/rolle-der-landwirtschaft/wie-gross-ist-der-einfluss-der-landwirtschaft-auf-den-klimawandel>

8 Thünen Institut. 2025. *Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft*. <https://www.thuenen.de/de/themenfelder/klima-und-luft/emissionsinventare-buchhaltung-fuer-den-klimaschutz/treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft>

Veränderungen im Konsum, Import und Export von Rind- und Schweinefleisch. Veränderungen im fossilen Kapitalstock, wie z. B. der Bestand an Maschinen und Geräten oder Kühl- und Lagereinrichtungen, sind hingegen nicht zu beobachten. Emissionssteigernd wirkte sich im Sektor Landwirtschaft der Anstieg des fossilen Kraftstoffverbrauchs aus. Darüber hinaus ist auch der Absatz von Stickstoffdüngern gestiegen. Dies zeigt sich jedoch noch nicht in den Emissionsdaten, da für die zugehörigen Lachgas-Emissionen ein zweijähriger Mittelwert zugrunde gelegt wird.

Industrie: Konjunkturbedingte Ups and Downs

Der Industriesektor emittierte im Jahr 153 Mt CO₂-Äq. Die Emissionen erhöhten sich um 0,1 Mt bzw. 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Erstmals seit dem Jahr 2021 stiegen die Emissionen der Industrie damit wieder. Der geringfügige Anstieg ist auf unterschiedliche, sich gegenseitig weitgehend ausgleichende Trends in den Industriesektoren zurückzuführen. Die Emissionssteigerungen durch die wirtschaftliche Erholung in der chemischen sowie der Eisen-Stahl-Industrie überwogen gegenüber den Rückgängen in der mineralischen Industrie und dem Baugewerbe. Auch der Strommix des Industriesektors verschob sich leicht von Strom zu Gas und Kohle. Die Emissionsentwicklung ist nach wie vor stark an die wirtschaftliche Konjunktur gekoppelt.

Verwaltung: Aufbau von Nachhaltigkeitsabteilungen, schleppende Umsetzung

Der Klimawandel und -schutz nehmen einen festen Teil in Unternehmensstrategien ein und sind mittlerweile fest in Unternehmenshandeln verankert (Gerstenberger/Bauer 2024). Sektorübergreifend lässt sich feststellen, dass zu den derzeit dominierenden „administrativen Maßnahmen“ der Aufbau von Nachhaltigkeitsabteilungen, die Einführung interner Emissionsmanagementsysteme sowie die strategische Integration regulatorischer Anforderungen wie der CSRD in unternehmerische Zielsysteme zählen. Die Dynamik zeigt sich darüber hinaus im steigenden Stellenwert von Nachhaltigkeit in Unternehmen sowie in der Einschätzung des Klimawandels als Unternehmensrisiko.

In vielen Firmen werden zunehmend interne Strukturen angepasst, um nachhaltige Prozesse zu fördern und regulatorische Anforderungen zu erfüllen (Reppmann et al. 2025: 188). Der Umfang und die Tiefe dieser Anpassungen variieren jedoch stark, unter anderem nach Unternehmensgröße. Gerade im Bereich der kleinen und Kleinstunternehmen war zuletzt ein starker Rückgang zu verzeichnen. Vom Jahr 2023 auf das Jahr 2024 sank der Anteil der Unternehmen, die Klimaschutz als Teil

der Unternehmensstrategie verankert haben, von 69 Prozent auf 59 Prozent bzw. 61 Prozent auf 47 Prozent. Im Gegensatz dazu gibt es weiterhin eine hohe bis sehr hohe strategische Befassung bei größeren Mittelständlern (80 Prozent) und Großunternehmen (98 Prozent) (Brüggemann et al. 2024: 1). Als Gründe werden regulatorische Anforderungen sowie neue Ansprüche von Kunden, Investoren und Finanzinstituten genannt.

Das Thema Nachhaltigkeit nimmt nach wie vor einen hohen Stellenwert innerhalb von Unternehmen ein, auch wenn in den letzten Jahren eine leichte Abnahme zu beobachten ist. Im Jahr 2024 wurde der Stellenwert in der KfW-Unternehmensbefragung von 53 Prozent der Unternehmen als hoch bis sehr hoch eingeschätzt, während nur 14 Prozent dem Thema einen niedrigen bis sehr niedrigen Stellenwert zuschrieben (Gerstenberger und Bauer 2024). Dies stellt einen leichten Rückgang im Vergleich zur Befragung von 2022 dar. Hier hatten noch 57 Prozent dem Thema eine hohe bis sehr hohe Wichtigkeit zugewiesen (gegen 11 Prozent) (Abel-Koch 2022). Dieser Trend – eine grundsätzliche Anerkennung der Wichtigkeit von Nachhaltigkeit in Unternehmen, bei gleichzeitiger Abnahme der Anerkennungsraten in den letzten Jahren – findet sich auch in einer Erhebung der Unternehmensberatung KPMG.⁹ Auf lange Sicht ändert sich das Bild und der Stellenwert wird als höher eingeschätzt. In der 3- bis 5-Jahresfrist wird die Wichtigkeit von 72 Prozent der befragten Unternehmen in der KfW-Unternehmensbefragung auf hoch und sehr hoch geschätzt (Gerstenberger und Bauer 2024).

Hinzu kommt, dass Naturkatastrophen und Klimawandel zu den größten Risiken für Unternehmen in Deutschland zählen.¹⁰ Insbesondere auf lange Sicht werden Umwelt- und Klimarisiken als zentral eingestuft. In der Zehnjahresperspektive sind fünf der zehn größten Risiken für Unternehmen umwelt- oder klimabezogen. Die vier ersten Plätze werden dabei von Klimarisiken belegt, was die zunehmende Relevanz ökologischer Krisen in Risikoeinschätzungen von Unternehmen unterstreicht.¹¹

Die nichtfinanzielle Berichterstattung, als ein zentraler Pfeiler der Klimatransformation von Unternehmen, hat in den letzten Jahren eine starke Dynamik entwickelt, die sich aber nach Unternehmensgröße differenziert darstellt. Der Großteil der deutschen Unternehmen kennt ihre Treibhausgasemissionen zumindest teilweise oder arbeitet daran, sie zu erfassen. Mehr als die Hälfte, der im Sustainability Transformation Monitor befragten Unternehmen erstellt bereits einen Nachhaltigkeitsbericht, und 50 Prozent der Unternehmen, die unter die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) fallen, gelten als „CSRD-ready“. Zudem

9 KPMG. 2024. *Corporate Decarbonization and Industrial Performance in Germany: Mastering the Climate Transition Journey. A Data-Driven Examination of the Race to Net Zero.*

10 Allianz Commercial. 2025. *Allianz Risk Barometer: Identifying the major business risks for 2025.*

11 World Economic Forum. 2024. *The Global Risks Report 2024.*

haben drei Viertel der Unternehmen bereits eine Materialitätsanalyse durchgeführt oder waren zum Befragungszeitpunkt dabei (Reppmann et al. 2025). Insgesamt weisen die veröffentlichten Berichte deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich eine hohe Qualität auf, sind aber dennoch häufig nicht ausreichend, um umfassende Transparenz herzustellen.¹² In der Vergangenheit zeigten sich inhaltliche Inkonsistenzen und eine fehlende Orientierung an international etablierten Standards.¹³ Nach wie vor werden die Vorschläge der Global Reporting Initiative nur unvollständig umgesetzt (Contala et al. 2024).

Die Unterschiede zwischen den Unternehmensgrößen werden in der Ausweisung der Scope-Emissionen deutlich. Bei den größten öffentlich gelisteten Firmen wurde mittlerweile das Berichtspotenzial bei Scope-1- und 2-Emissionen (nahezu) vollständig ausgeschöpft. Auch bei den Scope-3-Emissionen zeigt sich mit knapp 90 Prozent eine umfassende Abdeckung bei den DAX-40-Konzernen. Dies stellt im Vergleich zum Jahr 2020 nochmals eine Steigerung der bereits hohen Berichtsquoten dar. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den 50 MDAX-Unternehmen. Auch den 70 SDAX-Unternehmen ist die Abdeckung der Scope-1-Emissionen vollständig, wobei die Berichtsquote für Scope-2 und 3-Emissionen niedriger liegt (Schreiner et al. 2024). Die berichteten Scope-1 und 2-Emissionen der DAX-40-Konzerne sind dabei von 2023 auf 2024 um sechs Prozent gesunken. Bei den Scope-3-Emissionen gab es zwar einen deutlichen Anstieg; dieser ist jedoch hauptsächlich auf erstmalige Veröffentlichungen und zusätzliche Emissionskategorien zurückzuführen.¹⁴

Es ist zentral, dass die Offenlegung der Emissionen mit glaubwürdigen Zielen untermauert wird, die die Unternehmensaktivitäten auf den 1,5°-Pfad bringen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend sind. Während das Wissen über den firmeneigenen Emissionsausstoß mittlerweile gut etabliert ist, fehlen nach wie vor unternehmensspezifische Klimaneutralitätsziele und Transitionspläne (Brüggemann et al. 2024, Reppmann et al. 2025). Zwar gibt es einen leichten Anstieg an Zielen, die auf den Empfehlungen der Science Based Targets Initiative basieren, jedoch bleiben die Zahlen auf niedrigem Niveau und auch

hier zeigen sich Unterschiede nach Unternehmensgröße.¹⁵ Nur wenige Unternehmen haben bisher eigene Klimaneutralitätsziele. Zudem ist die Entwicklung rückläufig. 2024 gaben 9 Prozent der Unternehmen an, Klimaneutralität anzustreben. Im Vorjahr waren es noch 15 Prozent. Die Vorreiter sind wiederum die großen Unternehmen. Von diesen streben 80 Prozent die eigene Klimaneutralität an (+3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Größere Mittelständler folgen mit einem deutlichen Abstand (24 Prozent, -5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) (Brüggemann et al. 2024: 1).

Sofern überhaupt Klimaneutralitätsziele formuliert werden, sind diese mit mehreren Problemen verbunden. Zum einen bleibt häufig unklar, auf welches Basisjahr sich die formulierten Ziele beziehen. Zu dem erschweren unvollständige Emissionsberichterstattungen die Nachvollziehbarkeit über den Zeitverlauf. Darüber hinaus zeigen sich sektorspezifische Bilanzierungstricks. Lebensmittel- und Landwirtschaft verlassen sich zunehmend auf nicht-dauerhaft landbasierte Kohlenstoffentfernung, wie z. B. Aufforstung und erhöhte Kohlenstoffspeicherung in Böden. In der Automobilindustrie wird die Zielerreichung durch die Unterschätzung der Nutzungsphase-Emissionen von Fahrzeugen erschwert. Zuletzt macht das Greenwashing durch die intransparente Verwendung von Kohlenstoffgutschriften im Ausland die tatsächlichen Fortschritte schwer verfolgbar.¹⁶ Diese Probleme machen es notwendig, verstärkt sektorspezifische Transformationsziele in den Blick zu nehmen, um sektorale Transformationsziele zu erreichen.

Kommunikation: Zwischen grünen Absichtserklärungen und fossilem Widerstand

Neben der Klimaberichterstattung und Formulierung von Klimazielen äußern sich klimabezogene kommunikationsbezogene Maßnahmen darüber hinaus in regelmäßigen Bekenntnissen zu einem klimapolitischen Grundkonsens, aber auch in **Lobbying** gegen politische (Klima-)politische Maßnahmen und Regulierungen.

Mit der Zeit hat sich auch in der Wirtschaft zumindest vordergründig ein klimapolitischer Grundkonsens etabliert.¹⁷ Nachdem v.a. die Energiewende lange bekämpft wurde, lässt sich seit den 2010er Jahren eine allmähliche Abkehr von defensiven

12 EY. 2024. *EY Global Climate Action Barometer 2024: How will climate transition planning empower you to shape the future?*.

13 Lautermann, C., C. Young, E. Hoffmann. 2021. *Klima- und Umweltberichterstattung deutscher Unternehmen: Evaluierung der CSR-Berichtspflicht für die Jahre 2018 und 2019*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt

14 EY Parthenon. 2025. *Deutsche Konzerne in der nachhaltigen Transformation: ESG-Analyse der integrierten Geschäftsberichte der DAX 40-Unternehmen*

15 Science-based Targets Initiative. 2023. *SBTi Monitoring Report 2023: Looking back at 2023 and moving forward to 2024 and beyond*.

16 NewClimate Institute. 2025. *Corporate Climate Responsibility Monitor 2025: Assessing the Transparency, Integrity and Progress of Corporate Climate Strategies*

17 Stiftung KlimaWirtschaft. 2025. *DEUTSCHLAND, WIR MÜSSEN MACHEN!*. <https://klimawirtschaft.org/publikationen/positionen/wirmuessenmachen>

Strategien beobachten (Böcher und Töller 2012).¹⁸ Einen Wendepunkt stellte in dieser Hinsicht die Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2019 dar. In der Folge schwächte sich der Widerstand gegen Emissionsreduzierung ab und Unternehmen gingen dazu über, staatliche Unterstützung zu fordern, um die Kosten und Risiken der Klimatransformation zu minimieren. Die Industrieverbände begannen mit der Veröffentlichung umfassender Berichte (siehe Kapitel 2 ‚Gesellschaft der Klimawende‘), in denen technologische Wege zu Netto-Nullmissionen sowie die für den erfolgreichen Übergang erforderliche konkrete finanzielle und regulatorische Unterstützung beschrieben werden (Kupczok und Nahm 2024: 1211). Nachdem im Bundestagswahlkampf 2025 das Thema Klima eine untergeordnete Rolle gespielt hat, wurde im Nachgang der Wahl und der Koalitionsverhandlungen der „klimapolitische Grundkonsens“ von einigen Unternehmensverbänden nochmals bekräftigt.¹⁹

Allerdings machen zentrale Unternehmensverbände zuletzt wieder vermehrt Stimmung gegen Klimaschutzziele und -maßnahmen. So positionierten sich die Wirtschaftsverbände Verband der Automobilindustrie (VDA), Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Verband der Chemischen Industrie (VCI) in jüngerer Zeit regelmäßig gegen regulatorische Maßnahmen: Der VDA wiederholt gegen EU-Emissionsstandards für Pkws sowie in letzter Zeit gegen das beschlossene Verbrenner-Aus, der BDI gegen die Ausweitung des Emissionshandels und der VCI gegen den Carbon Border Adjustment Mechanism sowie die Erneuerbare-Energien-Direktive der EU.²⁰ Auch in der Gaswirtschaft zeigen sich strategische Interventionen durch Lobbyakteure. Neben dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wurde 2013 die PR- und Lobbyallianz Zukunft Gas gegründet, um das Image fossilen Gases als kostengünstige, effiziente und „klimafreundliche“ Energiequelle zu stärken (Brunnengräber et al. 2024).

In diesem Widerspruch – zwischen zunehmender Berichterstattung und fehlenden Transformationszielen sowie der Bestätigung eines klimapolitischen Grundkonsenses bei gleichzeitigem Widerstand gegen klimapolitische Regulierung – zeigt sich das strategische Verhalten von Unternehmen in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen. Im Pendeln zwischen symbolischen und substanziellen Praktiken entsteht eine „Konsensfiktion“ (Hahn

2024), die fehlenden tatsächlichen Konsens ersetzt, um Entscheidungen und Kooperation zu ermöglichen. Diese ist darauf ausgerichtet, sich verbal zu einer gemeinsamen Problemlage zu bekennen, das praktische Handeln jedoch stets nach strategischen Macht-, Ressourcen- und Opportunitätskalkülen auszurichten. Während Maßnahmen wie die Klimaberichterstattung bei Unternehmen beliebt sind und flächendeckend zur Anwendung kommen, zeigt das parallele Lobbying gegen verbindliche Regulierung, dass Unternehmen ihre Macht nutzen, um Opportunitäts- und Handlungsspielräume möglichst lange offenzuhalten.

Anwendung: Investitionslücken trotz steigender Gesamtinvestitionen

„Anwendungsspezifische“ Maßnahmen betreffen vor allem den Bereich der Klimaschutzinvestitionen, sowie vereinzelt die Anpassung von Herstellungsweisen und Produkten. In beiden Bereichen offenbaren sich ambivalente Trends. Zwar hat das Investitionsvolumen insgesamt zugenommen, jedoch zeigen sich große Unterschiede nach Unternehmensgröße. Die Klimaschutzinvestitionen deutscher Unternehmen sind 2023 preisbereinigt um 5,3 Prozent auf 85 Mrd. EUR gestiegen – ein Höchststand, der den kontinuierlichen Bedeutungszuwachs des Themas unterstreicht. Der Anteil klimabezogener Investitionen am Gesamtinvestitionsvolumen wuchs von 12,8 Prozent im Jahr 2021 auf 17,1 Prozent im Jahr 2023. Getragen wurde dieser Zuwachs jedoch fast ausschließlich von Großunternehmen, die ihre Investitionen real um 19 Prozent steigerten. Im Gegensatz dazu verzeichnete der Mittelstand einen realen Rückgang um zehn Prozent. Der Anteil investierender Unternehmen sank um 150.000 auf ca. 340.000 Betriebe – ein Rückgang, der nahezu vollständig auf die klein- und mittelständische Wirtschaft zurückzuführen ist (Brüggemann et al. 2024).

Die Investitionstätigkeiten von KMUs wurden vor allem durch hohe Preise, gestiegene Finanzierungskosten und eine schwache gesamtwirtschaftliche Lage belastet. Diese Entwicklungen verdeutlichen eine wachsende Investitionslücke zwischen großen und kleinen Unternehmen. Trotz aggregierter Zuwächse ist die Breite der Transformation gefährdet. Dies spiegelt sich in einem zu geringen Investitionsvolumen wider. Agora Energiewende schätzt die benötigte Investitionshöhe

18 Historisch verlief die Konfliktlinie stets zwischen Ökologie und Ökonomie. Phasen, die sich stärker an ökonomischen Bedürfnissen orientierten, setzten hier verstärkt auf kooperative Instrumente. In dieser Phase wurden 1995 mit den freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie und Automobilhersteller die ersten Emissionsreduktionsverpflichtungen etabliert. Mit der abermaligen Zunahme von ordnungsrechtlicher Regulierung intensivierte sich auch die Unterstützung durch große multinationale Konzerne in Deutschland. Dies manifestierte sich u.a. in einer Vorreiterrolle deutscher Unternehmen bei der Klimaberichterstattung (Eberlein und Matten 2009: 249f).

19 Stiftung KlimaWirtschaft. 2025. *DEUTSCHLAND, WIR MÜSSEN MACHEN!*. <https://klimawirtschaft.org/publikationen/positionen/wirmuessenmachen>; BNW. 2025. *Branchenübergreifender Appell aus der Wirtschaft*. <https://www.zukunftswirtschaft.org/>.

20 LobbyMap. 2025. *Federation of German Industries (BDI)*. <https://lobbymap.org/influencer/German-Industrial-Federation-BDI>

beispielsweise auf durchschnittlich 540 Mrd. Euro. Knapp ein Drittel davon sind zusätzliche Klimaschutzinvestitionen, was ca. 151,2 Mrd. Euro entspricht.²¹ Das aktuelle Investitionsniveau deckt somit nur die Hälfte der benötigten Mittel ab. In den nächsten Jahren wären sogar mehr als der Durchschnitt nötig. Für eine erfolgreiche Klimawende sind deshalb gezielte Unterstützungsmaßnahmen für investitionsschwache Unternehmensgruppen sowie ein makroökonomisch günstigeres Umfeld erforderlich.

In den einzelnen Industriesektoren zeigen sich ambivalente Dynamiken. Im Stahlsektor treibt Salzgitter AG eine neue dekarbonisierte Fertigungsstrecke voran, während ArcelorMittal sogar auf Subventionen für den Bau einer Direktreduktionsanlage verzichtet. Thyssenkrupp geht zwar nach wie vor davon aus, eine Direktreduktionsanlage realisieren zu können, will aber aufgrund von Kostensteigerungen seine Umbaupläne neu bewerten.²² In der Automobilbranche werden voraussichtlich zwei der drei deutschen Hersteller die CO₂-Flottengrenzwerte bis 2027 einhalten. Während Volkswagen und BMW die Zielvorgaben aktuell erfüllen, müsste Mercedes-Benz die Hersteller Volvo Cars und Polestar im Rahmen eines Pooling-Zusammenschlusses für Emissionszertifikate bezahlen, um die Grenzwerte einzuhalten.²³ Durch diese absehbare Mehrbelastung sind jedoch auch neue Konflikte und intensivierte Lobbyingmaßnahmen gegen Klimaziele zu erwarten, wie sich bereits in der neuen Prioritätensetzung im Europäischen Automobilherstellerverband (ACEA) unter Ola Källenius – Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz Group – als neuem Präsidenten zeigt.²⁴ Dies zeigt, dass Unternehmen getroffene Maßnahmen stets unter sich ändernden Rahmenbedingungen neu bewerten. Welche Kontextbedingungen zentral für klimabezogenes Unternehmenshandeln sind, wird im Folgenden erläutert.

Kontext

Unternehmen sind in breitere gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden, die rechtliche, politische, marktliche und kulturelle Rahmenbedingungen für ihr Handeln darstellen (Gasbarro et al. 2017, Engels und Frisch 2023, Johnson et al. 2023b).

Zu den wichtigsten Kontextbedingungen zählen klima- und umweltpolitische Regulierungen, die korporatistische Interessensvermittlung und die damit verbundene Akteurslandschaft in den unterschiedlichen Sektoren, dominierende Marktdynamiken sowie die kulturelle Verankerung des deutschen Wirtschaftsmodells in der Gesellschaft.

Eine Aufweichung zentraler, übergreifender Regelwerke

Die umwelt- und klimabezogene Regulierung von Unternehmenshandeln in Deutschland hat sich historisch zwischen verschiedenen Steuerungsansätzen bewegt. Während in den 1990er Jahren freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft dominierten (Töller 2013), vollzog sich spätestens mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2000 und verstärkt seit dem Klimaschutzgesetz 2019 eine Hinwendung zu verbindlichen ordnungsrechtlichen Instrumenten (Böcher und Töller 2012). Das Bundesverfassungsgericht stärkte 2021 diese Entwicklung, indem es rechtsverbindliche Klimaschutzziele und konkrete Reduktionspfade einforderte (Rodi und Kalis 2022). Heute prägt ein Instrumentenmix aus CO₂-Bepreisung, Ordnungsrecht, Fördermaßnahmen und steuerlichen Anreizen die deutsche Klimapolitik (Krebs 2021), wobei das Verhältnis zwischen marktwirtschaftlichen und regulativen Instrumenten weiterhin umstritten bleibt. Im Folgenden gehen wir nur auf zentrale *Veränderungen* in der klimapolitischen Regulierung ein. Andere bestehende Gesetze und Vorgaben sind natürlich nach wie vor relevant für klimarelevantes Unternehmenshandeln.²⁵

Das EU-Omnibus-Paket sieht eine weitreichende Abschwächung zentraler Nachhaltigkeitsregulierungen vor. Für die CSRD soll die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen um 80 Prozent reduziert werden; kleinere Unternehmen werden weitgehend ausgenommen. Auch die Anforderungen an Datenlieferungen innerhalb von Wertschöpfungsketten und die Prüftiefe durch Wirtschaftsprüfer werden gesenkt. Die branchenübergreifenden ESRS-Standards werden gesenkt, sektorale Standards entfallen vollständig. Bei der CSDDD wird der Sorgfaltspflichtumfang auf direkte Zulieferer beschränkt, die Überwachungspflicht zeitlich ausgedehnt und die Umsetzungspflicht für Klimaübergangspläne gestrichen. Sanktionen verlieren an Schärfe. Auch die

21 Agora Energiewende. 2024. *Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland: Finanzbedarfe und Politikoptionen*.

22 Koch, H. Werke unter Druck aus China. 07.09.2025. <https://taz.de/Gruener-Stahl/!6112208/>; Tagesschau. *Thyssenkrupp überprüft Pläne zum grünen Umbau*. 07.10.2024. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-gruener-umbau-transformation-100.html>

23 Transport & Environment. *Analyse: Mercedes verpasst als einziger EU-Autohersteller die CO₂-Flottengrenzwerte*. 08.09.2025. <https://www.transportenvironment.org/te-deutschland/articles/analyse-mercedes-verpasst-als-einziger-eu-autohersteller-die-co2-flottengrenzwerte>

24 ACEA. *Act now to prevent irreparable damage to competitiveness as EV growth sluggish and trade tensions rise*. 16.01.2025. <https://www.acea.auto/press-release/act-now-to-prevent-irreparable-damage-to-competitiveness-as-ev-growth-sluggish-and-trade-tensions-rise/>

25 Für eine umfassende Übersicht über die relevanten Regulierungen vgl. Expertenrat für Klimafragen 2025; Umweltbundesamt 2025

Taxonomie-Berichtspflicht wird auf Großunternehmen beschränkt, verbunden mit einer drastischen Reduktion der geforderten Datenpunkte.

Die *Aufweichung der Regulierung* lässt eine Abschwächung der Treiberdynamik erwarten. Wie beschrieben gab es im Bereich der Berichterstattung bereits Fortschritte. Die Fortführung dieser Bemühungen hängt nun in vielen Bereichen wieder von freiwilliger Umsetzung ab. Die freiwillige Berichterstattung hat sich in der Vergangenheit jedoch als weniger wirksam erwiesen (Frisch et al. 2025: 2). Verpflichtende Berichterstattung hingegen führt zu höherem Berichtsaufkommen (Hoffmann et al. 2018, Pantazi 2024). Gerade in Verbindung mit den begrenzten zeitlichen und materiellen Ressourcen erscheint eine Depriorisierung daher wahrscheinlich.²⁶ Dies ist vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen relevant, die nochmals weniger Ressourcen für die Klimatransformation zur Verfügung haben (Brüggemann et al. 2024).

Darüber hinaus zeichnen sich erfolgreiche Transformationsprozesse durch *regulatorische Stabilität* aus (Edmondson et al. 2019). Gerade für zukünftige Investitionen sind stabile politische Rahmenbedingungen essenziell. So zeigen die Unternehmensbefragungen des Sustainability Transformation Monitors, dass die Wahrnehmung politischer Regulierung als Treiber der Transformation im Vergleich von 2023 auf 2024 abgenommen hat (Reppmann et al. 2025). In anderen Befragungen wird Regulierung stattdessen zunehmend als Hemmnis für die Dekarbonisierung in Unternehmen angesehen.²⁷ Potenzielle Rücknahmen zentraler Regelungen wie das Verbrenner-Aus oder die Verwässerung der EU-CO₂-Flottengrenzwerte durch Pooling bergen das Potenzial, die Transformation in den entsprechenden Sektoren zu verlangsamen, da sie die Planbarkeit für die Technologieentwicklung reduzieren.

Ein zentrales Hemmnis für unternehmerisches Klimahandeln liegt in der *abnehmenden Steuerungsfähigkeit* des Staates. Sowohl allgemein als auch in spezifischen Anwendungsfeldern – etwa beim Ausbau der Netzinfrastruktur, beim Aufbau von Speicherkapazitäten oder bei Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien – wird die staatliche Leistungsfähigkeit zunehmend kritisch bewertet.²⁸ Diese strukturellen Defizite wirken sich auch

auf die Wahrnehmung der Dekarbonisierungsbedingungen in Deutschland aus. Befragungen zeigen übereinstimmend, dass insbesondere Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren als zentrale Investitionshemmnisse von Unternehmen wahrgenommen werden.²⁹

Zweifelhaft bleibt, ob die Entbürokratisierungsinitiativen auf EU-Ebene hier zielführend sind, betreffen sie doch hauptsächlich den Abbau von klimarelevanten Regulierungen. Während dies wahrscheinlich kaum zu einer spürbaren Verringerung des Verwaltungsaufwands führt, besteht stattdessen die Gefahr, dass grüne Investitionen behindert und die Maßnahmen zum Management klimabezogener Risiken geschwächt werden.³⁰

Sektorspezifische Regulierung: Zwei Schritte vor, einer zurück

In den Sektoren gab es einige spezifische regulatorische Neuerungen und Weiterentwicklungen. In den Sektoren der Energiewirtschaft und Industrie zeigen sich positive Entwicklungen, während in der Landwirtschaft kleine Fortschritte wieder rückgängig gemacht werden. Für die Energiewirtschaft wurden einige Gesetze auf den Weg gebracht, die den Ausbau der erneuerbaren Energie sowie deren effiziente Integration ins Netz und die Speicherung von Überkapazitäten fördern sollen.³¹ Darüber hinaus wurde eine Kraftwerkstrategie beschlossen, die von der alten Bundesregierung nicht mehr umgesetzt werden konnte. Die neue Bundesregierung hat eine Umsetzung angekündigt, die große Kapazitäten für Gasreservekraftwerke vorsieht. Dies würde einen Rückschritt für die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft bedeuten.³² Die zahlreichen weiteren regulatorischen Änderungen werden in ihrer Summe positiv bewertet, könnten aus Sicht von Expert*innen jedoch noch weitreichender sein. Nichtsdestotrotz ist eine positive Wirkung auf die Treiberdynamik zu erwarten.³³

Im Sektor Landwirtschaft blieb die politische Regulierung auf nationaler Ebene weitgehend unverändert. Von der geplanten Abschaffung der Steuerbefreiung für Agrardiesel und der KFZ-Steuer für landwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge wurde nur die Streichung der Agrardieselsubvention beschlossen. Diese sollte ursprünglich schrittweise

26 Demary, V., et al. 2024. *IW-Trends: Herausforderungen der Transformation für die Unternehmen in Deutschland*.

IW-Trends 3/2024. Köln, Institut der deutschen Wirtschaft.

27 EY Parthenon. 2025. *EY-Dekarbonisierungsbarometer 2025*.

28 E3G et al. 2025. *Powering Up: Business perspectives on shifting to renewable electricity*.

29 EY Parthenon. 2024. *EY-Dekarbonisierungsbarometer 2023/2024*; BCG et al. 2025. *In die Zukunft investieren*.

30 Mack, S. 2025. *Don't throw it under the Omnibus – The EU needs to make sustainability reporting more effective*.

31 für eine Übersicht: ERK. 2025. *Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 und zu den Projektionsdaten 2025: Prüfung und Bewertung der Emissionsdaten sowie der Projektionsdaten gemäß § 12 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz*. Expertenrat für Klimafragen. <https://www.expertenrat-klima.de>

32 Tagesschau. Reiche plant neue Gaskraftwerke. 09.05.2025. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/gaskraftwerke-reiche-energie-wende-kernenergie-neubau-100.html>

33 vgl. beispielsweise für das Solarpaket I: Deutscher Bundestag. *Experten begrüßen Solarpaket I und hoffen auf Solarpaket II*. 22.04.2024

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw17-pa-klimaschutz-erneuerbare-energien-998966>

bis 2026 erfolgen. Die neue Bundesregierung hat jedoch bereits angekündigt, die Streichung rückgängig zu machen, und ein entsprechender Kabinettsbeschluss wurde bereits getroffen (CDU et al. 2025). Zwar ist die Rücknahme noch nicht endgültig gesetzlich vollzogen, doch die Wiedereinführung dieser fossilen Subventionen verhindert – vor allem langfristig – den Abbau des fossilen Kapitalstocks in der Landwirtschaft und wirkt sich negativ auf die Treiberdynamik aus.

Auch für den Industriesektor wurden einige Neuerungen auf den Weg gebracht, die den Bedenken gegenüber der abnehmenden Steuerungsfähigkeit entgegenwirken. Mit dem Ziel, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, wurden u. a. das Wachstumschancengesetz verabschiedet und das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) novelliert. Darüber hinaus veröffentlichte das BMWK ein Konzept zu „Leitmärkten für klimafreundliche Grundstoffe“. Das erste Klimaschutzvertrags-Gebotsverfahren fand statt; größere Einsparungen werden aber erst ab 2025 erwartet. Die neue „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ (BIK) löste das DDI-Programm ab. Auch die EEW-Förderrichtlinie wurde überarbeitet. Nach dem Auslaufen der Energiepreismessbremse Ende 2023 wurde das Strompreispaket eingeführt, das den Stromsteuersatz für produzierendes Gewerbe auf das EU-Minimum senkt (0,05 Ct/kWh). Größere industriepolitische Programme, wie z. B. die vorgeschlagene Industriestrategie von Robert Habeck, scheinen keine Fortführung zu finden. Das Wachstumschancengesetz wurde im Zuge der politischen Verhandlungen stark in seinem Umfang und seiner klimapolitischen Fokussierung abgeschwächt. Die restlichen Änderungen werden überwiegend positiv aufgenommen.³⁴ Insgesamt haben die regulatorischen Veränderungen das Potenzial, die Dynamik zu beschleunigen.

Hoffnungen auf eine *Härtung rechtlicher Normen* richteten sich zudem in letzter Zeit vermehrt auf die Dynamik von Klimaklagen (siehe Treiberanalyse). Im Bereich der Rechtsprechung zeigt sich allerdings ein ambivalentes Bild. Zwar wird das unmittelbare Risiko von Klagen wegen Greenwashing von den meisten Unternehmen derzeit als gering eingeschätzt (Reppmann et al. 2025). Dennoch haben klimabezogene Gerichtsverfahren messbare Auswirkungen – insbesondere auf die Kapitalmarktbeurteilung: Anklagen und negative Urteile wirken sich nachweislich negativ auf den Börsenwert betroffener Unternehmen aus. Im Rahmen der Treiberdynamik sind insbesondere zwei Klagen von Bedeutung: *Lliuya vs. RWE* und *DUH vs. Volkswagen* (Sato et al. 2024). Die Klage gegen RWE markierte einen juristischen Meilenstein, da sie erstmals

die grundsätzliche Möglichkeit einer Haftung für unternehmensbedingte Klimaschäden, die außerhalb Deutschlands entstanden sind, vor Gericht brachte und eine Haftbarmachung von deutschen Unternehmen grundsätzlich für möglich befunden wurde. Sollte dieses Verfahren Grundlage für weitere Gerichtsverfahren werden, könnte daraus ein dynamisierender Effekt auf das unternehmerische Risikomanagement und Klimastrategien entstehen, vergleichbar mit anderen präzedenzsetzenden Gerichtsentscheidungen in der Vergangenheit. Im Gegensatz dazu haben bisherige Klagen gegen deutsche Automobilhersteller – etwa durch die Deutsche Umwelthilfe – vor Gericht keine Erfolge erzielt (siehe Treiber Klimaklagen). Ein systemischer Druck auf diese Branche ist bislang nicht entstanden. Insgesamt ist daher derzeit eher von einer indirekten, potenziell reputationsbasierten Wirkung von Klimaklagen auf die Dynamik des Treibers auszugehen, die jedoch bei künftigen Präzedenzfällen deutlich an Relevanz gewinnen könnte.

Steigende Lenkwirkung des Emissionshandels

Staatliche Klimapolitik wirkt nicht nur durch Regulierung, sondern auch durch ihre Signalwirkung, indem sie Unternehmen Orientierung gibt und langfristige Investitionen in Dekarbonisierung legitimiert. Gesetzlich verankerte Netto-Null-Ziele erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen freiwillige Klimaziele formulieren und umgekehrt (Eskander et al. 2024). Dieser reziproke Zusammenhang unterstreicht die Bedeutung eines verlässlichen politischen Rahmens. Zwar bekennt sich der aktuelle Koalitionsvertrag weiterhin zu den deutschen und europäischen Klimazielen. Doch die Option, auch Emissionsreduktionen außerhalb Deutschlands oder der EU auf nationale Ziele anzurechnen (CDU et al. 2025), schwächt die Glaubwürdigkeit und potenzielle Lenkungswirkung dieser Zielsetzungen.

Auf EU-Ebene sind zentrale Rahmenbedingungen der Europäische Emissionshandel EU-ETS 1 und EU-ETS 2, sowie die Gemeinsame Agrarpolitik. Emissionen in den Sektoren Industrie und Energiewirtschaft unterliegen dem Europäischen Emissionshandel 1 (EU-ETS 1). In der Energiewirtschaft unterliegen nahezu alle Anlagen dem Emissionshandel, während im Bereich Industrie ca. 66 Prozent abgedeckt sind. Nach mehreren Anpassungen hat sich der Emissionshandel mittlerweile als wichtiger Signalgeber und damit als ermöglichende Bedingung der Klimawende etabliert.³⁵ Allerdings wurden durch den politischen Einfluss der Industrie bei Überarbeitung des EU-ETS im Rahmen des European Green Deals zentrale Ausnahmeregelungen durchgesetzt

34 vgl. beispielsweise für die Novellierung des BImSchG: Erneuerbare Energien Hamburg. Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG). 09.07.2024. <https://www.erneuerbare-energien-hamburg.de/de/blog/details/novelle-des-bundesimmissionsschutzgesetzes-bimschg.html>

35 Witt, U. Was haben „Green Deal“ und „Fit for 55“ bislang gebracht?: Die EU will erster „klimaneutraler Kontinent“ werden. 08.07.2024. <https://www.rosalux.de/news/id/52294/was-haben-green-deal-und-fit-for-55-bislang-gebracht>.

– insbesondere die weiterhin schrittweise bis 2034 fortgesetzte kostenlose Zuteilung von Zertifikaten.³⁶ Weiterhin fehlt eine verbindliche Regelung zur Löschung von Zertifikaten bei nationalen Klimaschutzmaßnahmen, wie z. B. dem deutschen Kohleausstieg. Um die Emissionsreduktionen durch den deutschen Kohleausstieg abzusichern, hat Deutschland daher angekündigt, CO₂-Zertifikate im Umfang von 514.000 Tonnen ab September 2025 zu löschen.³⁷ Insgesamt bleibt anzumerken, dass die Reform des europäischen Emissionsmarktes ab 2024 den Minderungspfad deutlich verschärft: Die jährliche Emissionsmenge sinkt nun doppelt so schnell wie zuvor, sodass bereits 2039 keine Zertifikate mehr versteigert werden. Die Entwicklungen im EU-ETS 1 haben daher das Potential, die Dynamik des Treibers deutlich zu beschleunigen.

Hinzu kommt eine Ausweitung des Emissionshandels ab 2027 auf die Bereiche Wärme und Verkehr (siehe auch Treiber deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen). Die EU-Kommission strebt einen Einstiegspreis von 45 Euro/Tonne an, der durch Preismechanismen abgesichert ist, um extreme Schwankungen zu vermeiden, die direkt an Verbraucher*innen weitergegeben würden. Zentrale Herausforderung für die Effektivität ist dabei das Spannungsverhältnis zwischen der Lenkungswirkung bei einem hohen CO₂-Preis und der sozialen Verträglichkeit der steigenden Kosten. Schätzungen gehen von einer Lenkungswirkung zwischen 100 und 200 Euro/Tonne aus.³⁸ Gleichzeitig hat die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz gezeigt, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für die Verankerung von Klimaschutzpolitik nur über eine sozial gerechte Gestaltung der klimapolitischen Maßnahmen erreicht werden kann.³⁹ Sollte der niedrige Einstiegspreis tatsächlich die Legitimität des Instruments erhöhen, könnte dies langfristig die Transformationsdynamik verstärken, auch wenn kurzfristig Zweifel an der Lenkungswirkung bestehen bleiben.

Agrarpolitik: Ungenügende Anreize trotz „Grüner Architektur“

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU stellt einen zentralen Rahmen für die Agrarpolitik in Deutschland dar. Ursprünglich auf Produktionssteigerung und Einkommenssicherung fokussiert, wurde die GAP im Laufe der Jahrzehnte mehrfach reformiert.⁴⁰ Seit der Reform von 2013 und insbesondere mit der Reform 2021 vollzog sich ein

Paradigmenwechsel hin zu einer stärker nachhaltigkeitsorientierten Ausrichtung. Dies zeigt sich u. a. in der Einführung der „Grünen Architektur“, die Maßnahmen wie Öko-Regelungen sowie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) umfasst (Pe'er et al. 2019).

Trotz dieser Fortschritte bleiben Wirkung und Kohärenz der GAP mit Umwelt- und Klimazielen umstritten. Studien belegen, dass zentrale Instrumente – wie Direktzahlungen – bislang nur geringe Beiträge zur Biodiversität oder zur Reduktion von Treibhausgasemissionen leisten. Auch das sogenannte „Greening“ erwies sich als weitgehend ineffektiv. Kritik richtet sich zudem gegen die ungleiche Mittelverteilung: Großbetriebe erhalten überproportionale Anteile, während gezielte Umweltanreize unterfinanziert bleiben. Die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie im Rahmen des European Green Deals erfordert eine grundlegende Reform hin zu einem stärker wirkungsorientierten System, das klare ökologische Zielgrößen verfolgt und eine gerechtere Verteilung ermöglicht.

Zwar bietet die seit 2023 eingeführte „grüne Architektur“ erste Ansatzpunkte für klimaorientierte Landwirtschaftspraktiken, doch nur wenige Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – fördern konkret CO₂-Bindung, und selbst dort nur in geringem Umfang. Gleichzeitig konzentrieren sich die GAP-Direktzahlungen nach wie vor auf große Betriebe, obwohl insbesondere kleinere Landwirtschaften Unterstützung benötigen, etwa zur Bereitstellung lokaler Ökosystemleistungen und zur Klimaanpassung. Ein wirksamer Mechanismus zur Umsetzung der Klimaziele fehlt bislang (Edenhofer und Leisinger 2024).

Neue politische Mehrheit, neue politische Prioritäten

Die politischen Rahmenbedingungen für klimarelevantes Unternehmenshandeln sind maßgeblich geprägt durch die Parteipolitik und die institutionalisierte Interessensvermittlung, die in unterschiedlichen Formen des Korporatismus alle untersuchten Sektoren prägt. Beide Elemente sind wechselseitig miteinander verbunden. Sie folgen zwar Eigenlogiken, sind aber häufig personell und institutionell verflochten.

Das politische Momentum für eine ambitionierte Klimatransformation der Wirtschaft hat sich

36 Die Energiewirtschaft hingegen unterliegt bereits seit 2013 vollständig der Versteigerungspflicht und erzielt damit keine leistungslosen Übergewinne mehr.

37 Jöhlinger, K. *Kohleausstieg: Deutschland löscht Emissionszertifikate*. 25.06.2025. <https://www.energate-messenger.de/news/253938/kohleausstieg-deutschland-loescht-emissionszertifikate>

38 UBA. 2021. *CO₂-Preis im Verkehrssektor*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/uba-kurzpapier_co2-preis_kliv.pdf

39 Held, B., C. Leisinger, M. Runkel. 2022. *Assessment of the EU Commission's Proposal on an EU ETS for buildings & road transport (EU ETS 2): Criteria for an effective and socially just EU ETS 2*. Institut für Interdisziplinäre Forschung/ Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

40 Weingarten, P. *Die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU*. 08.04.2021. <https://www.bpb.de/themen/umwelt/landwirtschaft/327284/die-entwicklung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-der-eu/>.

nach den Europawahlen 2024 und der Bundestagswahl 2025 deutlich abgeschwächt. Klimaschutz ist im politischen Diskurs in den Hintergrund getreten, Standort- und Wettbewerbsfragen dominieren zunehmend. Auf europäischer Ebene führen neue politische Mehrheiten zu einem deutlichen Rückbau regulatorischer Ambitionen. Expert*innen rechnen damit, dass der European Green Deal zwar fortbesteht, jedoch in abgeschwächter und selektiv implementierter Form.⁴¹

Auf nationaler Ebene zeichnet sich mit der schwarz-roten Koalition ein ähnlicher Kurswechsel ab. In zentralen Bereichen wie der Energiewirtschaft und Landwirtschaft geraten bereits erzielte Fortschritte unter Druck. Klimapolitische Maßnahmen werden zurückgefahren, wie etwa durch die angekündigte Wiedereinführung der Agrardieselsubvention und den geplanten Ausbau fossiler Gaskraftwerkskapazitäten. Zwar bekennt sich der Koalitionsvertrag weiterhin zu den deutschen und europäischen Klimazielen, doch die im Koalitionsvertrag vorgeschlagene Option, auch Emissionsreduktionen außerhalb Deutschlands oder der EU auf nationale Ziele anzurechnen (CDU et al. 2025), schwächt die Glaubwürdigkeit und potenzielle Lenkungswirkung dieser Zielsetzungen erheblich.

Die politischen Verschiebungen spiegeln sich auch in den Haushalts- und Budgetverhandlungen auf nationaler und europäischer Ebene wider. Sowohl die Bundeshaushalte 2025 und 2026 als auch die Verhandlungen um den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zeigen eine unzureichende Finanzierung der ökologischen Transformation. In Deutschland werden im Haushalt 2025 und 2026 die Mittel des Klimatransformationsfonds (KTF), dem zentralen Finanzierungsinstrument für die klimafreundliche Transformation der Industrie, gekürzt.⁴² Zwar erhält der KTF zusätzlich jährlich 10 Milliarden Euro aus dem neuen Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität, doch werden die realen Klimaschutzinvestitionen dadurch kaum erhöht, zumal der Fonds zunehmend auch für konsumtive Ausgaben wie die Gasspeicherumlage genutzt wird.⁴³ Die Förderung „Nachhaltig wirken – Förderung Gemeinwohlorientierter Unternehmen“, die noch von der Ampel-Regierung verabschiedet wurde, stellt explizit für kleinere und mittlere Unternehmen Mittel von ca. 110 Mio. Euro zur Verfügung. Die Förderkonditionen sind dabei u.a. an den Beitrag zum Klimaschutz gebunden.⁴⁴ Auch im Rahmen der Verhandlungen des neuen EU-Budgets zeigt sich bisher, dass nicht in ausreichendem Maße zweckgebundene Mittel zur Verfügung

stehen. Zwar soll der Anteil, der für die Wirtschaftstransformation zur Verfügung steht, gleichbleiben, jedoch birgt die Zusammenlegung von Klima- und Umweltschutzprogrammen die Gefahr, dass die Finanzierung weniger transparent wird und die Mittel für den Naturschutz im Vergleich zu den tatsächlichen Bedarfen sinken.

Eine partielle Öffnung des deutschen Korporatismus

Zweite zentrale politische Kontextbedingung ist die korporatistische Interessensaushandlung. Sie findet sich in unterschiedlicher Ausprägung in der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft sowie in den Industriesektoren. Zwar haben diese Strukturen immer wieder zur Blockade von Transformationsprozessen geführt, speziell im Bereich Landwirtschaft und der Automobilindustrie, jedoch hat sich in der Energiewirtschaft gezeigt, dass dieses institutionelle Arrangement den Raum für gemeinschaftliche Lösungen bietet (Bendel und Haipeter 2024). Im Gegensatz zu pluralistischer Interessensaushandlung zeigt sich darüber hinaus, dass eine korporatistische Struktur einer Polarisierung der Positionen entgegenwirken kann.

In der Agrarpolitik war über Jahrzehnte ein geschlossener Korporatismus prägend, dominiert vom Deutschen Bauernverband (DBV), dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Agrarausschuss des Bundestages. Fest verankert war ein „agrarpolitischer Grundkonsens“ (Feindt 2009), der sich maßgeblich an Produktivitätssteigerung, Wettbewerbsfähigkeit und Einkommenssicherung orientierte. Gegenakteure wie Umwelt- oder Verbraucherverbände hatten lange nur begrenzten Einfluss. Erst ab den 1980er-Jahren begannen sich neue Akteurskonstellationen zu formieren. Strukturwandel, gesellschaftliche Kritik, Skandale wie BSE und internationale Handelsverflechtungen führten zu einer Öffnung: Umweltverbände (BUND, NABU, WWF) und Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gewannen punktuell an Bedeutung.

Einen institutionellen Bruch stellte die Amtszeit von Renate Künast als Landwirtschaftsministerin dar. Unter dem Begriff „Agrarwende“ wurde versucht, den Korporatismus zu öffnen, wobei die Umweltbewegung hingegen bewusst ausgeschlossen blieb (Polzin 2024). Auch andere Initiativen wie die Borchert-Kommission (Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung) versuchen das Akteursfeld zu erweitern und ökologische Fragen stärker zu verankern. Die Zukunftskommission Landwirtschaft, 2020 vom

41 Institute for European Environmental Policy. 2024. *European Green Deal Barometer*.

42 German Zero. *Pressestatement zum Bundeshaushalt 2026*. 30.07.2025. <https://germanzero.de/presse/bundeshaushalt-2026>

43 Kreuzfeldt, M. *Haushalt: Klimaschutz-Investitionen aus dem KTF gehen ab 2026 zurück*. 23.06.2025. <https://table.media/climate/news/haushalt-klimaschutz-investitionen-aus-dem-ktf-gehen-ab-2026-zurueck>.

44 BMW. *Gemeinwohlorientierte Unternehmen lösen gesellschaftliche Herausforderungen*. 17.07.2024. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/foerderprogramm-gemeinwohlorientierte-unternehmen.html>

Bundeskanzleramt einberufen, zeichnete sich durch eine paritätische Besetzung mit Agrar-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie Wissenschaft aus und reflektiert die weitere Erosion des alten Grundkonsenses. Die Auseinandersetzungen pendeln mittlerweile zunehmend zwischen einem produktivistischen und einem multifunktionalen Landwirtschaftsverständnis. In diesen neuen Akteurskonstellationen wurden eine Reihe von konsens-orientierten Vorschlägen zur Transformation der Landwirtschaft erarbeitet, diese wurden aber von der schwarz-roten Bundesregierung nicht aufgegriffen.⁴⁵

In der Automobilindustrie entwickelte sich seit den 1950er-Jahren ein stabiler tripartistischer Korporatismus zwischen Industrie (v. a. VDA), Gewerkschaften (IG Metall) und Staat. Diese Struktur ermöglichte wirtschaftliche Stabilität, begünstigte aber auch das Festhalten am Verbrennungsmotor und schloss Umweltbelange lange aus. Umweltpolitische Regulierungen wurden über Jahrzehnte abgewehrt oder verzögert. Erst exogene Schocks wie der Dieselskandal und der Druck durch die Klimabewegung sorgten für eine vorsichtige Öffnung. Die Nationale Plattform Elektromobilität (2009) und später die Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) blieben in ihrer Wirkung begrenzt. Innerhalb des VDA zeigen sich zudem Spannungen zwischen Herstellern und Zulieferern sowie divergierende Positionen zur Antriebswende. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die DUH, der VCD und später FFF oder Letzte Generation erweiterten die Debatte, konnten aber strukturell nur begrenzt Einfluss nehmen.

Die Energiewirtschaft war über Jahrzehnte durch eine neokorporatistische Steuerung geprägt: große, staatsnahe Energieversorger (RWE, E.ON, Vattenfall), die IG BCE sowie Bundes- und Landesministerien agierten im engen Schulterschluss. Konsensbildung, Investitionssicherheit und technologische Pfadabhängigkeiten (z. B. Grundlastprinzip, Netzinfrastruktur) prägten das Feld. Gleichzeitig blieben ökologische Anliegen weitgehend marginalisiert. Erst das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Jahr 2000 brachte eine Zäsur. Dezentrale Akteure wie Bürgerenergiegenossenschaften, Umweltorganisationen und Landesregierungen gewannen an Einfluss. Dieser Wandel wurde zunehmend zur Zerreißprobe für den traditionellen Korporatismus (Groos 2023). Seitdem besteht ein duales Steuerungsmodell: Einerseits persistieren klassische Allianzen zwischen Großkonzernen und Staat, andererseits hat sich ein neues Netzwerk zivilgesellschaftlicher, regionaler und klimaorientierter Akteure etabliert.

Die IG BCE agiert dabei ambivalent: Sie beteiligt sich aktiv an Strukturprozessen wie der Kohlekommission, stellt sich jedoch oft gegen Maßnahmen, die Arbeitsplätze gefährden könnten (Hildebrandt 2025). Die zivilgesellschaftliche Landschaft ist heute breiter denn je, bleibt jedoch in vielen Entscheidungsprozessen nur informell eingebunden.

Die Klima- und Umweltbewegung hat sich in den letzten Jahrzehnten als wichtiger neuer Akteur im Gefüge der korporatistischen Interessenaushandlung etabliert und ist dadurch zu einem Treiber klimarelevanter Unternehmensentscheidungen avanciert. Mit der Ausweitung politischer Steuerung hin zu einem Governanceverständnis und der damit verbundenen Dezentrierung des Staates wurden verstärkt auch direkte Forderungen an Unternehmen adressiert (Schurman 2004, Hendry 2006). So haben die Aktivitäten der Deutschen Umwelthilfe über die Forderung von Dieselfahrverboten Druck auf die Automobilindustrie ausgeübt. Fridays for Future konnte über öffentlichen Druck die Legitimitätskrise der deutschen Automobilhersteller weiter verstärken (Schroeder et al. 2024). In der Wahrnehmung der Unternehmen zeigt sich jedoch in den letzten Jahren eine Abnahme in der Einschätzung von Zivilgesellschaft und NGOs als Treiber der Nachhaltigkeitstransformation in Unternehmen (Reppmann et al. 2025).

Das Zusammenspiel von Korporatismus und Umweltbewegung zeigt sich am Beispiel fossiler Subventionen. 2016 einigten sich die G7-Staaten nach weltweiten Protesten und Kampagnen von Umweltverbänden, ineffiziente fossile Subventionen bis 2025 abzubauen.⁴⁶ Die größten Posten fossiler Subventionen in Deutschland sind aktuell die freie Zuteilung von CO₂-Zertifikaten im Industriesektor (9,1 Mrd. Euro), die Entfernungspauschale (5,1 Mrd. Euro) und die Energiesteuerabsenkung für Dieseldieselkraftstoff (8,5 Mrd. Euro).⁴⁷ Auch die inzwischen abgeschaffte Steuerbefreiung für Agrardiesel gilt als klimaschädliche Subvention. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages forderte daher am 15. Dezember 2023 das Bundesfinanzministerium auf, einen Vorschlag zur Abschaffung der Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge vorzulegen und mögliche Kompensationsmaßnahmen zu prüfen. Die Bundesregierung beschloss daraufhin, die Agrardieselbeihilfe und die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu streichen, was zu erheblichen politischen Konflikten und den sogenannten „Bauernprotesten“ führte (Heinze 2022). Wie beschrieben, hat die neue Regierung aus Union

45 Tsilimekis, K., Domke, F. *Klimaschutz in der Landwirtschaft muss ernsthaft angegangen werden*. 19.05.2025. https://background.tagesspiegel.de/agrar-und-ernaehrung/briefing/klimaschutz-in-der-landwirtschaft-muss-ernsthaft-angegangen-werden?utm_source=bluesky&utm_medium=social&utm_campaign=bluesky&utm_content=lesen

46 In Deutschland sind diese jedoch bis 2023 um knapp 50 Prozent auf 85,2 Mrd. Euro gestiegen, insbesondere aufgrund von 32,7 Mrd. Euro zusätzlicher Maßnahmen zur Abmilderung der Energiekosten in der Energiekrise. Diese Maßnahmen sind 2024 ausgelaufen.

47 Greenpeace. 2025. *Leere Versprechungen: Wo Deutschland und G7 beim Subventionsabbau stehen*.

und SPD ankündigt, die Rückvergütung für Agrardiesel wieder einführen zu wollen.

Marktdynamiken zwischen Transformationsdruck und Climate-Washing

Marktdruck, etwa durch Investor*innen, Kund*innen oder andere Stakeholder, kann zur Dekarbonisierung von Unternehmen beitragen (Block et al. 2023). Dieser Druck manifestiert sich durch ökonomische Entscheidungen wie den Wechsel zu umweltfreundlicheren Produkten durch Kunden, den Rückzug von Investoren oder die Bevorzugung umweltfreundlicherer Wettbewerber. Unternehmen, die nicht auf diese Erwartungen reagieren, riskieren wirtschaftliche Nachteile. Der Marktdruck kann somit dazu führen, dass Unternehmen Maßnahmen zur Emissionsminderung ergreifen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Reputation zu erhalten (Cadez et al. 2019).

Die Entwicklungen im Finanzmarkt zeigen ein ambivalentes Bild. So tritt die Finanzbranche zunehmend als Transformationsbegleiterin auf. Zum einen stellt sie wichtige finanzielle Ressourcen für die Transformation zur Verfügung, zum anderen tritt sie, durch die Verknüpfung und Genehmigung der Kreditvergabe an klimarelevante Kennzahlen, auch als Korrektiv in Erscheinung (Reppmann et al. 2025). Der Druck, den Banken auf Unternehmen ausüben, nimmt in den letzten Jahren zu.⁴⁸ So steigt z. B. der Anteil der Unternehmen, die angeben, bei Kreditverhandlungen auf das Thema Nachhaltigkeit angesprochen worden zu sein, von 21,6 auf 27 Prozent im Zeitraum zwischen 2022 und 2024 (Abel-Koch 2022, Gerstenberger und Bauer 2024). Diese Entwicklungen müssten jedoch verstetigt werden, um die Dynamik des Treibers stärker in Richtung einer tiefgreifenden Dekarbonisierung zu verändern.

Diesen positiven Entwicklungen stehen zuwiderlaufende Trends gegenüber, die in Frage stellen, ob die Bemühungen im Finanzsektor ausreichend, effektiv und nachhaltig genug sind, um die Transformation im notwendigen Ausmaß zu begleiten.⁴⁹ Zusätzlich besteht nach wie vor ein hohes Greenwashing-Risiko, das Legitimität und Effektivität grüner Finanzprodukte gefährdet (Koch und Kruse 2024). Mit der Deutschen Bank und der Commerzbank haben zwei der größten deutschen Banken die Finanzierung fossiler Projekte im Jahr 2024 ausgeweitet. Gleichzeitig haben unter dem Druck der Trump-Regierung auch deutsche Banken die Net Zero Banking Alliance verlassen, die bis dahin eine der wichtigsten globalen Sektorinitiativen war.

Mittlerweile hat die Initiative beschlossen, ihre Arbeit ganz einzustellen.⁵⁰

Unter den Markt- und Preistrends, die die Dynamik der Transformation in Unternehmen vorantreiben, sticht insbesondere die drastische Kostenreduktion bei erneuerbaren Energien hervor. Mittlerweile sind sämtliche regenerative Erzeugungsarten kostengünstiger als fossile Energieträger.⁵¹ Parallel dazu verzeichneten Batteriespeicher zwischen 2010 und 2024 einen Preisverfall von 93 Prozent.⁵² Der ökonomische Vergleich zwischen der Kombination aus erneuerbaren Energien mit Batteriespeichern gegenüber Gaskraftwerken als Reservekapazität ist zwar komplex, jedoch profitieren erneuerbare Energien und Speichertechnologien weiterhin von ausgeprägten Lernkurveneffekten, die deren Kostenvorteil perspektivisch weiter ausbauen werden.⁵³

Diese Marktdynamiken entfalten grundsätzlich positive Wirkungen mit dem Potenzial zur Beschleunigung der Transformation. Historische Erfahrungen verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit politischer Flankierung solcher Marktentwicklungen. Christophers zeigt, dass niedrige Stromgestehungskosten allein nicht ausreichen, um Investitionsströme zu erneuerbaren Energien umzulenken. Vielmehr determinieren Profitkalküle die Investitionsentscheidungen, weshalb diese durch geeignete politische Instrumente abgesichert werden müssen (Christophers 2024). Die Kontroverse um eine mögliche Rücknahme des Verbrenner-Aus illustriert exemplarisch, dass selbst mehrjährige eindeutige Markttrends nicht automatisch zu fundamentalen Produktionsumstellungen führen. Folglich konnten die positiven Marktentwicklungen bislang keine substanzielle Beschleunigung der Transformationsdynamik bewirken, bergen jedoch Potenzial für zukünftige Impulse.

Eine Verdichtung von Unterstützungsnetzwerken für die Klimawende

Etabliert sind mittlerweile sektorübergreifende und -spezifische Unterstützungsnetzwerke, die die Dekarbonisierung von Unternehmen begleiten. Durch die Vielzahl an Initiativen, die sich gebildet haben, ist ein umfassender Überblick hier nicht darstellbar. Jedoch lassen sich Akteursgruppen identifizieren, in denen meist wenige prominente Vertreter*innen eine exponierte Rolle einnehmen. Zum einen haben sich CEO-Initiativen gegründet, die sich für sektorübergreifende Klimapolitik einsetzen. Die sichtbarsten sind die Stiftung KlimaWirtschaft (vormals:

48 Deloitte. 2024. *CxO Sustainability Report – Germany Report*.

49 Reclaim Finance. 2025. *Bank Transition Plans: A Roadmap to Nowhere*; Wilhelm, M., et al. 2023. *German bank on the way to climate neutrality? A review of the situation*. Working Paper Sustainability and Innovation, No. S07/2023.

50 Rainforest Action Network, et al. (2025). *Banking on Climate Chaos: Fossil Fuel Finance Report 2025*.

51 Max Roser. *Why did renewables become so cheap so fast?*. 01.12.2020 [aktualisiert 04.2024]. OurWorldinData.org.

52 IRENA. 2025. *Renewable power generation costs in 2024*.

53 Lazard. 2025. *Levelized Cost of Energy+*. <https://www.lazard.com/media/eijnqja3/lazards-lcoeplus-june-2025.pdf>

Stiftung-2-Grad) in Deutschland und die CEO Alliance auf EU-Ebene.

Zentral sind darüber hinaus Organisationen, die sich mit Entwicklung von Berichtsstandards befassen oder einen Berichtsrahmen für Klimaberichterstattung bieten. Die wichtigsten Akteure sind die Global Reporting Initiative, das CDP (vormals: Carbon Disclosure Project) und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex. Des Weiteren finden sich Organisationen, die sich auf die Evaluierung von Klimaberichterstattung und Klimazielsetzungen von Unternehmen fokussieren. Zentral sind hier die Science Based Targets Initiative, das NewClimate Institute, EYCarbon und MSCI. Eng hiermit verknüpft sind Investoreninitiativen. Sie waren zentral bei der Entwicklung der Berichtsstandards (Pattberg 2017). Darüber hinaus bewerten sie auch den Fortschritt der Dekarbonisierung von Unternehmen und stellen so Informationen zur Lenkung von Finanzströmen zur Verfügung. Hier scheinen vor allem global organisierte Organisationen relevant zu sein wie ClimateAction100+, CERES, Investor Group on Climate Change.

Auch Unternehmensberatungen haben sich als strategische Akteurinnen platziert und mit **Nachhaltigkeitsstrategie- und Transformationsberatung** ein neues Geschäftsfeld etabliert. In diesem nehmen sie unterschiedliche Rollen und Aufgaben wahr. Zum einen als beratende Transformationsbegleiter, aber auch als kritische Akteurinnen, die den Fortschritt der Dekarbonisierung im Unternehmenssektor bewerten. Hier führen EY und Deloitte regelmäßige Erhebungen durch, wobei im Bereich von beauftragten Studien alle großen Beratungen aktiv sind (Christensen und Collington 2024). Zusätzlich haben sich spezialisierte Beratungen wie z.B. Adelphi etabliert. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Akteur*innen, die Ressourcen für Unternehmen und Mitarbeitende bereitstellen, wie die Dekarbonisierung aus der Belegschaft vorangetrieben werden kann, wie das Project Drawdown auf globaler Ebene und Planet Groups mit stärkerem Deutschland-Fokus.

Die Wirkung dieser Kontextbedingung lässt sich derzeit nur schwer abschließend bewerten. Zwar deutet die hohe Dichte an Unterstützungsnetzwerken und intermediären Akteur*innen zunächst auf einen positiven Einfluss hin und private Akteure waren z.B. zentral für die Etablierung und Standardisierung von Nachhaltigkeitsberichterstattung. Doch wie das Beispiel korporatistischer Strukturen zeigt, ist das Aufbrechen etablierter Macht- und Einflussverhältnisse oft langwierig und konfliktuell. Pluralität allein garantiert nicht, dass alle Stimmen gleiches Gehör finden.

Festgefahrene Diskurse und Mangel an neuen kulturellen Leitbildern

Hinsichtlich der Entwicklung gesellschaftlicher Debatten haben politische Entscheidungen wie die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Atomausstieg um die Jahrtausendwende einen neuen Diskurs der **Energiewende** verankert. Seither haben Regierungswechsel, verschiedene Reformen des Atom-Ausstiegsgesetzes und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die vorherrschenden Diskursformationen immer wieder verändert. Dabei entstanden nach und nach neue Akteure und Koalitionen, die den vormals diskursiv vorherrschenden atomar-fossilen Lock-in aufbrechen konnten (Buschmann und Oels 2018). Dies schuf einen neuen Möglichkeitsraum, den insbesondere die Fridays for Future Bewegung seit 2018/2019 nutzen konnte, um die Wende zur Klimaneutralität als neues Leitbild zu verankern.

Demgegenüber stehen jedoch stark verfestigte Leitbilder, die einer unterschiedenen Klimawende in zentralen Sektoren entgegenstehen oder diese ausbremsen. Das **deutsche Exportmodell** mit einem hohen Anteil an Industrieproduktion und der zentralen Stellung der Automobilbranche als „Leitindustrie des deutschen Kapitalismusmodells“ (Haas 2019: 275) ist in Deutschland kulturell sehr stark verankert. Eine Abkehr des Modells weg von exportorientierten Industriesektoren hin zu emissionsärmeren Dienstleistungen stößt daher auf große Widerstände.⁵⁴ Die Standortsicherung der deutschen Industrie ist zentraler Bestandteil des Koalitionsvertrags und des öffentlichen Diskurses und zeigt sich exemplarisch an der deutschen Stahlindustrie. In der Gemengelage aus klimapolitischen Transformationsherausforderungen, hohe Energiekosten und existenzbedrohendem Druck durch günstigere ausländische Importe scheint über politische Lager hinweg Konsens, dass die Stahlindustrie zentral für das deutsche Wirtschaftsmodell ist.⁵⁵

Auch gilt ein **steigender Konsum** als Fundament für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Produktionsniveaus. Die Kongruenz von Produktions- und Konsumnormen fungiert dabei als stabilisierender Mechanismus (Aglietta 1979). Diese Verflechtung begründet die häufig postulierte Gestaltungsmacht der Konsumentinnen über Produktion und Produktentwicklung (Johnson et al. 2023b). Trotz vereinzelter erfolgreicher Boykottbewegungen erweist sich jedoch die Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen und langfristigen Drucks auf Unternehmen als erhebliche Herausforderung (Tomlin 2019). Diese Einschätzung findet sich auch in Unternehmensbefragungen wieder, in denen dem Verhalten von Konsument*innen kein entscheidender Einfluss auf Transformationsentscheidungen

54 Höpner, M. *Kritik an „Exportideologie“*. 02.06.2024. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Eine-gewisse-Deindustrialisierung-ist-unvermeidbar-article24979923.html>

55 Rippel, K. M. *Stahl braucht Energie!*. 23.05.2025. <https://live.handelsblatt.com/stahl-braucht-energie-wege-aus-der-krise/>

in Unternehmen attestiert wird (Reppmann et al. 2025). Wie die Analyse der Konsummuster (siehe Treiberanalyse) verdeutlicht, generieren Veränderungen in Konsumweisen aktuell keinen ausreichenden Transformationsdruck. Jedoch zeigt der parallele Rückgang beim Konsum roten Fleisches und den Rinderbeständen in Deutschland, dass sich langfristige Konsumtrends durchaus auf Produktionsentscheidungen auswirken können.

Im Agrarbereich wiederum orientieren sich die Diskussionen weiterhin stark am Leitbild der industriellen Landwirtschaft (Polzin 2024). Auch im Verkehrssektor bleibt der öffentliche Diskurs eng geführt: Er konzentriert sich vor allem auf die Antriebswende und die Fortsetzung einer individualisierten Massenmobilität. Damit wird die zentrale Rolle der Automobilindustrie im deutschen Wirtschaftsmodell weiter gefestigt. Ein Aufbrechen dieser Perspektive könnte dagegen Raum für alternative Vorstellungen von Mobilität und Gesellschaft eröffnen. Derzeit jedoch wird erneut vor allem über eine mögliche Rücknahme des EU-weiten Verbrenner-Aus diskutiert. Und auch in der Landwirtschaft stehen nach wie vor klassische Themen im Vordergrund – etwa die Forderung nach geringeren Umweltauflagen zur Kostensenkung.

Neue fossile Lock-ins in Zeiten geökonomischer Umbrüche

Lock-ins stellen gerade in kapitalintensiven Bereichen wie der Energiewirtschaft zentrale Hindernisse der Transformation dar. Kraftwerke sind durch hohe Investitionen sowie lange Planungs- und Laufzeiten charakterisiert. Dasselbe gilt für Energieinfrastrukturen wie Stromtrassen oder Pipelines. Hinzu kommen Netzwerkexternalitäten, Skaleneffekte und politische Unterstützungsnetzwerke (Unruh 2000, Seto et al. 2016).

Diese Risiken manifestieren sich aktuell insbesondere bei der in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine neu geplanten LNG-Infrastruktur und den als Reservekapazitäten für die Energiewende vorgesehenen Gaskraftwerken. Kraftwerke, die spezifisch für Erdgas konstruiert sind, lassen sich aber nur schwer auf Wasserstoff umrüsten. Die langen Laufzeiten von 30–40 Jahren und hohen Anfangsinvestitionen schaffen ökonomischen Druck, die Anlagen wie geplant zu nutzen und Umrüstungen zu vermeiden. Infrastrukturell drohen überdimensionierte Netzwerke aus LNG-Terminals und Pipelines. Werden diese Kapazitäten vor Ende ihrer technischen Lebensdauer zu „stranded assets“, entstehen hohe finanzielle Verluste. Schließlich verfestigen sich institutionell durch die Investitionen politische Allianzen zwischen Betreibern von Infrastrukturen und Kraftwerken sowie politischen Akteuren, die an der Auslastung der teuer errichteten Infrastrukturen interessiert sind.

Die geopolitischen und geökonomischen Verwerfungen der letzten Jahre haben dieses System noch gestärkt. Zwar hat insbesondere die Gaspreiskrise zu Energieeffizienzmaßnahmen und einer Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien geführt. Die offenbarte Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft für steigende Gaspreise hat jedoch nicht zu einer fundamentalen, strukturellen Anpassung der Wirtschaftsweise geführt (Babić und Mertens 2024). Auch einschneidende politische Maßnahmen, wie beispielsweise der endgültige Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima, blieben aus. Im Gegenteil deuten neue Energiepartnerschaften für den Gasimport auf das Risiko neuer fossiler Lock-ins hin.

Dynamik	Kontextbedingungen	
<p>Energiewirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Abbau fossiler Kapitalstock ▶ neue Rekorde Zubau Solar- und Windenergie ◀ neue Gaskraftwerke <p>Landwirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◀ geringe Emissionsminderungen, ◀ steigender Diesel- & Düngerverbrauch ◀ Rücknahme Agrardiesel <p>Industrie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▼ leichte Emissionszunahme <p>Sektorübergreifend:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ klimapolitischer Grundkonsens ▶ Zunahme Gesamtvolumen Klimaschutzinvestitionen ▶ Zunahme Berichterstattung ◀ Abnahme kleine und Kleinstunternehmen ◀ fehlende Klimaneutralitätsziele 	Rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ● Verschärfung EU-ETS 1 ● Einführung EU-ETS 2 ● EU-Omnibus ● Unsicherheiten in der politischen Regulierung ● Regulierung Energiesektor ● Regulierung Landwirtschaft ● Regulierung Industriesektor ● schwache GAP-Umsetzung
	Politisch	<ul style="list-style-type: none"> ● neue Mehrheiten auf europäischer und nationaler Ebene ● Agrar- und Automobilkorporatismus ● Fossile Subventionen ● Rückgang finanzieller Ressourcen auf europäischer und nationaler Ebene ● neue Förderprogramme (BIK) ● Klimaklagen ● Klimabewegung
	Marktlich	<ul style="list-style-type: none"> ● Veränderung von Konsummustern ● umfassende Unterstützungsnetzwerke ● Finanzmarkt als Transformationsbegleiter ● Markt- und Preistrends bei EE, Batteriespeichern, Verbrennerzulassungen
	Kulturell	<ul style="list-style-type: none"> ● Persistenz des deutschen Wirtschaftsmodells (industrie-/ exportorientiert) ● unveränderte Diskursformationen in Landwirtschaft und Automobilindustrie
	Lock-Ins	<ul style="list-style-type: none"> ● LNG-Infrastruktur ● neue Gaskraftwerke ● CCS bei Gaskraftwerken

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ● sowie gleichbleibende ▶ ●

Tabelle 7: Entwicklungen in Dynamik und Kontextbedingungen von deutscher Klimapolitik

Bewertung: Ein steigendes Risiko klimapolitischer Rückschritte

*Eine Zusammenschau der Dynamik und Kontextbedingungen im Bereich klimarelevantes Unternehmenshandeln lässt eine **ambivalente Wirkung** des Treibers auf die Klimawende in Deutschland erwarten.*

Das klimarelevante Unternehmenshandeln weist eine stark fragmentierte Dynamik auf, die eine differenzierte Bewertung nach Sektoren und Unternehmensgrößen erfordert. Während in einzelnen Bereichen substanzielle Fortschritte erkennbar sind, sind andere durch Stillstand oder sogar Rückschritte geprägt. Zudem bestehen weiterhin strukturelle Hemmnisse und eine Reihe ungünstiger Kontextbedingungen, die eine umfassende Dekarbonisierung des Unternehmenssektors gegenwärtig kaum plausibel erscheinen lassen.

Die sektorale Betrachtung zeigt, dass der Großteil der bisherigen Dekarbonisierung in Deutschland auf die Energiewirtschaft entfällt. Der strukturelle Umbau des Kapitalstocks hat hier begonnen und manifestiert sich in einem Ausbau der Erneuerbaren und im Rückbau der Kohleförderung und Kohlestromezeugung. Die Dekarbonisierung dieses Sektors erscheint unter den aktuellen Bedingungen überwiegend plausibel, wenngleich der geplante Ausbau neuer Gaskraftwerkskapazitäten eine Gefahr für diesen Trend darstellt. Im Kontrast dazu stagniert die Dekarbonisierung in der Landwirtschaft. Der Anstieg des fossilen Kraftstoffverbrauchs sowie des Düngerabsatzes deutet auf fehlende strukturelle Transformationsdynamiken hin. Die angekündigte Wiedereinführung der Agrardieselsubvention durch die neue Bundesregierung würde diese Pfadabhängigkeit wiederbeleben. Eine substanzielle Dekarbonisierung der Landwirtschaft durch unternehmerisches Handeln erscheint unter diesen Bedingungen wenig plausibel. Auch der Industriesektor leistet nur einen geringen Beitrag zur Dekarbonisierung. Die anhaltende Konjunkturabhängigkeit der Emissionsentwicklung deutet darauf hin, dass eine strukturelle Entkopplung von wirtschaftlichen Aktivitäten und Emissionen nicht stattgefunden hat. Wie sich in der Stahlindustrie zeigt, stellt sich allerdings auch die Frage einer strukturellen Krise des deutschen Industriesektors. Dies hat fundamentale Implikationen für die Plausibilität der Transformation des Industriesektors, wie auch die Priorisierung der neuen Bundesregierung von Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber einem grünen Umbau zeigt.

Trotz dieser Divergenzen sind sektorübergreifend beachtliche Fortschritte auf der Ebene administrativer und teilweise auch bei kommunikativen Maßnahmen erkennbar. Die nichtfinanzielle Berichterstattung hat sich als Standard etabliert: Mehr als die Hälfte der Unternehmen erstellt Nachhaltigkeitsberichte, 50 Prozent der CSRD-pflichtigen Unternehmen gelten als „CSRD-ready“. Bei

DAX- und MDAX-Konzernen ist die Berichterstattung über Scope-1- und Scope-2-Emissionen nahezu vollständig (97–100 Prozent), auch Scope-3-Emissionen werden zunehmend erfasst (64–87 Prozent). Der Klimawandel hat sich als fester Bestandteil von Unternehmensstrategien etabliert und wird branchenübergreifend als bedeutendes Geschäftsrisiko wahrgenommen. Auch die Klimaschutzinvestitionen haben im Jahr 2023 mit 85 Mrd. Euro einen neuen Höchststand erreicht. Dieser Zuwachs ist allerdings hauptsächlich auf Großunternehmen zurückzuführen, während kleine und Kleinstunternehmen ihre Investitionen gesenkt haben. Das Gesamtvolumen der Investitionen erreicht daher auch kein ausreichend hohes Niveau. Die berichteten Scope-1- und Scope-2-Emissionen der DAX-40-Unternehmen zeigen einen Rückgang um sechs Prozent zwischen 2023 und 2024. Gerade in Großunternehmen wurde Klimawandel inzwischen als wichtiges Problem etabliert und teilweise auch Maßnahmen ergriffen. Etablierte Strukturen für Transparenz und Monitoring bilden eine Voraussetzung, um diese Dynamik zu intensivieren. Gleichzeitig zeigen sich Defizite bei der Umsetzung. Inkonsistenzen bei der Berichterstattung, fehlende quantifizier- und überprüfbare Reduktionsziele und Transitionspläne stehen einer tiefgreifenden Dekarbonisierung nach wie vor im Weg. Hemmend wirken insbesondere Lobbyingaktivitäten gegen klimapolitische Maßnahmen. Die Wirtschaftsverbände VDA, BDI und VCI haben sich in jüngerer Vergangenheit regelmäßig gegen regulatorische Verschärfungen positioniert und zuletzt Maßnahmen wie das Verbrenner-Aus scharf attackiert. Hier zeigt sich ein Widerspruch zum öffentlich kommunizierten „klimapolitischen Grundkonsens“ der Wirtschaft, der eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und realem Handeln offenbart.

Darüber hinaus ist die Treiberdynamik durch eine zunehmende Fragmentierung nach Unternehmensgröße gekennzeichnet. Bei kleinen und Kleinstunternehmen ist ein deutlicher Rückgang in der strategischen Auseinandersetzung mit Klimathemen zu beobachten. Auch die Klimaschutzinvestitionen des Mittelstands verzeichneten 2023 einen realen Rückgang. Hohe Preise, gestiegene Finanzierungskosten und eine schwache gesamtwirtschaftliche Lage sind gerade für kleine und mittelständische Unternehmen besonders limitierend.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die in den vergangenen Jahren Änderungen des klimarelevanten Unternehmenshandelns gefördert und unterstützt haben, sind durch zunehmende Unsicherheiten und teilweisen Rückbau (bspw. EU-Omnibus) gekennzeichnet. Diese Entwicklung droht die erzielten Fortschritte in der Berichterstattung zu konterkarieren. Unter Kosten- und Ressourcendruck erscheint eine Depriorisierung bei kleinen und mittleren Unternehmen wahrscheinlich. Auf nationaler Ebene untergraben die angekündigte Wiedereinführung der Agrardieselsubvention, der geplante Ausbau fossiler Kraftwerkskapazitäten

und der Plan, Emissionsreduktionen außerhalb Deutschlands auf nationale Ziele anzurechnen, die Glaubwürdigkeit der Klimaziele. Die potenzielle Rücknahme des Verbrenner-Aus und das Aufweichen der CO₂-Flottengrenzwerte für Automobilhersteller reduzieren Technologieklarheit und erhöhen regulatorische Volatilität. Nach wie vor bleiben substanzielle Fehlanreize in Form fossiler Subventionen bestehen. Diese Subventionen konterkarieren klimapolitische Zielsetzungen und verringern die Wettbewerbsfähigkeit klimafreundlicher Alternativen. Darüber hinaus schränken sie den staatlichen finanziellen Handlungsspielraum ein.

Die sektorspezifischen regulatorischen Entwicklungen zeigen ein differenziertes Bild mit divergierenden Trajektorien. In der Energiewirtschaft wurden trotz förderlicher Gesetzgebung für Erneuerbare und Netzintegration die positiven Impulse durch die geplante Gasreservekraftwerk-Strategie der neuen Bundesregierung konterkariert, was einen potenziellen Rückschritt für die Dekarbonisierung darstellt. Im Landwirtschaftssektor zeigen sich regulatorische Rückschritte. Die bereits beschlossene Abschaffung der Agrardieselsubvention wird rückgängig gemacht, wodurch der Abbau des fossilen Kapitalstocks verhindert und die Transformationsdynamik nachhaltig geschwächt wird. Im Industriesektor zeigen sich ambivalente Entwicklungen. So wurden Genehmigungsverfahren vereinfacht und neue Förderprogramme etabliert, gleichzeitig fehlt eine kohärente industriepolitische Gesamtstrategie. Das verwässerte Wachstumschancengesetz und das auf EU-Minimum gesenkte Strompreispaket signalisieren zwar Entlastung, aber keine transformative Ambition. Insgesamt offenbaren die regulatorischen Veränderungen eine Asymmetrie: Während kleinteilige Verbesserungen in Energie und Industrie moderat positive Impulse setzen, unterminieren strukturelle Rückschritte im Energie- und Landwirtschaftssektor die Gesamtdynamik der unternehmerischen Klimatransformation erheblich.

Zu diesen vorwiegend hemmenden Faktoren hat sich vor allem der Europäische Emissionshandel als Gegengewicht etabliert. Der EU-ETS-1 hat nach mehreren Anpassungen verstärkt Wirkung entfaltet. Die Reform ab 2024 verschärft den Minderungspfad deutlich und der Mechanismus wird ab 2027 durch den EU-ETS 2 für Wärme und Verkehr erweitert. Diese Entwicklungen schaffen einen robusten Preismechanismus, der die Transformation von Unternehmen strukturell ermöglicht. Allerdings wird hier entscheidend sein, wie das Spannungsverhältnis von Lenkungswirkung und sozialem Ausgleich aufgelöst wird. Der anvisierte Einstiegspreis von 45 Euro pro Tonne liegt deutlich unter den vom Umweltbundesamt geschätzten 200 Euro für eine wirksame Steuerung im Verkehrsbereich, was die Lenkungswirkung zunächst begrenzen dürfte. Gleichzeitig haben klimapolitische Konflikte in der Vergangenheit gezeigt, dass eine sozialverträgliche

Umsetzung zentral für die Akzeptanz und langfristige Etablierung ist. Gelingt es, die Akzeptanz zu sichern, kann der EU-ETS 2 langfristig einen wichtigen Beitrag zur Dynamisierung der Problemsektoren Verkehr und Wärme leisten.

Darüber hinaus sind die sich abzeichnenden neuerlichen fossilen Lock-Ins kritisch zu betrachten. Die neue LNG-Infrastruktur und die von der Bundesregierung geplanten Gaskraftwerkskapazitäten schaffen langfristige Pfadabhängigkeiten. Die Ermöglichung von CCS bei normalen Gaskraftwerken ist technisch und preislich umstritten und würde fossile Strukturen aufrechterhalten, die grundsätzlich dekarbonisierbar sind. Auch die reibungslose Umnutzung von Gasinfrastrukturen für grünen Wasserstoff ist technisch nicht garantiert. Diese Infrastrukturentscheidungen bergen das Risiko, überdimensionierte fossile Kapazitäten zu schaffen, die langfristig einer vollständigen Dekarbonisierung entgegenstehen.

Die korporatistischen Strukturen in der Automobilindustrie und der Landwirtschaft haben sich bisher als transformationshemmend erwiesen. Die Energiewirtschaft hat hingegen gezeigt, dass korporatistische Arrangements unter bestimmten Bedingungen aufgebrochen werden und transformationsfähig sein können (Kohlekommission).

In der Summe dürfte sich der Beitrag des Unternehmenssektors zur Erreichung der deutschen Klimaziele in den kommenden Jahren eher abschwächen. Zwar erscheint die Dekarbonisierung im Energiesektor überwiegend plausibel, gleichzeitig stellt sich die Transformation in den Bereichen Landwirtschaft und Industrie wenig plausibel dar. Sofern es nicht zu einer Stabilisierung regulatorischer Rahmenbedingungen, gezielten Unterstützungsmaßnahmen für kleinere Unternehmen, einem konsequenten Abbau fossiler Subventionen und einer Vermeidung neuer fossiler Lock-ins kommt. Die Plausibilität einer umfassenden Dekarbonisierung von Unternehmen hängt damit mindestens ebenso sehr von politischen Entscheidungen und der Entwicklung institutioneller Arrangements ab wie von technologischen oder ökonomischen Entwicklungen.

Wechselwirkungen mit anderen Treibern

Informationen zu Unternehmensemissionen und -Strategien, die im Rahmen der nichtfinanziellen Berichterstattung bereitgestellt werden, stellen eine wichtige Ressource für Akteure im Bereich des nachhaltigen Investments dar und können darüber hinaus im Rahmen von Klimaprotesten und Klimaklagen genutzt werden. Investoren und Shareholder können auf dieser Grundlage Investitionen in nachhaltige Aktivitäten umlenken und fossilen Aktivitäten entziehen. Die Klimabewegung kann Druck auf Unternehmen ausüben, ihr Handeln stärker an einem 1,5°-konformen Pfad zu orientieren. Die Informationen können darüber hinaus in Klimaklagen genutzt werden, um Unternehmen für vergangene

und aktuelle Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Über die Umstellung der Produktion können Unternehmen darüber hinaus zur Veränderung von Konsummustern beitragen. Gerade im Bereich Verkehr und Landwirtschaft beeinflusst das Unternehmenshandeln maßgeblich die Konsummöglichkeit von Privatleuten. Durch den Fokus auf große, schwere Luxusautos (mit oder ohne Verbrennermotor) sind nachhaltige und günstige Alternative nach wie vor unterrepräsentiert. So kann die Antriebswende in der individualisierten Mobilität maßgeblich unterstützt werden.⁵⁶ Eine flächendeckende Produktionsumstellung in der Landwirtschaft könnte darüber hinaus die beobachtbaren Ernährungstrends unterstützen und verstärken. Dasselbe gilt für den Staatskonsum. Über nachhaltige Stahl- und Zementproduktion können auch staatlich bereitgestellte Infrastrukturen dekarbonisiert werden.

Darüber stellt eine dekarbonisierte Energiewirtschaft eine wichtige Vorbedingung dar, um durch Sektorkopplung die Dekarbonisierung von Konsummustern zu unterstützen. In den Bereich Verkehr und Wärme könnten so klimafreundlichere Strukturen entstehen, ohne dass sich individuelle Handlungsmuster grundlegend ändern müssten.

Zeitlichkeiten der Transformation

Im Treiber klimarelevantes Unternehmenshandeln treffen divergierende Zeitlichkeiten aufeinander, die unterschiedliche Transformationsdynamiken bedingen und teilweise auch Spannungen erzeugen. Die tagespolitische Dynamik folgt oft Wahlzyklen und kurzfristigen Ereignissen, was regulatorische Unsicherheit verstärken kann – etwa beim Hin und Her bei Agrardiesel und Verbrenner-Aus. Korporatistische Strukturen wirken dieser Volatilität teilweise entgegen, da sie längeren Aushandlungslogiken folgen, wie die Kohlekommission exemplarisch zeigt. Das Klimaschutzgesetz setzt dabei einen – in gewissen Grenzen – unverrückbaren Rahmen, während der EU-ETS als pfadabhängiges System zwar schwer änderbar ist, aber dennoch reformierbar bleibt, wie die Verschärfungen bis 2039 zeigen.

Ökonomische Zeitlichkeiten sind durch die Spannung zwischen kurzfristiger Gewinnerorientierung und langfristigen Investitionshorizonten gekennzeichnet. Die im Text beschriebene Investitionslücke bei KMUs spiegelt deren Fokus auf unmittelbare wirtschaftliche Überlebensfähigkeit, während Großunternehmen mit längeren Planungshorizonten ihre Klimainvestitionen steigern. Besonders deutlich wird dies bei Infrastrukturinvestitionen: Die geplanten Gaskraftwerke und LNG-Terminals schaffen Lock-ins für 30–40 Jahre, obwohl sie mit den langfristigen Klimazielen inkompatibel

sind. Diese Pfadabhängigkeiten schränken zukünftige Handlungsspielräume massiv ein.

Berichterstattungs- und Evaluationszyklen haben mittlerweile eigene Veröffentlichungs- und Bewertungsintervalle etabliert. Unternehmen folgen jährlichen oder quartalsweisen Reportingzyklen (CSRD, Nachhaltigkeitsberichte), während NGOs wie das NewClimate Institute oder die Science Based Targets Initiative diese in eigenen – zumeist jährlichen – Abständen evaluieren. Wissenschaftliche Assessments wie der Hamburg Climate Futures Outlook oder der Sustainability Transformation Monitor fügen weitere Bewertungsebenen mit unterschiedlichen Periodizitäten hinzu. Diese Zyklen können eine regelmäßige und kurzfristige Bewertung der Transformationsfortschritte ermöglichen und somit kontinuierliches Feedback in den Transformationsprozess integrieren.

Technologische und sektorspezifische Zeitlichkeiten zeigen sich in den unterschiedlichen Innovationszyklen und Transformationsgeschwindigkeiten: Während erneuerbare Energien bereits marktreif sind und die Energiewirtschaft schnell transformiert (57,1 Prozent Erneuerbaren-Anteil), verharrt die Landwirtschaft mit ihren biologischen Zyklen und kulturell verankerten Praktiken in trägen Veränderungsprozessen. Die Automobilindustrie befindet sich dazwischen – technologisch transformationsfähig, aber durch korporatistische Strukturen gebremst.

Krisen entfalten eine eigene Zeitstruktur, die etablierte Zeitlogiken teilweise durchbrechen kann. Sie sind gekennzeichnet durch kurzfristige Entscheidungshorizonte und langfristige, weitreichende Folgen. Unter dem Druck der Gaspreiskrise schnell getroffene Entscheidungen können so etwa zu neuen, langfristigen Lock-Ins führen. Auch der nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossene und mittlerweile vollzogene Atomausstieg prägt nach wie vor die Energiepolitik. Diese Beispiele zeigen, wie kurzfristige Reaktionen langfristige Pfade aufbrechen, aber auch neue determinieren können. Krisen eröffnen Möglichkeitsfenster, in denen politische Handlungsmacht (agency) deutlich wird und zur Gestaltung neuer Pfade genutzt werden kann.

Dem gegenüber stehen generationale Zeitlichkeiten, wie sie etwa durch die Klimabewegung und im Rahmen des Klimabeschlusses des Bundesverfassungsgerichts aufgerufen wurden. Hier zeigen sich auch fundamentale Grenzen marktbasierter Instrumente: Der EU-ETS kann nur heutige Präferenzen abbilden, nicht aber die Interessen zukünftiger Generationen, die die Klimafolgen tragen werden. Diese zeitliche Asymmetrie erklärt teilweise, warum der anvisierte CO₂-Preis von 45 Euro/Tonne weit unter dem für echte Lenkungswirkung nötigen Niveau liegt – der Marktdruck zur Dekarbonisierung

56 World Resource Institute. 2025. *For Electric Vehicles, Smaller Is Better*. https://www.wri.org/insights/electric-vehicles-smaller-better?utm_campaign=socialmedia&utm_source=bluesky&utm_medium=worldresources

bleibt zu gering, weil zukünftige Geschädigte keine heutigen Marktakteure sind.⁵⁷

Die Kollision dieser Zeitlichkeiten manifestiert sich auch vielfach in der beschriebenen Dynamik des Treibers: Während die Energiewirtschaft durch langfristige Investitionen transformiert, verharren andere Sektoren in kurzfristigen Optimierungslogiken. Die Herausforderung besteht darin, institutionelle Arrangements zu schaffen, die diese unterschiedlichen Zeitlichkeiten synchronisieren und dabei die Rechte zukünftiger Generationen wahren.

Handlungsempfehlungen

Regulatorische Kontinuität sichern und Transformationskonflikte institutionell aushandeln: Die Politik sollte einmal eingeschlagene Dekarbonisierungspfade wie das Verbrenner-Aus konsequent beibehalten, statt durch ständige Richtungswechsel Investitionsunsicherheit zu schaffen. Gleichzeitig bieten korporatistische Strukturen – trotz ihrer oft bremsenden Wirkung – Potenzial für die konsensuale Aushandlung von Transformationskonflikten. Der Kohleausstieg zeigt modellhaft, wie durch institutionalisierte Interessenvermittlung in der Kohlekommission gesellschaftlich tragfähige Lösungen erreicht werden können. Diese Erfahrung sollte für andere Sektoren, insbesondere die Automobilindustrie und Landwirtschaft, genutzt werden.

Fossile Subventionen abbauen: Die 52,7 Mrd. EUR fossiler Subventionen müssen prioritär abgebaut werden. Besonders in Industrie und Verkehr existieren Subventionen, die nachweislich umweltschädlich, überflüssig und unwirksam sind.⁵⁸ Der Abbau dieser Fehlanreize würde nicht nur fiskalische Spielräume für Zukunftsinvestitionen schaffen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit klimafreundlicher Technologien stärken.

Legislative Fenster strategisch nutzen: Aktuelle Gesetzgebungsprozesse wie die EU-Omnibus-Reform, die Diskussion um Agrardiesel oder Strompreisregelungen bieten Interventionspunkte für klimapolitische Weichenstellungen. Statt diese Prozesse für Deregulierung zu nutzen, sollten sie zur Stärkung der Transformation genutzt werden. Die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU bieten die Chance, die Transformation von Unternehmen finanziell zu unterstützen. Die anstehende Re-Privatisierung von Uniper könnte beispielhaft als Chance für einen sozial-ökologischen Umbau gestaltet werden, statt lediglich eine Rückkehr zum Status quo ante zu vollziehen.

Gesellschaftliche Resonanz durch Sozialverträglichkeit erhöhen: Die Einführung des EU-ETS 2 muss von Beginn an sozialverträglich gestaltet werden, um die Akzeptanz für CO₂-Bepreisung zu sichern. Ein transparenter und gerechter

Umverteilungsmechanismus der Einnahmen ist essentiell, um soziale Härten abzufedern und die gesellschaftliche Unterstützung für Klimapolitik zu erhalten.

Langfristige konsistente politische Kommunikation: Internationale Erfahrungen zeigen, dass kontinuierliche politische Unterstützung über Jahrzehnte hinweg entscheidend für erfolgreiche Technologietransformation und -diffusion ist. In Dänemark und Deutschland führten gezielte Förderung und Informationskampagnen zu erfolgreicher Verbreitung von Wärmepumpen und Fernwärme, während in Großbritannien die einseitige Förderung von Gasheizungen alternative Technologien marginalisierte (Hanna und Gross 2021). Diese Kontinuität maximiert technologisches Lernen, schafft Planungssicherheit für Unternehmen und reduziert Unsicherheiten bei Verbrauchern.

Autor:

Lukas Hüppauff

Datenrecherche und -aufbereitung:
Lennart Ritterbach, Mengting Xi

Literaturverzeichnis

- Abel-Koch, J. (2022): *Unternehmensbefragung 2022: Finanzierungsklima erholt sich von der Corona-Krise – Nachhaltigkeit gewinnt an Bedeutung*. KfW Bankengruppe.
- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. Verso.
- Babić, M., D. Mertens (2024): Decarbonization under geoeconomic distress? Energy shocks, carbon lock-ins, and Germany's pathway toward net zero. *Regulation & Governance* 19(2): 448–468.
- Bendel, A., T. Haipeter (2024): Zwischen Mitbestimmung und Industriepolitik: Interessenvertretungspraktiken im Spannungsfeld von Dekarbonisierung und Digitalisierung in energieintensiven Branchen. *Industrielle Beziehungen* 30(1): 69–94.
- Block, J. H., P. Sharma, L. Benz (2023): Stakeholder Pressures and Decarbonization Strategies in Mittelstand Firms. *Journal of Business Ethics* 193(3): 511–533.
- Böcher, M., A. E. Töller (2012): *Umweltpolitik in Deutschland: Eine politikfeldanalytische Einführung*. Springer VS.
- Brüggemann, A. et al. (2024): *KfW-Klimabarometer 2024: Schwache Konjunktur dämpft Klima-*

57 Danke an Jürgen Beyer für diesen wichtigen Hinweis.

58 Holzmann, S. 2023. *Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen: Reformvorschläge für eine konsistentere Transformationspolitik*.

- schutzinvestitionen des Mittelstands – Großunternehmen sorgen dennoch für realen Zuwachs.* KfW Research. Brunnengräber, A., M. Neujeffski, D. Plehwe (2024): "Climate Obstruction in Germany: Hidden in Plain Sight?", In: R. J. Brulle, J. T. Roberts, M. C. Spencer (Hg.) *Climate Obstruction across Europe.* Oxford University Press. 136–161.
- Buschmann, P., A. Oels (2018): The overlooked role of discourse in breaking carbon lock-in: The case of the German energy transition. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 10(3): 1–14.
- Cadez, S., A. Czerny, P. Letmathe (2019): Stakeholder pressures and corporate climate change mitigation strategies. *Business Strategy and the Environment* 28(1): 1–14.
- CDU, CSU, SPD (2025): „Verantwortung für Deutschland: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“.
- Christensen, R. C., R. Collington (2024): New development: Climate consulting and the transformation of climate governance. *Public Money & Management* ahead-of-print: 1–5.
- Christophers, B. (2024): *The Price is Wrong. Why Capitalism Won't Save the Planet.* Verso.
- Contala, T. et al. (2024): Topic Trends in Sustainability Disclosure of German DAX 40 Companies—A Text Mining-Based Analysis. *IEEE Access* 12: 77300–77335.
- Eberlein, B., D. Matten (2009): Business Responses to Climate Change Regulation in Canada and Germany: Lessons for MNCs from Emerging Economies. *Journal of Business Ethics* 86(Suppl 2): 241–255.
- Edenhofer, O., C. Leisinger (2024): „5.4 Das Klimaschutzprogramm der EU und der Bundesregierung“, In: J. L. Lozán et al. (Hg.) *Warnsignal Klima: Herausforderung Wetterextreme – Ursachen, Auswirkungen & Handlungsoptionen.* Wissenschaftliche Auswertungen. 345–351.
- Edmondson, D. L., F. Kern, K. S. Rogge (2019): The co-evolution of policy mixes and socio-technical systems: Towards a conceptual framework of policy mix feedback in sustainability transitions. *Research Policy* 48(10): 103555.
- Engels, A., T. Frisch (2023): „Unternehmen als Wirtschaftsakteure“, In: M. Sonnberger, A. Bleicher, M. Groß (Hg.) *Handbuch Umweltsoziologie.* Springer VS. 1–16.
- Eskander, S. et al. (2024): Testing the Ambition Loop: Do Country- and Company-Level Net-Zero Targets Reinforce Each Other? A Global Comparison. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 26(3–4): 266–282.
- Feindt, P. H. (2009): „Interessenvermittlung in der deutschen und europäischen Agrarpolitik im Wandel“, In: B. Rehder, T. von Winter, U. Willems (Hg.) *Interessensvermittlung in Politikfeldern: Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. 68–89.
- Frisch, T. et al. (2025): That's none of my business: A holistic framework for evaluating corporate decarbonization at the core business. *Energy Research & Social Science* 125: 104094.
- Gasbarro, F., F. Iraldo, T. Daddi (2017): The drivers of multinational enterprises' climate change strategies: A quantitative study on climate-related risks and opportunities. *Journal of Cleaner Production* 160: 8–26.
- Gerstenberger, J., A. Bauer (2024): Unternehmensbefragung 2024: *Finanzierungsklima aktuell eingetrübt – Nachhaltigkeit gewinnt weiter an Bedeutung.* KfW Research.
- Groos, S. G. (2023): *Energy and Power: Germany in the Age of Oil, Atoms, and Climate Change.* Oxford University Press.
- Haas, T. (2019): Die politische Ökonomie der Energie- und Verkehrstransformation. *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 12(2-2019): 266–281.
- Hahn, A. (2024): *Horizonte der Kommunikation.* Springer VS.
- Hanna, R., R. Gross (2021): "6. Heating system transformation in Europe: accelerating sources of path dependence to escape carbon lock-in", In: F. W. M. T. Janette Webb (Hg.) *Research Handbook on Energy and Society.* Edward Elgar. 69–82.
- Heinze, R. G. (2022): Bauernproteste: Seismografen für Transformationsprobleme. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72(15–17/2022): 21–26.
- Hendry, J. R. (2006): Taking Aim at Business. *Business & Society* 45(1): 47–86.
- Hildebrandt, M. (2025): „Sozial gerecht und klimafreundlich? Die Rolle der Industriegewerkschaft im Zuge des Kohleausstiegs“, In: A. Engels (Hg.) *Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit? Fallstudien zu einem aktuellen Spannungsfeld.* Campus Verlag. 185–216.
- Hoffmann, E., C. Dietsche, C. Hobelsberger (2018): Between mandatory and voluntary: non-financial reporting by German companies. *NachhaltigkeitsManagementForum | Sustainability Management Forum* 26(1–4): 47–63.
- Jeswani, H. K., W. Wehrmeyer, Y. Mulugetta (2008): How warm is the corporate response to climate change? Evidence from Pakistan and the UK. *Business Strategy and the Environment* 17(1): 46–60.

- Johnson, M., T. Busch (2021): „Corporate responses“ In: D. Stammer et al. (Hg.) *Hamburg Climate Futures Outlook 2021: Assessing the plausibility of deep decarbonization by 2050*. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 94–97.
- Johnson, M. et al. (2023a): “Corporate responses”, In: A. Engels et al. (Hg.) *Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5°C limit to global warming—Social drivers and physical processes*. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). 110–115.
- Johnson, M. P., T. S. Rötzel, B. Frank (2023b): Beyond conventional corporate responses to climate change towards deep decarbonization: a systematic literature review. *Management Review Quarterly* 73: 921–954.
- Koch, M., J. Kruse (2024): „Greenwashing bei Geldanlagen“, In: M. Hiller et al. (Hg.) *Finance-Perspektiven im Wandel: Digital, nachhaltig, resilient*. Springer Fachmedien. 119–137.
- Kolk, A., J. Pinkse (2004): Market Strategies for Climate Change. *European Management Journal* 22(3): 304–314.
- Krebs, T. (2021): Moderne Klimapolitik und nachhaltiges Wachstum. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 22(3): 203–210.
- Kupzok, N., J. Nahm (2024): The Decarbonization Bargain: How the Decarbonizable Sector Shapes Climate Politics. *Perspectives on politics* 22(4): 1203–1223.
- Ortiz, M., L.-A. López, M. Á. Cadarso (2020): EU carbon emissions by multinational enterprises under control-based accounting. *Resources, Conservation and Recycling* 163: 105104.
- Pantazi, T. (2024): The Introduction of Mandatory Corporate Sustainability Reporting in the EU and the Question of Enforcement. *European Business Organization Law Review* 25(3): 509–532.
- Pattberg, P. (2017): The emergence of carbon disclosure: Exploring the role of governance entrepreneurs. *Environment and Planning C: Politics and Space* 35(8): 1437–1455.
- Paul, A., J. W. B. Lang, R. J. Baumgartner (2017): A multilevel approach for assessing business strategies on climate change. *Journal of Cleaner Production* 160: 50–70.
- Pe'er, G. et al. (2019): A greener path for the EU Common Agricultural Policy. *Science* 365(6452): 449–451.
- Polzin, C. (2024): The role of visions in sustainability transformations: Exploring tensions between the Agrarwende vanguard vision and an established sociotechnical imaginary of agriculture in Germany. *Global Environmental Change* 84: 102800.
- Reppmann, M. et al. (2025): *Sustainability Transformation Monitor 2025*. Bertelsmann Stiftung.
- Rodi, M., M. Kalis (2022): Klimaklagen als Instrument des Klimaschutzes. *Klima und Recht* 1/2022: 5–10.
- Sato, M. et al. (2024): Impacts of climate litigation on firm value. *Nature Sustainability* 7(11): 1461–1468.
- Schreiner, N. et al. (2024): Corporate Emission Profiles: Analyzing the 160 largest German Companies. Vortrag auf der *R&D Management Conference 2024 “Transforming Industries through Technology”*.
- Schroeder, W., F. Speidel, J. Zindel (2024): „Mobilität und Korporatismus: Die Transformation der Automobilindustrie und ihre Akteure“, In: W. Canzler et al. (Hg.) *Handbuch Mobilität und Gesellschaft*. Springer VS. 1–16.
- Schurman, R. (2004): Fighting “Frankenfoods”: Industry Opportunity Structures and the Efficacy of the Anti-Biotech Movement in Western Europe. *Social Problems* 51(2): 243–268.
- Seto, K. C. et al. (2016): Carbon Lock-In: Types, Causes, and Policy Implications. *Annual Review of Environment and Resources* 41(1): 425–452.
- Töller, A. E. (2013): The Rise and Fall of Voluntary Agreements in German Environmental Policy. *German Policy Studies* 9(2): 49–92.
- Tomlin, K. M. (2019): Assessing the Efficacy of Consumer Boycotts of U.S. Target Firms: A Shareholder Wealth Analysis. *Southern Economic Journal* 86(2): 503–529.
- Unruh, G. C. (2000): Understanding carbon lock-in. *Energy Policy* 28(12): 817–830.

Veränderung von Konsummustern

Die Konsummuster der deutschen Gesellschaft sind untrennbar mit den globalen Konsummustern und -trends verflochten und lassen sich nur im historischen Kontext verstehen.¹ Konsum in der kapitalistischen Moderne geht auf tiefgreifende Transformationsprozesse wie die Globalisierung und den Kolonialismus sowie die industrielle Revolution und deren Auswirkungen auf Natur und Gesellschaften weltweit zurück (Wagner 2024). Diese historischen Prozesse ebneten den Weg für die aktuellen, global höchst ungleichen und ressourcenintensiven Konsummuster und Lebensweisen. Die Verallgemeinerung dieser nicht-nachhaltigen Muster wurde wiederum durch das weltweit exponentielle Wachstum der Volkswirtschaften sowie die massenhafte Produktion, Erfindung und Schaffung von Produkten, Dienstleistungen und neuen Bedürfnissen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorangetrieben (Blom 2017, Beckert 2024). Die intensiven Wechselwirkungen zwischen Konsum, Identitätskonstruktionen und gesellschaftlicher Teilhabe in der kapitalistischen Moderne lassen sich als „Kultur des Konsumismus“ beschreiben (Bauman 2009) und haben einen erheblichen Einfluss auf die Verallgemeinerung und Veränderungen von Konsummustern.

Die Konsummuster von Gesellschaften werden also stark von historischen Pfadabhängigkeiten beeinflusst. Die Nachkriegszeit in Deutschland ist insbesondere geprägt von einer raschen Reindustrialisierung und wirtschaftlichem Wiederaufbau, welche durch massive staatliche Investitionen und internationale Unterstützung sowie durch den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Arbeitskräften aus verschiedenen Teilen des Landes und der Welt ermöglicht wurden (Brand 2017). Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit den 1950er Jahren – vor allem im kapitalistischen Westen – hat es einem Großteil der Bevölkerung ermöglicht, Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu bekommen und ein bislang unerreichtes Maß an Wohlstand zu erlangen (Haupt und Torp 2009). Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ galt nicht nur als Ausdruck zunehmenden materiellen Wohlstands, sondern führte auch zur Institutionalisierung des massenhaften Konsums als Symbol für Freiheit, der Befriedigung von Wünschen (über Bedürfnisse hinaus) und als Stabilitätsfaktor der Gesellschaft (Bauman 2009, Beckert 2020). Diese Entwicklungen sind mit der historischen Entstehung und Verallgemeinerung der „imperialen Lebensweise“ verbunden, d. h. Produktions- und Konsummuster, die die Ausbeutung

von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen in einem globalen Maßstab voraussetzen und soziale und ökologische Kosten externalisieren, um Wohlstand und sozialen Status lokal zu sichern (Brand und Wissen 2017).

Steigendes Bewusstsein über ökologische Krisen und die Hoffnung, über die Änderung von Konsumpraktiken einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung neuer Konsummöglichkeiten (Beck und Bonß 2001, siehe auch Kapitel 1.2). So gewannen etwa im Zuge des Aufkommens der Klimabewegung in jüngerer Zeit (siehe Kapitel 10) auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen über sowie politische Konflikte um alternative, klimafreundlichere Lebensweisen und Konsumgewohnheiten an Fahrt (Mau et al. 2023, Eversberg et al. 2024, siehe Kapitel 3). Vor diesem Hintergrund stellt diese Studie folgende Fragen: Wie entwickeln sich aktuell Konsummuster in emissionsintensiven Sektoren in Deutschland? Was sind die wichtigsten Kontextbedingungen für Veränderungen von Konsummustern hin zur Klimaneutralität in Deutschland? Welche Implikationen ergeben sich daraus für die Plausibilität der Klimawende?

Konsum wird hierbei als die soziale Praxis der Nutzung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen verstanden, die in routinierte Handlungsweisen, kulturelle Bedeutungen und materielle Infrastrukturen eingebettet sind. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft konsumiert, sowie die Dynamiken der Konsumententwicklung sind entscheidend für das Gelingen (oder Scheitern) von Klimaschutzstrategien (Fuchs et al. 2021, Creutzig et al. 2022). Daher betrachten wir Veränderungen von Konsummustern als einen zentralen gesellschaftlichen Treiber der Klimawende (siehe auch Engels et al. 2024, Gresse et al. 2024). Für die Zwecke dieser Bewertung analysieren wir die aktuelle und sich abzeichnende Dynamik dieses gesellschaftlichen Treibers im Zusammenhang mit der Klimawende in Deutschland – d. h. dem Szenario Klimaneutralität bis 2045, dessen Zielvision keine spezifischen Ansätze (z. B. Ökomodernisierung oder Postwachstum) voraussetzt. Die Analyse konzentriert sich auf Konsummuster sowie aktuelle Veränderungen und Tendenzen in vier der emissionsstärksten konsumbezogenen Sektoren in Deutschland: Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung (Expertenrat für Klimafragen 2025).

¹ Wir danken allen Reviewer*innen, insbesondere Melanie Jaeger-Erben, herzlich für das kritische, umfassende und konstruktive Feedback, das wesentlich zur Weiterentwicklung dieses Kapitels beigetragen hat.

Dynamiken

Der Ausgangspunkt der Analyse sind die beobachteten Veränderungen von Konsummustern in Deutschland in den letzten Jahren (je nach Datenverfügbarkeit). Die Analyse dieser Dynamiken bezieht sich nicht nur auf Konsum auf der Ebene der Haushalte, sondern auch auf vorherrschende Tendenzen des Konsums in Deutschland und deren Kontextbedingungen, einschließlich der tiefgreifenden sozialen Ungleichheiten im Konsum, der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konflikte im Land und deren Auswirkungen auf die Plausibilität der Klimawende in Deutschland.

Sektor 1: Wohnen

Die CO₂-Emissionen privater Haushalte im Bereich Wohnen sanken zwischen 2005 und 2020 von etwa 226,3 auf etwa 198,6 Millionen Tonnen, was einem Rückgang von 12 Prozent entspricht (Statistisches Bundesamt 2022). Die direkten CO₂-Emissionen privater Haushalte im Sektor Wohnen, die unter anderem durch das Verbrennen von Energieträgern zur Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser entstehen, sind in dem gleichen Zeitraum um 1,5

Prozent zurückgegangen.² Dieser Rückgang ist vor allem auf effizientere Heizungen und die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien zurückzuführen. Andererseits zeigen sich gegenläufige Trends: Die Anzahl der Wohnungen in Deutschland erhöhte sich von 2011 bis 2023 um 7,4 Prozent auf 43,7 Millionen Wohnungen; die Wohnfläche stieg im gleichen Zeitraum sogar überproportional um 8,8 Prozent an.³ Insbesondere Ein-Personenhaushalte, bei welchen die Wohnfläche pro Kopf am größten ist, nehmen zu.⁴ Außerdem schränkt der erhöhte Ausstattungsgrad⁵ der privaten Haushalte die Dekarbonisierung dieses Sektors ein.⁶

Der Trend zu einer kleineren Haushaltsgröße steht in Verbindung mit dem demographischen Wandel, einer geringeren Kinderzahl und einer individualistischeren Lebensweise (Waltersbacher 2022, Agora Energiewende 2025). Die beanspruchte Wohnfläche variiert neben der Haushaltsgröße auch nach Alter der Bewohner*innen, ob sie zur Miete oder im Eigentum wohnen, nach der geographischen Lage und dem Migrationshintergrund der Bewohner*innen (Statistisches Bundesamt 2025). So haben beispielsweise ältere Haushalte im Schnitt mehr Wohnraum, vor allem, wenn sie im

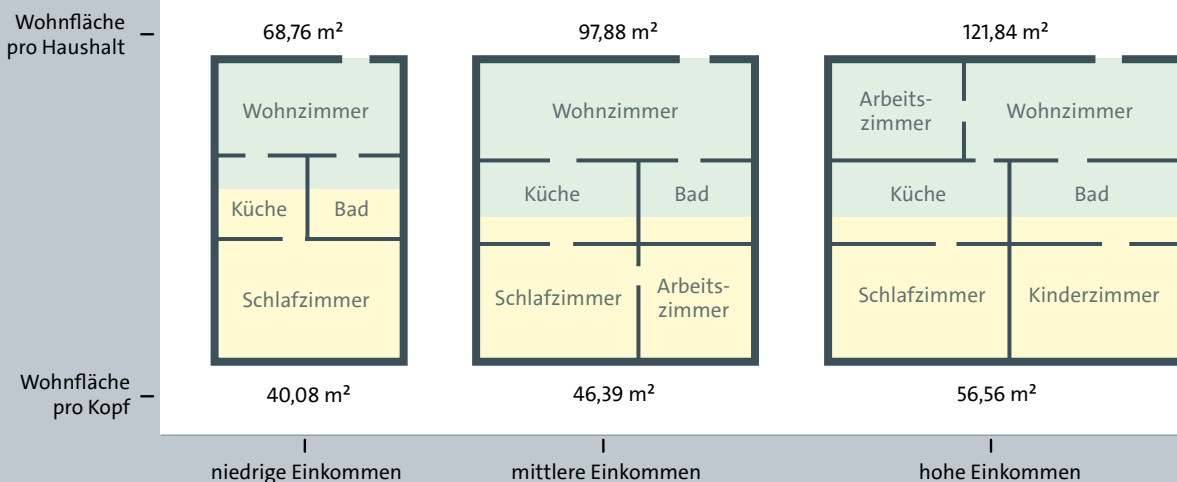


Abbildung 13: Wohnfläche der Haushalte nach Einkommen; absolut (oben) und pro Kopf entsprechend der jeweiligen durchschnittlichen Haushaltsgröße (unten) (Deutsche Energie-Agentur 2024).

- Umweltbundesamt. 2025. *Kohlendioxid-Emissionen im Bedarfsfeld „Wohnen“*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/kohlendioxid-emissionen-im-bedarfsfeld-wohnen> (abgerufen 17.06.2025).
- Umweltbundesamt. 2024. *Wohnfläche*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/wohnflaeche> (abgerufen 02.06.2025).
- Statistisches Bundesamt. 2025. *Wohnen in Deutschland: Ergebnisse aus dem Zusatzprogramm des Mikrozensus*. <https://www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/wohnen-deutschland> (abgerufen 17.06.2025).
- Der Ausstattungsgrad ist „... das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes funktionsfähiges Gut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 97 Prozent Mobiltelefonen, dass 97 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt über die Anzahl der Haushalte mit dem jeweiligen Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.“ (Statistisches Bundesamt. O.J. Ausstattungsgrad. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/ausstattungsgrad-eva-lwr.html> (abgerufen 14.07.2025)
- Umweltbundesamt. 2023. *Kohlendioxid-Emissionen im Bedarfsfeld „Wohnen“*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/kohlendioxid-emissionen-im-bedarfsfeld-wohnen> (abgerufen 17.06.2025).

Eigentum wohnen. Dies liegt unter anderem daran, dass Eltern in der Familienwohnung verbleiben, auch nachdem die Kinder ausgezogen sind – der sogenannte Remanenzeffekt (Ammann und Mütter 2022). Haushalte ohne Migrationshintergrund verfügen im Durchschnitt über 60,4 m² Wohnfläche pro Kopf, während sie in Haushalten mit Migrationshintergrund bei rund 43 m² liegt (Statistisches Bundesamt 2025). Die Unterschiede zwischen Stadt und Land zeigen sich nicht nur im verfügbaren Wohnraum, sondern auch im Flächenverbrauch und in der Nutzung von Infrastruktur. Der zunehmende Zuzug in die Städte erhöht jedoch vor allem den Druck auf den Wohnungssektor, da trotz einer steigenden Anzahl an Wohnungen und Wohnfläche vor allem in städtischen Gebieten bezahlbarer Wohnraum für alle ausbleibt (Agora Energiewende 2025: 71). Während in Städten versucht wird, die Nachfrage nach Wohnraum vor allem durch Neubauten zu decken, stehen gerade in ländlicheren Gegenden viele Wohnungen leer (Kenkmann et al. 2024: 15).

Die ungleiche Verteilung von Wohnraum hinsichtlich Alter, Migrationshintergrund, geographischer Lage und Finanzkraft stellt einen wichtigen Faktor sozialer Ungleichheit dar. Besonders zentral sind Einkommens- und Vermögensungleichheiten: Ungefähr die Hälfte des privaten Immobilienvermögens gehört den reichsten 10 Prozent der Haushalte, während nur ca. 3 Prozent auf die ärmere Hälfte entfallen (Kapeller et al. 2024).

Für eine tiefgreifende Dekarbonisierung des Wohnsektors sind Maßnahmen wie die Sanierung alter Gebäude und Wohnungen, die Umsetzung hoher energetischer Standards, der Austausch fossiler Heizsysteme und die Erhöhung der Lebensdauer von Häusern und Mobiliar notwendig (Dittrich et al. 2024, Deutsche Energie-Agentur 2025). Im Jahr 2023 wurden 85,8 Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 75,6 Prozent der Mehrfamilienhäuser auf Basis fossiler Energieträger beheizt (Deutsche Energie-Agentur 2024: 16). Die jährliche Modernisierungsrate in Bezug auf den Wärmeschutz liegt bei allen Wohngebäuden bei 0,99 Prozent, bei älteren Gebäuden (bis Baujahr 1978) bei 1,43 Prozent (Cischinsky und Diefenbach 2018). Zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 wäre allerdings eine Modernisierungsrate von mindestens 2 Prozent des Gebäudebestandes pro Jahr notwendig (Hermann et al. 2021, Popović und Reichhard-Chahine 2024). Wichtig für die Analyse der Dekarbonisierung des Sektors Wohnen wäre außerdem eine Verbesserung der Datengrundlage

durch eine jährliche, systematische Erfassung des Gebäudebestands.⁷

Eine Priorisierung der Erneuerung besonders sanierungsbedürftiger Gebäude mit schlechter Energieeffizienz (sogenannte „Worst Performing Buildings“), die durch finanzielle Anreize oder ordnungsrechtliche Maßnahmen gefördert werden, ist von besonderer Relevanz, da hier das größte ökologische Problem mit dem höchsten Veränderungspotenzial besteht (Jaeger-Erben et al. 2025a, Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2025: 120).

Angesichts des ungleich verteilten Immobilienbesitzes birgt die staatliche Förderung der Gebäudetransformation erhebliches politisches Konfliktpotenzial. Eine großzügige Förderung würde den Vermögensbestand der reichsten Haushalte mit allgemeinen Steuermitteln finanzieren. Dies könnte durch die Kopplung von Fördermitteln an die Vermögenssituation der Haushalte vermieden werden – wodurch jedoch die klimapolitische Steuerungswirkung der Förderung sinkt (Kapeller et al. 2024, SVGB 2025: 111). Zudem verschärfen steigende Wohn- und Energiekosten soziale Ungleichheiten. Vor allem Haushalte in schlecht gedämmten und fossil beheizten Gebäuden sind von steigenden Energiepreisen betroffen (SVGB 2025: 110). Eigentumsverhältnisse und Anreizsysteme erschweren die Transformation: Da Sanierungsentscheidungen bei Eigentümer*innen liegen, haben Mieter*innen oft kaum Gestaltungsspielraum. Vermietende tragen oft hohe Investitions- und Transaktionskosten, profitieren jedoch nicht direkt von Energieeinsparungen. Mieter*innen spüren zwar die Energieeinsparungen, erleben aber oftmals durch Modernisierungsumlagen erhebliche Mieterhöhungen, die insbesondere finanzschwache Haushalte kaum stemmen können (Kenkmann et al. 2024). Diese Dynamiken treiben Gentrifizierungsprozesse voran, verschärft durch die zunehmende Finanzialisierung von Wohnraum (siehe z.B. Heeg 2022). Politische Instrumente wie ein ökologischer Mietspiegel⁸ könnten gegensteuern, werden jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingesetzt (Kenkmann et al. 2024, Jaeger-Erben et al. 2025a: 104).

Ebenso entscheidend wären eine Reduktion der Wohnfläche pro Person, eine deutliche Verringerung der Bauaktivitäten und klimafreundliches Bauen, etwa durch gemeinschaftliches Wohnen und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe (Dittrich et al. 2024, Deutsche Energie-Agentur 2025). Entwicklungen hin zu gemeinschaftlichen Wohnformen

7 Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen. o.J. *Stichwort: Sanierungsquote*. <https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/themen/bauen-und-sanieren/stichwort-sanierungsrate.php> (abgerufen 17.06.2025).

8 „Ein ökologischer Mietspiegel preist die energetische Effizienz des Gebäudes mit in den Mietspiegel ein. Mieterhöhungen wären dann nur bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete möglich und Mieter*innen so vor zu hohen Kosten geschützt. Wohnungen mit einem höheren energetischen Standard könnten wiederum mit einer Miete versehen werden, die über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt, womit Investitionsanreize für Vermieter*innen geschaffen werden.“ (Jaeger-Erben et al. 2025b: 21)

und flächensparenden Wohnkonzepten stellen bislang allerdings eher vereinzelte Prozesse dar. Auch die (Re-)Kommunalisierung von Wohnraum, um die Preisentwicklung auf dem Markt zu deckeln, verläuft schleppend (Kenkmann et al. 2024). Die politische und mediale Debatte um die Wärmewende wird derzeit von technisch-ökonomischen Lösungen dominiert, während sozial-ökologische Transformationspfade, die an den Bedürfnissen der Bewohner*innen ansetzen und auf Verhaltensänderungen und klimafreundlichen Konsum durch Reduktion und Suffizienz⁹ abzielen, weitgehend übergangen werden (SVGB 2025: 116). Zudem haben die jüngsten politischen Konflikte – etwa im Zusammenhang mit dem Gebäudeenergiegesetz – sowie der aktuelle anti-ökologische Backlash die gesellschaftliche Unterstützung für Veränderungen im Wohnungswesen deutlich geschwächt (Kapitel 3 und 5).

Insgesamt zeigt der Wohnsektor ambivalente Dynamiken in Bezug auf die Dekarbonisierung. Einerseits führen bedeutende Effizienzsteigerungen bei Energie- und Heizsystemen, der Ausbau klimafreundlicher Technologien sowie die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zu einer Verringerung der Emissionen. Andererseits relativieren Rebound-Effekte diese Fortschritte, etwa durch steigende Wohnflächen und höheren Ausstattungsgrad. Hinzu kommen unzureichende politische Maßnahmen und Instrumente zur Förderung klimafreundlicher und sozialgerechter Umstellungen im Konsummuster – etwa progressive Einkommens- und Vermögenssteuern oder finanzielle Anreize zur energetischen Sanierung besonders sanierungsbedürftiger Gebäude mit schlechter Energieeffizienz – sowie Konflikte um klimabezogene Regulierung, wie im Kontext des Gebäudeenergiegesetzes. Diese Faktoren hemmen die Dekarbonisierung des Wohnsektors. Zudem spiegeln sich breitere soziale Ungleichheiten in den Konsummustern wider, was die Resonanzfähigkeit der Klimawende erheblich einschränkt.

Sektor 2: Strom

Strom und Energie stellen nicht nur abstrakte materielle Ressourcen dar; sie sind auch immer in soziale Praktiken eingebettet. Ihre Entwicklung kann nur im Zusammenhang mit diesen Praktiken verstanden werden (Shove und Walker 2014). Wir betrachten daher die Sektoren Wohnen, Strom und Mobilität als miteinander verflochtene Systeme und nehmen auch übergreifende Dynamiken in den Blick. Die Unterscheidung der Sektoren in diesem Abschnitt dient der Analyse.

Sogenannte „energiebedingte Emissionen“ entstehen durch die Nutzung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdgas oder Erdöl zur Erzeugung von Strom oder Wärme. Im Jahr 2022 machten diese rund 85 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland aus.¹⁰ Der Stromverbrauch in Deutschland ist seit Beginn der 1990er Jahre trotz einer erhöhten Energieeffizienz relativ konstant geblieben, mit einer Steigerung von 551 auf 569 TWh zwischen 1990 und 2021 sowie einem Rückgang von 569 auf 521 TWh zwischen 2021 und 2023.¹¹ Die direkten CO₂-Emissionen pro Kilowatt Strom sind deutlich gesunken, wozu der Ausbau erneuerbarer Energien einen wichtigen Beitrag leistete. Der Rückgang im Jahr 2023 ist zum Teil auf die Corona-Pandemie und die Gasknappheit infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zurückzuführen.¹² Dieser Trend zur Emissionsreduktion setzte sich auch 2024 in Form neu genehmigter Wind- und PV-Projekte fort (Agora Energiewende 2025). Im Jahr 2024 stammten 57,1 Prozent der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, 2019 waren es nur 39,7 Prozent.¹³ Dennoch lassen sich im Sektor auch rückläufige Tendenzen beobachten, gerade im Bereich des Baus neuer Kraftwerke und der Erschließung neuer Gasvorkommen.¹⁴

Die Konsumententwicklungen des Stromsektors sind stark mit den Nachfragetendenzen anderer Sektoren verknüpft. Beispielsweise werden mehr als zwei Drittel des Endenergieverbrauchs in privaten Haushalten für Raumwärme verwendet, rund ein Fünftel entfällt auf Strom¹⁵. Im Jahr 2024 stammten 18,1 Prozent des Energieverbrauchs für Wärme aus erneuerbaren Quellen – dies sind nur

9 Für aktuelle Diskussionen von und Ansätze zur Suffizienz, siehe Hartmann (2024), Beyeler und Jaergen-Erben (2025).

10 Umweltbundesamt. 2024. *Energiebedingte Emissionen von Klimagasen und Luftschadstoffen*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#quotenergiebedingte-emissionenquot> (abgerufen 17.06.2025).

11 Umweltbundesamt. 2025. *Stromverbrauch*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromverbrauch#entwicklung-des-stromverbrauchs> (abgerufen 17.06.2025).

12 Umweltbundesamt. 2025. *Energieverbrauch privater Haushalte*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/energieverbrauch-privater-haushalte#endenergieverbrauch-der-privaten-haushalte> (abgerufen 17.06.2025).

13 Statistisches Bundesamt. 2024. *Bruttostromerzeugung in Deutschland*. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/Tabellen/bruttostromerzeugung.html>.

14 Bundesregierung stimmt Gasförderung vor Borkum zu. 02.07.2025. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeskabinett-gasfoerderung-borkum-100.html>

15 Umweltbundesamt. 2025. *Energieverbrauch privater Haushalte*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/energieverbrauch-privater-haushalte#endenergieverbrauch-der-privaten-haushalte> (abgerufen 17.06.2025).

etwa 3 Prozent mehr als im Jahr 2020¹⁶. Neben der Reduktion des Stromverbrauchs und der Ersetzung von fossil- durch erneuerbar-erzeugtem Strom, gilt die Verbesserung von Effizienzstandards für elektrische Geräte als eine wichtige Maßnahme für die Klimawende¹⁷. Im Zuge der Digitalisierung erhöht sich allerdings die indirekte Nachfrage nach Strom – gerade die Nutzung von Künstlicher Intelligenz beansprucht hohe Rechenkapazitäten, was einen gesteigert Strombedarf zur Folge hat (International Energy Agency 2024: 186–188). Nicht zu vernachlässigen ist der Effekt zunehmender Hitzewellen. Zur Reduktion gesundheitlicher Risiken werden passive Kühlmethode zunehmend durch strombetriebene Klimaanlage ersetzt – ein Wandel sozialer Praktiken, der bestehende Routinen und Kompetenzen verändert und den Stromverbrauch erhöht (International Energy Agency 2024: 189–190).

Ökostromtarife stellen eine Möglichkeit dar, durch welche Verbraucher*innen den Ausbau erneuerbarer Energien fördern und Emissionen senken können (Bundesnetzagentur 2023). Dieser Strategie liegt eine ökomodernistische Handlungslogik zugrunde, die die Verantwortung für klimapolitisches Handeln auf die individuelle Ebene verlagert. Zudem ist der Begriff Ökostrom nicht geschützt – auch wenn Label wie „Grüner Strom“ und „ok-power“ die Förderung neuer regenerativer Anlagen zusichern.¹⁸ Der Marktanteil von gelabelten Ökostromtarifen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, vor allem bei privaten Haushalten (Bundesnetzagentur 2023). Dieser Anstieg deutet darauf hin, dass hier durchaus ein Potenzial zur Unterstützung der Dekarbonisierung des Stromsektors besteht. Der Konsum von Ökostrom ist jedoch nicht für alle Teile der Gesellschaft zugänglich, sondern an sozioökonomische Ressourcen und soziale Milieus gebunden. Ökostrom wird vor allem von einkommensstarken, gebildeten Haushalten gewählt, wobei soziale Netzwerke und die Überzeugung individueller Wirksamkeit entscheidend sind (Hauser et al. 2019: 232). Der steigende Konsum von Ökostrom ist daher noch nicht ausreichend für die Klimawende und kann eher als Privileg und Distinktionspraktik bestimmter sozialer Milieus verstanden werden (Neckel 2018, Anantharaman 2022).

Eine maßgebliche regulatorische politische Antwort auf die steigende Stromnachfrage ist die sogenannte **Sektorenkopplung**: die Vernetzung von Strom, Wärme, Mobilität und Industrie, welche den Weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Alternativen ebnet soll (Wietschel et al. 2018). Dies umfasst sowohl den Verbrauch als auch die Energieträger und -formen selbst sowie die zugehörige Infrastruktur. Durch die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen können auch in den Bereichen Verkehr und Wärmeversorgung CO₂-Emissionen gesenkt werden¹⁹ (Korzynietz et al. 2022). Das primäre Ziel der Sektorenkopplung ist die Treibhausgasreduzierung, sekundäre Ziele sind u. a. zur Flexibilisierung des Energiesystems und dessen Energieeffizienzsteigerung beizutragen sowie die optimale Nutzung des verfügbaren (schwankenden) Angebots erneuerbarer Energien. Daher stellt die Sektorenkopplung einen Weg dar, um das Energiesystem durch die Förderung regionaler Nutzung und überregionalem Ausgleich resilienter zu gestalten. Dies erfordert die Umsetzung integrierter politischer Instrumente sowie eine breite gesellschaftliche Trägerschaft (Aykut et al. 2019). Hindernisse in der Umsetzung sind vor allem politischer, regulatorischer und infrastruktureller Natur (Aykut et al. 2019). Auch wenn in der letzten Legislaturperiode des Bundestages (2021–2024) einige regulatorische Änderungen angestoßen worden sind (z. B. „Wind-an-Land“ Gesetz), gibt es aufgrund einer Diskurs- und Politikverschiebung nach rechts zunehmend Schwierigkeiten, für die Sektorenkopplung notwendige Gesetzesänderungen politisch umzusetzen (z. B. Gebäudeenergiegesetz) (Gornig und Kemfert 2024, Haas et al. 2025)

Eine weitere zentrale Herausforderung an der Schnittstelle zwischen den Sektoren Strom und Wohnen ist **Energiearmut**.²⁰ Energiearmut entsteht durch das Zusammenwirken von hohen Energiekosten, geringem Einkommen und niedriger Energieeffizienz (SVGB 2025: 113). Nach Definition des Öko-Instituts gelten Haushalte als betroffen von Energiearmut, wenn sie in ineffizient fossil beheizten Wohnungen leben und mindestens doppelt so viel für Wärme ausgeben müssen wie der Durchschnitt – insgesamt sind das etwa 3,1 Millionen oder 7 Prozent der Haushalte in Deutschland (Deutsche

16 Umweltbundesamt. 2025. *Energieverbrauch für fossile und erneuerbare Wärme*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-fuer-fossile-erneuerbare-waerme> (abgerufen 17.06.2025).

17 Umweltbundesamt. 2025. *Stromverbrauch*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromverbrauch#entwicklung-des-stromverbrauchs> (abgerufen 17.06.2025).

18 Umweltbundesamt. 2024. *Mit Ökostrom das Klima schützen*. <https://www.umweltbundesamt.de/umwelttipps-fuer-den-alltag/haushalt-wohnen/oekostrom#so-konnen-sie-ihre-stromnutzung-umweltbewusster-gestalten> (abgerufen 17.06.2025).

19 Dazu gehört zum einen die direkte Stromnutzung, wie Strom für Wärme (Power-to-Heat/ Wärmepumpe) oder Elektromobilität, zum anderen die indirekte Nutzung über Power-to-X, etwa mit Wasserstoff (Power-to-Gas) oder synthetischen Kraftstoffen (Power-to-Liquid) (Wietschel et al. 2018).

20 Energiearmut bezeichnet „... den fehlenden Zugang eines Haushalts zu essenziellen Energiedienstleistungen, wenn mit diesen Dienstleistungen ein grundlegendes und angemessenes Maß an Lebensstandard und Gesundheit sichergestellt wird, einschließlich einer angemessenen Versorgung mit Wärme, Warmwasser Kälte und Beleuchtung sowie Energie für den Betrieb von Haushaltsgeräten ...“ (EU-Energieeffizienzrichtlinie, Art.2 Nr. 52 EED)

Energie-Agentur 2024: 10). Energiearmut betrifft Frauen in besonderem Maße, da sie mehr unbezahlte Sorgearbeit, oft in der Wohnung, leisten und daher einen höheren Energiebedarf haben. Alleinerziehende, Rentnerinnen und Geringverdienerinnen waren bereits vor dem deutlichen Anstieg der Energiepreise 2022/23 überdurchschnittlich von diversen Formen von Armut betroffen, was auch eine verringerte soziale und ökonomische Teilhabe zur Folge hat (SVGB 2025: 112).

Die Dekarbonisierung des Stromsektors bleibt hinter dem Erforderlichen zurück und ist unzureichend mit den Sektoren Wohnen und Mobilität koordiniert – obwohl eine sektorübergreifende Transformation zentral für die Klimawende ist. Trotz erhöhter Energieeffizienz lässt sich keine erhebliche Senkung des gesamten Stromverbrauchs und der damit verbundenen Emissionen beobachten. Die positive Dynamik bei erneuerbaren Energien zeigt, dass in der Erreichung der Dekarbonisierung politische und regulatorische Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle spielen. Als Hindernisse für eine tiefe Dekarbonisierung des Stromsektors gelten die temporäre Erhöhung von Kohleinsatz durch den Anstieg der Gaspreise sowie die Veränderungen in der Haltung zu Kernenergie und derzeitige politische Konflikte und Unsicherheiten auf der internationalen und nationalen Ebene (Icha und Lauf 2025, siehe Kapitel 5).

Sektor 3: Mobilität

Die Emissionen des Mobilitätssektors werden vor allem durch den Verkehr privater Haushalte mit dem Flugzeug und dem Auto verursacht. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Berufs-, Ausbildungs- und Geschäftsverkehr (sogenannter arbeitsbezogener Verkehr) sowie mit Fortbewegung für Urlaub und Freizeit. Sie verursachen einen hohen Energieverbrauch und erhebliche CO₂- und Stickoxid-Emissionen, die sich negativ auf Klima und Gesundheit auswirken.

Für die Transformation des Mobilitätssektors spielen infrastrukturelle, sozioökonomische und soziokulturelle Faktoren zentrale Rollen (Bohmann und Küçük 2024). Derzeit sind zwar einige

Entwicklungen hin zu umweltfreundlicheren Fortbewegungsformen zu beobachten (siehe unten), gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen, die einer breiteren Nutzung und Ausweitung dieser Mobilitätsformen im Weg stehen. So ist der Mobilitätssektor in Deutschland durch einen hohen Motorisierungsgrad geprägt.²¹ Analysen des Pro-Kopf-CO₂-Fußabdrucks nach Einkommensdezilen zeigen, dass gerade im Mobilitätssektor die größten Ungleichheiten bestehen – vor allem aufgrund emissionsintensiver Flugreisen (Bohmann und Küçük 2024). Opposition gegen Maßnahmen wie das Tempolimit, veraltete und unterfinanzierte klimafreundlichere Infrastrukturen (z.B. Bahn und Radwege) (Rudolph et al. 2023) und soziokulturelle Faktoren sowie Lock-in-Effekte im Zusammenhang mit der Nutzung von Autos behindern Veränderungen. Auch geschlechtsspezifische kulturelle Prägungen – etwa „Petro-Maskulinität“²² – und Machtstrukturen verstärken fossile Lock-ins (Daggett 2018, Plananska et al. 2023).

Positiv zu vermerken sind Effizienzgewinne. Pkw verursachen heute pro gefahrene Kilometer geringere Emissionen als früher – kilometerbezogene CO₂-Emissionen sanken seit 1995 um 13 Prozent, andere Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickstoffoxide gingen noch deutlicher zurück – was auf strengere Abgasnormen, bessere Kraftstoffqualität und Elektromobilitätsförderung zurückzuführen ist.²³ Der Bestand an Elektro- und Hybridfahrzeugen stieg zwischen 2021 und 2025 deutlich; 2023 übertrafen Elektro-Pkw-Neuzulassungen erstmals Diesel-Neuzulassungen. Dennoch stiegen die Gesamtemissionen des Pkw-Verkehrs bis 2019, da der Fahrzeugbestand seit 2008 um 19,8 Prozent wuchs und SUVs und Geländewagen deutlich zunahm (siehe Abb. 14).²⁴ Soziale Ungerechtigkeiten manifestieren sich in räumlich differenzierten Belastungen: Während benachteiligte Stadtteile unter Verkehrsemissionen leiden, führt Mobilitätsarmut²⁵ in ländlichen Räumen zum „Zwang zum Auto“ (SVGB 2025: 102). Diese Ungleichheiten schaffen gesellschaftliche Widerstände gegen klimafreundliche Verkehrspolitik und erschweren die Resonanzfähigkeit der Klimawende erheblich (Kapitel 3).

21 Umweltbundesamt. 2025. *Mobilität privater Haushalte*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/mobilitaet-privater-haushalte#-hoher-motorisierungsgrad> (abgerufen 17.06.2025).

22 „Petro-Maskulinität“ beschreibt in diesem Zusammenhang die Verflechtung von Männlichkeit und fossilen Brennstoffen, die historische Rolle fossiler Brennstoffsysteme bei der Stützung patriarchalischer Herrschaftsformen und die Nutzung fossiler Brennstoffe als gewalttätige Kompensationspraxis als Reaktion auf Geschlechter- und Klimaprobleme (Daggett 2018).

23 Umweltbundesamt. 2025. *Emissionen des Verkehrs*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionendes-verkehrs#verkehr-belastet-luft-und-klima-minderungsziele-der-bundesregierung> (abgerufen 17.06.2025).

24 Umweltbundesamt. 2025. *Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugbestand*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/verkehrsinfrastruktur-fahrzeugbestand#stark-steigende-tendenz-bei-suvs-und-gelandewagen> (abgerufen 17.06.2025).

25 Mobilitätsarmut bezeichnet einen „eingeschränkten Zugang zu grundlegenden sozioökonomischen Tätigkeiten und Dienstleistungen wie Beschäftigung, Bildung oder Gesundheitsversorgung für benachteiligte Personen und Haushalte“ (SVGB 2025: 104, in Anlehnung an Verordnung (EU) 2023/955 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1060)

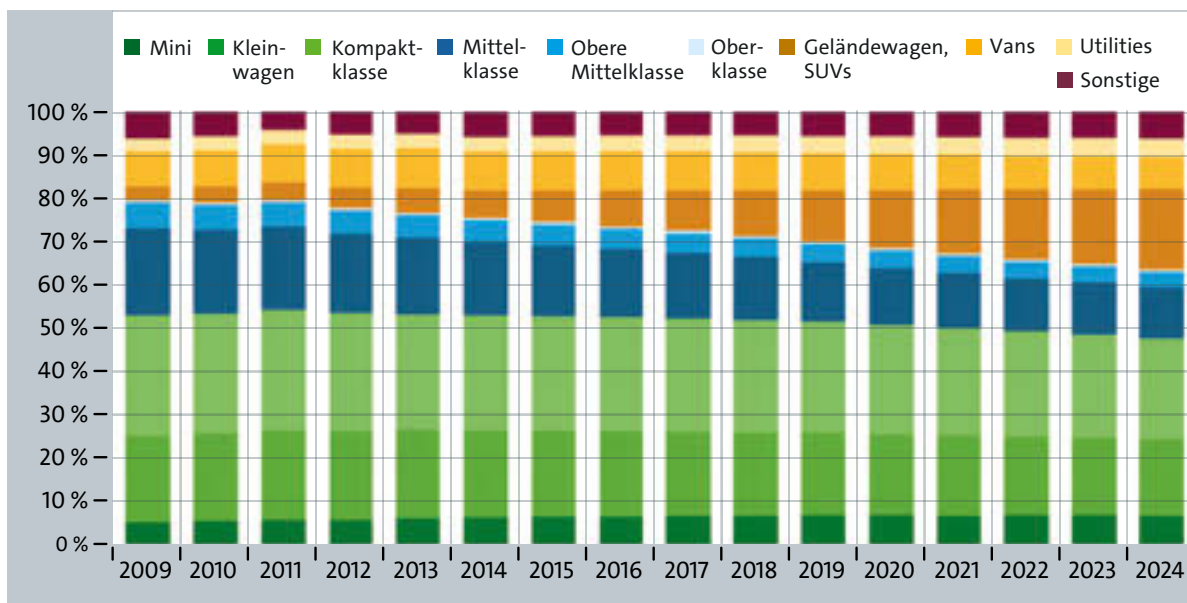


Abb. 14: Pkw-Bestand nach Segmenten. Quelle: Umweltbundesamt 2025²⁶

Autonormativität²⁷ stellt ein zentrales Hindernis für den Wandel von Mobilitätsstrukturen dar. Das Auto fungiert als „Norm-Fortbewegungsmittel“, während alle anderen Verkehrsformen als nachrangig behandelt werden (SVGB 2025: 102). Die Norm zeigt sich in ungleicher Ressourcenverteilung – mehr Fläche, Investitionen und Subventionen fließen systematisch in die Automobilität, während Folgekosten externalisiert werden. Verstärkt wird dies durch eine Verkehrsplanung, die sich einseitig an männlich geprägten Erwerbsmustern orientiert und die komplexen Wegeketten der Sorgearbeit vernachlässigt (von Heesen 2025). Diese Planungslogik reproduziert Geschlechterungleichheiten und verhindert nachhaltige Mobilitätslösungen (SVGB 2025: 102). Datendefizite in der Mobilitätsplanung verstärken diese Muster. Die unzureichende Erfassung von sorgearbeitsbedingten Wegeketten²⁸ und Mobilitätsarmut perpetuiert eine Planungslogik, die strukturell gegen nachhaltige und inklusive Mobilitätslösungen wirkt (SVGB 2025: 102).

Der Luftverkehr in Deutschland weist einen spürbaren Anstieg sowohl bei den Flugbewegungen als auch bei den damit verbundenen Emissionen auf. Deutsche Hauptverkehrsflughäfen zählten 2024 rund 199,5 Millionen Fluggäste – ein Anstieg

von etwa 60 Prozent im Vergleich zu 2020 und 7,7 Prozent gegenüber 2023²⁹. Auch wenn das Reiseaufkommen noch 12 Prozent unter dem Rekordjahr 2019 liegt, lässt sich seit 2021 ein deutlicher Wiederanstieg des Luftverkehrs beobachten – der „Corona-Effekt“ ist verpufft. Dieser Trend ist vor allem auf das starke Wachstum im internationalen Flugverkehr zurückzuführen. Während der innerdeutsche Luftverkehr weiterhin deutlich unter dem Vor-Pandemie-Niveau bleibt (–48,5 Prozent gegenüber 2019), stieg der Auslandsverkehr seit 2021 kontinuierlich an. Bemerkenswert sind auch die hohe Zahl und der Anstieg von Privatjet-Flügen in Deutschland. Die 58.424 von Deutschland ausgehenden Privatjet-Flüge im Jahr 2022 verursachten rund 208.600 Tonnen CO₂, was dem durchschnittlichen Jahresausstoß von etwa 130.000 Pkw entspricht³⁰ (Faber und Raphaël 2023). Im Vergleich zu 2020 bedeutet dies einen Anstieg von 78 Prozent, gegenüber 2021 einen Anstieg von 43 Prozent. Die am häufigsten geflogene innerdeutsche Strecke war Berlin–Köln, eine Verbindung, die mit dem ICE in weniger als viereinhalb Stunden zurückgelegt werden kann (Faber und Raphaël 2023: 40).

Umweltfreundlichere Fortbewegungsformen umfassen den Zugverkehr, den öffentlichen

26 Umweltbundesamt. 2025. *Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugbestand*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/verkehrsinfrastruktur-fahrzeugbestand#stark-steigende-tendenz-bei-suvs-und-gelandewagen> (abgerufen 17.06.2025).

27 Goel, U.; Mausolf, U.. 2022. *Autonormativität. Warum Autos unser Leben bestimmen*. <https://nordost.vcd.org/startseite/detail/autonormativitaet-warum-autos-unser-leben-bestimmen> (abgerufen 27.09.2025)

28 z. B. durch die Aufteilung in verschiedene Kategorien (Begleit-, Einkaufs- und Erledigungswege). Erst bei Zusammenfassung wird das Ausmaß von sorgearbeitsbedingten Wegen sichtbar, zudem erschweren komplexe Wegeketten die eindeutige Zuordnung.

29 Statistisches Bundesamt. 2025. *Personenverkehr*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Transport-Verkehr/Personenverkehr/_inhalt.html#_6g8d4xjv7 (abgerufen 18.06.2025)

30 Greenpeace. 2024. *Greenpeace-Analyse: Zahl der Privatjet-Flüge in Deutschland steigt rasant*. <https://presseportal.greenpeace.de/224494-greenpeace-analyse-zahl-der-privatjet-fluge-in-deutschland-steigt-rasant>

Nahverkehr, Fahrradfahren und zu Fuß gehen. Das städtische Schnell- und Straßenbahnnetz wuchs zwischen 2004 und 2014 um 44 Prozent, von 5.177 auf 7.445 km, und ging bis 2019 wieder auf 6.098 km zurück (-18 Prozent)³¹. Im Jahr 2023 wurde das sogenannte „Deutschlandticket“ eingeführt, das für 49 Euro pro Monat unbegrenzte Fahrten im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr im gesamten Bundesgebiet ermöglicht³². Das Deutschlandticket geht auf das 9-Euro-Ticket aus dem Sommer 2022 zurück, welches über einen Zeitraum von drei Monaten angeboten wurde. Damals wurden rund 52 Millionen Tickets verkauft. Die erhöhte Nachfrage zeigte die Kapazitätsgrenzen des Schienennetzes und der eingesetzten Fahrzeuge deutlich auf (Rudolph et al. 2023, Liebensteiner et al. 2024, Motzer et al. 2024). Laut einer aktuellen Studie habe das Deutschlandticket entgegen des medialen Narrativs nur wenig bis gar keinen messbaren Neuverkehr erzeugt (Koch et al. 2025). Gleichwohl bestätigte sich eine Verlagerung vom Pkw hin zum öffentlichen Verkehr – der Anteil der vom Auto auf das Deutschlandticket umgestiegenen Fahrten, gemessen an allen Deutschlandticket-Fahrten, läge zwischen mindestens 12 Prozent und 16 Prozent (Koch et al. 2025). Insbesondere entfaltete das Ticket sein volles Potenzial dort, wo eine ausreichende ÖPNV-Infrastruktur vorhanden ist, während strukturelle Angebotsdefizite, insbesondere im ländlichen Raum, bestehen bleiben (Koch et al. 2025).

Bzüglich des Fahrradfahrens gibt es in Deutschland widersprüchliche Entwicklungen. Der aktuelle Bericht *Mobilität in Deutschland (MiD)* (infas et al. 2025) zeigt, dass der Anteil des Radverkehrs in Deutschland zwischen 2008 und 2023 mit 11 Prozent konstant geblieben ist. In absoluten Zahlen hingegen ist das tägliche Fahrradverkehrsvolumen deutlich gestiegen – von 96 auf 118 Millionen Kilometer – und erreicht damit einen neuen Höchstwert in dem gleichen Zeitraum. Der Bericht zeigt außerdem, dass trotz des Anstiegs des Fahrradbestands auf rund 81 Millionen Fahrräder der Anteil der Personen mit mindestens einem verfügbaren Fahrrad weitgehend konstant bleibt, sodass der Zuwachs im Bestand primär auf eine Zunahme des Mehrfachbesitzes zurückzuführen ist (infas et al. 2025: 12). Dies verdeutlicht, dass die zunehmende Fahrradnutzung nicht unbedingt eine Veränderung des Modal Split bedeutet. Dass insgesamt mehr Kilometer zurückgelegt werden, ist ein Ausdruck steigenden Konsums.

Insgesamt zeigen die Veränderungen im Mobilitätssektor, dass einerseits umweltfreundlichere

Alternativen wie der öffentliche Nahverkehr und das Fahrrad an Bedeutung gewinnen, andererseits emissionsintensive Formen des Auto- und Flugverkehrs weiter zunehmen und somit ein erhebliches Hindernis für die Dekarbonisierung in Deutschland darstellen. Die Dekarbonisierung des Mobilitätssektors stößt hauptsächlich auf eine Reihe struktureller Hindernisse, die sich als hartnäckige Muster manifestieren und die notwendige Transformation behindern. Sie scheitert derzeit nicht primär an technischen Grenzen, sondern an der Reproduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse und normativer Strukturen, die eine automobilen, männlich-zentrierte Mobilitätskultur stabilisieren und alternative Entwicklungspfade blockieren, weshalb keine Anzeichen für eine grundlegende Mobilitätswende erkennbar sind. Zudem verhindert die sektorale Fragmentierung der Verkehrspolitik integrierte Lösungsansätze. Die Aufteilung von verschiedenen Verkehrsträgern (Schiene, Straße, ÖPNV) auf verschiedene administrative Zuständigkeiten führt zu Einzelmaßnahmen statt tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformationen. Das zeigt sich exemplarisch im Klimaschutzprogramm 2023, das hauptsächlich auf technische Lösungen und fiskalische Instrumente setzt, während strukturelle und verhaltensändernde Maßnahmen ausbleiben (SVGB 2025: 100)

Sektor 4: Ernährung

Das Ernährungsverhalten hat einen erheblichen Einfluss auf Treibhausgasemissionen. Besonders tierische Produkte zählen zu den Haupttreibern der Emissionsentwicklung. Sie sind für rund 75 Prozent der ernährungsbedingten Emissionen verantwortlich (Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2024: 26). Zentral sind dabei Methanemissionen aus der Tierhaltung (insbesondere durch Fermentation sowie die Lagerung und Ausbringung von Gülle und Festmist) und Lachgasemissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden infolge der Verwendung von stickstoffhaltigen Düngemitteln.³³ Im Rahmen dieser Analyse richtet sich der Fokus auf die Dynamiken des Konsums bzw. der Nachfrage im Bereich Lebensmittel.

Seit den 1990er Jahren ist in Deutschland ein kontinuierlicher Rückgang des Fleischkonsums – insbesondere von Schweinefleisch – sowie von Frischmilchprodukten zu beobachten (Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2024: 31–47). Im Zeitraum von 2012 bis 2022 zeigen Trendanalysen zum Lebensmittelverbrauch, dass der Konsum von rotem Fleisch um 20 Prozent, der von Fleischerzeugnissen

31 Umweltbundesamt. 2025. *Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugbestand*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/verkehrsinfrastruktur-fahrzeugbestand#lange-der-verkehrswege>

32 Der Preis des Deutschlandtickets stieg zum Januar 2025 auf 58 Euro, ab Januar 2026 wird es 63 Euro kosten (Deutschlandfunk. Das Deutschlandticket wird ab 2026 teurer. 18.09.2025. <https://www.deutschlandfunk.de/deutschlandticket-finanzierung-kosten-bilanz-100.html>)

33 Umweltbundesamt. 2025. *Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas>.

um 19 Prozent und der von Frischmilcherzeugnissen um 9 Prozent gesunken ist (Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2024: 31–47; siehe Abb. 15). Im Jahr 2024 ist der Fleischverzehr in Deutschland jedoch leicht gestiegen: Insgesamt wurden 4,44 Millionen Tonnen konsumiert – ein Anstieg von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die

Nettofleischproduktion legte erstmals seit 2016 wieder zu, das Schlachtgewicht stieg um 1,4 Prozent. Den stärksten Zuwachs verzeichnete Schweinefleisch (+1,9 Prozent), gefolgt von Hühnerfleisch (+1,3 Prozent) sowie Rind- und Kalbfleisch (+1,1 Prozent) (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2024; siehe Abb. 16).

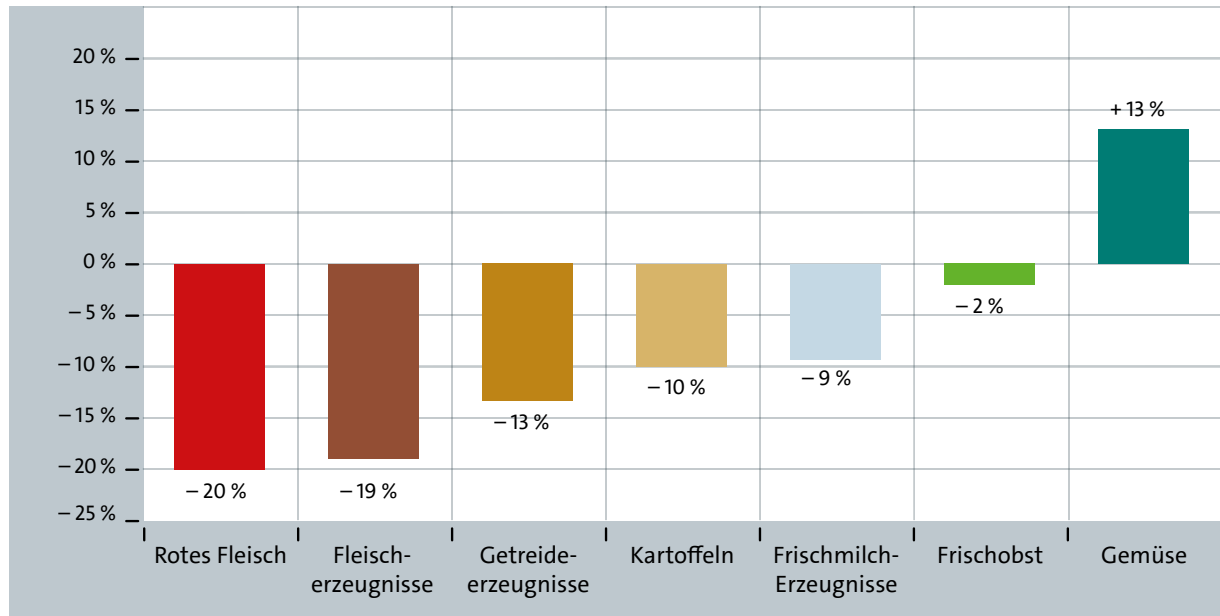


Abb. 15: Trends im Lebensmittelverbrauch (2012–2022). Quelle: Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2024

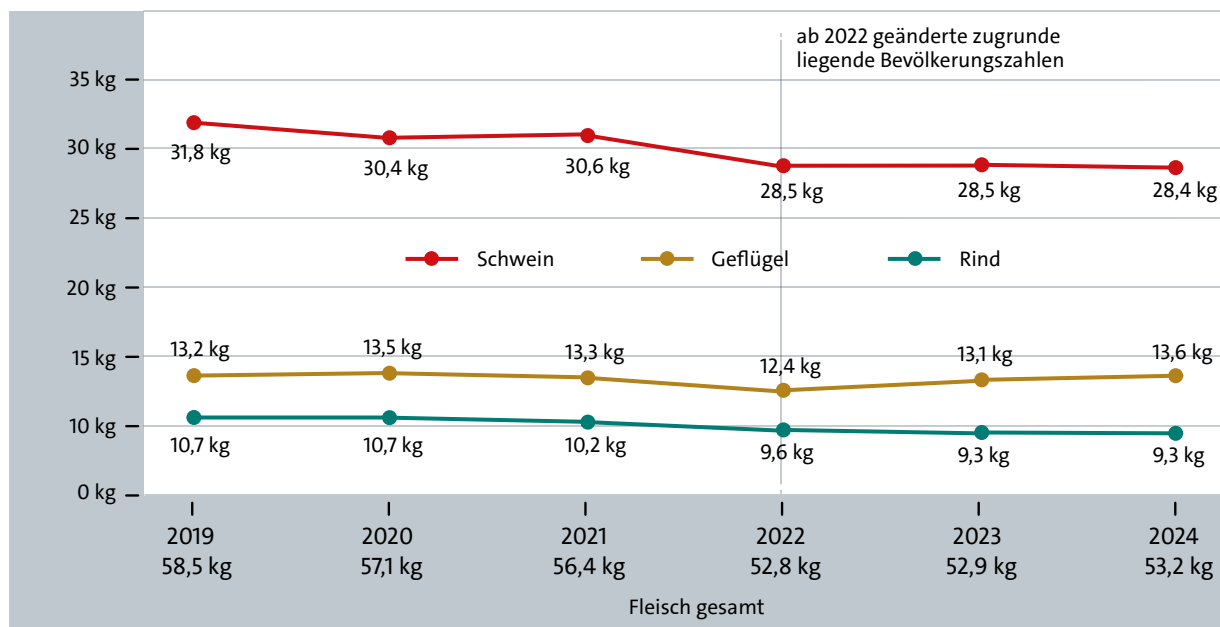


Abb. 16: Fleischkonsum in Kilogramm Schlachtgewicht pro Kopf (2019–2024) Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (o.J.)³⁴

34 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. o.J. *Fleisch: Die Versorgungsbilanz Fleisch informiert Sie über die wichtigsten Zahlen zu Erzeugung, Handel und Versorgung mit Fleisch in Deutschland.* <https://www.bmel-statistik.de/ernaehrung/versorgungsbilanzen/fleisch>

Wie in den anderen Sektoren wird der Konsum von Lebensmitteln stark von sozioökonomischen und kulturellen Faktoren, sowie Alltagspraktiken beeinflusst (Bourdieu 1984, Warde 2014, Rau 2024). Besonders Frauen, junge Menschen, höher Gebildete sowie Stadtbewohner*innen und Alleinlebende entscheiden sich häufiger für fleischarme oder fleischfreie Ernährung (Mensink et al. 2016, Koch et al. 2019, Perino und Schwirplies 2022). Laut dem aktuellen Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (2024) ernähren sich 41 Prozent der Befragten flexitarisch, das heißt, sie essen bewusst nur gelegentlich Fleisch und Wurst. Wie bereits im Jahr 2023 geben 8 Prozent an, sich vegetarisch zu ernähren. Der Anteil der Personen, die täglich zu vegetarischen oder veganen Alternativen greifen, ist seit 2020 von 5 auf 10 Prozent gestiegen (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2024: 8). Vor allem bei jüngeren Menschen stehen diese Alternativen häufiger auf dem Speiseplan. Deutschland ist der größte Markt für pflanzenbasierte Ersatzprodukte tierischer Lebensmittel in Europa und wächst weiter. Im Zeitraum 2022 bis 2023 stieg die verkaufte Gesamtmenge pflanzlicher Lebensmittel um 11 Prozent (GFI Europe 2024). Auch der Marktanteil von Bio- und Fairtrade-Lebensmitteln wächst seit 2008 kontinuierlich und deutlich an.³⁵ Der Konsum von Bioprodukten wird vor allem durch Tierschutz und Gesundheitsbewusstsein motiviert. Als zentrale Hürden beim Kauf gelten vor allem die Preise sowie die eingeschränkte Verfügbarkeit entsprechender Produkte.³⁶

Die Dynamiken des Lebensmittelkonsums weisen auf ein Phänomen hin, das nicht nur in Deutschland zu beobachten ist: Der Konsum klimafreundlicherer Produkte ist oft ein Privileg und eine Distinktionspraktik bestimmter sozialer Milieus (Neckel 2018, Anantharaman 2022, Blaas und Stotten 2025). Wird die ökologische Transformation als individuelles Problem bzw. „Alltagsaufgabe“ gerahmt, verstärkt dies Ungleichheiten und verringert auch die breite Resonanzfähigkeit der Klimawende, da nachhaltige Ernährung oft mit erhöhtem zeitlichem, mentalem und finanziellem Aufwand verbunden ist (SVGB 2025: 129). Der sogenannte Gender Foodwork Gap beschreibt, dass Frauen systematisch mehr Ernährungsarbeit leisten und ihnen auch die Hauptverantwortung für klimafreundliche Konsumententscheidungen zugeschrieben

wird³⁷ (SVGB 2025: 129). Frauen mit geringem Einkommen sind mehrfach betroffen, da sie tendenziell eher Verantwortung für nachhaltige Ernährung übernehmen, weniger finanzielle Ressourcen haben und den Großteil der Ernährungsarbeit leisten. Grundsicherung reicht nicht zur Finanzierung einer gesunden und klimafreundlichen Ernährung (SVGB 2025: 128). Armut führt also zu ungesunden und umweltbelastenderen Ernährungsstilen – nicht aus bewusster Entscheidung, sondern durch strukturelle Zwänge (Augustin 2020).

Von politischer Seite werden diese sozialen Dimensionen und strukturellen Rahmenbedingungen allerdings oft vernachlässigt. Maßnahmen für mehr Ernährungsgerechtigkeit und gegen Lebensmitteldeprivation (siehe z.B. Raab 2023) werden nicht systematisch umgesetzt. Handlungsansätze, die nur auf individuelles Verhalten zielen, reproduzieren Geschlechterrollen und soziale Stigmatisierung. Alternative Ernährungsnetzwerke (wie z.B. Foodcoops, Gemeinschaftsküchen) finden in Politik und Öffentlichkeit kaum Beachtung. Bemerkenswert ist auch, dass soziale Ungleichheiten bei der Ernährung bzw. beim Lebensmittelkonsum in Deutschland weder im BMEL-Ernährungsreport 2024 noch im Ernährungsbericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung thematisiert werden (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2024, Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2024). Während der erste Bericht keine Aspekte sozialer Ungleichheit thematisiert und lediglich darauf hinweist, dass Preise bei der Auswahl von Lebensmitteln eine untergeordnete Rolle gegenüber anderen Faktoren spielen (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2024: 13), enthält der zweite immerhin ein Kapitel zur Ernährungs- und Gesundheitssituation von Familien mit minderjährigen Kindern in Armutsgefährdung, ohne jedoch explizit auf Ungleichheiten im Ernährungsbereich einzugehen (Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2024: 155–188). Der Mangel an Daten zur Ernährungsunsicherheit und an systematischen Bewertungen sozialer Ungleichheiten beim Lebensmittelkonsum ist erstaunlich, weil Ernährungsunsicherheit in Deutschland durchaus ein Problem bzw. eine Realität ist. Dies wird von Expert*innen, dem BMEL und der DGE selbst anerkannt³⁸ und anschaulich im Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aufgezeigt (SVGB 2025).

35 Umweltbundesamt. 2025. *Marktdaten: Ernährung*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalt-konsum/konsum-produkte/gruene-produkte-marktzahlen/marktdaten-bereich-ernaehrung#fleischkonsum-tendenz-zu-weniger>

36 Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft. 2025. *Kaufmotivation: Kunden bleiben Bio treu, setzen aber andere Schwerpunkte*. <https://www.boelw.de/themen/zahlen-fakten/lebensmittel/artikel/kaufmotivation-2025/>

37 Bei Familien mit mehr als zwei Kindern: Frauen 73 Min./Tag vs. Männer 31 Min./Tag

38 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. 2023. *BZfE-Forum: Ernährungsarmut in Deutschland ist Realität*. https://www.ble.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/230901_BZfE-Forum.html (abgerufen 17.06.2025); Deutsche Gesellschaft für Ernährung. 2023. *Wenn der Teller leer bleibt – Fachtagung zur Ernährungsarmut in Deutschland*. <https://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/nachhaltigkeit/wenn-der-teller-leer-bleibt-fachtagung-ernaehrungs-armut/> (abgerufen 17.06.2025).

Während Ernährungsarmut weiterhin ein großes und verkanntes Problem in Deutschland ist (Augustin 2020, Monetti et al. 2024), ist der Anteil an Nahrungsmittelabfällen entlang der gesamten Wertschöpfungskette enorm. Im Jahr 2022 entstanden entlang der Lebensmittelversorgungskette insgesamt 10,8 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle.³⁹ Dies verweist nicht nur auf übermäßige Produktion oder Import von Lebensmitteln, sondern macht auch einen strukturellen Widerspruch deutlich: Ein Überfluss an Nahrungsmitteln bleibt ungenutzt, während gleichzeitig Teile der Bevölkerung mit Ernährungsarmut konfrontiert sind. Für eine sozialgerechte und klimafreundliche Ernährungswende sind strukturelle und verhaltensändernde Maßnahmen nötig. Dazu gehören steuerliche Instrumente und eine angepasste Preisgestaltung zur Förderung klimafreundlicher Ernährung sowie die Einführung eines einheitlichen staatlichen Labels, das Verbraucher*innen Orientierung und Transparenz bietet (SVGB 2025: 131–135). Ergänzend sind eine verbesserte Datengrundlage, weiterführende Forschung und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Ernährungsgerechtigkeit notwendig, um gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung für entsprechende Veränderungen im Ernährungsverhalten zu sichern (SVGB 2025: 131–135).

Insgesamt zeigt die Dynamik des Lebensmittelkonsums in Deutschland bislang unzureichende Änderungen in Richtung einer tiefen Dekarbonisierung. Zwar sind ein sinkender Fleischkonsum sowie ein zunehmender Verbrauch vegetarischer und veganer Alternativen zu beobachten. Dennoch bleibt der Konsum von Lebensmitteln insgesamt deutlich von einer klimafreundlichen Ernährung entfernt. Hinzu kommen soziale Ungleichheiten und eine Ernährungsunsicherheit, die für viele Menschen den Zugang zu klimafreundlichen und ausgewogenen Lebensmitteln erschweren. Diesbezüglich bestehen erhebliche Wissenslücken und es fehlen systematische politische Maßnahmen, um eine sozialgerechte und klimafreundliche Ernährungswende zu gestalten.

Kontextbedingungen

Die Veränderung von Konsummustern hängt nicht nur mit individuellen Entscheidungen, Gewohnheiten und Praktiken zusammen; sie wird auch stark von strukturellen und kontextspezifischen Bedingungen beeinflusst. Die analysierten Daten liefern Erkenntnisse über grundlegende, sektorenübergreifende ermöglichende und hemmende Kontextbedingungen für klimafreundliche Konsummuster in Deutschland. Unter diesen heben wir vier hervor: (1) Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen in der kapitalistischen Moderne; (2) Entwicklungen in der

internationalen Politik und Klimagovernance; (3) Entwicklungen in der nationalen Klimapolitik und klimabezogenen Regulierung; sowie (4) die Resonanzfähigkeit der Klimawende und die damit verbundene gesellschaftliche Trägerschaft.

Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen in der kapitalistischen Moderne: Die Entstehung moderner kapitalistischer Gesellschaften ist eng mit dem Aufkommen eines neuen ökonomisch-ökologischen Regimes und der Institutionalisierung von „Carbon Societies“ verbunden (Wagner 2024), die auf Massenkonsum (Bauman 2009) und „imperialen Lebensweisen“ (Brand und Wissen 2024) basieren. Der Versuch, marktwirtschaftlich organisierte Demokratien klimafreundlich umzubauen, erweist sich regelmäßig als begrenzt, da Regierungen ihre Legitimation und Stabilität maßgeblich aus ökonomischem Wachstum beziehen (Hausknost 2020, Beckert 2024). In diesem Zusammenhang werden Entscheidungen über die Nutzung fossiler Brennstoffe als Grundlage von Produktions- und Konsummustern maßgeblich durch asymmetrische Machtstrukturen bestimmt (Hickel 2018, Newell 2021). Diese Dynamiken manifestieren sich in fossilen „Lock-ins“, die durch die Verdichtung und wechselseitige Stabilisierung klimaschädlicher ökonomischer und politischer Machtverhältnisse charakterisiert sind (Seto et al. 2016, Wagner 2024).

Diese Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen bzw. Machtverhältnisse stellen eine grundlegende hemmende Kontextbedingung für Veränderungen hin zu klimafreundlichen Konsummustern dar. So lassen sich zwar wichtige Entwicklungen beobachten, die teils auch durch kapitalistische Dynamiken angestoßen werden – etwa der rasche Ausbau erneuerbarer Energien, die Entwicklung von Fleischersatzprodukten, u. ä. –, doch stößt die Dekarbonisierung von Konsummustern weiterhin auf strukturelle Hindernisse. Einflussreiche Interessengruppen stellen die negativen gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen von einer auf fossilen Brennstoffen und Wirtschaftswachstum basierenden Volkswirtschaft nicht in Frage, sondern verstärken sie vielmehr (Brand und Wissen 2024). Die derzeitigen politischen und diskursiven Verschiebungen nach rechts sind eng mit der Entstehung und Mobilisierung von transnationalen Netzwerken verbunden, die darauf abzielen, Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern oder zu behindern (Ekberg et al. 2022). Politisch gezielt angefachte Konflikte um klimabezogene Maßnahmen – wie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und der damit verbundene deutliche Rückgang des Absatzes von Wärmepumpen bei gleichzeitigem Anstieg der Verkäufe von Gasheizungen (Haas et al. 2025) – illustrieren, dass der Aufstieg rechter Kräfte, der anti-ökologische Backlash sowie die Dynamiken medialer Berichterstattung zentrale Herausforderungen für

39 Umweltbundesamt 2025. *Lebensmittelabfälle*. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/abfallwirtschaft/abfallvermeidung/lebensmittelabfaelle> (abgerufen 02.10.2025)

die Förderung klimafreundlicher Konsummuster darstellen (Kapitel 3.2). Andere Beispiele sind Konflikte um Maßnahmen wie das Tempolimit oder Verhaltensänderungen im Kontext der Klimawende (z.B. weniger oder kein Fleisch essen, weniger oder nicht fliegen usw.) (Mau et al. 2023, Eversberg et al. 2024). Diese Dynamiken haben einen grundlegenden negativen Einfluss auf die Gelegenheitsstruktur für Veränderungen von Konsummustern in Deutschland.

Entwicklungen in der internationalen Politik und Klimagovernance: Internationale Politik und die Klimagovernance auf UN-Ebene spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung von Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und transnationalen Initiativen für Klimaschutz (Aykut et al. 2024), die wiederum wichtige Rahmenbedingungen für klimafreundliche Konsummuster schaffen. Nach der UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro gewann die globale Klimagovernance durch Institutionen wie die UNFCCC zunehmend an Bedeutung. Das Pariser Abkommen 2015 verpflichtete Staaten zur Formulierung eigener Klimaziele und transparenter Berichterstattung mit dem Ziel globaler Klimaneutralität bis 2050. Darauf basierend hat Deutschland im Jahr 2021 das gesetzlich verbindliche Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im Bundes-Klimaschutzgesetz (2019/2023) verankert. Die Zielsetzungen des Pariser Klimaabkommens bilden somit einen zentralen Orientierungsrahmen für die deutsche Klimapolitik (Kapitel 5). Angesichts des direkten und indirekten Einflusses dieser Dynamiken auf Produktions- und Konsummuster stellen sie wichtige ermöglichende Kontextbedingungen für klimafreundliche Konsummuster in Deutschland (Aykut et al. 2024).

Allerdings ist der Einfluss globaler Klimagovernance auf die Dekarbonisierung in Deutschland bislang begrenzt und wird voraussichtlich weiter abnehmen (Kapitel 6). Die internationale Klimagovernance ist zunehmend mit Blockaden und einem anti-ökologischen Backlash konfrontiert (Haas et al. 2025; siehe auch Kapitel 3.2). Ereignisse wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Energieversorgungskrise in Europa verschärfen diese Tendenzen, zunehmend auch durch den Einfluss rechtspopulistischer Bewegungen und deren „Aufstand gegen die Klimapolitik“.⁴⁰ Diese Entwicklungen sind auch in Deutschland zu beobachten und haben erhebliche Auswirkungen auf die Gelegenheitsstruktur für Veränderungen von Konsummustern hin zur Klimaneutralität. Sie führen beispielsweise zu Inflation und steigenden Energie- sowie Rohstoffpreisen, was Haushalte mit niedrigem Einkommen belastet und einige Unternehmen dazu

verleitet, durch strategische Preisgestaltung die Krisenfolgen zu verschärfen (Monetti et al. 2024). Dies erschwert eine Priorisierung des Klimaschutzes zugunsten kurzfristiger Krisenbewältigung und führt zu Rückschritten für die Klimawende (Kapitel 3: Resonanz). Daher wirken die aktuellen Entwicklungen der internationalen Politik und Klimagovernance in der Tendenz eher als hemmende Kontextbedingungen für klimafreundliche Veränderungen von Konsummustern in Deutschland.

Nationale Klimapolitik und klimabezogene Regulierung: Nationale Politik spielt eine wesentliche Rolle in der Vertiefung von fossilen „Lock-Ins“ und nicht-nachhaltigen Gesellschaftsstrukturen (Beckert 2024, Blühdorn 2024). Wichtig ist dabei im Sinne der Klimawende, dass politische Entscheidungen und Regulierungen glaubwürdig langfristig verankert sind, damit sie gesellschaftliche Erwartungen und Konsum- und Investitionsentscheidungen prägen können (Beckert 2020, siehe Kapitel 5). Deutschland hat das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im Bundes-Klimaschutzgesetz (2019/2023) verankert und damit einen verbindlichen Umsetzungsrahmen geschaffen, der durch spezifische Sektorenziele operationalisiert wird. Nationale Klimapolitik und klimabezogene Regulierung sind daher von grundlegender Bedeutung für das Gelingen der Klimawende. Rechtliche und politische Instrumente wie Emissionsnormen, CO₂-Steuern, Informations- und Kennzeichnungspflichten sowie klimafreundliche Subventionen und Infrastrukturmaßnahmen schaffen zentrale Rahmenbedingungen für Produktions- und Konsummuster (siehe Kapitel 8). In diesem Sinne sind nationale Klimapolitik und klimabezogene Regulierung wichtige ermöglichende Kontextbedingungen für Veränderungen hin zu klimafreundlichen Konsummustern.

Nichtdestotrotz stellen die aktuelle Abnahme der Dynamik und unklare Kommunikation in der nationalen Klimapolitik wichtige Herausforderungen und hemmende Kontextbedingungen für den Treiber Konsum dar. Die bislang ausgebliebene umfassende Umstellung auf klimafreundliche Konsummuster in den Sektoren Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung lässt sich auch darauf zurückführen, dass es bislang an stabilen politischen Mehrheiten für einen entschlossenen Umbau sowie an einem konsistenten Gesamtkonzept für die Klimawende fehlt (Expertenrat für Klimafragen 2025). Hinzu kommt ein Bedeutungsverlust des Klima-Themas im politischen Diskurs, der sich in einer sinkenden Resonanzfähigkeit der Klimawende niederschlägt (siehe Kapitel 3.1). Der aktuelle Koalitionsvertrag⁴¹ verdeutlicht diese Tendenz: Zwar sollen bestehende Maßnahmen wie der Ausbau

40 Campanella, E., & Lawrence, R. Z.. 25.07.2024. *The populist revolt against climate policy*. Foreign Affairs.

<https://www.foreignaffairs.com/united-states/populist-revolt-against-climate-policy>

41 CDU, CSU, SPD. 2025. *Der Koalitionsvertrag*. <https://www.koalitionsvertrag2025.de/>

erneuerbarer Energien, das Deutschlandticket⁴² und die CO₂-Bepreisung fortgeführt werden, zugleich fehlen jedoch sozial ausgleichende Instrumente wie das Klimageld, während Rückschritte – etwa in Form der geplanten Erhöhung der Pendler*innenpauschale, der Wiedereinführung der Agrardieselsubvention sowie der Ausweitung der inländischen Gasförderung – erkennbar sind (siehe Kapitel 5). Damit werden die strukturellen Grenzen Deutschlands als „Decarbonization State“ (Brand et al. 2025) deutlich.

Resonanzfähigkeit und gesellschaftliche Trägerschaft: Die Dynamiken nationaler Klimapolitik und klimabezogener Regulierung stehen in enger Wechselwirkung mit der Resonanzfähigkeit der Klimawende und ihrer gesellschaftlichen Trägerschaft (Kapitel 3.1). Klimaschutzmaßnahmen können dann erfolgreich werden, wenn sie an den Vorstellungen, Überzeugungen, Alltagspraktiken und Interessen der Betroffenen anknüpfen und Zustimmung und aktive Mitwirkung fördern (Reusswig und Schleer 2021, Rau 2024). Zugleich setzt dies eine grundlegende gesellschaftliche Bereitschaft voraus, auf die solche Maßnahmen aufbauen können (Kapitel 3.1). Ein wachsendes Bewusstsein für den Klimawandel und gesellschaftliche Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen führt nicht unmittelbar zu signifikanten Verhaltensänderungen in den Sektoren Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung – gleichwohl beeinflussen diese Einstellungen stark das Wahlverhalten und politische Prozesse (Fabel et al. 2022, Venghaus et al. 2022). Trotz derzeitiger Verschiebung der Prioritäten der Wählenden bei den letzten Bundestagswahlen (2025), betrachtet ein bedeutender Teil der deutschen Gesellschaft den Klimaschutz als entscheidend für die Sicherung des Wohlstands und zeigt sich in Umfragen grundsätzlich bereit, den Konsum zugunsten zukünftiger Generationen einzuschränken (Neligan und Diermeier 2025). Dies deutet auf ein erhebliches Resonanzpotenzial von Maßnahmen zum Klimaschutz hin, das bislang weitgehend ungenutzt bleibt.

Aktuell wird die Resonanzfähigkeit der Klimawende zunehmend durch einen anti-ökologischen Backlash herausgefordert. Politische Konflikte innerhalb der Ampelregierung (2021–2024), Lobbyinteressen sowie medienwirksame Auseinandersetzungen erschweren die Umsetzung zentraler Maßnahmen (Kapitel 3.2). Diese Konflikte verweisen zugleich auf wichtige gesellschaftliche Dynamiken: steigende Armut⁴³, wachsende soziale Ungleichheiten und Verlustängste in Bezug auf Wohlstand, Status und Sicherheit verstärken die Anfälligkeit für politisch mobilisierte Bewegungen gegen die

Klimawende (Reckwitz 2024, SVGB 2025). In diesem Kontext entstehen Resonanzräume für populistische Mobilisierungen und politische Verschiebungen nach rechts, die die Handlungsspielräume der Klimapolitik zusätzlich einengen (Kapitel 3.2). Auf diese Weise kann in politischen Auseinandersetzungen der Eindruck entstehen, sozial-ökologische Transformationsvorhaben gefährdeten grundsätzlich soziale Gerechtigkeit, individuelle Freiheitsrechte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (SVGB 2025: 35). Dies stellt eine grundlegende hemmende Kontextbedingung für Veränderungen der Konsummuster hin zur Klimaneutralität dar.

42 Mit der vorgesehenen Preiserhöhung des Deutschlandtickets auf 63 Euro ab 2026 wird das ursprüngliche Ziel der Bundesregierung, den Preis bis 2029 stabil zu halten, nicht eingehalten. (Tagesschau. 18.09.2025. *Deutschlandticket soll ab Januar 63 Euro kosten* <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/deutschlandticket-preiserhoehung-102.html>

43 In Deutschland gelten über 17 Millionen Menschen als armutsgefährdet oder bereits von Armut – einschließlich Ernährungsarmut – und sozialer Ausgrenzung betroffen (Statistisches Bundesamt 2023a). Besonders Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status leiden unter den hohen Lebenshaltungskosten (Monetti et al. 2024).

Dynamik	Kontextbedingungen	
<p>Wohnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Stärkere Nutzung erneuerbarer Energien ◀ Steigende Wohnfläche/Kopf ◀ Wohnraum als Kapitalanlage ◀ Modernisierungsrate unter 2 Prozent <p>Strom:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Direkte Emissionen sinken dank erneuerbarer Energien ▶ Marktanteil von Ökostromtarifen gestiegen ◀ Mangelnde Sektorkopplung ◀ Stromverbrauch konstant <p>Mobilität:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Bestand an Elektro- und Hybridfahrzeugen ▶ Deutschland-Ticket (hohes Potenzial) ◀ Steigerung Pkw-Bestand, Flugverkehr, Privatjets ◀ Mangelnde Investitionen in Bahninfrastruktur <p>Ernährung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Rückgang bei Fleisch und Frischmilchprodukten ▶ Anstieg vegetarischer/veganer Konsum ◀ Ernährungsarmut und Gender Foodwork Gap 	<p>Pfadabhängigkeiten und Machtverhältnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> ● symmetrische Machtstrukturen verfestigen fossile Brennstoffnutzung ● Einfluss von Interessengruppen ● Soziale Normen und ‚imperiale Lebensweisen‘ ● Rechtsruck, anti-ökologischer Backlash 	
	<p>Entwicklungen in der internationalen Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Pariser Klimaabkommen als Orientierungsrahmen ● Multilaterale und transnationale Kooperationen ● Zunehmende globale Konflikte und Blockaden gegen Klimapolitik ● Auswirkungen internationaler Krisen auf nationale (Klima)Politik 	
	<p>Nationale Klimapolitik und Regulierung</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Ambitionierte Klimaziele, Rahmengesetze und rechtliche und politische Instrumente zur Umsetzung ● Kein konsistentes Gesamtkonzept für konsumbezogene Klimapolitik ● Mangel an stabilen Mehrheiten für Klimaschutz 	
	<p>Resonanzfähigkeit und Trägerschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> ● wachsendes Bewusstsein für Klimawandel, grundsätzliche Unterstützung für Maßnahmen ● Grundsätzliche Bereitschaft, Konsum zugunsten zukünftiger Generationen einzuschränken ● Relativer politischer und medialer Bedeutungsverlust von Klima und zunehmende Konflikte ● steigende Armut, soziale Ungleichheit und Abstiegsängste ● Verhaltensänderungen als politisches Reizthema ● Gegenüberstellung von Klimawende und Freiheit, Wohlstand, Zusammenhalt ● klimafreundlicher Konsum als Privileg und Distinktionspraktik 	

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ●

Tabelle 8: Entwicklungen in Dynamik und Kontext von Veränderungen von Konsummustern

Bewertung: Konsum als hemmender Faktor für Klimaschutz

*In Deutschland zeichnet sich aktuell keine grundlegende Veränderung der Konsummuster in Richtung Klimaneutralität ab. Der Treiber wirkt insgesamt **verhindernd** auf die Klimawende und verringert gegenwärtig die Plausibilität des Erreichens der Klimaziele.*

Zwar sind wichtige Entwicklungen in einigen Bereichen wie Energie und Ernährung erkennbar, die beobachteten Veränderungen sind jedoch meist inkrementell und insgesamt unzureichend für eine tiefgreifende Dekarbonisierung und die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045. Insgesamt ist weder ein signifikanter Anstieg beim Einsatz von klimafreundlichen Heiztechniken und der ressourcenschonenden Nutzung von Wohnfläche noch eine umfassende Elektrifizierung oder eine Verringerung der Pkw-Bestände festzustellen. Auch im Ernährungsbereich lassen sich – abgesehen von einer kontinuierlichen Reduktion des Fleischkonsums – keine wesentlichen Veränderungen beobachten. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die in Kapitel 2.1 dargestellten Szenarien ist festzustellen, dass bislang keine tiefgreifenden Trendumkehrungen bzw. Umstellungen auf klimafreundliche Konsummuster in Deutschland erfolgt sind.

Die Treiber-Analyse zeigt außerdem, dass tief verwurzelte Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen den Wandel hin zur Klimaneutralität einschränken. Dekarbonisierungsstrategien werden vorrangig dann umgesetzt, wenn sie kapitalistische Wachstumslogiken und bestehende Konsummuster und Lebensweisen nicht grundsätzlich infrage stellen. Selbst Maßnahmen, die innerhalb der Grenzen dieser Logiken bleiben – wie etwa E-Mobilität oder der Ausbau erneuerbarer Energien –, werden zunehmend Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte. Soziale Normen, Praktiken und Lösungsansätze, die auf einen grundlegenden Wandel von Lebens- und Wirtschaftsweisen abzielen, bleiben dagegen weitgehend vernachlässigt oder stoßen auf erheblichen politischen Widerstand. Vor diesem Hintergrund stehen tiefgreifende Veränderungen von Konsummustern in Richtung Klimaneutralität im Widerspruch zu den etablierten Anreizsystemen zentraler gesellschaftlicher Bereiche und erscheinen gegenwärtig als nicht plausibel (siehe auch Beckert 2024, Gresse et al. 2024).

Wichtig ist hier noch zu betonen, dass die Dekarbonisierung von Konsummustern ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität ist. Wesentliche Voraussetzungen für eine Klimawende, die auch andere planetare Grenzen schont, wären eine allgemeine Reduzierung des ressourcenintensiven und klimaschädlichen Konsums bzw. eine grundlegende Veränderung des Lebensstils, insbesondere unter den wohlhabendsten Bevölkerungsteilen (Wiedmann et al. 2020). Dafür sind nicht nur Klimaschutzmaßnahmen und Anreize für klimafreundlicheren Lebensstile notwendig,

sondern dabei auch die Förderung sozialgerechter und ungleichheitssensibler Umstellungen hin zu nachhaltigen Konsummustern und Lebensweisen (Schroeder und Anantharaman 2017). In diesem Zusammenhang sind eine breitere gesellschaftliche Trägerschaft sowie gezielter Druck für klimafreundliche und gerechte Investitionen, politische und regulatorische Maßnahmen, Infrastrukturen und die Verbreitung sozialer Normen und Praktiken, die diese stützen, zentral. Zudem stellt die Verallgemeinerung anderer gesellschaftlicher Verständnisse von gutem Leben und Mensch-Natur-Verhältnissen (Latour 2018, Krenak 2020) ein großes und noch unerschlossenes Potenzial für die Ermöglichung eines grundlegenden Wandels der Lebens- und Wirtschaftsweisen dar.

Wechselwirkungen

Die oben genannten Kontextbedingungen und Handlungsoptionen verdeutlichen wichtige Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Treibern der Klimawende (siehe Kapitel 3.4, Tabelle 2). Insgesamt wirken die gesellschaftlichen Treiber globale Klimagovernance und deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen zugleich fördernd und hemmend auf Veränderungen von Konsummustern. Sie schaffen grundlegende Rahmenbedingungen für klimarelevantes Unternehmenshandeln und Konsumverhalten, etwa durch die Umsetzung konkreter Ziele sowie durch rechtliche und politische Instrumente für Klimaschutz. Aktuelle Entwicklungen internationaler und nationaler Politik beschränken jedoch die Dekarbonisierung von Konsummustern und verringern damit die Plausibilität der Klimawende in Deutschland. Demgegenüber bleiben das relativ stabile Bewusstsein für den Klimawandel sowie die gesellschaftliche Unterstützung für Klimaschutz relevante Einflussfaktoren für politische Prozesse, welche ebenso Konsumententscheidungen – etwa durch eine steigende Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten – sowie Unternehmenshandeln beeinflussen können. Trotz abnehmender Resonanz, die Mobilisierung von einflussreichen Akteuren gegen Klimaschutzmaßnahmen und eingeschränkter Handlungsspielräume für Protest verfügt die Mobilisierung von Klimabewegungen weiterhin über erhebliches Potenzial durch die Verbreitung klimapolitischer Normen und Forderungen, die Ausübung politischen Drucks sowie die Auseinandersetzungen um und Anregung von Veränderungen im Konsumverhalten.

Handlungsoptionen

Hinsichtlich der Dekarbonisierung von Konsummustern in Deutschland lassen sich verschiedene Handlungsoptionen identifizieren. Dazu gehören strukturelle und verhaltensändernde Maßnahmen, die durch klimabezogene Regulierungen, politische

Instrumente und klimafreundliche Infrastrukturen – etwa Sektorenkopplung, ein Tempolimit und bessere Rahmenbedingungen für klimafreundliche Fortbewegungsformen – umgesetzt bzw. gefördert werden können. Von zentraler Bedeutung sind sozialverträgliche Maßnahmen, die klimafreundliche Konsummuster fördern und zugleich Armut bekämpfen sowie soziale Ungleichheiten verringern. Hierfür sind integrierte und intersektionale Lösungsansätze erforderlich, beispielsweise finanzielle Anreize und steuerliche Instrumente wie das Klimageld, eine progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung oder eine gender-sensible und angepasste Preisgestaltung zur Förderung klimafreundlicher Ernährung. Ergänzend können Maßnahmen wie ein ökologischer Mietspiegel und die Priorisierung der Sanierung besonders ineffizienter Gebäude zur Klimawende beitragen. Zudem braucht es eine verbesserte Datengrundlage und vertiefte Forschung, insbesondere in den Bereichen Gebäudebestand, Mobilitätsplanung und Ernährungssicherheit. Schließlich ist auch die Umsetzung von Ansätzen und Strategien notwendig, die strukturelle und kontextspezifische Rahmenbedingungen für klimafreundlichen Konsum betonen und angehen – im Gegensatz zu Strategien, die auf individualisierten Lösungen basieren und die Hauptverantwortung für die Transformation auf Haushalte verschieben.

Autor*innen:

Eduardo Gonçalves Gresse, Majbrit Hüttenhein, Mengting Xi, Lea Kammler

Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende. 2025. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025*. Agora Energiewende.
- Ammann, I., A. M. Mütter. 2022. *Wohneigentumsbildung und Wohnflächenverbrauch: Bestandsaufnahme und zukünftige Entwicklung*. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).
- Anantharaman, M. 2022. Is it sustainable consumption or performative environmentalism? *Consumption and Society* 1/1.
- Augustin, H. 2020. *Ernährung, Stadt und soziale Ungleichheit: Barrieren und Chancen für den Zugang zu Lebensmitteln in deutschen Städten*. transcript Verlag.
- Aykut, S. C., M. Neukirch, C. Zengerling, A. Engels, M. Suhari, A. Pohlmann. 2019. Energiewende ohne gesellschaftlichen Wandel? Der blinde Fleck in der aktuellen Debatte zur „Sektorkopplung“. *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 69/3: 20–24.
- Aykut, S. C. et al. 2024. *Klimawende Ausblick 2024: Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland*. Universität Hamburg.
- Bauman, Z. 2009. *Leben als Konsum*. Hamburger Edition HIS.
- Beck, U., W. Bonß. (Hrsg.) 2001. *Die Modernisierung der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Beckert, J. 2020. The exhausted futures of neoliberalism: From promissory legitimacy to social anomie. *Journal of Cultural Economy* 13/3: 318–330.
- Beckert, J. 2024. *Verkaufte Zukunft: warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Erste Auflage, Originalausgabe. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Beyeler, L., M. Jaeger-Erben. 2025. Sufficiency as a matter of care: Practices to provide for needs. *Ecological Economics* 238: 108737.
- Blaas, F., R. Stotten. 2025. Ernährung als Ausdruck sozialer Position. *Soziale Welt* 76/3: 285–309.
- Blom, P. 2017. *Was auf dem Spiel steht*. 3. Auflage. München: Carl Hanser Verlag.
- Blühdorn, I. 2024. *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp Verlag.
- Bohmann, S., M. Küçük. 2024. *Einkommensstarke Haushalte verursachen mehr Treibhausgasemissionen – vor allem wegen ihres Mobilitätsverhaltens*.

- Bourdieu, P. 1984. *Distinction: a social critique of the judgement of taste*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Brand, K.-W. 2017. *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*. Campus Verlag.
- Brand, U., M. Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Brand, U., M. Wissen. 2024. *Kapitalismus am Limit: öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. 2. Auflage. München: Oekom.
- Brand, U. et al. 2025. Structural limitations of the decarbonization state. *Nature Climate Change* 15: 927–934.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 2024. *Deutschland, wie es isst: Der BMEL-Ernährungsreport 2024*.
- Bundesnetzagentur, Bundeskartellamt. 2023. *Monitorbericht 2023*.
- Cischinsky, H., N. Diefenbach. 2018. *Datenerhebung Wohngebäudebestand 2016: Datenerhebung zu den energetischen Merkmalen und Modernisierungsraten im deutschen und hessischen Wohngebäudebestand*. Institut Wohnen und Umwelt.
- Creutzig, F. et al. 2022. Demand-side solutions to climate change mitigation consistent with high levels of well-being. *Nature Climate Change* 12/1: 36–46.
- Daggett, C. 2018. Petro-masculinity: Fossil fuels and authoritarian desire. *Millennium* 47/1: 25–44.
- Deutsche Energie-Agentur. 2024. *Soziale Aspekte der Gebäude-Energiewende. Herausforderungen und Möglichkeiten*.
- Deutsche Energie-Agentur. 2025. *DENA-Gebäude-report 2025: Zahlen, Daten, Fakten zum Klimaschutz im Gebäudebestand*.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung. 2024. *DGE-Ernährungsbericht, 15*.
- Dittrich, M. et al. 2024. *Die Grenzen des Konsums: Nachhaltiger Konsum unter der Berücksichtigung von planetaren Grenzen und globalen Wachstumsdynamiken*. Texte | 164/2024. Umweltbundesamt.
- Ekberg, K., B. Forchtner, M. H. Hultman, K. Jylhä. 2022. *Climate obstruction: How denial, delay and inaction are heating the planet*. London: Routledge.
- Engels, A. et al. 2024. *Hamburg Climate Futures Outlook 2024. Conditions for Sustainable Climate Change Adaptation*. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Eversberg, D., M. Fritz, L. von Faber, M. Schmelzer. 2024. *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Campus Verlag.
- Expertenrat für Klimafragen. 2025. *Zweijahresgutachten 2024: Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz)*.
- Fabel, M., M. Flückiger, M. Ludwig, H. Rainer, M. Waldinger, S. Wichert. 2022. *The Power of Youth: Political Impacts of the "Fridays for Future" Movement*. CESifo Working Paper, No. 9742. Munich: Center for Economic Studies and ifo Institute (CESifo).
- Faber, J., S. Raphaël. 2023. *CO₂ emissions of private aviation in Europe*. CE Delft.
- Fuchs, D. et al. 2021. *Consumption corridors: Living a good life within sustainable limits*. London: Routledge.
- GFI Europe. 2024. *Entwicklung des Marktes für pflanzenbasierte Lebensmittel im deutschen Einzelhandel 2021–2023*.
- Gornig, M., C. Kemfert. 2024. Grüne Transformation in Deutschland – nur mit echter... *Wirtschaftsdienst* 104/5.
- Gresse, E. G., A. Engels, S. Struve, E. Soans. 2024. Consumption trends. In: *Hamburg Climate Futures Outlook 2024: Conditions for sustainable climate change adaptation*. Herausgegeben von A. Engels et al. Bielefeld, Germany: transcript Verlag. 54–58.
- Haas, T., H. Sander, A. Fünfgeld, F. Mey. 2025. Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. *Energy Research & Social Science* 123.
- Hartmann, E. 2024. Sufficiency as relations of enoughness. *Sustainable Development* 32/6: 7201–7214.
- Haupt, H.-G., C. Torp. (Hrsg.) 2009. *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990: Ein Handbuch*. Herausgegeben von H.-G. Haupt, C. Torp. Campus Verlag.
- Hauser, E. et al. 2019. *Marktanalyse Ökostrom II: Marktanalyse Ökostrom und HKN, Weiterentwicklung des Herkunftsnachweissystems und der Stromkennzeichnung*. Umweltbundesamt.
- Hausknost, D. 2020. The environmental state and the glass ceiling of transformation. *Environmental Politics* 29/1: 17–37.
- Heeg, S. 2022. Finanzinvestoren auf dem deutschen Wohnungsmarkt. *WSI-Mitteilungen* 75/3: 197–204.

- Hermann, L. et al. 2021. *Serielle Sanierung in Europa und Deutschland: Abschlussbericht im Rahmen des Projekts „Abbau von Hemmnissen bei der energetischen Gebäudesanierung durch industrielle Vorfertigung“ (Texte 114/2021)*. Umweltbundesamt.
- Hickel, J. 2018. *The divide: A brief guide to global inequality and its solutions*. London: Penguin Random House.
- Icha, P., T. Lauf. 2025. *Entwicklung der spezifischen Treibhausgas-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990–2024*. Umweltbundesamt.
- infas, DLR, IVT, i. 360. 2025. *Mobilität in Deutschland 2023: Kurzbericht (im Auftrag des BMDV)*.
- International Energy Agency. 2024. *World Energy Outlook 2024*.
- Jaeger-Erben, M. et al. 2025a. Die sozial-ökologische Energiewende im Gebäudebereich. Worst Performing Buildings, soziale Nachhaltigkeit und Datenbasis. Analyse.
- Jaeger-Erben, M. et al. 2025b. Wie gelingt die Energiewende im Gebäudebereich? Handlungsfelder für eine sozialverträgliche Transformation.
- Kapeller, J., A. Hornykewycz, J. D. Weber, L. Cserjan. 2024. *Dekarbonisierung des Gebäudesektors als Teil einer sozial-ökologischen Transformation. Ein Gestaltungsvorschlag*.
- Kenkmann, T. et al. 2024. Soziale Aspekte von Umweltpolitik im Bedürfnisfeld Wohnen: Status quo – Gesellschaftliche Trends und bestehendes Instrumentarium. Umweltbundesamt.
- Koch, F., T. Heuer, C. Krems, E. Claupein. 2019. Meat consumers and non-meat consumers in Germany: A characterisation based on results of the German National Nutrition Survey II. *Journal of Nutritional Science* 8/21: 1–13.
- Koch, N., M. Amberg, A. Krämer, G. Wilger, R. Bongaerts. 2025. *Faktencheck Deutschland-ticket: Eine Bestandsaufnahme der empirischen Evidenz*. Potsdam: Potsdam Institute for Climate Impact Research.
- Korzynietz, R., F. Bierau-Delpont, R. Moorfeld. 2022. Die Energiewende als Sprungbrett in ein resilientes Energiesystem. In: *Resilienz: Leben – Räume – Technik*. Springer. 181–198.
- Krenak, A. 2020. *Ideas to Postpone the End of the World*. Toronto: House of Anansi Press Inc.
- Latour, B. 2018. *Down to Earth: Politics in the New Climatic Regime*. Cambridge: Polity Press.
- Liebensteiner, M., D. Fenz, G. Schubert. 2024. *Das 9-Euro-Ticket und das Mobilitätsverhalten: Eine empirische Analyse auf Basis von Mobilitätsdaten*. ifo Institut.
- Mau, S., T. Lux, L. Westheuser. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mensink, G., C. L. Barbosa, A.-K. Brettschneider. 2016. Verbreitung der vegetarischen Ernährungsweise in Deutschland. *Journal of Health Monitoring*.
- Monetti, S., B. Burdick, F. Waskow. 2024. *Lebensmittelpreise und Ernährungsarmut – nicht nur in der Krise*. Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.
- Motzer, N., C. Hamel, D. Agola, J. Riedel, N. Wagner-Hanl, H. Stein. 2024. *Deutschlandticket: Treiber der Mobilitätswende? Eine repräsentative Umfrage*. Fraunhofer-Allianz Verkehr.
- Neckel, S. 2018. Ökologische Distinktion: Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit. In: *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit*. Herausgegeben von S. Neckel, N. Besedovsky, M. Boddenberg, M. Hasenfratz, S. M. Pritz, T. Wiegand. transcript Verlag. 59–76.
- Neligan, A., M. Diermeier. 2025. *Klimaschutz: Zwischen Zeigefingermentalität und Zumutungsaversion*. Institut der deutschen Wirtschaft.
- Newell, P. 2021. *Power shift: The global political economy of energy transitions*. Cambridge University Press.
- Perino, G., C. Schwirplies. 2022. Meaty arguments and fishy effects: Field experimental evidence on the impact of reasons to reduce meat consumption. *Journal of Environmental Economics and Management* 114: 102667.
- Plananska, J., R. Wüstenhagen, E. de Bellis. 2023. Perceived lack of masculinity as a barrier to adoption of electric cars? An empirical investigation of gender associations with low-carbon vehicles. *Travel behaviour and society* 32: 100593.
- Popović, T., J. Reichhard-Chahine. 2024. *Finanzierung von energetischen Gebäudesanierungen: Eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Sustainable Finance-Regulierung der Europäischen Union (Texte 15/2024)*. Umweltbundesamt.
- Raab, S. 2023. *Ernährungsgerechtigkeit im deutschen Wohlfahrtsregime. Teilhabe und Ausschlüsse*. Universität Stuttgart, Bauhaus-Universität Weimar.
- Rau, H. 2024. Alltägliche Lebensführung und Nachhaltigkeit im Konsum. In: *Handbuch Umweltsoziologie*. Herausgegeben von M. Sonnberger, A. Bleicher, M. Groß. Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, A. 2024. Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Suhrkamp.

- Reusswig, F. A., C. Schleer. 2021. *Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen: Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz*. Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS).
- Rudolph, F., N. Riach, J. Kees. 2023. *Development of transport infrastructure in Europe: Exploring the shrinking and expansion of railways, motorways and airports*. T3 Transportation Think Tank/Wuppertal Institute.
- Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. 2025. *Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation. Gutachten für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- Schroeder, P., M. Anantharaman. 2017. "Lifestyle Leapfrogging" in Emerging Economies: Enabling Systemic Shifts to Sustainable Consumption. *Journal of Consumer Policy* 40: 3–23.
- Seto, K. C., S. J. Davis, R. B. Mitchell, E. C. Stokes, G. Unruh, D. Ürge-Vorsatz. 2016. Carbon lock-in: types, causes, and policy implications. *Annual review of environment and resources* 41/1: 425–452.
- Shove, E., G. Walker. 2014. What Is Energy For? Social Practice and Energy Demand. *Theory, Culture & Society* 31/5.
- Statistisches Bundesamt. 2022. *Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Private Haushalte und Umwelt*.
- Statistisches Bundesamt. 2025. *Wohnen in Deutschland. Zusatzprogramm des Mikrozensus 2022*.
- Venghaus, S., M. Henseleit, M. Belka. 2022. The impact of climate change awareness on behavioral changes in Germany: changing minds or changing behavior? *Energy, Sustainability and Society* 12/1.
- von Heesen, B. 2025. *Patriarchale Strukturen im Kontext einer ökologischen Transformation des Verkehrssektors. Indikatoren, Auswirkungen und Lösungen. Hintergrundpapier im Auftrag der Bundesstiftung Gleichstellung*. Berlin.
- Wagner, P. 2024. *Carbon societies: The Social Logic of Fossil Fuels*. Cambridge: Polity Press.
- Waltersbacher, M. 2022. Empirische Analysen zur Lage am Wohnungsmarkt in Deutschland. *WSI-Mitteilungen* 75/3: 213–222.
- Warde, A. 2014. After taste: Culture, consumption and theories of practice. *Journal of Consumer Culture* 14/3: 279–303.
- Wiedmann, T., M. Lenzen, L. T. Keyßer, J. K. Steinberger. 2020. Scientists' warning on affluence. *Nature Communications* 11/1.
- Wietschel, M. et al. 2018. Sektorkopplung – Definition, Chancen und Herausforderungen.

Klimabewegung und -proteste

Als Klimabewegung bezeichnen wir hier ein loses Netzwerk an unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen und Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel wie beispielsweise die Reduktion von Treibhausgasemissionen oder den Ausstieg aus fossilen Energien fordern. In Deutschland umfasst die Bewegung sowohl etablierte Umweltorganisationen und Solidaritätsnetzwerke als auch jüngere, stärker protestorientierte, aktivistische Gruppierungen mit klimapolitischem Fokus. In der Treiberanalyse fokussieren wir uns auf letztere Akteure, die in der jüngeren Vergangenheit eine maßgebliche Rolle in der Durchführung von Protesten gespielt haben, begreifen diese aber als eingebettet in das Gesamtfeld der Zivilgesellschaft.

Wie andere soziale Bewegungen kann die Klimabewegung als zentrale Triebkraft (indirekt) auf gesellschaftlichen Wandel hinwirken. Soziale Bewegungen agieren als kollektive Akteure und beeinflussen politische Entscheidungsprozesse, prägen gesellschaftliche Diskurse, transformieren Normen und Praktiken und wirken bis in konkrete Umsetzungsprozesse hinein (Rucht 1994, Tarrow 2011). Die Dynamik und Wirkungskraft sozialer Bewegungen wie der Klimabewegung hängen dabei unter anderem davon ab, inwiefern materielle und symbolische Ressourcen mobilisiert, soziale Netzwerke genutzt und kollektiv identitätsstiftende, historische Bezugspunkte hergestellt werden können. Weiterhin sind günstige politische Gelegenheitsstrukturen, u. a. institutionelle Öffnungen und Bündniskonstellationen (Kitschelt 1986, McAdam et al. 2003, Tilly 2006), sowie die Fähigkeit, ihre Anliegen durch Framing-Prozesse überzeugend und anschlussfähig zu kommunizieren, relevant für die Dynamik sozialer Bewegungen (Benford und Snow 2000). Darüber hinaus sind gesellschaftliche Bewegungen durch ihre Eigendynamik gekennzeichnet, die unter anderem auf strategischen Entscheidungen, bestimmten Ausdrucksformen und kollektiver Identitätsbildung sowie spontanen Dynamiken beruht (McAdam et al. 2003, Tilly 2006). Soziale Bewegungen sind häufig durch eine Dynamik geprägt, bei der verschiedene Prozesse zeitgleich sowie versetzt und in unterschiedlichem Verhältnis zueinander auftreten können. Dabei wird unterschieden zwischen Expansion (Mobilisierung), Transformation (Veränderung von Handlungsstrategien, Bündnisstrukturen usw.) und Kontraktion (Demobilisierung, Auftreten von Gegenbewegungen) (Koopmans 2004).

Im Folgenden skizzieren wir zunächst die Dynamik der Klimabewegung über die vergangenen Jahre und analysieren für die Bewegungsdynamik und -wirkung relevante Kontextbedingungen. Wir gehen davon aus, dass strukturelle, institutionelle und situative Kontextbedingungen die Handlungsspielräume (und damit auch mittelbar die Wirkmächtigkeit) von Protestbewegungen wesentlich beeinflussen (della Porta 2013, McAdam und Tarrow 2018). Strukturell wirken sich etwa der Grad der Offenheit politischer Institutionen und die Stärke von Grundrechten, sowie gesellschaftliche und kulturelle Normen auf die Handlungsspielräume der Klimabewegung aus. Institutionelle Bedingungen sind verfügbare Netzwerkkapazitäten, finanzielle und materielle Ressourcen und Wissensbestände sowie die mediale Resonanzfähigkeit ihrer Forderungen und Themen. Kurzfristig wirken sich Umweltkatastrophen und die Konjunktur anderer politischer Ereignisse (in den letzten Jahren beispielsweise insbesondere die Covid-19-Pandemie und verschiedene Kriege und Konflikte) auf die Handlungsspielräume von Bewegungen aus (Fünfgeld et al. 2024). Basierend auf der Analyse dieser Kontextbedingungen und der aktuellen Dynamik, entwickeln wir im letzten Teil der Treiberanalyse eine Einschätzung zur aktuellen und zukünftigen Wirkmächtigkeit der Klimabewegung. Die Analyse basiert dabei auf der Zusammenschau existierender Fachliteratur, der Auswertung von Medienberichten sowie auf qualitativen Interviews mit Klimaaktivist*innen und Parlamentarier*innen.

Abnehmende Dynamik

Die jüngere deutsche Klima- bzw. Klimagerechtigkeitsbewegung steht in der Tradition der bundesdeutschen Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung, ist aber gleichzeitig auch in aktuelle transnationale Entwicklungen und Netzwerke eingebunden. Der Beginn der Klima(gerechtigkeits)bewegung wird um das Jahr 2007 verortet, als sich mehrere Gruppen in Deutschland wie auch international formierten (Sander 2016). Nach einer zeitweisen Umorientierung hin zu stärker lokal ausgefochtenen Kämpfen, trat ab 2015 mit den Anti-Kohle-Aktionen von Ende Gelände wieder eine breitere Klimabewegung in Erscheinung und es formierten sich neue gesellschaftliche Bündnisse (Sander 2016). Später führte insbesondere das Erstarken von Fridays for Future (FfF) und Extinction Rebellion (XR) ab Ende 2018 zur Entstehung einer breiteren transnationalen

Bewegung (de Moor et al. 2021, Gardner et al. 2022). Infolge war auch in Deutschland zunächst ein starker Anstieg von Protestereignissen und Teilnehmendenzahlen bei Klimaprotesten zu beobachten, der seinen Höhepunkt im Jahr 2019 erreichte und die bislang größte Mobilisierung der Umweltbewegung in der bundesrepublikanischen Geschichte darstellt (Gonzatti und Schürman 2024). In den beiden Folgejahren waren die Klimaproteste aufgrund pandemiebedingter Kontaktsperrungen und Versammlungsverbote stark eingeschränkt.

Ab 2021 ließ sich zudem – in Reaktion auf eine aus Sicht der Aktivist*innen weiterhin weitestgehende politische Untätigkeit im Bereich Klimaschutz – eine Zunahme konfrontativer und öffentlichkeitswirksamer Proteste, wie Hungerstreiks, Straßenblockaden und Farbattaken beobachten, die maßgeblich auf die Gruppe Letzte Generation (LG) zurückgehen (Hutter et al. 2023).

Anfang 2023 konnte die Klimabewegung mit den Protesten in Lützerath erneut große mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Die Proteste, welche sich gegen die Räumung des Dorfes Lützerath zur Braunkohlegewinnung richteten, lassen sich als durchaus ambivalentes Moment für die Klimabewegung einordnen. Einerseits konnte hier durch die Kooperation vieler verschiedener Gruppierungen eine starke Mobilisierung erzielt werden. Gleichzeitig beschreiben Aktivist*innen Lützerath aber auch als frustrierendes und emotional belastendes Erlebnis, da trotz großer Proteste kein direkter Erfolg erzielt wurde und sich die Bewegung zudem mit massiver Polizeigewalt konfrontiert sah.¹

Neben größeren Demonstrationen gab es seither auch eine Reihe temporärer, teils lokaler Initiativen wie beispielsweise Waldbesetzungen rund um den Braunkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen sowie die 2023 gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi organisierte Kampagne #wirfahrenzusammen (Lucht und Liebig 2023).

Seit spätestens Ende 2023 wird generell eine Krise der Klimabewegung konstatiert.² Klimaproteste und -demonstrationen sind im Vergleich zu den

Vorjahren rückläufig und weisen geringere Teilnehmendenzahlen auf,³ was sich auch in einer seit 2023 abnehmenden medialen Aufmerksamkeit widerspiegelt (Abb. 15). Der Rückgang klimapolitischer Engagements ist dabei auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen haben andere Ereignisse und gesellschaftspolitische Entwicklungen wie die Corona-Pandemie, verschiedene Kriege und Konflikte sowie das Erstarken rechter Kräfte die Aufmerksamkeit von der Klimakrise auf andere Themen gelenkt.

So war zu beobachten, dass sich das Protestgeschehen insgesamt zwar nach der Corona-Pandemie langsam wieder erholt hat. Jedoch fanden die größten Mobilisierungen seitdem aber zu anderen Themen wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Protesten im Iran (Hutter et al. 2023) sowie vor allem in den Frühjahren 2024 und 2025 gegen den Aufschwung rechter Kräfte (Rucht et al. 2024, Wienkoop et al. 2024) und in den letzten Monaten auch verstärkt zum Thema Israel-Palästina statt (letzteres Thema hat aber auch zunehmend zu Kontroversen innerhalb der Bewegung geführt).⁴

Das Engagement in anderen Themenbereichen, wie beispielsweise dem Kampf gegen Rechts, hat zwar einerseits zu neuen Netzwerken, zur Zusammenführung verschiedener zivilgesellschaftlicher Kämpfe und zu einer verstärkten Kooperation zwischen Klimaaktivist*innen und anderen politischen Gruppen geführt, bindet aber gleichzeitig auch Ressourcen.⁵ Beispielsweise hat insbesondere Fridays for Future im Bündnis mit anderen Initiativen viele der Großdemonstrationen gegen Rechts mitorganisiert (Wienkoop et al. 2024).⁶

Darüber sehen Aktivist*innen eine weitere Ursache des rückläufigen Engagements und der Schwierigkeit, neue Personen zu mobilisieren, auch in den über die vergangenen Jahre stärker gewordenen polizeilichen Repressionen und der strafrechtlichen Verfolgung von Klimaaktivist*innen, die sie als abschreckend wahrnehmen. Zudem geben viele Personen auch an, nach langjährigem Engagement an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt zu

-
- 1 Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 14.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Greenpeace-Energieexpert*in, 17.4.2025, online.
 - 2 Kuner, L. „Schwierige Phase“: Unterstützung sinkt – Letzte Generation und Fridays for Future in der Krise. Frankfurter Rundschau. 14.09.2023. <https://www.fr.de/politik/letzte-generation-fridays-for-future-klimastreik-teilnehmerzahlen-demos-sinken-tbl-zr-92520986.html>
 - 3 Tagesschau. Zehntausenden demonstrieren für mehr Klimaschutz. 20.09.2024. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/fridays-for-future-254.html>
 - 4 MDR Aktuell. Bundesweite Demonstrationen. Klimabewegung Fridays for Future kämpft gegen abnehmende Sichtbarkeit. 14.02.2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/demonstrationen-fridays-for-future-sinkender-zulauf-100.html>
 - 5 Taz. Klimabewegung beim System Change Camp. Solidarität lernen in Zeiten der Klimakrise. 25.8.2025. <https://taz.de/Klimabewegung-beim-System-Change-Camp/16108452/>
 - 6 Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Greenpeace-Energieexpert*in, 17.4.2025, online.
 - 6 Braun, L.T. „Zusammen gegen rechts“: Eine Million für die Antifa. Nd. 24.01.2024. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179467.fridays-for-future-zusammen-gegen-rechts-eine-million-fuer-die-antifa.html>. Fridays for Future Berlin. Warum der Kampf gegen Rechts auch der Kampf fürs Klima ist. CAMPACT BLOG!. 06.01.2024. <https://blog.campact.de/2024/01/klimagerechtigkeit-kampf-gegen-rechts-auch-fuers-klima/>

sein und konstatieren auch angesichts der ausbleibenden Erfolge der letzten Jahre eine allgemeine Erschöpfung.⁷

Infolgedessen befinden sich einzelne Gruppierungen sowie die Bewegung insgesamt in einer Phase der Neuorientierung. So hat die Letzte Generation im Jahr 2024 zunächst einen Strategiewechsel und später auch eine Namensänderung angekündigt.⁸ Ende Februar 2025 sind dann aus dem Umfeld der LG die „Neue Generation“ (NG) und das „Widerstands-Kollektiv“ (WiK) entstanden. Beide Gruppen wenden sich vom Protest, der die Regierung zum Handeln bewegen will, ab und wollen stattdessen selbst Veränderungen herbeiführen. Bei der Neuen Generation soll dies vor allem durch dezentrale Aktionen und Bürger*innenräte („Parlament der Menschen“) passieren,⁹ während das Widerstands-Kollektiv sich vor allem auf direkte Aktionen gegen die Fossilindustrie, klimaschädliche Mobilität und Superreiche konzentrieren möchte.¹⁰

Seit 2024 lässt sich generell in der deutschen Klimabewegung eine Pluralisierung der Strategien und Selbstverständnisse beobachten. Neben den etablierten Akteuren wie FfF, die weiterhin auf breite gesellschaftliche Mobilisierung und politische Reformen setzen, und Gruppen wie Ende Gelände, die zivilen Ungehorsam gegen fossile Infrastruktur organisieren, treten zunehmend Strömungen hervor, die den Fokus von der reinen Verhinderung auf die Gestaltung von Krisenfolgen verschieben. Diese Entwicklung geht einher mit einer stärkeren Auseinandersetzung mit Fragen von Resilienz und solidarischer Zukunftsvorsorge, aber auch mit internen Debatten über Strategien, emotionale Arbeit und Handlungsfähigkeit.¹¹ Ein Beispiel für diese Neuausrichtung war das erste ‚Kollapscamp‘ im Sommer 2025 in Brandenburg. Mit rund 700 Teilnehmenden schuf es einen Raum, in dem das Konzept der ‚Kollaps-Akzeptanz‘ diskutiert wurde – also die Annahme, dass tiefgreifende ökologische, soziale und ökonomische Verwerfungen nicht mehr vollständig abzuwenden sind. Der Kollaps angesichts multipler Krisen wird dabei nicht als „das Ende aller Hoffnung“, sondern als „der Anfang einer neuen Phase von Kämpfen um Gerechtigkeit“ betrachtet.¹²

Anders als klassische Klimacamps, die auf direkte Blockaden oder Protestaktionen fokussieren, stand hier der Austausch über Strategien für den Umgang mit absehbaren Krisen, kollektive Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Alternativen im Vordergrund. Das Kollapscamp macht damit sichtbar, wie sich die deutsche Klimabewegung 2025 auch theoretisch und praktisch diversifiziert – zwischen Reformforderungen, Systemkritik und der Vorbereitung auf einen aus multiplen Krisen resultierenden gesellschaftlichen Kollaps.¹³

Kontext: Eine Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume

In der Entwicklung *struktureller Kontextbedingungen* fällt vor allem die zunehmende Einschränkung von Grundfreiheiten ins Gewicht. Zwar schneidet Deutschland in globalen Demokratie- und Grundrechte-Indizes vergleichsweise gut ab.¹⁴ Allerdings warnt etwa Amnesty International vor einer Abnahme der Offenheit politischer Institutionen in Deutschland.¹⁵ Die Organisation konstatiert eine zunehmende Kriminalisierung der Klimabewegung und kritisiert exzessive Gewaltanwendung gegen sie.¹⁶ Zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich vermehrt mit einer Einschränkung von Handlungsräumen, sogenannten *shrinking spaces* (Richter 2018), konfrontiert, was politische, rechtliche, diskursive und finanzielle Rahmenbedingungen betrifft (Hummel 2022). Im Civicus Monitor 2023 wurde der Handlungsspielraum der deutschen Zivilgesellschaft für 2023 von ‚offen‘ auf ‚eingeschränkt‘ herabgestuft; was weiterhin auch für die Einstufung im Jahr 2024 gilt.¹⁷ Eine im Januar 2025 veröffentlichte Studie von Green Legal Impact zeigt, dass die Klimabewegung seit 2019 mit zunehmenden Einschränkungen konfrontiert ist. Als besonders besorgniserregend stellt die Studie heraus, dass die politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, welche die Beteiligung und Wirksamkeit der Klimabewegung einschränken, nicht isoliert auftreten, sondern gar „systematisch“ seien.¹⁸ Ein konkretes Problem stellen dabei insbesondere

7 Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 14.4.2025, online; Interview Greenpeace-Energieexpert*in, 17.4.2025, online. Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online.

8 Tagesschau. Anderer Name, andere Aktionen. Letzte Generation will sich neu definieren. 18.12.2024. <https://www.tagesschau.de/inland/letzte-generation-170.html>

9 Arnold, M. Letzte Generation orientiert sich um. Taz. 02.03.2024 <https://taz.de/Letzte-Generation-orientiert-sich-um/!6070128/>

10 Homepage des Widerstands-Kollektiv. <https://widerstands-kollektiv.org/waswirwollen>

11 Homepage Kollapscamp: <https://kollapscamp.de/programm/>; Taz. Kollapsbewegung in der Klimakrise. Nach dem Untergang geht's weiter. 05.09.2025. <https://taz.de/Kollapsbewegung-in-der-Klimakrise/!6110821/>

12 Homepage Kollapscamp: <https://kollapscamp.de/programm/>

13 Taz. Kollapsbewegung in der Klimakrise. Nach dem Untergang geht's weiter. 05.09.2025. <https://taz.de/Kollapsbewegung-in-der-Klimakrise/!6110821/>

14 Freedom House. 2024. *Freedom in the world 2024. Germany*; EIU. 2024. *Democracy Index 2023*.

15 Amnesty International. 2025. *The State of the World's Human Rights*.

16 Amnesty International. 2025. *Amnesty International Report 2024/2025*.

17 Civicus. 2023. *People Power Under Attack*; Civicus. 2024. *People Power Under Attack*. Der Civicus Monitor 2024 geht nicht auf die Klimabewegung eine, sondern legt den Fokus auf die „pro-palästinensischen“ Proteste.

18 Green Legal Impact. 2025. *Green Legal Spaces: Studie 2025*.

die Einschränkung von Freiheitsrechten sowie unverhältnismäßige polizeiliche Maßnahmen und strafrechtliche Verfolgungen dar (siehe Box 6). Eine konkrete Einschränkung der Handlungsspielräume erfuhr die Klimabewegung auch durch das seit 2022 in Nordrhein-Westfalen geltende Versammlungsgesetz, das durch die Definition neuer Straftatbestände, erweiterte Überwachungsbefugnisse und ein Verbot von Versammlungen auf Autobahnen die Versammlungsfreiheit einschränkt.¹⁹

Insbesondere staatliche Repressionsmaßnahmen beeinflussen die Demonstrationsbeteiligung und die mediale Darstellung und Sichtbarkeit von Protesten.²⁰ Auch eine Tendenz zur Kriminalisierung lässt sich beobachten, wie die Einstufung der Letzten Generation als kriminelle Vereinigung in Bayern und die Erlassung von Präventivmaßnahmen und Haftstrafen gegen Klimaaktivist*innen zeigen.²¹ Diese Entwicklungen werden seitens der Klimabewegung als Einschüchterungsversuch betrachtet und haben maßgeblich zu einer Schwächung der Bewegung beigetragen.²² Ein weiteres Mittel zur Einschüchterung der Klimabewegung sind sogenannte SLAPP Klagen (*strategic lawsuit against public participation*) von Unternehmen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Aktivist*innen. In Deutschland wurden zwischen 2019 und 2022 insgesamt zwölf dieser Klagen gelistet, die meisten davon im Jahr 2022.²³

Was die gesellschaftliche Resonanz gegenüber Klimawandel und Klimaaktivismus betrifft, lassen sich mittlerweile zwei Tendenzen beobachten. Einerseits erscheinen bestimmte klimapolitische Themen und Maßnahmen als zunehmend konfliktbeladen (siehe bspw. das Heizungsgesetz, Box 2 sowie die mediale Darstellung von disruptiven Protestaktionen im folgenden Abschnitt) (Mau et al. 2023, Eversberg et al. 2024). Auffällig ist dabei, dass

die Spaltungslinien hier oft kongruent zu anderen gesellschaftlichen Konfliktlinien (beispielsweise bzgl. des Themas Migration oder konkreter energiepolitischer Maßnahmen) verlaufen (Reusswig und Küpper 2023, Pickel et al. 2024). Neben dieser zunehmenden Konflikthaftigkeit von Klimathemen zeigt sich aber insbesondere in den vergangenen Monaten eine abnehmende Präsenz von Klimathemen in der politischen und gesellschaftlichen Debatte zugunsten anderer Themen, was sich auch im Bundestagswahlkampf vom Frühjahr 2025, in dem Klimathemen außerhalb der Wahlprogramme so gut wie nicht vorkamen, gezeigt hat. Der abnehmende Stellenwert von Klima- und Umweltthemen wird auch in aktuellen Studien konstatiert²⁴ und spiegelt sich auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wider (siehe auch Kap. 5.1). Das Erstarren rechter politischer Kräfte kann sowohl als Symptom als auch als Ursache dieser Entwicklungen begriffen werden und hat zu einer zunehmenden Konflikthaftigkeit der Debatten um Klimaschutz²⁵ sowie auch zu einer verschärften Bedrohungssituation für Klimaaktivist*innen beigetragen (siehe auch Kap. 3.2). Infolge dieser Entwicklungen sind Aktivist*innen immer häufiger verbalen und physischen Angriffen ausgesetzt.²⁶

Auf *institutioneller Ebene*²⁷ stellen insbesondere die Anti-Atomkraft-Bewegung und die jüngere Anti-Kohlebewegung wichtige Ausgangspunkte der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung dar (Boscheinen und Bortfeldt 2021). Die Existenz einer historisch starken und breiten Umweltbewegung in Deutschland ist nicht nur aufgrund des Erfahrungswissens bedeutsam, sondern auch insofern wichtig, da diese den Klimaaktivist*innen finanzielle, materielle und organisationale Ressourcen bereitstellen kann. Dies reicht von der Nutzung von Räumlichkeiten und Materialien bis hin zur Anmeldung von

19 Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF). *Versammlungsgesetz NRW: Bedrohung für Versammlungsfreiheit und Zivilgesellschaft*. 2023. <https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie/vb-versammlungsrecht-nrw>

20 Forst, M. 2024. *State of repression of environmental protest and civil disobedience: a major threat to human rights and democracy*.

21 Amnesty International. *Deutschland: Ermittlungen kriminalisieren Klimaprotest*. 04.10.2023. <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/deutschland-ermittlungen-kriminalisieren-klimaprotest-fridays-for-future-letzte-generation>; Green Legal Impact. 2024. *Green Legal Spaces Report 2023*.

22 Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 14.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Greenpeace-Energieexpert*in, 17.4.2025, online.

23 CASE. 2023. *SLAPPs: A Threat to Democracy Continues to Grow. A 2023 Report Update*.

24 UBA. 2025. *Zukunft? Jugend fragen!* 2023.

25 Interview Mitarbeiterin eines Abgeordneten der CDU aus Ausschuss Klimaschutz und Energie, 14.4.2025, online. Interview FDP-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 24.4.2025, online. Interview SPD-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 8.4.2025, online. Interview Linke-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 2.4.2025, online.

26 Die Zeit. *Behörden ermitteln in 142 Fällen wegen Angriffen auf Klimaaktivisten*. 28.07.2023. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-07/ermittlungsverfahren-autofahrer-angriffe-letzte-generation>

27 Wir verstehen Institutionen hier in einem weiten Sinne als von der Gesellschaft anerkannte und verfestigten Verhaltensweisen und Glaubenssysteme (Durkheim [1895] 1984), die durch Habitualisierung und Typisierung von Handlungen entstehen und objektiviert weitergegeben werden (Berger und Luckmann [1966] 1987), und sowohl formelle Regeln als auch informelle Normen einschließen, die menschliches Handeln strukturieren und begrenzen (North 1990).

Demonstrationen.²⁸ Weiterhin zeichnet sich die Klimagerechtigkeitsbewegung der letzten Jahre auch durch eine starke transnationale Vernetzung aus (de Moor 2018, Gardner et al. 2022). Gleichzeitig droht allerdings eine Einschränkung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Klimabewegung im Zuge von Bestrebungen, politisch engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Dies betraf bisher die Organisationen Attac und Campact, gilt jedoch potenziell auch für prominente Umweltverbände (u. a. die Deutsche Umwelthilfe, PETA und Greenpeace). Der Entzug der Gemeinnützigkeit wird damit begründet, dass die politische Neutralität der betreffenden Organisationen infrage gestellt wird.

Diese seit ein paar Jahren aktuelle Problematik droht sich momentan zu verschärfen. So hat die CDU in Reaktion auf die Proteste gegen Rechts im Frühjahr 2025, die sich gegen das gemeinsame Abstimmen der CDU mit der AfD richteten, eine kleine Anfrage in den Bundestag eingebracht, die die Gemeinnützigkeit von 17 an den Protesten beteiligten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen hinterfragt.²⁹

Weiterhin hat sich wie bereits oben aufgeführt der allgemeine gesellschaftspolitische Kontext und hier insbesondere die Corona-Pandemie, verschiedene Kriege und Konflikte und das Erstarren rechter Kräfte in vielen Teilen der Welt negativ auf die Dynamik der Klimabewegung ausgewirkt.

Dynamik	Kontextbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Professionalisierung und Vernetzung innerhalb der Bewegung und darüber hinaus ▶ Politisierung insb. junger Menschen ◀ Teils abnehmendes Engagement aufgrund von Kapazitätsgrenzen, Erschöpfung der Aktivist*innen und Polizeigewalt ◀ Seit Lützerath: Rückgang der Proteste ◀ Gegeneskalation durch rechte Kräfte und marktradikale Thinktanks 	Offenheit der politischen Rahmenbedingungen <ul style="list-style-type: none"> ● Einschränkung von Handlungsspielräumen, insb. durch strafrechtliche Verfolgung und Einschränkungen von Freiheitsrechten ● Zunahme staatlicher Repressions- und Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber Klimagruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen 	
	Gesellschaftliche und kulturelle Normen <ul style="list-style-type: none"> ● Anhaltende allgemeine gesellschaftliche Befürwortung von Klimamaßnahmen ● Kritischere gesellschaftliche Stimmung gegenüber Klimabewegung und zunehmende Konflikthaftigkeit ● Erstarren rechter, klimaskeptischer Gruppierungen 	
	Ressourcen <ul style="list-style-type: none"> ● Gut institutionalisierte Umweltbewegung bietet materielle und finanzielle Ressourcen sowie Erfahrungswissen ● Strukturbildung durch Professionalisierung und Vernetzung stärkt Resilienz der Bewegung ● Einschränkung finanzieller Handlungsmöglichkeiten durch Infragestellung der Gemeinnützigkeit einiger Organisationen ● Negative Medienberichterstattung durch Skandalisierung der Protestformen und Fokus auf Gerichtsprozesse 	
	Externe Ereignisse <ul style="list-style-type: none"> ● Öffentliche Aufmerksamkeit liegt stärker auf anderen Themen (Kriege, Wahlkampf/ neue Bundesregierung, Migration, Wirtschaft, internationale Politik) 	

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ●

Tabelle 9: Entwicklungen in Dynamik und Kontextbedingungen der Klimabewegung

28 Interview, NGO-Vertreter, 13. Februar 2024, online. Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 14.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Greenpeace-Energieexpert*in, 17.4.2025, online.

29 Bundestag. 2025. *Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen.* Drucksache 20/15035. <https://dip.bundestag.de/vorgang/politische-neutralitaet-c3a4t-staatlich-gef-c3b6rderter-organisationen/320473>

Bewertung: Die Klimabewegung in der Krise

*Insgesamt wirkt die Klimabewegung weiterhin **teilweise unterstützend** auf die deutsche Klimawende, allerdings deutlich weniger als noch vor einigen Jahren. Insbesondere die Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume und die Konjunktur anderer Themen bewirken, dass die Klimabewegung aktuell deutlich weniger Einfluss geltend machen kann als zu ihren Hochzeiten. Auch im Vergleich zu unserem letzten Bericht ist der Einfluss weiter zurückgegangen.*

Das Momentum der Klimabewegung hat sich in Deutschland zuletzt deutlich abgeschwächt. Das zeigt etwa der Rückgang der Medienberichterstattung zur Klimabewegung im Jahresvergleich (Abb. 17), aber auch eine detaillierte Betrachtung der medialen Rahmungen von Klimaprotesten im Jahr 2024 (Abb. 18 sowie Box 5). Berichte zur Klimabewegung waren 2024 unter anderem geprägt von Antisemitismusvorwürfen gegenüber einzelnen Personen und Gruppen (insbesondere Greta Thunberg und FfF) sowie dem Umgang der Bewegung mit diesen Vorwürfen, die sich vor allem an Stellungnahmen zum Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem (teilweise als Genozid betrachteten) Krieg in Gaza entzündeten.³⁰

Weiterhin beschäftigten sich viele der Zeitungsartikel 2024 mit Gerichtsprozessen gegen Aktivist*innen der Letzten Generation (siehe auch Kap. 7.2). Klimapolitische Forderungen sind damit in der Berichterstattung über die Klimabewegung weiter in den Hintergrund gerückt.

Die Analyse der medialen Berichterstattung über die Klimabewegung im Zeitraum von März 2015 bis Januar 2025³¹ zeigt, dass die Klimabewegung (hier insb. FfF) zu Beginn zwar stärker medialen Diffamierungen ausgesetzt war, die sich vor allem in einer Infantilisierung der Protestierenden als „Schulschwänzer*innen“ äußerte, dann aber schon bald die Forderungen der Bewegung im Vordergrund der Berichterstattung standen (hier zeigt sich in Abb. 18, dass während im März 2019 diffamierende Darstellungen im Vordergrund standen, bereits Ende 2019 die Forderungen der Klimabewegung medial sehr viel präsenter wurden). Beispielsweise wurde Greta Thunberg in einem Beitrag vom Kölner Stadtanzeiger als „offensichtlich unter Wutausbrüchen leidende, mädchenhafte junge Frau“ bezeichnet und es wurde provokativ die Frage aufgeworfen, „ob Thunberg das Klima rettet oder das gesellschaftliche Klima vergiftet?“.³² Andere Zeitungen wie beispielsweise die taz im Oktober 2019 in ihrem Beitrag „Wir brauchen radikalere und mutigere Ansätze“ griffen die Forderungen der Klimabewegung auf und konstatierten: „Wenn wir die Klimaziele noch erreichen wollen, brauchen wir jedenfalls mutigere Initiativen als das sogenannte Klimapaket der Bundesregierung.“³³

Während die Berichterstattung über die Klimabewegung infolge abnehmenden Protestgeschehens während der Corona-Pandemie insbesondere 2020 stark zurückgeht, steigt mit der Remobilisierung Ende 2021/Anfang 2022 die Gesamtberichterstattung deutlich an. Auffällig ist, dass dabei insbesondere in den Jahren 2022/23 diffamierende Darstellungen der Klimabewegung in der medialen

30 Beber, W. Irrende Klima-Ikone: So verhöhnt Greta Thunberg die jüdischen Opfer. Tagesspiegel. 21.10.2023. <https://www.tagesspiegel.de/meinung/irrende-klima-ikone-so-verhoehnt-greta-thunberg-die-judischen-opfer-10663855.html>

31 Um zu erfassen, wie die Klimabewegung in der medialen Berichterstattung repräsentiert wurde, haben wir zum einen untersucht, wie häufig und welche diffamierenden Framings der Klimabewegung vorzufinden sind und wie häufig und wie die inhaltlichen Forderungen und Diagnosen der Bewegung rezipiert wurden. Letzteres machen wir anhand des Framings von Verantwortlichkeiten für den Klimawandel fest. Dies folgt dem Ansatz der Frameanalyse nach Entman (1993). Grundlage bildet ein Korpus von rund 20.000 Artikeln aus Tages- und Wochenzeitungen zur Klimabewegung. Aus diesem wurden 150 Artikel pro Jahr geschichtet-randomisiert ausgewählt und anschließend händisch nach Diffamierungs- und Verantwortungsframe codiert. Ein *Verantwortungsframe* liegt vor, wenn die Klimabewegung oder einzelne Aktivist:innen Akteur:innen wie Politik und Regierungen, Superreiche, Unternehmen oder den Kapitalismus als Ursache des Klimawandels bzw. für eine unzureichende Klimapolitik benennen. Liegt ein Verantwortungsframe vor, so werden die Forderungen der Klimabewegung betont und ihre Perspektive in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt. Dies kann als Indikator dafür gewertet werden, dass die Klimabewegung mediale Resonanz und Deutungshoheit erlangt.

Ein *Diffamierungsframe* liegt vor, wenn die Bewegung oder ihre Akteur:innen abgewertet, diskreditiert oder negativ dargestellt werden, etwa durch pauschale Kritik, Herabwürdigung oder die Unterstellung eines Gefährdungspotenzials für Gesellschaft, Ordnung oder Wirtschaft. Der Diffamierungsframe verweist daher auf Kritik, Ablehnung oder eine Delegitimierung der Bewegung und kann als Indikator für eine Gegenbewegung und deren mediale Sichtbarkeit verstanden werden.

Für die Abbildung wurden die annotierten Sätze systematisch nach Schlüsselwörtern durchsucht, die besonders häufig mit den jeweiligen Frames verbunden waren. Dem Diffamierungsframe wurden folgende Begriffe: *Klimaterrorist, Klimakleber, Schulschwänzer, schwänzen, demokratiefeindlich, Kriminell, Blockierer, Undemokratisch, Extremismus* oder *Vandalismus* zugeordnet, während zum Verantwortungsframe Begriffe *Klimaziele, Klimaschutz, Kohleausstieg, Regierungserklärung, Verkehrswende, Tempolimit, Klimaneutral 2030, Klimapaket, Klimakatastrophe, Systemwechsel, Gerechtigkeitsfrage* oder *Klimagerechtigkeit* zählten. Die Kategorien in der Abbildung geben an, in wie vielen Artikeln, mind. ein der oben genannten Wörter vorkommt.

32 Kölner Stadtanzeiger. *Nachdenken über Greta Thunberg*. 30.09.2019

33 Taz. *Wir brauchen radikalere und mutigere Ansätze*. 11.10.2019

Berichterstattung stark zunehmen und zeitweise das Gros der Berichterstattung prägten. Dies betraf insbesondere die Darstellung der Letzten Generation als „kriminell“ und „demokratiefeindlich“, wurde aber in der gesellschaftlichen Wahrnehmung teils auf die gesamte Klimabewegung übertragen.³⁴ Die Proteste wurden zunehmend als „demokratiefeindlich“ oder „gefährlich für die Gesellschaft“ dargestellt. Damit setzte eine Radikalisierung der Diffamierung ein. Beispielsweise schrieb die Welt Online, den Kieler Landtag zitierend: „Radikale Proteste wie gefährliche Eingriffe in den Straßen- oder Flugverkehr, die Gefährdung von Menschenleben oder Beschädigungen an Kunstwerken und Gebäuden dürfen aber nicht geduldet werden. Extremismus fange da an, wo Aktivisten für ihren Protest bewusst Gesetze brechen“.³⁵

Seit 2024 haben sowohl die Gesamtberichterstattung insgesamt als auch die mediale Repräsentation der Forderungen der Klimabewegung abgenommen, während diffamierende Zuschreibungen wie ‚kriminell‘, ‚extremistisch‘ oder ‚demokratiefeindlich‘ nach wie vor vorzufinden sind. Das Framing, d.h. die konkreten Forderungen der Klimaproteste wurden insgesamt weniger übernommen. Stattdessen standen einzelne Ereignisse im Mittelpunkt, insbesondere der Hungerstreik 2024. Gleichzeitig nahm die Diffamierung weiter zu: Medienberichte forderten verstärkt gesetzliche Verschärfungen, um die Proteste einzuschränken. Zusätzlich standen Vorwürfe des Antisemitismus gegen die Klimabewegung im Fokus. Damit rückte die Verantwortungszuschreibung an die Regierung zunehmend in den Hintergrund.

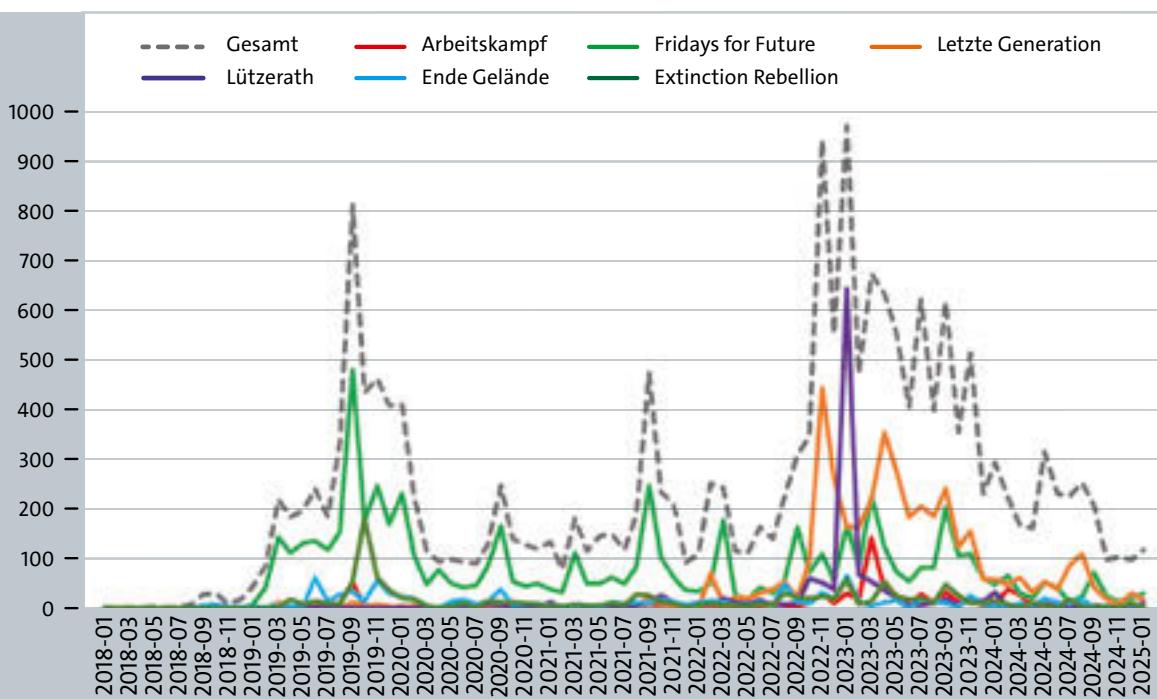


Abb. 17: Klimabewegung in Zeitungen. Die Abbildung zeigt die Häufigkeit der Nennung von unterschiedlichen Gruppierungen der deutschen Klimabewegung im Zeitverlauf in einem Korpus aus ausgewählten Tageszeitungen.³⁶

34 Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online.

35 Welt Online. *Harte Kritik im Kieler Landtag an radikalen Klimaprotesten*. 16.12.2022.

36 Die im Korpus berücksichtigten Tageszeitungen sind: WELT ONLINE (Deutsch), taz die Tageszeitung, Rheinische Post, Frankfurter Rundschau, Stern, Der Tagesspiegel, Kölner Stadt-Anzeiger, ZEIT-online, Spiegel Online, Nordwest-Zeitung, Rheinische Post Online, Stuttgarter Zeitung, Berliner Zeitung, Die Welt, Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin), Nürnberger Nachrichten, Sächsische Zeitung Regionalausgaben, Darmstädter Echo, SPIEGEL Plus, Lausitzer Rundschau, Hamburger Morgenpost, Berliner Kurier, Der Spiegel, BILD Regionalausgaben.

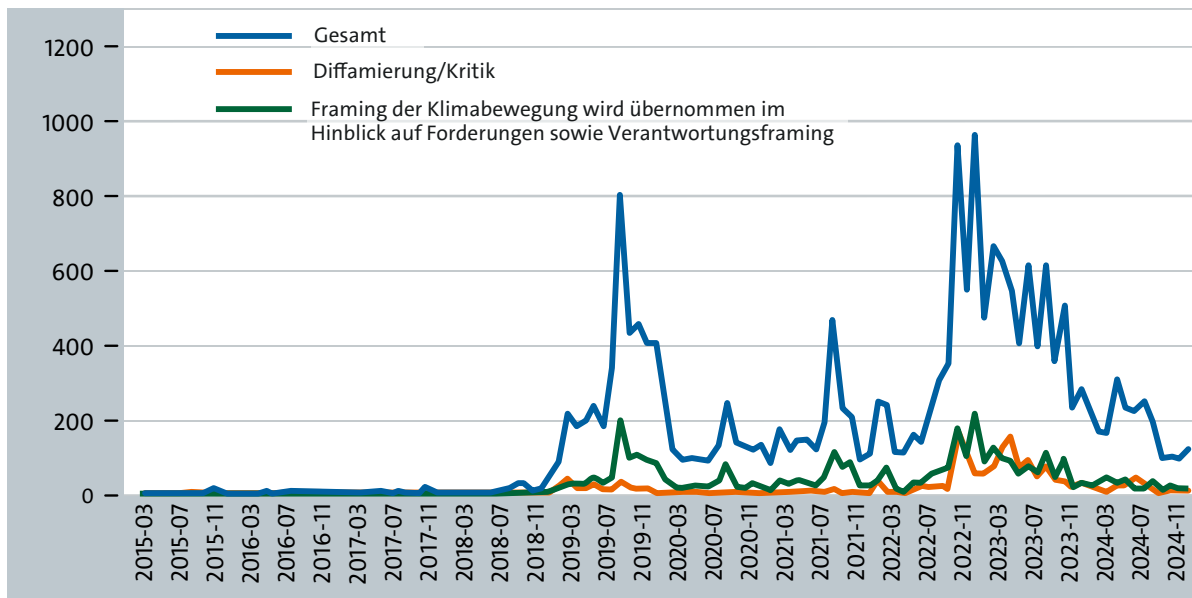


Abb. 18: Medienberichterstattung über die Klimabewegung. Die Abbildung zeigt eine Frameanalyse der medialen Berichterstattung über die Klimabewegung, von März 2015 bis November 2025. Nähere Erläuterungen siehe Anhang

Trotz der aktuellen Krise und Kontraktion (Demobilisierung) der Klimabewegung lässt sich feststellen, dass diese über die vergangenen Jahre sowohl direkt als auch indirekt auf klimapolitische Entscheidungen und Prozesse einwirken konnte. Hier zeigen sich auch Wechselwirkungen mit anderen Treibern. Ein früher politischer Effekt der Bewegung zeigt sich beispielsweise in der Einrichtung der Kohlekommission im Jahr 2018 und der gesetzlichen Regelung eines Kohleausstiegs bis 2038, die auch auf die langjährigen Proteste der Anti-Kohlebewegung zurückzuführen sind (Müller 2023). Weiterhin haben die Proteste nachweislich zumindest auch vor allem in den Jahren 2019/20 (FfF) und 2022/23 (LG) zu einer Auseinandersetzung mit der Bewegung im Bundestag geführt (Aykut et al. 2024). Hier hat die Klimabewegung zwar keine konkreten politischen Maßnahmen angestoßen, aber wesentlich zur Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit sowie von politischen Repräsentant*innen und damit zum Mainstreaming von Klimapolitik beigetragen.³⁷

Einige Aktivist*innen von FfF und Ende Gelände haben sich über Bundestagsmandate für die Grünen direkt in politische Entscheidungsprozesse

eingebraucht.³⁸ Im Juni 2024 trat die Letzte Generation bei den Wahlen fürs Europäische Parlament an, konnte allerdings keinen Sitz erzielen.³⁹ Weiterhin ist die Klimabewegung aktiv an der Ausarbeitung von Klimaklagen beteiligt, die sich direkt oder indirekt auf Regierungs- und Unternehmenshandel auswirken können. Umgekehrt können sich Proteste wiederum auf den Verlauf und die Erfolgschancen von Klimaklagen auswirken (siehe Kap. 7.2).

Zu den indirekten Wirkungen von Klimaprotesten zählt auch die Beeinflussung von Meinungsbildung und Wahlverhalten über die Prägung gesellschaftlicher Diskurse (Busch 2023, von Zabern 2023). Zudem konnten Korrelationen zwischen Fridays for Future Protesten und Veränderungen des Wahlverhaltens zugunsten der Grünen nachgewiesen werden, die u.a. auch die Elterngeneration der Protestierenden betreffen (Andres et al. 2022, Fabel et al. 2023). Insbesondere die Fridays for Future-Proteste haben zudem die klimabezogene Kommunikation von Politiker*innen erhöht. Dies gilt allerdings auch für Vertreter*innen der AfD, in deren Programmatik die Anti-Klimaschutzagenda ein konstitutives Element geworden ist (Fabel et al. 2023). Klimaproteste trugen auch zu neuen journalistischen

37 Interview Mitarbeiterin eines Abgeordneten der CDU aus Ausschuss Klimaschutz und Energie, 14.4.2025, online. Interview FDP-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 24.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 14.4.2025, online. Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview SPD-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 8.4.2025, online.

38 Schipkowski, K.; Schwarz, S. Fridays for Bundestag. *Taz*. 24.08.2020. <https://taz.de/Aktivisten-treten-zur-Wahl-an/!5704234/>
Groß-Lobkowicz, S. *Jung, grün, unzufrieden: Diese 3 Aktivistinnen bringen Fridays-Kampf in den Bundestag*. Focus Online. 11.10.2021. https://www.focus.de/politik/die-neuen-gruenen-im-bundestag-gruene-diese-3-aktivistinnen-bringen-den-fridays-kampf-in-unseren-bundestag_id_24306513.html

39 Tagesspiegel. *Stimmzettel statt Sekundenkleber: Letzte Generation nimmt erste Hürden für Kandidatur bei Europawahl*. 15.02.2024. <https://www.tagesspiegel.de/politik/stimmzettel-statt-sekundenkleber-letzte-generation-nimmt-erste-hurden-fur-kandidatur-bei-europawahl-11214871.html>

Formaten wie Klima.taz und Zeit Green sowie zu einer häufigeren Berichterstattung zum Thema Klima bei (Abb. 4 und 17) (Busch 2023).

Generell kann davon ausgegangen werden, dass Klimaproteste das öffentliche Bewusstsein für den Klimawandel gestärkt haben (Brehm und Gruhl 2024). Jedoch werden die unterschiedlichen Gruppen und Aktionsformen teils verschieden bewertet. Insbesondere die disruptiveren Aktionen der Letzten Generation wurden auch medial sehr kontrovers diskutiert (siehe Frameanalyse). Vor allem Bundestagsabgeordnete bewerten die Aktionen der Letzten Generation als eher schädigend für das Ansehen der Klimabewegung in Parlament und Öffentlichkeit.⁴⁰ Seitens Vertreter*innen anderer Klimagruppen wie Fridays for Future und Ende Gelände wird diesbezüglich vor allem aber die mediale Berichterstattung, die sich stark auf die disruptiven Protestformen fokussiert hat (wie dies auch schon in früheren Umweltbewegungen der Fall war), als problematisch bewertet, da hierdurch einer Diskreditierung der Bewegung als Ganze Vorschub geleistet wurde. Insgesamt scheint eine mit den Aktionen der Letzten Generation (und der darauf bezogenen Berichterstattung) einhergehende Abnahme der gesellschaftlichen Unterstützung für Klimaproteste sich aber nicht auf die Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen auszuwirken.⁴¹ Ein ‚radikaler Flankeneffekt‘, bei dem disruptivere Aktionsformen sich vorteilhaft auf die Wahrnehmung eher gemäßiger Strömungen einer Bewegung auswirken (Haines 1988, Simpson et al. 2022) konnte bisher allerdings auch nicht nachgewiesen werden.⁴²

In der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation gestaltet sich das politische Wirken der Klimabewegung zunehmend schwieriger. Nachdem klimaaktivistische Gruppierungen insbesondere in ihrer Anfangsphase erhebliche mediale Aufmerksamkeit erfahren hatten, ist diese seit etwa 2023 deutlich zurückgegangen. Begleitet wurde dieser Wandel von einer kritischeren und in Teilen stark diffamierenden Berichterstattung, insbesondere bezüglich der Gruppe Letzte Generation. Parallel dazu ist eine Verdrängung des Klimathemas aus öffentlichen Diskursen zu beobachten – etwa

im Bundestagswahlkampf im Frühjahr 2025 sowie in den anschließenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Union, bei denen migrationspolitische Fragen, sicherheitspolitische Krisen und das Erstarken rechter Kräfte stärker im Vordergrund standen (siehe Kap. 3.2 und 5.1). Weiterhin ist wie oben beschrieben auch eine gezielte diskursive Delegitimierung der Klimabewegung zu beobachten,⁴³ indem verschiedene Akteure beispielsweise als autoritär oder terroristisch gekennzeichnet und gezielte Assoziationen zur RAF geweckt werden (August 2024). Dies untergräbt die gesellschaftliche Resonanz der Klimabewegung, da damit ein Rechtfertigungszwang hervorgerufen wird, wodurch die Ziele und Forderungen der Bewegung im öffentlichen Diskurs in den Hintergrund treten (August 2024). Die neue Stimmenverteilung im Bundestag hat zudem zu einer Schwächung progressiver klimapolitischer Positionen geführt (vgl. Kap. 5.1), was die Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen auf politische Entscheidungsprozesse weiter einschränkt.

Zusammenfassend können soziale Bewegungen Diskurse und gesellschaftliche Werte und Normen prägen und Themen setzen sowie dadurch Druck auf politische Entscheidungsträger*innen und Unternehmen aufbauen. Aktuell lässt sich aber aufgrund des gesamtgesellschaftlichen Klimas, (geo)politischer Kontextbedingungen sowie eingeschränkter Handlungsspielräume eine wesentlich geringere Dynamik und Wirksamkeit von Klimaprotesten verzeichnen. Insgesamt wirkt die Klimabewegung momentan weiterhin teilweise unterstützend auf die Klimawende, allerdings aufgrund der aufgeführten Entwicklungen deutlich weniger als noch vor einigen Jahren.

Vor diesem Hintergrund wird neben generellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen die strategische Neuausrichtung der Klimabewegung, die über die vergangenen Monate eingesetzt hat, zentral für ihre zukünftige Wirksamkeit sein. Entscheidend wird dabei sein, inwieweit es ihr gelingt, auf die gegenwärtigen klimapolitischen Herausforderungen und antidemokratischen Entwicklungen zu reagieren, neue gesellschaftliche Gruppen zu adressieren und breite Allianzen oder

40 Interview Mitarbeiterin eines Abgeordneten der CDU aus Ausschuss Klimaschutz und Energie, 14.4.2025, online.

Interview FDP-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 24.4.2025, online. Interview SPD-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 8.4.2025, online. Interview Linke-Bundestagsabgeordnete*r (20. Legislaturperiode, 2021–2025), 2.4.2025, online.

41 Saldivia-Gonzatti, D. and S. Hunger. 2023. *Wenig Unterstützung für radikale Klimaproteste: Studie zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Aktionen der Klimabewegung*. <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/wenig-unterstuetzung-fuer-radikale-klimaproteste>

42 Die Existenz dieses sogenannten *radical flank effects*, wurde bisher nicht eindeutig nachgewiesen und erscheint auch für die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung nicht der Fall zu sein. Verschiedene Studien zu sozialen Bewegungen zeigen hingegen, dass besonders jene Bewegungen erfolgreich sind, die eine breite Definition von Gewaltfreiheit vertreten und sich nicht in internen Machtkämpfen verlieren. Entscheidend ist dabei nicht die Radikalität einzelner Protestformen, sondern die Fähigkeit, eine Vielfalt an Taktiken anzuwenden, die gesellschaftliche Resonanz erzeugen (Sovacool and Dunlap 2022).

43 Ein Beispiel für diskursive Delegitimierungsversuche ist die ‚Initiative Transparente Demokratie‘, welche vor einer Schattenagenda staatlich finanzierter NGOs warnt. Sie unterstellt, NGOs würden mit staatlichen Geldern parteinahe Ziele wie Umweltschutz verfolgen. Die Initiative steht selbst rechtskonservativen Thinktanks nahe sowie Personen der Chemie- und Lebensmittelindustrie. https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Transparente_Demokratie

aber gesellschaftliche Alternativen zu etablieren. Zudem bleibt zu beobachten, inwiefern internationale Entwicklungen – etwa das Erstarken autoritärer und rechter politischer Kräfte – Auswirkungen auf die internationalen Klimaverhandlungen und die nationale Bewegungsdynamik entfalten.

Trotz des krisenhaften Zustands vieler klimaaktivistischer Gruppen in den vergangenen Monaten und insbesondere 2024, ist positiv hervorzuheben, dass die Bewegung aus Sicht von Aktivist*innen zur Politisierung junger Menschen und der Einübung zivilgesellschaftlicher Teilnehmungsformen beigetragen hat. Darüber hinaus hat sich die Klimabewegung über die vergangenen Jahre zunehmend professionalisiert und untereinander sowie transnational und mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen vernetzt, was wiederum als potenziell bedeutsame Ressource für zukünftiges klimapolitisches und zivilgesellschaftliches Engagement allgemein betrachtet werden kann.⁴⁴ Darüber hinaus ist vor allem seit Frühjahr/ Sommer 2025 verstärkt eine Umformierung, Neuorientierung und Diversifizierung zu beobachten, die zumindest von der Bewegung selbst als Anfang einer neuen Phase betrachtet wird und eventuell eine neue kollektive Handlungsfähigkeit versprechen könnte.⁴⁵

Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen zeigt sich, dass die Wirksamkeit der Klimabewegung im Hinblick auf die Umsetzung der Klimawende stark von gesellschaftlichen und politischen Kontextbedingungen abhängt. Zentral ist dabei der Schutz zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume als Grundvoraussetzung demokratischer Auseinandersetzung in Transformationsprozessen. Wie dies auch für andere gesellschaftliche Themen gilt, erfordern demokratische Aushandlungsprozesse die Gewährleistung von Grundrechten wie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die in der Vergangenheit teilweise nicht gegeben war. Zentral ist zudem die Wahrung von rechtlicher Verhältnismäßigkeit gegenüber zivilgesellschaftlichem Protest. Repressionen gegenüber Klimaaktivist*innen – etwa durch unverhältnismäßige Polizeimaßnahmen, präventive Ingewahrsamnahmen oder strafrechtliche Kriminalisierung – sollten daher dringend dahingehend überprüft und abgebaut werden. Da eine bundesweite Klimawende nur im Kontext einer „Gesellschaft der Klimawende“ gelingen kann und daher die Miteinbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen für ihr Gelingen erforderlich ist, sollten die entsprechenden Möglichkeiten gestärkt werden. Dazu zählt insbesondere auch die rechtliche Absicherung gemeinnütziger Organisationen, welche in der jüngeren Vergangenheit

verstärkt Angriffen seitens politischer Akteur*innen ausgesetzt waren. Eine demokratische Gesellschaft, die auf Partizipation und Aushandlung angewiesen ist, muss sicherstellen, dass politisches Engagement nicht sanktioniert, sondern unterstützt wird. Nur so kann eine lebendige und aktive Zivilgesellschaft bestehen, die auch in schwierigen Zeiten erforderliche Veränderungen und Anpassungen wie die Klimawende mit- und zu diesen beiträgt.

Autor*innen:

Anna Fünfgeld und Yannick Walter

Literaturverzeichnis

- Andres, L. et al. (2022): *Trägt die Fridays-for-Future-Bewegung zum politischen Klimawandel bei?: Big Data Economics mit Hilfe von Mobilfunk-, Schulstreik-, (Social-)Media-, Wetter- und Fußballdaten*. ifo Institut.
- August, V. (2024): Dynamiken des Klimakonflikts: Eskalation, Gegeneskalation und De-Eskalation seit Fridays for Future und der Letzten Generation. *Politische Vierteljahresschrift* 66: 381–405.
- Aykut, S. C. et al. (Hg.) (2024): *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1: Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen*. Universität Hamburg.
- Benford, R. D., D. A. Snow (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual review of Sociology* 26: 611–639.
- Berger, P., T. Luckmann ([1966] 1987): *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. Penguin Books.
- Boscheinen, J., L. Bortfeldt (2021): *Umwelt- und Ökologiebewegungen, Ein Überblick*. Springer VS.
- Brehm, J., H. Gruhl (2024): Increase in concerns about climate change following climate strikes and civil disobedience in Germany. *Nat Commun* 15(1): 2916.
- Busch, L. (2023): „Klimaberichterstattung im Wandel – Fridays for Future und die Medien“, In: J. Pollex, A. Soßdorf (Hg.) *Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung*. Springer VS. 293–311.
- de Moor, J. (2018): The ‘efficacy dilemma’ of transnational climate activism: the case of COP21. *Environmental Politics* 27(6): 1079–1100.

44 Interview Fridays for Future-Aktivist*in, 16.4.2025, online. Interview Ende Gelände-Aktivist*in, 10.4.2025, online.

45 Homepage Kollapscamp: <https://kollapscamp.de/programm/>

- de Moor, J. et al. (2021): New kids on the block: Taking stock of the recent cycle of climate activism. *Social Movement Studies* 20(5): 619–625.
- della Porta, D. (2013): „Political Opportunity/ Political Opportunity Structure“, In: D. A. Snow et al. (Hg.) *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. Wiley. 1–7.
- Durkheim, E. ([1895] 1984): *Die Regeln der soziologischen Methode*. Suhrkamp.
- Entman, R. M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication* 43(4): 51–58.
- Eversberg, D. et al. (2024): *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Campus Verlag.
- Fabel, M. et al. (2023): *The Power of Youth: Did the “Fridays for Future” Climate Movement Trickle-Up to Influence Voters, Politicians, and the Media?* 9742. ifo-Institut. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp9742.pdf
- Fünfgeld, A., L. Frerichs, F. Hildebrandt (2024): „Klimabewegung und -proteste“, In: S. C. Aykut et al. (Hg.) *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1: Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen*. Universität Hamburg. 45–47.
- Gardner, P., T. Carvalho, M. Valenstein (2022): Spreading rebellion?: The rise of extinction rebellion chapters across the world. *Environmental Sociology* 8(4): 424–435.
- Gonzatti, D. S., L. Schürman (2024): „Klima- und Umweltproteste in Deutschland von 1950 bis heute“, In: H. Universität (Hg.) *Klimawende Ausblick 2024*. Universität Hamburg. 76–78.
- Haines, H. H. (1988): *Black radicals and the civil rights mainstream, 1954–1970*. University of Tennessee Press.
- Hummel, S. (2022): Germany’s Contested Civil Society in a Time of Politization. *Nonprofit Policy Forum* 13(3): 195–210.
- Hutter, S. et al. (2023): „Politischer Protest und Radikalisierung (WZB-ProtestMonitoring)“, In: Uwe Kemmesies et al. (Hg.) *MOTRA-Monitor 2022*. MOTRA. 110–135.
- Kitschelt, H. P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science* 16(01): 57–85.
- Koopmans, R. (2004): „Protest in Time and Space: The Evolution of Waves of Contention“, In: D. A. Snow, S. A. Soule, H. Kriesi (Hg.) *The Blackwell Companion to Social Movements*. Blackwell Publishing Ltd. 19–46.
- Lucht, K., S. Liebig (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver. di und Fridays for Future im ÖPNV. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53(210): 15–33.
- Mau, S., T. Lux, L. Westheuser (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Suhrkamp.
- McAdam, D., S. Tarrow (2018): „The political context of social movements“, In: D. A. Snow et al. (Hg.) *The Wiley Blackwell companion to social movements*. Wiley Blackwell. 19–42.
- McAdam, D., S. Tarrow, C. Tilly (2003): Dynamics of contention. *Social Movement Studies* 2(1): 99–102.
- Müller, K. (2023): Climate camps and environmental movements. Impacting the coal industry and practicing ‘system change’. *Globalizations* 20(8): 1380–1392.
- North, D. (1990): *Institutions, institutional change, and economic performance*. Cambridge University Press.
- Pickel, S., K. Celik, O. Decker (2024): „Verwaarlöste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland“, In: O. Decker et al. (Hg.) *Leipziger Autoritarismus Studie. Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Psychosozial-Verlag. 181–206.
- Reusswig, F., B. Küpper (2023): „Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine“, In: A. Zick, B. Küpper, N. Mokros (Hg.) *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Dietz. 294–311.
- Richter, T. (2018): *Weltweit verringerte Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft*. GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien.
- Rucht, D. (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Campus Verlag.
- Rucht, D., E. Steinhilper, P. Kocyba (2024): *Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt*. Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Sander, H. (2016): *Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven*. Rosa Luxemburg Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf

- Simpson, B., R. Willer, M. Feinberg (2022): Radical flanks of social movements can increase support for moderate factions. *PNAS Nexus* 1(3): pgac110.
- Tarrow, S. (2011): *Power in movement: Social movements and contentious politics*. Cambridge University Press.
- Tilly, C. (2006): *Regimes and Repertoires*. The University of Chicago Press.
- von Zabern, L. (2023): „Die (un)endliche Geschichte. Fridays for Future und die Klimakrise im medialen Diskurs. Eine Einordnung aus Sicht der Medienforschung“, In: J. Pollex, A. Soßdorf (Hg.) *Fridays for Future: Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung*. 87–113.
- Wienkoop, N.-K. et al. (2024): „Ohne Demokratie ist alles nichts.“ *Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024*. Friedrich-Ebert-Stiftung; Institut für Protest- und Bewegungsforschung. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21695.pdf>

BOX 5 Wer stört, wird gehört?: Analyse der Berichterstattung und Online-Diskurse über die Klimaprotestgruppen Letzte Generation und Fridays for Future

Die Art der Klimaproteste hat sich mit Akteur*innen wie der Letzten Generation in Deutschland in den letzten Jahren verändert. Die Gründung der Letzten Generation Ende 2021 kann als Antwort auf die anhaltende politische Inkonsequenz im Klimaschutz sowie das Ausbleiben substanzieller Erfolge anderer Protestbewegungen, wie Fridays for Future, verstanden werden.¹ Der Unterschied beider Protestbewegungen liegt in der Wahl ihrer Protestmittel und in der öffentlichen Bewertung dieser. Fridays for Future arbeitet mit Protestaktionen wie der Organisation von (Groß-)Demonstrationen, dem Versenden von Protest-Mails an Politiker*innen oder Hashtag-Kampagnen innerhalb gesellschaftlich weitestgehend akzeptierter, also „normativer“, Protestformen (Shuman et al. 2024). Ziviler Ungehorsam, wie er von der Letzten Generation durch konfrontative, oft rechtswidrige Protestmittel wie Störaktionen oder den (symbolischen) Angriff auf öffentlichen oder privaten Besitz ausgeübt wird, definiert Shuman et al. (2024) demgegenüber als „nicht-normativer“ oder „disruptiver“ Protest, da dieser sich bewusst auf das Stören des bestehenden Systems konzentriert.

Dabei ist die Entstehung neuer Protestgruppen, die versuchen ihre Anliegen – hier die politische Durchsetzung konsequenter Klimaschutzmaßnahmen – mit disruptiveren Protestmitteln als moderatere Protestbewegungen zu erreichen, eine oft zu beobachtende Entwicklung im Kontext von Protestbewegungen. Simpson et al. (2022) zeigen in Umfrageexperimenten, dass sogenannte radikale Flanken durch einen „positive radical flank effect“ sogar dazu beitragen können, moderate Bewegungen innerhalb der Gesellschaft zu stärken, indem sie diese im Vergleich vernünftiger und effektiver wirken lassen. Ob und in welchem Ausmaß radikale Flanken den Rückhalt für moderatere Bewegungen fördern, bleibt empirisch jedoch umstritten. So konnten Feinberg et al. (2020) zeigen, dass Protestbewegungen mithilfe „extremer Protestformen“ zwar für mehr öffentliche Aufmerksamkeit sorgen, dabei jedoch ein hohes Risiko eingehen, gesellschaftliche Unterstützung zu verlieren.

Fest steht jedoch, dass der Letzten Generation vorgeworfen wird, durch ihren disruptiven Protest die Klimadebatte weiter zu polarisieren, den allgemeinen Zuspruch für die Klimabewegung zu verringern und damit von deren Forderungen abzulenken. Mittlerweile protestiert die ehemalige Letzte Generation in zwei Gruppierungen: als Neue Generation, die ihre Schwerpunkte erweitert und ihre Aktionsformen teilweise verändert hat, und als Widerstandskollektiv, das weiterhin auf Aktionen des zivilen Ungehorsams setzt (siehe Kap. 7.1).

Wir haben in unseren großangelegten Medienanalysen untersucht, inwiefern disruptive Klimaproteste im Vergleich zu moderateren Protesten wirklich zu einer stärkeren „diskursiven Polarisierung“ (Brüggemann und Meyer 2023) der Klimadebatte in Deutschland geführt haben und welche Akteure dabei Polarisierungsprozesse in (Online-)Diskursen vorantreiben. Um diese Fragen zu beantworten, haben wir die journalistische Berichterstattung und den Online-Diskurs auf Twitter/X über Fridays for Future und die Letzte Generation in den Jahren 2022 und 2023 analysiert. Durch (halb)automatisierte Inhalts-, Netzwerk- und Sentimentanalysen von 6.000 Zeitungsartikeln und 5.000.000 Twitter/X-Beiträgen² konnten wir zeigen, wie unterschiedlich die beiden Klimabewegungen diskutiert werden. „Diskursive Polarisierung“ definieren wir dabei als eine Form von Polarisierung, die in Kommunikation sichtbar wird, indem zunehmend extreme, gegensätzliche Standpunkte entlang politisch-ideologischer Linien eingenommen werden (ideologische Polarisierung) und sich zugleich in abwertenden Interaktionen zwischen unterschiedlichen Meinungsfractionen im Diskurs widerspiegeln (affektive Polarisierung) (Brüggemann und Meyer 2023).

Die Analyse verdeutlicht, dass sich in der Berichterstattung wie auch im Online-Diskurs zu beiden Bewegungen deutliche Polarisierungsmuster zeigen, die im Fall der disruptiven Klimaproteste der Letzten Generation besonders ausgeprägt sind. Sichtbar wird ideologische Polarisierung in der signifikanten Übereinstimmung zwischen geposteten Inhalten und der ideologischen Gruppenzugehörigkeit innerhalb der Netzwerkgruppen.

1 Rucht, D. 2023. *Die Letzte Generation: Beschreibung und Kritik*. ipb working series, 1/2023.

2 Die Twitter/X-Daten wurden mithilfe der Twitter Research API über die zentralen deutschen Hashtags und Hauptaccounts der Bewegungen („#fridaysforfuture“, „#letztegeneration“, „@FridayForFuture“ und „@AufstandLastGen“) erhoben (siehe Meyer, Pröschel, et al., 2025). Die Nachrichtenartikel wurden aus insgesamt 20 Medien erhoben, darunter führende deutsche Print- und Online-Nachrichtenmedien (u. a. Welt, Bild, FAZ, Spiegel, SZ). Erfasst wurden alle Beiträge, in denen „Letzte Generation“ oder „Fridays for Future“ vorkamen, basierend auf der Factiva-Datenbank und ergänzenden Onlinearchiven (siehe Meyer et al. 2025b).

Diese Zugehörigkeit wurde mithilfe von Netzwerkanalysen ermittelt und durch eine qualitative Validierung ergänzt, bei der die 200 einflussreichsten Nutzer*innen-Accounts pro Debatte auf einem Spektrum von links-progressiv bis rechts-konservativ kodiert und mit der automatisierten Klassifizierung verglichen wurden. Die Analyse zeigt eine eindeutige Überschneidung automatisierter und

manuell ermittelter ideologischer Positionen: So ist sowohl der Online-Diskurs über Fridays for Future, als auch der über die Letzte Generation eindeutig in ein links-liberales Unterstützer*innen-Lager (blau eingefärbt) und ein rechts-konservatives Antagonist*innen-Lager (orange eingefärbt) aufgeteilt (siehe Abb. 19).

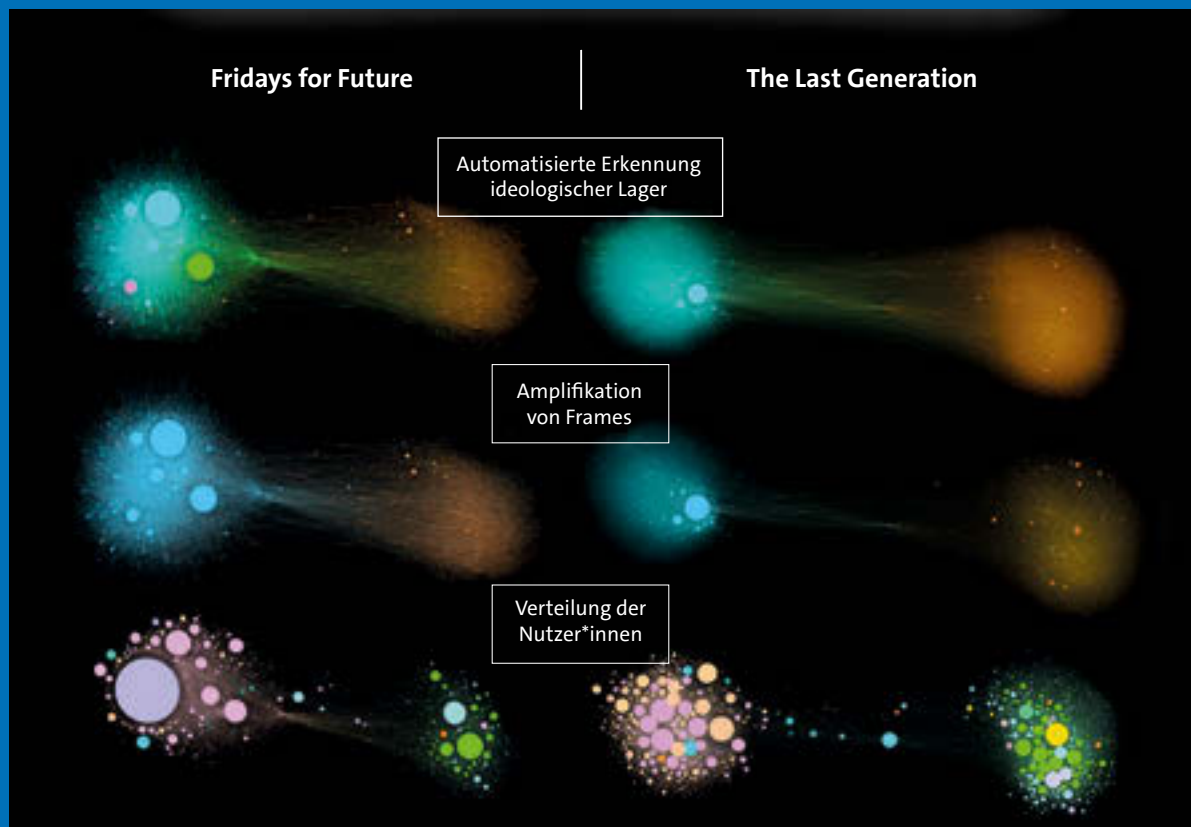


Abb. 19: Netzwerkvisualisierung der Amplifikationsstruktur beider Diskurse mit dem Abgleich der automatisierten Erkennung ideologischer Lager sowie der Verteilung von Frames und Nutzer*innen-Typen.

Das gleiche Vorgehen wurde für die Frames angewendet: Die auf Netzwerkebene identifizierte Frame-Nutzung wurde durch die qualitative Kodierung von 1.500 Tweets in unterstützende und antagonistische Frames pro Debatte überprüft (Meyer et al. 2025a). Die Analyse zeigt, dass in beiden Debatten Unterstützer*innen überwiegend moderate Frames wie „Klimaschutz ist notwendig“ oder „Protest ist demokratisch“ verwenden, während Antagonist*innen auf extreme, gegnerische Frames zurückgreifen, etwa „Klimaaktivist*innen sind „Verbrecher“, „Terroristen“ oder „Mörder“. In der Debatte über die Letzte Generation ist der Anteil dieser extremen Frames fast doppelt so hoch wie in der über Fridays for Future.

Affektive Polarisierung, erfasst mithilfe automatisierter Sprachmodelle, die negativ emotionalisierte Wortmuster in Interaktionen zwischen den beiden Gruppen und Inhalten messen, tritt im

Diskurs über die Letzte Generation ebenso deutlich häufiger auf. Auch hier stammt die antagonistische Sprache von den Kritiker*innen und zeigt sich besonders dann, wenn sie die Unterstützer*innen der Bewegungen adressieren. Die Letzte Generation erhält im Untersuchungszeitraum deutlich mehr Aufmerksamkeit – allerdings zu einem Preis: Die hohe Sichtbarkeit begünstigt die Bildung einer reaktiven, antagonistischen Gegenöffentlichkeit aus dem rechtskonservativen Raum, deren Nutzer*innen die diskursive Polarisierung der Onlinedebatte verstärken.

Ein ähnliches Muster zeigt sich in der Berichterstattung: Beiträge über Fridays for Future sind generell weniger negativ emotionalisierend und konzentrieren sich auf das zentrale Anliegen der Bewegung, die Klimagerechtigkeit. Im Gegensatz dazu wird die Letzte Generation – ähnlich wie im Online-Diskurs – vorwiegend durch die Linse von

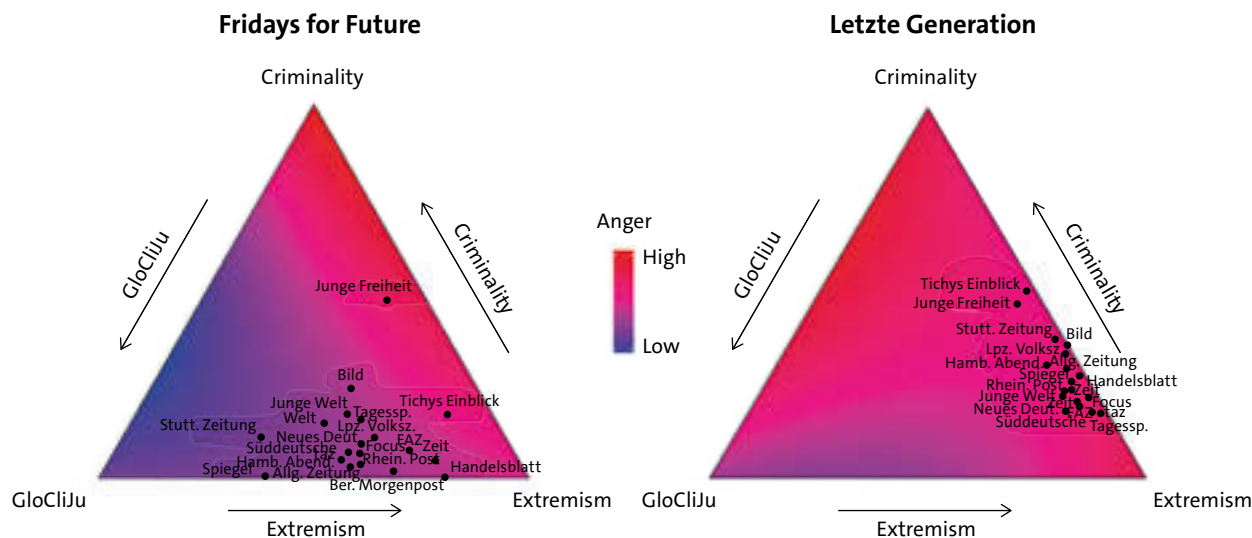


Abb. 20: Verwendung der drei Frames in Absätzen mit Verweisen auf FFF (links) und LG (rechts) durch die einzelnen Medien. Die Nähe zu den Ecken zeigt die Fokussierung auf den jeweiligen Frame an. Die Farbe der Dreiecke gibt den durchschnittlichen Grad der Wut in Artikeln an, die bestimmte Frames verwenden.

Extremismus- und Kriminalitäts-Frames diskutiert. Während extreme Frames, wie die Bezeichnung der Aktivist*innen als „Mörder“ oder „Extremisten“, in der Berichterstattung über Fridays for Future fast ausschließlich in rechtspopulistischen Medien zu finden sind, finden sich diese Frames in Artikeln aus der gesamten Medienlandschaft, wenn es um die Proteste der Letzten Generation geht (siehe Abb. 20). Das zeigt, dass die Sprache rechtspopulistischer Medien auch von anderen Medien übernommen wird, wenn diese über disruptive Protestbewegungen berichten (Meyer et al. 2025b).

Insbesondere konservative und rechtspopulistische Akteure – Netzwerke von Onlinenutzer*innen, Politiker*innen von AfD, CDU oder FDP und Medien wie die BILD – sind maßgeblich verantwortlich für die anfängliche Verbreitung polarisierender Inhalte in Klimaprotestdebatten. Dies führt zu einer „asymmetrischen Polarisierung“ (Meyer et al. 2025a) der Debatten in Online- und Nachrichtenmedien: Die gesamte Diskussion orientiert sich zunehmend an Frames, die ursprünglich von rechtspopulistischen Akteuren verbreitet wurden. Jedoch zeigen unsere qualitativen Auswertungen auch, dass linke Medien die Stimmen extremer Akteure oft nur zitieren oder Frames wie den Kriminalitäts-Frame kritisieren, indem nicht die Klimaaktivist*innen selbst, sondern der Umgang mit diesen – beispielsweise während der bundesweiten Hausdurchsuchungen von Mitgliedern der Letzten Generation – kritisiert wird. Dennoch trägt Berichterstattung dieser Art dazu bei, dass solche Frames aufgegriffen werden und nachfolgend an Bedeutung in der öffentlichen Debatte gewinnen. Obwohl disruptive Proteste zweifellos eine höhere Medienaufmerksamkeit erzeugen, hat sich die Berichterstattung nicht auf die Forderungen der Letzten Generation konzentriert (siehe auch qualitative Frameanalyse in Kap. 7.1).

Umfragedaten zeigen, dass die Unterstützung für Klimaaktivismus im Jahr 2023 deutlich einbrach – ein Jahr, in dem intensiv medial über die Protestaktionen der Letzten Generation diskutiert wurde.³ Reif et al. (2025) zeigen zudem, dass in Deutschland nach intensiven Debatten über disruptive Klimaproteste ein deutlicher Rückgang klimapolitischer Zustimmung in der Gesellschaft zu beobachten war. Dieser Trend lässt sich vermutlich nicht allein, aber zumindest teilweise auf die negativ geführte Diskussion um die Proteste der Letzten Generation zurückführen. Es zeigt sich also, dass für Deutschland empirisch zumindest kein Radical Flank Effekt zu belegen ist (siehe Kap. 7.1). Nach disruptiven Klimaprotesten sank die Zustimmung für alle Formen von Klimaprotest und für die Zustimmung für Klimaschutz.

Dennoch gilt es, mit Schuldzuschreibungen vorsichtig zu sein: Nicht die Klimaprotestbewegungen selbst treiben die Polarisierung öffentlicher Debatten voran, sondern vor allem rechtskonservative politische Akteure und Medien. Die Verbreitung dieser Frames wurde im Zusammenhang mit den Protesten der Letzten Generation durch die Berichterstattung des gesamten Medienspektrums verstärkt – auch durch als eher ‚mittig‘ oder ‚links‘ eingeordnete Medien, selbst wenn diese sie eigentlich widerlegen wollten.

Weitere Informationen über die Arbeit der Forschungsgruppe:
<https://transformativecommunication.net/de/>

Autor*innen:
 Louisa Pröschel, Hendrik Meyer,
 Michael Brüggemann

³ More in Common (2024). *Die Stimmung vor der Europawahl*.

Literaturverzeichnis

- Brüggemann, M., H. Meyer (2023): When debates break apart: discursive polarization as a multi-dimensional divergence emerging in and through communication. *Communication Theory* 33(2–3): 132–142.
- Feinberg, M., R. Willer, C. Kovacheff (2020): The activist's dilemma: Extreme protest actions reduce popular support for social movements. *J Pers Soc Psychol* 119(5): 1086–1111.
- Meyer, H., L. Pröschel, M. Brüggemann (2025a): From Disruptive Protests to Disrupted Networks? Analyzing Levels of Polarization in the German Twitter/X Debates on “Fridays for Future” and “Letzte Generation”. *Social Media + Society* 11(2).
- Meyer, H. et al. (2025b): From disruptive protests to disrupted news frames: Comparing German news on climate protests. *Journalism* 0(0).
- Reif, A., L. Guenther, M. Brüggemann (2025): Unveiling the Backlash in Public Opinion on Climate Change: A Longitudinal Study of Climate Change-Related Population Segments and Communicative Engagement in Germany. *Environmental Communication* 0(0): 1–23.
- Shuman, E. et al. (2024): When Are Social Protests Effective? *Trends Cogn Sci* 28(3): 252–263.
- Simpson, B., R. Willer, M. Feinberg (2022): Radical flanks of social movements can increase support for moderate factions. *PNAS Nexus* 1(3): pgac110.

BOX 6 Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland

„Eine große Gefahr für die Demokratie“ – so beschreibt der UN-Sonderberichterstatter für Umweltschützer die jüngsten Entwicklungen im Umgang mit Klimaaktivist*innen in Europa (Forst 2024). Die Klimakatastrophe wird nach wie vor unzureichend adressiert und diejenigen, die auf die drohenden Schäden aufmerksam machen, werden zunehmend in ihren Teilhaberechten eingeschränkt. In einer funktionierenden Demokratie ist es entscheidend, die Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu schützen. Diese Grundrechte sind essenziell, um Meinungen und Anliegen verschiedener Gesellschaftsteile zu schützen und ihnen Raum zu bieten. Ihre Nutzung ermöglicht es, gesellschaftliche Probleme frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Die für eine lebendige Demokratie wesentlichen Handlungsspielräume werden jedoch überall auf der Welt und auch in Deutschland zunehmend eingeschränkt (Amnesty International 2024).

Die von Green Legal Impact e.V. in Auftrag gegebene Green Legal Spaces Studie von 2025 zeigt, dass sich die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume für die Klimabewegung in Deutschland verengt haben. Untersucht wurden vier verschiedene Bereiche: Die Perspektive der Klimaaktivist*innen, die Entwicklung polizeilichen Handelns gegen Klimaaktivist*innen, das Handeln von Verwaltung und Justiz sowie der politische und mediale Diskurs (Green Legal Impact Germany e.V. 2025). Die Studie wurde von Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen durchgeführt und basiert auf einem Methodemix aus juristischer Analyse, diskursanalytischer Medienauswertung, Untersuchung polizeilicher und behördlicher Maßnahmen mittels quantitativer Inhaltsanalyse von Berichterstattung, Expert*inneninterviews sowie Onlinebefragungen von Klimaaktivist*innen.¹ Die Gesamtschau offenbart eine besorgniserregende Tendenz: Der Druck auf Klimaaktivist*innen nimmt zu und ihre Handlungsspielräume werden zunehmend eingeschränkt. Politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen greifen ineinander und behindern die Beteiligung und Wirksamkeit der Klimabewegung. Besonders alarmierend ist die Feststellung, dass diese Tendenzen nicht isoliert auftreten, sondern systematisch sind. Dies kann prospektiv tiefgreifende Auswirkungen auf die Demokratie und die Fähigkeit der Gesellschaft haben, adäquat auf die Klimakrise zu reagieren. Daher müssen diese Entwicklungen nicht

nur wahrgenommen, sondern auch öffentlich diskutiert und in politischen Entscheidungsprozessen adressiert werden.

Ein signifikanter Teil der befragten Klimaaktivist*innen, hauptsächlich aus den Reihen von Fridays for Future und der Letzten Generation, hat bereits spürbare Einschränkungen ihrer demokratischen Rechte erlebt. Die (nicht-repräsentative) standardisierte Onlinebefragung von 162 Klimaaktivist*innen ergab, dass mehr als 83 Prozent der Befragten verschiedene Arten von Repressionen erlebt haben, darunter polizeiliche Maßnahmen, Versammlungsaufösungen und -verbote. Die Auswertung von Medienberichten ergab zudem, dass im Vergleich zu den Vorjahren die Anzahl und Intensität polizeilicher Maßnahmen gegen Klimaaktivist*innen wie beispielsweise Freiheitsentzug oder körperlicher Zwang in den Jahren 2022 und 2023 zugenommen haben. Diese Zunahme ist nicht auf konfrontative Protestformen beschränkt; vielmehr sind alle Formen von Klimaprotesten – direkte Aktionen und Blockaden, aber auch klassische Demonstrationen – von einer verstärkten polizeilichen Präsenz und vielfältigen polizeilichen Maßnahmen betroffen. Gleichzeitig zeigt die Analyse auch eine Verschiebung im öffentlichen Diskurs: Während vor 2022 die inhaltlichen Motive und Forderungen der Klimabewegung im Vordergrund standen, dominieren seit der Sicherheitsfragen die Berichterstattung.

Die Untersuchung der Justiz- und Verwaltungspraxis ergab darüber hinaus, dass diese von einem tief verwurzelten Pragmatismus geprägt ist, der darauf abzielt, mit Klimaprotesten möglichst effizient umzugehen. Dies führt dazu, dass neue Formen des Protests wie Straßenblockaden schnell in bestehende rechtliche und administrative Routinen eingegliedert und mit standardisierten Strafen belegt werden, was der Notwendigkeit der Prüfung der Verhältnismäßigkeit in jedem Einzelfall strukturell entgegensteht. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass diese Aktionen strafrechtlich verurteilt werden. Lokale Rechtskulturen beeinflussen diese Praktiken erheblich und führen zu einer inkonsistenten Strafverfolgung, die von Stadt zu Stadt variiert – beispielsweise wird Festkleben auf der Straße von der Staatsanwaltschaft in München überwiegend als Nötigung angeklagt, in Berlin hingegen als Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dabei haben die Gerichte noch eine

1 Durch die Komplexität und Aktualität des Themas sind viele Daten noch unzugänglich oder schwer zu erheben, sodass nicht alle relevanten Bereiche repräsentativ erfasst werden konnten. Beispielsweise war mangels Daten keine umfassende quantitative Auswertung von Urteilen oder Versammlungsbescheiden möglich. Die Ergebnisse können und sollten daher als Referenzpunkt für zukünftige Forschung dienen, um Veränderungen im Laufe der Zeit nachzuziehen.

Korrektivfunktion inne. So fließen grundrechtliche Erwägungen in die Prozesse mit ein und korrigieren Rechtsverstöße der Verwaltung. Freisprüche aufgrund der Einbeziehung der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit sind juristisch vertretbar (EGMR 2025). Nichtsdestotrotz zeigt die Analyse die Einflüsse auf, denen die Richter*innen unterliegen. So zeigen die geführten Interviews, dass etwa die Einschätzungen höherer Instanzenzüge, Pragmatismus und Karriereüberlegungen der Möglichkeit entgegenwirken, die politische und grundrechtliche Dimension stärker mit einzubeziehen.

Die Analyse des Diskurses über Klimaaktivist*innen und –proteste in Bundestagsdebatten, Tageszeitungen und sozialen Medien offenbarte eine deutliche Zunahme negativer Darstellungen und Frames. Besonders häufig wurden die Aktivitäten als Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt und in den Jahren 2022 und 2023 als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität. Des Weiteren wurde in den politischen Debatten, oft angeführt von Parteien wie der AfD und der CDU/CSU, eine Radikalisierung des gesamten Klimaschutzsektors suggeriert, die eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Protestakteur*innen erschwert. Zudem illustriert der Diskurs, wie sprachliche Rahmungen in der politischen und medialen Debatte die gesellschaftliche Wahrnehmung und politische Reaktionen auf Klimaaktivist*innen beeinflussen. Durch die stetige Verwendung negativer Framings, die Klimaaktivismus beispielsweise als Gefahr für Recht und Ordnung darstellen, werden die Aktionen und Anliegen der Klimabewegung in ein schlechtes Licht gerückt, was die öffentliche Unterstützung für die Bewegung schwächt und politische Maßnahmen gegen sie fördert. Problematisch ist dabei die Rolle der Medien, die diese politischen Framings übernehmen und verstärken, wodurch eine vielschichtiger und ausgewogenere Darstellung der Klimabewegung verhindert wird. Eine unabhängige und kritische Medienberichterstattung ist essenziell, um die Klimabewegung angemessen zu repräsentieren und eine ausgewogene öffentliche Wahrnehmung zu gewährleisten.

Aus der Analyse der Entwicklungen lassen sich verschiedene Handlungsempfehlungen ableiten, um die Grundrechte auf Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu schützen. Beispielsweise muss sichergestellt werden, dass Instrumente zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität nicht missbräuchlich gegen friedliche Aktivist*innen eingesetzt werden, solange deren Aktivitäten erkennbar auf eine Teilhabe an der Meinungsbildung abzielen. Die Bundesregierung sollte die Empfehlungen internationaler Gremien und Auftraggeber wie des UN-Sonderberichterstatters für Klimaschützer*innen aktiv umsetzen (Forst 2024), Repressionen gegen Klimaaktivist*innen entgegenwirken und die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteure achten und schützen. Sie

sollte zivilen Ungehorsam als legitimen Ausdruck demokratischer Teilhabe anerkennen, wenn dieser in Form von gewaltfreiem Protest stattfindet. Es muss sichergestellt werden, dass in der Strafzumessung die Grundrechtsausübung angemessen berücksichtigt wird. Der Staat und Entscheidungsträger*innen sollten es unterlassen, friedliche Klimaaktivist*innen als Gefahr für die Sicherheit und Ordnung, fremdgesteuerte Akteure oder eine Gefahr für Bürger*innen darzustellen. Die Gesellschaft muss sich mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit ziviler Ungehorsam im Kampf gegen den Klimawandel legitim ist.

Autor*innen: Green Legal Impact Germany e.V.

Literaturverzeichnis

- Amnesty International. 2024. *Under Protected and Over Restricted: The state of the right to protest in 21 European countries*. URL: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/8199/2024/en/>
- EGMR. 2025. Ludes u. a. gg. Frankreich. 40899/22.
- Forst, M. 2024. *State repression of environmental protest and civil disobedience: a major threat to human rights and democracy*. UN Special Rapporteur on Environmental Defenders under the Aarhus Convention
- Green Legal Impact Germany e.V. 2025. *Green Legal Spaces Studie 2025. Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland*. Green Legal Impact Germany e.V.

Klimaklagen

Unter Klimaklagen verstehen wir Rechtsverfahren, die sich primär mit Fragen des Klimawandels und Klimaschutzes beschäftigen.¹ Darunter fallen vor allem Gerichtsprozesse, die mit dem Ziel angestrengt werden, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Klimagerechtigkeit herzustellen.² Obgleich solche Klagen zunächst ein Mittel zur Geltendmachung und Durchsetzung von Recht und zur Behebung des Vollzugsdefizits im Umwelt- und Klimarecht darstellen, verfolgen die meisten Verfahren auch breitere gesellschaftspolitische Strategien und Ziele. Per Gerichtsentscheid sollen Regierungen, Verwaltungen oder Unternehmen zu stärkeren Emissionsreduktionen gezwungen oder für Klimawandelschäden verantwortlich gemacht, klimaschädliche Infrastruktur- oder Investitionsentscheidungen verhindert, Versuche des Greenwashing unterbunden oder geeignete Anpassungsmaßnahmen eingefordert werden (Setzer und Vanhala 2019). Neben diesen auf Klimaschutz gerichteten Klagen fassen wir im Kontext dieses Treibers auch Klagen, in denen andere Umweltschutznormen gegen Klimaschutz in Stellung gebracht werden (sog. „Grün gegen Grün“ Klagen) sowie Klagen, die sich explizit gegen Klimaschutzmaßnahmen wenden.

Unterstützt werden Klimaklagen oftmals durch Netzwerke der „strategischen Prozessführung“ (Graser und Helmrach 2019, Setzer und Higham 2023). Strategische Prozessführung kann als kollektive Anstrengung verstanden werden, in der verschiedene Beteiligte neben der Geltendmachung einschlägiger Rechtspositionen gemeinsam übergeordnete Ziele jenseits des einzelnen Prozesses verfolgen, und mit rechtlichen Mitteln und flankierenden Maßnahmen wie Medienkampagnen versuchen, einen politischen und/oder sozialen Wandel zu erreichen (Hahn 2024). Dazu sollen spezifische, oft bisher nach Ansicht der Klageführenden vernachlässigte, Themen und Positionen in das Rechtssystem eingespeist und dort öffentlich verhandelt werden, wodurch eine über den Einzelfall hinausgehende Wirkung entfaltet werden soll (ebd.).

Spätestens seit einigen bahnbrechenden Prozessen wie der niederländischen Urgenda-Entscheidung von 2015³, in der die Niederlande zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet wurden, dem Fall Asghar Leghari⁴ gegen Pakistan, ebenfalls von 2015, in dem die Regierung wegen des Unterlassens von Anpassungsmaßnahmen verurteilt wurde, oder dem Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021⁵, in dem der deutsche Staat zur Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes aufgefordert wurde, stellen Klimaklagen ein wichtiges Aktionsmittel im Repertoire der globalen Klimabewegung dar (Fisher und Nasrin 2020, Aykut 2022). Insofern die Großzahl der in Deutschland angestregten Klimaklagen von einer begrenzten Anzahl von Anwält*innen und Kanzleien ausgearbeitet und von einschlägigen NGOs unterstützt werden und erfolgversprechende Argumente mithilfe von transnationalen Klagenetzwerken ausgetauscht und verfeinert werden, lassen sich Klimaklagen als gesellschaftlicher Treiber begreifen, der durch wiederkehrende soziale Interaktionen und Eigendynamiken gekennzeichnet ist.

Klimaklagen haben sich sowohl in Deutschland als auch global zu einem wichtigen und vielbeachteten Werkzeug für die Klimawende entwickelt (Setzer und Higham 2024). Richtungsweisende Verfahren wie der „Klimabeschluss“ können als Präzedenzfälle verstanden werden, die weitere Fälle nach sich ziehen. Klimaklagen folgen aufgrund der oft aufwändigen Vorbereitung von Klagen und der Eigenlogiken der jeweiligen Rechtswege einer längeren Zeitlichkeit – vom Verfassen einer Klage bis zur endgültigen Entscheidung vergehen in der Regel mehrere Jahre – als beispielsweise Mediendebatten oder Mobilisierungswellen sozialer Bewegungen.

Die Treiberanalyse wird in diesem Klimawende Ausblick durch den Aufbau der ersten umfassenden Datenbank zu Klimaklagen in Deutschland ergänzt. Dazu haben wir uns an der Definition der erfassten Klagen an der Datenbank des Sabin Center for Climate Change Law der Columbia University orientiert und die dort bereitgestellten Daten

1 Durch diese weite Definition grenzt sich diese Treiberanalyse von unserer letztjährigen Analyse sowie der globalen Treiberanalyse im Hamburg Climate Futures Outlook ab, in der nicht auf Klimaschutz ausgerichtete Verfahren unter anderem als hemmende Kontextbedingungen analysiert werden (Zengerling et al. 2024).

2 Global existieren zudem einige Klagen, die auf Anpassungsmaßnahmen oder ‚Loss and Damage‘ ausgerichtet sind.

3 EGMR Ur. v. 9.4.2024 – 53600/20, BeckRS 2024, 6526

4 (W.P. No. 25501/2015), https://www.climatecasechart.com/documents/leghari-v-federation-of-pakistan-decision_0d83

5 BVerfG, Beschluss vom 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18, 1 BvR 78/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 288/20 (NJW 2021, 1723)

für Deutschland ergänzt.⁶ Zur Analyse verwenden wir die Kategorien von Setzer und Higham (2024),⁷ die wir um eigene Kategorien⁸ ergänzt haben. Auch wird erstmals eine Frame-Analyse der medialen Berichterstattung zu Klimaklagen mit aufgenommen.

Eine starke Dynamik und zunehmende Vielfalt von Klagen

Klimaklagen in Deutschland finden im Kontext einer transnationalen Bewegung der Rechtsmobilisierung statt, die insbesondere seit Mitte der 2010er Jahren deutlich an Dynamik gewonnen hat. Seit 2021 nimmt die Anzahl der Fälle auf globaler Ebene zwar tendenziell wieder etwas ab, verbleibt aber auf einem insgesamt hohen Niveau (UNEP 2023, Setzer und Higham 2025).⁹

In Deutschland ist eine starke Zunahme seit 2021 festzustellen, die sich seit 2022 auf hohem Niveau eingependelt zu haben scheint. Im Jahr 2024 wurden weltweit 224 Klagen gezählt (Setzer und Higham 2025), in Deutschland zeigt unsere Erhebung 27 entschiedene und anhängige Verfahren für das Jahr 2024, nach respektive 20 (2023) und 28 (2022) in den Jahren zuvor. Insgesamt zählen wir 117 Klimaklagen im engeren Sinne in Deutschland (eigene Datenerhebung, siehe Abb. 21). Insgesamt umfasst unsere Datenbank bisher 175 klimabezogene Rechtsverfahren (Abb. 21 und Abb. 22).

Im Folgenden werden insbesondere die Entwicklungen von Klimaklagen in Deutschland von Anfang 2023 bis Mitte 2025 analysiert, um an den vorangegangenen *Klimawende Ausblick 2024* anzuschließen.

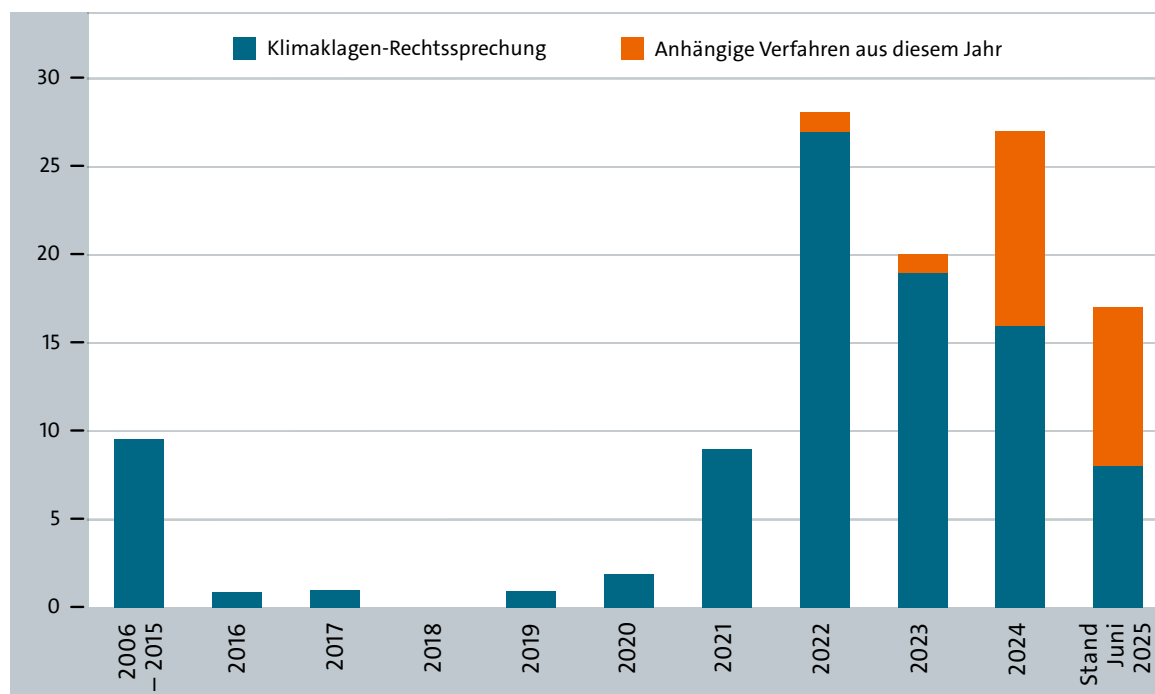


Abb. 21: Entwicklung von Klimaklagen in Deutschland über Zeit. Gelistet werden all jene Klagen, die einen starken Klimabezug haben und auf mehr Klimaschutz und -gerechtigkeit ausgerichtet sind. Quelle: Eigene Erhebung – vor 2023 vorläufige Zahlen, erst ab 01.01.23 umfassende Analyse.

Die Betrachtung aller klimabezogenen Klagen seit 2023 (siehe Abb. 22) zeigt eine starke Entwicklung insbesondere bei *Climate-Washing* Klagen. Diese waren zugleich überdurchschnittlich erfolgreich.

Climate-Washing Klagen werden teils von Umweltverbänden, teils von Verbraucherschutzverbänden oder der Wettbewerbszentrale aufgrund irreführender Werbung bzw. unlauterem Wettbewerb

6 Climate Litigation Database. <https://climatecasechart.com/about/>. Unsere Methodik führen wir im Anhang näher aus.

7 Staatliche Rahmenbedingungen, Integration von Klimaaspekten, Verursacherprinzip, Unternehmensspezifische Verfahren, Unterlassene Anpassungsmaßnahmen, Übergangsrisiken, Climate-Washing, Finanzierungsquellen einstellen, ESG-Backlash, Strategische Verfahren gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP), Just-Transition sowie Grün gegen Grün.

8 Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen sowie sonstige verwaltungsrechtliche Verfahren. Ausführliche Definitionen finden sich im Anhang

9 Hier sei angemerkt, dass die globale Entwicklung von Klimaklagen im westlichen Diskurs oft verzerrt ist, da Verfahren aus dem Globalen Süden häufig unterrepräsentiert sind. Rechte-basierte Umweltklagen sind im Globalen Süden bereits lange bekannt und werden oft fortschrittlicher entschieden als im Globalen Norden.

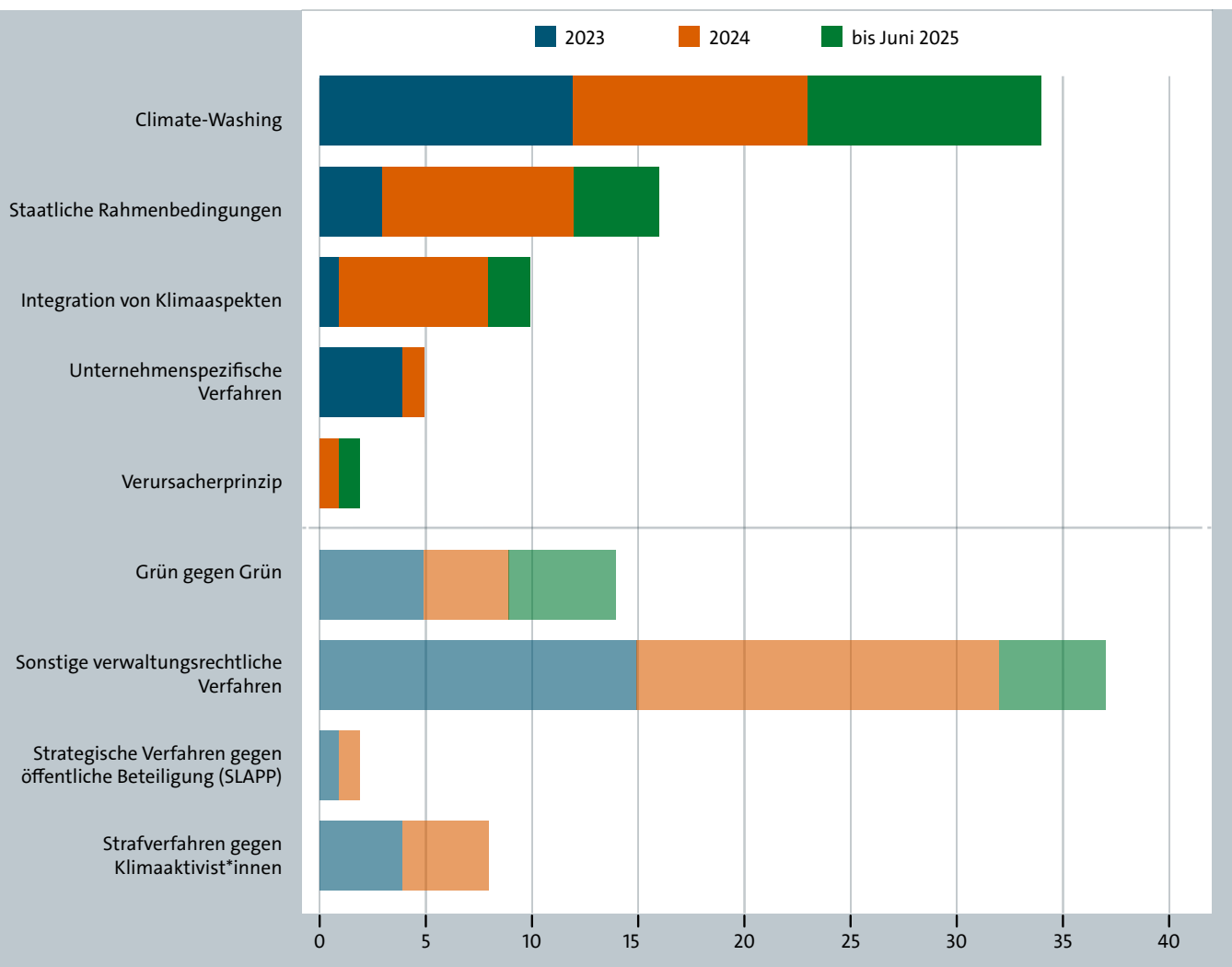


Abb. 22: Klimabezogene Rechtsverfahren nach Kategorien, Januar 2023 bis Juni 2025. Die Abbildung zeigt neben Klimaklagen mit starkem Klimabezug auch solche, die weniger starken Klimabezug aufweisen oder gegen Klimaschutz gerichtet. Dabei werden nur Klagen in den Jahren seit 2023 gelistet. Quelle: Eigene Datenerhebung.

angestrengt. Laut eigener Aussage hat allein die Deutsche Umwelthilfe (DUH) seit Mitte 2022 mehr als 100 Rechtsverfahren gegen Unternehmen aufgrund von Climate-Washing eingeleitet (DUH Jahresbericht 2024). Die Mehrheit der Unternehmen habe daraufhin ihre Werbeaussagen zurückgezogen und Unterlassungserklärungen abgegeben (diese Fälle tauchen daher nicht in unserer Erhebung auf). Fast alle anderen Verfahren vor Gericht wurden gewonnen. Wegweisend für Climate-Washing Klagen war ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) gegen das Süßwarenunternehmen *Katjes* vom 27.06.2024. In diesem Grundsatzurteil entschied der BGH, unter welchen Voraussetzungen Unternehmen mit dem Attribut „klimaneutral“ werben dürfen. Laut BGH müsse von den Werbenden deutlich gemacht werden, ob sich der mehrdeutige Begriff „klimaneutral“

auf eine Reduktion von CO₂ im Produktionsprozess oder auf eine bloße Kompensation von CO₂ bezieht. Mehrdeutige Umweltaussagen wie diese müssten wegen der besonderen Bedeutung der Umweltverträglichkeit von Produkten für Verbraucher bereits in der Werbung selbst klar und eindeutig erläutert werden, um Irreführungen zu vermeiden (Urt. v. 27.6.2024, Az. I ZR 98/23). Diese Maßstäbe gelten auch für die Werbepaxis anderer Unternehmen.

Die zweithäufigste Kategorie umfasst Klimaklagen gegen *staatliche Rahmenbedingungen*. So wurden kürzlich drei Verfassungsbeschwerden von fünf Verbänden sowie Individuen als Reaktion auf das abgeschwächte Klimaschutzgesetz¹⁰ eingereicht (eine davon ist die vielbeachtete „*Zukunftsklage*“, an der sich über 54.000 Individuen beteiligten). Zudem wurden im Mai 2024 zwei Klagen vor dem

10 Im April 2024 verabschiedete die Koalition eine stark kritisierte zweite Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes, die die verbindlichen Sektorenhöchstziele aufweicht.

OVG Berlin-Brandenburg erfolgreich beschieden.¹¹ Die Bundesregierung wurde in diesen Verfahren dazu verurteilt, erstens ihr Klimaschutzprogramm für den Landnutzungssektor, sowie zweitens ihr Programm für die Sektoren Verkehr, Industrie, Gebäude, Energie, Abfallwirtschaft und Sonstiges substanziell nachzuschärfen. Im Falle des Urteils zum Landnutzungssektor legte die Bundesregierung keine Revision ein, womit das Urteil rechtskräftig wurde. Im Januar 2025 reichte die DUH dann erstmalig einen Vollstreckungsantrag gegen die Bundesregierung zur Umsetzung des Urteils ein. Gegen das Urteil für die Sektoren Verkehr, Industrie, Gebäude, Energie, Abfallwirtschaft und Sonstiges wurde hingegen Revision eingelegt. Hier steht die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig noch aus.

Unter die dritthäufigste Kategorie *Integration von Klimaaspekten* fallen zum Beispiel Klagen gegen drei neue LNG-Terminals¹². Der Aufbau einer Infrastruktur zum Import von verflüssigtem Erdgas wurde von der Bundesregierung infolge der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Gasversorgungskrise beschlossen. Diese Klagen wurden allesamt abgewiesen, da ein überragendes öffentliches Interesse an der Versorgungssicherheit bestünde. Zu Redaktionsschluss dieses Berichts am 08.10.2025 wurde ein weiteres Urteil in dieser Kategorie gesprochen. In diesem hat das Bundesverwaltungsgericht Leipzig entschieden, dass der Planfeststellungsbeschluss für die Trasse der geplanten **Autobahn A26-Ost** im Hamburger Süden teilweise rechtswidrig ist, da Klimaschutzbelange nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die von BUND und NABU angestrebte Klage unterstreicht damit die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Klimabelangen bei Infrastrukturprojekten.¹³

In der nächsthäufigsten Kategorie *unternehmensspezifische Verfahren* wurden vier Klagen gegen die Automobilhersteller Bayerische Motoren Werke AG (BMW), Volkswagen und Mercedes-Benz endgültig abgelehnt.¹⁴ Kläger*innen hatten argumentiert, dass die Automobilhersteller durch die Emissionen ihrer Produkte ihre Schutzpflichten¹⁵ verletzt, und gefordert, die Produktion und den

Verkauf von PKW mit Verbrennungsmotoren bis 2030 einzustellen. Die Gerichte argumentierten im Wesentlichen, dass die Klagen zwar zulässig, aber unbegründet seien, da die Autobauer sich gesetzeskonform verhielten und Maßnahmen zur Emissionsminderung in erster Linie durch den Gesetzgeber ausformuliert werden müssen.

Unter die Kategorie *Verursacherprinzip* fällt die viel beachtete, im Mai dieses Jahres entschiedene Klage *Saul Luciano Lliuya v. RWE AG*. In der im November 2015 vor dem Landgericht Essen eingereichten, inzwischen vom Oberlandesgericht Hamm abgewiesenen Klage¹⁶ verlangte der peruanische Bauer und Bergführer Lliuya, dass das deutsche Energieunternehmen RWE 0,47 Prozent der Kosten für Schutzmaßnahmen für sein Haus und das Dorf, in dem er lebt, übernimmt. Grundlage dieser Forderung war, dass RWE durch die in der Kohleverstromung produzierten CO₂-Emissionen anteilig mitverantwortlich sei für den Klimawandel und damit für die Gletscherschmelze, die sein Haus und das Dorf bedrohe. Der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm entschied im November 2017, für viele Beobachter*innen überraschend, in dem Fall in die Beweisaufnahme einzusteigen. Neben komplexen Rechtsfragen wurden auch wissenschaftliche Fragen etwa nach der Kausalität zwischen Gletscherschmelze und menschengemachtem Klimawandel oder der genauen Bestimmung des Anteils von RWE am Klimawandel geklärt (Walker-Crawford 2023). Das Gericht wies die Klage letztendlich in zweiter Instanz ab, da das Risiko einer Flut zwar vorhanden sei, Lliuya aber nicht beweisen konnte, dass sein Haus überflutet würde. Dennoch legte das Urteil wichtige rechtliche Grundsätze fest, darunter, dass große Treibhausgasemittenten grundsätzlich nach deutschem Zivilrecht für die Auswirkungen ihrer Emissionen haftbar gemacht werden können. Lliuya stützte seine Klage auf einen zivilrechtlichen Unterlassungsanspruch aus § 1004 Abs. 1 S. 2 BGB. „Demnach kann der Eigentümer von dem Störer die Unterlassung drohender Beeinträchtigungen seines Eigentums verlangen.“¹⁷ Das Gericht betonte, dass CO₂-Emittenten verpflichtet sein könnten, Maßnahmen zur Verhinderung zu ergreifen, wenn

11 Urt. v. 16.05.2024, Az. OVG 11 A 22/21, OVG 11 A 31/22; Oberverwaltungsgericht Berlin Brandenburg, Urteil vom 30. November 2023 – 11 A 1/23

12 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 12. März 2020 – OVG 11 A 7.18, BVerwG, Urteil vom 14. November 2024 – 7 A 8/23

13 Urt. v. 8.10.2025 – BVerwG 9 A 2.24. In der Pressemitteilung schreibt das Gericht: „Der Planfeststellungsbeschluss hält eine nähere Alternativenbetrachtung unter Klimaschutzaspekten für nicht erforderlich, weil die gewählte Trasse bereits eine positive Klimabilanz aufweise und es nicht wahrscheinlich sei, dass die Wahl einer anderen geeigneten Variante zu einer weiteren deutlichen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen führen würde. Dieses Vorgehen verstößt gegen § 13 Abs. 1 Satz 1 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG).“ Diese Bewertung des § 13 KSG ist nicht ganz neu: Vgl. BVerwG, Urteil vom 4. Mai 2022 – 9 A 7/21 –, BVerwGE 175, 312–338.

14 OLG Stuttgart Beschluss vom 09.11.2023 - 12 U 170/22, OLG München, Endurteil v. 12.10.2023 – 32 U 936/23 e, LG Detmold, Urteil vom 24.02.2023 – 01 O 199/21, LG Braunschweig, Urteil vom 14.02.2023 – 6 O 3931/21.

15 Grundlage der Argumentation bildet hier unter anderem der § 1004 BGB sowie der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts.

16 OLG Hamm Urteil vom 28.5.2025 – 5 U 15/17.

17 Kring, F. Was das Urteil des OLG Hamm bedeutet. LTO. 28.05.2025. <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/olg-hamm-5u1517-klimaklage-peruanischer-bauer-gegen-rwe-abgewiesen>.

eine konkrete Beeinträchtigung drohe. „Wenn die Emittenten entsprechende Maßnahmen endgültig verweigerten, könnten sie verpflichtet werden, sich entsprechend ihrem Emissionsanteil an den Kosten zu beteiligen – schon bevor die Kosten überhaupt entstanden sind. Daran ändere auch die große Entfernung zwischen den RWE-Kraftwerken und dem Haus des Klägers in Peru nichts.“¹⁸

Ebenfalls auffällig ist, dass es relativ viele Verfahren in der Kategorie *Grün gegen grün* gibt. Diese Fälle umfassen beispielsweise Klagen von Umweltverbänden gegen Windkraftanlagen und zeigen den Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz auf.

Zahlreiche Verfahren fallen zudem unter die Kategorie sonstige *verwaltungsrechtliche Verfahren*. Da diese Verfahren einen nicht so starken Klimabezug haben und nicht unter unsere enge Definition einer Klimaklage fallen, werden sie hier nicht weiter erläutert. Die Kategorie werden wir in kommenden Berichten eingehender betrachten.

International kommt es vermehrt auch zu sogenannten strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP = *strategic lawsuits against public participation*), die von Unternehmen oder Privatpersonen geführt werden und gezielt gegen Aktivist*innen gerichtet sind (Deppner 2022).¹⁹ In Deutschland konnten bislang zwei solcher Verfahren beobachtet werden.

Zudem lassen sich in den letzten Jahren vermehrt *Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen* unter anderem aufgrund von Blockaden oder Besetzungen beobachten. Diese Kategorie wurde neu hinzugefügt und umfasst neun Verfahren im Beobachtungszeitraum. In einem vielbeachteten Verfahren vor dem AG Flensburg wegen Hausfriedensbruch wurde ein Baumbesetzer im November 2022 freigesprochen, indem der „Klimanotstand“ als rechtfertigender Notstand akzeptiert wurde. Dieses Urteil wurde im August 2023 allerdings in der nächsten Instanz wieder aufgehoben.

Darüber hinaus kann ein sogenannter ESG-Aktivismus im Aktienrecht beobachtet werden, welcher unter die Kategorie *Finanzierungsquellen einstellen* fällt. In einem viel geringeren Ausmaß, als es z. B. in den USA der Fall ist, können auch in Deutschland Fälle beobachtet werden, in denen aktivistische Aktionär*innen (Investmentfonds) versuchen, den Vorstand börsennotierter Aktiengesellschaften in emissionsintensiven Branchen durch strategische Klagen zu einer Änderung der Unternehmenspolitik zu veranlassen.²⁰ Bisherige Versuche blieben jedoch erfolglos und fallen in die Jahre vor 2023.

In den Kategorien *Unterlassene Anpassungsmaßnahmen*, *Übergangsrisiken* sowie *Just Transition* konnten bislang keine Rechtsverfahren in Deutschland festgestellt werden.

Auf Grundlage der aktuellen und vergangenen Dynamik im Bereich Klimaklagen gehen wir von einem **weiter ansteigenden Trend** insbesondere in den Bereichen *Climate-Washing* und *Klagen gegen staatliche Rahmenbedingungen* aus. Das Urteil im Fall Lliuya gegen RWE eröffnet zudem die *Möglichkeit weiterer zivilrechtlicher Verfahren* in der Kategorie *Verursacherprinzip-Klagen*. Auch die Integration der Debatten um Rechte der Natur²¹, Ökozid und Biodiversität dürfte in Deutschland weiter zunehmen.

Kontext: Ein ermöglichendes rechtliches und gesellschaftliches Umfeld

Relevante Kontextbedingungen für Klimaklagen sind primär rechtlicher Art, haben aber auch wichtige gesellschaftspolitische Dimensionen. Rechtliche Faktoren betreffen etwa den *Zugang zu Justiz sowie grundlegende Rechtsnormen*. Nach wie vor besteht in Deutschland eine zentrale Herausforderung für Klimaklagen in den vergleichsweise hohen Hürden für die Klagebefugnis von Einzelpersonen. Nach deutscher Rechtsdogmatik muss im Rahmen der Klage- oder Antragsbefugnis geltend gemacht werden, dass eine Rechtsnorm verletzt ist, aus der sich ein individualisiertes Recht ableiten lässt. „Fraglich ist daher, inwiefern subjektive Klagebefugnis und das Interesse der Einzelperson am Fortbestand eines stabilen Klimas in justizabler Weise in einen Ausgleich gebracht werden können“ (Ekardt et al. 2023b, 34). Für Klimaklagen sind folglich die Möglichkeiten für Verbandsklagen relevant, die 2003 durch die EG-Richtlinie 2003/35/EG zur Umsetzung der Aarhus-Konvention von 1998 eröffnet, 2006 durch das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) im deutschen Recht festgeschrieben und seitdem durch Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und anschließenden Gesetzesnovellierungen gestärkt worden sind. Aktuelle Forderungen nach einer Einschränkung des Verbandsklagerechts durch Teile der neuen Bundesregierung stellen hier eine potenziell weitreichende, einschränkende Kontextbedingung dar. Die rechtliche Handlungsfähigkeit der kritischen Zivilgesellschaft würde durch die im Koalitionsvertrag (2025) angekündigten Maßnahmen stark verringert werden, womit auch ein Eingriff in demokratische Mitwirkungsrechte einherginge. Eine Einschränkung könnte zudem gegen

18 S. Fußnote 17.

19 Z. B. in den USA wurde Greenpeace im März 2025 in erster Instanz zu 660 Millionen US-Dollar Schadensersatz verurteilt.

20 Wagner, C. ESG-Litigation: Zivilrechtliche Klimaklagen für eine bessere Welt? CMS. 02.04.2025. <https://www.cms-hs-blogg.de/rechtsthemen/sustainability/sustainability-corporate-governance-risk-compliance/esg-litigation-zivilrechtliche-klimaklagen-fuer-eine-bessere-welt/>.

21 In zwei Urteilen des LG Erfurt von 2024 bestimmten die Rechte der Natur bereits maßgeblich die Schadensersatzhöhe.

geltendes EU-Recht und die Aarhus-Konvention verstoßen. Schon die Debatte um Einschränkungen übt gesellschaftlichen und politischen Druck aus, zumal eine solche Maßnahme dem aktuell global beobachtbaren Trend hin zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten entspricht. Für den Treiber Klimaklagen stellt diese Tendenz daher eine einschränkende Bedingung dar.

Als weitere rechtliche Kontextbedingung identifizieren wir *internationales, europäisches und nationales Klimaschutzrecht*. Ins Gewicht fällt hier auf internationaler Ebene nach wie vor das Pariser Klimaabkommen, dessen Bottom-up Ansatz nationalen Gerichten eine zentrale Rolle in der Umsetzung zukommen lässt und dessen Ziele und Vorschriften einen wichtigen Bezugspunkt für nationale Klagen darstellen (Franzius 2021, 3). Die im letzten Klimawende-Ausblick als positiv eingeordnete Zunahme klimarechtlicher Normen im Zuge der Verabschiedung nationaler und europäischer Rahmengesetze, und ihrer Umsetzung durch Folgeregelungen und Maßnahmenpakete erfuhr in der Zwischenzeit einige Einschränkungen. Auf europäischer Ebene birgt das sogenannte EU-Omnibus-Paket die Gefahr der Entkernung des Europäischen Green Deals (s. Kapitel 5.1). Die vorgeschlagene Reform könnte die Klarheit der europäischen Nachhaltigkeitsvorschriften für Unternehmen untergraben und zu einer Zunahme von Klimaklagen gegen Unternehmen führen.²² Ebenfalls hat die EU jedoch im April 2024 eine Richtlinie erlassen, die dazu führen soll, dass sogenannte SLAPPs leichter abgewiesen werden können. Die Anti-SLAPP Richtlinie (2024/1069) soll Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) schützen. Zudem trat auf EU-Ebene im März 2024 die Empowering-Consumers-Richtlinie in Kraft, die die lauterkeitsrechtlichen Regeln über unzulässige Werbepraktiken speziell für Umweltaussagen und -siegel konkretisieren soll. Bis Ende März 2026 müssen diese Vorgaben in nationales Recht umgesetzt werden. Dieses Verbot vager klimaneutral-Versprechen auf Produktebene wurde unter anderem auf Drängen mehrerer Umweltverbände beschlossen. Auf nationaler Ebene stellt insbesondere die stark kritisierte Novelle des Klimaschutzgesetzes, welche die verbindlichen Sektorenhöchstziele aufweicht, eine Einschränkung dar.

Richtungsweisende Gerichtsentscheidungen bilden eine ermöglichende Kontextbedingung für

Klimaklagen. Wichtige gerichtliche Erfolge auch in anderen Ländern wie etwa das niederländische Urgenda-Urteil, werden auch in deutschen Klagen zitiert und unterstützen die Entwicklung neuer Rechtsauffassungen (Zengerling et al. 2024). Eine umfassende Betrachtung der internationalen Klagedynamik liegt jenseits dieser Analyse. Auf Grundlage existierender Überblicksarbeiten (Setzer und Higham 2025) lässt sich jedoch erstens eine Zunahme der globalen Dynamik außerhalb der USA feststellen, zweitens die Ausbildung neuer argumentativer Muster über Ländergrenzen hinaus, die auf die Verbreitung geteilter „Klageskripte“ hindeuten (Aykut et al. 2024a). Darunter fällt etwa ein „rights turn“ (Peel und Osofsky 2018), infolgedessen menschenrechtsbasierte Argumente immer häufiger und erfolgreicher im Zentrum von Klimaklagen stehen. Der Erfolg bestimmter Klagen liefert wiederum Bausteine für neue Verfahren auch in anderen Ländern (Zengerling et al. 2024, Wewerinke-Singh und Udell 2025). So wird der Ansatz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in der Rechtssache KlimaSeniorinnen vom 9. April 2024²³ höchstwahrscheinlich erhebliche positive Auswirkungen auf eine Reihe menschenrechtlicher Fälle haben (Wewerinke-Singh und Udell 2025, 488). Der EGMR entschied in diesem Fall erstmals über die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Bemerkenswert ist, dass der EGMR nicht nur anerkannt hat, dass der Klimawandel verschiedene durch die EMRK geschützte Rechte beeinträchtigt, sondern auch konkrete positive Verpflichtungen der Staaten zum Schutz dieser Rechte durch die Bekämpfung des Klimawandels festgestellt hat.²⁴

Neben diesem Fall lieferten die drei Rechtsgutachten des Internationalen Seegerichtshofs (ITLOS) zum Klimawandel und zum Schutz der Meere vom 21. Mai 2024, des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IAGMR) vom 29. Mai 2025 zur Klimakrise und Menschenrechten sowie des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 23. Juli 2025 zu staatlichen Verpflichtungen bezüglich des Klimawandels bedeutende Fortschritte in der globalen Klimarechtsprechung und stellen wichtige Entwicklungen im Völkerrecht dar. Im Gutachten des ITLOS hat zum ersten Mal ein internationales Gericht Treibhausgasemissionen ausdrücklich als Meeresverschmutzung im Sinne des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) anerkannt. Der IAGMR bekräftigte in seinem sehr progressiven Gutachten, dass das Recht auf ein gesundes Klima

22 Mariem S.B. Legal scholars claim EU Omnibus directive undermines sustainability rules and increase corporate liability risk. JURISTnews. 10.05.2025. <https://www.jurist.org/news/2025/05/legal-scholars-claim-eu-omnibus-directive-undermines-sustainability-rules-and-increases-corporate-liability-risk/>.

23 Urt. v. 09.04.2024, Verein Klimaseniorinnen Schweiz and Others v. Switzerland, Application no. 53600/20.

24 Am gleichen Tag wurde der Fall von sechs portugiesischen Jugendlichen gegen Deutschland und 32 weitere Staaten vom EGMR für unzulässig erklärt. Die Kläger*innen konnten aufgrund mangelnder extraterritorialer Anwendung der EMRK sowie Rechtswegerschöpfung die Hürde der Zulässigkeit nicht überwinden. Ebenfalls an diesem Tag als unzulässig entschieden wurde der Fall Carême gegen Frankreich. An diesen Fällen zeigt sich, dass der EGMR die Hürden für Individuen sehr hoch gesetzt, die für Vereinigungen aber deutlich gesenkt hat.

in den Geltungsbereich des Menschenrechtsschutzes gemäß der Amerikanischen Menschenrechtskonvention fällt. Das Gutachten des IGH kann als bedeutsamste Entwicklung im internationalen Klimarecht seit der Verabschiedung des Pariser Abkommens verstanden werden.²⁵ Der IGH bekräftigte, dass alle Staaten verbindliche Verpflichtungen haben, erhebliche Umweltschäden zu verhindern, international zusammenzuarbeiten, angesichts der zunehmenden Klimarisiken die Grundrechte zu wahren und das Klimasystem für heutige und zukünftige Generationen zu schützen.²⁶ Ein Gutachten des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Rechte der Völker zu den Menschenrechtsverpflichtungen afrikanischer Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel steht noch aus. Obgleich diese Gutachten nicht bindend sind, können sie von nationalen Gerichten berücksichtigt werden und ermöglichend auf Klimaklagen wirken (Wewerinke-Singh 2022).

Mit Abstand am bedeutendsten für zukünftige Klimaklagen in Deutschland ist sicher nach wie vor der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 (Rodi und Kalis 2022). Folgenreich erscheint hier insbesondere erstens, dass das Gericht die Beschwerdebefugnis aller beteiligten natürlichen Personen – auch jener aus Nepal und Bangladesch – umstandslos bejaht und eine über die „bloße eigene Betroffenheit hinausgehende besondere Betroffenheit, die die Beschwerdeführenden von der Allgemeinheit abheben würde“ (Rn. 110) nicht verlangt (Buser 2021). Zweitens betont der Beschluss die Intertemporalität grundrechtlicher Freiheitsrechte und ermutigte somit bereits eine Reihe „ähnlicher Klageverfahren, in denen Minderjährige vertreten durch ihre Eltern, als Klagende auftreten“ (Ekarth et al. 2023a: 28). Drittens interpretiert das Gericht Artikel 20a des Grundgesetzes zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Sinne eines Staatsziels der Klimaneutralität (Zengerling et al. 2024: 11). Obwohl das Gericht eine Verletzung der staatlichen Schutzpflichten letztlich verneint – die Ziele des Klimaschutzgesetzes genügen zunächst als Konkretisierung des verfassungsrechtlich gebotenen Klimaschutzes – schafft es durch den Beschluss und seine ausführliche Begründung eine zitierfähige Grundlage und vielfältige Anknüpfungspunkte für zukünftige Klagen etwa zum angemessenen Schutzniveau bei fortschreitendem Klimawandel oder zur Eignung und Wirksamkeit eingeleiteter und geplanter Klimaschutzmaßnahmen. Richtungsweisend ist zudem das kürzlich gesprochene Urteil im Fall Lliuya gegen RWE. In dem oben schon erwähnten Fall legte das Urteil wichtige rechtliche Grundsätze fest, darunter, dass große Treibhausgasemittenten grundsätzlich nach deutschem Zivilrecht für die Auswirkungen ihrer Emissionen haftbar gemacht

werden können. In dem ebenfalls zuvor bereits erwähnten, allerdings vom OLG Schleswig inzwischen wieder aufgehobenen Urteil des AG Flensburg vom November 2022, sind ebenfalls potenziell signifikante Bausteine für künftige Klimaklagen, bzw. für die Verteidigung von Klimaaktivist*innen vor Gericht („Klimanotstand“) enthalten.

Nicht-rechtliche Rahmenbedingungen betreffen die verfügbaren Wissensbestände zur kausalen Zurechnung von Klimawandelursachen und -folgen, die Netzwerke zur rechtlichen und finanziellen Unterstützung von Klagen sowie die gesellschaftliche Resonanzfähigkeit von Klimaschutz. Positiv wirken sich hier *wissenschaftliche Fortschritte* in der „Attribution“ von Klimawandelfolgen (Stuart-Smith 2021, Clarke et al. 2022b, Wentz 2024) und ihrer Zurechnung zu industriellen Verursachern (Grasso und Heede 2023b, Callahan und Mankin 2025) sowie der Ausbau der klimapolitischen Expertislandschaft in Deutschland aus. Zu nennen sind hier zunächst die Publikationen des Weltklimarats IPCC. Darüber hinaus sind auch Fortschritte in wissenschaftlichen Arbeiten relevant, die erstens den Bereich der Attribution von Wetterereignissen zum menschengemachten Klimawandel betreffen (Burger et al. 2020, Clarke et al. 2022a, Stuart-Smith et al. 2024), zweitens die Berechnung von Emissionstrajektorien und Kohlenstoffbudgets zur Erreichung der globalen Temperaturziele des Klimaabkommens von Paris (IPCC 2018, Welsby et al. 2021) und drittens die Zurechnung von historischen Emissionen bestimmter Industrien oder Wirtschaftsakteure zur globalen Erwärmung (Heede 2014, Grasso und Heede 2023a). Für die Klagetätigkeit in Deutschland sind darüber hinaus auch die regelmäßigen Prüfberichte des Expertenrats für Klimafragen relevant, die etwa in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 30.11.2023 zitiert werden. In dem bereits erwähnten Fall Lliuya gegen RWE spielten wissenschaftliche Erkenntnisse zudem eine zentrale Rolle. Sowohl das Gutachten des ITLOS als auch das KlimaSeniorinnen-Urteil erkennen als wissenschaftliche Grundlage insbesondere die Berichte des internationalen Klimarats IPCC an. Im Gutachten des Internationalen Seegerichtshofs wurde zudem festgelegt, dass sich staatliche Klimaschutzpflichten an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren sollen.

Nationale und transnationale Netzwerkkapazitäten zur Unterstützung strategischer Klagen sind zwar weiterhin schwächer ausgeprägt als in angelsächsischen Ländern, wurden zuletzt aber ausgebaut, sodass neue Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet und die Verbreitung juristischer Argumente erleichtert wird (Kremer 2022). Hier ist in Deutschland einerseits ein verstärktes Engagement von Umweltverbänden wie B.U.N.D., Deutsche Umwelthilfe,

25 Tigre, M. et al. The ICJ's Advisory Opinion on Climate Change. Verfassungsblog. 24.07.2025. <https://verfassungsblog.de/the-icj-advisory-opinion-on-climate-change/>.

26 S. Fußnote 25.

Germanwatch oder Greenpeace zu verzeichnen, die individuelle Klimaklagen unterstützen oder selbst als Kläger*innen auftreten. Im Gegensatz etwa zu den USA existieren bisher aber keine fachlich und personell breit aufgestellten und finanzkräftigen Rechtshilfeorganisationen oder -netzwerke, die potenzielle Klageführer*innen unterstützen und Vollzugsklagen in großer Zahl durchführen könnten. Neuere Entwicklungen wie der Aufbau des Deutschlandbüros der britischen, aber global tätigen Umweltrechtsorganisation Client Earth (September 2018), der Zusammenschluss der Lawyers for Future (2019) oder die Gründung des Vereins Green Legal Impact (Dezember 2019) zur fachlichen Vernetzung und Unterstützung von Umweltklagen stellen erste, bisher aber isolierte Schritte zur Überwindung dieser einschränkenden Bedingung für Klimaklagen dar. Auch lässt sich eine Zusammenarbeit der neueren Klimabewegung mit den etablierten Umweltverbänden beobachten. So ist bzw. war eine der prominentesten Personen von Fridays for Future in Deutschland Beschwerdeführerin in verschiedenen Klimaklagen, die von Umweltverbänden geführt bzw. unterstützt werden. Auch kündigten Greenpeace, Germanwatch und die DUH gemeinsam mit Fridays for Future und weiteren Organisationen die drei neuen Verfassungsbeschwerden an. Gut ausgebaute Netzwerkkapazitäten stellen eine stark ermöglichende Kontextbedingung dar.

Die *gesellschaftliche Unterstützung* für Klimaschutz zählt zu den oft unterschätzten Kontextbedingungen für Klimaklagen. Im Rahmen des letzten Assessments (2024b) fiel insbesondere der Aufstieg der deutschen Klimabewegung seit 2019 und die dadurch erzeugte mediale und gesellschaftliche Resonanz für Klimaschutz ins Gewicht (de Moor et al. 2021, Diesing 2021). Ein kausaler Einfluss der öffentlichen Meinung auf Gerichtsentscheidungen kann zwar kaum eindeutig nachgewiesen werden – dennoch lässt sich vermuten, dass die zunehmende Berücksichtigung klimaschutzrechtlicher Argumente vor deutschen Gerichten, die in spektakulären Erfolgen wie dem Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 mündete, auch vor dem Hintergrund einer allgemein erhöhten gesellschaftlichen Problemwahrnehmung der Klimakrise verstanden werden muss (Celikates 2023). Folglich stellt die aktuell beobachtbare Polarisierung in der Klimadebatte sowie die mediale Verdrängung von Klimathemen durch andere weltpolitische Krisen eine potenziell einschränkende Bedingung für zukünftige Klimaklagen dar. Die gesellschaftliche Unterstützung in Form von Protesten, Umfrageergebnissen und Medienberichterstattung beeinflusst somit die Akzeptanz, Finanzierung und Wirkung von Klimaklagen, und indirekt auch die Erfolgchancen innovativer Argumente vor Gericht (Gerstetter 2022, Zengerling et al. 2023). In dieser Hinsicht waren die Fridays for Future Proteste nach

Einschätzung beteiligter Akteur*innen ein zentraler Treiber der Klagedynamik.²⁷ Umgekehrt ist aber auch zu erwarten, dass sich aktuelle gesellschaftspolitische Gegenbewegungen mittelfristig negativ auf die Erfolgchancen von Klimaklagen auswirken könnten. Forderungen nach Aufhebung der Gemeinnützigkeit, Entzug der Klagerechte sowie ein Ende der Projektförderung durch Bundesmittel für Umweltverbände durch die Parteien CDU/CSU und AfD können als behindernde Bedingungen festgestellt werden. Dies gilt ebenfalls für Versuche, das Rechtssystem populistisch zu untergraben.

Die Kontextbedingungen des Treibers sind relativ konstant gegenüber dem Klimawende Ausblick 2024 (Aykut et al. 2024b) geblieben und weisen nach wie vor eine insgesamt ermöglichende Tendenz auf – dies könnte sich allerdings in Zukunft ändern, falls der klimapolitische Rückbau an Fahrt gewinnt und dadurch wichtige Gesetzesgrundlagen für Klimaklagen entfallen.

27 Stakeholder-Workshop vom 05.02.24 an der Universität Hamburg.

Dynamik	Kontextbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ starke Zunahme der Klagetätigkeit seit 2021 ▶ Zahlreiche erfolgreiche Klagen in den Bereichen Climate-Washing und staatliche Rahmenbedingungen ▶ Erste Erfolge bei Klagen zur Integration von Klimaaspekten ▶ Diversifizierung von Klagestrategien, Rechtsbereichen und Beklagten ▶ Fünf anhängige Verfassungsbeschwerden ◀ Verfahren gegen Unternehmen bislang nicht erfolgreich ▶ Grün gegen Grün Klagen deuten auf Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz hin ▶ Zunahme von Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen ▶ Kaum Erfolge bei Klagen auf höhere Ambition ▶ ESG-Aktivismus im Aktienrecht bislang nicht erfolgreich 	Zugang zu Justiz und grundlegende Rechtsnormen <ul style="list-style-type: none"> ● Möglichkeit der Verbandsklage im deutschen Umweltrecht ● nach wie vor hohe Hürden für die Klagebefugnis von Einzelpersonen ● Forderungen nach Einschränkung des Verbandsklagerechts 	
	Internationales, europäisches und nationales Klimaschutzrecht <ul style="list-style-type: none"> ● Anti-SLAPP Richtlinie der EU ● Empowering-Consumers-Richtlinie ● EU-Omnibus-Paket ● Aufweichen der Sektorziele im KSG 	
	Richtungsweisen- de Gerichtsentscheidungen <ul style="list-style-type: none"> ● „Klimabeschluss“ des BVerfG bildet weiter Grundlage für viele Verfahren ● Internationale Gerichte betrachten Klimaschutz als Menschenrecht (KlimaSeniorinnen, Gutachten IAGMR) und Verpflichtung für Staaten (Gutachten von ITLOS und IGH) ● Einschränkung irreführender Werbung zu klimaneutralen Produkten („Katjes“-Urteil) ● Notwendigkeit zur Berücksichtigung von Klimaaspekten in Verkehrsplanung anerkannt ● Haftung von Unternehmen für Klimaschäden grundsätzlich möglich („RWE“-Urteil) ● Abweisung von Klagen auf mehr Klimaschutz, teilweise fehlende Umsetzung von Urteilen 	
	Wissenschaftliche Erkenntnisse <ul style="list-style-type: none"> ● Regelmäßige Prüfberichte des Expertenrats für Klimafragen ● Fortschritte in der klimawissenschaftlichen Attributionsforschung 	
	Transnationale Netzwerkkapazitäten <ul style="list-style-type: none"> ● Bislang vergleichsweise schwache Unterstützernetzwerke durch einige Neugründungen gestärkt ● Umweltverbände und Klimabewegung unterstützen Klimaklagen 	
	Gesellschaftliche Unterstützung <ul style="list-style-type: none"> ● Berichterstattung zu Klimaklagen grundsätzlich positiv ● Unterstützung der „Zukunftsklage“ ● Polarisierung der Klimadebatte und teilweise Verdrängung von Klimathemen durch andere Krisen 	

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ▶ ●, stark unterstützende mit ▶ ●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ▶ ● / ▶ ● sowie gleichbleibende ▶ ●

Tabelle 10: Entwicklungen in der Dynamik und dem Kontext von Klimaklagen

Bewertung: Steigende Bedeutung von Klimaklagen

*Der Treiber wirkt **überwiegend unterstützend** für die Klimawende in Deutschland. Allerdings bleibt die Wirkung beschränkt, da Klimaklagen grundsätzlich im Rahmen existierender Rechtsvorschriften argumentieren, bisher vor allem bestimmte Typen von Klagen erfolgreich sind, während andere abgewiesen werden, und die Umsetzung von Urteilen oft komplex und langwierig ist. Zudem sehen wir einen leichten Anstieg an Klagen gegen Klimaschutz und eine teils schon vollzogene, teils noch drohende Aufweichung von Klimaschutznormen.*

Die Analyse der Treiberdynamik zeigt eine Zunahme und Diversifizierung der Klagetätigkeit, und eine insgesamt positive Entwicklung des Treibers, die sich in Zukunft fortsetzen dürfte. Dazu trägt auch bei, dass Klimaklagen stärker als andere Treiber als kumulativer Prozess verstanden werden können, da neue Klagen auf argumentativen und rechtlichen ‚Bausteinen‘ aufbauen, die von vorangehenden Klagen erfolgreich etabliert wurden. Zu erwarten ist daher, dass das aktuelle Momentum von Klimaklagen in Deutschland sich auch in den nächsten Jahren pfadabhängig fortsetzen und durch günstige Rahmenbedingungen noch verstärken wird. Dazu tragen die Zunahme rechtlicher Normen auf deutscher und europäischer Ebene, die Präcedenzwirkung vergangener Klagen, die internationale Klagedynamik, die wegweisenden Rechtsgutachten von internationalen Gerichten sowie nicht zuletzt auch die absehbare Verfehlung der Zwischenziele des Klimaschutzgesetzes bei (Agora Energiewende 2025, ERK 2025).

Negative Entwicklungen wie der gesellschaftliche Backlash (s. Kapitel 3.2.) Forderungen nach Einschränkungen der Gemeinnützigkeit und die Ankündigung der Einschränkung des Verbandsklagerechts im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung (21. Legislaturperiode) könnten jedoch einen dämpfenden Effekt auf Klimaklagen ausüben.

Insgesamt lässt sich eine in Teilen **antizyklische Entwicklung** des Treibers feststellen. So liegt es nahe, dass die Verfehlung der Klimaziele auf politischer Ebene zu mehr Klagen führen wird. Ebenfalls lebt der Schwung der Klimabewegung, die ihren bisherigen Peak um 2019/2020 hatte (s. Kapitel 7.1.), in gewissem Maße noch heute in der rechtlichen Dynamik fort.

Rechtliche, politische und gesellschaftliche Wirkungen von Klimaklagen

Die Frage der Wirkung von Klimaklagen auf Klimapolitik und Emissionsentwicklung ist bekanntermaßen komplex und eine genaue quantitative Abschätzung kaum möglich (Setzer und Vanhala 2019, Zengerling et al. 2023). Dennoch erlaubt die

vorliegende Analyse eine qualitative Einschätzung des Beitrags des Treibers zur deutschen Klimawende.

Die Wirkungen von Klimaklagen sind zunächst rechtlicher Art und bestehen etwa in der Durchsetzung geltender Normen, der Schaffung von Klarheit über die Auslegung von Gesetzen, dem Schließen rechtlicher Lücken und der Rechtsfortbildung durch Urteile (sog. stepping stone litigation, vgl. Setzer und Higham 2023). Des Weiteren tragen Klimaklagen zum politischen Agenda-Setting bei (Wonneberger und Vliegenthart 2021). So wurde seit dem letzten Assessment (15.11.2023) in Bundestagsdebatten 18-mal auf den Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 Bezug genommen. Umgekehrt wurde auch 13-mal auf das BVerfG-Urteil vom 15.11.2023 zum Nachtragshaushalt der Ampelregierung („Schuldenbremse“) Bezug genommen.²⁸ Prominente Gerichtsverfahren üben also einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf politische Debatten aus.

Des Weiteren sollen Klimaklagen ökonomische Risiken für Verursacher*innen durch mögliche Schadensersatzforderungen (Rumpf 2019), Imageschäden (vgl. Chazinerantzis und Herz 2010) oder sinkende Aktienrenditen (Sato et al. 2024) bewirken. Eine Analyse solcher Wirkungen für Deutschland steht noch aus.

Eingehender betrachtet haben wir, inwiefern Gerichtsprozesse Medienresonanz für Klimaschutz erzeugen und gesellschaftliche Narrative prägen (Païement 2020, Gerstetter 2022). Durch die mediale Berichterstattung über Klimaklagen kann zur Legitimierung klimapolitischer Forderungen beigetragen werden (Wonneberger 2024, Frerichs 2025).

Seit 2015 lässt sich in Deutschland eine zunehmende Präsenz von Klimaklagen in der Medienberichterstattung nachweisen (siehe Abb. 23). Im Jahr 2019 lässt sich der erste Peak beobachten mit zahlreichen Artikeln zur Klage von Biolandwirt*innen und Greenpeace gegen die Bundesregierung. Im Jahr 2021 folgt ein noch deutlich größerer Peak im Zuge des „Klimabeschlusses“ des BVerfG. Im Jahr 2023 zeigt sich der bislang größte Peak, wobei ein Großteil der Artikel den Fall von sechs portugiesischen Kindern und Jugendlichen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte behandelt. Die mündliche Verhandlung im September 2023 wurde in den Medien zu einem Ereignis erklärt, wobei ein „David gegen Goliath“-Framing überwog – im Saal waren über 80 Anwält*innen der gerügten Regierungen anwesend. Die Beschwerdeführenden wurden hingegen von sechs Anwält*innen vertreten.

Die Analyse dominanter Frames in der deutschen Zeitungsberichterstattung zeigt, dass diese die öffentliche Debatte über Verantwortung und Schuld in der Klimakrise entscheidend mitgeprägt haben (Frerichs 2025). Dabei wurde beispielsweise

28 Eigene Erhebung.

durch ein antagonistisches Framing die Position der Kläger*innen gestärkt, und es wurden – im Gegensatz zu sonst oft dominanten individuellen Verantwortungszuschreibungen – überwiegend Regierungen und Unternehmen in die Verantwortung genommen. Die Form der Verantwortungszuschreibung unterschied sich dabei: Bei Klagen gegen Unternehmen wurde primär mit ihrer Verantwortung als Verursacher*innen für den Klimawandel argumentiert, während im Falle der Bundesregierung auf die Pflicht zum Schutz von Grund- und Menschenrechten hingewiesen wurde. Zudem ist der Diskurs von einer im Vergleich zur sonstigen Berichterstattung zu Klimathemen auffälligen Sachlichkeit und Konstanz geprägt. Dies steht etwa im

für den Erfolg von Klimaklagen wie der verhältnismäßig langsame rechtliche Prozess und die mit der Zeit wachsende **Gefahr eines politischen Backlashs** – der eintreten kann, wenn Gerichte dem Gesetzgeber zu weit voraus sind und als politische Akteur*innen wahrgenommen werden (vgl. Hirschl 2008).

Klimaklagen können somit als wichtiger Treiber für die Dekarbonisierung fungieren und durch ihre längere Zeitlichkeit und kumulative Dynamik in klimapolitisch schwierigen Zeiten antizyklisch wirken. Dennoch ist ihre Wirkung begrenzt und entfaltet sich erst vollständig in Wechselwirkung mit anderen, unterstützenden politischen und gesellschaftlichen Prozessen.

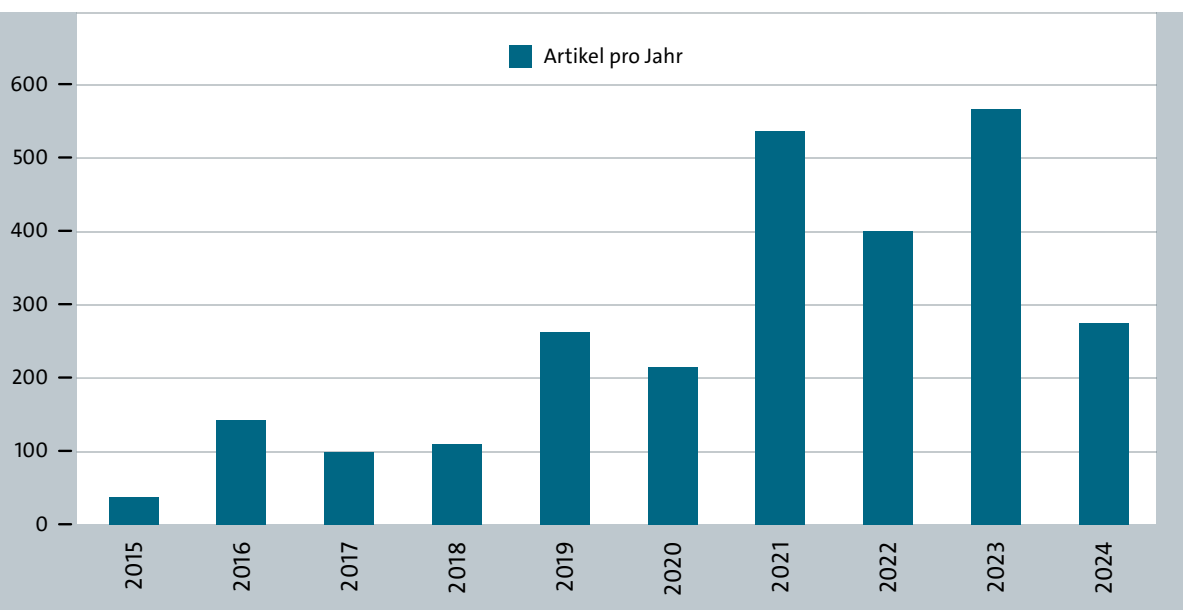


Abb. 23: Zeitungsberichterstattung zu Klimaklagen in Deutschland über Zeit

Gegensatz zur gut dokumentierten Tendenz medialer Berichterstattung in Deutschland, die Klimabewegung abzuwerten (Green Legal Impact Germany 2025), Klimadebatten zu depolitisieren (Pavenstädt und Rödder 2024), bspw. indem der Fokus auf Protestformen anstelle von Forderungen oder unterliegenden gesellschaftspolitischen Konfliktlinien gelegt wird (von Zabern und Tulloch 2020). Somit beeinflussen Klimaklagen über die rechtliche Dimension hinaus die mediale Berichterstattung und können zur Festigung der Forderungen nach einer ambitionierteren Klimapolitik, der Herstellung von Klimagerechtigkeit und einer Beschleunigung der Klimawende beitragen (Frerichs 2025).

Klimaklagen üben also schon heute auf vielfache Weise Einfluss auf die Dynamik der Klimawende aus. Absehbar ist, dass ihre Rolle in Zukunft noch zentraler werden wird, insbesondere im wahrscheinlichen Fall einer Abnahme klimapolitischer Ambition und eines absehbaren Verfehlens der Klimaziele. Zugleich bestehen allerdings hohe Hürden

Wechselwirkungen mit anderen Treibern

Während sich die Dynamik in der Klimapolitik und bei dem Protestgeschehen in jüngerer Zeit abschwächt und voraussichtlich auch in naher Zukunft rückläufig bleiben wird, nehmen gerichtliche Auseinandersetzungen zu. Dadurch erhalten rechtliche Aktionsmittel eine zunehmend wichtige Rolle, die jedoch auch Gefahren birgt, etwa wenn Gerichte als politische Akteur*innen wahrgenommen werden (Hirschl 2008, Aykut 2022). Die unterstützenden Auswirkungen von Klimaklagen auf die Transformation dürften daher vor allem in Wechselwirkung mit Dynamiken in anderen Treibern vollständig zur Geltung kommen. Der politische Prozess wirkt dabei zunächst als Grundlage für Klimaklagen, da sich Klagen auf Rahmengesetze, rechtliche Umsetzungsmaßnahmen und administratives (Nicht-) Handeln berufen. Klimabewegung und -proteste beeinflussen auch die Dynamik von Klimaklagen, sei es durch das Auftreten von Aktivist*innen als Klagende, die Nutzung von Bewegungsknetzwerken

zur Unterstützung von Klagen, oder indirekte Effekte auf die öffentliche Meinungsbildung. Die gesellschaftliche Unterstützung durch Proteste, Umfrageergebnisse und Medienpräsenz trägt zur Akzeptanz, Finanzierung und Wirkung von Klimaklagen bei und erhöht die Erfolgsaussichten innovativer Argumente vor Gericht. Auch können durch die rechtlichen Verfahren Daten und Wissen generiert oder offengelegt werden, die wiederum von Akteur*innen der Zivilgesellschaft, Politik oder Wirtschaft genutzt werden können.

Umgekehrt erzeugen Klimaklagen auch eine eigene mediale Resonanz (Frerichs 2025). Erfolgreiche Gerichtsprozesse wie die Verfassungsbeschwerde gegen das Bundes-Klimaschutzgesetz tragen zu politischem Agenda-Setting bei und können politische Akteur*innen wie Landesregierungen zu proaktivem Handeln ermutigen (Averchenkova et al. 2024: 21). Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, dass der Gesetzgeber als Reaktion auf das Risiko erfolgreicher Klimaklagen Gesetze vorbeugend abschwächt. So gab das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im November 2023 den Klagen der Deutschen Umwelthilfe und des B.U.N.D. auf ein gesetzeskonformes Sofortprogramm für die Sektoren Gebäude und Verkehr statt. Die Bundesregierung legte gegen das Urteil Revision ein. Ebenfalls überarbeitete sie das Bundes-Klimaschutzgesetz dahingehend, dass die Sektorziele aufgeweicht wurden. Zwei Tage nach dieser Änderung hätten Sofortprogramme für die Sektoren Gebäude und Verkehr vorliegen müssen.

Autor*innen:

Lea Frerichs, Mona Katharina Andres,
Stefan C. Aykut

Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende. 2025. *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025.* .
- Averchenkova, A., C. Higham, T. Chan, I. Keuschnigg. 2024. *Impacts of climate framework laws. Lessons from Germany, Ireland and New Zealand.* London: Grantham Research Institute, LSE.
- Aykut, S. 2022. Klimaklagen. In: *Schlüsselwerke der Sozialwissenschaftlichen Klimaforschung.* Herausgegeben von Y. Ibrahim, S. Rödder. Bielefeld: transcript Verlag. 349–356.
- Aykut, S. C., A. Wiener, C. Zengerling, J. Bähring. 2024a. Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization I: A Framework and a General Assessment. *Carbon & Climate Law Review* 17/3: 181–192.
- Aykut, S. C. et al. 2024b. *Klimawende Ausblick 2024. Gesellschaftliche Treiber der Transformation in Deutschland. Band 1. Klimapolitik, Klimabewegung und Klimaklagen.* Universität Hamburg.
- Burger, M., J. Wentz, R. Horton. 2020. The law and science of climate change attribution. *Colum. J. Envtl. L.* 45: 57.
- Buser, A. 2021. Die Freiheit der Zukunft. *Verfassungsblog: On Matters Constitutional.*
- Callahan, C. W., J. S. Mankin. 2025. Carbon majors and the scientific case for climate liability. *Nature* 640/8060: 893–901.
- Celikates, R. 2023. Protest in der Klimakrise: Die Legitimität zivilen Ungehorsams. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2023: 99–106.
- Chatzinerantzis, A., B. Herz. 2010. Climate Change Litigation – Der Klimawandel im Spiegel des Haftungsrechts. *Neue Juristische Wochenschrift: NJW* 63/13: 910–911.
- Clarke, B., F. Otto, R. Stuart-Smith, L. Harrington. 2022a. Extreme weather impacts of climate change: an attribution perspective. *Environmental Research: Climate* 1/1: 012001.
- Clarke, B., F. Otto, R. Stuart-Smith, L. Harrington. 2022b. Extreme weather impacts of climate change: an attribution perspective. *Environmental Research: Climate* 1/1: 1–25.
- de Moor, J., M. de Vydt, K. Uba, M. Wahlström. 2021. New kids on the block: Taking stock of the recent cycle of climate activism. *Social Movement Studies* 20/5: 619–625.
- Deppner, T. 2022. Getting SLAPPed – Strategische Prozessführung gegen die Klimabewegung. Ein Schlaglicht aus der anwaltlichen Praxis. *Juridikum* April 2022/1: 124–127.

- Diesing, J. 2021. Neuer Klimaprotest? – Ein Rückblick in die Geschichte des Klimaprotests anlässlich von Fridays for Future und Extinction Rebellion. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 5/2: 48–61.
- Ekardt, F., M. Bärenwaldt, F. Heß, L. Hörtzsch, M. Wöhlert. 2023a. *Judikative als Motor des Klimaschutzes? Bedeutung und Auswirkungen der Klimaklagen*. Umweltbundesamt.
- Ekardt, F., M. Bärenwaldt, F. Heß, L. Hörtzsch, M. Wöhlert. 2023b. *Judikative als Motor des Klimaschutzes? Bedeutung und Auswirkungen der Klimaklagen*.
- ERK. 2025. *Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2024 und zu den Projektionsdaten 2025. Prüfung und Bewertung der Emissionsdaten sowie der Projektionsdaten gemäß § 12 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz*.
- Fisher, D. R., S. Nasrin. 2020. Climate activism and its effects. *WIREs Climate Change* 12/1.
- Franzius, C. 2021. *Die Rolle von Gerichten im Klimaschutzrecht*. Bremen.
- Frerichs, L. 2025. Klimaklagen in Zeiten des Umbruchs. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 55/2: 315–334.
- Gerstetter, C. 2022. Im Gerichtssaal und auf der Straße – unterschiedliche Wege, ein Ziel? *Juridikum* 1/2022/Klimagerechtigkeit.
- Graser, A., C. Helmrich. 2019. *Strategic Litigation, Begriff Und Praxis*. Baden-Baden, Germany: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Grasso, M., R. Heede. 2023a. Time to pay the piper: Fossil fuel companies' reparations for climate damages. *One Earth* 6/5: 459–463.
- Grasso, M., R. Heede. 2023b. Time to pay the piper: Fossil fuel companies' reparations for climate damages. *One Earth* 6/5: 459–463.
- Green Legal Impact Germany, G. 2025. Green Legal Spaces Studie 2025. *Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland*.
- Hahn, L. 2024. *Strategische Prozessführung im Klagekollektiv*. Strategic Litigation. Band 4. Baden-Baden: Nomos.
- Heede, R. 2014. Tracing anthropogenic carbon dioxide and methane emissions to fossil fuel and cement producers, 1854–2010. *Climatic Change* 122/1: 229–241.
- Hirschl, R. 2008. The judicialization of megapolitics and the rise of political courts. *Annual Review of Political Science* 11: 93–118.
- IPCC. 2018. *Global Warming of 1.5 °C. IPCC Special Report* Herausgegeben von V. Masson-Delmotte et al. Geneva, Switzerland: Intergovernmental Panel on Climate Change.
- Kremer, P. 2022. Bewusstseinswandel statt Klimawandel – auch im Recht. *Juridikum* 1/2022/Klimagerechtigkeit.
- Païement, P. 2020. Urgent agenda: how climate litigation builds transnational narratives. *Transnational Legal Theory* 11/1–2: 121–143.
- Pavenstädt, C. N., S. Rödder. 2024. Between evidence first and political fight – understanding dynamics of (de-)politicization in US climate movements' future narratives. *Environmental Politics* 33/6: 1065–1086.
- Peel, J., H. M. Osofsky. 2018. A rights turn in climate change litigation? *Transnational Environmental Law* 7/1: 37–67.
- Rodi, M., M. Kalis. 2022. Klimaklagen als Instrument des Klimaschutzes. *Klima und Recht* 1/2022: 5–10.
- Rumpf, M. 2019. Der Klimawandel als zunehmendes Haftungsrisiko für „Carbon Majors“. *Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht* 17/2: 145–158.
- Sato, M., G. Gostlow, C. Higham, J. Setzer, F. Venmans. 2024. Impacts of climate litigation on firm value. *Nature Sustainability* 7/11: 1461–1468.
- Setzer, J., L. C. Vanhala. 2019. Climate change litigation: A review of research on courts and litigants in climate governance. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 10/3: 1–19.
- Setzer, J., C. Higham. 2023. *Global Trends in Climate Change Litigation: 2023 Snapshot*. London: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment and Centre for Climate Change Economics and Policy, London School of Economics and Political Science.
- Setzer, J., C. Higham. 2024. *Global trends in climate change litigation: 2024 snapshot*. London: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, London School of Economics and Political Science.
- Setzer, J., C. Higham. 2025. *Global Trends in Climate Change Litigation: 2025 Snapshot*. London: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, London School of Economics and Political Science.
- Stuart-Smith, R. F., F. E. Otto, T. Wetzer. 2024. Liability for climate change impacts: the role of climate attribution science. In: *Corporate Accountability and Liability for Climate Change*. Herausgegeben von E. d. Jong. Edward Elgar Publishing. 206–235.

- Stuart-Smith, R. F. e. a. 2021. Filling the evidentiary gap in climate litigation. *Nature Climate Change* 11: 651–655.
- UNEP. 2023. *Global Climate Litigation Report: 2023 Status Review*. Nairobi: United Nations Environment Programme.
- von Zabern, L., C. D. Tulloch. 2020. Rebel with a cause: the framing of climate change and intergenerational justice in the German press treatment of the Fridays for Future protests. *Media, Culture & Society* 43/1: 23–47.
- Walker-Crawford, N. 2023. Climate change in the courtroom: An anthropology of neighborly relations. *Anthropological Theory* 23/1: 76–99.
- Welsby, D., J. Price, S. Pye, P. Ekins. 2021. Unextractable fossil fuels in a 1.5° C world. *Nature* 597/7875: 230–234.
- Wentz, J. 2024. Climate Science and Litigation. In: *Research Handbook on Climate Change Litigation*. Herausgegeben von F. Sindico, K. McKenzie, G. Medici-Colombo, L. Wegener. Cheltenham, UK: Edward Elgar 164–183.
- Wewerinke-Singh, M. 2022. Enabling the right to a healthy environment. *Nature Climate Change* 12/10: 885–886.
- Wewerinke-Singh, M., J. Udell. 2025. Recent Landmark Decisions. Advancing Climate Litigation and State Obligations. In: *The Cambridge Handbook on Climate Litigation*. Herausgegeben von M. Wewerinke-Singh, S. Mead. Cambridge University Press.
- Wonneberger, A. 2024. Climate change litigation in the news: litigation as public campaigning tool to legitimize climate-related responsibilities and solutions. *Social Movement Studies* 23/1: 94–112.
- Wonneberger, A., R. Vliegthart. 2021. Agenda-Setting Effects of Climate Change Litigation: Interrelations Across Issue Levels, Media, and Politics in the Case of Urgenda Against the Dutch Government. *Environmental Communication* 15/5: 699–714.
- Zengerling, C., J. Bähring, S. C. Aykut, A. Wiener. 2024. Climate Litigation as a Social Driver Towards Deep Decarbonization II: Zooming in on two cases.
- Zengerling, C., S. C. Aykut, A. Wiener, J. Bähring, E. d'Amico. 2023. Climate litigation. In: *Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5 °C limit to global warming—Social drivers and physical processes*. Herausgegeben von A. e. a. Engels. Hamburg, Germany: Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS).



Anhang

Methoden der Datenerhebung und -analyse

Ziel des Projekts der Mercator-Stiftungsprofessur für Soziologie an der Universität Hamburg ist eine Analyse der gesellschaftlichen Dynamik der deutschen Klimawende. Dazu sichten wir existierende wissenschaftliche Untersuchungen, Expertise-Gutachten, Umfragen und Datensammlungen und bauen darüber hinaus eigene Datenerhebungen auf. Mittelfristiges Ziel ist auch der Aufbau einer Datenbank zu den gesellschaftlichen Dynamiken der Klimawende, die über ein webbasiertes Interface und Visualisierungen zivilgesellschaftlichen Akteuren zugänglich gemacht werden soll. Diese Datenbank erstellen wir in Zusammenarbeit mit dem House of Computing and Data Science der Universität Hamburg. Es handelt sich um ein fortlaufendes Vorhaben, das wir über die nächsten Jahre kontinuierlich stabilisieren, verbessern und um neue Datenquellen und Korpora erweitern wollen. Dabei kombinieren wir fünf Arten von Datenquellen und verschiedene sozialwissenschaftliche Analyseansätze:

1. Zusammenschau existierender Forschung und Gutachten (*Literaturanalyse*)

Die Grundlage unserer Analyse von Treiberdynamiken und Kontextbedingungen bildet immer zunächst eine systematische Analyse existierender Forschung, Analysen und Datenquellen. Dabei stützen wir uns auf publizierte Forschung in akademischen Journals, Gutachten von Expert*innengremien wie dem Expertenrat für Klimafragen und Veröffentlichungen von zivilgesellschaftlichen Beobachtungsinstanzen wie den Agora think tanks, die seit der letzten Treiberanalyse publiziert wurden. In Zukunft wird die Literaturanalyse darüber hinaus gezielt durch KI-gestützte Methoden flankiert.

2. Sichtung und Vergleich existierender Umfragen zu Klimapolitik und Klimawende (*Resonanzanalyse*)

Die Resonanzfähigkeit der Klimawende ist eine zentrale Kontextbedingung für deutsche Klimapolitik und für verschiedene andere gesellschaftliche Treiber. Wir sichten daher existierende Umfragen zum Klimawandel, zur Unterstützung von klimapolitischen Maßnahmen und zur Akzeptanz der Transformation zur Klimaneutralität, vergleichen die Ergebnisse und leiten daraus übergreifende Trends zur Entwicklung der Resonanzfähigkeit ab.

3. Regelmäßige Stakeholder-Workshops für einzelne Treiber (*Stakeholder-Workshops*)

Zu den Stakeholder-Workshops laden wir Expert*innen und Praktiker*innen aus einem bestimmten Bereich ein, also beispielsweise Repräsentant*innen der Klimabewegung von Nichtregierungsorganisationen, und bewegungsnahen Forschungsinstituten für den Treiber Klimaproteste oder aber kommunale Klimaschutzmanager*innen und Autor*innen von Gutachten zu lokaler Klimapolitik für den Treiber subnationale Klimagovernance. Wir organisieren Workshops einerseits in einem frühen Stadium der Treiberanalysen, um Inputs zu relevanten Aspekten des Treibers, signifikanten Kontextbedingungen und Wirkungsweisen zu bekommen und unseren Treiberzuschnitt zu diskutieren (Scoping-Workshops). Außerdem richten wir zu einem späteren Zeitpunkt der Analyse Workshops zur Diskussion von Resultaten aus, die eine zusätzliche Feedbackschleife in unseren Forschungsprozess hineinbringen (Feedback-Workshops).

4. Qualitative Expert*innen-Interviews (*Hamburger Expert*innengespräche*)

Zur Ergänzung unserer bestehenden Analysen und zur tieferen Untersuchung einzelner Treiber führen wir gezielte Expert*innengespräche durch. Diese Gespräche sind darauf ausgelegt, spezifische Einblicke und Fachwissen zu gewinnen, wobei jeweils etwa 20 Expert*innen pro Treiber interviewt werden. Die Interviews sind leitfadengestützt, was eine strukturierte Vorgehensweise sicherstellt und gleichzeitig Raum für offene Diskussionen lässt. Der Leitfaden beinhaltet einen festen Grundstock an wiederkehrenden, treiberübergreifenden Fragen, die für alle Interviews standardisiert sind. Diese gewährleisten eine einheitliche Grundlage, um vergleichbare Aussagen über verschiedene Interviews hinweg zu erhalten. Darüber hinaus werden diese allgemeinen Fragen durch spezifischere Fragen ergänzt, die individuell auf die Besonderheiten des jeweiligen Treibers zugeschnitten sind.

Dieser Ansatz ermöglicht es uns, sowohl breite als auch tiefgehende Informationen zu den jeweiligen Themen zu sammeln. Der Fragenkatalog wird kontinuierlich angepasst und erweitert, um auf neue Entwicklungen und Erkenntnisse reagieren zu können. Während der Interviews wird zudem eine hohe Flexibilität gewahrt, sodass Interviewer*innen die Möglichkeit haben, spontan auf aufkommende Themen einzugehen und diese im Gespräch zu vertiefen. Die Auswertung der Interviews erfolgt in

erster Linie qualitativ. Durch Kodieren der Antworten werden Informationen hinsichtlich Dynamik, Kontext und Wirkung der Treiber aus den Antworten extrahiert. Diese qualitative Analyse liefert detaillierte Einblicke. Darüber hinaus ermöglichen standardisierte Elemente im Fragenkatalog über die Zeit hinweg eine quantitative Vergleichbarkeit. Dieser methodische Ansatz erlaubt es uns, sowohl spezifische als auch übergreifende Entwicklungen und Muster zu identifizieren und zu analysieren.

5. Klimaklagen-Datenbank

Im Rahmen des Klimawende Ausblicks haben wir die erste umfassende Datenbank zu Klimaklagen in Deutschland geschaffen. Dazu stützen wir uns auf existierende Sammlungen und ergänzen diese durch eine eigene Recherche in dem online-Portal Juris sowie weiterführende Recherche auf den Webseiten relevanter Umweltverbände.

Insgesamt umfasst unsere Datenbank, die wir kontinuierlich aktualisieren und erweitern, bisher 175 Gerichtsverfahren mit Klimabezug.

Definition Klimaklagen

Die Definition von Klimaklagen, auf der diese Sammlung basiert, umfasst solche Fälle, die in der Regel vor einem deutschen Gericht verhandelt werden (eine Ausnahme stellen z. B. OECD-Beschwerden dar). Des Weiteren müssen Recht, Politik oder Wissenschaft des Klimawandels eine wesentliche Rechts- oder Tatsachenfrage in den Fällen darstellen (s. Definition des Sabin Centers). Fälle, die den Klimawandel nur am Rande erwähnen, aber keine klimarelevanten Gesetze, Politiken oder Maßnahmen behandeln, werden nicht als Klimaklagen aufgenommen. Im Allgemeinen werden Fälle, die zwar direkte Auswirkungen auf den Klimawandel haben, aber nicht explizit auf Klimafragen eingehen, hier nicht berücksichtigt. Ergänzend zu den eng definierten Klimaklagen, nehmen wir in der Datenbank auch Rechtsverfahren mit schwächerem aber nach wie vor vorhandenem Klimabezug auf. Hierunter fallen zum Beispiel Verfahren, bei denen es um Umweltverträglichkeitsprüfungen, Bebauungspläne oder Planfeststellungsbeschlüsse geht. Diese fallen unter die Kategorie „sonstige verwaltungsrechtliche Verfahren“ und werden nicht direkt als Klimaklage verstanden. Ebenso verhält es sich mit der Kategorie „Grün gegen Grün“. Die Integration dieser Fälle in die Datenbank dient dem Gesamteindruck über Gerichtsverfahren mit Klimabezug. Ebenfalls nehmen wir auch SLAPPs und Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen mit auf, die wir ebenfalls nicht unter der engen Definition von Klimaklagen verstehen – im weiteren Sinne aber schon.

Zeitraum

Unsere Analyse der Entwicklung von Klimaklagen in Deutschland begrenzt sich zunächst auf den Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 08.06.2025 und soll in den nächsten Jahren sukzessive ausgebaut werden. Da nicht alle Verfahren online einsehbar sind und viele Fälle mit zeitlicher Verzögerung in den einschlägigen Portalen wie juris oder Beck online hochgeladen werden, stellt unsere Datenbank keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Alle Fälle, die wir über das online-Portal Juris sowie weiterführende Recherche auf den Webseiten relevanter Umweltverbände ergänzend zu den Klagen, die vom Sabin Center für Deutschland aufgelistet sind, zum Zeitpunkt des 08.06.2025 finden konnten, werden in diesem Klimawende-Ausblick berücksichtigt.

Kategorien

Zur Kategorisierung der Klimaklagen wurden die von Setzer und Higham (2024) definierten Kategorien zur Analyse globaler Klimaklagen herangezogen und ergänzt. Diese sind: Staatliche Rahmenbedingungen, Integration von Klimaaspekten, Verursacherprinzip, Unternehmensspezifische Verfahren, Unterlassene Anpassungsmaßnahmen, Übergangsrisiken, Climate-Washing, Finanzierungsquellen einstellen, ESG-Backlash, Strategische Verfahren gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP), Just-Transition sowie Grün gegen Grün. Weiter haben wir zwei neue Kategorie ergänzt: Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen sowie sonstige verwaltungsrechtliche Verfahren. Nicht alle dieser Kategorien lassen sich bei der Analyse der Klimaklagen in Deutschland finden. In der folgenden Tabelle sind alle Kategorien mitsamt Definition und Beispiel aufgelistet.

Kategorie	Definition	Beispiel
Staatliche Rahmenbedingungen	Fälle, die den Ehrgeiz oder die Umsetzung von Klimazielen und politischen Maßnahmen in Frage stellen, die die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft eines Landes betreffen.	Klimabeschluss 2021 (BVerfG, Beschluss vom 24. März 2021–1 BvR 2656/18–, BVerfGE 157, 30-177)
Integration von Klimaaspekten	Fälle, die darauf abzielen, Klimaaspekte, -standards oder -prinzipien in eine bestimmte Entscheidung oder sektorale Politik zu integrieren, mit dem doppelten Ziel, bestimmte schädliche Politiken und Projekte zu stoppen und Klimaaspekte in die Politikgestaltung einzubeziehen.	Klagen gegen LNG-Terminals (BVerwG, Urteil vom 14. November 2024– 7 A 8/23)
Verursacherprinzip	Fälle, in denen von den Beklagten Schadenersatz gefordert wird, weil sie angeblich zu den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels beigetragen haben.	Lliuya v. RWE (noch keine Veröffentlichung des Urteils von 2025)
Unternehmensspezifische Verfahren	Verfahren, die darauf abzielen, Unternehmen davon abzuhalten, ihre emissionsintensiven Aktivitäten fortzusetzen, indem sie Änderungen in der Konzernpolitik, der Unternehmensführung und der Entscheidungsfindung verlangen, die sich auf die gesamte Geschäftstätigkeit der Unternehmen erstrecken.	Klagen gegen BMW, Mercedes-Benz, VW (z. B. OLG München, Endurteil v. 12.10.2023 – 32 U 936/23 e)
Unterlassene Anpassungsmaßnahmen	Fälle, in denen eine Regierung oder ein Unternehmen angeklagt wird, weil sie es versäumt haben, das Klimarisiko zu berücksichtigen.	
Übergangsrisiken	Fälle, die das (falsche) Management von Übergangsrisiken durch Geschäftsführer, leitende Angestellte und andere Personen betreffen, die den Erfolg eines Unternehmens sicherstellen sollen.	
Climate-Washing	Fälle, in denen unzutreffende/ falsche Darstellungen von Regierungen oder Unternehmen in Bezug auf ihren Beitrag zum Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft angefochten werden.	Verbraucherschutzklagen, Katjes Verbraucherschutzklage gegen Katjes (BGH, Urteil vom 27. Juni 2024– I ZR 98/23)
Finanzierungsquellen einstellen	Fälle, in denen Finanzmittel für Projekte und Aktivitäten angefochten werden, die nicht mit dem Klimaschutz in Einklang stehen.	Aktienrecht
ESG Backlash	Fälle, in denen die Taktik der Kläger in klimabezogenen Fällen gegen sie verwendet wird. Im Jahr 2023 gab es bedeutende Fälle, in denen Verstöße gegen treuhänderische Pflichten im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Klimarisiken in Finanzentscheidungen und Vorwürfe bezüglich irreführender Praktiken vorgebracht wurden. Zu den bemerkenswerten Fällen gehören Spence vs. American Airlines und State ex rel. Skrmetti vs. BlackRock.	

Kategorie	Definition	Beispiel
SLAPP	Fälle, in denen Aktivist*innen und andere Personen eingeschüchtert und an ihrer öffentlichen Beteiligung gehindert werden sollen. Zu den Beispielen gehören Fälle, die von Shell und Total gegen Greenpeace und andere NRO eingereicht wurden.	Lausitz Energie, Lufthansa (LG Cottbus, Urteil vom 26. September 2024 – 1 O 286/19)
Just Transition	Fälle, in denen es darum geht, die Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen in Frage zu stellen, und nicht darum, die Notwendigkeit solcher Maßnahmen zu bestreiten. Diese Fälle werden von Einzelpersonen, Gemeinschaften oder Arbeitnehmer*innengruppen eingereicht, die Klimamaßnahmen als Bedrohung der Menschenrechte ansehen. Ein Beispiel dafür ist die Mitteilung einer Gruppe von UN-Sonderberichterstatter*innen an die französische Regierung über die Entwicklung von „Megabecken“-Projekte, die Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die biologische Vielfalt haben.	
Grün gegen Grün	Fälle, in denen es um offensichtliche Kompromisse zwischen der Notwendigkeit, die biologische Vielfalt zu schützen, und Projekten oder politischen Maßnahmen geht, die aus Klimaschutzgründen eingeführt werden. Ein Beispiel dafür ist der Fall M.K. Ranjitsinh und andere gegen die Union of India vor dem indischen Obersten Gerichtshof sowie Fälle, in denen Offshore-Windprojekte in den USA mit der Begründung abgelehnt werden, dass sie eine Bedrohung für Walpopulationen darstellen. Es gibt Anzeichen dafür, dass einige dieser Fälle dazu benutzt werden könnten, Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern.	Klagen gegen Windkraftanlagen (z. B. Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14. Juni 2023 – OVG 3a A 30/23)
NEU: Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen	Fälle, in denen Klimaaktivist*innen aufgrund von Protestaktionen (insb. Straßenblockaden) angeklagt werden und in denen es darum geht, ob der Klimawandel als Notstand anerkannt wird und somit bestimmte Handlungen legitimiert.	Verfahren gegen Letzte Generation (z. B. AG Tiergarten, Urteil vom 16. Mai 2023 – 298 Cs 269/22)
NEU: Sonstige verwaltungsrechtliche Verfahren	Verwaltungsrechtliche Verfahren mit Klimabezug, die von den vorherigen Kategorien noch nicht abgedeckt wurden. Hierunter fallen zum Beispiel Umweltverträglichkeitsprüfungen.	Genehmigungen für Solaranlagen (z. B. wegen denkmalschutzrechtlichen Bedenken, OVG für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. November 2024 – 10 A 1477/23)

Tabelle 11: Kategorien von Klimaklagen in der Datenbank

6. Frequenz- und Frameanalysen von Textkorpora

Zur Analyse diskursiver Entwicklungen und Verlaufsmuster öffentlicher Auseinandersetzung um Klimawandel bauen wir Datenbanken mit treiber-spezifischen Textkorpora auf, die z.B. Presseartikel und Bundestagsdebatten beinhalten und führen semi-automatisierte Analysen mithilfe der Discourse Analysis Tool Suite durch.

Grundlage der Datenanalysen sind verschiedene **Textkorpora**. Diese betreffen (1) die Klimaberichterstattung in deutschen Zeitungen, respektive zu (I) deutscher Klimapolitik, (II) Klimaprotesten, (III) Klimaklagen, und (IV) Unternehmenshandeln. Die Textkorpora zur Klimaberichterstattung wurden aus den Datenbanken von LexisNexis, einem Anbieter von Volltexten internationaler Periodika, Presse- und Wirtschaftsinformationen, zusammengestellt, und gezielt mit weiteren Datenquellen ergänzt. Hinzu kommen (2) Korpora aus Bundestagsdebatten zur (I) Klimapolitik, zu (II) Klimaprotesten und (III) Klimaklagen, die mithilfe des Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentsmaterialien (DIP) des deutschen Bundestags zusammengestellt wurden.

Die Analyse der Korpora erfolgt mithilfe von digitalen Methoden, die gemeinsam mit dem House of Computing and Data Science der Universität Hamburg entwickelt werden („DATS“). Alle Textkorpora wurden in die DATS eingearbeitet. In der Toolsuite werden die Korpora gereinigt und auf Dopplungen geprüft und so für die folgenden Analyseschritte vorbereitet. **Frequenzanalysen** zielen dann darauf ab, die Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für das Klimathema insgesamt und für bestimmte Schlagwörter über Zeit zu messen. Semiautomatisierte **Frameanalysen** vertiefen diesen ersten Analyseschritt durch gezielte Tiefenbohrungen zu bestimmten Themenkomplexen. Zur Bestimmung der Frames orientieren wir uns an existierenden Arbeiten, die häufige Rahmungen in der Klimaberichterstattung (etwa: wissenschaftlich ökonomisch, moralisch-ethisch, etc.) unterscheiden, und ergänzen diese durch an den deutschen Kontext angepasste sowie je treiberspezifische Frames und Unterframes. Diese zielen beispielsweise darauf ab, Taktiken der Verzögerung und Kontroversen zu politischen Maßnahmen zu identifizieren, die Diffamierung der Klimabewegung sichtbar zu machen oder die Rahmung der Transformation als ökonomisches Risiko oder Chance in verschiedenen Publikationen und über die Zeit zu verfolgen.

Semiautomatisierte Frameanalyse (SAFA)¹

Da unsere Korpora eine Größe von bis zu 80.000 Zeitungsartikeln umfassen, sind sie zu groß, um manuell codiert zu werden. Daher verfolgen wir einen Mixed-Methods-Ansatz, bei dem qualitative Methoden durch maschinelles Lernen ergänzt werden, um große Datenmengen effizient auszuwerten. In der aktuellen Forschung zur Klimaberichterstattung dominieren Analysen, die Twitter-Daten und Zeitungsartikel mithilfe des LDA-Topic-Modellings untersuchen. Diese Ansätze erfassen Themen meist nur grobkörnig, während Fallstudien zwar detailliertere Einblicke bieten, sich jedoch häufig auf einzelne Zeitungen beschränken. Halbautomatisierte Frameanalysen existieren bereits, sind jedoch meist deduktiv angelegt und basieren auf vorab definierten Frames. Unsere Arbeit zielt darauf ab, diese Lücke zu schließen, indem wir große, heterogene Datenmengen induktiv untersuchen und dabei Methoden der halbautomatisierten Frameanalyse einsetzen. Inspiriert von Lemke und Stulpe, die das Konzept des „*Blended Reading*“ entwickelt haben², ist unsere Methodik darauf ausgelegt, Transparenz im Forschungsprozess zu gewährleisten. Dadurch wird eine nachvollziehbare Entwicklung der Frames sowie eine feinere Analyse ermöglicht, als sie mit herkömmlichem Topic Modelling möglich wäre. Die Methode kombiniert quantitative (*distant reading*) und qualitative (*close reading*) Analysen und bietet den Vorteil, dass die Menge der codierbaren Texte nahezu unbegrenzt ist.

Unser Ziel ist es, die Codierung der Frames zu automatisieren. Dazu führen wir eine Analyse in drei Schritten durch:

- I. Manuelle Codierung: Zunächst wird ein zufällig ausgewählter Anteil der Artikel manuell codiert.
- II. LLM-gestützte Co-Codierung: Diese Beispiele werden anschließend genutzt, um mithilfe eines Large Language Models (GEMMA) weitere zufällig ausgewählte Artikel zu codieren. Die Frameanalyse erfolgt dabei auf Satzebene, sodass jedem Satz ein, kein oder mehrere Frames zugewiesen werden können. Das LLM identifiziert semantisch ähnliche Sätze für eine genauere Codierung. Hierbei kann zwischen verschiedenen Modellen zur Satzidentifikation gewählt werden.
- III. Training des Classifiers: Wenn pro Frame mindestens 100 Beispiele codiert und verifiziert wurden, trainieren wir ein Sentence-Embedding-Modell, um die automatisierte Frame-Codierung durchzuführen.

Die Frameanalyse in der DATS arbeitet auf Satzebene, das heißt, jedem Satz wird ein Frame, mehrere

1 Es handelt sich hierbei um einen hybriden Ansatz zur induktiven Erkennung von Frames in großen Textkorpora mittels „Transformer-basierten Sentence Embeddings“.

2 Stulpe, A, Lemke, M 2016. Blended Reading. In: *Text Mining in den Sozialwissenschaften*. Herausgegeben von Lemke, M, Wiedemann, G. Wiesbaden: Springer VS.

Frames oder kein Frame zugewiesen. Frames können sich daher über einen oder mehrere Sätze erstrecken. Das LLM verwendet die Methode der Sentence Identification, bei der ein codierter Abschnitt (der Frame) als semantische Einheit betrachtet wird, für die ähnliche Sätze im restlichen Korpus gesucht werden.

Nach der Co-Codierung mit dem LLM überprüfen wir die Ergebnisse manuell, um die Genauigkeit zu erhöhen. Da unsere Methodik neu ist, muss sie während des Forschungsprozesses kontinuierlich an technische Gegebenheiten angepasst werden.

Die verwendeten Sentence-Embedding-Modelle basieren auf der Architektur von Transformer-Sprachmodellen und sind darauf trainiert, semantisch ähnliche Sätze in einem hochdimensionalen Raum nahe beieinander zu positionieren. Dadurch können sie Ähnlichkeiten zwischen Texten messen, ohne dass explizite Schlüsselwörter übereinstimmen müssen. Die Genauigkeit dieser Modelle ist höher als die der LLM-Codierung im zweiten Schritt, bei der die durchschnittliche Precision etwa 50 Prozent und der Recall rund 90 Prozent betrug.

Bevor die automatische Codierung mit dem Sentence-Embedding-Modell erfolgt, überprüfen wir dessen Genauigkeit mithilfe der fertig codierten Artikel aus dem ersten Schritt. Durch diesen iterativen Prozess können wir große Korpora effizient analysieren und qualitative sowie quantitative Standards im Forschungsprozess miteinander verbinden. Durch den iterativen Prozess soll Nachvollziehbarkeit und Transparenz gewahrt werden.

Unsere Methodik kombiniert somit moderne Verfahren des Natural Language Processing (NLP) mit den Prinzipien der Frameanalyse und schafft damit einen innovativen Zugang zur Untersuchung umfangreicher Medientexte.

Die Methode der semiautomatisierten Frameanalyse befindet sich momentan in Entwicklung und soll in Zukunft mit folgenden Untersuchungen in den Klimawendeblick integriert werden: *Allgemeine Frameanalyse* (Gesamtzeitungskorpus); *Transformationsframes* (Korpus Wirtschaftsnachrichten), *Diskurse der Verzögerung* zu den Maßnahmen Gebäudeenergiegesetz, EEG-Novelle, Verbrenner-Aus, Deutschlandticket, Gebäudeenergiegesetz (Bundestagsdebatten und Gesamtzeitungskorpus); *Vergleich Bundestagswahlen 2021 und 2025* (Ausgewählte Zeitschriften).

Frequenzanalyse

Da die semiautomatisierte Frameanalyse sich momentan noch in Entwicklung befindet wurden für die Analysen in den Kapiteln ‚Resonanz‘, ‚deutsche Klimapolitik‘ und ‚Klimabewegung‘ in diesem Ausblick einfachere **Frequenzanalysen** angewendet. Mit dieser sollen bestimmte Trends in der Medienberichterstattung beschrieben werden. Die Kategorien wurden mithilfe von Stichworten zusammengestellt, die typisch für die jeweilige Kategorie sind. Nach der Erstellung wurden die Stichwörter überprüft, um sicherzustellen, dass sie die jeweilige Kategorie angemessen abbilden.

Die Frequenzanalyse soll im Zeitverlauf die Präsenz verschiedener Themen beschreiben und dadurch Rückschlüsse auf die Dynamiken der „Klimawende“ ermöglichen.

Die **fettgedruckten Wörter** stellen Oberkategorien dar. Die jeweilige Anzahl ergibt sich aus der Zahl der Artikel, die mindestens eines der darunter aufgelisteten Wörter enthalten.

a) Korpus Themen der Klimaberichterstattung

Globale Klimapolitik

Weltklimakonferenz | „internationale Klimapolitik“ | „globale Klimapolitik“ | „internationale Verhandlungen“ | „Paris Abkommen“ | UN-Klimaverhandlungen | Klimagipfel | (COP + international) | (Klimakonferenz + international) | Klimaschutzabkommen | Klimavertrag | (China + (Klimaschutz | Klimapolitik)) | (USA + (Klimaschutz | Klimapolitik)) | „UN Generalsekretär“
⇒ 8560 Artikel

Wissenschaft

Weltklimarat | IPCC | Sachstandbericht | Expertenrat | „Potsdam Institut“ | „Max Planck“ | Gutachten | Studie | Klimawissenschaft | Klimatologie | Klimaforschung | Wissenschaftler*
⇒ 17875 Artikel

Klimabewegung

Protest | Demonstration | Besetzung | Klimacamp | Aktivist* | Aktivismus | Klimakleber | Fridays | „Letzte Generation“ | Endegelände | Extinction
⇒ 14078 Artikel

Auswirkungen

Extremwetter | Ahrtal | Hitze* | Dürre | Trockenheit | Überflutung | Überschwemmung | Waldbrand | Waldbrände | Sturm | Hurricane | Taifun |
⇒ 17257 Artikel

Klagen und Gerichte

Gericht* | Klimaprozess | Klimabeschluss | Bundesverfassungsgericht | Klimaklage* | Lliuya
⇒ 3798 Artikel

Deutsche und EU Klimapolitik

Parlament | Bundestag | Bundesrat | Bundesregierung | Regierungskoalition | Opposition* | „EU Kommission“ | „EU Green Deal“ | „Fit-for-55“ | Klimapakete | Klimaschutzpaket | Richtlinie | Gesetzgeb* | Bundesumwelt* | Bundesklima*
⇒ 18701 Artikel

Wirtschaft

Wirtschaft | Wachstum | Arbeitgeber* | Gewerkschaft* | Industrie* | Unternehmen* | Arbeitsplätze
⇒ 29306 Artikel

b) Korpus Frames der Berichterstattung zur Klimabewegung

Diffamierungsframe

Klimaterrorist | Klimakleber | Schulschwänzer | Demokratiefeindlich | Kriminell | Kriminelle | Autoritär | Wiederholungstäter | Blockierer | Beschmierer | Undemokratisch | Selbstgerecht |

Elitär | Vandalismus | Extremismus | Totalitäre |
schwänzen
⇒ 1862 Artikel

Verantwortungsframe

Klimaziele | Verantwortlichen | Klimaschutz |
Kohleausstieg | Regierungserklärung | Verschwen-
dung | Verkehrswende | Tempolimit | Klimaneutral
2030 | Klimapakete | Umdenken | Klimakatastrophe
| Systemwechsel | Gerechtigkeitsfrage | Umwelt-
frage | Klimagerechtigkeit | Kolonialismus
⇒ 3845 Artikel

c) Korpus Polarisierung und Verzögerung in Bunde- stagsdebatten

Zu den beiden übergeordneten Klimadebatten, dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) und dem Verbrenner-Aus, wurden zwei Korpora erstellt. Die Protokolle der Bundestagsdebatten wurden vom Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP) unter Verwendung von Schlüsselwörtern extrahiert. Der analysierte Zeitraum erstreckt sich vom 01.01.2019 bis zum 22.04.2025. Anschließend wurden diese Protokolle mittels Wortschlüsselsuche auf die für die Analyse relevanten Debatten reduziert. Insgesamt wurden 113 Protokolle analysiert: 54 Protokolle betrafen das Verbrennerverbot und 59 das GEG. Die zwei verschiedenen Debatten zum GEG und zum Verbrennerverbot wurden separat analysiert.

Die verwendeten Frames für die Frame Analyse basieren maßgeblich auf den von Lamb et al. (2020) entwickelten Frames.³ Für die Operationalisierung der Frames wurden größtenteils die Definitionen von Lamb et al (2020) verwendet. Es gibt vier Oberframes: *Disruptiver Wandel*, *nicht transformative Lösungen*, *Verlagerung der Verantwortung* und *Kapitulation*. Die Frames wurden an den Kontext des Deutschen Bundestag angepasst. Die Kapitulation-Frames wurden nicht in die Analyse einbezogen, da sie kaum vorkamen. Zwei der Frames der Kategorie *disruptiver Wandel* wurden angepasst: so wurde der Frame „Appell an die soziale Gerechtigkeit“ in einen ökonomischen Frame umgewandelt, der sich auf mikro- und makroökonomische Themen wie Arbeitsplatzverluste und steigende Gaspreise konzentriert. In ähnlicher Weise wurde der Frame *Appell an das Wohlbefinden* zu einem *Kulturkampf-Frame* weiterentwickelt, der scharfe Wortmeldungen umfasst, die Klimaschutzmaßnahmen ablehnen, weil diese das Wohlergehen der Menschen beeinträchtigen oder ihre Lebensgrundlage zerstören würden. Zusätzlich wurde der Frame *Verbotspolitik* aufgenommen. Dieser Frame bedient sich einer freiheitsorientierten Rhetorik und stellt Klimamaßnahmen als unverhältnismäßige oder gar illegale Eingriffe in die persönliche Sphäre der Lebensführung dar. Es wurde in die Frames der Kategorie *Disruptiver Wandel* eingeordnet.

Um die Frames in den Texten zu identifizieren, wurden Sätze zunächst händisch kodiert. In Zukunft soll auf dieser Grundlage eine teilautomatisierte Kodierung erfolgen. Um die Suche nach relevanten Textpassagen zu erleichtern, wurden jedem Frame Schlüsselwörter zugewiesen. So wurde der Frame des technologischen Optimismus beispielsweise mit Begriffen wie „technologische Offenheit“ oder „technologieoffen“ in Verbindung gebracht.

Nachdem die Texte kodiert und passende Frames zu Klimaverzögerung gefunden worden waren, wurden Codes für die Parteizugehörigkeit hinzugefügt, um auch das diskursive Verhalten und die Rhetorik jeder Partei zu identifizieren. Um die Zeitanalyse durchzuführen, wurde das Datum jedes Protokolls in die Metadaten des Dokuments hinzugefügt.

In der weiteren Analyse wurden die Frames in drei übergeordnete Kategorien einsortiert: Polarisierung, Technooptimismus, und Soft Delay. Zur neuen Kategorie der Polarisierungsframes gehören die ökonomischen und Kulturkampf-Frames aus der Kategorie „Disruptiver Wandel“ sowie der „Verbotspolitik“-Frame. Der Grad der Polarisierung in Debatten wurde anhand der Anzahl von Polarisierungsframes ermittelt. Zur Kategorie „Technoframes“ zählen Technologischer Optimismus und Fossil Fuel Solutionism. Die übrigen Frames waren Soft-Delay-Frames wie „Free Rider“, Individualismus, und „Whataboutism“. Es wurden jedoch nicht genügend Frames in diesen Kategorien identifiziert, um diese fruchtbar in die Analyse miteinzubeziehen.

³ Lamb, et al. 2020. ‘Discourses of climate delay’, *Global Sustainability*, 3: e17.

Glossar

Attribution: Untersuchung kausaler Zusammenhänge zwischen menschlichen Aktivitäten, insbesondere dem Ausstoß von Treibhausgasen, und beobachteten Klimaveränderungen oder Extremwetterereignissen.

Chilling Effects: Abschreckungs- bzw. Einschüchterungseffekte, die beispielsweise dann entstehen, wenn staatliche oder rechtliche Maßnahmen dazu führen, dass Menschen aus Angst vor negativen Konsequenzen von der Ausübung ihrer Grundrechte absehen. Chilling Effects umfassen auch die bewusste Nichtthematizierung von Klimafragen aus Sorge vor rechten und/oder klimaskeptischen Mobilisierungen.

CLICCS: Akronym des Exzellenzclusters Klima, Klimawandel und Gesellschaft („Climate, Climatic Change, and Society“), in dem Forscher*innen der Universität Hamburg und von Partner-Institutionen wie dem Max-Planck-Institut für Meteorologie und der HafenCity Universität Hamburg zu naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Aspekten des Klimawandels forschen.

Climate-Washing: Variante des Greenwashing, die sich auf irreführende Aussagen oder Werbung in Bezug auf Klimaneutralität bezieht. Climate-Washing bildet eine Kategorie von Klimaklagen.

COP: Das Akronym steht für „Conference of the Parties“ und bezeichnet die seit 1995 jährlich stattfindenden Weltklimakonferenzen, bei denen sich die Vertragsstaaten der 1992 verabschiedeten Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen treffen.

Daseinsvorsorge: Die im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts wahrgenommene Verantwortung von Städten und Gemeinden, die Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen und Infrastrukturen wie Wasser, Energie, Mobilität, Bildung und sozialer Unterstützung zu versorgen, wobei diese Leistungen je nach Rechtslage sowohl zu gesetzlichen Pflichtaufgaben als auch zu freiwilligen Aufgaben zählen können.

De karbonisierung: Beschreibt den Prozess der Reduzierung von Kohlenstoffemissionen, beispielsweise durch den Umstieg von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdgas oder Öl auf kohlenstoffarme oder -freie Energiequellen wie Erneuerbare Energien.

Eingeschränkte Handlungsspielräume: Beschreibt die Verringerung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit (englisch: „shrinking spaces“) durch politische, rechtliche oder polizeiliche Maßnahmen. Darunter fallen auch Beschränkungen des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten, etwa durch die Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit.

Ermöglichende und hemmende Bedingungen: Bezeichnet im Hamburger Ansatz der

Plausibilitätsanalyse jene treiberspezifischen Kontextbedingungen, die die Dynamik eines Treibers in Richtung einer bestimmten Klimazukunft begünstigen oder bremsen können. Die aktuelle Konstellation von Kontextbedingungen gibt Hinweise auf die erwartbare Treiberdynamik.

Europäischer Emissionshandel: Marktbasiertes Klimaschutzinstrument der EU, bei dem Unternehmen für jede Tonne CO₂, die sie ausstoßen, Zertifikate erwerben müssen. Die Gesamtmenge der Zertifikate wird begrenzt und jährlich reduziert. Der **EU ETS 1** umfasst seit 2005 die Emissionen von energieintensiven Industrieanlagen, der Energiewirtschaft, dem Luft- (seit 2012) und dem Seeverkehr (seit 2024). Der **EU ETS 2** betrifft ab 2027 die Sektoren Gebäude und Verkehr.

Gelegenheitsstruktur für die Klimawende: Beschreibt die Chancen für klimapolitische Veränderungen, die sich aus der Ansammlung von finanziellen, rechtlichen, ideellen und diskursiven Ressourcen ergeben, die einer Gesellschaft in Bezug auf klimapolitisches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement zur Verfügung stehen.

Gesellschaftliche Treiber: Damit bezeichnen wir übergreifende soziale Prozesse (s.u.) in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern, die den Wandel hin zu, oder weg von, einem bestimmten Szenario und seinen Merkmalen bewirken. Im Kontext dieser Studie betrachten wir Prozesse in den Handlungsfeldern Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Haftungsrisiken: Finanzielle Risiken für Unternehmen, die dadurch entstehen, dass diese für ihre Handlungen – etwa für die Emission von Treibhausgasen im Rahmen von Klimaklagen – haftbar gemacht werden können.

Handlungsfähigkeit („agency“): Beschreibt die Kapazität individueller und kollektiver Akteure, Zukunftsziele zu formulieren und in der Gegenwart in Praktiken und Entscheidungen auf ihre Verwirklichung hin zu arbeiten – auch wenn dies nur teilweise gelingt und zuweilen unvorhergesehene Ergebnisse zeitigt.

IPCC: Akronym des Weltklimarats („Intergovernmental Panel on Climate Change“), einer Expertiseorganisation der Vereinten Nationen. In seinem Auftrag tragen Fachleute weltweit regelmäßig den aktuellen Kenntnisstand zum Klimawandel zusammen, bewerten ihn aus wissenschaftlicher Sicht und skizzieren notwendige Veränderungsmaßnahmen.

Just Transition: Umfasst politische Ansätze und gesellschaftliche Strategien, die darauf abzielen, einen Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen, resilienten und sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

voranzutreiben. Dabei kann der Schwerpunkt auf globalen, nationalen oder lokalen Strategien liegen.

Kapitalstock: Gesamtheit aller produktiven Anlagen und Infrastrukturen einer Wirtschaft (z. B. Kraftwerke, Maschinen, Gebäude). Für die Klimawende muss der fossile Kapitalstock (z. B. Kohle- und Gaskraftwerke) durch nicht-fossilen Kapitalstock (z. B. erneuerbare Energien) ersetzt werden.

Klimaberichterstattung von Unternehmen: Verpflichtung oder freiwillige Praxis von Unternehmen, über ihre Treibhausgasemissionen, Klimarisiken und Nachhaltigkeitsmaßnahmen öffentlich zu berichten. Wichtige Standards für nicht-finanzielle Berichterstattung von Unternehmen sind die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) der EU und die Empfehlungen der Global Reporting Initiative.

Klimabeschluss: Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021, durch den das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) nachgebessert wurde. Das Gericht entschied, dass das ursprüngliche KSG in Teilen verfassungswidrig war, da es keine Maßnahmen nach 2030 enthielt und so zukünftige Generationen überproportional belastet werden würden.

Klimagovernance: Bezeichnet Ansätze der Kooperation und politischen Steuerung zur Koordination von Akteuren, Politikebenen und Gesellschaftssektoren mit dem Ziel, den klimapolitischen Herausforderungen zu begegnen.

Klimaklage: Unter Klimaklagen verstehen wir Rechtsverfahren, die sich primär mit Fragen des Klimawandels und Klimaschutzes beschäftigen. Darunter fallen vor allem Gerichtsprozesse, die mit dem Ziel angestrengt werden, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Klimagerechtigkeit herzustellen.

Klimaneutralität: Beschreibt das in Artikel 4 des Pariser Klimaabkommens festgeschriebene Ziel, ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch natürliche und künstliche Senken herzustellen. Dazu müssen Treibhausgasemissionen sehr stark gesenkt werden und darüber hinaus die Aufnahmekapazität von Ökosystemen und CO₂-Speichern erhöht werden, sodass in der Summe menschliches Handeln das Klima nicht mehr erwärmt.

Klimanotstand: Rechtliche und/oder politische Anerkennung der Klimakrise als Notstand. Politisch markiert die Ausrufung des Klimanotstandes etwa auf kommunaler Ebene eine Gefährdungssituation und dringenden Handlungsbedarf. Rechtlich zielen Argumente von Klimaaktivist*innen darauf ab, durch die Anerkennung des Klimawandels als Abwägungsgrund im

rechtfertigenden Notstand Straffreiheit für ihre Aktionen zu erlangen.

Klimawende: Unter Klimawende verstehen wir im Rahmen dieser Reihe all jene Prozesse des Wandels, politische Maßnahmen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die unter dem Vorzeichen des Übergangs zur Klimaneutralität in Deutschland stattfinden.

Klimazukunft: Beschreibt zukünftige Entwicklungen von Klima und Gesellschaft, die interdependent verlaufen und durch Szenarien beschrieben werden können. Sie umfassen das physikalische Klimasystem mit seinen globalen biogeochemischen Kreisläufen und regional spezifischen Ausprägungen, und menschliche Gesellschaften als komplexes System, das von divergierenden sozialen Dynamiken und Konflikten angetrieben wird und von starken Trägheitsmomenten gekennzeichnet ist.

Konnexitätsprinzip: Dieses Prinzip verlangt im deutschen Föderalsystem, dass die staatliche Ebene, die Aufgaben anordnet oder überträgt, auch vollständig für deren Finanzierung aufkommt, damit Aufgaben- und Kostenverantwortung nicht auseinanderfallen.

Korporatismus: Institutionalisierte Form der politischen Entscheidungsfindung, bei der Staat, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften gemeinsam Lösungen aushandeln. In Deutschland prägt dieses System traditionell klimarelevante Sektoren wie Energie, Industrie und Landwirtschaft.

Lock-In: Beschreibt Pfabahhängigkeiten und Beharrungstendenzen in ökonomischen Sektoren, sozio-technischen Regimen oder Gesellschaftsbereichen, die dadurch verursacht werden, dass technische Systeme, ökonomische Machtstrukturen, Branchenpraktiken, Normen, Nutzergewohnheiten und Regulierungen sich gegenseitig stabilisieren. Lock-ins wirken bremsend auf gesellschaftlichen Wandel und können die Geschwindigkeit und Tiefe der Dekarbonisierung begrenzen.

Pariser Klimaabkommen: Im Jahr 2015 auf der Klimakonferenz COP21 in Paris verabschiedetes, universelles Vertragswerk mit dem Ziel, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C bzw. 1,5 °C zu begrenzen, sowie die Einleitung von Anpassungsmaßnahmen an Klimaveränderungen voranzutreiben und unvermeidbare Klimaschäden auszugleichen.

Pfadabhängigkeit: Bezeichnet Mechanismen in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen, die einen gegebenen Entwicklungspfad stabilisieren und Wandel verhindern. Pfadabhängigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Determinismus; sozialer Wandel ist weder

unmöglich, noch wird er ab einer bestimmten Schwelle unvermeidlich.

(Kommunale) Pflichtaufgabe: Auch pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben genannt, sind gesetzlich vorgeschriebene Leistungen, die Gemeinden zwingend erbringen müssen, wobei die konkrete Umsetzung in ihrer eigenen Verantwortung liegt.

Plausibilität: Unter Plausibilität verstehen wir, dass eine Klimazukunft „realistisch erwartbar“ ist angesichts von aktuell beobachtbaren Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die wir hinsichtlich eines Modells des Wandels hin zu dieser Zukunft bewerten. Im Gegensatz zur Wahrscheinlichkeit beschreibt Plausibilität eine qualitative Einschätzung.

Plausible Klimazukunft: Die Teilmenge möglicher zukünftiger Zustände von Klimasystem und Gesellschaft, für die sich ein in sich konsistentes Szenario und ein theoriebasiertes Modell des Wandels hin zu diesem Szenario beschreiben lassen, die anhand von verfügbaren empirischen Daten geprüft wurden.

Scope-Emissionen: Kategorisierung von Treibhausgasemissionen nach ihrer Verursachungssphäre. Scope 1 umfasst direkte Emissionen aus eigenen Anlagen (z.B. Kraftwerke, Firmenfahrzeuge), Scope 2 indirekte Emissionen durch eingekaufte Energie (z.B. Strom, Wärme), Scope 3 alle anderen indirekten Emissionen in der Wertschöpfungskette (z.B. Lieferanten, Produktnutzung, Entsorgung).

Soziale Prozesse: Muster sozialer Interaktionen, die über eine gewisse Zeit bestehen und in denen die Handlungen und Erfahrungen sozialer Akteure kontinuierlich ineinandergreifen. Sie sind dadurch einer gewissen Eigendynamik unterworfen. Im Rahmen dieser Reihe untersuchen wir ausgewählte soziale Prozesse als gesellschaftliche Treiber (s.o.) der Klimawende in Deutschland.

Transformation: Beschreibt den Prozess der Veränderung grundlegender Strukturmerkmale von natürlichen Systemen und/oder menschlichen Gesellschaften.

Wendepunkte: Beschreiben Perioden signifikanten Wandels, die den weiteren Prozessverlauf prägen, dabei aber nur schwer vorhersehbar sind. Es handelt sich um Momente der Kontingenz, in denen vorübergehend verschiedene Zukünfte möglich erscheinen, wobei sich letztlich eine Option durchsetzt und in der Folge häufig zu einer neuen Trajektorie verfestigt. „Diskursive Wendepunkte“ beschreiben kurze Perioden, in denen sich gesellschaftliche Debatten oder die mediale Berichterstattung zu einem Thema substantiell und nachhaltig verändert.

Autor*innen

Prof. Dr. Stefan C. Aykut
(Kapitel 1, 2, 3.1, 3.3, 3.4, 3.5, 4, 5, 6, 7, 11, Box 1)

Dr. Anna Fünfgeld
(Kapitel 1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 10, Box 2, 4)

Vertr.-Prof. Dr. Eduardo Gonçalves Gresse
(Kapitel 1, 3.3, 3.4, 3.5, 9, Box 1, 2)

Lukas Hüppauff
(Kapitel 1, 3.3, 3.4, 3.5, 8)

Lea Frerichs
(Kapitel 1, 3.3, 3.5, 11)

Lea Kammler
(Kapitel 3.5, 6, 9, Box 2)

Majbrit Hüttenhein
(Kapitel 3.5, 9)

Yannick Walter
(Kapitel 1, 3.5, 10, Box 1, 3)

Marie Volk
(Kapitel 3.5, 7)

Mengting Xi
(Kapitel 3.5, 9)

Aitana Mollyk
(Kapitel 3.1, 3.5, 5)

Mona Anders
(Kapitel 3.5, 11)

Franziska Hildebrandt
(Kapitel 1)

Weitere Autor*innen von Boxen:

Box 4: **Dr. Tobias Haas, Dr. Hendrik Sander, Dr. Franziska Mey**

Box 5: **Louisa Pröschel, Hendrik Meyer, Prof. Dr. Michael Brüggemann**

Box 6: **Green Legal Impact**

Gutachter*innen
Klimawende Ausblick 2025

Prof. Dr. Frank Adloff, Universität Hamburg
Dr. Ernst Aigner, Universität Lüneburg
Prof. Dr. Karl Werner Brand, Technische Universität München
Prof. Dr. Jürgen Beyer, Universität Hamburg
Prof. Dr. Philipp Degens, Universität Hamburg
Prof. Dr. Anita Engels, Universität Hamburg
Prof. Dr. Melanie Jäger-Erben, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
Verena Kahl, Universität Hamburg
Dr. Manuela Niehaus, Universität Speyer
Charlotte Ruhbaum, Stiftung Mercator
Dr. Laura Spengler, Umweltbundesamt
Prof. Dr. Martin Wickel, HafenCity Universität Hamburg
Prof. Dr. Antje Wiener, Universität Hamburg
Dr. Jan Wilkens, Universität Hamburg
Dr. Nina-Kathrin Wienkoop, HAW Hamburg

Zitierweise

S.C. Aykut, A. Fünfgeld, E. G. Gresse, L. Hüppauff, L. Frerichs (Hrsg.) (2026): Klimawende Ausblick 2025. Plausibilität der Transformation in Zeiten von anti-ökologischem Backlash und abnehmender Resonanz. transcript Verlag.

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Herausgeber

Mercator-Stiftungsprofessur für Soziologie,
insbes. gesellschaftliche Dynamiken der ökologischen Transformation
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialwissenschaften
Universität Hamburg

Danksagung

Gefördert wurde dieser Klimawende Ausblick durch die Stiftung Mercator im Rahmen des Projekts „Gesellschaftliche Dynamiken der Klimawende“ – Projektnummer: 210468 und durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder – EXC 2037 „CLICCS - Klima, Klimawandel und Gesellschaft“ – Projektnummer: 390683824, Beitrag zu dem Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) an der Universität Hamburg.

Öffentlichkeitsarbeit

Stephanie Janssen

Teamassistenz

Franziska Hildebrandt

Design und Layout, Satz

Andreas Linke

Kontakt

transformationdynamics@uni-hamburg.de
<https://uhh.de/wiso-klimawende>

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld |
live@transcript-verlag.de

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839468609>

Print-ISBN: 978-3-8376-8097-3

PDF-ISBN: 978-3-8394-6860-9

ePUB-ISBN: 978-3-7328-0018-6

Buchreihen-ISSN: 3053-6987

Buchreihen-eISSN: 3053-6995

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Der Weg dorthin erfordert neben technischen Innovationen einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Vor diesem Hintergrund zieht der Klimawende Ausblick 2025 Bilanz: Wo steht Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität? Und welche Auswirkungen haben geopolitische Krisen, der anti-ökologische Backlash und sinkende Resonanz für Klimaschutz? Die Beiträge analysieren Prozesse in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und zeigen, wie Fortschritte, Blockaden und neue Konfliktlinien ineinandergreifen. Damit liefern sie einen einzigartigen Einblick in die gesellschaftlichen Dynamiken der Transformation – jenseits technologischer Verkürzungen und mit Fokus auf soziokulturelle Zusammenhänge.

ISBN 978-3-8376-8097-3



[transcript]